



Dette værk er downloadet fra Danskernes Historie Online

Danskernes Historie Online er Danmarks største digitaliseringsprojekt af litteratur inden for emner som personalhistorie, lokalhistorie og slægtsforskning. Biblioteket hører under den almennyttige forening Danske Slægtsforskere. Vi bevarer vores fælles kulturarv, digitaliserer den og stiller den til rådighed for alle interesserede.

Støt vores arbejde – Bliv sponsor

Som sponsor i biblioteket opnår du en række fordele. Læs mere om fordele og sponsorat her: <https://slaegtsbibliotek.dk/sponsorat>

Ophavsret

Biblioteket indeholder værker både med og uden ophavsret. For værker, som er omfattet af ophavsret, må PDF-filen kun benyttes til personligt brug.

Links

Slægtsforskerens Bibliotek: <https://slaegtsbibliotek.dk>

Danske Slægtsforskere: <https://slaegt.dk>

BILAG
TIL
BERETNING
TIL
FOLKETINGET

AFGIVET AF

DEN AF FOLKETINGET UNDER 25. OKTOBER 1950 NEDSATTE
KOMMISSION I HENHOLD TIL GRUNDLOVENS § 45

XIII₁₋₆

SUPPLEMENT TIL DE TIDLIGERE AFGIVNE BERETNINGER IV-XI
VEDRØRENDE REGERING OG RIGSDAG SAMT FORSKELLIGE
MINISTERIER UNDER BESÆTTELSEN

AFGIVET PÅ GRUNDLAG AF TYSKE DOKUMENTER
MED DANSK OVERSÆTTELSE

BIND 2
TYSKE OG DANSKE DOKUMENTER

Afsnit A 6—12

J. H. SCHULTZ A/S
UNIVERSITETS-BOCTRYKKERI
KØBENHAVN
1954

6.

De tyske krav ang. handelsminister Christmas Møller og folketingsmand Hedtoft Hansen oktober 1940—januar 1941

(Tyske dokumenter)

170.

Telegram fra Renthe-Fink ang. Christmas Møllers tale i Forum 8. december.

13. december 1940.

Telegramm

(Offener Text)

Kopenhagen, den 13.12.40 19.05 Uhr
 Ankunft den 13.12.40 20.00 Uhr

Nr. 1354 vom 13.12.40

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 1345*) vom 12.12.40.

Für Gesandten Luther und von Grundherr zur Information.

Bericht eines Beamten des Beauftragten für die innere Verwaltung über die Versammlung, die auf Einberufung von Christmas Moeller am Sonntag, den 8.12.40 in Kopenhagen stattfand. „Besuch der Versammlung war äusserst gut. Das Forum war bis auf den letzten Platz gefüllt. Schätzungsweise betrug die Teilnehmerzahl etwa 10 000 Personen. Ihren Höhepunkt erreichte die Veranstaltung mit der Rede des ehemaligen dänischen Handelsministers Christmas Moeller, als er, nachdem ihm durch den Leiter der Versammlung, Vilhelm Fischer, das Wort erteilt worden war, auf der Rednertribüne erschien, wurde er von den Anwesenden mit stürmischem Händeklatschen, mit Beifallsrufen und Hüteschwenken empfangen. Moeller hielt dann eine zündende Rede von etwa 50 Minuten Dauer. Seine Ausführungen und seine geschickte Beantwortung von Zwischenrufen wurden immer wieder von begeisterten Beifallskundgebungen unterbrochen. Der Hauptinhalt der Rede war eine Stellungnahme zu der wirtschaftlichen und sozialen Lage Dänemarks unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Ausgehend von der seit dem 9. April für Dänemark entstandenen neuen Lage stellte Moeller die Verhältnisse vor der Besetzung Dänemarks den heutigen Verhältnissen gegenüber. Er tat dies in einer Art und Weise, die deutlich eine äusserst feindliche Einstellung gegenüber Deutschland erkennen liess. In sehr geschickter Weise verstand er es immer wieder gehässige Spitzen gegen Deutschland anzubringen. Moeller veranschaulichte unter anderem unter Nennung von Zahlen die Handelsbeziehungen, die Dänemark vor dem 9.4. vor allem mit England gehabt habe. Seine Ausführungen lauteten dabei sinngemäss etwa so: Früher bekamen wir von England soundsoviel Kohlen, heute bekommen wir von England nichts. Früher bekamen wir von England soundsoviel Rohstoffe, heute bekommen wir diese von England nicht mehr. Früher bekamen wir von England Textilwaren, u. s. w. u. s. w. Bei diesen Ausführungen trat die englandfreundliche Einstellung der Anwesenden deutlich hervor. Bei der ersten Erwähnung der ehemaligen Handelsbeziehungen mit England wurden spontane Beifallskundgebungen laut. Als Moeller dagegen erwähnte, dass Dänemark die Kohlen, die es früher von England bekommen habe, heute von Deutschland erhalte, wurde von den Teilnehmern „Pfui“ gerufen. Moeller antwortete auf diesen Zwischenruf mit der ironischen Bemerkung, dass kein Grund vorhanden sei „Pfui“ zu rufen, da Dänemark diese Kohlen gut bezahle. Leider erhalte Dänemark nur nicht die erforderliche Menge von Kohlen, sondern nur $\frac{2}{3}$ von dem, was es früher verbraucht habe. Bei dieser Bemerkung des Moeller, dass Dänemark die von Deutschland bezogenen Kohlen gut bezahle, wurde ein allgemeines Gelächter laut. Eingehend auf die gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Probleme Dänemarks bemühte sich Moeller immer wieder die tadellosen Leitungen der dänischen Regierung und des Reichstages hervorzuheben. In diesem Zusammenhang nannte er auch Zahlen über grosse Guthaben Dänemarks, die es vor allem bei Deutschland habe. Er drückte sich dabei sinngemäss wie folgt aus: Es sei sehr schön, wenn man etwas zugute habe, andererseits könne es jedoch wieder ein Vorteil sein, etwas zu schulden, denn der Schuldner könne

*) bei Presse.

seine Zahlungen hinausschieben, während der Gläubiger warten müsse, wann und ob er sein Geld bekäme. Diese Ausführungen, die durch Nennung der Schuldsomme Deutschlands an Dänemark deutlich als gegen Deutschland gerichtet zu erkennen waren, lösten bei den Teilnehmern wieder spöttisches Gelächter aus. Im weiteren Verlauf der Rede kam Moeller auch auf die Rationierung der verschiedenen Lebensmittel zu sprechen, wobei er seinen Zuhörern die Ursachen der Rationierung klarzumachen versuchte. Abschliessend dazu sagte er dann ironisch, dass daran weder er noch das Handelsministerium Schuld seien und fügte weiter hinzu, dass er es den Zuhörern selbst überlasse, sich auszurechnen, wer die Schuld trage. Es war unverkennbar, dass Moeller mit dieser Äusserung auf den durch die Besetzung eingetretenen Mehrverbrauch an Lebensmitteln anspielte. Dieses ist von den Zuhörern auch in diesem Sinne verstanden worden, denn es wurden wieder Gelächter und „Hört — Hört-Rufe“ laut. Wiederholt griff Moeller innerhalb seiner Rede die dänischen Nationalsozialisten an. Die Zeitung „Faedrelandet“ bezeichnete er als ein Schmutzblatt. Der Führer der DNSAP, Fritz Clausen, wurde von ihm persönlich angegriffen. Moeller versuchte, ihn sowie die DNSAP lächerlich zu machen. Hinsichtlich der Methoden der DNSAP erklärte Moeller, das sie eine genaue Nachäffung eines fremden Vorbildes seien. Er bezeichnete den Nationalsozialismus als eine Lehre, die ihre Anhänger knechtet und ihres freien Willens beraubt. Zum Schluss sprach Moeller über die Haltung Dänemarks nach aussen sowie nach innen. Hinsichtlich der Haltung nach aussen erklärte er, dass hierüber zur Zeit solange der Krieg noch andauere, nicht viel zu sagen sei. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Besetzung Dänemarks, die trotz Nichtangriffspaktes erfolgt sei und wies auf das Memorandum Deutschlands an Dänemark hin, in welchem die Zusage der Unantastbarkeit der Souveränität garantiert sei. Über die Haltung Dänemarks nach innen sagte Moeller, dass es hier nur eine Linie geben könne. Er bat die Anwesenden als gute Dänen im Geiste der die Regierung und den Reichstag tragenden fünf zusammenarbeitenden Parteien, hinter welchen auch der König stehe, zusammenzustehen und in dieser Haltung den Frieden abzuwarten. Seine Rede klang mit einem „Hoch“ auf Dänemark aus.

Die Rede des Moeller war in keiner Weise dazu angetan, das deutsch-dänische Verhältnis günstig zu beeinflussen. Bezeichnend dafür, in welchem Masse die Rede Moellers vielmehr aufwiegelt auf die Teilnehmer der Versammlung gewirkt hat, ist noch folgender Vorfall, der auf der Strasse vor dem Forum nach Schluss der Versammlung beobachtet werden konnte: Gegenüber dem Haupteingang des Forum hielt ein geschlossener P[ersonen] K[raft] W[agen] der deutschen Wehrmacht, der von einer Wehrmachtsstreife im Dienstanzug mit Stahlhelm besetzt war. Als sich dieser Wagen langsam in Bewegung setzte, wurden aus der Menge der aus dem Forum strömenden Versammlungsbesucher Pfiffe und Pfuirufe laut.“

Renthefink.

Hergestellt in 16 Stück

Davon sind gegangen:

- | | | | |
|-----|----|----|--------------------|
| Nr. | 1 | an | Presse (Arb.St.) |
| - | 2 | - | R.A.M. |
| - | 3 | - | St.S. |
| - | 4 | - | Chef A.O. |
| - | 5 | - | B.R.A.M. |
| - | 6 | - | Leiter Abt. Pol. |
| - | 7 | - | — — Recht |
| - | 8 | - | — — Pers. |
| - | 9 | - | — — W. |
| - | 10 | - | — — Kult. |
| - | 11 | - | — — Presse |
| - | 12 | - | — — Prot. |
| - | 13 | - | — — Dtschld. |
| - | 14 | - | Dg.Pol. |
| - | 15 | - | pers. Stab (Hewel) |
| - | 16 | - | Länd.Ref. |

Dies ist Nr. 3.

171.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale med udenrigsminister Scavenius
om Christmas Möller.**

13. december 1940.

Telegramm

(geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 13. Dezember 1940 22.00 Uhr
Ankunft: — 13. — — 23.00 —

Nr. 1355 vom 13.12. CITO!

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 1345
vom 12. Dezember 1940.

Für Gesandten Luther und von Grundherr.

Aussenminister teilte mir heute brieflich mit, dass Christmas Möller sich verpflichtet habe, nicht mehr als Redner in politischen Versammlungen aufzutreten, dass aber von mir für notwendig erachtete Massnahmen nicht durchführbar seien. Forderungen auf Niederlegung Folkething-Mandats verstosse gegen Verfassung. Aufgabe Parteiämter sei rein parteipolitische Angelegenheit und scheitere an Widerspruch bei Konservativen.

Wenn ich auch überzeugt bin, dass Aussenminister, der selbst Christmas Möller als Schädling bezeichnet, sich Mühe gegeben hat, unsere Wünsche durchzusetzen, so ist Ergebnis doch unbefriedigend, zumal Versicherung Christmas Möller keineswegs jede agitatorische Tätigkeit sondern nur Auftreten auf politischen Versammlungen ausschliesst. M[eines] E[rachtens] muss unter allen Umständen an Forderung festgehalten werden, dass Christmas Möller seiner Ämter in konservativen Partei enthoben wird. Nach dänischer Verfassung gibt es keine rechtliche Handhabe, Christmas Möller zur Niederlegung Folkething-Mandats zu zwingen, jedoch hat konservative Partei natürlich die Möglichkeit, Christmas Möller bei Weigerung aus der Partei auszuschliessen. Konservative Partei kann sich unmöglich der Verantwortung als Mitträger in der Regierung und der auch von ihr angenommenen Regierungserklärung vom 8. Juli über die Zusammenarbeit mit Deutschland entziehen.

Ich beabsichtige daher, ursprüngliche Forderungen aufrechtzuerhalten und bitte um beschleunigte Weisung.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 16 Stück

Davon sind gegangen:

- Nr. 1 an Pol VI (Arb.St.)
- 2 - R.A.M.
- 3 - St.S.
- 4 - Chef A.O.
- 5 - B.R.A.M.
- 6 - Leiter Abt. Pol.
- 7 - — — Recht
- 8 - — — Pers.
- 9 - — — W.
- 10 - — — Kult.
- 11 - — — Presse
- 12 - — — Prot.
- 13 - — — Dtschld.
- 14 - Dg.Pol.
- 15 - pers. Stab (Hewel)
- 16 - Länd.Ref.

Dies ist Nr. 3.

172.

**Notits af gesandt v. Grundherr ang. Christmas Møllers nedlæggelse af sit
folketingsmandat og andre politiske hverv.**

10. januar 1941.

Pol. VI 31

Berlin, den 10. Januar 1941.

Aufzeichnung

Soeben teilt Gesandter von Renthe-Fink aus Kopenhagen mit, dass nach einer kommentarlos in der dänischen Presse veröffentlichten Notiz der Führer der konservativen Partei Christmas Möller — der in bekannter Weise gegen Deutschland agitiert hatte — sein Folketingsmandat niedergelegt habe und gleichzeitig von seiner Stellung als Geschäftsführer der konservativen Partei und von seinen anderen Parteiämtern zurückgetreten sei.

gez. **Grundherr.**

Verteiler:

Büro RAM zur Weiterleitung nach Fuschl.
Herrn St.S.
Herrn Dg.Pol.
Herrn Gesandten Luther.

7.

Det dansk-tyske forhold marts—august 1941

(Tyske dokumenter)

173.

**Telegram fra den kommitterede for udenrigspolitiske spørgsmål, Hencke, ang.
en tale af statsminister Stauning.**

9. marts 1941.

Telegramm
(offen)

Kopenhagen, den 9. März 1941 19.00 Uhr
Ankunft den 9. — — 20.50 Uhr

Nr. 359 vom 9.3.

An Auswärtig Berlin.

Für Presseabteilung und Gesandten von Grundherr.

Dänische Sonntagspresse bringt in grosser Aufmachung Äusserungen Staatsministers Stauning im dänischen Studentenverein über aktuelle politische Probleme. Besonders hervorgehoben wird Standpunkt Staunings zur europäischen Neuordnung, wozu er im wesentlichen folgendes sagte:

„Aufhebung verschiedener europäischer Staaten in vergangenen Jahren und Entwicklung Kriegen zeigen, dass Deutschland zentrale europäische Stellung einnehme und auch künftig gewisse Haupttrichtlinien kultureller und wirtschaftlicher Art bestimmen würde. Dänemark tue gut, den faktischen Verhältnissen Rechnung zu tragen, die Deutschland als diejenige Macht zeigten, die jetzt wesentliche Teile Europas beherrsche. Wie sich auch nächste Zukunft gestalte, müsse damit gerechnet werden, dass man in neue europäische Verhältnisse hereinrücke, die erweiterten Warenaustausch zwischen den um Deutschland gruppierten Ländern mit sich bringen würden während, wenigstens in erster Zeit, nur ziemlich geringe Verbindungsmöglichkeiten mit übriger Welt bestünden. Stauning äusserte Ansicht, dass Deutschland gewisse Absichten auf eine planmässige europäische Zusammenarbeit auf lange Sicht verfolge. Richtlinie würde Prinzip deutscher Planwirtschaft sein, das gegenüber Planlosigkeit der liberalistischen Wirtschaft bedeutende Vorteile biete. Deutsche Absicht sei, Deutschland und den mit dem Reich zusammenarbeitenden Ländern erweiterte Produktions- und Absatzmöglichkeiten zu geben. Vernünftig geordnete Produktion und Umsatz würden Europa sehr blockadefest machen und auch Erhöhung Lebensbedingungen begünstigen. Natürlich könne solche Entwicklung Änderungen gewohnter Verhältnisse mit sich bringen, aber dieses sei nicht entscheidend. Am besten wäre es, dass Dänemark, wenn die Zeit es erfordere, ruhig und willig die angedeutete Anpassung vollziehe. Dieses wäre nicht so schrecklich, wie vielleicht einige glaubten. Es sei ungesund und unklug, sich Entwicklung zu widersetzen. Anpassung an neues Europa sei eine der politischen Aufgaben der Zeit.

In Bezug auf politische Neuorientierung äusserte sich Stauning zurückhaltender. Anpassung an neues Europa brauche nicht innere nationale Verhältnisse der Länder zu berühren. Bevölkerung brauche im nationalen Sinne keine geistige und politische Umstellung vorzunehmen. Dieses wäre nicht nur unnötig sondern schädlich für Zusammenarbeit Europas. Bezüglich Aussenpolitik machte Stauning Zugeständnis im Sinne Festlegung gemeinsamer Interessen. Stauning hervorhob, dass seine Auffassung nicht von irgendwelchen Anweisungen aus Deutschland beeinflusst sei und dass er auch nicht glaube, dass er solche bekommen würde. Dieses dürfe aber nicht Überlegungen und Vorbereitungen für notwendige Anpassung ausschliessen, allerdings unter Berücksichtigung Dänemark gegebener Zusage.

Im übrigen Teil seiner Rede beschäftigte sich Stauning wesentlich mit augenblicklicher wirtschaftlicher Lage Dänemarks, wobei er hervorhob, dass durch günstige Entwicklung deutsch-dänischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit nach 9. April empfindlicher Verlust englischen Absatzgebietes im grossen und ganzen ausgeglichen werden könnte“.

(Geh.Ch.V.)

Zur Rede ist folgendes zu bemerken: Sie stellt gegenüber bisheriger öffentlicher Haltung Staunings im ganzen beachtlichen Fortschritt dar. Trotzdem empfehle ich zurückhaltende Kommentierung, weil Staatsminister zweifellos durch Rede auch bezweckt, dass nationaler Opposition Wind aus Segeln genommen wird. Hinzukommt, dass Stauning Notwendigkeit geistiger Neuorientierung dänischen Volkes auch jetzt noch nicht anerkennen will.

Hencke.

Hergestellt in 16 Stück

Davon sind gegangen:

- | | | | | |
|-----|----|----|-------------|------------|
| Nr. | 1 | an | Presse | (Arb. St.) |
| - | 2 | - | R.A.M. | |
| - | 3 | - | St.S. | |
| - | 4 | - | Chef A.O. | |
| - | 5 | - | B.R.A.M. | |
| - | 6 | - | Leiter Abt. | Pol. |
| - | 7 | - | - | Recht. |
| - | 8 | - | - | Pers. |
| - | 9 | - | - | W. |
| - | 10 | - | - | Kult. |
| - | 11 | - | - | Presse. |
| - | 12 | - | - | Prot. |
| - | 13 | - | - | Dtschld. |
| - | 14 | - | Dg. | Pol. |
| - | 15 | - | pers. Stab | (Hewel). |
| - | 16 | - | Länd. | Ref. |

174.

Notits [af den kommitterede for udenrigspolitiske spørgsmål, Hencke] ang. en samtale med kong Christian X 20. marts.

23. marts 1941.

Geheim!

Aufzeichnung

Auf Anregung des Protokolls des Dänischen Aussenministeriums und des Könighchen Kabinettssekretärs von Bardenfleth suchte ich um eine Audienz beim König nach, die auf den Vormittag des 20. März festgesetzt wurde.

Der König leitete die Unterhaltung mit der Frage ein, ob ich bereits etwas in die nicht ganz einfache dänische Mentalität eingedrungen sei. Ich erwiderte, dass ich mich darum bemüht hätte, da mir die Kenntnis der Mentalität des Gastvolkes¹⁾ zu den wichtigsten Pflichten jedes Diplomaten zu gehören schienen.

Sodann bemerkte der König, dass sich Dänemark in einer Lage befinde, die weder leicht noch angenehm sei. Das Mutterland sei von Deutschland, Island und die Färöer von England und schliesslich Grönland von Amerika besetzt (letzteres wurde im Verlauf der Unterhaltung richtiggestellt). Es käme hinzu, dass die von Deutschland am 9.4.40 gegebenen Zusicherungen nicht immer eingehalten würden; wie z. B. durch Einmischung in innerdänische Verhältnisse und durch die Forderung nach den dänischen Torpedobooten.

Ich erwiderte, dass ich für die durch den Krieg unvermeidlich gewordenen Schwierigkeiten Dänemarks Verständnis hätte; es wäre aber gut, wenn die gefühlsmässigen Erwägungen im Dänischen Volke der Erkenntnis weichen würden, dass die Zukunft des Landes allein in einem engen Zusammengehen mit Deutschland liege. Das Reich sei der Wegbereiter einer grundsätzlichen Neuordnung in Europa, der sich auf die Dauer niemand

entziehen könne. Was die Bemerkung des Königs über eine deutsche Einmischung in die inneren Verhältnisse anlange, so müsse ich feststellen, dass eine solche niemals erfolgt sei. Wir hätten nur ein für Dänemark nützliches Interesse an gewissen innerpolitischen Entwicklungen im Lande gezeigt, soweit sie auch uns berührten.

Der König warf hier ein, dass der Ausdruck „Einmischung“ von ihm vielleicht zu scharf gewesen sei. Man solle aber doch das Land in Ruhe lassen; eine Umstellung käme dann mit der Zeit ganz von selber. Ich entgegnete, dass auch Deutschland keine gewaltsame Entwicklung im Lande begünstige. Wir seien aber fest davon überzeugt, dass auch das dänische Volk einen geistigen Umbruch erleben werde, dem man sich nicht verschliessen solle.

Zu der Frage der Torpedoboote erwiderte ich, dass dem König sicher gemeldet worden sei, dass wir unlängst zwei Torpedoboote zurückgegeben hätten. Er möge daraus ersehen, dass wir nur das für uns unbedingt Notwendige in Anspruch nehmen wollten. Der König bemerkte, dies sei natürlich besser wie nichts. Trotzdem sei es für ihn und das dänische Volk, insbesondere aber die dänische Marine sehr schwer gewesen, das von uns verlangte Opfer zu bringen. Er habe auf seine Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften persönlich einwirken müssen, die sich in ihrer Ehre gekränkt gefühlt hätten. Meine Antwort ging dahin, dass die Deutsche Marine die Angelegenheit mit grossem Takt und Verständnis für die dänischen Gefühle behandelt hätte. Keinesfalls sei das Ehrgefühl der dänischen Marine verletzt worden.

Der König sprach dann von der Dauer des Krieges, den er auf noch mindestens 1½ Jahre berechnete. Ich gab demgegenüber meiner Überzeugung Ausdruck, dass der Krieg noch in diesem Jahre durch den deutschen Sieg entschieden werden würde. Der König meinte dazu, es sei besser, weniger optimistisch zu sein, um sich vor Enttäuschungen zu bewahren. In meiner Erwidern erklärte ich, dass wir eine solche Enttäuschung nicht zu befürchten brauchten.

Anschliessend berührte der König die Ereignisse des 9. April. Es habe ein Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Dänemark bestanden; er habe daher nicht damit rechnen können, dass Dänemark von Deutschland angegriffen werden würde. Ich verwahrte mich dagegen, dass die deutsche Aktion, die angesichts des britischen Verhaltens zum Schutz der dänischen Neutralität notwendig geworden sei, als „Angriff“ bezeichnet werde. Dies sei, wie auch die Haltung der deutschen Truppen zeige, keineswegs der Fall. Das Dänische Volk müsse seinem König für den Entschluss vom 9. April ewig dankbar sein. In der Geschichte Dänemarks werde er einmal als eine grosse Tat verzeichnet werden. Hier stimmte der König zu und erklärte, dass ihm die Tatsache, dass Volk und Reichstag hinter ihm stünden, die moralische Kraft gebe, um sein schweres Amt — er komme sich wie der Steuermann eines vom Orkan umtobten Schiffes vor — weiterzuführen.

Der König äusserte weiterhin Besorgnisse über die Wirtschaftslage Dänemarks. Er meinte, ich hätte den Kopenhagener Hafen in Friedenszeiten sehen sollen; ein reger Verkehr hätte die dänische Hauptstadt mit allen Teilen der Erde verbunden. Die Grossmächte hätten Dänemark zwar nur das an Güterverkehr überlassen, was für sie nicht interessant genug gewesen sei. Für Dänemark wäre das aber immer noch reichlich genug gewesen. Jetzt herrsche Arbeitslosigkeit und Warenknappheit. Der Aussenhandel sei sehr schwierig geworden. Am schlimmsten sei der Kohlenmangel. Ich erwiderte, dass von Deutschland aus alles nur denkbar Mögliche geschehe, um den Dänen wirtschaftlich zu helfen. Als meinen persönlichen Eindruck müsse ich ihm sagen, dass es hier doch eigentlich noch recht gut aussehe. Im übrigen zweifelte ich nicht daran, dass Dänemark nach dem Kriege ein gewaltiges Aufblühen seiner Schifffahrt erleben werde.

Besonderen Kummer schien dem König der starke Holzschlag in den dänischen Wäldern zu bereiten, durch den jahrzehntelange Aufforstungsarbeiten hinfällig gemacht würden.

Die Unterhaltung dauerte etwa eine halbe Stunde. Der König, mit dem ich mich schliesslich noch über russische Geschichte unterhielt, wurde gegen Ende der Audienz fast herzlich. Jedenfalls drückte er mir bei der Verabschiedung mehrfach die Hand. Persönlich hatte ich den Eindruck, einen ganz guten Kontakt zu ihm gewonnen zu haben.

Kopenhagen, den 23. März 1941.

Herrn Gesandten v. *Renthe-Fink* n[ach] R[einschrift] erg[ebenst] vorgelegt.

¹⁾ Formentlig skrivefejl for „Wirtsvolkes“.

175.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. åbningen af det tyske videnskabelige
institut i København.**

5. maj 1941.

Geheim!

Telegramm

(Offen)

MDKP, den 5. Mai 1941 23.05 Uhr
Ankunft, 6. Mai 1941 0.40 Uhr

Nr. 636 vom 5.5.

Eröffnung Deutschen Wissenschaftlichen Instituts Kopenhagen bot Gelegenheit, bisher sehr reservierte dänische Geisteswelt aus Zurückhaltung herauszumanövrieren. Feier, an deren Vorbereitung Dänen amtlich mitwirkten, stattfand in repräsentativem Saal Nationalmuseums vor grossem, sehr erlesenen Kreis im Beisein Ministerpräsidenten, wichtigster Kabinettsmitglieder und der führenden Persönlichkeiten der Universitäten Kopenhagen und Aarhus. König, der seit Besetzung jede Beteiligung an deutschen Veranstaltungen für sich und königliche Familie abgelehnt hatte, zusagte diesmal sein Erscheinen und zustimmte auch Veröffentlichung. Im letzten Augenblick liess er sich wegen Unpässlichkeit durch seinen Bruder, Prinz Harald, vertreten. Nach übereinstimmenden Nachrichten ist der 70-jährige, schon recht anfällige König, wirklich nicht auf dem Posten gewesen. Ob und inwieweit andere Motive mitgespielt haben, lässt sich im Moment noch nicht beurteilen und bleibt weiterer Berichterstattung vorbehalten. Dänischer Unterrichtsminister und der Rektor Universität Kopenhagen haben in ihren Ansprachen positiv reagiert und Bereitschaft zu engerer kultureller Zusammenarbeit ausgesprochen. Feier wurde vom dänischen Rundfunk über ganzes Land verbreitet. Presse hat durch Aufmachung Eröffnung Instituts als politisch-kulturelles Ereignis von grosser Tragweite behandelt. Die betont freundschaftliche Aufnahme, die deutsche Gäste seitens Universität Kopenhagen erfuhren, bedeutet überraschenden Einbruch in die uns bisher ablehnend gegenüberstehende geistige Front dänischer Intelligenz.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 19 Stück

Davon sind gegangen:

- Nr. 1 an Kult. (Arb.St.).
- 2 - R.A.M.
- 3 - St.S.
- 4 - Chef A.O.
- 5 - B.R.A.M.
- 6 - Leiter Abt. Pol.
- 7 - — — Recht.
- 8 - — — Pers.
- 9 - — — Ha.Pol.
- 10 - — — Kult.
- 11 - — — Presse
- 12 - — — Prot.
- 13 - — — Dtschl.
- 14 - Dg.Pol.
- 15 - Dg.Ha.Pol.
- 16 - Dg.R.
- 17 - Dg.Kult.
- 18 - pers.Stab (Hewel)
- 19 - Länd.Ref.

Dies ist Nr. 3.

176.

Indberetning ang. statsminister Staunings tale 1. maj.**12. maj 1941.**DEUTSCHE GESANDTSCHAFT
Kopenhagen*Kopenhagen, den 12. Mai 1941.**Nr. 812/41.*Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 359
vom 9. März 1941.*Inhalt:* Staatsminister Stauning und
das Verhältnis Dänemarks zu
Deutschland.

2 Durchschläge.

*An
das Auswärtige Amt
in Berlin.¹⁾*

Bei der diesjährigen Maifeier der sozialdemokratischen Partei hat Staatsminister Stauning erneut hervorgehoben, dass Dänemark auf Zusammenarbeit mit Deutschland angewiesen sei.

Stauning führte aus, wenn die dänische Arbeiterbewegung heute besonders zusammenhalten müsse, so bedeute dies nicht, dass man sich isolieren solle. Die dänische Arbeiterbewegung habe immer den Grundsatz vertreten, dass eine friedliche Zusammenarbeit zwischen allen Nationen anzustreben sei. Dieser Grundsatz sei auch für Dänemark als Staat massgebend. Hierüber seien sich auch alle Dänen einig. Es sei daher ein Zeichen von mala fides, wenn gewisse Bewegungen behaupteten, dass bestimmte Kreise und Personen allein den Willen zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland repräsentierten. Die sozialdemokratische Partei und die gesamte dänische Arbeiterbewegung sei stets für ein friedliches und gut nachbarliches Einvernehmen mit Deutschland eingetreten, und würde dies auch in Zukunft tun. Zwischen Deutschland und Dänemark beständen freilich und würden auch weiterhin bestehen Unterschiede in der Staatsform und im politischen System, wie sie sich eben aus der verschiedenen Geschichte und Entwicklung ergeben. Dies habe aber die natürliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark nicht gehindert, und so würde es auch in Zukunft bleiben. Dänemark stelle nur die Bedingung, dass die Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland als freie Zusammenarbeit zwischen freien und selbständigen Nationen erfolge.

Diese Äusserungen decken sich mit dem, was Stauning vor zwei Monaten in seinem Vortrag über die aktuellen Probleme Dänemarks gesagt hat. Stauning ist wegen dieses Vortrages, in dem er Deutschlands beherrschende Stellung in Europa anerkannte, auch aus den Reihen seiner eigenen Partei sehr angegriffen worden, wobei ihm bezeichnenderweise sogar der Vorwurf gemacht wurde, die Unterjochung Dänemarks unter Deutschland zu betreiben. Wenn Stauning sich weiter bemüht, dem dänischen Volk die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland einzuhämmern, so zeigt dies seine nüchterne und realpolitische Einstellung. Er ist für seine Person klug genug, klar zu erkennen, dass die wirtschaftlichen Probleme Dänemarks nicht mehr ohne Deutschlands Hilfe gelöst werden können, und sich darüber hinaus bewusst, dass Dänemark bei der überragenden Machtposition Deutschlands in Europa seine Selbständigkeit nur wahren kann, wenn es sich in die neue Lage einzupassen weiss. Gewiss wurzelt Stauning noch in der vergangenen Zeit, und das, was ihm als Zusammenarbeit mit Deutschland vorschwebt, bleibt weit hinter dem zurück, was die kommende Entwicklung bringen muss. Seine Einstellung ist aber doch viel positiver als die der meisten anderen dänischen Politiker, die dänischen Nationalsozialisten natürlich ausgenommen. Seinen Äusserungen kann daher ein erzieherischer Wert nicht abgesprochen werden. Denn sie müssen trotz der gemachten Vorbehalte das allgemeine Verständnis für die Notwendigkeit der Orientierung nach Deutschland im dänischen Volke fördern.

¹⁾ Tværs over forsiden er skrevet: „cessat“.

177.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale med udenrigsminister Scavenius
om det islandske altings beslutninger 17. maj.**

21. maj 1941.

Telegramm
(offen)

Kopenhagen, den 21. Mai 1941 — 23.30 Uhr
Ankunft: — 22. — 1941 — 0.35 Uhr

Nr. 686 v. 21.5. CITO!

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 683*) vom 20.5.

Aussenminister sagte mir, Beschlüsse Altings seien in ihrer Tragweite nicht ganz zu übersehen, da sie gewunden und unklar abgefasst seien. Instruktionen isländischer Regierung an hiesigen Geschäftsträger beschränkten sich auf Antrag, König und dänischer Regierung Kenntnis zu geben. Vermutlich stellten Beschlüsse innerpolitisch Kompromiss zwischen zwei Richtungen im Alting dar, von denen die eine sofortige Aufhebung Unionsvertrages forderte, während die andere Entwicklung nicht zu überstürzen, um im Unionsvertrag vorgesehene Prozedur einzuhalten wünschte. Dass in Island seit langem starke Strömungen bestanden, sich von Dänemark völlig zu lösen, sei bekannt. Diese Strömungen hätten durch Tatsache, dass sich Dänemark ebenso wie im letzten Kriege auch diesmal ausserstande zeigte, etwas für Island zu tun, Auftrieb erhalten. Ob Beschlüsse Loslösung von Dänemark endgültig besiegelten oder Möglichkeit von Verhandlungen nach dem Kriege offen liessen, könne erst weitere Entwicklung lehren. Praktisch habe sich Island politische Handlungsfreiheit genommen. Abgesehen von Ernennung Reichsvorstehers trete aber im Moment Änderung tatsächlicher Lage insofern nicht ein, als Verbindung mit Dänemark ohnehin abgebrochen und Einführung Republik noch nicht vollzogene Tatsache sei. Jedoch sei er sich über Ernst isländischen Schrittes durchaus im klaren.

Auf Frage, was dänische Regierung zu tun gedenke, erklärte Scavenius, Island habe unstreitbar Recht. Aufhebung Unionsvertrages zu verlangen, vorausgesetzt, dass es sich an vereinbarte Prozedur halte. Er habe im Kabinett vorgeschlagen, sich nicht in Auseinandersetzung mit isländischer Regierung einzulassen, die nur Gegensätze vertiefen würde, und sich in Antwort an isländische Regierung auf Standpunkt zu stellen, dass Beschlüsse Altings Einhaltung der im Unionsvertrag vorgesehenen Prozedur involvieren.

Aussenminister gab zu, dass man sich fragen müsse, warum Beschlüsse Altings gerade in jetzigem Augenblick gefasst worden seien. Isländischer Geschäftsträger behauptete, dass es innerpolitische Gründe gewesen seien. Nach seiner Meinung habe sicher Abhängigkeit Islands von England infolge des Krieges zusammen mit aussenpolitischer wirtschaftlicher Hochkonjunktur Entwicklung beschleunigt. Dass darüber hinaus eine direkte Einwirkung von englischer oder amerikanischer Seite stattgefunden habe, sei zwar möglich, jedoch habe er keine Anhaltspunkte. Allerdings hätten sich Engländer schon einmal im Falle Norwegens und Schwedens innerpolitischer Strömungen bedient, um zwei Länder nicht in einer Hand zu lassen.

Scavenius war im übrigen der Auffassung, dass Island zwar zunächst versuchen würde, seine Unabhängigkeit nach allen Seiten zu wahren, dass es aber auf die Dauer ohne Anlehnung an ein grösseres Land nicht auskommen würde.

Ich sagte Scavenius, dass für mich kein Zweifel bestände, dass unsere Gegner ihre Hand im Spiele hätten. Ich erinnerte an den Versuch, den England bereits im April vorigen Jahres gemacht hatte, um Island auf seine Seite zu ziehen, und wies darauf hin, dass die Beschlüsse Altings das übliche Bekenntnis zum Norden vermissen liessen.

Renthe-Fink.

*) bei Presse

Hergestellt in 16 Stück

Davon sind gegangen:

Nr.	1	an	Pol. VI (Arb.St.)
-	2	-	R.A.M.
-	3	-	St.S.
-	4	-	Chef A.O.
-	5	-	B.R.A.M.
-	6	-	Leiter Abt. Pol.
-	7	-	— — Recht.
-	8	-	— — Pers.
-	9	-	— — Ha Pol.
-	10	-	— — Kult.
-	11	-	— — Presse
-	12	-	— — Prot.
-	13	-	— — Dtschl.
-	14	-	Dg. Pol.
-	15	-	pers. Stab (Hewel)
-	16	-	Länd. Ref.

Dies ist Nr. 12.

178.

Telegram fra Renthe-Fink ang. den danske gesandt i Reykjaviks indberetning om altingets beslutninger 17. maj.

6. juni 1941.

Geheim!

Telegramm
(G. Schreiber)

Kopenhagen, den 6. Juni 1941 21.30 Uhr
Ankunft: — 6. — — 22.10 —

Nr. 746 vom 6.6.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 738*) vom 5.6.

Dänischer Gesandter in Island, der von Regierung aufgefordert war, über Hintergründe des Trennungsbeschlusses zu berichten, hat gemeldet, dass dieser Schritt hauptsächlich auf innerpolitische Beweggründe zurückzuführen sei. Die radikalen Nationalisten hätten auf Grund der Tatsache, dass Island zum dritten Mal in 133 Jahren wegen eines europäischen Krieges faktisch und vollständig von Dänemark getrennt sei, die sofortige Trennung und Ausrufung einer unabhängigen Republik verlangt, während gemässigte Elemente zwar ebenfalls dem in Island allgemeinen Wunsch auf vollständige Unabhängigkeit nachgeben wollten, sich aber für Einhaltung der legalen Prozedur erklärten. Das Resultat dieser Stellungnahme sei der ohne besondere Begründung von der Regierung eingebrachte Beschluss in seiner jetzigen Form gewesen. Der Gesandte bestätigt, dass von englischer Seite vor einseitigen, gesetzwidrigen Massnahmen gewarnt worden sei. Gleichwohl sind wichtige Kreise hier der Ansicht, dass die Engländer der isländischen Entschliessung nicht ganz fernstehen. Auch Stauning soll gutem Vernehmen nach diese Auffassung teilen. Es ist nicht wahrscheinlich, dass das einmal geweckte Grossmachtinteresse an Island, das unter anderem auf wichtigen strategischen Erwägungen beruht, in Zukunft die Existenz eines unabhängigen Staatswesens zulassen wird. Ich werde daher dafür sorgen, dass in der

*) bei Pol VI

nun zur Verfügung stehenden längeren Zeit, falls dort Einverständnis besteht, von dänischer Seite eine geschickte Aufklärung über die Island aus dem Verhältnis zu Dänemark erwachsenden Vorteile einsetzt und dass Dänemark seine Ansprüche nicht aufgibt.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 16 Stück

Davon sind gegangen:

- | | | | |
|-----|----|----|---------------------|
| Nr. | 1 | an | Pol. VI (Arb.St.) |
| - | 2 | - | R.A.M. |
| - | 3 | - | St.S. |
| - | 4 | - | Chef A.O. |
| - | 5 | - | B.R.A.M. |
| - | 6 | - | Leiter Abt. Pol. |
| - | 7 | - | — — Recht. |
| - | 8 | - | — — Pers. |
| - | 9 | - | — — Ha.Pol. |
| - | 10 | - | — — Kult. |
| - | 11 | - | — — Presse |
| - | 12 | - | — — Prot. |
| - | 13 | - | — — Dtschl. |
| - | 14 | - | Dg.Pol. |
| - | 15 | - | pers. Stab. (Hewel) |
| - | 16 | - | Länd. Ref. |

Dies ist Nr. 12.

179.

Telegram fra Renthe-Fink ang. „Admira“ fodboldkampen 4. juni.

8. juni 1941.

Geheim!

Telegramm

(offen)

Kopenhagen, den 8. Juni 1941 1.30 Uhr
Ankunft: — 8. — — 2.20 —

Nr. 753 vom 7.6. CITO!

Unter Bezugnahme auf Drahtberichte Nr. 743*) und 745*) vom 6.6.41 und heutige fernmündliche Besprechung mit Gesandten von Grundherr.

1.) Am 4.6. fand das dritte von fünf vorgesehenen Fussballspielen zwischen der Wiener Mannschaft Admira und dänischen Mannschaften in Kopenhagen statt. Schon beim zweiten Spiel am 30.5., das die Dänen verloren, kam es zu Missfallensäusserungen des dänischen Publikums gegenüber dem Deutschen Gruss, den die deutschen Spieler am Schluss erwiesen. Beim dritten Spiel war die Haltung des Publikums zunächst normal. Bei Beendigung des Spiels, das die Dänen wieder verloren, standen sich beide Mannschaften gegenüber und die deutsche Mannschaft erwies wie üblich den Deutschen Gruss. In diesem Augenblick wurden Piffe und Pfuirufe laut, die sich verstärkten. Beim Herausströmen des Publikums aus dem Sportplatz kam es zu Wortwechseln, in deren Verlauf eine Gruppe von etwa 50 deutschen Soldaten von einer grösseren Menschenmenge umringt und bedroht wurde. Bei den entstehenden Tätlichkeiten hat entgegen zunächst weitergehenden Meldungen ein Soldat

*) Pol. VI.

einen Schlag ins Gesicht bekommen. Weitere Verletzungen sind nicht bekannt geworden, sie können auf keinen Fall schwerwiegender Art gewesen sein. Die deutschen Soldaten haben zur Selbsthilfe gegriffen und eine Anzahl Dänen verprügelt.

Die Polizei, die gegenüber der Zuschauerzahl von 12.500 Menschen viel zu schwach vertreten war, hat, soweit es in ihren Kräften stand, sofort tatkräftig und umsichtig eingegriffen und eine weitere Zuspitzung der Lage verhindert.

2.) Bei dem Verhalten des dänischen Publikums mag an sich die bei derartigen Fussballspielen übliche leidenschaftliche Erregung mitgewirkt haben, es ist aber doch im Rahmen der in der letzten Zeit verstärkten englischen und chauvinistischen Propaganda zu sehen, der die Regierung nicht mit genügender Entschlossenheit entgegengetreten ist. Der Fall bot die willkommene Gelegenheit, der Regierung vor Augen zu führen, dass sie energischer eingreifen und auf die Stimmung einwirken muss, um nicht durch Häufung solcher Vorfälle schliesslich Gefahren entstehen zu lassen. Zugleich konnten um des Ansehens der Wehrmacht und des deutschen Ansehens überhaupt willen die Vorkommnisse nicht ohne energische Reaktion unsererseits hingenommen werden. Es musste auch verhütet werden, dass es bei den nächsten Spielen zu erneuten Zusammenstössen kam, die leicht folgenreicher hätten sein können. Aus diesen Gründen habe ich es für richtig gehalten, nicht nur die allgemeine Frage der Regierung gegenüber aufzurollen, sondern auch die weiteren Spiele der Wiener Fussballer, ebenso wie die deutsche Beteiligung an dem morgigen Radrennen in Roskilde, abzusagen.

3.) Wegen der allgemeinen Frage habe ich heute früh Vorstellungen bei Staatsminister und Aussenminister erhoben und dabei besonders die unzulängliche Haltung und Tätigkeit des Justizministers moniert. Beide Minister waren von meinen mit Ernst vorgetragenen Warnungen sichtlich beeindruckt und haben die Notwendigkeit eines persönlichen Wechsels in der Leitung des Justizministeriums und einer grundsätzlichen Umgestaltung im Verhältnis zwischen Justizministerium und Polizei eingesehen. Die Beratungen darüber im Kabinett haben bereits heute begonnen.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 14 Stück

Davon sind gegangen:

Nr.	1	an	Pol.VI	(Arb. St.)
-	2	-	R.A.M.	
-	3	-	St.S.	
-	4	-	Chef A.O.	
-	5	-	B.R.A.M.	
-	6	-	Leiter Abt.	Pol.
-	7	-	—	Recht
-	8	-	—	Pers.
-	9	-	—	Ha.Pol.
-	10	-	—	Kult.
-	11	-	—	Presse
-	12	-	—	Prot.
-	13	-	—	Dtschl.
-	14	-	Dg.Pol.	

Dies ist Nr. 3.

180.

Telegram fra Renthe-Fink ang. „Admira“ fodboldkampen 4. juni.**10. juni 1941.****Geheim.****Telegramm**
(offen)Kopenhagen, den 10. Juni 1941 21.45 Uhr
Ankunft: — 10. — — 22.30 Uhr*Nr. 758 v. 10.6.*

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 753 vom 7. d. M.

Abbruch Fussballspiele Admira und Verschiebung Vortrags Reichsstatthalters Ritter von Epp hat gewünschte Wirkung erzielt. Dänische Regierung hat, wie bereits berichtet, Notwendigkeit eingesehen, auf dem Gebiete des Justizwesens und der Polizei neue Massnahmen zu ergreifen.

Vorfälle bei Fussballspiel sind Regierung und dänischen sportlichen Kreisen äusserst peinlich. Dänischer Aussenminister hat mir Bedauern dänischer Regierung über Vorfälle ausgesprochen. Ebenso hat Präsident dänischen Fussballverbandes sich persönlich und schriftlich entschuldigt. In heutigen Presseartikeln sind Vorfälle scharf verurteilt worden. Trotzdem wird es sich empfehlen, zunächst von Abhaltung deutsch-dänischen Länderkampfes am 29. Juni abzusehen, weil auch bei verstärktem polizeilichen Schutz Präsident Fussballverbandes nicht glaubt, Gewähr übernehmen zu können, dass sich Missfallskundgebungen wegen bekannter Zusammensetzung Fussballpublikums ganz ausschliessen lassen. Unter diesen Umständen können wir natürlich nicht unsere Zustimmung geben zur Einreise der schwedischen Teilnehmer am dänisch-schwedischen Fussballländerkampf, der bereits am 15. Juni in Kopenhagen stattfinden soll.

Es wäre m. E. verfehlt, wenn wir es, nachdem Dänen ihren Denkkzettel erhalten haben, zu ernststen Störungen sportlicher Beziehungen Deutschland-Dänemark kommen liessen. Ich möchte deshalb von weiteren Massnahmen auf sportlichem Gebiet abraten, insbesondere davon, dänische Beteiligung an sportlichen Veranstaltungen in Deutschland abzusagen. Ausfall Länderspiele trifft Dänen schon hart genug. Würde es im übrigen für wünschenswert halten, wenn ein Vertreter Reichssportführers baldmöglichst nach Kopenhagen entsandt würde, damit eine Aussprache mit hiesigem Fussballverband und sportlicher Dachorganisation stattfindet.

Renthe-Fink.*Hergestellt in 14 Stück**Davon sind gegangen:*

- | | | | |
|-----|----|----|-------------------|
| Nr. | 1 | an | Pol. VI (Arb.St.) |
| - | 2 | - | R.A.M. |
| - | 3 | - | St. S. |
| - | 4 | - | Chef A.O. |
| - | 5 | - | B.R.A.M. |
| - | 6 | - | Leiter Abt. Pol. |
| - | 7 | - | — — Recht |
| - | 8 | - | — — Pers. |
| - | 9 | - | — — Ha. Pol. |
| - | 10 | - | — — Kult |
| - | 11 | - | — — Presse |
| - | 12 | - | — — Prot. |
| - | 13 | - | — — Dtschl. |
| - | 14 | - | Dg.Pol. |

Dies ist Nr. 3.

181.

Telegram fra Renthe-Fink ang. de forholdsregler, der er truffet som følge af „Admira“ fodboldkampen 4. juni.

14. juni 1941.

Geheim.

Telegramm

(offener Text)

Kopenhagen, den 14. Juni 1941 01.25 Uhr
Ankunft den 14. Juni 1941 2.10 Uhr

Nr. 768 vom 12. Juni 1941.

Auswärtig Berlin.

Auf die von Gesandten von Grundherr fernmündlich übermittelten Fragen.

1.) Vorfälle beim Kopenhagener Fussballspiel Admira Wien spielten sich beim Herausströmen der vieltausendköpfigen Zuschauermassen ab. Wehrmachtsangehörige haben bei den von den Dänen angezettelten Schlägereien eine grosse Anzahl der sich herausfordernd benehmenden und zu Handgreiflichkeiten schreitenden Dänen gründlich verprügelt, sodass die Sache von ihrem Standpunkt aus erledigt war. Eingehendere Feststellungen haben sich daher nachträglich nicht mehr treffen lassen, zumal sich Soldaten erfahrungsgemäss hüten, sich durch Meldung Unannehmlichkeiten zuzuziehen. Dänische Polizei, die nur schwach vertreten und in erster Linie bemüht war, Ruhe wiederherzustellen und Ausweitung Schlägereien zu vermeiden, was ihr auch gelang, ist nur dazugekommen, zwei beteiligte Dänen, 30jährigen Specialarbeiter Hansen und 18jährigen Typografenlehrling Jensen, festzustellen. Wehrmacht hält für richtig, dass Bestrafung durch dänische Gerichte erfolgt. Das Erforderliche ist in dieser Beziehung veranlasst.

2.) Deutscherseits wurde der Zwischenfall zum Anlass genommen, um einer sich schon seit einiger Zeit abzeichnenden chauvinistischen Entwicklung in gewissen Kreisen entgegenzuwirken. Dänen ist durch unsere Haltung eindeutig klargemacht worden, dass wir uns Provokationen dieser Art nicht gefallen lassen. Unsere Reaktion war:

- 1.) Unverzügliche Absage der Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen der Regierung.
- 2.) Absage der weiteren Sportveranstaltungen.
- 3.) Absage des Besuches und Vortrages des Reichsstatthalters Ritter von Epp.
- 4.) Schliesslich wurde Rücktritt dänischen Justizministers Harald Petersen als des für die öffentliche Sicherheit verantwortlichen Regierungsmitgliedes verlangt.

3.) Von amtlicher dänischer Seite erfolgte daraufhin:

- 1.) Entschuldigung des Aussenministers.
- 2.) Rücktritt des dänischen Justizministers.
- 3.) Neuorganisation des dänischen Justizministeriums unter enger Anlehnung an deutsche Wünsche. Nachricht Rücktritts von Harald Petersen teilte mir Aussenminister durch persönlichen Besuch bei mir mit.
- 4.) Dänische Presse hat die Vorfälle neben Veröffentlichung der amtlichen Verlautbarung auch durch eingehende Leitartikel scharf verurteilt. Auch die Sportvereine sind durch eine Kundgebung in der hiesigen Presse von den Vorfällen öffentlich abgerückt. Sie werden aus der von uns veranlassten Absage der Länderspiele in Kopenhagen (Dänemark/Schweden und Dänemark/Deutschland) eine Lehre für die Zukunft ziehen, da sie die deutsche Massnahme auch finanziell empfindlich trifft.

- 5.) Nachdem den deutschen Forderungen in vollem Umfange entsprochen worden ist, halte ich hiermit Zwischenfall für erledigt. Zu weiteren politischen deutschen Forderungen bietet der Vorfall seiner Bedeutung nach keinen Anlass. Befehlshaber deutscher Truppen in Dänemark schliesst sich vom militärischen Standpunkt aus meiner Auffassung an.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 16 Stück

Davon sind gegangen:

- | | | | |
|-----|----|----|-------------------|
| Nr. | 1 | an | Pol. VI (Arb.St.) |
| - | 2 | - | R.A.M. |
| - | 3 | - | St.S. |
| - | 4 | - | Chef A.O. |
| - | 5 | - | B.R.A.M. |
| - | 6 | - | Leiter Abt. Pol. |
| - | 7 | - | — — Recht |
| - | 8 | - | — — Pers. |
| - | 9 | - | — — Ha.Pol. |
| - | 10 | - | — — Kult. |
| - | 11 | - | — — Presse |
| - | 12 | - | — — Prot. |
| - | 13 | - | — — Dtschld. |
| - | 14 | - | Dg. Pol. |
| - | 15 | - | pers.Stab (Hewel) |
| - | 16 | - | Länd. Ref. |

Dies ist Nr. 3.

182.

Notits af den kommitterede for udenrigspolitiske spørgsmål, Hencke, ang. samtale med udenrigsminister Scavenius 12. juni.

18. juni 1941.

Aufzeichnung

Gelegentlich meines Abschiedsbesuches beim königlich dänischen Aussenminister am 12. Juni ds.Js. kam das Gespräch auf die derzeitige politische Lage in Dänemark. Im Einvernehmen mit dem Bevollmächtigten führte ich Herrn v. Scavenius gegenüber folgendes aus:

Die jüngsten Ereignisse — Demonstrationen auf dem Fussballplatz und Beleidigungen der deutschen Wehrmacht — zeigten, dass sich die antideutsche Stimmung bei der Bevölkerung verstärkt hätte. Wir betrachteten diese Entwicklung mit ernster Besorgnis. Für Dänemark sei sie sehr gefährlich. Leider müssten wir feststellen, dass die Regierung noch immer nichts Entscheidendes unternähme, um auf die Bevölkerung im Sinne einer aufrichtigen und loyalen Zusammenarbeit mit Deutschland einzuwirken. Im Gegenteil wurde durch die Berufung des deutschfeindlichen Professors Frisch an die hiesige Universität und die Ernennung des bekannten Deutschenhassers Rektor Vest in Aarhus zum Leiter einer grossen Schule der antideutschen Hetze geradezu Vorschub geleistet. Herr von Scavenius würde sicher verstehen, dass derartige Regierungsmassnahmen den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht hätten. Die dänische Regierung müsse sich darüber klar sein, dass wir gerade in der Behandlung von Personalfragen ein Kriterium für ihre wirkliche Einstellung erblicken müssten.

Der Aussenminister wandte ein, dass wir offenbar die Bedeutung der Ernennung von Herrn Prof. Frisch und Rektor Vest überschätzen würden. Herr Frisch sei durch die Berufung an die Universität politisch kaltgestellt worden. In seiner jetzigen Stellung habe er nicht die Möglichkeit, irgendwie hervorzutreten. Was den Rektor Vest anlange, so wolle er mir allerdings zugeben, dass hier nicht glücklich verfahren worden sei. Dies habe er auch bereits dem Staatsminister gesagt. Dass im übrigen die dänische Regierung alles tue, um die Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit zu schaffen, beweise der Rücktritt des Justizministers Harald Petersen. Es sei bedauerlich, dass Harald Petersen, der innerlich der neuen dänischen Politik ablehnend gegenüberstehe, nicht bereits früher von selbst die Konsequenzen gezogen hätte. Allerdings müsse anerkannt werden, dass sich Harald Petersen im entscheidenden Augenblick als guter dänischer Patriot gezeigt hätte. Er hätte anstandslos auf seinen Posten verzichtet, um der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Von einer anwachsenden antideutschen Stimmung könne nach Auffassung des Aussenministers eigentlich nicht gesprochen werden. Dass bei der längeren Dauer des Krieges gewisse Unzuträglichkeiten in Erscheinung träten, sei kaum zu vermeiden. Einen wunden Punkt gäbe es allerdings in der öffentlichen dänischen Meinung: das sei Frits Clausen und seine Bewegung. Niemand könne bestreiten, dass die dänische nationalsozialistische Partei nur einen verschwindenden kleinen Anhängerkreis im Volke besitze. Die bekannte Haltung, die Frits Clausen im letzten Jahre eingenommen hätte, seine wiederholten Ankündigungen, dass er an bestimmten Terminen die Macht übernehmen werde, nicht zuletzt auch die auf unsere Veranlassung erfolgte Aufhebung des Versammlungsverbotes hätten bei der Bevölkerung natürlich die Meinung hervorgerufen, dass Frits Clausen, der sich von selbst niemals durchsetzen könnte, mit Hilfe der deutschen Macht an die Regierung gebracht werden würde. Aber auch in dieser Beziehung sei es jetzt besser geworden. Die Agitation, die Frits Clausen jetzt treibe, sei massvoller und daher auch bei den Dänen wesentlich wirksamer als früher.

Ich erwiderte, ohne auf die Bemerkungen des Ministers über die Aktionen Frits Clausens im vergangenen Jahre einzugehen, dass die Sympathien des deutschen Reiches nach wie vor bei Frits Clausen und seiner Bewegung stünden. Schliesslich seien die dänischen Nationalsozialisten diejenigen, die allein kompromisslos für eine dänisch-deutsche Zusammenarbeit eintreten würden. Wir hätten uns niemals in innerdänische Angelegenheiten eingemischt. Was wir wünschten, sei aber, dass die Nationalsozialisten nicht schlechter behandelt werden als andere Parteien, und in einem parlamentarischen Staate die gleichen Chancen erhielten wie jede andere politische Richtung.

Herr von Scavenius bestritt, dass die dänischen Nationalsozialisten jemals ungünstiger gestellt gewesen seien als die übrigen politischen Parteien, ohne indessen dieses Thema weiter zu vertiefen.

Herr von Scavenius und ich waren uns schliesslich in einem Punkte einig, dass spätestens nach dem Kriege in allen Ländern, also auch in Dänemark, eine grundsätzliche Umstellung der innerpolitischen Verhältnisse erfolgen würde.

Kopenhagen, den 18. Juni 1941.

Hiermit

Herrn Gesandten von Renthe-Fink
erg. vorgelegt.

Hencke.

183.

**Telegram fra Kotze ang. samtale med udenrigsminister Scavenius 8. juli
i anledning af amerikanske troppers besættelse af Island.**

8. juli 1941.

Geheim!

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 8. Juli 1941 — 16.40 Uhr

Ankunft: — 8. — — 17.55 —

Nr. 882 vom 8.7.

Habe heute amerikanische Pressenachrichten betreffend Botschaft Roosevelts über Besetzung Islands durch amerikanische Truppen auf Grund Abkommens mit isländischem Ministerpräsidenten mit Scavenius besprochen. Habe dabei ausgeführt, dass Nachricht in dieser Form besonders auffallend, weil noch in gestriger Presse der gleiche isländische Ministerpräsident gegen Besetzung durch amerikanische oder englische Truppen lebhaft protestiert habe. Scavenius versicherte, dass Regierung über veröffentlichte Telegramme hinaus keinerlei Informationen besitze und angesichts des Zustandes der faktischen vollständigen Trennung von Island eigentlich auch von niemanden erwarte. Ich erwiderte, dass trotz der provisorischen Regelung in der Kriegszeit das Unionsgesetz von 1918 praktisch noch in Kraft sei und selbst wenn man die Kompetenz der dänischen Regierung in Zweifel ziehen wollte, mindestens der König als isländisches Staatsoberhaupt bei derartigen Eingriffen dritter Mächte nicht übergangen werden könne. Scavenius gab dies zu und erklärte mir, dass er mit seinen Mitarbeitern in Erwägungen darüber eintreten würde, ob und in welcher Form vom hiesigen amerikanischen Geschäftsträger amtliche Informationen verlangt werden sollten. Ebenso würde die Frage eines Protestes analog dem seinerzeit bei der englischen Besetzung abgegebenen erwogen werden. Erbitten Weisung, wie dortige Einstellung zur Frage eines Protestes gegenüber Vereinigten Staaten ist.

Kotze.

Hergestellt in 19 Stück

Davon sind gegangen:

- Nr. 1 an Pol IX (Arb.St.)
- 2 - R.A.M.
- 3 - St.S.
- 4 - Chef A.O.
- 5 - B.R.A.M.
- 6 - Leiter Abt. Pol.
- 7 - — — Recht
- 8 - — — Pers.
- 9 - — — Ha.Pol.
- 10 - — — Kult.
- 11 - — — Presse
- 12 - — — Prot.
- 13 - — — Dtschl.
- 14 - Dg.Pol.
- 15 - Dg. Ha. Pol.
- 16 - Dg.R.
- 17 - Dg. Kult.
- 18 - pers. Stab (Hewel)
- 19 - Länd. Ref.

Dies ist Nr. 3.

184.

Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop i anledning af amerikanske troppers besættelse af Island.

11. juli 1941.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm
(G.-Schreiber)

Sonderzug, den 11. Juli 1941 15.30 Uhr
Ankunft den - — — 16.20 Uhr

RAM—304/R

- 1.) Chiffrierbüro Nr. 641
 - 2.) Deutsche Gesandtschaft Kopenhagen
- Telegramm in Ziffern (Geh.Ch.V.)

Auf Telegramm Nr. 889*) vom 9.7.

Ich bitte Sie, den dänischen Aussenminister zu veranlassen, dass er bei dem dortigen isländischen Geschäftsträger darauf besteht, über die Stellungnahme der isländischen Regierung zur Besetzung der Insel durch amerikanische Truppen eine authentische Information zu erhalten.

Sobald diese Information vorliegt, bitte ich Sie¹⁾ drahtlich hierher mitzuteilen.

Ribbentrop.

Randvermerk

Unter Nr. 765 nach
Kopenhagen weitergegeben.
Tel.Ktr.11.7.41

Chef A.O.
St.S. Keppler
U.St.S. Pol.
U.St.S. R.
Botsch. Ritter
Leiter Abt. Pers.
— — Ha Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Dtschld.
— — Inf.

Chef Prot.
Dg. Pol.
Arb.Expl. bei Pol.
v. Renthe-Fink
Dieckhoff
Ges. v. Grundherr

*) Pol IX

¹⁾ Skal formentlig være „sie“.

185.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop i anledning af
amerikanske troppers besættelse af Island.**

13. juli 1941.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm
(G-Schreiber)

Sonderzug Westfalen, den 13. Juli 1941 — 1.00 Uhr
Ankunft: — 13. — — — 2.10 —

Nr. 651 vom 13.7.

- 1.) Chiffrierbüro.
- 2.) Diplogerma Kopenhagen
(Tel. i. Ziff.geh.Ch.V.)

Auf Telegramm Nr. 882.

Es liegt durchaus in unserem Interesse, dass dänische Regierung oder König von Dänemark gegen Besetzung Islands durch amerikanische Truppen bei amerikanischer Regierung protestiert. Ich bitte Sie, in diesem Sinne mit Nachdruck auf dortige Regierung einzuwirken.

Ribbentrop.

Vermerk:

Unter Nr. 772 nach
Kopenhagen weiterge-
geben.
Tel.Ktr., 13.7.41.

Chef AO
St.S.Keppler
U.St.S.Pol.
U.St.S.R.
Botsch.Ritter
Leiter Abt.Pers.
— — Ha Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Dtschld.
— — Inf.

Chef Prot.
Dg.Pol.
Arb.Expl. bei Pol. IX

186.

Telegram fra Kotze ang. den danske regerings standpunkt til en protest mod den amerikanske besættelse af Island.

17. juli 1941.

Geheim!

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 17. Juli 1941

Ankunft: — 17. — — , 19.10 Uhr

Nr. 915 vom 17.7. CITISSIME!

Auswärtig Berlin.

Auf Drahterlass Nr. 772*) vom 13.7. und unter Bezugnahme auf Drahtberichte Nr. 882 v. 8.7. und 889 v. 9.7.

Ersuchen Aussenministeriums um amtliche Informationen hat bisher ergeben, dass amerikanischer Geschäftsträger auch dort bekannte Mitteilung Roosevelts an Kongress nebst Schreiben isländischen Ministerpräsidenten an Roosevelt und Antwort hierauf übersandte. Isländischer Geschäftsträger mitteilte Abschrift eines Telegrammes vom Ministerpräsidenten aus Reykjavik, worin bestätigt wird, dass alle Parteien des Altings mit Ausnahme der Kommunisten dem Abkommen Jonasson—Roosevelt zugestimmt haben. Dieser Umstand schliesst nach Ansicht massgebender Kreise im Aussenministerium einen Protest des Königs aus, weil er mit gegen die von ihm beschworene isländische Verfassung verstossen und sich, abgesehen von der praktischen Nutzlosigkeit des ganzen Schrittes, in einen Gegensatz zu Volk und Parlament in Island setzen würde, bei dem er im Unrecht wäre.

Ich habe demgegenüber nachdrücklichst den Standpunkt vertreten, dass man bei den letzten Vorgängen vor dem erstaunlichen und unerklärlichen Faktum stünde, dass die gleichen Isländer, die vor Jahresfrist in schärfsten Ausdrücken gegen englische Besetzung protestiert hätten und im Januar 1941 eine obskure amerikanische Pressenotiz benutzten, um der Welt nachdrücklich zu verkünden, dass sie jede Form eines amerikanisch-englischen Waffenhandels über Islands Häfen verhindern würden und strengstens neutral zu bleiben gedächten, dass diese Isländer jetzt ohne erkennbaren Widerspruch freiwillig zehntausende amerikanische Soldaten ins Land riefen. An eine Kundgebung aus dem Munde des Königs hätten wir deshalb gedacht, weil er trotz freiwilliger Zurückhaltung seit April 1940 de facto noch als Landesoberhaupt zu betrachten sei. Wir hielten auch jetzt daran fest, dass eine solche Äusserung, insbesondere im Hinblick auf die Zukunft Dänemarks und Islands, von grosser Bedeutung sein könne. Worauf es aber vor allem ankomme, sei, dass dieser Akt einer neuen gewaltsamen Besetzung Islands durch fremde Truppen nicht ohne jede Äusserung des Widerspruches von dänischer Seite hingenommen würde. Man dürfe sich nicht durch formalistische Bedenken davon abhalten lassen, in einer für die zukünftige Stellung Islands in der europäischen Welt so entscheidenden Angelegenheit ein deutliches Wort zu sprechen.

Herr von Scavenius rief nach dieser Auseinandersetzung seine nächsten Mitarbeiter hinzu und gab ihnen in meiner Anwesenheit den Auftrag, zunächst für eine die verfassungsrechtlichen Bedenken berücksichtigende offizielle Äusserung, die letzten Endes durch den Staatsminister oder durch den König bekanntgemacht werden könnte, Material zu sammeln und Formulierungen vorzubereiten. Er werde mir so bald als möglich seine Vorschläge hierüber mitteilen. Darüber hinaus solle Material vorbereitet werden, um durch die Feder bekannter Publizisten wie Professor Gudmund Hatt in einer weniger an formale

*) Sonderzug 651

Bedenken gebundenen, umfassenderen Form öffentlich auf den plötzlichen Stellungswechsel der Isländer, seine inneren Zusammenhänge und die Bedeutung der ganzen Frage für die Zukunft hinzuweisen.

Bei dem Alter und der bekannten allgemeinen Einstellung des Königs ist es nicht wahrscheinlich, dass er nach dem Votum des Isländischen Parlaments zu irgendeiner öffentlichen Stellungnahme zu bewegen sein wird, zumal er sich jeden derartigen Eingriff seit April 1940 versagt hat. Für die in Aussicht genommene Regierungserklärung und die öffentliche Behandlung in der Presse wird es unseres ständigen Druckes bedürfen, um die dänische Seite zu einer eindrucksvollen Aktion zu veranlassen.

Der gleichfalls um Stellungnahme gebetene dänische Gesandte in Reykjavik, der wahrscheinlich am meisten durch englisch-amerikanische Zensur gehemmt ist, hat bisher noch nicht geantwortet. Im Aussenministerium erhofft man von ihm noch Informationen über die wahre Stimmung in Island auf besonderem Wege.

Kotze.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

Botsch.Ritter

Leiter Abt.Pers.

— — Ha Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Dtschld.

— — Inf.

Chef Prot.

Dg.Pol.

Arb.Expl. bei Pol. VI.

187.

Telegram fra Renthe-Fink ang. henvendelse til den danske regering om protest mod den amerikanske besættelse af Island.

26. juli 1941.

Geheim!

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 26. Juli 1941 — 01.55 Uhr

Ankunft: — 26. — — 20.45 —

Nr. 949 vom 25.7.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 915 vom 17.7.

1.) Vom dänischen Aussenministerium angeforderter Bericht dänischen Gesandten in Reykjavik über Verhandlungen zwischen U.S.A. und isländischer Regierung, die zur Besetzung Islands durch amerikanische Truppen geführt haben, ist auch jetzt noch nicht eingegangen. Dänisches Aussenministerium wird nochmals anmahnen, vermutet aber, dass Gesandter von Engländern und Amerikanern überwacht wird und keine Möglichkeit hat, Weisung nachzukommen.

2.) Da dänischer Reichstag demnächst zur Beratung und Verabschiedung des in Vorbereitung befindlichen Kommunistengesetzes zusammentreten muss, bietet sich für

Regierung Gelegenheit, im Folketing zur Besetzung Islands durch amerikanische Truppen Stellung zu nehmen.

Habe im Aussenministerium hierauf hingewiesen und unter Verwertung mir mit Drahterlass Nr. 814 vom 23.7. mitgeteilter Rundfunkmeldung des State Departments nochmals mit allem Nachdruck unterstrichen, dass es unverständlich wäre, wenn Dänemark gegen amerikanische Besetzung Islands nicht bald amtlich reagiere. Frage soll Anfang nächster Woche, wenn Aussenminister wieder anwesend ist, im Kabinett behandelt werden.

Renthe-Fink.

Chef AO
 St.S.Keppler
 U.St.S.Pol.
 U.St.S.R.
 Botsch.Ritter
 Leiter Abt.Pers.
 — — Ha Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Dtschld.
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg.Pol.
 Arb.Expl. bei Pol VI

188.

Telegram fra Renthe-Fink ang. den danske regerings stilling til den amerikanske besættelse af Island.

31. juli 1941.

Geheim!

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 31. Juli 1941 — 01.30 Uhr
 Ankunft: — 31. — — — 4.15 —

Nr. 968 vom 30.7.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 949*) vom 25.7.

1.) Angeforderter Drahtbericht dänischer Gesandtschaft Reykjavik betreffend amerikanisch-isländische Vereinbarung über Besetzung Islands durch amerikanische Truppen inzwischen doch noch eingegangen und hat folgenden Wortlaut:

„Regierung und Alting Islands haben offenbar ihre Entschliessung getroffen nach genauer Würdigung aller Umstände unter Berücksichtigung der obwaltenden Situation und als mit den Interessen Islands in Einklang befindlich, da sich hier die allgemeine Auffassung in relativer Zufriedenheit damit äussert, von einer erzwungenen Okkupation durch einen Kriegsteilnehmer freizukommen und zugleich bedeutende Vorteile zu erhalten durch die freiwillige Vereinbarung über den Schutz durch einen neutralen Staat. Vgl. die hier und in den U.S.A. publizierten Aktenstücke.

*) bei R.A.M.

Hintergrund der Note des isländischen Staatsministers vom 1. Juli ist die allgemeine politische und militärische Lage, wie sie sich in letzter Zeit entwickelte und die vorhergenannte relative Zufriedenheit mit Schutz an Stelle von Okkupation. Altings-Debatte und Presse haben volle Zustimmung zu den mit U.S.A. getroffenen Vereinbarungen gezeigt.“

2.) Formulierung des Drahtberichtes zeigt, dass der dänische Gesandte in seiner Berichterstattung nicht frei ist, sondern der Überwachung seitens der Engländer und Amerikaner unterliegt. Wenn die isländische Regierung wirklich geglaubt haben sollte, durch die Vereinbarung mit den U.S.A. einen „neutralen Schutz“ zu erhalten, so würde dies eine kaum begreifliche Selbsttäuschung gewesen sein. Dänischer Aussenminister meinte, dass man zwischen den Zeilen des Drahtberichtes lesen müsse. Isländische Regierung würde seiner Ansicht nach nie freiwillig eine Besetzung Islands durch eine fremde Macht zugestanden haben. Sie müsse daher in einer absoluten Zwangslage gewesen sein. Er könne sich nur denken, dass die These, wonach die vereinbarte Besetzung einer erzwungenen Okkupation vorzuziehen sei, von der isländischen Regierung nachträglich zurechtgemacht worden sei, um der Bevölkerung die bittere aber unvermeidliche Pille schmackhaft zu machen.

3.) Aussenminister wird im Kabinett vorschlagen, dass der Staatsminister im Folketing eine Erklärung über Island abgibt, wenn der Reichstag zur Annahme des Kommunistengesetzes zusammentritt.

Renthe-Fink.

Chef AO

St. S. Keppler

U. St. S. Pol.

U. St. S. R.

Botsch. Ritter

Leiter Abt. Pers.

— — Ha Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Dtschld.

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bel Pol VI

189.

Telegram fra Renthe-Fink ang. statsminister Staunings påtænkte erklæring i folketinget om Island.

4. august 1941.

Geheime Reichssache.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(offen)

Kopenhagen, den 4. August 1941 22,25 Uhr.

Ankunft: den 4. August 1941 23,20 Uhr.

Nr. 989 vom 4. August 1941. CITO!

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 968 vom 30. Juli*) und unter Bezugnahme auf Ferngespräch mit Gesandten von Grundherr.

*) bei RAM

Aussenminister von Scavenius übergab mir heute vertraulich Entwurf zu Islandreferat Staatsministers im Folketing, der folgendermassen lautet:

„1.) Seitdem ich am 14.7.40 Gelegenheit hatte, hier im Thing eine Erklärung über unser Bundesland Island abzugeben, hat sich der Krieg in gewaltiger Weise entwickelt, und auf politischem Gebiet sind Ereignisse von grösster Tragweite für sozusagen alle europäischen Länder geschehen. Auch Island wurde von der Entwicklung der letzten Zeit betroffen und es dürfte als natürlich gefunden werden, dass ich wieder einige Worte über die Verhältnisse in unserem Bruderland sage.

2.) Was das Verhältnis zwischen Dänemark und Island betrifft, ist bekanntlich folgendes geschehen: Das Alting von Island hat am 17. Mai ds. Js. zwei Beschlüsse über die Frage des Unionsvertrages mit Dänemark und über die Staatsform Islands in der Zukunft getroffen. Diese Altings-Beschlüsse, die gleich nach der Annahme der Öffentlichkeit durch offizielle Mitteilungen in der Presse bekanntgegeben wurden, gaben Anlass zu einem Notenwechsel zwischen der dänischen und der isländischen Regierung. Auch diese Noten, die zwischen mir und Islands hiesigem Chargé d'affaires gewechselt wurden, sind in ihrem vollen Wortlaut durch die Presse der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Die ganze Angelegenheit ist daher genügend bekannt, und ich will mich hier auf den Hinweis beschränken, dass der Meinungsaustausch, der somit zwischen den Regierungen der beiden Bundesstaaten stattfand, von jeder Seite von vollem Verständnis für die Schwierigkeiten des anderen Partners getragen war, sowie von dem Geiste der Bruderschaft und Zusammengehörigkeit, die gleich seit der Annahme des Bundesgesetzes die dänisch-isländischen Beziehungen geprägt hat. Von dänischer Seite erklärten wir uns bereit, sobald die Verhältnisse es zulassen, wegen des Unionsübereinkommens auf Grundlage der Bestimmungen des Unionsgesetzes und unter voller Berücksichtigung der Wünsche des isländischen Volkes, Verhandlungen zu führen. Von isländischer Seite anerkannte und schätzte man das Verständnis der dänischen Regierung, indem man gleichzeitig auf die Altingsbeschlüsse als Richtlinien für die isländische Regierung hinwies.

3.) Gleichzeitig mit obgenannten Altingsbeschlüssen nahm das Alting einen besonderen Beschluss über die Wahl eines Reichsvorstehers zur Ausübung der normal durch den König ausgeübten Gewalt an. Diese Macht war, wie man sich erinnern wird, gleich nach dem 9. April 1940 vorübergehend dem isländischen Ministerium übertragen worden. Das was zuletzt geschehen ist, ist in Wirklichkeit nur eine Massnahme rein praktischen Charakters, indem die Macht des Königs in die Hand eines Mannes, eines Reichsvorstehers gelegt wurde, anstatt wie bisher einem kollegialen Organ. Zum Reichsvorsteher ist für ein Jahr Islands früherer Gesandter in Kopenhagen, Herr Sveinn Bjoernsson gewählt worden, der bei Übernahme seines neuen Amtes in warmen und anerkennenden Worten S. M. König Christian X. huldigte, und zwar in Worten, die wirkliche Freundschaftsgefühle und die Gefühle der Sympathie und Anhänglichkeit der isländischen Nation für das Bruderland Dänemark ausdrückten. Ich möchte gerne die Gelegenheit benutzen, um von dieser Stelle zu sagen, dass ein solches Zeugnis der Zusammengehörigkeit zweier Bruderländer von uns Dänen sehr geschätzt wird und vom Herzen erwidert wird.

4.) Was die Besetzung Islands anbelangt, ist im Anfang Juli eine prinzipielle Änderung eingetroffen, indem eine solche Regelung getroffen wurde, dass die Besetzung durch die Vereinigten Staaten Amerikas übernommen wird, soweit man verstehen kann, auf die Weise, dass die englischen Besatzungstruppen nach und nach zurückgezogen werden, wenn die amerikanischen eintreffen. Man wird sich daran erinnern, dass die Regierung Islands seinerzeit, als das Land durch England besetzt wurde, einen energischen Protest gegen diese Massnahme niederlegte. In diesem Protest wird auf die offizielle Erklärung der isländischen Regierung vom 11. April 1940 hingewiesen, in der es heisst, dass Island weder eine Allianz mit irgend einer Macht eingehen könnte, noch wollte und gegen jede Massnahme protestieren würde, welche der erklärten Neutralität Islands widerspreche. Die Erklärung darüber, dass Island immer neutral bleiben würde, wurde von der isländischen Regierung 1918 abgegeben und in Übereinstimmung mit dem Bundesgesetz von Dänemark notifiziert und den fremden Mächten übermittelt.

5.) Der Umstand, dass die Übernahme der militärischen Besetzung Islands durch die USA sich auf ein Übereinkommen zwischen der isländischen und amerikanischen Regierung stützt, berechtigt keineswegs zu der Annahme, dass Island den für das Land fundamentalen Standpunkt über seine ständige, neutrale Stellung, die zuletzt in der oben genannten isländischen Regierungserklärung vom 11.4.1940 ausgesprochen wurde, aufgeben oder prinzipiell geändert hat. Isländischerseits war es daher auch bei Abschluss des Übereinkommens eine entscheidende Voraussetzung, dass es sich um eine vorübergehende Massnahme unter voller Anerkennung Islands absoluter Unabhängigkeit und Souveränität handelt. Genau so wenig wie die englische Besetzung von isländischer Seite gewünscht wurde, genau so wenig kann angenommen werden, dass bei der isländischen Regierung der Wunsch bestand, diese Besetzung durch eine amerikanische abgelöst zu sehen. Über den Hintergrund der getroffenen Neuordnung haben wir hier in Dänemark aus natürlichen Gründen nur sehr spärliche Mitteilungen erhalten können. Für Island müssen zweifellos schwerwiegende Gründe vorhanden gewesen sein, die wir hier schwer erwägen können, aber es ist sicher nicht unrichtig, zu vermuten, dass die Situation in Wirklichkeit so gewesen ist, dass die isländische Regierung praktisch keine andere Wahl hatte. Es scheint mir, dass die neue Lage der Dinge in unserem Bundesland Anlass zu allerhand Sorgen geben wird, denn die Nachrichten, die über die Besetzung des Landes durch amerikanische Truppen vorliegen, scheinen weite Perspektiven und leider auch die Möglichkeit zu öffnen, dass Island in grösserem Umfang und direkterer Weise als es bisher der Fall war, in die kriegerischen Verwicklungen hereingezogen und eine Schachfigur im grosspolitischen Spiel wird, in dem es keine Sicherheit dafür hat, dass die Rücksicht auf Islands eigene Wünsche und Interessen das Entscheidende sein werden. Die vorliegenden Meldungen gehen darauf hinaus, dass grosse amerikanische Truppenabteilungen gelandet werden und dass an verschiedenen Stellen Marine- und Luftbasen von grossem Format angelegt werden. Es wird u. a. beabsichtigt, Island als Umlageplatz für amerikanische Kriegsmateriallieferungen zu benutzen. Die amerikanische Besetzung, die die Route von den Vereinigten Staaten Amerikas nach Grossbritannien für dessen Versorgung mit Kriegsmaterial sichern soll, wird wahrscheinlich das Vorhandensein bedeutender Flotteneinheiten in einem Gebiet erfordern, das deutscherseits als Sperrzone erklärt worden ist. Kriegerische Handlungen in den Gewässern um Island, die zur Sperrzone gehöre, oder in Island selbst sind daher nicht unwahrscheinlich.

6.) Die Übernahme der militärischen Besetzung Islands durch die Vereinigten Staaten von Amerika muss darum vom dänischen Standpunkt auch im höchsten Grade bedauert werden, da diese zweifellos die Gefahr mit sich bringt, dass Island auch in Zukunft als amerikanisches Interessengebiet betrachtet wird, trotzdem es bei dem getroffenen Übereinkommen eine klare Voraussetzung war, dass die amerikanischen, militärischen Abteilungen jeder Art unmittelbar nach Beendigung des jetzigen Krieges zurückgezogen werden. Island gehört zum Norden und daher zu Europa. Wir müssen damit rechnen können, dass die genannte Voraussetzung in Erfüllung geht.

7.) Es ist selbstverständlich, dass wir hier in Dänemark ein volles Verständnis dafür haben, dass Island in der stattfindenden gewaltigen Auseinandersetzung zwischen den Grossmächten nicht die Möglichkeit besitzt, die geschehene Entwicklung zu verhindern, und wir wissen, dass das isländische Volk sich niemals freiwillig zum Vorteil für Interessen ausnützen lassen wird, die nicht seine eigenen sind, oder mit den uralten Traditionen des Landes als nordisches Land übereinstimmen. Ein Zeugnis hierfür sind die isländischen Kundmachungen über die Zusammengehörigkeit zum Norden, die wir mit grosser Freude zur Kenntnis genommen haben. Mit grösster Sympathie für unser Brudervolk und mit gespannter Aufmerksamkeit folgen wir in Dänemark den Ereignissen, die die Interessengebiete dieses nordischen Landes betreffen und wir hegen die sichere Zuversicht, dass Island in der jetzigen, schwierigen Situation nicht sein gemeinsames Blut und die gemeinsame Geschichte auf Grund des Zusammengehörigkeitsverhältnisses mit dem dänischen Volk und den übrigen nordischen Völkern aus dem Auge verlieren wird, sondern genau so wie wir, an die Aufgaben denkt, die die europäischen Völker in Gemeinsamkeit zu lösen haben werden“.

Chef AO.
 St. S. Keppler
 U. St. S. Pol.
 U. St. S. R.
 Botsch. Ritter
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Dtschld.
 — — Inf.
 Chef. Prot.
 Dg. Pol.
 Arb. Expl. bei Pol. VI.
 Ges. v. Grundherr.

190.

Indberetning fra statssekretær E. v. Weizsäcker til rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. statsminister Staunings erklæring om Island.

6. august 1941.

Geheime Reichssache.

zu Pol. VI 592 g.Rs.

Berlin, den 6. August 1941.

St.S.
 U.St.S.Pol.
 Dg.Pol.

Fernschreiben mit G-Schreiber

Über Büro RAM für Gesandten von Rintelen
 zur Vorlage beim Reichsaussenminister.

Ref.: Ges.v.Grundherr

An
 Sonderzug Westfalen.

Zu Drahtbericht 989 vom 4.8. aus Kopenhagen.

I. Das im Kopenhagener Drahtbericht Nr. 989 vom 4.8. wiedergegebene Islandreferat, das der dänische Staatsminister Stauning im Folketing zu halten beabsichtigt, entspricht in seiner weichen Fassung keineswegs ganz unseren Wünschen. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass der isländisch-dänische Bundesvertrag von 1918 und die seither eingetretene Entwicklung der Dänischen Regierung keine formal juristische Plattform bieten, sich zum Sprecher der isländischen Interessen gegenüber dem Ausland zu machen. In dem Bestreben, von der Isländischen Regierung nicht desavouiert zu werden, hat die Dänische Regierung daher in dem vorstehenden Wortlaut auch die Herausarbeitung eines Gegensatzes zu der Isländischen Regierung bewusst vermieden.

II. Auch bei Berücksichtigung dieser dänischen Gedankengänge erscheinen einige Änderungen und Ergänzungen, die mit Gesandten von Renthe-Fink besprochen worden sind, unerlässlich und zwar folgende:

Ziffer 1 und 2 des Referats können unverändert bleiben.

Zu Ziffer 3:

Der 3. Satz von „Das was“ bis „Organ“ fällt weg und wird durch folgende zwei Sätze ersetzt: „Im Mai dieses Jahres wurde dann die Macht des Königs in die Hand eines Mannes, eines Reichsvorstehers, gelegt. Wenn auch diese Massnahme aus praktischen Gründen getroffen worden sein mag, so bleibt sie doch ein ernster Schritt, umsomehr als er ohne vorherige Befragung des Königs erfolgte.“ Die folgende Sätze bleiben.

Zu Ziffer 4:

Der 1. Satz von „Was die“ bis „eintreffen“ fällt weg und wird ersetzt durch den Satz: „Was die Besetzung Islands anbelangt, so ist Island jetzt nicht nur von englischen sondern auch von amerikanischen Truppen besetzt. Ob die Engländer abziehen werden, scheint nach den letzten Erklärungen zweifelhaft.“

Zu Ziffer 5 wäre die 2. Hälfte des 1. Satzes folgendermassen zu ändern: „berechtigt keineswegs zu der Annahme, dass Island gewünscht haben sollte, den für das Land fundamentalen Standpunkt über seine ständige neutrale Stellung, die zuletzt in der oben genannten isländischen Regierungserklärung vom 11.4.1940 ausgesprochen wurde, aufzugeben oder prinzipiell zu ändern.“ Der nächste Satz von „Isländischerseits“ bis „handelt“ fällt fort. Der nächste Satz von „Genau so wenig“ bis „abgelöst zu sehen“ bleibt unverändert. Von den Worten „Über den Hintergrund“ an ändert sich Ziffer 5 wie folgt: „Über den Hintergrund der getroffenen Neuordnung haben wir hier in Dänemark leider nur sehr spärliche Mitteilungen erhalten. Aber wir wissen, dass noch am 6. Januar 1941 der isländische Generalkonsul in New York auf Grund einer Meldung der United-Press über Pläne der Regierung der Vereinigten Staaten, Kriegsmaterial mit amerikanischen Schiffen nach Island zu bringen, wo es in britische Schiffe umgeladen und nach England weitertransportiert werden sollte, von seiner Regierung drahtlich um Überprüfung der Angelegenheit ersucht und angewiesen wurde, gegebenenfalls bei der Washingtoner Regierung mitzuteilen, dass die Isländische Regierung unter keinen Umständen die Genehmigung zur Benutzung isländischer Häfen als Zwischenstation für den Transport von Kriegsmaterial erteilen wolle. Der Isländische Generalkonsul in New York berichtete am 12. Januar, dass das State Department ihm gegenüber erklärt habe, überhaupt keine Kenntnis von den in Rede stehenden Plänen zu haben. Die Isländische Regierung nahm diese Erklärung zur Kenntnis, liess aber durch Presse und Rundfunk eine Verlautbarung über die Angelegenheit verbreiten, in welcher es am Schluss hiess, dass der Isländische Generalkonsul in New York selbstverständlich die Angelegenheit genau verfolgen werde.“

Danach ist es für uns schwierig zu verstehen, dass die Isländische Regierung vom Januar bis Juli dieses Jahres ihren Standpunkt so völlig geändert hat, dass sie im Juli sogar eine Besetzung Islands durch amerikanische Truppen zugestanden hat. Für Island müssen zweifellos schwerwiegende Gründe hierfür vorhanden gewesen sein. Es ist sicher nicht unrichtig zu vermuten, dass die Isländische Regierung von amerikanischer und englischer Seite in eine Zwangslage versetzt worden ist. Es scheint mir daher, dass die neue Lage der Dinge in unserem Bundesland Anlass zu allerhand Sorgen gibt. Die Nachrichten, die über die Besetzung des Landes durch amerikanische Truppen und die Fortdauer der Besetzung durch englische Truppen vorliegen, scheinen weite Perspektiven und leider auch die Möglichkeit zu öffnen, dass Island“. Von da ab bleibt Ziffer 5 bis zum Ende unverändert.

Zu Ziffer 6:

Im 1. Satz muss es lauten: „muss darum vom dänischen und europäischen Standpunkt auch im höchsten Grade bedauert werden,“. Der letzte Satz von Ziffer 6: „Wir müssen“ bis „in Erfüllung geht“ fällt weg und wird ersetzt durch den Satz: „Dies ist eine unerschütterliche Tatsache.“

Ziffer 7 bleibt unverändert. —

III. Ich bitte mich zu ermächtigen, Gesandten von Renthe-Fink zu beauftragen, dass er die obigen Änderungen Aussenminister Scavenius nahelegt.

191.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. et dansk ønske om at dekorere
rigsudenrigsminister v. Ribbentrop.**

9. august 1941.

Vertraulich!

St.-S. Nr. 503.

Berlin, den 9. August 1941.

Der *Dänische* Gesandte bat mich heute um einen Rat in folgender Frage:

Schon vor dem Kriege habe der Dänische König den Wunsch gehabt, deutsche führende Persönlichkeiten mit dänischen Orden zu dekorieren. Nun würde er gern mit dem Herrn Reichsaussenminister beginnen. In Frage käme das Grosskreuz des Danebrog-Ordens mit Diamanten, d. h. dieselbe Dekoration, die auch der Reichsmarschall erhalten habe. Selbstverständlich möchte der Dänische König sichergehen, dass der Herr Reichsaussenminister den Orden auch annehme.

Ich habe dem Gesandten Mohr erwidert, es schiene mir das Beste, wenn wir seine persönliche Anfrage an mich, sowie auch von ihm gedacht, nicht als eine amtliche Sondierung behandelten. Er möge mir überlassen, später auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Hiermit dem Herrn Reichsaussenminister.

gez. **Weizsäcker.**

Durchdruck an:

Protokoll (mit der Bitte um Prüfung, ob die von dem Gesandten Mohr erwähnte Dekoration wirklich dieselbe ist wie sie dem Herrn Reichsmarschall seinerzeit verliehen wurde.)

192.

**Telegram fra Kotze ang. de tyske krav om ændringer i statsminister Staunings
erklæring om Island.**

12. august 1941.

Geheim!

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Geheime Reichssache.

Telegramm

(G.Schreiber)

Kopenhagen, den 12. August 1941 20.00 Uhr
Ankunft: — 13. — 1941 8.45 —

o. Nr.

Auswärtiges Amt

Auf Drahterlass Nr. 887*) v. 8.8.1941.

Vorgeschlagene Änderungen in Stauningerklärung sind mit Direktor Svenningsen eingehend besprochen worden. Im Einzelnen ist folgendes zu bemerken:

*) Pol VI 4335 g

In Ziffer III Absatz 2 hatte Dänische Regierung schon von sich aus neue Fassung vorgenommen, die an die Worte „Islands Ministerium“ mit einem Komma folgendermassen anschliesst „eine Massnahme, die von dänischer Seite unter den gegebenen Umständen nur als natürlich angesehen werden konnte, das, was späterhin geschehen ist, ist weitergehend und zwar dadurch, dass die Funktionen des Königs in die Hände eines Mannes“.

— Dann alter Text bis Satzschluss. —

Darauf werden folgende Sätze eingefügt: „Es ist selbstverständlich, dass eine derartige Massnahme rein administrativ betrachtet, gewisse Vorteile bietet. Nichts deutet darauf hin, dass diese neue Massnahme, die ebenso wie die alte, nur für Kriegsdauer gilt, andere Ziele, als rein praktische anstrebt.“

In Ziffer 4 wird der erste Satz gestrichen und durch einen neuen ersetzt, der den Gegensatz zwischen den vertraglichen Zusagen der Amerikaner und den zahlreichen offiziellen und inoffiziellen Meldungen unterstreicht, wonach die Engländer nicht die Absicht haben, Island bald zu verlassen. Wortlaut folgt. —

In Absatz 5 bleibt die bereits angenommene Änderung bestehen, „dass Island gewünscht haben sollte, seinen fundamentalen Standpunkt aufzugeben, oder prinzipiell zu ändern“, danach wird ein neuer Absatz betreffend isländischen Protest vom Januar 1941 gegen die amerikanische Regierung eingefügt. —

Wortlaut folgt. —

Der Satz, auf den sich deutsche Bemerkung Roem 4 beruft, wird gestrichen. Der alte Text beginnt dann wieder mit den Worten — „Lige saa lidt“ und bleibt in der alten Fassung bis Schluss, mit der Ausnahme, dass ausdrücklich betont wird, dass die isländische Regierung sich gegenüber den Westmächten in einer Zwangslage befand und in Wirklichkeit keine freie Wahl hatte. —

In Absatz 6 wird eingefügt „vom dänischen und europäischen Gesichtspunkt“. Der Schlusssatz (deutsche Bemerkung Roem 7) wird gestrichen und durch eine Fassung etwa folgenden Inhalts ersetzt: „Ueberzeugt von der unumstösslichen Wahrheit dieser Zusammengehörigkeit möchte ich an dieser Stelle der festen Erwartung Ausdruck geben, dass die geschichtliche Entwicklung die feierlichen Zusagen der amerikanischen Regierung bestätigen wird.“ —

Kotze.

Chef A.O.

St. S. Keppler

U. St. S. Pol.

U. St. S. R.

U. St. S. Luther

Botsch. Ritter

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei Pol VI g

193.

**Telegram fra Kotze ang. danske forslag til statsminister Staunings
erklæring om Island.**

14. august 1941.

Geheime Reichssache.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm
(offen)

Kopenhagen, den 14. August 1941 — 18.15 Uhr
Ankunft: — 14. — — — 19.45 —

Nr. 1031 vom 14.8. CITISSIME!

Auf Drahterlass Nr. 887*) vom 8.8. und im Anschluss an Drahtbericht Nr. ... vom 12.8.**)

Neuer dänischer Vorschlag für Stauning Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„1.) Seitdem ich am 14.7.1940 Gelegenheit hatte, hier in Thing eine Erklärung über unser Bundesland Island abzugeben, hat sich der Krieg in gewaltiger Weise entwickelt, und auf politischem Gebiet sind Ereignisse von grösster Tragweite für sozusagen alle europäischen Länder geschehen. Auch Island wurde von der Entwicklung der letzten Zeit betroffen, und es dürfte als natürlich gefunden werden, dass ich wieder einige Worte über die Verhältnisse in unserem Bruderland sage.

2.) Was das Verhältnis zwischen Dänemark und Island betrifft, ist bekanntlich folgendes geschehen: Das Alting von Island hat am 17. Mai d. J. zwei Beschlüsse über die Frage des Unionsvertrages mit Dänemark und über die Staatsform Islands in der Zukunft getroffen. Diese Altings-Beschlüsse, die gleich nach der Annahme der Öffentlichkeit durch offizielle Mitteilungen in der Presse bekanntgegeben wurde[n], gaben Anlass zu einem Notenwechsel zwischen der dänischen und isländischen Regierung. Auf¹⁾ diese Noten, die zwischen mir und Islands hiesigem Chargé d’Affaires gewechselt wurden, sind in ihrem vollen Wortlaut durch die Presse der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Die ganze Angelegenheit ist daher genügend bekannt, und ich will mich hier auf den Hinweis beschränken, dass der Meinungs austausch, der somit zwischen den Regierungen der beiden Bundesstaaten stattfand, von jeder Seite von vollem Verständnis für die Schwierigkeiten des anderen Partners getragen war, sowie von dem Geiste der Bruderschaft und Zusammengehörigkeit, die gleich seit der Annahme des Bundesgesetzes die dänisch-isländischen Beziehungen geprägt hat. Von dänischer Seite erklärten wir uns bereit, sobald die Verhältnisse es zuließen, wegen des Übereinkommens auf Grundlage der Bestimmungen des Unionsgesetzes und unter voller Berücksichtigung der Wünsche des isländischen Volkes Verhandlungen zu führen. Von isländischer Seite anerkannte und schätzte man das Verhältnis²⁾ der dänischen Regierung, indem man gleichzeitig auf die Altingsbeschlüsse als Richtlinien für die isländische Regierung hinwies.

*) Pol VI 4335 g

**) bei Pol VI

3.) Gleichzeitig mit obengenannten Altingsbeschlüssen nahm das Alting einen besonderen Beschluss über die Wahl eines Reichsvorstehers zur Ausübung der normal durch den König ausgeübten Gewalt an. Diese Macht wurde, wie man sich erinnern wird, gleich nach dem 9. April 1940 vorübergehend auf das isländische Ministerium übertragen, eine Massnahme, welche von dänischer Seite nur als etwas den Umständen nach Natürliches aufgefasst werden konnte. Das, was nun kürzlich geschehen ist, ist weitgehend, indem die königliche Gewalt jetzt in die Hand eines Mannes gelegt worden ist, eines Reichsvorstehers, statt wie bisher eines kollegialen Organs. Es ist jedoch verständlich, dass eine solche Regelung von verwaltungstechnischem Gesichtspunkt aus gesehen, gewisse Vorteile bietet, und nichts deutet darauf hin, dass durch diese Neuregelung, die ja ebenso wie die bisherige etwas Vorübergehendes ist, andere Zwecke als rein praktische angestrebt werden. Zum Reichsvorsteher ist für ein Jahr Islands früherer Gesandter in Kopenhagen, Herr Sveinn Björnsson gewählt worden, der bei Übernahme seines neuen Amtes in warmen und anerkennenden Worten S. M. König Christian X. huldigte, und zwar in Worten, die wirkliche Freundschaftsgefühle und die Gefühle der Sympathie und Anhänglichkeit der isländischen Nation für das Bruderland Dänemark ausdrückten. Ich möchte gern die Gelegenheit benutzen, um von dieser Stelle zu sagen, dass ein solches Zeugnis der Zusammengehörigkeit zweier Bruderländer von uns Dänen sehr geschätzt und von Herzen erwidert wird.

4.) Was die Besetzung Islands anlangt, so ist Anfang Juli eine prinzipielle Änderung eingetreten, indem die Regelung getroffen wurde, dass die Besetzung von den Vereinigten Staaten Amerikas übernommen wurde. Die ersten Mitteilungen hierüber müsste man eigentlich so verstehen, dass die englischen Besatzungstruppen schrittweise zurückgezogen werden sollen, sobald die amerikanischen ankommen. Es scheinen jedoch in dieser Beziehung einige Unklarheiten zu herrschen, da Mitteilungen vorliegen, die sich anscheinend widersprechen. Man wird sich daran erinnern, dass die Regierung Islands seinerzeit, als das Land durch England besetzt wurde, einen energischen Protest gegen diese Massnahme niederlegte. In diesem Protest wird auf die offizielle Erklärung der isländischen Regierung vom 11. April 1940 hingewiesen, in der es heisst, dass Island weder eine Allianz mit irgendeiner Macht eingehen könnte noch wollte und gegen jede Massnahme protestieren würde, welche der erklärten Neutralität Islands widerspreche. Die Erklärung darüber, dass Island immer neutral bleiben würde, wurde von der isländischen Regierung 1918 abgegeben und in Übereinstimmung mit dem Bundesgesetz von Dänemark notifiziert und den fremden Mächten übermittelt.

5.) Der Umstand, dass die Übernahme der militärischen Besetzung durch die USA sich auf ein Übereinkommen zwischen der isländischen und der amerikanischen Regierung stützt, berechtigt keineswegs zu der Annahme, dass Island gewünscht haben sollte, den für das Land fundamentalen Standpunkt über seine ständige neutrale Stellung, die zuletzt in der obengenannten isländischen Regierungserklärung vom 11. April 1940 ausgesprochen wurde, aufzugeben oder prinzipiell zu ändern. In diesem Zusammenhang darf auch an die Mitteilung erinnert werden, welche die isländische Regierung am 14.1.1941 veröffentlichte über einige amerikanische Pressemeldungen über Pläne, die darauf hinausliefen, dass die amerikanische Regierung die Absicht habe, auf amerikanischen Schiffen Kriegsmaterial nach Island zu bringen, um es dort in britische Schiffe umzuladen. Es ging aus den genannten Mitteilungen hervor, dass die isländische Regierung, die sich offenbar von diesen Pressenachrichten peinlich berührt fühlte, ihrem Generalkonsul in New York Verhaltensmassnahmen aus Anlass der Sache gegeben hatte, und dass der Generalkonsul, nachdem er sich an die amerikanische Regierung gewandt hatte, berichtet hat, dass die Gerüchte jeglicher Grundlage in Wirklichkeit entbehren. Es wurde in der hier erwähnten Mitteilung der isländischen Regierung hinzugefügt, dass der Generalkonsul in New York selbstverständlich darauf achten werde, ob die Frage über Kriegsmaterialtransport über Island von neuem auftauchen sollte, um dann sofort an die isländische Regierung zu berichten. Die Mitteilung liess keinen Zweifel darüber, dass es die bestimmte Absicht der isländischen Regierung war, dies zu vermeiden und sich dagegen zu widersetzen, dass Island als Umschlagplatz für Kriegsmaterial benutzt würde. Dies kann als ein Ausdruck für Islands Festhalten an der Neutralitätspolitik angesehen werden. Ebenso wenig wie die englische Besetzung von isländischer Seite ge-

wünscht war, ebenso wenig kann angenommen werden, dass bei der isländischen Regierung der Wunsch vorgelegen hat, diese Besetzung durch eine amerikanische abgelöst zu sehen. Über den ganzen Hintergrund der getroffenen Neuregelung haben wir hier in Dänemark aus natürlichen Gründen nur sehr spärliche Aufklärungen bekommen können. Für Island müssen zweifellos schwerwiegende Gründe vorgelegen haben, die wir hier schwer beurteilen können, aber es ist wohl nicht unberechtigt zu vermuten, dass Island in Wirklichkeit in eine Zwangslage gebracht worden ist, sodass die isländische Regierung praktisch gesprochen keine Wahl gehabt hat. Es kommt mir vor, dass der neue Zustand der Dinge in unserem Bundesland Anlass zu vielen Besorgnissen geben muss, denn die Nachrichten, die über die Besetzung des Landes durch amerikanische Truppen vorliegen, scheinen weite Perspektiven zu eröffnen und leider auch Möglichkeiten dafür zu enthalten, dass Island in grösserem Umfang und auch in mehr direkter Weise, als es bisher der Fall gewesen ist, in kriegsrische Verwicklungen einbezogen und eine Schachfigur im grosspolitischen Spiel wird, in dem es keine Sicherheit dafür hat, dass die Rücksicht auf Islands eigene Wünsche und Interessen das Entscheidende sein werden. Die vorliegenden Meldungen gehen darauf hinaus, dass grosse amerikanische Truppeneinheiten gelandet werden und dass an verschiedenen Stellen Marine- und Luftbasen von grossem Format angelegt werden. Es wird u.a. beabsichtigt, Island als Umladeplatz für amerikanische Kriegsmateriallieferungen zu benutzen. Die amerikanische Besetzung, die die Route von den Vereinigten Staaten Amerikas nach Grossbritannien für dessen Versorgung mit Kriegsmaterial sichern soll, wird wahrscheinlich das Vorhandensein bedeutender Flotteneinheiten in einem Gebiet erfordern, das deutscherseits als Sperrzone erklärt worden ist. Kriegerische Handlungen in den Gewässern um Island, die zur Sperrzone gehören, oder in Island selbst, sind daher nicht unwahrscheinlich.

6.) Die Übernahme der militärischen Besetzung Islands durch die Vereinigten Staaten von Amerika muss darum vom dänischen und europäischen Standpunkt aus im höchsten Grade bedauert werden, da diese zweifellos die Gefahr mit sich bringt, dass Island auch in Zukunft als amerikanisches Interessengebiet betrachtet wird, trotzdem es bei dem getroffenen Übereinkommen eine klare Voraussetzung war, dass die amerikanischen militärischen Kräfte jeder Art unmittelbar nach Beendigung des jetzigen Krieges zurückgezogen werden sollten. Island gehört zum Norden und daher zu Europa. Von dieser Tatsache ausgehend, die nicht bestritten werden kann, möchte ich gerne an dieser Stelle die feste Erwartung aussprechen, dass die historische Entwicklung die feierlichen Versprechungen der amerikanischen Regierung bestätigen wird. Es ist selbstverständlich, dass wir hier in Dänemark volles Verständnis dafür haben, dass Island in der stattfindenden gewaltigen Auseinandersetzung zwischen den Grossmächten nicht die Möglichkeit besitzt, die geschehene Entwicklung zu verhindern, und wir wissen, dass das isländische Volk sich niemals freiwillig zum Vorteil für Interessen ausnützen lassen wird, die nicht seine eigenen sind oder mit den uralten Traditionen des Landes als nordischem Land übereinstimmen. Ein Zeugnis hierfür sind die isländischen Kundgebungen über die Zusammengehörigkeit zum Norden, die wir mit grosser Freude zur Kenntnis genommen haben. Mit grösster Sympathie für unser Brudervolk und mit gespannter Aufmerksamkeit folgen wir in Dänemark den Ereignissen, die die Interessengebiete dieses nordischen Landes betreffen, und wir hegen die sichere Zuversicht, dass Island in der jetzigen schwierigen Situation nicht sein gemeinsames Blut und die gemeinsame Geschichte auf Grund des Zusammengehörigkeitsverhältnisses mit dem dänischen Volk und den übrigen nordischen Völkern aus dem Auge verlieren wird, sondern genau so wie wir an die Aufgaben denken wird, die die europäischen Völker in Gemeinsamkeit zu lösen haben werden.“

In den Ausführungen über die Massnahmen der isländischen Regierung vom 14.1.1941 ist das Wort „Protest“ fortgelassen. Dies geschah, weil in der veröffentlichten Mitteilung nicht von einem Protest die Rede ist, sondern nur in der vertraulichen Mitteilung an Sca-venius und den isländischen Geschäftsträger. Die dänische Regierung befürchtet, den Isländern gegenüber illoyal zu handeln, wenn sie die Ereignisse anders wiedergibt, als sie in der³⁾ isländischen Regierung enthalten sind. Tatsächlich hat, wie bekannt, der Protest ja auch nicht stattgefunden.

Kotze.

Chef A. O.
 St. S. Keppler
 U. St. S. Pol.
 U. St. S. R.
 U. St. S. Luther
 Botsch. Ritter
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha. Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol.
 Arb. Expl. bei Pol. VI.
 Ges. v. Grundherr.

¹⁾ Formentlig fejlskrift for „Auch“.

²⁾ Formentlig fejlskrift for „Verständnis“.

³⁾ Formentlig mangler her et ord, f. eks. „Mitteilung der“.

194.

Telegram fra Kotze ang. ændringerne i statsminister Staunings erklæring om Island.

16. august 1941.

Geheime Reichssache.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(offen)

København, den 16. August 1941 — 15.20 Uhr

Ankunft: — 16. — — 16.00 Uhr

Nr. 1038 v. 16.8. CITISSIME!

Im Anschluss an Drahtbericht vom 14. Nr. 1031*).

Folgende Berichtigungen in Stauning-Erklärungen sind mit Aussenministerium vereinbart:

1.) In Ziffer 3 heisst es an Stelle „nichts deutet darauf hin, dass usw.“ Nunmehr: „und wir sind berechtigt, davon auszugehen, dass usw.“

2.) In Ziffer 4 wird hinter dem Satz „es scheinen jedoch in dieser Beziehung usw.“ bis „widersprechen“ der Satz eingefügt: „Heute stehen wir jedenfalls vor der Tatsache, dass sowohl englische wie amerikanische Truppen sich auf dem neutralen Boden Islands befinden.“ Dann weiter im alten Text „Man wird sich daran erinnern usw.“

Kotze.

*) Pol VI

Chef A. O.
 St. S. Keppler
 U. St. S. Pol.
 U. St. S. R.
 U. St. S. Luther
 Botsch. Ritter
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha. Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol.
 Arb. Expl. bei Pol. VI.
 Ges. v. Grundherr

195.

Brev fra statssekretær E. v. Weizsäcker ang. det danske ønske om at dekorere rigsudenrigsminister v. Ribbentrop.

23. august 1941.

Berlin, den 23. August 1941.

Herrn
 Gesandten von Renthe-Fink,
 Kopenhagen.

Lieber Renthe-Fink!

Ich weiss nicht, ob Ihnen geläufig ist, dass der Gesandte Mohr bei mir vorsichtig angefragt hat, ob der Herr Reichsaussenminister den Danebrogorden mit Brillanten annehmen würde. König Christian habe die Absicht, die vor dem Kriege eingeleitete Verleihung von dänischen Orden an deutsche Spitzenpersönlichkeiten wieder aufzunehmen, und wolle mit Herrn von Ribbentrop beginnen. Diesem wolle er dieselbe Dekoration geben, welche der Reichsmarschall vor etwa zwei Jahren bekommen hat. Ich habe mir im Protokoll eine Aufzeichnung bestellt, wie die Sache zu beurteilen sei, und sende Ihnen davon anliegend eine Abschrift zu Ihrer persönlichen Einsichtnahme.

Der Herr Reichsaussenminister hat mir gesagt, er möchte bei seiner nächsten Anwesenheit in Berlin meine Meinung über die Sache mündlich hören. Bis dahin jedenfalls werde ich Mohr warten lassen. Es würde mich interessieren, falls Sie von Ihrem Standpunkt aus etwas zur Sache beizutragen haben. Offen gesagt, wundert es mich ein wenig, dass die Dänen dieses Vorgehen sich jetzt ausgedacht haben. Denn auch ein zart ausgesprochenes Nein wäre für sie doch peinlich. Aber ich will Ihrer Ansicht nicht vorgreifen. —

Mit Freuden denken wir immer noch an die schönen Tage bei Ihnen.

(Schluss eigenhändig).

gez. Weizsäcker.

196.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. det danske ønske om at dekorere
rigsudenrigsminister v. Ribbentrop.**

28. august 1941.

Vertraulich!

St.-S. Nr. 553.

Berlin, den 28. August 1941.

Der *Dänische* Gesandte berührte heute bei mir wieder die Frage der Verleihung einer dänischen Ordensdekoration an den Herrn Reichsaussenminister.

Ich wich dem Gespräch aus.

Hiermit dem Herrn Reichsaussenminister.

gez. Weizsäcker.

197.

**Brev fra Renthe-Fink ang. det danske ønske om at dekorere tyske ministre,
bl. a. rigsudenrigsminister v. Ribbentrop.**

2. september 1941.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT
Kopenhagen

Kopenhagen, den 2. September 1941.

Lieber Weizsäcker!

In der Unterhaltung, die ich heute mit dem Aussenminister hatte, erwähnte dieser, dass man auf dänischer Seite die Absicht habe, anlässlich des „ersten Spatenstiches“ der Fehmarn-Verbindung, der am 14. September 1941 stattfinden soll, die deutschen Spitzenvertreter (wohl Reichsminister Todt, Reichsminister Dorpmüller und Staatssekretär Kleinmann) mit Orden zu bedenken. Herr v. Scavenius sagte in diesem Zusammenhang, er habe sich beim König dafür eingesetzt, dass die vor dem Kriege eingeleitete Verleihung von dänischen Orden an die deutschen Spitzenpersönlichkeiten wieder aufgenommen werde. Dabei soll mit dem Herrn Reichsaussenminister begonnen werden, und Herr Mohr sei daher beauftragt worden, in Berlin vorzufühlen, ob Herr von Ribbentrop das Grosskreuz vom Dannebrog mit Brillanten, das dem Herrn Reichsmarschall vor drei Jahren verliehen worden sei, annehmen würde. Auf meine Bemerkung, dass m[eines] W[issens] in den letzten Jahren dem Herrn Reichsaussenminister ebenso wie dem Herrn Reichsmarschall der höchste Orden des betreffenden Landes verliehen worden sei, erwiderte Herr von Scavenius, dass allerdings der höchste Orden nicht der Dannebrog-Orden, sondern der Elefanten-Orden sei. Dieser sei bisher nach dem Ausland grundsätzlich nur an Mitglieder fürstlicher Häuser oder fremde Staatsoberhäupter verliehen worden. Es würde also notwendig sein, dass die Statuten des Ordens geändert würden. Darüber entschiede aber nicht die Regierung, sondern nur der König in eigener Person.

Wenn feststeht, dass dem Herrn Reichsaussenminister der Elefanten-Orden verliehen würde, würde ich eine solche Verleihung politisch sehr begrüßen. Sie würde zweifellos in der Welt einen gewissen Eindruck machen, weil sie zeigt, welch gutes Einvernehmen trotz der Besetzung zwischen uns und Dänemark besteht.

Mit freundlichen Grüßen,

Heil Hitler!
stets Ihr

Renthe-Fink.

198.

**Brev fra statssekretær E. v. Weizsäcker ang. det danske ønske om at dekorere
rigsudenrigsminister v. Ribbentrop.**

9. september 1941.

Berlin, den 9. September 1941.

*Herrn Gesandten von Renthe-Fink,
Kopenhagen.*

Lieber Renthe-Fink!

Ihren Brief vom 2. in der Angelegenheit Ordensauszeichnung für den Herrn Reichsaussenminister habe ich nach Rückkehr von einer kurzen Reise soeben erhalten. Während dieser Reise habe ich Herrn von Ribbentrop über die Frage einer dänischen Ordensauszeichnung Vortrag gehalten und zwar fussend auf Ihrer mir erteilten telefonischen Auskunft.

Der Herr Reichsaussenminister konnte sich bei meinem Vortrag noch nicht entschliessen, will mir vielmehr demnächst seinen Entschluss mitteilen, sodass ich dem Dänischen Gesandten dann Antwort geben kann. Ich habe bei Herrn von Ribbentrop Ihren Gesichtspunkt verwertet, dass die Ordensverleihung und ihre Annahme das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Dänemark nach aussen dokumentieren würde. Von der Verleihung des Elefanten-Ordens habe ich mit Herrn von Ribbentrop nicht mehr gesprochen, da der Minister sich, wie mir Rintelen schon vorher sagte, Rechenschaft gibt, dass eine Statutenänderung nicht ohne weiteres zu machen wäre.

Ihre Befürwortung der Annahme einer Dekoration durch den Herrn Reichsaussenminister habe ich bei unserem Telefongespräch so verstanden, dass sie sich auf das Grosskreuz des Dannebrog-Ordens mit Brillanten bezieht. Der Schlussabsatz Ihres Briefes vom 2. September würde ja auch wohl in der Praxis einer Ablehnung gleichkommen.

Beste Grüsse und Heil Hitler!
aufrichtig der Ihre

gez. **Weizsäcker.**

Vor Abgang:
Abt. Protokoll.

199.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker om, at rigsudenrigsminister
v. Ribbentrop vil modtage en dansk dekoration.**

11. september 1941.

St.S. No. 587.

Berlin, den 11. September 1941.

Ich habe heute den *Dänischen* Gesandten davon unterrichtet, dass der Herr Reichsaussenminister zur Annahme des Grosskreuzes des Dannebrog mit Brillanten bereit sei. Er lege jedoch Wert darauf, dass von einer Veröffentlichung über diese Ordensauszeich-

nung in der Presse ganz abgesehen werde, da während des Krieges grundsätzlich bei uns solche Auszeichnungen nicht bekanntgegeben würden.

Der Dänische Gesandte nahm meine Mitteilung mit Dank auf und glaubte, für die Nichtpublikation dieser Ordensauszeichnung auch in Dänemark eintreten zu können.

Hiermit an Protokoll

(auch wegen der Unterrichtung von Herrn von Renthe-Fink).

gez. Weizsäcker.

Durchschlag an:

Herrn U.St.S.Pol.

Herrn Dir. Presse

200.

Notits af gesandt v. Dörnberg ang. den danske dekorering af rigsudenrigsminister v. Ribbentrop.

23. oktober 1941.

GESANDTER FRHR. v. DÖRNBERG

Aufzeichnung

Der Herr Reichsaussenminister hat sich bereit erklärt, den dänischen Orden (Danebrog mit Brillanten) bei seinem nächsten Aufenthalt in Berlin entgegen zu nehmen. Ich habe den Dänischen Gesandten weisungsgemäss informiert und nochmals darauf hingewiesen, dass keine Presse-Veröffentlichung erfolgen dürfe.

Ich habe den Dänischen Gesandten gleichzeitig auf Weisung des Herrn Reichsaussenministers über die Grundsätze für die Verleihung an den Herrn Reichsaussenminister und den Herrn Reichsmarschall in Kenntnis gesetzt. Ich habe hierbei betont, dass in der Annahme des Danebrog-Ordens mit Brillanten, die unsere Grundsätze durchbreche, eine besondere Geste zu sehen sei. Unter Hinweis darauf, dass der Reichsmarschall und der Reichsaussenminister von allen Staatsoberhäuptern, die bisher Orden verliehen hätten, stets die höchste an Ausländer zu vergebende Auszeichnung erhalten hätten, habe ich dem Gesandten zu verstehen gegeben, dass wir zu gegebener Zeit eine Korrektur der Verleihung des Danebrog-Ordens an den Reichsmarschall und den Reichsaussenminister erwarten. Herr Mohr versuchte, mir die Schwierigkeit der Verleihung des Elephanten-Ordens damit zu erklären, dass nach den Grundsätzen dieses Ordens dieser nur an Staatsoberhäupter oder Mitglieder regierender Häuser verliehen werden könnte. Ich hielt dem Gesandten entgegen, dass von Verleihungsgrundsätzen erfahrungsgemäss Ausnahmen gemacht werden könnten und würden und dass der rangmässige Vergleich zwischen dem Reichsmarschall des Grossdeutschen Reichs und dem Herrn Reichsaussenminister und irgend einem jüngeren Prinzen aus regierendem Hause nicht ganz am Platze sei. Herr Mohr gab dies zu und versprach, die in Frage kommenden Stellen in Kopenhagen entsprechend aufzuklären.

Hiermit

Herrn Staatssekretär Frhr. v. Weizsäcker

vorgelegt.

Schönhof, am 23. Oktober 1941.

Dörnberg.

Durchdruck an:

Herrn LR Zapp

SA-Oberführer Ruhe

201.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. samtale med trafikminister
Gunnar Larsen om dekorering af dr. Draeger.**

26. februar 1942.

Vertraulich!

Berlin, den 26. Februar 1942.

St. S. Nr. 122.

Der *Dänische* Gesandte sagte mir heute, Minister Gunnar Larsen habe ihm den Wunsch von Herrn Draeger zu erkennen gegeben, die erste Klasse des Danebrog-Ordens zu erhalten. Nun sei Herr Draeger erst seit $3\frac{1}{2}$ Jahren im Besitz der II. Klasse. Es wäre also ganz ausserhalb der Norm, wenn er jetzt bereits eine höhere Stufe erhielte. Wegen der daraus resultierenden Konsequenzen schiene ihm — Mohr — die Verleihung jetzt bedenklich.

Ich habe dem Gesandten in diesem Gespräch, das ganz privaten Charakter hatte, erwidert, sofern er nichts mehr von mir höre, würde ich mich seiner eigenen Auffassung anschliessen.

gez. **Weizsäcker.**

Herrn U.St.S.Pol.
Herrn Dg. Pol.
Herrn Ges. v. Grundherr.
Abt. Protokoll.

202.

**Telegram fra Renthe-Fink og Barandon ang. det islandske
altings beslutning 22. maj.**

31. august 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 31. August 1942 — 21.15 Uhr
Ankunft: — 31. — — 22.35 —

Nr. 1231 vom 31.8.42

1.) Wie hier erst jetzt bekannt wird, hat Isländisches Alting am 22. Mai folgenden Beschluss gefasst:

„Es wird ein Ausschuss von fünf Mitgliedern gebildet zur Abfassung eines Vorschlages auf Änderung der Staatsverfassung in Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des Altings, dass die Republik in Island errichtet wird. Der Ausschuss soll sein Gutachten so zeitig abliefern, dass die Sache im nächsten Alting behandelt werden kann. Der Ausschuss wählt seinen Vorsitz selbst. Die Unkosten werden von der Staatskasse getragen.“

Der Vorschlag des Ausschusses wird dem Alting in gegenwärtiger Session vorgelegt. Nach Beschlussfassung werden Neuwahlen erfolgen. Endgültige Bestätigung dann erst durch neues Alting.

2.) Hiesiger isländischer Geschäftsträger sagte mir dieser Tage, er habe Auftrag, Tatsache des Altingbeschlusses vom 22. Mai der Dänischen Regierung mitzuteilen, ohne sich auf irgendwelche Verhandlungen einzulassen. Er hat vom Isländischen Staatsminister die folgende Erläuterung dazu erhalten:

„Man hält es für richtig darauf hinzuweisen, dass die Regierungen der Vereinigten Staaten und Grossbritannien uns weder zu diesem Schritt aufgefordert noch uns davon zurückgehalten haben. Wir haben immer daran festgehalten, dass die britische Besatzung und später der militärische Schutz der Vereinigten Staaten keinerlei Einmischung in die inneren isländischen Angelegenheiten einschliesst, was auch ganz und gar respektiert worden ist. Man bemerkt jedoch dass Grund zu der Annahme vorhanden ist, dass die britische Regierung lieber gesehen hätte, dass der Schritt unterblieben wäre, solange wir unter britischer militärischer Besatzung waren, von der wir jetzt befreit sind. Man muss auch einräumen, dass es so aussehen könnte, als ob dieser Schritt unternommen wäre zumindest im Einverständnis oder sogar auf Anregung einer Nation, die in der Lage ist, ein Land gegen dessen Willen besetzt zu haben.“

Zu dem zweiten ziemlich unklaren Teil dieser Mitteilung bemerkt isländischer Geschäftsträger, er habe die Überzeugung, dass die britische Regierung den Schritt des Isländischen Altings nicht wünsche. Von der amerikanischen Regierung habe er diese Überzeugung nicht.

3.) Direktor Dänischen Aussenministeriums verständigte heute Bevollmächtigten von Demarche isländischen Geschäftsträgers und bat um Rücksprache, der weiterer Bericht folgen wird.

Barandon.

Renthe-Fink.

Verteiler Nr. 4:

- | | |
|--------------|---|
| Nr. 1 } | an Pol.VI (Arb.St.) |
| Nr. 1a } | |
| Nr. 2 } | - RAM |
| Nr. 2a } | |
| Nr. 3 | - St.S. |
| Nr. 4 } | - BRAM |
| Nr. 4a } | |
| Nr. 5 | - Botsch.Ritter |
| Nr. 6—14 | - <i>Abt.Leiter:</i> |
| | 6) Pol., 7) Recht, |
| | 8) Dtschld., 9) Ha Pol., |
| | 10) Kult, 11) Presse, |
| | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | - Dg. Pol. |
| Nr. 16 | - Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arbeits-
abtlg. ist) |
| Nr. 17 | - Sammlg.Telko. |
| Dies ist Nr. | |

8.

.

Det dansk-tyske forhold august 1941—august 1942

(Tyske dokumenter)

203.

Notits [af gesandt Hencke] ang. samtale med kong Christian X.**31. august 1941.***Abschrift.***Aufzeichnung**

Am 29. 8. 1941, 11.45 h, empfing mich der König von Dänemark im Schloss Amalienborg in Abschiedsaudienz. In der fast halbstündigen Unterhaltung berührte der König eine Reihe von Fragen der derzeitigen deutsch-dänischen Beziehungen.

1.) *Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch Gesandten Mohr.*

Der König bemerkte, dass Herr Mohr nun schon über 6 Wochen in Berlin sei, ohne bisher Gelegenheit zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens erhalten zu haben. Er käme dadurch in eine schwierige Lage, da er zwar inoffiziell amtieren dürfe, aber die offizielle Vertretung seines Landes nicht wahrnehmen könnte. Ich erwiderte dem König, dass auch andere ausländische Missionschefs, darunter der Spanische Botschafter, ihre Beglaubigungsschreiben bisher nicht überreichen konnten. Der Führer sei seit Beginn der Ostoperationen ununterbrochen im Hauptquartier und hätte zweifellos noch nicht Zeit zum Empfang der Missionschefs finden können. Soweit ich unterrichtet sei, stünde die Festsetzung eines Termins jedoch bald bevor. Der König meinte hierzu, ob es nicht möglich sei, dass einstweilen dem Führer das Beglaubigungsschreiben durch dritte Hand übermittelt würde. Ich erwiderte, dass ich dies nicht übersehen könne, jedoch glaube, dass sich der Führer den ersten Empfang der fremden Missionschefs persönlich vorbehalten wolle. Der König schloss dieses Thema mit der Bemerkung ab, er habe es in dieser Beziehung leichter, da er in solchen Fällen seinen Sohn mit seiner Vertretung beauftragen könne.

(Gegentlich meines Abschiedsbesuches beim Königlich Dänischen Aussenminister sagte mir Herr von Scavenius, dass der König etwas gekränkt sei, weil sein Repräsentant bisher noch nicht empfangen wurde. Ich erwiderte dem Aussenminister mit den gleichen Argumenten wie dem König. Er zeigte hierfür Verständnis).

2.) *D.N.S.A.P.*

Der König bemerkte, dass die Lage im Lande schwierig sei, weil die „Nazisten“ Unruhe verbreiteten. Obwohl das dänische Volk, das seine verfassungsmässigen Freiheiten hoch schätze, kein Verständnis für die Nazisten aufbringe, seien sie seit der deutschen Besetzung sehr lebhaft. Dadurch entstehe Unruhe und Unzufriedenheit, die er immer wieder ausgleichen müsse. Das Volk sei auch beunruhigt, dass plötzlich Minister ausgetauscht, Abgeordnete entfernt und Redakteure entlassen werden müssten. Man solle die Dänen doch in Ruhe lassen. Ich erwiderte, dass wir für gewisse Schwierigkeiten, die für Dänemark mit der Kriegszeit verbunden seien, Verständnis hätten. Immerhin ginge es Dänemark dank dem vom König am 9.4.40 gefassten Entschlusse ausserordentlich gut. Schliesslich könne sich auch das dänische Volk der Tatsache nicht entziehen, dass eine grosse europäische Revolution im Gange sei, die in vieler Beziehung neue Verhältnisse schaffen würde. Der König warf hier etwas bitter ein „ganz richtig, eine Revolution ist im Gange“. Meine Gegenbemerkung, dass es sich um eine europäische, notwendige und fruchtbare Revolution — im Gegensatz zu der marxistischen und bolschewistischen — handele, liess der König unbeantwortet. Er stimmte mir indessen zu, dass deutscherseits alles geschehe, umso gut es nur ginge — die dänischen Schwierigkeiten im Kriege möglichst gering zu halten. In diesem Zusammenhang tat der König die etwas merkwürdig anmutende Äusserung, dass Italien keine Makkaroni mehr schicke. Ich erwiderte, scherzhaft, dass dies Übergangserscheinungen seien, die angesichts des historischen Geschehens dieser Zeit unwesentlich wären.

3.) Auf Wunsch des Herrn Bevollmächtigten brachte ich das Gespräch auf das *dänische Freicorps*, indem ich bemerkte, die Einreihung dänischer Soldaten in den gemeinsamen, grossen historischen Kampf habe in Deutschland einen sehr guten Eindruck gemacht und würde zweifellos viel zur Verbindung zwischen den beiden Nationen beitragen. Ich hätte selber in der deutschen Wochenschau die dänischen Freiwilligen gesehen und mich über ihr gutes Aussehen gefreut. Etwas ironisch fragte der König „so, finden Sie die Freiwilligen gut? Das ist genau so, als wenn man deutsche Soldaten in englische Uniformen stecken würde!“ Ich warf sofort ein, dass mir dies unverständlich und wohl nicht ganz richtig sei. Im übrigen trügen die dänischen Soldaten auch ein typisches dänisches Abzeichen — „ja, ein ganz kleines“, warf der König ein — und bildeten überhaupt ein selbstständiges Kontingent mit eigener Kommandosprache. Der König fuhr fort „ich würde die Leute an Ihrer Stelle ganz vorne einsetzen, dann könnten sie Ihre eigenen entlasten“. Ich antwortete, dass wir die Dänen sicher nicht anders einsetzen würden, wie die Deutschen. Im übrigen könne man den deutschen Soldaten wohl schwerlich den Vorwurf machen, dass sie selbst nicht immer im Brennpunkt des Kampfes ständen. Der König fuhr fort, ihm käme dieses Freiwilligencorps wie eine Erscheinung aus Wallensteins Zeiten vor, wo man auch fremde Völkerschaften für die Kriegsführung anwarb. Ich betonte nochmals, dass es jetzt um eine ganz Europa betreffende historische Aufgabe gehe, die mit absoluter Sicherheit bald zu einem vollen Erfolg der von uns eingeleiteten Massnahmen führen würde. Für Dänemark sei es ausserordentlich wichtig, dass auch die Söhne seines Volkes an diesem entscheidenden Kampfe teilnehmen. Ich konnte unter Hinweis darauf, dass ich 10 Jahre in der Sowjetunion dienstlich tätig gewesen sei, hieran noch einige Bemerkungen über die grauenvolle Lage in der Sowjet-Union anknüpfen. Das Gespräch kam hierbei auch auf die Ermordung der Zarenfamilie.

4.) *Deutsche Besatzung.*

Im Zusammenhang mit dem vorherigen Punkt meinte der König, in Dänemark seien jetzt 60 000 Mann deutsche Besatzungstruppen. Es wäre ihm eigentlich lieber, wenn diese Leute andere Aufgaben, z.B. an der Ostfront erhielten. Für ihn wäre der Tag jedenfalls der glücklichste, an dem Dänemark frei von Besatzungstruppen würde. Sicher wollten die Soldaten auch selber gerne von hier fort. Manche seien seit 5 Jahren nicht mehr richtig zu Hause gewesen und hätten bestimmt das Arbeiten verlernt. Ich erwiderte, dass die Wiedereinreihung der Soldaten, die übrigens häufig Urlaub erhielten, in den gewöhnlichen Arbeitsprozess vielleicht ein gewisses Problem darstelle, das aber, wenn es einmal soweit sei, schnell gelöst würde. Der sichere deutsche Sieg würde die derzeitige Übergangszeit, die gewiss manche Schwierigkeiten mit sich brächten, schnell beseitigen. Der König bemerkte nur „ja, man hoffen, wenn man nicht hoffen könnte, müsste man verzweifeln.“

Der König bemerkte sodann, dass 40.000 dänische Arbeiter im Reiche tätig seien. Er liesse sich sehr genau über die Erfahrungen bei diesem Arbeitseinsatz berichten. Das Tempo der deutschen und dänischen Arbeiter sei verschieden. Durch seine Volkshulhochbildung sei der dänische Arbeiter besonders intelligent und habe schnelleres Arbeitstempo als der deutsche. Ich wandte hier ein, dass ich an der Intelligenz des dänischen Arbeiters natürlich nicht zweifle, dass ich aber bisher noch nicht gehört habe, dass er schneller als der deutsche arbeite. Der König antwortete „ja, mit solchen Dingen beschäftigt man sich im Auswärtigen Amt ja auch nicht.“ Ich antwortete, „doch, diese Frage interessiert uns auch.“ Im übrigen könne ich von mir sagen, dass ich nicht immer Beamter des Auswärtigen Amtes sondern vorher lange Soldat gewesen sei. Der König meinte nur „ja Soldat und Diplomat; das ist eine ganz gute Mischung.“

5.) Schliesslich äusserte der König Besorgnisse, dass die *diesjährige Ernte* schlecht werden könne, da sie infolge des Regens nicht eingebracht werden könne. Zum Teil sei sie bereits verdorben.

Der König, der sich offenbar vorgenommen hatte, sich über einige ihn verstimmende Punkte zu äussern, verabschiedete mich schliesslich mit sehr herzlichen Worten und gab der Hoffnung Ausdruck, dass wir uns wiedersehen würden.

Kopenhagen, den 31. August 1941.

204.

Notits [af gesandt Hencke] ang. stemningen i Danmark.

8. september 1941.

Nr. 98a

Notizen über Skandinavien-Reise1.) *Dänemark.*

Deutsche Erfolgsaussichten werden pessimistisch beurteilt. Innerhalb dänischer Bevölkerung nimmt Zurückhaltung zu. Offene anti-deutsche Einstellung jedoch noch nicht zu erkennen. Dänische Familien, die mit Deutschen verkehren, laufen gewisses Risiko.

Klausen-Bewegung findet zunehmend Ablehnung. Gedanke einer Einladung Klausens durch Reichsführer SS zu Frontbesuch, um seine Autorität innerhalb der Partei zu stärken. Aussenminister von Skavenius hält an bisheriger Linie fest, scheint mir aber auch uns gegenüber schon etwas selbstbewusster geworden zu sein. Haltung des Königs aus meiner Aufzeichnung ersichtlich.

Ständigen Propagandastoff gegen uns bilden Gerüchte über Lage in Norwegen.

.....

Berlin, den 8. September 1941.

205.

Notits af Renthe-Fink ang. samtale med udenrigsminister Scavenius om kongens modtagelse af lektor la Cour og forfatteren Arne Sørensen.

23. september 1941.

Vermerk¹⁾

Ich machte heute den dänischen Aussenminister auf die in der Presse erschienene Nachricht aufmerksam, wonach la Cour und Arne Sørensen, die bekanntlich zu 80 bzw. 60 Tagen Haft wegen beleidigender Angriffe auf Deutschland verurteilt worden sind, gestern — Montag, den 22.9. — vom König empfangen wurden. Ich gab Herrn von Scavenius ausserdem den Brief des in Kopenhagen lebenden Norwegers V. Lind vom 16.9. (Anlage zum Schreiben der Abwehrstelle Nr. 6317/41 vom 17.9.41) zu lesen und wies auf den Passus hin, in dem gesagt wird, dass la Cour und Arne Sørensen zum König in Audienz und am Tage darauf ins Gefängnis sollten, und dass dies die wahre Einstellung des Königs zeige. Ich bemerkte, mir schiene der König schlecht beraten, denn das könne nur dazu führen, die hiesige Lage zu erschweren und das dänische Volk würde die eingeschlagenen Fenster-scheiben zu bezahlen haben.

Der Aussenminister sagte mir, am Montag könne jeder Däne zur Audienz kommen. Es genüge, dass er dem Adjutanten seinen Namen nenne. Der König habe sicher nichts vorher gehäht, auf alle Fälle sich aber nach Lage der Sache nicht entziehen könne, la Cour und Arne Sørensen zu sehen. Herr von Scavenius fügte hinzu, leider sei bei la Cour und Arne Sørensen gutes Zureden bisher erfolglos gewesen. Beide gingen zweifellos darauf aus, natio-

nale Märtyrer zu werden. (Von Svenningsen erfuhr ich später, dass sie dem König ein von ihnen verfasstes Buch über Saxo grammaticus übergeben haben).

Ich habe erwidert, leider sei der deplorable Eindruck in der Bevölkerung entstanden, dass der König gegen uns manifestieren wolle. la Cour und Arne Sörensen hätten es unverkennbar darauf angelegt und die königliche Autorität für ihre schädlichen Agitationszwecke missbraucht.

Herr von Scavenius nahm zwar den König in Schutz, der Vorfall, den er zu bagatellisieren suchte, war ihm aber offensichtlich sehr unangenehm.

Ich liess keinen Zweifel, dass, wenn es mir auch fernläge, den König zu kritisieren, ich seiner Umgebung einen ersten Vorwurf nicht ersparen könne.

Ähnlich habe ich mich auch Herrn Svenningsen gegenüber ausgesprochen.

Kopenhagen, den 23. September 1941.

gez. v. Renthe-Fink.

¹⁾ I marginen er tilføjet:

„Bitte Befehlshaber Kenntnis geben

R[enthe-]F[ink] 24/9

25/9 ges[ehen]

Bef. hat mit Minister beigel[egtes] besprochen.

(uläselig signatur)“

206.

Notits af v. Grundherr til rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. Danmarks indstilling til Tyskland.

4. november 1941.

Geheim!

Abschrift Pol. VI 7788 g

Inhalt: Einstellung Dänemarks zu
Deutschland.

Aufzeichnung für den Herrn Reichsaussenminister

I. Wenn man bei Beurteilung der Einstellung der Dänischen Regierung und des dänischen Volkes gegenüber Deutschland von dem Grundsatz ausgeht: „an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, so ist bemerkenswert, dass in keinem der von uns besetzten Länder solche Ruhe herrscht und eine so enge und fast reibungslose Zusammenarbeit erfolgt wie im Falle Dänemarks. In strikter Befolgung der von dem Herrn Reichsaussenminister an den Bevollmächtigten des Reiches, Gesandten von Renthe-Fink, gegebenen Richtlinien: „Arbeit mit „diplomatischen“ Mitteln, freundschaftliche Einstellung, Geduld, Ruhe, Takt und Zähigkeit, bei voller Wahrung der deutschen Wehrmachtsinteressen, Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“, ist die Zusammenarbeit mit der uns allerdings weltanschaulich fernstehenden Dänischen Regierung in den letzten 13¼ Jahren nach der Besetzung durch die deutschen Truppen erfolgreich durchgeführt worden.

Auf *innerpolitischem* Gebiet hat die Dänische Regierung alle von uns für notwendig erachteten und geforderten Gesetze erlassen, die zum Schutz unserer aussenpolitischen,

Wehrmachts- und Wirtschafts-Interessen notwendig waren. Auf *aussenpolitischem* Gebiet sind die diplomatischen Beziehungen zu England und Frankreich und der Sowjetunion abgebrochen und hat die Dänische Regierung sich gegen den sogenannten Grönlandsvertrag und gegen die Besetzung Islands durch Engländer und Amerikaner ausgesprochen. Dänemark hat ferner auch ein erhebliches Kontingent zur Waffen-SS zum Kampf gegen die Sowjetunion gestellt. Auf *wirtschaftlichem* Gebiet ist die Umstellung des dänischen Wirtschaftslebens nach Aufhören der grossen englischen und Übersee-Zufuhren besser gelungen als erwartet werden konnte, so dass die Versorgung Deutschlands mit wichtigsten Nahrungsmitteln in grösstem Ausmass erfolgt. Ebenso ist auch die dänische Industrie weitgehend für unsere Rüstungszwecke eingesetzt. Dies war und ist nur möglich durch die freiwillige positive Mitarbeit aller dänischen Regierungsstellen und bei gutem Willen der dänischen Bevölkerung.

II. Bei Beurteilung der Stimmung des *dänischen* Volkes gegenüber Deutschland muss folgendes berücksichtigt werden: Der Däne ist materiell eingestellt, liebt ein bequemes Leben und ist ausgesprochener Individualist. Die Vernichtung der dänischen Flotte durch die Engländer 1807 ist vergessen. 1864 nicht. Versailles wird als Dummheit heute verurteilt. Immerhin hat es aber Dänemark Nordschleswig gebracht, wobei man dänischerseits betont, dass man gegen den Willen der Entente sich im Landerwerb Mässigung auferlegt hat. Erwähnenswert aus der politischen Entwicklung der letzten Jahre ist, dass der Dänische Aussenminister Munch im Frühjahr 1935 im Völkerbund bei der Verurteilung Deutschlands anlässlich der Schaffung der deutschen Wehrhoheit sich der Stimme enthielt und dass Dänemark als einziger skandinavischer Staat im Frühjahr 1939 einen Nichtangriffsvertrag mit Deutschland abgeschlossen hat.

England war bis 1940 das Hauptabnehmerland des dänischen Exports. Schiffsahrts- und Reedereikreise tendierten nach England, dessen demokratisch-liberalistische Staatsform der dänischen entspricht. Für die strategisch-politische Notwendigkeit der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen am 9. April 1940 ist das Verständnis in Dänemark gering, desto mehr unterstreicht man die deutsche Zusage der Erhaltung der dänischen Souveränität und Integrität und ersehnt ungeachtet aller Bewunderung für die Leistungen und Haltung der deutschen Wehrmacht den Tag, wo die deutschen Truppen Dänemark verlassen.

Über die Einstellung des immer noch einflussreichsten und mächtigsten Mannes in Dänemark Stauning und einzelner Führer der politischen Parteien gibt der heute eingegangene Schriftbericht der Deutschen Gesandtschaft Kopenhagen vom 31. Oktober, der hier beigelegt ist, Auskunft. Hervorzuheben aus diesem Bericht ist, dass Staatsminister *Stauning* folgendes geäussert hat: „Ich betrachte die *Besetzung* als ein Glied in der gewaltigen Auseinandersetzung, in der sich Deutschland heute befindet, um einen neuen Zustand in Europa zu schaffen. Man darf bei der Beurteilung der Situation den Hintergrund nicht vergessen. Die Dänische Regierung hat bekanntlich eine positive Einstellung zu den Problemen der Zeit und hat sich bemüht, diese in dem Umfang zu lösen, in dem sie auftauchten.“⁽¹⁾ Hinsichtlich der Frage der dänischen Mitwirkung beim *Aufbau des neuen Europa* äusserte *Stauning* folgendes: „Die erforderlichen Änderungen werden hier auf keinen Widerstand stossen. Wenn die Durchführung dem dänischen Volk nach dänischem Brauch überlassen bleibt, bin ich mir über die Einstellung des Volkes nicht im Zweifel und dann wird es auch keinen Anlass zu Unstimmigkeiten geben.“⁽²⁾

Aussenminister Scavenius hat als erfahrener Realpolitiker seine positive Einstellung zu Deutschland wiederholt unter Beweis gestellt, ebenso wie der frühere dänische Staatssekretär, jetzige Berliner Gesandte Mohr, und andere Mitglieder der Dänischen Regierung, so beispielsweise der jugendliche Verkehrsminister Gunnar Larssen, der Generaldirektor der dänischen Staatsbahnen Knutzen (Bau der Bahn- und Autobahn-Linien Fehmarn — Rödby) und der Justizminister Thune Jacobsen. Die Marine arbeitet gut mit unserer Marine zusammen, während die Armee sich etwas mehr zurückhält. Die Landwirtschaftskreise sind sich bewusst, dass sie auf den deutschen Absatzmarkt angewiesen sind. Zahlreiche Industrie- und Handelskreise erkennen klar, dass Dänemarks Interessen mit denen des benachbarten Grossdeutschlands aufs engste verflochten sind und immer bleiben werden. Erst kürzlich hat sich ein dänisches Komitee gebildet zur Beteiligung dänischer Wirtschafts-

kreise an der deutschen Aufbauarbeit im europäischen Osten. Deutschinteressierte Kreise haben sich in mehreren deutsch-dänischen Vereinigungen, deren Veranstaltungen stets gut besucht sind, zusammengefunden. Der Kontakt der *dänischen Wissenschaftler* mit Deutschland ist stärker als der mit England.

Dagegen ist die Haltung des dänischen Königshauses, der Dänischen Regierung und fast der Gesamtheit des dänischen Volkes gegenüber der DNSAP Clausen, dessen Führereigenschaften nicht anerkannt werden, ablehnend. Weite Kreise in Dänemark sind, ohne uns zu lieben bereit, aus der heutigen Lage die praktischen Konsequenzen zu ziehen, d.h. sich in das neue von Deutschland geführte Europa einzugliedern; allerdings geben sich die Dänen dabei der Hoffnung hin, dass dies möglich sein wird unter Erhaltung des dänischen Königshauses, der dänischen Souveränität und Integrität und mit der Massgabe, dass ihnen eine organische Fortentwicklung ihrer Staatsform, zu der sie zum Teil bereit sind, nicht von aussen aufgezwungen wird. Zuzugeben ist, dass sicher nicht kleine dänische Kreise am liebsten ein deutsch-englisches Remis als Kriegsausgang sehen würden in der Hoffnung, dass dann Dänemark zusammen mit den anderen nordischen Staaten wieder eine gewisse Rolle in der sogenannten „neutralen“ skandinavischen Gruppe spielen kann. Die klügeren und einsichtigeren Politiker wie Scavenius, vielleicht sogar auch Stauning, dürften sich aber darüber im klaren sein, dass dies ein Wunschtraum ist. Eine wirkliche innere Umstellung des dänischen Volkes wird aber erst nach dem deutschen Endsieg zu erwarten sein.

Berlin, den 4. November 1941.

gez. Grundherr.

¹⁾ og ²⁾ Citaterne afviger noget fra det danske referat af den pågældende tale, se „Besættelsestidens Fakta“ I, side 190.

207.

Notits af legationsråd Franz Rademacher til rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. Auswärtiges Amts støtte til DNSAP.

7. november 1941.

Geheim!

Abschrift D III 581 g¹⁾

Aufzeichnung für den Herrn RAM über die Betreuung der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei durch das Auswärtige Amt

Die Bedeutung Dänemarks als landwirtschaftliche Versorgungsquelle und militärische Operationsbasis bedingt das kriegswichtige Interesse Deutschlands an Ruhe und Ordnung.

Die Mehrzahl des dänischen Volkes lehnt z.Zt. noch auf Grund der früheren und noch fortdauernden Verhetzung Clausen und seine Bewegung ab. Damit scheidet ein Staatsstreich und eine Quisling-Lösung aus. Eine legale Machtübernahme scheitert an der Abneigung des Königs gegen Parteileiter Clausen.

Die Partei muss sich öffentliche Umzüge, grössere Flugzettelaaktionen usw. versagen. Die jungen Aktivisten dienen in der Waffen-SS und der Dänischen Legion.

Im Rahmen dieser Grenzen ist der DNSAP jegliche Hilfe durch das Auswärtige Amt zuteil geworden.

1.) *In organisatorischer Hinsicht:*

In der Gesandtschaft Kopenhagen hat der LS *Meissner*, der aus dem dänischen Grenzgebiet stammt, die Sprache und Psyche der Dänen gut kennt, den Sonderauftrag erhalten, die DNSAP zu betreuen.

Er hat sich das restlose Vertrauen der Parteiführung erworben und die für den Aufbau, die weitere Durchorganisation der Bewegung und die personelle Besetzung der Führung entscheidenden Ratschläge gegeben.

Er hat für den Ausbau der Zeitung „*Faedrelandet*“ in redaktioneller, personeller und technischer Hinsicht gesorgt.

Er hat Clausen veranlasst, die Parteileitung von Baurup nach Kopenhagen zu verlegen und dort die für den Aufbau der Partei nötigen Stabskontore einzurichten. Er führt Clausen aufgeschlossene dänische Persönlichkeiten zu. Auf seinen Rat hat Clausen den Kapitän Wodschow zu seinem Vertreter ernannt und dadurch innere Zwistigkeiten in der Partei ausgeschaltet.

Dem Kulturreferat der Gesandtschaft Kopenhagen wurde weiter der HJ-Führer Dr. *Benemann* zugeteilt, der die dortige Jugendführung weitgehendst beraten hat. Er brachte die Jugendführer der DNSAP mit der Hitlerjugend zusammen und gab ihnen Gelegenheit, die Einrichtung, Organisation und die Führerschulen der Hitlerjugend zu studieren. Anlässlich der Internationalen Jugendwettkämpfe in Garmisch und Breslau hat die Hitlerjugend lediglich Jugendführer und Jugendmannschaften der Clausenbewegung eingeladen und sie bei diesen Internationalen Wettkämpfen, an denen nicht weniger als 14 Nationen teilnahmen, als offizielle Vertreter Dänemarks herausgestellt.

Als Beraterin für Frauenfragen wurde Frau *Hein* von der Reichsfrauenführung an die Gesandtschaft Kopenhagen entsandt. Auf Grund ihrer langjährigen Erfahrungen in der Frauenarbeit unterstützte sie die DNSAP durch zahlreiche Reden in den verschiedensten Bezirken Dänemarks und durch Rundfunkansprachen, gab organisatorische Ratschläge und praktische Richtlinien für die Frauenarbeit.

Das Auswärtige Amt veranlasste den Arbeitsdienst, als Berater Arbeitsführer *Scheiffarth* nach Kopenhagen zu entsenden. Er hat ein Arbeitsdienstlager aufgebaut. Dort werden zum grossen Teil Angehörige der Clausen-Bewegung als Führer für den später zu schaffenden Arbeitsdienst in Dänemark ausgebildet. Junge dänische Arbeitsführer werden laufend auf die Führerschulen des Arbeitsdienstes in Deutschland entsandt.

In Zusammenarbeit des Auswärtigen Amts mit der Reichsführung SS und dem Reichssicherheitshauptamt hält Sturmbannführer *von Loew* ständig Verbindung mit der DNSAP. Von Loew hat u.a. dazu beigetragen, dass sich die grosse dänische Bauernorganisation L.S. (Landbrugernes Samenslutning) wieder der DNSAP angeschlossen und dem Bauer *Jørgensen*, dem Leiter des agrarpolitischen Sektors der DNSAP unterstellt hat.

2.) *Finanzielle Hilfe:*

Die DNSAP wird laufend durch das Auswärtige Amt finanziell unterstützt. Besondere Beträge sind eingesetzt für den organisatorischen Ausbau der Partei, für den Arbeitsdienst, die Jugendarbeit und die angeschlossene Organisation L.S.

Im laufenden Vierteljahr beträgt diese Unterstützung beispielsweise 524.000 Kr.

Daneben ist der Auf- und Ausbau der Tageszeitung „*Faedrelandet*“ durch Zuschuss von bisher 1.226.991,93 Kr. gefördert worden (Ankauf neuer Maschinen pp.).

Für die L.S. ist eine neue Zeitung gegründet worden.

Die der DNSAP bisher gewährten Unterstützungen betragen insgesamt 3.340.000 Kr.

3.) *Politische Unterstützung:*

Auf deutschen Druck hin, im Interesse der dänischen Nationalsozialisten, wurde die Dänische Regierung gezwungen, das Versammlungsverbot aufzuheben, die in den Provinzstädten wegen Übertretung des Uniformverbotes und Vorfällen bei Versammlungen verhafteten Nationalsozialisten freizulassen usw.

Die stärksten Gegner der Nationalsozialisten mussten aus der Regierung und der Gewerkschaftsführung ausscheiden. So wurde ein Wechsel des Justizministers und des

Kopenhagener Polizeipräsidenten herbeigeführt. Der konservative Hetzer Christmas Möller musste die Führung seiner Partei und sein Reichstagsmandat niederlegen. Er erhielt Redeverbot. Der Sozialdemokrat Hedthoft-Hansen musste aus der Leitung der Gewerkschaften ausscheiden.

Die DAF wurde veranlasst, Studienkommissionen dänischer Gewerkschaften zur Besichtigung sozialer Einrichtungen Deutschlands einzuladen. Die Kommissionen wurden jeweils von der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen zusammengestellt und dabei Gewerkschaftler aller Richtungen berücksichtigt. Durch die Hereinnahme von Mitgliedern der DNSAP oder mit ihr sympathisierender Gewerkschaftsvertreter in die Studienkommissionen wurde einmal eine gewisse Auflockerung des dänischen Gewerkschaftswesens angestrebt und die Stellung der Mitglieder der DNSAP innerhalb der dänischen Gewerkschaften unterbaut. Wenn auch nicht heute schon mit einer kommenden Umstellung der dänischen Gewerkschaften schlechthin zu rechnen ist, so können jedoch die Auswirkungen der Studienreisen so gewertet werden, dass

1. bei der Leitung der dänischen Gewerkschaften das Bestreben besteht, sich die Möglichkeit einer Verständigung der dänischen fachlichen Arbeiterschaft mit dem nationalsozialistischen Deutschland offenzuhalten,

2. die durch die Mitglieder der DNSAP in die Gewerkschaften hineingetragenen Unruhen gute Ansatzpunkte für eine weitere Verfolgung der begonnenen Politik bieten.

Bisher wurden 3 Studienreisen durchgeführt. Z.Zt. befindet sich eine 12-köpfige Studienkommission auf einer Deutschlandreise.

Ein Erfolg der ständigen Einflussnahme Meissner's auf den Gewerkschaftsführer Lauritz Hansen und seinen Kreis ist dessen Zusage an Clausen, bei einer Machtübernahme mit den Gewerkschaften Gewehr bei Fuss zu stehen.

Als erster Versuch einer Einflussnahme auf die Universitäts- und Studentenkreise, von denen bisher der stärkste Widerstand ausgeht, ist jetzt ein junger deutscher Rassenpolitiker mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amts an das Institut des dänischen Rassenpolitikers Professor Hindburg vermittelt worden.

Im Augenblick schwebt mit Zustimmung des Auswärtigen Amts eine Einladung Clausens durch den Reichsführer SS zum Besichtigen der dänischen Freiwilligen in der SS und der Legion. Durch diesen Besuch soll wieder eindeutig herausgestellt werden, dass Deutschland ihn als seinen Freund ansieht. —

Mit dieser intensiven Förderung der DNSAP hat das Auswärtige Amt bisher erreicht, dass diese Partei sich während der Kriegszeit straff durchgliedern konnte und trotz aller Anfeindungen ihren Bestand von 30.000 Mitgliedern hielt. Hierbei ist zu bedenken, welche missliche Sache es in einem besetzten Lande ist, für die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht zu werben.

Berlin, den 7. November 1941.

gez. **Rademacher.**

¹⁾ Med håndskrift er tilføjet: „Rademacher“.

208.

**Brev fra Renthe-Fink til understatssekretær Martin Luther i anledning af
Frits Clausens besøg i Tyskland.**

9. november 1941.

Vertraulich!

Abschrift

Kopenhagen, den 9. November 1941.

Abschrift für Herrn Gesandten v. Grundherr.

Lieber Luther!

Diese Zeilen an Sie gebe ich Meissner mit, der verabredungsgemäss Dr. Clausen begleitet.

Ich begrüsse es sehr, dass Dr. Clausen, der nun schon viele Jahre eine Annäherung Dänemarks an Deutschland auf nationalsozialistischer Grundlage als politisches Programm vertritt, die Möglichkeit zu dieser Reise gegeben worden ist. Es ist zugleich eine verdiente Anerkennung des Beitrages, den seine Partei durch Bildung der dänischen Freiwilligenverbände im Kampf gegen den gemeinsamen Feind geleistet hat. Ich nehme an, dass Dr. Clausen ebenso wie Graf Schimmellmann und Kapitän Wodschow, die ich beide sehr schätze, auch wenn es sich nur um eine interne Reise handelt, mit entsprechender Ehrung aufgenommen werden und mit dem Eindruck zurückkehren, dass wir in ihnen aufrichtige Freunde Deutschlands sehen.

Politisch wird man Dr. Clausen unbedenklich sagen können, dass wir die bisherige Unterstützung seiner Partei fortsetzen werden, und dass wir hoffen, dass sie sich festigt und weiter ausweitet. Wenn man bedenkt, mit welchen inneren und äusseren Schwierigkeiten die Partei zu kämpfen hatte und noch zu kämpfen hat und wie gross der Sprung von der verhältnismässig wenig bekannten Partei mit dem Sitz in Nordschleswig zu der heutigen politisch bedeutsamen und beachteten Organisation war, so muss man rückblickend anerkennen, dass eine grosse Strecke zurückgelegt wurde. Es wäre aber falsch zu glauben, dass heute schon der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Partei ernstlich daran denken könnte, die Macht in Dänemark zu übernehmen. Dazu ist die Partei, wenn man die Lage nüchtern betrachtet, noch nicht fähig, weil es ihr vorläufig an Köpfen fehlt, und die Bewegung auch nicht zahlenmässig genügend im Volk verankert und unterbaut ist. Würden heute die dänischen Nationalsozialisten an die Macht kommen, was nur durch einen Machtspruch von unsrer Seite möglich wäre, so würden Verhältnisse im Lande entstehen, wie wir sie im deutschen Interesse nicht wünschen dürfen. Wir würden, da wir den dänischen Nationalsozialisten in absehbarer Zeit nicht die notwendigen wirtschaftlichen Hilfen gewähren könnten, diese völlig in Misskredit bringen und die Zukunft auf schwerste kompromittieren. Im Interesse einer gesunden und natürlichen Entwicklung muss man wünschen, dass es den dänischen Nationalsozialisten gelingt, sich ohne einen Machtspruch von uns in den Sattel zu setzen. Deshalb lege ich solchen Wert darauf, dass die dänischen Nationalsozialisten nicht die Brücken zu den Elementen abbrechen, die zu einer ehrlichen europäischen Zusammenarbeit und damit zu enger Verbindung mit Deutschland bereit sind, vielmehr versuchen, sie allmählich zu sich heranzuziehen.

Es ist wichtig, dass Dr. Clausen nicht mit dem Eindruck aus Deutschland zurückkehrt, er könne jetzt auf seinen Lorbeeren ausruhen oder hätte ein verbrieftes Recht, durch uns zur Macht zu kommen, sondern sich darüber klar ist, dass er selbst eine tragfähige Basis zu schaffen hat. Jede andere Politik wäre für die hiesige Entwicklung geradezu katastrophal und würde uns die Steuerung aus der Hand nehmen. Der deutsche Endsieg wird, wenn Dr. Clausen es versteht, die richtige Politik zu treiben, auch für ihn die grosse Stunde bringen.

Mit besten Grüssen
stets Ihr

gez. v. **Renthe-Fink.**

209.

**Notits [af rigsudenrigsminister v. Ribbentrop] til Føreren ang.
situationen i Danmark.**

11. november 1941.

Abschrift.¹⁾

Notiz für den Führer

Die politische Aussprache im dänischen Reichstag, die Ende Oktober stattgefunden hat, hat zu einer Überprüfung der Entwicklung des deutsch-dänischen Verhältnisses seit der Besetzung des Landes im April vorigen Jahres Anlass gegeben. Das Ergebnis stellt sich wie folgt dar:

1.) Im grossen und ganzen sind die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit der uns weltanschaulich allerdings völlig fernstehenden Dänischen Regierung zufriedenstellend. In keinem der von uns besetzten Länder herrscht eine solche Ruhe und ein so enges, fast reibungsloses Zusammenwirken mit den Behörden des betreffenden Landes wie im Falle Dänemark. Dänemark erfordert zur Sicherung der Ruhe im Lande nur geringe deutsche militärische Kräfte. Die Dänische Regierung hat unseren Anforderungen in militärischer Hinsicht bisher stets entsprochen und auch der Übergabe einer Anzahl dänischer Torpedoboote an die deutsche Kriegsmarine zugestimmt.

Besonders auf wirtschaftlichem Gebiete sind die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit der Dänischen Regierung gut. Die Umstellung des dänischen Wirtschaftslebens nach Aufhören der grossen Zufuhren aus England und Übersee ist besser gelungen, als erwartet werden konnte und die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln aus Dänemark erfolgt im grösstmöglichen Ausmasse. Die dänische Industrie ist weitgehend für unsere Rüstungszwecke eingesetzt, und zwar dank der positiven Mitarbeit der dänischen Regierungsstellen und bei gutem Willen der dänischen Bevölkerung.

Bei der Stimmung des dänischen Volkes Deutschland gegenüber steht zur Zeit zweifellos der Wunsch an der Spitze, dass der Tag kommen möge, an dem die deutschen Truppen Dänemark wieder verlassen. Die Dänen geben sich in ihrer grossen Mehrheit der Hoffnung hin, dass dann eine Einfügung Dänemarks in das neue, von Deutschland geführte Europa unter Erhaltung des dänischen Königshauses, der dänischen Souveränität und Integrität möglich sein werde, wobei sie sich die Anpassung ihrer Staatsform an die neuen Verhältnisse nicht von aussen aufnötigen lassen möchten.

2.) Der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unter Führung Clausens ist es bisher nicht gelungen, innerhalb des dänischen Volkes viel Boden zu gewinnen. Sie hat ihren Bestand von 30.000 Mitgliedern halten können, ohne darüber nennenswert hinauszuwachsen. Vom Auswärtigen Amt ist alles geschehen, um im Zusammenwirken mit den verschiedenen Parteistellen und Parteigliederungen in Deutschland die DNSAP Clausens in jeder Hinsicht zu fördern. Der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen ist der Hitler-Jugendführer Dr. Benemann zugeteilt, der die Jugendführer der DNSAP mit der Hitler-Jugend zusammengebracht und ihnen Gelegenheit gegeben hat, deren Einrichtungen und Organisation sowie die Führerschulen der Hitler-Jugend zu studieren. Der Reichsarbeitsdienst hat den Arbeitsführer Scheiffarth als Berater nach Kopenhagen entsandt, der dort ein Arbeitsdienstlager aufgebaut hat, in dem Angehörige der Clausen-Bewegung als Führer für den später zu schaffenden dänischen Arbeitsdienst ausgebildet werden. Junge dänische Arbeitsführer werden laufend auf die Schulen des Arbeitsdienstes in Deutschland entsandt. Als Beraterin für Frauenfragen gehört der Gesandtschaft Kopenhagen Frau Hein von der Reichsfrauenführung an, die der DNSAP Ratschläge und praktische Richtlinien für die Frauenarbeit gibt. Der Sturmbannführer von Loew von der Reichsführung

SS stellt die ständige Verbindung zwischen der DNSAP und der SS sicher. Die jungen Aktivisten der DNSAP dienen heute in der Waffen-SS und der Dänischen Legion. Des weiteren hat die Deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen den Ausbau der Zeitung der Clausen-Bewegung „Faedrelandet“ stark gefördert und die zentrale Leitung der DNSAP von Kopenhagen aus durch Einrichtung der nötigen Stabskontore dortselbst sichergestellt. Die bisher von der Gesandtschaft der DNSAP gewährten finanziellen Zuschüsse belaufen sich auf insgesamt 3,3 Millionen Kronen (ca. 1,6 Millionen Reichsmark). Im laufenden Vierteljahr beträgt die Unterstützung über eine halbe Million Kronen (ca. 260.000 Reichsmark).

In politischer Hinsicht ist der Clausen-Bewegung durch den Bevollmächtigten des Reiches in Kopenhagen wirksamste Hilfe dadurch zuteil geworden, dass die Dänische Regierung genötigt worden ist, das gegen die Clausen-Bewegung erlassene Versammlungsverbot aufzuheben, die wegen einzelner Vorfälle verhafteten Nationalsozialisten freizulassen und die Hauptgegner der Clausen-Bewegung aus ihren Stellungen zu entfernen. So wurde ein Wechsel des Justizministers und des Kopenhagener Polizeipräsidenten herbeigeführt, der konservative, antideutsche Reichstagsabgeordnete Möller musste sein Mandat niederlegen und der Sozialdemokrat Hansen aus der Leitung der Gewerkschaften ausscheiden.

Der Durchführung eines Staatsstreiches durch Clausen steht die Ablehnung seiner Bestrebungen durch die grösste Mehrzahl des dänischen Volkes im Wege. Eine legale Machtübernahme scheitert an der Abneigung des alten Königs gegen Clausen selbst. Es steht jedoch zu hoffen, dass im Laufe der Weiterentwicklung und unter dem Eindruck der gewaltigen Erfolge des Nationalsozialismus in Deutschland in absehbarer Zeit auch in Dänemark die Voraussetzungen für einen weiteren Bodengewinn der dänischen Nationalsozialisten sich wesentlich günstiger gestalten werden.

3.) Die von dem Bevollmächtigten des Reiches in Kopenhagen, Gesandten v. Renthe-Fink, entsprechend meinen Weisungen bisher befolgte politische Linie bezweckt eine Synthese zwischen unserem gegenwärtigen Bedürfnis nach Ausschöpfung aller Unterstützungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Art, die wir aus Dänemark herausholen können, und zwar umso wirksamer, je mehr es gelingt, die Ruhe in diesem Lande voll aufrecht zu erhalten und andererseits der Notwendigkeit, für die zukünftige innerpolitische Entwicklung in Dänemark durch wirksame Unterstützung der Clausen-Bewegung Sorge zu tragen. Diese Synthese konnte bisher dadurch erreicht werden, dass bei der Förderung der Clausen-Bewegung behutsam vorgegangen und jede Überstürzung vermieden wurde. Der Nachteil, der sich dabei ergibt, ist ein langsames Entwicklungstempo, bei dem voraussichtlich erst durch den deutschen Endsieg eine wirkliche innere Umstellung der Mehrheit des dänischen Volkes bewirkt werden kann.

Ich bitte um eine Weisung des Führers, ob er mit der weiteren Verfolgung dieser vorstehend gekennzeichneten, von uns in Dänemark befolgten politischen Linie einverstanden ist oder ob er eine Beschleunigung des Tempos im Sinne einer stärkeren Aktivierung der nationalsozialistischen Bewegung in diesem Lande schon jetzt wünscht, wobei dann zu erwartende innerpolitische Schwierigkeiten mit gewissen Rückwirkungen auf wirtschaftlichem Gebiete und in Fragen der Besatzungstruppen in Kauf zu nehmen wären.

„Westfalen“, 11. November 1941.

¹⁾ Ovenover er med håndskrift påført: „Rintelen“.

210.

**Notits af v. Rintelen til statssekretær E. v. Weizsäcker ang. beslutning
af Føreren vedr. Danmark.**

17. november 1941.

Geheime Reichssache.

Pol VI 1212 g Rs.

Herrn Staatssekretär Freiherrn von Weizsäcker.¹⁾

Der Herr RAM hat dem Führer die anliegende Notiz über die Entwicklung des deutsch-dänischen Verhältnisses vorgelegt. Der Führer hat nach Kenntnisnahme dieser Notiz zum Ausdruck gebracht, dass er mit der eingeschlagenen Politik zufrieden sei und der Ansicht ist, dass man auf dem eingeschlagenen Wege fortfahren solle.

Der Herr RAM bittet Sie, den infragekommenden Herren der Abteilungen Pol. und Deutschland sowie dem Ges. v. Renthe-Fink in Kopenhagen von der Notiz sowie von der Äusserung des Führers Kenntnis zu geben.

„Westfalen“, den 17. November 1941.

v. Rintelen.

¹⁾ Forneden på dokumentet er med håndskrift påført:

„1) Grundherr H. U. St. S. Pol.

m. d. B. um Inform. Erlass

an H. v. Renthe-Fink.

W[eizsäcker].

2) n[ach] K[ennntnis] Herrn Dg. Pol., Ges. v. Grundherr, U. St. S. D.“

211.

**„Tätigkeitsbericht“ fra den øverstkommanderende for de tyske tropper i
Danmark ang. urolighederne i København.**

23. november 1941.

BEFEHLSHABER DER DEUTSCH.
TRUPPEN IN DÄNEMARK

Tätigkeitsbericht

Abt. Ia.

1.10.1941—30.11.1941.

.....
Eine am Morgen des 23.11.41 stattgefundene Besprechung des Herrn Befehlshabers beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches ergab die Notwendigkeit, aus politischen Gründen (Aufforderung Deutschlands an Dänemark, dem Antikominternpakt beizutreten) besondere militärische Massnahmen für die Hauptstadt Kopenhagen sofort eintreten zu

lassen. Es wurde für alle in Kopenhagen liegenden Einheiten daher sofortige Urlaubssperre, Verbot des ausserdienstlichen Betretens der Stadt und Zusammenhalten der Truppe in den Unterkünften befohlen. Später wurde ein Probealarm in den Unterkünften durchgeführt. Diese Massnahmen, die am gleichen Tage wieder aufgehoben werden konnten, haben etwa beabsichtigten Demonstrationen am 23.11.41 vorgebeugt. An den darauffolgenden Tagen fanden Umzüge meist jugendlicher Elemente in Kopenhagen statt. Die dänische Polizei griff energisch ein, so dass die Ruhe bald wieder hergestellt war. Ein Eingreifen der Deutschen Wehrmacht war nicht erforderlich.

.....

212.

Telegram fra viceregeringspræsident Kanstein ang. demonstrationerne i København.

26. november 1941.

Geheim!

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 26. November 1941 19.08 Uhr
Ankunft, — 26. November 1941 20.20 Uhr

Verzögert in/olge besetzter Leitung!

Nr. 1543 vom 26.11. CITISSIME!

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 1536*) vom 25.11.41.

Gemeldete Demonstrationen waren gestern gegen Mitternacht beendet. Strassenbild heute normal. Im Lande haben keine Vorfälle ähnlicher Art stattgefunden.

Hinsichtlich Polizei kann heute gesagt werden, dass sie sich rechtzeitig Situation unterrichtet und nötige Vorkehrungen getroffen hatte und dass sie auch energisch vorging. Unzweckmässig war, dass sie auf Grund alter Gewohnheit nicht von vornherein schon die Menschenansammlungen verhinderte, sondern erst dann eingriff, wenn demonstrative Äusserungen oder Handlungen erkennbar. Es bedurfte hier Hinweises unsererseits, um zweckmässigeres taktisches Vorgehen zu erreichen. Das ist nunmehr auch für etwaige künftige Fälle gesichert.

Polizei hat insgesamt 43 Personen festgenommen, davon 19 Studenten. Sie ist dabei, die Rädelsführer zu ermitteln. In heutiger Besprechung bei Justizminister, an welcher Direktor Aussenministeriums und Departementschef Justizministeriums teilnahmen, ist schnelle Aburteilung und exemplarische Bestrafung der Schuldigen zugesagt worden. Justizminister hat weiter energisch auf massgebende Stellen der Universität, der übrigen Hochschulen und der politischen Jugendverbände Einfluss genommen, um Wiederholung der Vorfälle vorzubeugen.

Über Ursache der Demonstrationen ergibt sich heute folgendes Bild:

Aus den schwebenden deutsch-dänischen Paktverhandlungen sind Bruchstücke schon am Sonnabend und Sonntag in/olge der von dänischer Regierung für unumgänglich gehaltenenen Besprechungen mit Parteiführern durchgesickert, was zu wilder Gerüchte-

*) bei Pol VI

macherei geführt hat. Gerüchte wollten von Aufhebung der Vereinbarung vom 9.4.1940, Abdankung des Königs, Übernahme der Macht durch Fritz Clausen, Einsetzung eines Reichskommissars, vor allem aber von bevorstehender erzwungener aktiver Beteiligung Dänemarks am Kriege wissen. Das führte zu grosser Beunruhigung der Bevölkerung, die sich Montag und Dienstag vormittag noch steigerte, zumal dänische Presse und Rundfunk erst ab Dienstag nachmittag Aufklärungen geben konnten. Konservativ-nationalistische Kreise, nach deren Vorbild später auch kommunistische Elemente, machten sich Lage zunutze, was zu den berichteten Ereignissen führte. Wahrscheinlich hat, wie schon im Vorbericht angedeutet, englische Hetzpropaganda im Rundfunk ihren Anteil an den Vorgängen, wenngleich auffällig bleibt, dass übriges Dänemark von ihr augenscheinlich keine Notiz genommen hat.

Gesamtlage ist ruhig zu beurteilen, wesentliche weitere Vorfälle kaum zu erwarten. Gesamteindruck ist der einer lokalen Angelegenheit. Vorgänge sind zu gewissem Grade erklärlich als Reaktion auf wichtigen politischen Entschluss Dänemarks, der in kürzester Frist gefasst werden musste, wobei rechtzeitige Unterrichtung der Bevölkerung über wahren Sachverhalt wegen notwendiger Geheimhaltung nicht möglich war, was erwähnter Gerüchtemacherei Vorschub leistete.

Künftig wird auf Grund der Ereignisse unsere besondere Aufmerksamkeit auf Universitätskreise gerichtet werden.

Kanstein.

Hensel.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

- Nr. 1 an Pol. VI (Arb.St.)
- Nr. 2 an R.A.M.
- Nr. 3 an St.S.
- Nr. 4 an Chef A.O.
- Nr. 5 an B.R.A.M.
- Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.
- Nr. 7 an — — Recht
- Nr. 8 an — — Pers.
- Nr. 9 an — — Ha. Pol.
- Nr. 10 an — — Kult
- Nr. 11 an — — Presse
- Nr. 12 an — — Prot.
- Nr. 13 an — — Dtschld.
- Nr. 14 an — — Ru
- Nr. 15 an Dg. Pol.

Dies ist Nr. 3.

213.

**Notits af Renthe-Fink ang. udtalelse af rigsudenrigsminister v. Ribbentrop
om udenrigsminister Scavenius.**

27. november 1941.

Aufzeichnung

Der Herr Reichsaussenminister, der sagte, der Dänische Aussenminister Scavenius habe einen günstigen Eindruck auf ihn gemacht, gab mir heute Mittag die Weisung, dass

die bisherige politische Linie in Kopenhagen beizubehalten sei, jedoch müsse darauf geachtet werden, dass wir nicht „ausrutschen“.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

Berlin, den 27. November 1941.

Renthe-Fink.

Durchdruck an:

Herrn U.St.S.Pol.
Herrn U.St.S.Recht
Herrn U.St.S.Luther
Herrn Dg.Pol.
Herrn Dir.W
Herrn Gesandten v. Grundherr
Abt. Presse

214.

Notits af gesandt Schmidt ang. rigsudenrigsminister v. Ribbentrops samtale med udenrigsminister Scavenius 28. november.

30. november 1941.

Aufz. 63/41 gRs. 1941.

Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Reichsaussenminister und dem dänischen Aussenminister Scavenius in Berlin am 28. November 1941

Nach einem persönlichen Begrüßungswort gab der RAM seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass der Vertreter Dänemarks an dem Akt der Verlängerung und Erweiterung des Antikominternpaktes teilnehmen konnte, der über den rein formalen Zweck hinaus dem Kampf gegen die kommunistische Internationale auch vom gesamteuropäischen Standpunkt aus diene.

Er (der RAM) wisse, dass Scavenius positiv zu Deutschland und zur Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark eingestellt sei.

In längeren Ausführungen gab der RAM ein Bild der Lage unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes gegen Russland. Der Bolschewismus sei erledigt; das bedeute jedoch nicht, dass der Kampf gegen ihn nicht in diesem oder im nächsten Jahr fortgesetzt werden müsse. Russland würde bis zu seiner endgültigen Vernichtung bekriegt werden. Allerdings würde im nächsten Jahre dazu ein Bruchteil der jetzt notwendigen Truppen genügen. Gegen England würde der Krieg solange fortgesetzt werden, bis die Engländer selbst einsähen, dass die Fortführung des Krieges sinnlos sei und um Frieden bäten oder bis auf der Insel alles verwüstet wäre und die Britten dadurch gezwungen würden, klein beizugeben. England habe Pech gehabt, weil es gegen einen Mann wie den Führer aufgetreten sei. Er (der RAM) habe Henderson¹⁾ und François Poncet²⁾ vor dem Kriege immer wieder davor gewarnt, das Deutschland von heute mit dem Deutschland des Weltkrieges zu verwechseln. Die Herren hätten jedoch nur verständnislos gelächelt und nicht begriffen, dass das heutige Deutschland ein geeintes Volk mit der modernsten Armee und den modernsten Waffen sei, das von einem grossen militärischen Genie geführt würde. Machtmässig müsse daher Deutschland heute ganz anders eingeschätzt werden als früher. Deutschland sei drei bis viermal so stark wie früher. Die Engländer und Franzosen hätten dies jedoch nicht

gesehen, sondern hätten den Nationalsozialismus lediglich für eine bösertige Erfindung gehalten. Scavenius warf hier ein, dass dies das Schicksal alles Neuen sei. Der RAM erklärte fortgehend, dass Deutschland bereits ein Kaiserreich war, als vor 1000 Jahren die Engländer noch völlig im Rückstand lebten. Der Nationalsozialismus sei keine bösertige Erfindung, sondern der Ausdruck des Willens eines Volkes zum Leben. An der Blindheit diesen Tatsachen gegenüber seien Frankreich und Polen zugrunde gegangen, und auch England würde daran zugrunde gehen.

Dieser neue Lebenswille Deutschlands bediene sich zwar neuer Methoden, sei aber nicht notwendigerweise gegen die alten Traditionen gerichtet.

Zu Amerika übergehend betonte der RAM die Anmassung, die in der Einmischung der Vereinigten Staaten in europäische Angelegenheiten liege. Die Drohungen, die den Finnen gegenüber ausgesprochen würden, seien unerhört. Dabei könne Amerika materiell nicht viel ausrichten. Es handele sich um den grössten Bluff der Weltgeschichte.

Deutschland kämpfe heute auch für Dänemark, indem es den Bolschewismus von Europa fernhalte. Auch England selbst täusche sich, wenn es glaube, dass es vor dem Kommunismus sicher wäre. Die Tatsache des Bündnisses mit Sowjetrussland bringe die Gefahr grosser Revolutionen in Amerika und England mit sich. Die Engländer hielten sich zwar militärisch gerade noch an der Oberfläche, aber der Krieg würde ihnen weitere Niederlagen bringen und nach einiger Zeit würde Churchill von seinen eigenen Landsleuten nicht mehr geduldet werden; die Herrschaft der alten Führerschicht in England sei endgültig vorbei. Die Völker suchten nach neuen Ausdrücken ihres nationalen Willens. Der RAM erklärte, dass zwar niemand sagen könne, wie lange der Krieg noch dauern würde, dass er aber der Überzeugung sei, dass ihn Deutschland und seine Verbündeten gewinnen würden. Das Reich gehe bei seinen militärischen Operationen systematisch vor. Es übernehme kein Risiko und gehe nicht auf napoleonische Abenteuer aus, sondern gehe erst immer nur dann wieder zu neuen Angriffen vor, wenn sämtliche Vorbereitungen getroffen und insbesondere der Nachschub gesichert sei. Die Engländer würden überall da gepackt, wo sie den Deutschen und Verbündeten zu nahe kämen oder wo sie lebenswichtige Interessen berührten. Deshalb müssten sie auch aus dem Mittelmeerraum entfernt werden.

Die Engländer hätten jahrelang wie blind Deutschland verständnislos gegenübergestanden und wollten auch jetzt noch nicht die wirtschaftliche und militärische Stärke des Reiches anerkennen.

Wer England wie der RAM gekannt habe und dort zahlreiche Freunde besässe und dem London gewissermassen eine zweite Heimat geworden sei, der sei bei den Nachrichten über die Zerstörungen all der vertrauten Plätze von tiefem Bedauern erfüllt worden. Es sei betrüblich, dass die Engländer keine klügere Politik verfolgt hätten. Er (der RAM) habe auch das menschenmöglichste getan, um gegen diese insulare Verbohrtheit der Engländer anzugehen aber vergeblich. Nun müsse eine klare Entscheidung im Kampf gegen England herbeigeführt werden.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs kam der RAM auf die Demonstrationen zu sprechen, die in Kopenhagen vor dem Hause des Aussenministers gegen den Beitritt Dänemarks zum Antikominternpakt stattgefunden hätten. Aus den Berichten sei zu ersehen, dass diese Demonstrationen u.a. auch von den Rechtskreisen in Dänemark unterstützt würden.

Scavenius warf hier ein, dass Dänemark natürlich auch seine Chauvinisten habe.

Der RAM erwiderte, dass er diese Vorfälle nicht tragisch nähme, dass es aber doch gut wäre, wenn diese chauvinistische Richtung in Dänemark nicht die Oberhand gewänne, es würde sonst nämlich erhebliche Schwierigkeiten geben.

Scavenius bemerkte dazu, dass es sich nur um eine kleine unbedeutende Opposition handele. Bei dem Charakter des dänischen Volkes könne man nicht erwarten, dass die langsam denkenden Dänen sämtlich auf einmal alle die neue Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland verstünden. Die Zeit würde jedoch hier Wandel schaffen.

Der RAM erwähnte weiterhin eine gewisse latente Feindschaft gegen Deutschland, die sich in den Parlamentsreden bemerkbar mache.

Scavenius erwiderte darauf, dass diese Reden mehr ein Ausdruck der Furcht des kleinen dänischen Volkes vor seinen mächtigen Nachbarn seien.

Der RAM erklärte demgegenüber, dass man deutscherseits bestrebt sei, Schwierigkeiten mit Dänemark zu vermeiden. Der Führer betrachte die Entwicklung der Lage mit Ruhe, bisher sei ja auch alles gut verlaufen, bis auf einige kleine Schönheitsfehler, wie z.B. das Verhalten des dänischen Gesandten in Washington. Der Gesandte von Renthe-Fink habe jedenfalls die Weisung erhalten, die bisherige Linie Dänemark gegenüber weiterzuverfolgen. Die gelegentlich des Beitritts Dänemarks zum Antikominternpakt gestellten Rückfragen der dänischen Regierung hätten jedoch in Deutschland das — vielleicht falsche — Gefühl erweckt, als ob die Dänen fürchteten, Churchill könne ihnen den Beitritt zu diesem Pakt übelnehmen. Dabei dürfe man doch nicht vergessen, dass Deutschland in seinem Kampf gegen Russland sein Blut für ganz Europa opfere, um es vor dem Einfluss der mongolischen Horden zu sichern. Der Tiefstand der Sowjetrussen ergebe sich u.a. auch in schlagender Weise aus der Tatsache, dass sie sich in den Gefangenenlagern gegenseitig auffrassen. Auf eine Zwischenfrage von Scavenius, ob sie dies aus Hunger täten, erwiderte der RAM, dass die russischen Gefangenen allerdings vielfach in halbverhungertem Zustand in die Gefangenschaft gerieten, da sie infolge der Desorganisation auf russischer Seite — besonders wenn sie längere Zeit von den Deutschen umzingelt gewesen wären, oft wochenlang wenig oder gar keine Verpflegung erhalten hätten.

Zur Erklärung der dänischen Haltung erwähnte Scavenius, dass Dänemark Generationen lang eine Politik der strengsten Neutralität verfolgt habe und sich daher erst langsam daran gewöhnen müsse, Partei zu ergreifen. Wenn die deutschen Truppen nicht in Dänemark wären, würde dies ausserdem viel leichter sein. Aber alles, was auf praktischem Gebiet mit Deutschland in Angriff genommen würde, ginge gut, nur bei den Imponderabilien gäbe es Schwierigkeiten. Auf diese Grundeinstellung Dänemarks müsse Deutschland Rücksicht nehmen. Es würde eine gefährliche Stimmung entstehen, wenn man von Dänemark ein zu plötzliches Einschwenken in die neue Front erwarte, daraus könne sich unter Umständen eine gewisse „Selbstmördermentalität“ entwickeln. Er (Scaven.) warne davor, die Dinge auf die Spitze zu treiben, weil dann evtl. eine Entwicklung wie in Norwegen entstehen könne. Man müsse Dänemark Zeit lassen.

Der RAM kam sodann auf Schweden zu sprechen. Er glaube, dass das Schicksal es Schweden nie verzeihen würde, dass es sich in dem Kampf gegen das Moskowitertum, in dem zwei grosse historische Schweden in früherer Zeit als Bannerträger aufgetreten wären, ausserhalb Europas gestellt habe. In ihren privaten Meinungsäusserungen gäben zwar viele Schweden, darunter sehr hohe Persönlichkeiten, zu verstehen, dass sie ganz auf Deutschlands Seite stünden, aber nach aussen hin wollten sie kein Bekenntnis ablegen. Nicht einmal Freiwillige habe Schweden für diesen Kampf nach Russland ziehen lassen. Dadurch habe es sich die Sympathien Europas restlos verscherzt, aber die Bindungen der schwedischen Gewerkschaften an die englische Labour Party, an Attlee und Greenwood seien wohl zu stark.

Abschliessend bemerkte der RAM, er freue sich, dass Dänemark durch seinen Beitritt zum Antikominternpakt den ersten Schritt zum Anschluss an die europäische Völkerfamilie getan habe. Im übrigen hoffe er, dass Kundgebungen gegen Deutschland Einzelercheinungen bleiben würden, weil anderenfalls die Entwicklung eine sehr gefährliche Wendung nehmen könnte. Er hoffe, dass der Krieg bald zu Ende sein würde (Scavenius bemerkte dazu, dass das allerdings sehr wünschenswert wäre), auf jeden Fall würde Europa den Krieg immer weniger zu spüren bekommen. Landen könnten die Feinde auf dem Kontinent nicht mehr. Belanglose Luftbombardements seien das einzige Mittel, das die Engländer noch in ihrem Kampf gegen den Kontinent besäßen, aber selbstverständlich würden sie damit nichts erreichen.

Berlin, den 30. November 1941.

(Schmidt).

¹⁾ Den engelske ambassadør i Berlin Neville Henderson.

²⁾ Den franske ambassadør i Berlin.

215.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. erklæring til den danske regering
om Tysklands politik.**

4. januar 1942.

Telegramm.
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 4. Jan. 1942 — 20.35 Uhr

Ankunft: — 4. — 1942 — 21.30 —

Nr. 11 v. 4.1.42. CITO!

Von Reichsaussenminister gegebene Richtlinien für Politik gegenüber Dänemark haben auch im vergangenen Jahr Ergebnis gehabt, dass Dänen korrekte und loyale Haltung bewahrten, dass keine deutschen Kräfte über die für Besetzungszwecke unbedingt erforderlichen Truppen hinaus gebunden wurden, und dass für unsere Kriegs- und Ernährungswirtschaft das Optimum aus Dänemark herausgeholt werden konnte. Politisch hat dänische Regierung sich in von Deutschland geführte europäische Front so weit eingeführt, wie dies unter jetzigen Umständen und bei ihrem zähen Bestreben, sich aus dem Krieg herauszuhalten, möglich war. Soll auch weiterhin das Höchstmass militärischer und wirtschaftlicher Vorteile aus Dänemark gezogen und die Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit Dänemarks in unserem Interesse erhalten werden, so ist hierfür Voraussetzung, dass Dänemark das Gefühl behält, dass wir seine Selbstständigkeit respektieren, und dass unsere Eingriffe sich auf das absolut Notwendige beschränken. Aktivierung englisch-amerikanischer Politik gegenüber Dänemark in letzter Zeit zeigt, dass Feinde realisieren, welche Vorteile uns das bisherige Verhältnis zu Dänemark bringt. Darum wird systematisch versucht, deutsch-dänisches Verhältnis zu stören und Regierungspolitik zu unterminieren. Diese Machenschaften sind nicht ungefährlich, weil die Realpolitik der Regierung der gefühls- und stimmungsmässigen Entwicklung vorseilt, zumal der Stillstand der Operationen in Russland und Kriegseintritt Amerikas auf die Beurteilung unserer Siegechancen zur Zeit ungünstig einwirkt. — Als Gegenzug gegen die Versuche unserer Feinde, die Zusammenarbeit mit uns zu stören, und um dänischer Regierung die Hand zu stärken, würde ich für zweckmässig halten, der dänischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, dass wir an unseren Zusicherungen vom 9. April 1940 nach wie vor festhalten, vorausgesetzt, dass dänischerseits Zusammenarbeit weiter loyal durchgeführt wird und man sich durch die Versuche in London und Washington, das dänische Volk einzuschüchtern und aufzuputschen, nicht irre machen lässt, diesen vielmehr energisch entgegentritt und entgegenwirkt. Auf ein Abweichen von der bisherigen dänischen Haltung uns gegenüber würden wir auf das schärfste reagieren, solche Entwicklungen würden für Dänemark verhängnisvoll sein. — Erbitte Weisung.

Renthefink.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol.VI (Arb.St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha.Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg.Pol.

Dies ist Nr. 3.

216.

**Notits af gesandt v. Grundherr ang. forslag fra Renthe-Fink om erklæring
til den danske regering.**

6. januar 1942.

zu Pol.VI 5033 g.

Zu dem anliegenden Drahtbericht Nr. 11 des Gesandten von Renthe-Fink ist folgendes zu bemerken:

In Verfolg der unsererseits unternommenen Schritte, die nötig waren, um Dänemark zum Beitritt zum Antikominternpakt zu bewegen, sind in Dänemark eine ganze Reihe von unsinnigen Gerüchten verbreitet worden. So wurde z. B. behauptet, Gesandter v. Renthe-Fink habe von Dänemark militärische Hilfe gegen Russland verlangt; er habe ferner erklärt, im Falle der Nichtannahme seiner Vorschläge würde der Führer der dänischen Nationalsozialisten Dr. Frits Clausen Ministerpräsident und die dänischen Ministerien würden sofort besetzt werden; schliesslich wurde erzählt, es sei deutscherseits erklärt worden, Deutschland halte sich an die am 9. April 1940 gegebene Zusicherung der Aufrechterhaltung der Souveränität und Integrität Dänemarks nicht mehr gebunden. Alle diese Gerüchte haben, wie Gesandter von Renthe-Fink in seinem Drahtbericht Nr. 11 vom 4.1. bemerkt, der Feindpropaganda günstige Ansatzpunkte geboten.

Angesichts dieser Sachlage erscheint es zweckmässig, den Gesandten von Renthe-Fink zu der von ihm vorgeschlagenen Erklärung zu ermächtigen. Ein Entwurf für eine entsprechende Drahtweisung liegt hier bei.

Hiermit über

Dg.Pol.,

U.St.S.Pol.,

St.S.

dem Büro RAM

mit der Bitte vorgelegt, die Entscheidung des Herrn Reichsaussenministers herbeizuführen.

Berlin, den 6. Januar 1942.

gez. Grundherr.

217.

**Telegram fra Sonleithner ang. rigsudenrigsminister v. Ribbentrops afgørelse
vedr. erklæring til den danske regering.**

7. januar 1942.

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Sonderzug, den 7. Januar 1942

Ankunft den 8. Januar 1942 2.55 Uhr

Nr. 62 vom 7.1.

Über Ministerbüro und Staatssekretär an Unterstaatssekretär Pol.

Reichsaussenminister hat zu Telegramm Kopenhagen Nr. 11*) vom 4. Januar wegen Erklärung an Dänemark entschieden, dass der Gedanke weiter verfolgt werden soll.

Sonleithner.

*) bei Pol VI

Hergestellt in 7 Stck.

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI (Arb.St.)

- 2 an RAM.

- 3 an St.S.

- 4 an BRAM.

- 5 an Leiter Abt. Pol.

- 6 an — - Pers.

- 7 an Dg.Pol.

Dies ist Nr. 3.

218.

Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale med Frits Clausen.

6. februar 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 6. Februar 1942 0.40 Uhr

Ankunft: — 6. — — 2.05 —

Nr. 173 vom 5.2.

1.) Parteiführer Dr. Clausen hat mich aufgesucht, um sich über die Anfeindungen zu beschweren, denen seine Partei und die dänischen Freiwilligen zunehmend ausgesetzt seien. Er beklagte sich, dass er deutscherseits nicht genügend Unterstützung fände. Sein Wunsch ging dahin, dass deutscherseits Rücktritt Verteidigungs- und Justizministers und Ernennung Popp-Madsens zum Justizminister verlangt würde. Im einzelnen führte Dr. Clausen aus, s[eines] E[rachtens] habe sich Stimmung Deutschland gegenüber mehr und mehr verschlechtert. Gegen seine Partei habe erneut Kesseltreiben dänischer amtlicher Stellen eingesetzt. Seine Partei müsse zugrunde gehen, wenn nicht deutscherseits durchgreifende Massnahmen getroffen würden. Kommunistische und jüdische Elemente könnten nach wie vor ihr Unwesen in Dänemark ungehindert treiben, ohne dass von deutscher Seite wirksam eingegriffen würde. Er und die Angehörigen seiner Partei seien der Willkür der dänischen Behörden preisgegeben. Führer und Männer der Waffen-SS würden in Dänemark öffentlich beschimpft und verhöhnt, auch in Kreisen des dänischen Militärs. Er müsse künftig den Schutz der Angehörigen seiner Partei und den der Waffen-SS selbst übernehmen. Eine weitere Freiwilligen Werbung für die SS aus seinen Reihen könne er künftig daher nicht mehr verantworten. Er müsse Reichsführer-SS sogar bitten, einen Teil der SS-Freiwilligen wieder nach Dänemark zu entlassen. Seine Zusage, uns in unserem Bestreben, während des Krieges Ruhe und Ordnung in Dänemark aufrechtzuerhalten, keine Schwierigkeiten zu bereiten, werde er nicht mehr halten. *Er werde künftig in seinem Kampf zu revolutionären Methoden übergehen.*

2.) Ausgelöst ist Unzufriedenheit Clausens offenbar durch Übertragung der Regierung in Norwegen an Quisling. Es muss Clausen beigeppflichtet werden, dass die allgemeine Stimmung uns gegenüber sich verschlechtert hat, was in erster Linie mit dem Verlaufe der militärischen Operationen an der Ostfront und deren Ausnützung durch die Feindpropaganda in Zusammenhang steht. Clausen und seine Partei haben natürlich unter den obwaltenden Umständen mit grössten Schwierigkeiten zu kämpfen, zumal der grösste Teil der dänischen Bevölkerung ihm und seiner Partei nach wie vor ablehnend gegenüber steht. Seine Behauptung, dass unter deutscher Duldung kommunistische und jüdische Elemente nach wie vor ihr Unwesen in Dänemark ungehindert treiben könnten, muss zurückgewiesen werden. Hiergegen sind, wie aus meiner Berichterstattung hervorgeht, die erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Auch seine Behauptung, dass er und seine Partei ausserhalb

des Gesetzes stünden, trifft nicht zu. Richtig ist, dass in Einzelfällen Parteimitglieder, SS-Männer und deren Angehörige schikaniert worden sind. Wo solche Fälle bekannt wurden, ist sofort energisch eingeschritten worden. Andererseits kann nicht verschwiegen werden, dass aus Kreisen seiner Partei mehrfach Meldungen über Vorfälle erstattet worden sind, die bei näherer Prüfung sich als nicht stichhaltig oder als andersliegend herausgestellt haben, wenn Clausen glaubt, eine weitere SS-Werbung aus seinen Reihen nicht durchführen zu können, so ist das unverständlich.

3.) Ich habe Clausen und seinem Stellvertreter Wodschow erklärt, dass mir der Zeitpunkt noch nicht gekommen schiene, um eine Änderung in der Zusammensetzung der dänischen Regierung zu veranlassen, und habe darauf hingewiesen, dass die Stimmung sicher besser werden würde, wenn im Frühjahr die militärischen Operationen im Osten wieder beginnen würden. Ich habe sie davor gewarnt, sich wie im Herbst 1940 auf Forderungen festzulegen, bei deren Durchsetzung sie auf unsere Unterstützung angewiesen seien, und habe die Erwartung ausgesprochen, dass Clausen seine Bestrebungen den grossen gemeinsamen Interessen unterordne. Selbstverständlich würden wir in allen Fällen, wo Angehörige der D.N.S.A.P. oder Freiwillige Grund zu berechtigter Klagen hätten auf das nachdrücklichste einschreiten, und ich werde auch jetzt von der Regierung energische Massnahmen verlangen.

4.) Da Clausen, wie ich erfahre, sich auch unmittelbar an den Reichsführer-SS wenden wird, bemerke ich folgendes:

Wenn wir jetzt eine Forderung auf Ausschiffung von Kabinettsmitgliedern stellen würden, so würde das als ein einschneidender Eingriff in die dänischen inneren Verhältnisse empfunden werden. Gegen den Justizminister liegt ein hinreichender Grund nicht vor. Was den Verteidigungsminister betrifft, so sieht Clausen zu optimistisch, wenn er glaubt, dass ein Wechsel in dessen Person ohne weiteres eine Änderung in der Haltung des dänischen Militärs herbeiführen würde. Im übrigen würde jeder wissen, dass ein erzwungener Wechsel im Ministerium lediglich zu Gunsten der dänischen Nationalsozialisten geschieht. Es würde die Stimmung im Lande dadurch ganz ausserordentlich gegen uns aufgeputscht werden. Gerade nach der schweren Belastungsprobe zu der der Beitritt Dänemarks zum Antikominternpakt führte und deren Folgen noch spürbar sind, würde ein solcher Eingriff zu einer starken Erregung im Lande führen. Die Forderung auf Ernennung von Popp-Madsen zum Justizminister und Clausens Stellvertreter Wodschow zum Verteidigungsminister, was Clausen offenbar wünscht, würde zweifellos den Rücktritt des gesamten Kabinetts Staunings zur Folge haben. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die in diesem Falle entstehende Regierungskrise eine Königskrise nach sich ziehen wird. Die dann entstehende innerpolitische Unruhe würde auch von militärischen Gesichtspunkt aus eine neue Lage schaffen.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI (Arb. St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha. Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg. Pol.

Dies ist Nr. 3.

219.

Telegram fra Renthe-Fink ang. et nationalsocialistisk møde 6. februar.**8. februar 1942.****Telegramm**

(G.Schreiber)

Kopenhagen, den 8. Februar 1942, 22,00 Uhr.
 Ankomst: — 8. — — 23,30 Uhr.

Nr. 186 vom 8. 2. CITO!

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 173 vom 5.2. und die gestrigen Ferngespräche mit Unterstaatssekretär Luther.

1.) Mit Begründung, dass Parteimitglieder und ihre Unterkünfte schutzlos seien, hatte NSDAP vor drei Parteiunterkünften am Freitag 6.2. abends Posten in Uniform mit Stahlhelm und zum Teil mit Spaten versehen zum Wachtdienst aufgestellt, eine Massnahme, die für das ganze Land vorgesehen war, aber in dieser Form gegen die dänischen Gesetze verstieß. Da dänische Polizei ihrerseits gleichfalls diese Gebäude unter erhöhten Polizeischutz gestellt hatte, und auch Gegendemonstrationen zu befürchten waren, musste mit Zusammenstößen gerechnet werden. Ich habe daher noch in der Nacht die erforderlichen Massnahmen getroffen. Zunächst habe ich von den zuständigen dänischen Stellen gefordert, dass Zwischenfälle unter allen Umständen zu vermeiden seien. In Abwesenheit des Parteiführers Clausen habe ich dann bei Kapitän Wodschow auf Zurückziehung der uniformierten Posten gedrängt, was schliesslich geschehen ist. Zu Zwischenfällen ist es daher nicht gekommen.

2.) Am 7.2. früh brachte „Faedrelandet“ durch Pressereferenten Gesandtschaft bereits durchgegebenen Wortlaut Aufrufs Parteiführers Dr. Clausen an Parteimitglieder. Inhalt und Aufmachung Aufrufes waren durchaus geeignet zu beunruhigen und unser Bestreben, Ordnung aufrecht zu erhalten, ernsthaft zu gefährden. Verbunden war Aufruf mit erneuten schweren Angriffen gegen Justizminister, dem wieder einseitige Haltung der Polizei gegen dänische Nationalsozialisten in besonderem Artikel vorgeworfen wurde. Um weitere Zuspitzung Lage, zumal nun auch Befehlshaber sich über Entwicklung beunruhigt zeigte, vorzubeugen, habe ich nochmals Kapitän Wodschow zu mir kommen lassen und ihm eröffnet, dass auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung entscheidender Wert gelegt würde. Es sei notwendig und müsse verlangt werden, dass begonnene Kampagne der NSDAP sofort abgeblasen werde. Nach einigem Zögern hat Wodschow erklärt, dass entsprechende Weisungen an die ihm unterstellten Gliederungen, einschliesslich nationalsozialistisch eingestellter Presse, ergehen würden. Das soll inzwischen überall durchgeführt sein. Was die Presse anbetrifft, so hat „Faedrelandet“ heute früh nochmals zwei Artikel gebracht, die noch in der alten Linie liegen, aber abklingende Tendenz aufweisen. Übrige dänische Presse hat sich mit Vorfällen überhaupt nicht befasst, da auf unsere Veranlassung dänisches Aussenministerium entsprechendes Verbot erlassen hatte.

3.) Am 7.2. mittags fand Besprechung mit Justizminister, Direktor Svenningsen vom Aussenministerium und Departementschef Eivind Larsen vom Justizministerium statt, in welcher ich die Klagen der dänischen Nationalsozialisten und ihre Befürchtungen vorgebracht und energisches Eingreifen verlangt habe, wo sich diese Klagen, insbesondere auch im Hinblick auf die Freiwilligen der SS, als berichtigt herausstellen sollten. Zugleich habe ich verlangt, dass durch Regierung eine Beeinflussung der Bevölkerung stattfinden müsse. Beides ist zugesichert worden. Justizminister wies aber die gegen ihn und die dänische Polizei erhobenen Vorwürfe, dass die dänischen Nationalsozialisten sozusagen vogelfrei

seien, energisch zurück, und brachte Beispiele, um zu zeigen, dass die Polizei alles in ihrer Macht stehende getan habe, um die dänischen Nationalsozialisten auch durch vorbeugende und sichernde Massnahmen zu schützen. Unter anderem habe er die beiden Fälle, wo vor einem Parteinebenlokal Knallkörper explodierten, sofort untersucht und von dem Gang der Untersuchung den deutschen Stellen auch unverzüglich Mitteilung geben lassen, was zutrifft. Andererseits brachte er Beispiele dafür, dass die dänischen Nationalsozialisten die bestehenden Gesetze vielfach überträten, die Polizei dabei aber grosse Nachsicht gezeigt habe. Ihm seinerseits entstanden Schwierigkeiten dadurch, dass man ihm unterschiedliche Behandlung zugunsten der Nationalsozialisten vorwerfe. Ich habe daraufhin nochmals erklärt, dass berechtigten Klagen der dänischen Nationalsozialisten unter allen Umständen abgeholfen werden müsse und dass Justizminister und Polizei für Schutz dänischer Nationalsozialisten verantwortlich sind.

4.) Wenn nicht besonders nach Rückkehr Dr. Clausens eine unerwartete Wendung eintritt, ist anzunehmen, dass sich die Lage beruhigt. Clausen und ein Teil seiner politischen Leiter sind zweifellos durch unser Eingreifen verstimmt und geneigt, in den von uns im militärischen Interesse zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung notwendig gehaltenen Massnahmen eine Unterstützung der System-Regierung zu sehen. Wenn wir aber die Aktion der DNSAP nicht abgestoppt und nicht die dänische Regierung und die dänische Polizei zur Zurückhaltung weitgehendst beeinflusst hätten, wäre der Verlauf für die DNSAP verhängnisvoll geworden, da der Befehlshaber, wie er mir erklärte, bei bestehenden Unruhen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Lande auf das Eingreifen der dänischen Polizei hätte bestehen müssen. Der Befehlshaber hat überhaupt an schneller Liquidierung der gespannten Lage grösstes Interesse genommen. Er vertrat den Standpunkt, dass eine Ausbreitung der innerpolitischen Beunruhigung militärisch nicht tragbar sei. Zugleich brachte er zum Ausdruck, dass er entscheidenden Wert darauf legen müsse, dass im Hinblick auf die militärische Lage der kommenden Zeit die Autorität und Schlagkraft der dänischen Polizei nicht gemindert werde. Welche Auswirkung die abgestoppte Aktion Clausens auf die Partei und ihre Angehörigen haben wird, und wie sie sich auf die Werbekraft der Partei auswirken wird, lässt sich heute noch nicht übersehen.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 11 Stück.

Davon sind gegangen:

- | | | | |
|-----|----|----|--------------------|
| Nr. | 1 | an | Dtschld (Arb.St.) |
| - | 2 | - | RAM |
| - | 3 | - | St.S. |
| - | 4 | - | BRAM |
| - | 5 | - | Leiter Abt.Pol. |
| - | 6 | - | Abt. Pers. |
| - | 7 | - | Abt. Presse |
| - | 8 | - | Abt. Dtschld. |
| - | 9 | - | Dg.Pol. |
| - | 10 | - | Länd. Ref. |
| - | 11 | - | Ges. von Grundherr |

220.

Telegram fra Renthe-Fink ang. Frits Clausens klage over hjemsendelse af SS-frivillige.

26. marts 1942.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 26. Marts 1942 — 21.50 Uhr
Ankunft: — 26. — 1942 — 22.20 Uhr

Nr. 433 v. 26.3.

Parteführer Dr. Clausen hat mir mitgeteilt, dass 37 Freiwillige der Waffen SS und Freikorps Dänemark wegen Vorstrafen oder sonstiger Untauglichkeit nach Dänemark zurückgeschickt und bereits hier eingetroffen seien. Mit Rücksendung weiterer 70 Mann sei zu rechnen, Clausen erklärte, dass Zurücksendung kassierter Freiwilliger nicht nur das Ansehen seiner Partei, sondern für geplante Werbung neuer Freiwilliger sehr schädlich sei, da wahrscheinlich nach Dänemark zurückgekehrte kassierte Leute nicht wahren Grund ihres Ausscheidens aus der SS mitteilen, sondern Erklärungen geben würden, die geeignet sein könnten, ein abträgliches Bild von den Verhältnissen zu erzeugen. Clausen machte Vorschlag, die aus der SS ausgeschiedenen Leute nach Möglichkeit in Deutschland zu beschäftigen und vielleicht in Organisation Todt oder für ähnliche Aufgaben einzusetzen.

Rücksendung unbrauchbarer SS-Freiwilliger gerade zum Zeitpunkt des Beginns kommender Werbung halte auch ich für schädlich und hätte vorherige Unterrichtung über diese Absicht für erwünscht gehalten.

König sagte mir bei kürzlicher Audienz, er habe Nachricht, dass aus SS und Freikorps 200 Kommunisten hätten entlassen werden müssen.

Was Wechsel im Kommando Freikorps Dänemark betrifft, von dem mir Clausen ebenfalls Kenntnis gab, so ist nähere Unterrichtung über Vorgang erwünscht, da Ausscheiden Kryssings aus Führung Freikorps inzwischen in dänischer Öffentlichkeit bekannt geworden ist und zu Gerüchtebildung Anlass gegeben hat.

Drahtweisung erbeten.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

- Nr. 1 an Partei (Arb. St.)
- Nr. 2 an R.A.M.
- Nr. 3 an St. S.

- Nr. 5 an B.R.A.M.
 - Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.
 - Nr. 7 an — — Recht.
 - Nr. 8 an — — Pers.
 - Nr. 9 an — — Ha. Pol.
 - Nr. 10 an — — Kult.
 - Nr. 11 an — — Presse
 - Nr. 12 an — — Prot.
 - Nr. 13 an — — Dtschld.
 - Nr. 14 an — — Ru.
 - Nr. 15 an Dg. Pol.
- Dies ist Nr. 3.

221.

**Brev fra presseattaché Gustav Meissner til understatssekretær
Martin Luther ang. hans forhold til Frits Clausen.**

22. april 1942.

Kopenhagen, den 22. April 1942.

Sehr geehrter Parteigenosse Luther!

.....

Ich freue mich, dass in den letzten drei Monaten von mir ein sehr herzliches Verhältnis zu Clausen ausgebaut werden konnte, und dass es mir auch gelungen ist, auf Grund des zwischen uns bestehenden Vertrauens in der richtigen Form der Partei viele neue Impulse zu geben. Ich habe nach und nach wieder alle Angelegenheiten der Partei völlig auf mich konzentrieren können und mir dadurch ein ruhigeres und zielbewussteres Arbeiten ermöglicht. Am 26. d. M. wird Clausen eine grosse Rede in Kopenhagen halten, von der ich mit einem Bericht die Übersetzung einschicken werde, weil ich glaube, dass diese Rede wesentlich die Frucht meines Einflusses sein wird. Obwohl die Stimmung in Dänemark noch immer ungeklärt und sehr verhalten ist, ist es der Partei in den letzten Monaten gelungen, sich sehr viel mehr zu festigen. Wenn ich die Verhältnissse in Norwegen, Holland usw. betrachte, glaube ich auch unbedingt, dass der Weg, den wir in Dänemark gegangen sind, vielleicht doch der geeignetste gewesen ist. Wir haben unsere Blume im Treibhaus gelassen, während die anderen sie vorzeitig in Wind und Sturm hinausbrachten.

.....

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

Meissner.

222.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale med general Lüdke om frikorps-
soldaternes deltagelse i politiske møder.**

29. april 1942.

Telegramm

(G.Schreiber)

Kopenhagen, den 29. April 1942, 20,50 Uhr.

Ankunft: — 29. — — 22,25 Uhr.

Nr. 614 vom 29.4.

Am Sonntag veranstalteten dänische Nationalsozialisten nach längerer Pause Grosskundgebung in Kopenhagen. Der 5 000 Personen fassende Saal war bis auf letzten Platz gefüllt. Auf Versammlung behandelte Parteiführer Dr. Clausen in 1½ stündiger Rede alle für Dänemark wichtigen Probleme und legte Standpunkt nationalsozialistischer Partei besonders zu aussenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen dar. Rede

Clausens, die mit Schriftbericht folgt, war sehr sachlich gehalten und im Gegensatz zu seinen früheren Reden darauf abgestellt, die ausserhalb dänischer nationalsozialistischer Partei stehenden deutschfreundlichen Kreise anzusprechen und als Ziel weiterer Arbeit der Partei hinzustellen, entscheidende grosse Teile dänischen Volkes für Zusammengehen mit Nationalsozialisten zu gewinnen, um neuer Zeit in Dänemark Weg zu bereiten.

Versammlung erhielt besonderen Charakter durch Anwesenheit neuen Kommandeurs Freikorps Dänemark, Sturmbannführer Schalburg, der mit einer Gruppe von 28 Freikorpsangehörigen in Uniform erschienen war. Dieser sprach, von Beifallskundgebungen immer wieder unterbrochen, nach Clausen. Er gab eindruckvolles Bild vom Einsatz und von Bewährung dänischer Freiwilliger an Ostfront sowie von Aufgabe Dänemarks im Kampf um Befreiung Europas vom Bolschewismus. Seine Rede gipfelte in Aufruf, im verstärkten Masse dänische Freiwillige für Ostfront zu stellen.

Grosskundgebung der dänischen Nationalsozialisten hat reibungslosen Verlauf genommen und ist eine der eindruckvollsten Veranstaltungen gewesen, die dänische nationalsozialistische Partei bisher veranstaltet hat.

Nach Abschluss Veranstaltung marschierten dänische Freikorpsangehörige geschlossen zurück. Auf Marsch, der fast durch ganz Kopenhagen führte, hatten sich rund 100 Versammlungsteilnehmer Freikorpsangehörigen angeschlossen. Dänische Polizei, mit der wir vorher Fühlung genommen hatten, hatte durch starkes Aufgebot Strassen, die durch Marsch berührt wurden, gesichert und dafür Vorsorge getroffen, dass ernste Zwischenfälle und Zusammenstösse verhindert wurden. Eine Person, die gegen einen Freiwilligen tätlich wurde und ihn verletzte, wurde am nächsten Tage dingfest gemacht und sieht ihrer Aburteilung entgegen.

Da Freiwillige während ihres Aufenthaltes in Dänemark als Wehrmachtsangehörige Befehlshaber deutscher Truppen unterstehen, und dieser insbesondere Teilnahme von Wehrmachtsangehörigen an dänischen politischen Versammlungen verboten hat, war es notwendig, dass Befehlshaber Anwesenheit Freiwilliger auf Kundgebung durch besonderen Befehl genehmigte. Diese Genehmigung ist auf unsere Veranlassung erteilt worden. Befehlshaber hat mir aber heute mitgeteilt, dass er mit Auftreten Freiwilliger nicht einverstanden sein könne, da sie sozusagen als Parteitruppe dänischer Nationalsozialisten auftreten. Das müsse zu Konflikten führen, die er mit Rücksicht auf die militärische Lage und die ihm anvertrauten militärischen Interessen vermieden zu sehen wünsche. Befehlshaber hat Kommandeur Freikorps zu morgen zu sich befohlen, um mit ihm Verhalten dänischer Freiwilliger zu besprechen.

Weiterer Bericht vorbehalten.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Dtschld.(Arb.St)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St S

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt.Pol.

Nr. 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers

Nr. 9 an — — Ha.Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg.Pol.

Dies ist Nr. 3

223.

Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale med udenrigsminister Scavenius om statsminister Staunings sygdom.

1. maj 1942.

Telegramm

(G.Schreiber.)

Kopenhagen, den 1. Mai 1942 23,00 Uhr
Ankunft: den 1. Mai 1942 23,50 Uhr

Nr. 629 vom 1.5. CITO!

Im Anschluss an Schriftberichte T[a]g[e]b[uch] Nr. 229/42 vom 27. März u. Nr. 243/42 vom 5. April.

Aussenminister Scavenius suchte mich heute Abend auf, um mir mitzuteilen, dass sich Staatsminister Staunings Zustand besorgniserregend verschlimmert habe und dass daher Bestellung Vertreters notwendig geworden sei. In Aussicht genommen sei Finanzminister Buhl, der bereits bisher die Geschäfte des Staatsministers wahrgenommen habe. Ernennung neuen Staatsministers werde erst nach Ableben Staunings erfolgen.

Ich sagte Scavenius, dass mir die Bestellung des Vertreters nur dann von politischem Interesse schiene, wenn dadurch die Ernennung des neuen Staatsministers präjudiziert würde. Finanzminister Buhl habe sich bisher nicht durch besonderen politischen Weitblick ausgezeichnet. Beim Antikominternpakt habe er zur Gruppe der Minister gehört, die sich gegen den Beitritt gestemmt hätten. Man müsse sich deshalb fragen, ob er als Staatsminister einsichtig genug sein würde, den Notwendigkeiten der Zeit und der deutsch-dänischen Zusammenarbeit auch in schwierigen Fragen Rechnung zu tragen. Ich nehme an, dass er — Scavenius — der als Aussenminister in erster Linie interessiert sei, sich bereits darüber Gedanken gemacht habe.

Scavenius erwiderte, dass Buhl bisher reiner Fachmann gewesen sei. Wie er sich als Staatsminister entwickeln würde, sei schwer zu übersehen. Den Parteien der Sammlungsregierung und den verschiedenen Richtungen in der sozialdemokratischen Partei sei Buhl genehm, weil er sich nie agitatorisch betätigt habe. Bei Ableben Staunings würde das Kabinett demissionieren und der König einen neuen Mann mit der Regierungsbildung betreuen wahrscheinlich Buhl. Dieser würde sich an seine alten Kollegen wenden, und dann sei für ihn — Scavenius — der Zeitpunkt gekommen, Bedingungen zu stellen und sich dadurch ein klares Bild von Buhl's Einstellung zu verschaffen.

Ich habe in dem Gespräch mit Scavenius ureigenes dänisches Interesse, nur einen Mann zum Staatsminister zu machen, der ebenso viel Verständnis wie Energie für enge Zusammenarbeit mit Deutschland aufbringt, nachdrücklich betont. Ich bin überzeugt, dass Scavenius mich verstanden hat, und meine Äusserungen im Kabinett entsprechend verwerten wird.

Renthe-Fink.

*Hergestellt in 15 Stück
Davon sind gegangen:*

Nr. 1 an Pol VI (Arb.St.)
Nr. 2 an R.A.M.
Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.
Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.
Nr. 7 an — — Recht
Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha.Pol.
 Nr. 10 an — — Kult.
 Nr. 11 an — — Presse
 Nr. 12 an — — Prot.
 Nr. 13 an — — Dtschld.
 Nr. 14 an — — Ru.
 Nr. 15 an Dg.Pol.
 Dies ist Nr. 3.

224.

Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale mellem udenrigsminister Scavenius og finansminister Buhl.

2. maj 1942.

Telegramm
 (G-Schreiber)

Kopenhagen, den 2. Mai 1942 — 19.45 Uhr
 Ankomst: — 2. — — — 20.20 Uhr

Nr. 633 vom 2.5.42. *CITISSIME!*

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 629*) vom 1. Mai 1942.

Aussenminister Scavenius suchte mich heute nachmittag erneut auf, um mir vertraulich mitzuteilen, dass er lange und eingehende Aussprache mit Finanzminister Buhl, dem neu-ernannten stellvertretenden Staatsminister, gehabt habe. Er sei mit Buhl alle politisch wichtigen Fragen durchgegangen und habe feststellen können, dass Buhl volles Verständnis für seine — Scavenius — Auffassung gezeigt habe und mit ihm in allen Punkten einig gewesen sei. Buhl sehe heute ein, dass seine ablehnende Haltung in Frage Beitritt Dänemarks zum Antikominternpakt politisch falsch war und habe Scavenius zugestimmt, dass dänische Regierung in allen auftauchenden Fragen Verständigung mit Deutschland suchen müsse. Buhl sei sich bewusst, dass es zu seinen Hauptaufgaben gehören würde, sich für eine positive Zusammenarbeit mit Deutschland einzusetzen und alle deutschfeindlichen Strömungen zu bekämpfen. — Scavenius bemerkte, er sei zur Ansicht gelangt, dass es unter heutigen Verhältnissen am besten wäre, wenn Buhl Staatsminister würde, zumal Nationalbankdirektor Bramsnaes nicht wolle, und Sozialminister Kjaerbel nur annehmen würde, wenn er, was nicht zu erwarten sei, Zustimmung aller Parteien erhielte, auch Oberbürgermeister von Kopenhagen käme nicht in Frage. Um Kontinuität dänischer Politik zu unterstreichen, werde z. Zt. erwogen, entgegen sonstigen Gepflogenheiten von Demission Kabinetts abzu- sehen und nur Staatsminister-Posten wiederzubesetzen. — Habe Scavenius gegenüber erneut betont, Nachfolger Staunings werde durch die Tat zu beweisen haben, dass er aufrichtig bestrebt sei, loyale und enge Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland zu führen.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 15 Stück
Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI (Arb.St.)
 Nr. 2 an R.A.M.
 Nr. 3 an St.S.

*) bei Pol VI

Nr. 5 an B.R.A.M.
 Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.
 Nr. 7 an — — Recht
 Nr. 8 an — — Pers.
 Nr. 9 an — — Ha. Pol.
 Nr. 10 an — — Kult.
 Nr. 11 an — — Presse
 Nr. 12 an — — Prot.
 Nr. 13 an — — Dtschld.
 Nr. 14 an — — Ru.
 Nr. 15 an Dg.Pol.
 Dies ist Nr. 3.

225.

Telegram fra Renthe-Fink ang. statsminister Staunings død.

3. maj 1942.

Telegramm

(G.Schreiber.)

Kopenhagen, den 3. Mai 1942 14,00 Uhr
 Ankunft: den 3. Mai 1942 14,40 Uhr

Nr. 634 vom 3.5. CITISSIME!

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 633*) vom 2. Mai.

1. Staatsminister Stauning heute Vormittag verstorben. Aussenminister sagte mir, dass voraussichtlich morgen Vormittag 11 Uhr Ministerrat bzw. Staatsrat stattfindende, um Nachfolger Staunings zu bestimmen. Da so gut wie feststehend ist, dass Nachfolger aus Reihen Sozialdemokratie genommen werden wird, sind bisher Namen Finanzministers Buhl, Sozialministers Kjaerboel und Kopenhagener Oberbürgermeisters Christensen in engere Diskussion, wobei Buhl, wie aus gestriger Mitteilung Aussenministers hervorgeht, die grössten Aussichten hat.

2. Für Kommentare zum Ableben Staunings in deutscher Presse wäre reale und nüchterne politische Einstellung verstorbenen Staatsministers hervorzuheben. Der rechtzeitig enge Verbundenheit Dänemarks mit europäischem Kontinent und Deutschland erkannte und diese Einsicht nicht nur 1937 in Lund, wo er Gedanken nordischen Verteidigungsbündnisses mit Worten „Dänemark wolle nicht Kettenhund des Nordens sein“ zurückwies, vertrat, sondern ihn 1939 durch Abschluss Nichtangriffspaktes mit Deutschland, sein Verhalten am 9. April 1940 und später durch Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Dänemark und Sowjetunion sowie durch Beitritt Dänemarks zum Antikominternpakt logisch fortsetzte. Verlust Islands, Faroer und Grönlands durch Besetzung angelsächsischer Mächte ist Stauning sehr nahegegangen, wobei sich Besorgnis um Zukunft dieser dänischen Besitzungen in Politik Staatsministers stets nachdrücklich äusserte. Frühzeitige Erkenntnis Stauning für Notwendigkeit planwirtschaftlicher Ordnung machte ihn trotz seiner ideenmässigen Verbundenheit mit alten demokratischen Gedankengängen für kom-

*) bei Pol VI

mende europäische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet aufgeschlossen. Bei grosser Popularität und gesundem politischen Instinkt Staunings, der zentrale Figur gegenwärtigen Regimes war, tritt Nachfolger schwere Aufgabe an.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 21 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI (Arb.St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — - Recht

Nr. 8 an — - Pers.

Nr. 9 an — - Ha Pol.

Nr. 10 an — - Kult

Nr. 11 an — - Presse

Nr. 12 an — - Prot.

Nr. 13 an — - Dtschld.

Nr. 14 an — - Ru.

Nr. 15 an Dg.Pol.

Nr. 16 an Dg.Ha.Pol.

Nr. 17 an Dg.R.

Nr. 18 an Dg.Kult.

Nr. 19 an Dg.Ru.

Nr. 20 an pers. Stab (Hewel)

Nr. 21 an Länd. Ref.

Dies ist Nr. 3.

226.

Notits ang. samtale med legationsråd F. Hvass om statsminister Buhls regeringserklæring.

4. maj 1942.

Vermerk

Im Auftrag des Herrn Gesandten von Renthe-Fink sagte ich heute morgen Legationsraad Hvass, dass es erwünscht sei, wenn die Regierungserklärung des stellv. Staatsministers *Buhl* u. a. folgende Punkte enthielte:

- 1) Die Regierungserklärung solle keinesfalls weniger enthalten als die früheren Regierungserklärungen Staunings.
- 2) In der Regierungserklärung solle die moralische Solidarität Dänemarks mit Deutschland im Kampf gegen die Sowjetunion betont werden.
- 3) Herr Buhl, der s[einer] Z[eit] eine ablehnende Stellungnahme gegen den Antikominternpakt eingenommen habe, soll in der Regierungserklärung für den Antikominternpakt eintreten.
- 4) In der Regierungserklärung soll die positive Zusammenarbeit Dänemarks mit Deutschland herausgestellt werden.
- 5) Herr Buhl solle in der Regierungserklärung sich für eine Bekämpfung deutschfeindlicher Bestrebungen in Dänemark einsetzen.

6) Herr Buhl solle in der Regierungserklärung das dänische Interesse an Grönland, Island, den Faeroern bekunden.

7) Herr Buhl solle der Erklärung eine persönliche Note geben.¹⁾

Herr Hvass erwiderte, dass nach seiner Kenntnis der Dinge sämtliche Punkte bereits berücksichtigt seien, bis auf Punkt 6. Es sei auch schwierig, Island zu erwähnen, da Island ein souveräner Staat sei. Ich erklärte demgegenüber, dass der verstorbene Staatsminister Stauning s. Zt. gerade eine besonders gute Erklärung über Island abgegeben habe, und dass es deshalb wohl möglich sein dürfte, eine ähnliche Formulierung zu finden.²⁾

Was die persönliche Note anbetreffe, so glaube er, Hvass, sagen zu können, dass dieser Wunsch durchaus berücksichtigt werde.

Kopenhagen, den 4. Mai 1942.

¹⁾ Hertil er med håndskrift tilføjet: „nicht nur rein formell die Erklärungen Staunings wiederholen“.

²⁾ Hertil er med håndskrift tilføjet: „Hr. Hvass sagte (ulæseligt ord) zu“.

227.

Skrivelse fra general Lüdke til Oberkommando des Heeres ang. Frikorps Danmark.

6. maj 1942.

Geheim.

**DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK**

H.Qu., den 6. Mai 1942.

Abt. Ic 650/42 geh.

*An das
Oberkommando des Heeres
Chef H Rüst u. BdE/Stab
Berlin.*

Etwa 30 Angehörige des Freikorps Dänemark unter Führung des Kommandeurs des Freikorps, Sturmbannführer von Schalburg, sind zu Propagandazwecken nach Dänemark geschickt worden. Dem Bef. Dänemark ist davon und über Dauer und Zweck des Aufenthaltes dieser Abteilung des Freikorps Dänemark nichts mitgeteilt worden. Auch hat keine Meldung beim Standortältesten über Eintreffen und Aufenthalt stattgefunden. Eben- sowenig ist der Befehlshaber über geplante Veranstaltungen unterrichtet worden. Es erfolgte lediglich seitens des Beauftragten für die innere Verwaltung beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches am 24.4.42 an den Befehlshaber ein Anruf mit der Bitte, dass an einer Versammlung der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei (DNSAP) ausnahmsweise einige Angehörige des Freikorps und des SS-Ergänzungsamtes am Sonntag, den 26.4.42, teilnehmen durften, da auf dieser Versammlung der Kommandeur des Freikorps Dänemark sprechen sollte. Der Bitte des Bevollmächtigten wurde entsprochen.

Nach der Versammlung hat sich, veranlasst durch die Partei, ein *Demonstrationszug* von Versammlungsteilnehmern gebildet, bei dem die Angehörigen des Freikorps Dänemark gegen die mit der dänischen Polizei getroffenen Abmachungen am Anfang und Schluss des Zuges marschieren. In dem Zug wurden 7 Fahnen gezeigt. Die dänische Polizei, die den Demonstrationszug zerstreuen wollte, da jegliche Strassendemonstrationen in Dänemark verboten sind, wurde durch Angehörige des Freikorps in begleitenden Kraftwagen, auf deren Trittbretter sie sich gestellt hatten, gehindert. Weiterhin haben sich Angehörige des Freikorps bei Demonstrationen nach Auflösen des Zuges polizeiliche Gewalt angemasst, sind u.a. auch bei Nachsuche nach einem Mulatten, der angeblich einen Angehörigen des Freikorps tödlich angegriffen und mit einem Messer verletzt haben sollte, in seine Wohnung

eingebrochen und haben ihn schliesslich an drittem Orte ergriffen und in Verwahrsam genommen.

Der Überfall des Mulatten auf einen Angehörigen des Freikorps hat überhaupt nie stattgefunden, sondern ist lediglich *fingiert* worden. Die Beschädigungen an der Uniform des angeblich Überfallenen und auch der leichte Hautritz sind dem Betreffenden durch Angehörige der DNSAP beigebracht worden, um den Überfall vorzutäuschen. Die Angehörigen des Freikorps Dänemark haben sich zu parteipolitischen Zwecken der DNSAP — wahrscheinlich unbeabsichtigt — gebrauchen lassen. *Den dänischen Nationalsozialisten lag daran, Zwischenfälle zu konstruieren, um ihre eigenen Parteiinteressen vorwärtszutreiben und ein falsches Bild von den dänischen politischen Verhältnissen in Deutschland zu erzeugen.* Zu den Provokationen sind die Angehörigen des Freikorps durch Parteimitglieder angestiftet worden. Während sich die dänischen Nationalsozialisten vor einiger Zeit darüber beklagten, dass die dänische Polizei sie nicht genügend schütze, haben sie jetzt, wo die Polizei mit besonderer Sorgfalt den Schutz übernommen hatte, absichtlich die Männer des Freikorps zur Veranlassung von Zwischenfällen getrieben, die so weit gingen, dass sie sich polizeiliche Gewalt anmassten und auch vom Gummiknüppel Gebrauch machten.

Auch in Viborg und Aarhus haben sich Zwischenfälle durch Angehörige des Freikorps Dänemark ereignet, die aber nicht besonders schwerer Natur gewesen sind: In Viborg zogen 3 Angehörige des Freikorps in deutscher Wehrmachtsuniform mit Werbeplakaten für das Freikorps durch die Stadt. Durch Eingriff des Standortältesten wurde diesem unwürdigen Zustand schnell ein Ende bereitet.

Die unteren Polizeiorgane sind durch das Auftreten der Freikorpsangehörigen, besonders bei dem Demonstrationszug am Sonntag, den 26.4.42, in eine schwierige Lage geraten und wussten nicht, wie sie sich verhalten sollten, da sie der Auffassung sein mussten, dass die Demonstration durch deutsche Wehrmacht geschützt sei, und sie Zusammenstösse mit der Wehrmacht unter allen Umständen vermeiden wollten. Ebenso haben sich in der Bevölkerung falsche Ansichten gebildet in der Richtung, dass die deutsche Wehrmacht sich schützend vor verbotene Handlungen einer politischen Partei stellt.

Die ganze Art der sogenannten „Propaganda“ für das Freikorps Dänemark hat gerade das *Gegenteil* von dem gedachten Zweck erreicht.

Ich habe mir den Kommandeur des Freikorps, der an sich einen guten Eindruck gemacht hat und sicher vom besten Willen beseelt ist, bestellt und ihn auf das unrichtige Auftreten seiner Leute hingewiesen, das zu einer Beunruhigung hier im Lande geführt hat. Auch habe ich ihn darauf aufmerksam gemacht, dass in Zukunft Formationen des Freikorps, die sich dienstlich hier befinden, oder Angehörige des Freikorps auf Urlaub sich bei den Wehrmachtstandortältesten zu melden hätten.

Bei dieser Gelegenheit darf auch darauf hingewiesen werden, dass die DNSAP hierzulande bis jetzt nur einen ganz geringen Teil der dänischen Bevölkerung zu Anhängern hat, von fragwürdigen Elementen durchsetzt ist und noch keinen Anspruch darauf erheben kann, eine führende Rolle in der Politik zu spielen und Beachtung zu finden. Ihre Verdienste um die Werbung für das dänische Freikorps werden nicht verkannt, dürfen aber kein Freibrief für Handlungen gegen Gesetz und Ordnung sein.

Ich bitte, dahin wirken zu wollen, dass, wenn weitere derartige Vorhaben geplant sind, vorher mit mir Fühlung genommen wird, damit vorbeugende Massnahmen getroffen werden können, die einen ruhigen Ablauf der geplanten Veranstaltungen gewährleisten. *Vor allen Dingen liegt mir daran, es zu vermeiden, dass Männer in deutschen Uniformen zu dänischen innerpolitischen und Parteizwecken so ausgenutzt werden, dass in der Bevölkerung falsche Ansichten über die deutsche Wehrmacht entstehen.* Ich kann das Hervorrufen von Unruhe und Misstimmung durch Männer in Wehrmachtsuniform, sowie ein Eingreifen in die Befugnisse der Polizei aus *Gründen der Landesverteidigung* in Zukunft keinesfalls zulassen. Bei dem ausserordentlich geringen Bestand an kampfkraftigen Truppen ist die dänische Polizei, die sich in der Zusammenarbeit mit der Wehrmacht bisher als absolut loyal erwiesen hat, ein Instrument, dessen Mitwirkung nicht nur jetzt, z.B. bei der Ergreifung von gelandeten Fallschirm- und anderen Agenten, von entscheidender Bedeutung ist, sondern vor allem dann, wenn es sich um Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei etwaigen Aktionen der Engländer gegen Dänemark, sei es durch Fallschirmjäger oder Landung, handeln sollte.

228.

**Brev fra presseattaché Gustav Meissner til understatssekretær Martin Luther
ang. konflikt med Renthe-Fink om DNSAP.**

7. maj 1942.

Persönlich!

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen, den 7. Mai 1942.

Der Presseattaché

*Herrn Unterstaatssekretär Martin Luther,
Auswärtiges Amt, Berlin.*

Sehr geehrter Parteigenosse Luther!

Wegen der verhinderten Reise und auch wegen eines Zwischenfalls mit SS-Freiwilligen, wo angeblich einer von diesen zu unrecht behauptet haben soll, von einem Neger niedergestochen worden zu sein, war Clausen heute beim Gesandten. Ich war nur bei dem ersten Teil des Gespräches zugegen, während der letzte Teil zwischen dem Gesandten und Clausen allein geführt worden ist. Clausen hat mir nachher aber erzählt, worüber gesprochen worden ist. Er hat von sich aus dem Gesandten gegenüber darauf hingewiesen, in welcher schlechten Situation sich die Partei auf Grund der latenten deutschen Politik befinde. Der General habe nun den Freiwilligen, die auf Werbeversammlungen sprechen sollen, verboten, Uniform zu tragen, und es sei so vieles andere, was langsam aber sicher eine Verstimmung der Parteigenossen gegen die deutsche Seite hervorrufe. Die Werbung von Freiwilligen stehe bisher in keinem günstigen Zeichen. Wenn es das deutsche Interesse sei, die Politik wie bisher in Dänemark fortsetzen zu müssen, könne er, Clausen, natürlich gar nichts dagegen einwenden und wolle dieses auch nicht tun. Aber er wolle doch seinerseits dem Gesandten den Vorschlag machen, dass er sich an der Spitze einer grossen Anzahl seiner Parteigenossen freiwillig zur Front melde, weil doch dort die Entscheidung ausgekämpft würde, und er auch glaube, dass dieses für das Ansehen seiner Partei das geeignete wäre, um die nationalsozialistische Idee in Dänemark zu beleben. Natürlich solle die Parteiarbeit nicht eingestellt werden, sondern er würde einen geeigneten Vertreter bestallen, der die Verantwortung für die Arbeit in Dänemark übernimmt.

Der Gesandte hat auf Anfrage Clausens, ob er nicht hierzu die Meinung der Berliner Stellen erfragen wolle, geäussert, dass er dieses nicht für nützlich halte und hat hinzugefügt, dass er Clausen warnen möchte, etwaige eigene Wege zu gehen. Er könne nur mit ihm, dem Gesandten, politisch etwas erreichen. In diesem Zusammenhange wolle er auch vor Meissner, der etwas impulsiv sei, warnen. Im gleichen Zusammenhang wies dann der Gesandte darauf hin, dass Kanstein ein für die Partei geeigneter sehr ruhiger und besonnener Mann sei. Soweit das Gespräch, das nun doch die Tatsache (nach der Information von Clausen) enthält, dass der Gesandte einen seiner Beamten vor dem dänischen Parteiführer Clausen desavouiert. Clausen hat mir die Sache zwar nur anvertraut, weil er nicht gern als Zwischenträger in Erscheinung treten will; aber ich sehe es trotzdem für meine Pflicht an, dieses Ihnen zur Kenntnis zu geben, da es unter diesen Bedingungen mir natürlich sehr schwer fällt, auf gesunder Vertrauensgrundlage innerhalb der Gesandtschaft zu arbeiten. Bisher habe ich sowohl auf dem Gebiet der Pressearbeit als auch auf dem Gebiet der Parteiarbeit ohne einen Tag Ferien während meiner ganzen Kopenhagener Zeit bis in die Nächte gearbeitet und m. E. keineswegs ungesunde Grundlagen geschaffen. Mit der Partei hat die Gesandtschaft erst im Juli 1940 Fühlung bekommen. Vorher hat Clausen nicht nur nicht den Gesandten sondern auch keinen anderen Beamten der Gesandtschaft gekannt. Wenn heute die Partei so stark steht, wie es aus den Kundgebungen im ganzen Lande ersichtlich ist, so ist dieses wenigstens zu einem gewissen Grade Frucht meiner Arbeit. Ich habe der Partei zwei Tageszeitungen und verschiedene Zeitschriften für ihre Propaganda geschaffen und habe gerade die Gründung einer grossen Wirtschaftszeitung unter

Beteiligung dänischen Kapitals unter Dach gebracht, sodass ich auf jeden Fall behaupten kann, dass mein Einsatz in Dänemark zu sehen ist. Darum weiss ich nicht, womit ich mir verdient habe, in einer derartigen Form vom Gesandten der Partei gegenüber desavouiert zu werden. Was ich zu kritisieren habe, habe ich bisher dem Gesandten immer persönlich gesagt. Es ist eine Streitfrage, ob ein Zentner Butter mehr ist als das deutsche Ansehen, oder ob es umgekehrt ist. Beides kann seine Berechtigung haben. Ich glaube aber doch, dass das deutsche Ansehen nicht durch zu grosse Nachgiebigkeit herabgemindert werden darf.

Ich würde es daher begrüßen, wenn die unerquickliche Luft hier in Kopenhagen einmal durch klare Weisungen gereinigt werden könnte. So, wie es jetzt läuft, geht es auf die Dauer nicht weiter; aber vielleicht habe ich einmal Gelegenheit, Ihnen mündlich meine Ansichten zu unterbreiten.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener

Meissner.¹⁾

¹⁾ Dokumentet er med håndskrift påført følgende notits:

„Leg[at]ionsrat Rademacher
bitte R[ademacher] fr[agen] wird notwendig sein, dass der persönlich in Kopenhagen Klarheit über
das Gespräch mit Clausen schaffen. Lu[ther] 11/5. Erledigt“.

229.

Memorandum af Renthe-Fink ang. de af den danske regering siden 9. april 1940 opfyldte tyske ønsker.

11. maj 1942.

Abschrift Pol VI 6175 g

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen, den 11. Mai 1942.

Tgb.Nr.57/42 II

1 Anlage.

An
das Auswärtige Amt, Berlin.

In Ergänzung des Politischen Jahresberichts Nr. 57/42 vom 28.3.1942 lege ich in der Anlage mit der Bitte um strengst vertrauliche Behandlung eine *geheime* Zusammenstellung der von der dänischen Regierung seit dem 9. April 1940 erfüllten wesentlichen deutschen Wünsche auf militärischem, aussen- und innenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet vor.

gez. v. Renthe-Fink.

Abschrift zu Pol VI 6175 g

Zusammenstellung der von der dänischen Regierung seit dem 9. April 1940 erfüllten wesentlichen deutschen Wünsche auf militärischem, aussen- und innenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet

I. Auf militärischem Gebiet:

Die dänische Regierung hat nach der Besetzung am 9. April 1940 die sich aus unserem Memorandum vom 9. April 1940 ergebenden Verpflichtungen unverzüglich und loyal erfüllt:

1. Sie hat auf Grund des Memorandums
 - a) die militärischen Einrichtungen und Anlagen, die von den deutschen Truppen zur Sicherung Dänemarks gegen einen äusseren Feind benötigt werden, insbesondere die Anlagen der Küstenverteidigung, überlassen;
 - b) die Demobilmachung der dänischen Wehrmacht durchgeführt und das dänische Heer auf etwa 10 % über der normalen Friedens-Winterstärke, sowie auf die Hälfte der normalen Friedens-Sommerstärke herabgesetzt;
 - c) alle infolge der Verminderung der Heeresstärke überzählig gewordenen Waffen nebst Munition, und sämtliche Militärflugzeuge magaziniert. Ein erheblicher Teil dieser Waffen ist unter deutsche Bewachung gestellt worden.
2. Die dänische Regierung hat ferner
 - a) am 25.4.1940 auf unseren Wunsch die dänische Flak-Artillerie und die Küstengeschütze unseren Besatzungstruppen zur Verfügung gestellt, obwohl sie die Auffassung vertrat, dass sie auf Grund der Bestimmungen des Memorandums nicht dazu verpflichtet sei;
 - b) am 6. Mai 1940 2 französische 10,5 cm Batterien und eine französische 15 cm Batterie uns auf Anforderung überlassen.
3. Die dänische Marine hat eingewilligt in
 - a) Überlassung von 40 Stck. 2 cm Flak-Geschützen (Juni 1940);
 - b) Überlassung der 6 neuesten dänischen Torpedoboote, die z.Zt. bei unserer U-Bootsausbildung als Fangboote Verwendung finden, mit gesamter Ausrüstung ausser den Waffen (Anfang 1941);
 - c) Beteiligung am Minensuchdienst in innerdänischen Gewässern, wodurch eigene Streitkräfte freigemacht wurden;
 - d) Gesamte Bedienung der Aussenfeuer und Funkfeuer an der Küste, dadurch starke personelle Entlastung für uns;
 - e) Betonung minenfreier Wege in den Ostseezugängen und den für deutsche Versorgungsschifffahrt wichtigen Nebenfahrwassern. Deutsche Wünsche für Änderung der Betonung werden stets berücksichtigt;
 - f) Minenbeseitigungsdienst in See und an den dänischen Küsten;
 - g) Einrichtung von 70 Luftbeobachtungsstationen an Land und 6 an Bord von Feuerschiffen, deren Meldungen dem deutschen Luftmeldenetz zugeleitet werden;
 - h) Neubau des Richt- und Funkfeuers Mandehoved für die Sperrlücke in der deutschen Minensperre am Südeingang des Sundes (Winter 1940/41);
 - i) Entwicklung eines sehr brauchbaren Minenräumergerätes für Fernzündungsminen und Überlassung der dänischen Patente für den Neubau von 40 derartigen Geräten auf der Werft in Helsingör zur Verwendung in der deutschen Kriegsmarine;
 - k) Überlassung geeigneter Küstenstreifen für
 - a) Abhörerproben deutscher U-Boote bei Bornholm,
 - b) Entwicklungsaufgaben des Sperrversuchskommandos (SKV) und Nachrichtenmittelversuchskommandos (NVK);
 - l) Durchführung des polizeilichen Bewachungsdienstes im gesamten Sund im Einvernehmen mit Abwehrstelle Dänemark;
 - m) Eisbrecherdienste für deutsche Kriegs- und Transportschiffe.

II. Auf dem Gebiet der Aussenpolitik:

A. Massnahmen betr. das allgemeine Verhältnis zu fremden Staaten:

1. Austritt aus dem Völkerbund im Juli 1940 (Bericht Pol 1/200 vom 19.7.40);
2. Beitritt zum Antikominternpakt im November 1941;

3. Abbruch der Beziehungen zu den am 9.4.1940 mit Deutschland im Kriege befindlichen Staaten.
Abtransport der Diplomaten;
4. Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit UdSSR zwei Tage nach Kriegsausbruch.
Regierungserklärung vom 26.6.1941;
5. Schliessung der amerikanischen Konsulate im Juli 1941. (Ausreiseverbot und Sperrung Telefon- und Telegrafenvverkehrs für USA-Staatsangehörige und USA-Gesandtschaftsmitglieder) Regierungserklärung vom 3. Juli 1941;
6. Schliessung der USA-Gesandtschaft und der Vertretungen derjenigen amerikanischen Staaten, die in den Krieg eintraten, bzw. die Beziehungen abbrachen. Abtransport der betreffenden Diplomaten. Erklärung des Aussenministeriums an die Presse vom 24.1.1942. — Abreise der USA-Gesandtschaft und von 3 Mitgliedern des Cubanischen Konsulats am 24.1.1942. Massnahmen gegen USA-Gesandtschaft und USA-Staatsangehörige. Internierung der Staatsangehörigen von Cuba, Santo Domingo, Guatemala, Costa Rica, San Salvador, Peru, Nicaragua und Uruguay;
7. Abtransport der holländischen und belgischen Diplomaten am 4. Juni 1940.
8. Übernahme des jugoslawischen Ehren-Generalkonsulats im Juni 1941.
9. Schliessung der brasilianischen Gesandtschaft und Abtransport der brasilianischen Diplomaten im März 1942.
10. Anerkennung der Chinesischen Nationalregierung. (Kgl. Resolution betr. Anerkennung Nankings und Mandschukuos. Schweden als Schutzmacht für Chungking nicht anerkannt. Collin in Nanking akkreditiert.

B. *Einzelmassnahmen:*

1. Ersetzung des Aussenministers Munch durch Scavenius im Juli 1940.
2. Akkreditierung des Gesandten Mohr in Berlin und Pressburg im Februar 1942.
3. Akkreditierung des dänischen Gesandten in Rom für Kroatien. Anerkennung Kroatiens lt. Kgl. Resolution vom 10. Juli 1941.
4. Protest gegen die Besetzung Islands, Mai 1940.
Protest gegen die Besetzung der Faröerinseln, Mai 1940.
Rede des Staatsministers im Folketing am 4.7.40 betr.
Protest gegen die Besetzung Islands und der Faröerinseln.
5. Protest gegen die Besetzung Grönlands und das Kauffmann-Abkommen vom 9.4.1941.
6. Stauning-Erklärung betr. Island (Loslösung von Dänemark) im August 1941.
7. Massregelung der unbotmässigen dänischen Auslandsvertreter (Kauffmann-Washington, Graf Reventlow-London, Fin Lund-Argentinien, Jørgensen-Mexiko, Fensmark-Iran, Irak).

III. Auf innenpolitischem Gebiet:

A. *Zusammenarbeit mit den dänischen Behörden.*

1. Einführung des Sichtvermerkszwangs auch im Reiseverkehr mit den skandinavischen Ländern und somit für alle Reisen von und nach Dänemark im November 1940. Sichtvermerkserteilung — ausgenommen für Reisen von und nach Deutschland — nur nach vorheriger interner deutscher Zustimmung. Kontrolle des Reiseverkehrs von und nach Schweden durch gemeinsame dänisch-deutsche Grenzpolizei.
2. Erklärung eines Teiles von Jütland zum „Sicherungsgebiet“ aus militärischen Gründen im Oktober 1940 (Abschiebung der feindlichen Staatsangehörigen, der Juden und verdächtiger Personen, Verbot des Wandergewerbes und des

Handels im Umherziehen mit der Möglichkeit von Ausnahmen, Einführung einer Legitimationskarte).

3. Internierung wehrfähiger feindlicher Ausländer und ihre Überführung nach Deutschland, soweit es sich nicht um Personen dänischer Abstammung oder mit dänischen Bindungen (dänische Ehefrau) handelt — seit der Besetzung Dänemarks.
4. Massnahmen gegen den Kommunismus nach Eintritt Kriegszustandes zwischen Deutschland und der Sowjetunion: Festnahme der Sowjetrussen und sonstigen verdächtigen Ausländer, Schliessung der Parteilokale der kommunistischen Partei in ganz Dänemark, Verbot der kommunistischen Presse und Festnahme aller führenden Funktionäre und sonst hervorgetretener Mitglieder. Unterbringung der festgenommenen Personen im Kommunistenlager Horserød. Gesetz vom 22.8.1941 betr. Verbot der kommunistischen Organisationen und der kommunistischen Betätigung sowie die Möglichkeit einer vorbeugenden Verwahrung.
5. Massnahmen gegen Emigranten: Überführung von etwa 200 deutschen politischen Emigranten, die in Deutschland gesucht wurden, nach Deutschland. Einschreiten in Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei gegen deutsche Kommunisten, die sich in Dänemark illegal aufhielten, Mitwirkung bei ihrer Überführung nach Deutschland. Vorübergehende Einrichtung eines Lagers für deutsche Emigranten in Dänemark.
6. Zusammenarbeit der dänischen und deutschen Polizei: Auskunfterteilung, Besuchsaustausch von deutschen und dänischen Polizeiabordnungen.

B. *Einzelmassnahmen:*

1. Massnahmen gegen deutschfeindliche Demonstrationen und gegen das Tragen von Flaggen der Feindmächte: Verordnung vom 9.6.1941, wonach Demonstrationen in Wort oder Tat, die geeignet sind, dem Verhältnis zur deutschen Wehrmacht zu schaden, mit Haft und Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft werden können. Nach Bekanntgabe dieser Verordnung ist das Tragen von ausländischen Flaggen im Strassenbild nicht mehr beobachtet worden.
2. Einführung der deutschen Sommerzeit als bald nach dem Einmarsch der deutschen Truppen und ihre seitherige Beibehaltung.
3. Ausschaltung von Hetzern aus dem öffentlichen Leben.
4. Gesetzgeberische Massnahmen zur restlosen Erfassung aller strafbaren Handlungen, die sich gegen das Deutsche Reich richten mit rückwirkender Kraft aus Anlass eines Spionagefalls (sogen. Lex Örum v. 18.1.1941) mit für Dänemark ungewöhnlich hohen Strafmassen und Generalklausel, wonach Gerüchtemacherei, Wehrmittelbeschädigung, Eintritt in fremde Kriegsdienste und jede gegen deutsche Interessen gerichtete Handlung unter Strafe gestellt wird.
5. Aufhebung des allgemeinen Versammlungs- und Aufmarschverbots, das nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in der Absicht, Spannungen zwischen Bevölkerung und deutscher Wehrmacht zu vermeiden, erlassen worden war, aber die Propagandamöglichkeiten der DNSAP Frits Clausens behinderte.
6. Amnestierung dänischer Nationalsozialisten, die wegen Teilnahme an verbotenen Kundgebungen und tätlichen Auseinandersetzungen mit der dänischen Polizei zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren.
7. Einrichtung eines Lazaretts im Internierungslager für feindliche Wehrmachtsangehörige in Hald bei Viborg.
8. Unterbringung deutscher Wehrmachtsangehöriger in dänischen Krankenhäusern: Abschluss eines Vertrages, wonach sämtliche staatlichen und gemeindlichen Krankenhäuser im Bedarfsfalle verpflichtet sind, Wehrmachtsangehörige auf Einweisungserklärung eines deutschen Truppenarztes in Behandlung zu nehmen; Vereinbarung einheitlicher Sätze für die Verpflegung und die ärztliche Behand-

lung sowie über die Mitwirkung des Truppenarztes und die Herausgabe der Krankenakten nach Abschluss der Behandlung.

9. Vertrag mit der dänischen Ärzteschaft bezüglich der Liquidation für Behandlung deutscher Wehrmachtsangehöriger.
10. Einführung eines Erlaubniszwangs bei Eheschliessungen von Wehrmachtsangehörigen mit Däninnen vor dänischen Standesämtern: die Genehmigung der vorgesetzten deutschen Wehrmachtsdienststelle muss nachgewiesen werden.
11. Gesetz betreffend deutschfeindliche Druckschriften und Mitteilungen vom 22.7.1940, wonach jeder unter Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis gestellt wird, der durch Druckschriften oder auf andere Weise „Mitteilungen veröffentlicht, die geeignet sind, die Interessen des Landes im Verhältnis zum Auslande zu schädigen“.
12. Abkommen mit der dänischen Regierung bezüglich Vergünstigungen für die Schleswigsche Kameradschaft in Nordschleswig (SK), wonach dieser das Recht eingeräumt wurde, bei ihren Veranstaltungen eine Uniform, bestehend aus weissem Hemd, schwarzer Hose und Schulterriemen zu tragen und in dieser Ausrüstung auf Aufmärschen teilzunehmen, Schiessübungen in grösserem Umfange als seither und Geländesportübungen zu veranstalten.
13. Verhinderung der Verbreitung des Hetztextes zu dem Soldatenlied „Lilli Marlen“.
14. Justizministerielles Verbot des deutschgegnnerischen Senders für alle öffentlichen Lokale und Gaststätten.

IV. Auf wirtschaftlichem Gebiet:

A. Landwirtschaft.

Rationierung von Weizenmehl und Weizenbrot (31. August 1940).

Rationierung von Roggenbrot (14. September 1940).

Rationierung von Butter und Margarine (7. November 1940).

Rationierung von Hafer- und Gerstengrütze (30. November 1940).

Lieferung von Lebensmitteln an die deutschen Truppen in Dänemark (laufend seit April 1940).

Lieferung von Fleisch, Butter, Gemüse, Eiern an die deutsche Wehrmacht in Norwegen (laufend seit April 1940).

Lieferung von Lebensmitteln sowie von Sämereien und Saaten nach Deutschland (laufend seit April 1940).

Aufhebung des Preisabschlages für Schweine über 70 kg Schlachtgewicht (Ende Oktober 1941).

Zehnprozentige Senkung der dänischen Butterrations zu Gunsten Finnlands (1. Januar 1942).

Erhöhung der Preise für Exportschweine ab 1. Oktober 1942 (1. April 1942).

Erhöhung der Pferdepreise von durchschnittlich Kr. 2.050 auf Kr. 2.200 bis 26. April 1942 (2. April 1942).

Vorschussweise Lieferung von 30.000 t Roggen Ende 1941 und von 10.000 t Roggen Anfang 1942 nach Norwegen.

Vorschussweise Lieferung von 3.000 t Roggen nach Finnland im Winter 1941/42.

Umstellungsmassnahmen:

- a) Ackerwirtschaft (seit Herbst 1940): Allgemeine Umstellung auf Erzeugung eiweissreicher Futterpflanzen zur Deckung des Eiweissbedarfs und auf Hackfrüchte zur Verwertung in der Schweinemast. Umbruch von unergiebigem Dauerweiden zu Ackerland. Vermehrter Anbau von Öl- und Gespinstpflanzen.
- b) Viehwirtschaft (seit Frühjahr 1941): Anpassung des Viehbestandes an die gegebenen Futterverhältnisse. Vermehrte Anwendung von Silofutter in der Rindviehfütterung. Umstellung der Schweinemast auf die Erzeugung schwerer Schweine. Einschränkung der Hühnerhaltung.

Nach Deutschland gelieferte Lebensmittel (1.1.40 — 31.3.42):

Rindvieh einschl. Nutzvieh.....	722.000 Stück
Schweine	3.624.000 —
Pferde.....	34.200 —
Butter.....	128.200 t
Eier.....	78.000 t
Fische.....	152.500 t

Nach Norwegen, Finnland, Holland und Belgien gelieferte Lebensmittel (1.4.1940 — 31.3.1942):

(In 1000 d Kr.)	Norwegen	Finnland	Holland	Belgien	Insges.	Menge
Lebende Tiere.....	1.988	16	—	—	2.004	—
Fleisch und Fleischwaren ...	18.866	13.699	560	1.955	33.080	—
Butter.....	3.674	15.340	15	342	19.371	3.880 t
Eier.....	3.782	4.606	—	—	8.388	4.200 t
Fische.....	187	400	6.319	1.391	8.497	12.150 t

B. Industrielle und gewerbliche Wirtschaft:

Übernahme von vordringlichen Wehrmachts- und kriegswichtigen zivilen Aufträgen im Werte von rund 500 Millionen d Kr. bei gleichzeitiger Inanspruchnahme (Vorleistung) von wichtigen Rohstoffen, insbesondere von Eisen und anderen Metallen (vorgeleistete dänische Eisenrohrstoffe rd. 40.000 t). (Laufend seit April 1940).

Lieferung von Häuten und Fellen im Werte von 12 Millionen d Kr. (Laufend seit April 1940).

Abgabe von etwa 10.000 Stück neuen Lastkraft- und Personenwagenreifen an Wehrmachtseinheiten (geschätzte Zahl). (Laufend seit 1940).

Abgabe von Flugbenzin und Flugmotorenöl an Wehrmachtseinheiten in Höhe von 1.200.000 l, bzw. 50.000 l. (Laufend seit 1940).

Herstellung von Wehrmachtsbekleidungsstücken aus Leder ohne deutsche Ersatzlieferung im Werte von 6.500.000 d Kr. (September 1940 bis Juni 1941).

Abgabe von rund 500 Stück Lastkraftwagen einschl. Bereifung, obwohl keine eigene Fabrikation im Lande vorhanden ist und Lieferungen aus anderen Ländern nicht erfolgen. (Ende 1940/Anfang 1941).

Abgabe von Bekleidungsstücken für Zwecke der Organisation Todt in Norwegen im Werte von etwa 400.000 d Kr. (Januar 1941).

Lieferung von 150.000 Paar Männerschuhen (Januar 1941).

C. Holzwirtschaft.

Vorschussweise Bereitstellung von rund 180.000 cbm Holz im Werte von ungefähr 16 Millionen d Kr. für Wehrmachtsw Zwecke. (Laufend seit April 1940).

Zusammenarbeit mit den deutschen Dienststellen auf dem Gebiete des Holzhandelsverkehrs mit Schweden und Finnland (Juni 1941).

D. Geldwirtschaft.

Einräumung eines Kredites in dänischen Kronen zur Finanzierung der dänischen Warenlieferungen nach Deutschland im Umfange von 889.061.000 d Kr. nach dem Stand vom 27.4.1942.

Einräumung eines laufenden dänischen Kronenkredites für die deutsche Wehrmacht in Dänemark, derzeit 982.748.000 d Kr. nach dem Stand vom 27.4.1942.

Finanzierung der Lohnüberweisung für die in Deutschland und Norwegen beschäftigten dänischen Arbeitskräfte (Laufend seit April 1940).

E. Preisbildung.

Novellierung des Gesetzes über die Preiskontrolle (November 1941).

F. *Arbeiterwesen.*

Genehmigung der Anwerbung von dänischen Arbeitskräften nach Deutschland (angeworben 106.000, davon 5.900 für Kohlenförderung; gefahren 84.200, davon 4000 für Kohlenförderung). (Laufend seit Mai 1940).

Erhöhung der Lohntransfersätze für Verheiratete um 100 % und für Ledige um 55 % (Oktober 1940).

Genehmigung des geschlossenen Firmeneinsatzes (angeworben und gefahren 78 Firmen mit 8000 Arbeitskräften (laufend seit November 1940).

Genehmigung der Anwerbung von 8000 Arbeitern für die Organisation Todt in Norwegen (seit März 1941).

Genehmigung der Versendung von Standard-Lebensmittelpaketen an die in Deutschland beschäftigten dänischen Arbeitskräfte; ausgedehnt auf Norwegen (Mai 1940, Dezember 1941).

Zurückstellung der im Reich beschäftigten dänischen Arbeiter von der Wehrpflicht in Dänemark (Juni 1941).

Gewährung eines Lohnzuschusses aus dänischen Staatsmitteln zur Förderung der Anwerbung von Untertagearbeitern für den Ruhrkohlenbergbau (Oktober 1941).

G. *Sozialversicherung.*

Genehmigung zur Errichtung einer Krankenkasse bei der Deutschen Arbeitsvermittlungsstelle in Kopenhagen (Dezember 1940).

Genehmigung des Ruhens der Beitragspflicht der in Deutschland beschäftigten Dänen zur Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung während ihres Arbeits-einsatzes im Reich (November/Dezember 1940).

Zustimmung zur Einrichtung eines vertrauensärztlichen Dienstes nach deutschem Muster bei der Krankenkasse in Kopenhagen (Februar 1942).

H. *Statistik.*

Einschränkung der Veröffentlichung von statistischen Angaben über Aussenhandel, Agrar- und Industrieproduktion, Hafenverkehr u.ä. aus wehrwirtschafts-politischen Gründen (seit Herbst 1941).

J. *Schifffahrt.*

1. Den dänischen Schiffen in neutralen Häfen wurde dänischerseits entgegen eigenem Interesse das Liegenbleiben in den Aufliegehäfen befohlen und auf diese Weise bis zur Beschlagnahme der Schiffe, d.i. über ein Jahr lang, rund 500.000 tdw. der Nutzung durch die Feindmächte entzogen.
2. Die dänischen Schiffe im deutschen Machtbereich werden im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Stellen beschäftigt und stehen, soweit die Tonnage nicht für die Versorgung Dänemarks benötigt wird, deutschen Zwecken zur Verfügung.
3. Beim Anlaufen neutraler Häfen durch dänische Schiffe, die sich im feindlichen Machtbereich befinden, haben die dänischen Missionen auf unseren Wunsch alles getan, um noch an Bord befindliche dänische Seeleute von den Schiffen herunterzuholen.
4. Trotz entgegenstehender eigener Interessen haben die dänischen Behörden alles getan, um zu erreichen, dass die dänischen Seeleute bei der zwangsweisen In-fahrtsetzung ihrer beschlagnahmten Schiffe diese verlassen.
5. Verkauf von 3 für eine dänische Reederei fertiggestellten, für Dänemark selbst dringend benötigter Tanker-Neubauten an Deutschland.
6. Uneingeschränkte Zurverfügungstellung der dänischen Werften unter teilweiser Hintansetzung eigener dänischer Neubaupläne für deutsche Handelsschiffs-neubauten und Reparaturen. Vorschussweise Lieferung des hierfür erforderlichen, aus Deutschland nur mit grosser Verzögerung erhältlichen Materials bis zur Räumung der eigenen Läger.

230.

**Brev fra presseattaché Gustav Meissner til understatssekretær Martin Luther
ang. samtale med Renthe-Fink om Frits Clausen.**

12. maj 1942.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen, den 12. Mai 1942.

Der Presseattaché

Herrn Unterstaatssekretär M. Luther!
Auswärtiges Amt, Berlin.

Sehr geehrter Parteigenosse Luther!

Im Nachtrag zu meinem letzten Brief an Sie möchte ich heute einige Zeilen schreiben, ehe ich auf einige Tage in Ferien verschwinde.

Ich habe inzwischen mit dem Herrn Gesandten gesprochen und die allgemeine Lage sondiert. Auf Veranlassung des Befehlshabers hat er ein Telegramm verfasst, in welchem der Aufenthalt des Freikorps in Dänemark kritisch gewürdigt wird. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, dass es taktisch unklug ist, dass das Freikorps sich so stark der Partei verbunden gezeigt hat. Ich habe hierzu geäußert, dass es furchtbar schwer ist, dänischen Nationalsozialisten, die als Freikorpsangehörige in ihre Heimat zurückkommen, davon zu überzeugen, dass sie nun nicht mehr Angehörige der Partei sondern Angehörige der deutschen Wehrmacht seien. Auch stimme ich mit der Auffassung nicht überein, dass die Dekorierung der Freikorps-Angehörigen als Parteiangehörige der Werbung sehr geschadet hat. Kein Mensch in Dänemark ist der Anschauung, dass das Freikorps nicht etwa nationalsozialistisch sei. 80—90 % aller Freiwilligen sind Angehörige der Partei. Auch in der jetzigen Werbung, die zwar nur sehr langsam Resultate aufweist, melden sich lediglich Angehörige der Partei. Aus dem anderen Lager kommt nichts, selbst wenn wir uns programmatisch darauf festlegen würden, dass die Freiwilligen an der Ostfront nichts mit der Partei zu tun hätten. Wir würden höchstens dadurch den Weg zu den letzten Chancen der Werbung verbauen, da dann die Angehörigen der Partei von dem Entschluss, sich freiwillig zu melden, zurückgestossen würden, weil sie uns nicht mehr verstehen.

Der Gesandte sagte mir, dass Clausen ja den Vorschlag gemacht habe, sich selbst an der Spitze einer grossen Zahl seiner Parteigenossen freiwillig für die Front zu melden. Auf diese Angelegenheit möchte ich heute besonders zu sprechen kommen, da ich hierzu gern Ihre Meinung erfahren hätte.

Clausen hat, soweit ich den Gesprächen mit ihm entnehmen konnte, verschiedene Gründe, die ihn auf diesen Gedanken gebracht haben. 1) drückt ihn das dem Reichsführer gegebene Versprechen, im Zuge der jetzigen Werbung 1 000 Freiwillige auf die Beine stellen zu wollen. 2) hat er an den Freiwilligen, die als Urlauber zu Hause gewesen sind, sehen können, welch grosser erzieherischer Faktor der Partei durch den Fronteinsatz gegeben wird. Diejenigen, die an der Front gewesen sind, haben unbedingt einen grossen Vorteil vor denen, die zu Hause die agitatorische Arbeit weiter verrichten. Dieses Verhältnis birgt aber die Gefahr in sich, dass sich später innerhalb der Partei auf Grund der Frage, Frontkämpfer oder nicht Frontkämpfer ein Gegensatz herauschält. Das trifft auch auf die Parteiführung zu. 3) bietet nach Ansicht Clausens die allgemeine Lage in Dänemark der Partei keine effektiven Ansatzmöglichkeiten; man baut sich zwar aus und hat auch einen Mitgliederzuwachs und gut besuchte Versammlungen, aber es fehlt der grosse tragende Impuls, den man solange nicht erzeugen kann, als die deutsche Seite daran interessiert ist, über die Arbeit mit der Sammlungsregierung die für uns wichtige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland sicherzustellen. Dieser Impuls würde nach Auffassung Clausens gegeben sein, wenn er sich an der Spitze einer grossen Zahl seiner Parteigenossen freiwillig meldet. Natürlich soll dadurch die Arbeit der Partei im Lande

selbst nicht eingestellt werden. Clausen denkt vielmehr daran, seinen äusserst tüchtigen Stabsleiter C. O. Jörgensen als Stellvertreter zu ernennen und ihm die Aufgabe zu geben, alles zu tun, um die Partei agitatorisch und organisatorisch weiter zu entwickeln.

Zu diesen Punkten möchte ich in kurzer Zusammenfassung meinen Kommentar geben:

Die allgemeine Wirtschaftslage in Dänemark wird der deutschfreundlichen Seite der Bevölkerung in den nächsten Monaten wenig Auftrieb geben können. Es steht eine Butterrationalisierung unmittelbar vor der Tür. Die Ernteaussichten sind auf Grund der starken Frostschäden schlecht. Wir werden uns freuen, wenn wir ein mässiges Mittel herausarbeiten können. Die Weiden sind durch die harte Winterzeit ausgelaugt und ausgetrocknet. Um das Vieh nicht verhungern zu lassen, wird es heute in steigender Zahl auf dem Markt angeboten. Ich rechne mit einem Auftrieb von 300 000 Stück Vieh. Dieses bedeutet eine wesentliche Reduktion des Bestandes, die sich später zwangsläufig auf die Milch- und Fettproduktion nachteilig auswirken muss. Wie die allgemeine Transportlage ist, ist Ihnen gewiss besser als mir bekannt. Sie wird, soweit ich informiert bin, in den ersten Monaten keine Kohlenzufuhr nach Dänemark zulassen. Später müssten wohl die Dänen selbst Lokomotiven mobilisieren, um noch einiges für den Hausbrand heimzuschaffen. Auch in Bezug auf die übrigen Zufuhren sind starke Abstreichungen zu erwarten. Dieses wird sich seinerseits wieder auf die allgemeine Arbeitslage des Landes auswirken. Die Aussichten sind also nicht günstig und dieses wird wohl auch bei den jetzigen Wirtschaftsverhandlungen in Berlin den Dänen gegenüber zur Sprache gebracht werden müssen. Wie es sich auswirkt, ist noch nicht ganz klar und auch abhängig von der Entwicklung der allgemeinen Lage; aber der deutschfreundliche Teil wird natürlich aus dieser Lage nicht profitieren.

Die Partei hat meiner Ansicht nach heute drei Möglichkeiten. Sie kann einmal die sozialistische Linie immer stärker legen, weil die dänischen Massnahmen der Geldabschöpfung, der Preisbehandlung und Rationierung plutokratisch sind und alle Lasten auf den schwachen Teil der Bevölkerung, nämlich den Arbeiter, abwälzen. Hier besteht die nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsfront), die heute einen Zuwachs von 200—300 Mitgliedern am Tag hat und sich in zwei Monaten auf 6—7 000 Mitglieder heraufgearbeitet hat. Diese Arbeit muss forciert weiterbetrieben werden. Andererseits muss der landwirtschaftliche Sektor intensiv weiter gefördert werden, weil die stabile Preislage für den Bauern auf Grund des Handels mit Deutschland eine freundliche Stimmung beim einzelnen Bauern geschaffen hat. Die Organisation LS wird in diesem Jahre auf 35 000 Mitglieder anwachsen können. Die Tageszeitung „Folket“, die ich für die LS zu schaffen geholfen habe, ist ein grosser Erfolg geworden. Im Juli d. Js. wird sie über 25 000 Leser verfügen und somit die zweit- oder drittgrösste Zeitung ausserhalb Kopenhagens sein. 3) hat die Partei die Möglichkeit, sich stärker in den dänisch-deutschen Wirtschaftsprozess durch Beteiligung an der Auftragsverlagerung usw. einzuschalten. Diese Aufgaben haben wir jetzt in Angriff genommen. Ich habe bereits eine grosse Liste prodeutscher und nationalsozialistischer Firmen zusammengestellt, die künftig von deutscher Seite begünstigt werden sollen. Wenn dieses organisatorisch und praktisch richtig angepackt wird, erhält die Partei ein starkes Rückgrat. Man wird dann auch erkennen, dass von deutscher Seite allgemein ein guter Wille gegenüber der Partei vorliegt.

Die Entwicklung wird voraussichtlich so laufen, dass die Partei den Sommer über Zulauf gewinnt, aber für den Fall, dass der nächste Kriegswinter nicht vermieden werden kann, verstärkten Angriffen ausgesetzt sein wird.

Die Frage ist nun, was Clausen erreicht, wenn er sich an der Spitze von 1 000 oder 2 000 seiner Mitkämpfer zum Einsatz an der Front meldet. Hier möchte ich gleich einschalten, dass natürlich für Clausen selbst nur ein Einsatz bis zum späten Herbst in Frage kommen kann. Ich würde sagen, dass man diesen Gedanken nicht ohne weiteres abweisen sollte. Clausen hätte in C. O. Jörgensen einen äusserst tüchtigen und treuen Stellvertreter. Alle Reibungen, die heute innerhalb der Partei bestehen, wären mit einem Schlage überwunden. Die Partei würde sich in der gesamten dänischen Bevölkerung Respekt schaffen, denn man würde ihr den Mut zum Einsatz nicht mehr absprechen können. Die internen personellen Probleme der Partei würden aber alle mit leichter Hand gelöst werden können,

weil Clausen dann zum Herbst eine ganz neue Ausgangsstellung hat. Inzwischen würde man mit C. O. Jörgensen intensiv daran arbeiten, die drei vorher erwähnten Faktoren der Arbeit zu entwickeln und zu unterbauen. Clausen selbst aber würde mit einem ganz anderen Bewusstsein und einem grösseren Selbstgefühl im Spätherbst die Arbeit im Lande wieder aufnehmen und führen können, wobei dann C. O. Jörgensen selbstverständlich seine rechte Hand bleiben würde, — ein Zustand, der jetzt ohne weiteres nicht herbeigeführt werden kann. Auch der Einfluss der Familie Bryld, der in der Partei immer wieder kritisiert wird, den auszuschalten sich aber Clausen schwer entschliessen kann, würde ein gelöstes Problem werden.

Ich habe Ihnen dieses alles so ausführlich geschrieben, weil Clausen beabsichtigt, dem Gesandten schriftlich von seinem Wunsche Mitteilung zu machen und ihn gleichzeitig bitten will, diesen Wunsch in Berlin vorzutragen. Somit sind Sie dann also unterrichtet, wenn die Diskussion dieser Frage aktuell werden sollte. Entschuldigen Sie bitte die Ausführlichkeit dieses Briefes. Ich habe aber in diesem Falle meine Gedanken nicht knapper fassen können.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

Meissner¹⁾

¹⁾ Dokumentet er forsynet med følgende håndskrevne notits:

„Leg[at]ionsrat] Rademacher.

Ich würde es für gut halten, wenn C[lausen] bis zum Herbst an die Front geht. Luther 18/5.“

231.

Skrivelse fra generalfeltmarskal Keitel til SS-rigsfører Heinrich Himmler ang. Frikorps Danmark.

13. maj 1942.

Geheim!

Abschrift.

DER CHEF DES OBERKOMMANDOS
DER WEHRMACHT

F.H.Qu., den 13. Mai 1942.

Nr. 01299/42. geh. WFS/Qu (III)

Betrifft: Frikorps Dänemark.

*An den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
Herrn H. Himmler
Berlin SW 11,
Prinz Albrecht-Str. 8*

Sehr verehrter Herr Reichsführer!

Die auf Veranlassung des SS-Ergänzungsamtes Ende April in Dänemark durchgeführte Werbung für das Frikorps Dänemark hat zu einigen Vorfällen geführt, die im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung durch die bewaffnete Macht künftig vermieden werden müssen.

Im Anschluss an eine Versammlung, die durch die dänische nationalsozialistische Arbeiterpartei veranstaltet wurde, hat sich ein Umzug gebildet, bei dem auch Angehörige des Freikorps Dänemark in ihrer feldgrauen Uniform teilnahmen. Da in Dänemark jegliche Strassenumzüge verboten sind, wollte die dänische Polizei den Zug zerstreuen. Hierbei kam es zu verschiedenen Zwischenfällen, da sich dieser Auflösung auch die Angehörigen des Freikorps widersetzen.

Infolge der ausserordentlich geringen Zahl kampfkraftiger deutscher Truppen in Dänemark kommt der dänischen Polizei bei einem etwaigen feindlichen Angriff zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung besondere Bedeutung zu. Zusammenstösse zwischen Wehrmacht und dänischer Polizei müssen daher unter allen Umständen vermieden werden.

Zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle und zugleich im Interesse der beiderseitigen Aufgaben bitte ich, über Werbungen oder Veranstaltungen ähnlicher Art den Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark rechtzeitig zu unterrichten und sich mit ihm über die beabsichtigte Art der Durchführung, soweit die Wehrmacht hierbei berührt wird, in Verbindung zu setzen. Die Durchführung selbst bleibt den von Ihnen hiermit beauftragten Dienststellen selbstverständlich überlassen.

Ich darf ferner bitten, den Kommandeur des Freikorps anzuweisen, dass Einheiten oder einzelne Angehörige des Freikorps, die sich dienstlich oder auf Urlaub in Dänemark aufhalten, wie alle Wehrmachtangehörige, sich bei der zuständigen Kommandantur melden.

Da den deutschen Soldaten ein Auftreten bei dänischen innerpolitischen Veranstaltungen verboten ist, bitte ich zu veranlassen, dass die Angehörigen des Freikorps sich entsprechend verhalten, wenn sie deutsche Uniform tragen.

Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark ist im übrigen von mir angewiesen, alle Werbungen für das Freikorps Dänemark zu unterstützen. Ich glaube, dass bei einer engen Zusammenarbeit der beiderseitigen Dienststellen der Erfolg umso grösser sein wird und damit Ihnen und der gemeinsamen Sache am meisten gedient ist.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

gez. Keitel.

Nach Abgang:

Befehlshaber der deutschen
Truppen in Dänemark
unter Bezug auf Schreiben Abt. I c
650/42 geh. vom 6.5.42.
Auf den vorletzten Satz wird
besonders hingewiesen.

232.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. Frikorps Danmarks
deltagelse i politiske møder.**

13. maj 1942.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 13. Mai 1942 0.30 Uhr
Ankunft den 13. Mai 1942 3.00 Uhr

Nr. 686 vom 12.5.

An Auswärtig Berlin.

Befehlshaber deutscher Truppen teilte mir mit, dass er sich nach Berlin begeben und Gelegenheit benutzen wolle, SS-Gruppenführer Berger aufzusuchen und mit ihm über kürzlichen Besuch Kommandeur Freikorps Dänemark und der 30 dänischen Freikorpsangehörigen in Kopenhagen zu sprechen. Er gab mir seinen Bericht vom 6. Mai d. Js. an Oberkommando der Wehrmacht, der mit Drahtbericht Nr. 687 folgt, und sagte mir, es sei seiner Ansicht nach nicht angängig, dass Männer in Uniform der Wehrmacht in die innerpolitischen Auseinandersetzungen des Landes eingriffen und zur Verschärfung der Gegensätze beitrügen, während wir das dringende Interesse hätten, dass während des Krieges die Uniform der Wehrmacht von allen Teilen der dänischen Bevölkerung respektiert würde, und dass die Zusammenarbeit der dänischen Behörden, vor allem der Polizei, mit der Wehrmacht in keiner Weise gestört würde. Befehlshaber bezeichnete es als militärisch unerlässlich, dass alle Angehörigen der Wehrmacht, die sich in Dänemark aufhalten, ob sie nun Deutsche oder Dänen seien, sich nach den in Dänemark geltenden militärischen Anordnungen richten. Der Befehlshaber hat daher auch das Auftreten von Angehörigen des Freikorps in Uniform auf Werbeversammlungen verboten, wenn sie nicht von überparteilichen Stellen, sondern von der D.N.S.A.P. veranstaltet werden.

Obwohl die Männer, die mit Sturmbannführer Schalburg nach Kopenhagen gekommen waren, sämtlich der DNSAP angehören, habe ich es bedauert, dass sie sich hier in die Propaganda für Parteizwecke einspannen liessen, weil sie dadurch in den Augen der dänischen Bevölkerung den Nimbus der Kämpfer in der europäischen Front gegen den Bolschewismus einbüssten und nur als Kampfinstrument der Partei erschienen. Ich stimme mit dem Befehlshaber auch darin überein, dass unbedingt Ruhe und Ordnung im Lande während des Krieges aufrechterhalten werden muss, und zwar nicht nur im militärischen Interesse, sondern auch im Interesse der Wehrwirtschaft und der Kriegsernährung, für die Dänemark so ausserordentlich viel bedeutet; damit im Widerspruch stehende Parteiinteressen der DNSAP müssen m. E. demgegenüber zurücktreten.

Meinerseits habe ich Dr. Clausen nochmals scharf zum Ausdruck gebracht, dass wir zwar keine Übergriffe der dänischen Polizei gegenüber den dänischen Nationalsozialisten dulden werden, und dass die Angehörigen der SS Freiwilligen unseres unbedingten Schutzes sicher sein dürfen, dass ich aber von ihm erwarten muss, dass er die radikalen Elemente in seiner Partei im Zaume hält. Ich habe ihm gesagt, dass er besonders als Nationalsozialist sich den gemeinsamen übergeordneten Interessen unterzuordnen hätte. Ich bin zu dieser ernststen Warnung veranlasst worden, weil sich herausgestellt hat, dass der im Drahtbericht Nr. 614*) vom 29.4. erwähnte Zwischenfall künstlich konstruiert war, Partei Angehörige hatten den jungen SS-Freiwilligen, um den es sich handelt, im Stabkontor dazu verleitet, sich Messerschnitte beibringen zu lassen, um dann zu behaupten, dass er das Opfer eines Überfalls geworden sei. Dr. Clausen hat eine Untersuchung des Falles zugesagt.

Es muss m. E. dafür gesorgt werden, dass den dänischen Freiwilligen, die nach Dänemark kommen, schon von Deutschland aus die Instruktion mitgegeben wird, sich,

*) bei D.

solange sie die Uniform der Wehrmacht tragen, eines aktiven Eingreifens in die innerpolitischen Auseinandersetzungen zu enthalten haben, und dass geschlossene Trupps den hiesigen Dienststellen vorher angemeldet werden. Dagegen hätte ich im Gegensatz zum Befehlshaber keine Bedenken, dass dänische Freiwillige auf von der DNSAP veranstalteten Versammlungen in deutscher Uniform auftreten, falls diese Versammlungen sich auf Werbung für Freikorps und Waffen SS beschränken.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Dtschld. (Arb. St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St. S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha. Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg. Pol.

Dies ist Nr. 3.

233.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. samtale med gesandt Mohr om
rigsregeringens kondolence i anledning af statsminister Staunings død.**

14. maj 1942.

St.-S. Nr. 325

Berlin, den 14. Mai 1942.

Der *Dänische* Gesandte suchte mich heute auf, um im Namen und Auftrag seiner Regierung für die Beileidskundgebungen des Führers und der Reichsregierung aus Anlass des Ablebens des Ministerpräsidenten Stauning einen officiellen Dank zu übermitteln. Man sei in Dänemark für die verschiedenen Zeichen der deutschen Teilnahme, insbesondere des deutschen Staatsoberhauptes, sehr empfänglich gewesen.

Der Gesandte betonte, er habe eigentlich den Auftrag gehabt, das Vorstehende bei dem Herrn Reichsaussenminister vorzubringen, er habe aber mit diesem protokollarischen Auftrage nicht persönlich stören wollen.

Hiermit

dem Herrn Reichsaussenminister.

gez. Weizsäcker.

Durchdruck an:

U.St.-S. Pol.

Dg. Pol.

Ges. v. Grundherr

Protokoll.

234.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. den svenske statsminister Per Albin Hanssons
besøg i København.**

14. maj 1942.

Telegramm
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 14. Mai 1942 22,15 Uhr
Ankunft: — 15. — — 3,25 —

Nr. 700 vom 14.5.42.

Schwedischer Staatsminister, der zur Teilnahme an Beisetzungsfeierlichkeiten für verstorbenen Staatsminister Stauning nach Kopenhagen gekommen war, hat sich hier nur einen Tag aufgehalten und diese Zeit hauptsächlich zu Besprechungen mit Führern dänischer Sozialdemokratie, darunter neu ernanntem Staatsminister Buhl und Nationalbankdirektor Bramsnaes, Vorsitzenden skandinavistischer Vereinigung „Norden“, benutzt. Er ist ausserdem vom König empfangen worden.

Nach meinen Informationen hat er versucht, hier für verstärkte nordische Zusammenarbeit Stimmung zu machen. Diese Tendenz kam bereits in Trauerrede zum Ausdruck, die er bei Staatsfeierlichkeit hielt und in der er enge Verbundenheit und gleiche Einstellung skandinavischer Völker unterstrich. Dass er Stauning als Vorkämpfer nordischer Solidarität in Anspruch nahm, war umsomehr verwunderlich, als Stauning zwar für skandinavische Zusammenarbeit auf kulturellem und parteipolitischem Gebiet zu haben war, jedoch ablehnte, sich in Politik einzulassen, die Risiken Dänemarks vermehrte und es nach seinem bekannten Ausspruch in Gefahr brachte, Kettenhund des Nordens gegen den Süden zu werden. Schwedischer Staatsminister scheint auch König gegenüber für Gedanken verstärkter nordischer Zusammenarbeit eingetreten zu sein, aber nicht in dem Masse, wie er es erwartet hatte, Gegenliebe gefunden zu haben.

Aussenminister bestätigte mir, dass Albin Hansson in seinen Gesprächen engen Zusammenschluss Nordens als anzustrebendes Ziel der Politik skandinavischer Länder hingestellt habe. Scavenius bemerkte dazu, es sei für dänische Regierung nicht sehr bequem, dass Schweden diesen Gedanken so stark propagiere und intimere Zusammenarbeit Dänemarks mit Deutschland mit scheelen Augen ansehe. Dänische Regierung würde sich aber nicht von bisheriger Linie ihrer Politik abdrängen lassen. Staatsminister Buhl stehe auf gleichem Standpunkt wie Stauning.

Scavenius fügte hinzu, Schweden gäbe sich Illusion hin, wenn es glaubte, es könnte sich im Falle einer Niederlage Deutschlands allein gegen Sowjetrussland verteidigen. Selbst wenn Sowjetrussland aus Krieg stark geschwächt hervorginge, so würde es doch sicher nach einigen Jahren, besonders in der Luft, wieder so gerüstet dastehen, dass es Ostseeraum uneingeschränkt beherrschen könne. Lage habe sich gegenüber früher völlig verändert, weil englische Seemacht sich nicht mehr in Ostsee geltendmachen könne und Engländer zu Lande keinen entscheidenden Faktor bildeten. Englische Garantie gegen Sowjetrussland habe daher heute ihren Wert für Skandinavien verloren.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 18 Stück.

Davon sind gegangen:

- Nr. 1 an Pol. VI (Arb.St.)
- Nr. 2 an R.A.M.
- Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.
 Nr. 7 an — — Recht
 Nr. 8 an — — Pers.
 Nr. 9 an — — Ha. Pol.
 Nr. 10 an — — Kult.
 Nr. 11 an — — Presse
 Nr. 12 an — — Prot.
 Nr. 13 an — — Dtschl.
 Nr. 14 an — — Ru.
 Nr. 15 an Dg.Pol.
 Nr. 16 an Dg.Ru.
 Nr. 17 an pers. Stab (Hewel)
 Nr. 18 an Länd. Ref.
 Dies ist Nr. 3.

235.

Telegram fra Renthe-Fink ang. kong Christian Xs 30 års regeringsjubilæum.

16. maj 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 16. Mai 1942 — 15.25 Uhr
 Ankomst: — 16. — — — 16.20 —

Nr. 711 vom 16.5. CITISSIME!

30-jähriges Regierungsjubiläum Königs ist in Dänemark als nationaler Feiertag begangen worden, wobei allerdings der Ernst der Zeit für Dänemark stark zum Ausdruck kam. Höhepunkt des Tages bildete kurze Ansprache Königs, in der dieser davor warnte, sich Stimmungen hinzugeben und u. a. sagte:

„Wir haben zusammen gute Zeiten verlebt, aber noch niemals haben so schwere Zeiten auf unserem Lande gelastet wie heute. Nur durch gemeinsames Zusammenstehen und nicht durch unangebrachte Stimmungskundgebungen können wir etwas erreichen. Ein alter Spruch besagt: Der uns bis hierher gebracht hat, wird uns auch weiter helfen.“

Reden von Regierungsmitgliedern sind nicht gehalten worden, lediglich Vorsitzender Folketings, Rasmussen, sprach im Rundfunk Grüsse an König aus. Er wies darauf hin, dass schwere Zeit über Dänemark hereingebrochen sei und hob hervor, dass auf dem Meere, auf verschiedenen Kriegsschauplätzen und am 9. April 1940 eine grössere Anzahl Dänen ihr Leben gelassen hätten. Er erinnerte weiter daran, dass Dänemark von Grönland und Faeroern abgeschnitten sei. Dänemark sei zwar heute nicht mehr im Besitz seiner vollen Freiheit, aber es sei ein Segen für das Land, dass es nicht direkt in Krieg hineingezogen sei. Dänisches Volk sei König dankbar, dass er sich am 9. April 1940 an Seite Staunings gestellt habe. Damalige Entscheidung sei nicht hoch genug zu bewerten und alle Dänen würden einst zu dieser Überzeugung kommen. Rede Rasmussens klang aus in Hoffnung, dass Dänemark in Erfüllung der von Deutschland am 9. April 1940 abgegebenen Versprechungen seine volle Freiheit wieder erhalten werde.

Gestriger Tag, der ohne Zwischenfälle verlief, zeigte erneut, dass dänisches Volk bereit ist, Politik der Regierung zu folgen, dass jedoch der psychologische Druck der Beset-

zung schwer auf Bevölkerung lastet. Für Haltung der Bevölkerung ist Hoffnung und Vertrauen auf Einlösung der am 9. April 1940 gegebenen Zusage von entscheidender Bedeutung.

Presse und Rundfunk standen völlig im Zeichen des Regierungsjubiläums und waren national geprägt, ohne dass dabei gehässige Spitzen gegen uns festzustellen waren.

Glückwunschtelegramm Führers ist von gesamter Presse an hervortretender Stelle gebracht und stark beachtet worden.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 18 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI (Arb. St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht.

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha. Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschl.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg. Pol.

Nr. 16 an Dg. Ru.

Nr. 17 an pers. Stab (Hewel)

Nr. 18 an Länd. Ref.

Dies ist Nr. 3.

236.

Telegram fra Renthe-Fink ang. emnerne for hans første samtale med statsminister Buhl.

17. maj 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 17.5.42 23.15 Uhr

Ankunft den 18.5.42 0.20 Uhr

Nr. 720 vom 17. Mai 1942. CITISSIME.

An Auswärtig Berlin.

Werde voraussichtlich Dienstag 19.5. erste politische Aussprache mit neuem Staatsminister Buhl haben.

Beabsichtige ihm vor allem folgendes zu sagen:

1.) Wir hätten mit Interesse von der Regierungserklärung vom 5. 5. (Drahtbericht Nr. 636*) vom 5.5.) Kenntnis genommen. Es käme aber darauf an, dass die darin enthaltenen Versicherungen auch in die Tat umgesetzt würden. Wir könnten nicht als Entschuldigung gelten lassen, dass die Regierung nicht über genügend Vollmachten verfüge oder dass parlamentarische Hemmungen beständen.

*) bei Pol VI

2.) Für uns sei jetzt im Kriege das Wichtigste die Wahrung unserer militärischen Interessen und, damit unmittelbar zusammenhängend, die Haltung der Bevölkerung überhaupt und ihr Verhältnis zu den deutschen Truppen insbesondere. Hier sei entscheidend, dass die Regierung aktiv alles tue, um auf die öffentliche Meinung im günstigen Sinne einzuwirken. Es müsse auf dem Wege der Aufklärung, den die Regierung hinsichtlich des Problems der SS-Freiwilligen bereits beschritten habe, allgemein weitergegangen werden. Ferner müssten Presse, Rundfunk und öffentliche Reden eine positive Note zeigen. Wie die letzte Zeit bewiesen habe, sei ein besonderer Einfluss auf Schule und Universität dringend erforderlich. Zugleich müssten alle deutschfeindlichen Strömungen rücksichtslos bekämpft werden. Das gelte nicht nur hinsichtlich solcher Handlungen, die bereits strafrechtlich zu fassen seien, sondern vor allem vorbeugend, z. B. hinsichtlich der Agitation.

3.) Ebenso wie wir unser Möglichstes täten, um die Versorgung der dänischen Wirtschaft sicherzustellen, erwarteten wir, dass Dänemark, das durch unser Eingreifen von unmittelbaren Kriegsauswirkungen verschont geblieben sei, das Äusserste täte, um zur Deckung der deutschen Bedürfnisse beizutragen.

4.) Was die künftige neueuropäische Entwicklung beträfe, sei die Notwendigkeit hervorzuheben, dass Dänemark sich dieser Entwicklung gegenüber aufgeschlossen und positiv einstelle. Nicht nur Regierung, sondern auch Presse und Rundfunk müssten sich in ihrer Haltung dem anpassen.

5.) Wir hätten mit Befriedigung festgestellt, dass die Regierung die Flucht des früheren Handelsministers Christmas Moeller nach England öffentlich gebrandmarkt habe, wir müssten aber bestehen auf restloser Aufklärung der Umstände der Flucht, auf Ermittlung etwaiger Helfershelfer und Feststellung der Verbindungen, die Christmas Moeller im Lande gehabt habe und womöglich noch habe, sowie auf eindeutiges Abrücken der konservativen Partei selbst.

6.) Schliesslich sei in der letzten Zeit in der Presse und in Äusserungen politischer Persönlichkeiten mehrfach pointiert der Wunsch zum Ausdruck gekommen, dass Dänemark bald wieder seine volle Freiheit erlangen möge.

Solche Äusserungen müssten auf die Dauer falsche Vorstellungen im Volke erwecken. Unsere Truppen seien in das Land eingerückt, um es vor dem Zugriff der Engländer und damit vor dem Schicksal, Kriegsschauplatz zu werden, zu bewahren. Im übrigen schiene man auch in der dänischen Öffentlichkeit gern zu vergessen, dass Deutschland und Finnland den Kampf gegen den Bolschewismus, den sie unter grossen Opfern an Gut und Blut auf sich genommen hätten, nicht nur für sich selbst, sondern für ganz Europa und auch für Dänemark führten und dass Dänemark seine moralische Solidarität erklärt habe. Wir erwarteten, dass Buhl dafür Sorge tragen würde, dass diese Tatsachen in der Presse, im Rundfunk und in der politischen Arbeit der Parteien mehr als bisher zum Ausdruck kämen.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI (Arb. St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha.Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg.Pol.

Dies ist Nr. 3.

237.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop til Renthe-Fink ang. dennes
første samtale med statsminister Buhl.**

19. maj 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G.Schreiber)

Sonderzug, den 19. Mai 1942 2.00 Uhr
Ankunft: — 19. — — 3.05 —

RAM 117/R im Zuge, den 18. Mai 1942

- 1.) Telko
- 2.) Diplogerma Kopenhagen. Telegramm G-Schreiber.

Nr. 541. CITISSIME!

Unter Nr. 812 an Diplogerma
Kopenhagen weitergegeben.

Tel.Ktr. 19.5.42.

Für Gesandten persönlich.

Auf Telegram 711*) vom 16. Mai und Tel. 720 vom 17. Mai.

Mit den Gesichtspunkten, die Sie Ihrer Aussprache mit dem neuen dänischen Staatsminister zu Grunde legen wollen, bin ich einverstanden. Ziffer 6.) Ihres Telegramms gibt mir jedoch noch zu folgenden ergänzenden Bemerkungen Anlass: Die Rundfunkreden, die aus Anlass des Regierungsjubiläums des Königs in Dänemark von dem Präsidenten des Folkting und dem Landrat von Tondern gehalten worden sind, enthalten zwar keine direkten Ausfälle oder Spitzen gegen Deutschland, stimmen aber darin überein, dass Dänemark heute eine besonders schwere Zeit durchzumachen habe, und zwar deshalb, weil es von unseren Truppen besetzt sei. Auch in der Ansprache des Königs kommt dieser gleiche Gedanke zum Ausdruck, der auch schon in den Neujahrsreden Staunings und des Königs (dort.Tel.Nr.2 vom 2.1.42) besonders auffallen musste.

Hierzu ist zu bemerken, dass in Wirklichkeit Dänemark Dank des vernünftigen Entschlusses der dänischen Regierung vom 9. April 1940, der die friedliche deutsche Besetzung zur Folge hatte, vom Kriege unberührt geblieben ist, als die Mehrzahl aller anderen europäischen Länder. Bei seiner geographischen Lage wäre Dänemark längst das Ziel englischer Invasionsversuche und damit Kriegsschauplatz geworden, wenn wir dem am 9.4.40 nicht zuvorgekommen wären. Zudem wäre Dänemark für die Zukunft ebenso, wie ganz Skandinavien die sichere Beute des Bolschewismus, wenn es nicht unter dem Schutz und Schirm der Wehrmacht des deutschen Reiches und seiner Verbündeten stände und damit vor dieser Gefahr bewahrt bliebe. Es liegt hiernach eine kurzsichtige Verkennung der Wirklichkeit und eine unseren politischen Interessen abträgliche Tendenz darin, wenn trotzdem in Dänemark in öffentlichen Kundgebungen immer wieder so geredet wird, als wäre für Dänemark alles in schönster Ordnung, wenn nur die deutsche Besetzung erst fort wäre. Die dänische Regierung scheint sich der Gefahren nicht bewusst zu sein, die in einer so falschen geistigen Ausrichtung der dänischen öffentlichen Meinung liegen. Diese wird damit letzten Endes ständig in einem antideutschen Sinne beeinflusst, was leicht zur Folge

*) bei Pol VI

haben kann, dass Dänemarks Einordnung in das kommende neue Europa sich nicht ruhig und im Zusammenwirken mit Deutschland vollziehen wird, sondern, dass die ständig künstlich genährten antideutschen Strömungen kritische Zuspitzungen heraufbeschwören werden, deren Kosten letzten Endes nur Dänemark selbst zu tragen haben wird.

Ich bitte Sie, der weiteren Entwicklung dieser in den dänischen Kundgebungen immer wieder zum Ausdruck kommenden falschen Mentalität Ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Sie müssen darüber wachen, dass unter der Auswirkung derartiger Kundgebungen die dortige öffentliche Meinung keinesfalls abgeleitet und eine unsere Interessen schädigende Situation entsteht. Ich bitte Sie, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierung in Ihnen geeignet erscheinender Weise auf diesen Sachverhalt hinzulenken und ihr die in dieser Hinsicht obliegende Verantwortung vor Augen zu führen. Insbesondere bitte ich, dies gegenüber den Herren Buhl und Scavenius in eindeutiger und nachdrücklicher Weise zu tun. Ich bitte Sie dabei zu sagen, dass wir es letzten Endes als eine Auswirkung dieser Verkennung der Wirklichkeit betrachten müssten, wenn sich dänische Politiker, wie dieser Tage Christmas Moeller, dazu entschliessen, offen ins gegnerische Lager überzugehen. Selbstverständlich habe diese Flucht Moellers in Berlin den allerschlechtesten Eindruck gemacht und man frage sich, ob nicht dänische Regierungsstellen dabei mitgewirkt hätten, da es doch sonst kaum zu verstehen sei, dass Moeller sein Vorhaben so leicht verwirklichen konnte. In diesem Zusammenhang bitte ich die in Ziffer 5) Ihres Telegramms 720 wiedergegebene Forderung nach restloser Aufklärung der näheren Umstände dieser Angelegenheit nachdrücklichst zu stellen und zu berichten.

Über die Stellungnahme des dänischen Staatsministers und des Aussenministers zu diesen Eröffnungen und Fragen bitte ich drahtlich zu berichten. Im gleichen Sinne wird auch hier mit dem Gesandten Mohr gesprochen werden.

Ribbentrop.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

U.St.S.Luther

Botsch. Ritter

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg.Pol.

Arb. Expl. bei Pol. VI

Ges. v. Grundherr.

238.

Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale med statsminister Buhl.

22. maj 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 22. Mai 1942 23.25 Uhr
 Ankunft: — 23. — — 01.00 —

Nr. 752 vom 22.5.42.

Auf Drahterlass Nr. 612*) vom 19.5.1942.

Aussprache mit neuem Staatsminister Buhl hat stattgefunden. Aussenminister Scavenius nahm an ihr teil. Ich habe Buhl die schwere Verantwortung, die er übernommen habe, eindringlich vor Augen geführt und ihm erklärt, wir erwarteten, dass er seine ganze Person und seine ganze Autorität für eine loyale und vorbehaltlose Zusammenarbeit mit Deutschland einsetze. Er habe die bedeutsame Aufgabe zu erfüllen, aus der Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland die Konsequenzen auf innerpolitischem Gebiet zu ziehen. Ich habe ihm keinen Zweifel darüber gelassen, dass wir unsere Haltung ihm gegenüber davon abhängig machen, dass er die in der Regierungserklärung vom 5. 5. gegebenen Zusicherungen auch wirklich in die Tat umsetze. Ich bin dann auf die einzelnen in Drahtbericht Nr. 720**) vom 17. Mai aufgeführten Punkte eingegangen, wobei ich hervorhob, dass Dänemark praktisch Kriegsgebiet sei und mitten in der deutschen Front liege. Die Sicherheit der deutschen Truppen und die Wahrung der deutschen militärischen Interessen müssten allem anderen vorangehen. Anschliessend habe ich entsprechend der im Drahterlass Nr. 612***) vom 19.5. gegebenen Weisung den Fall Christmas Moeller zur Sprache gebracht und die Forderung nach restloser Aufklärung nachdrücklich wiederholt. Schliesslich habe ich die in den Kundgebungen der letzten Monate zum Ausdruck kommende Tendenz, dass Dänemark heute eine besonders schwere Zeit durchzumachen habe, weil es von unseren Truppen besetzt sei, als kurzsichtig und für Dänemark gefährlich gekennzeichnet und erklärt, dass wir nicht gewillt seien, eine solche antideutsche Beeinflussung der Öffentlichkeit länger zuzulassen.

Staatsminister Buhl und Scavenius waren durch den Ernst, von dem meine Erklärungen getragen waren, stark beeindruckt. Buhl hob hervor, dass er ebenso wie Stauning von der Notwendigkeit vertrauensvoller und enger Zusammenarbeit mit Deutschland überzeugt sei und voll und ganz zu der Regierungserklärung vom 5. 5. stehe. Er würde alles tun, um ein gutes Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den deutschen Truppen aufrechtzuerhalten. Er werde sich auch dafür einsetzen, dass auf wirtschaftlichem Gebiet das Optimum für Deutschland geleistet werde. Er unterstrich sein Interesse an der Mitarbeit Dänemarks am Wiederaufbau im Osten, wobei er bedauerte, dass der dänischen Mitarbeit aus den bekannten Gründen, vor allem wegen Rohstoffmangels, zur Zeit zwangsläufig Grenzen gezogen seien. Er versicherte, dass eine restlose Aufklärung der näheren Umstände der Flucht Christmas Moeller's, dessen Handlungsweise er scharf verurteile, durchgeführt würde. Was die von uns beanstandete Tendenz in den Kundgebungen der letzten Zeit betreffe, so werde er sich in dem von uns gewünschten Sinne einsetzen. Man dürfe aber nicht verkennen, dass es, um das dänische Volk bei der Stange zu halten, notwendig sei, ihm gewissermassen als Trostpreis für einwandfreies Verhalten die Wiederherstellung seiner vollen Selbständigkeit und Unabhängigkeit in Aussicht zu stellen. Meine Ausführungen zur Besetzung seien vollkommen richtig, er bäte mich aber zu verstehen, dass es schwer sei,

*) 612 falsch, vielleicht 812 (bei Pol VI)

**) bei Pol VI

***) vielleicht 812.

dies dem dänischen Volk psychologisch klarzumachen fremde Truppen im Lande zu haben, sei für das Selbstgefühl eines Volkes immer eine Belastung.

Ich entgegnete Buhl, dass die richtige Beeinflussung der Öffentlichkeit von entscheidender Wichtigkeit für die Zukunft Dänemarks sei und dass es falsch wäre, allein auf den gesunden Instinkt des dänischen Volkes zu vertrauen. In der heutigen Zeit müsste von der dänischen Regierung erwartet werden, dass sie wirklich führte und für die richtige geistige Ausrichtung des Volkes sorgte.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI. (Arb.St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha.Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg.Pol.

Dies ist Nr. 3.

239.

Notits [af Renthe-Fink] ang. samtale med statsminister Buhl.

28. maj 1942.

Aufzeichnung¹⁾

Ich hatte heute, am 20.5.1942, mit Staatsminister *Buhl* meine erste politische Aussprache, an der Aussenminister von Scavenius teilnahm.

Die Unterredung wurde von mir mit dem Hinweis eröffnet, dass Staatsminister Buhl, wenn er auch schon lange Mitglied des Kabinetts sei, jetzt eine völlig neue Aufgabe übernommen habe. Buhl, der künftig die Verantwortung für die Gesamtpolitik der dänischen Regierung trage, müsse das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit und amtlichen Autorität für eine loyale und vorbehaltlose Zusammenarbeit mit Deutschland einsetzen. Seine besondere Aufgabe sei es, aus der Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland die Konsequenzen auf innerpolitischem Gebiet zu ziehen.

Ich stellte fest, dass die Politik von Buhl's Vorgänger, Stauning, uns nicht in allen Punkten befriedigt hätte, dass wir aber anerkennen müssten, dass Stauning von der Notwendigkeit der Orientierung Dänemarks nach Deutschland durchdrungen gewesen sei. Stauning habe sich keinen Illusionen über den Wert skandinavistischer Konzeptionen

hingegen und habe auf dem Standpunkt gestanden, dass Dänemark nie „der Kettenhund des Nordens gegen den Süden“ werden dürfe. Er habe sich offen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas unter Deutschlands Führung bekannt und die Anpassung Dänemarks an die neue europäische Entwicklung bejaht. Auch habe er sich bemüht, die Besetzung Dänemarks richtig in die grosspolitischen Zusammenhänge zu stellen, und ein wachsameres Auge auf alle antideutschen Strömungen — auch innerhalb seiner eigenen Partei — zu haben. Buhl müsse sich darüber klar sein, dass er sich als neuer Mann unser Vertrauen erst zu erwerben habe, zumal er früher uns gegenüber vielfach eine andere Einstellung als Stauning gezeigt habe.

Hier unterbrach mich Buhl und sagte, es sei richtig, dass er nicht immer einer Meinung mit Stauning gewesen sei; es habe sich dabei aber nur um Einzelfragen gehandelt. Die grosse Linie Staunings und seine Ansicht von der Notwendigkeit, mit Deutschland zusammenzuarbeiten, habe er immer geteilt. In diesem Zusammenhang wiesen Buhl und Scavenius auf die Regierungserklärung vom 5. 5. hin. Ich erwiderte darauf, wir hätten natürlich mit Interesse von dieser Erklärung Kenntnis genommen; es käme aber darauf an, dass Buhl die darin umrissene Politik auch wirklich in die Tat umsetzte.

Ich ging dann näher auf die Aufgabenstellung für die dänische Regierung ein und hob hervor, dass Dänemark praktisch Kriegsgebiet sei und unmittelbar in der deutschen Front liege. Diese ernste Tatsache müsse Buhl sich immer vor Augen halten. Das wichtigste sei daher die Sorge für die Sicherheit der deutschen Truppen und die Wahrung der deutschen militärischen Interessen überhaupt. In diesem Zusammenhang käme der allgemeinen Haltung der Bevölkerung und insbesondere ihrem Verhältnis zu den deutschen Truppen entscheidende Bedeutung zu. Wir erwarteten von der dänischen Regierung, dass sie künftig von sich aus mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die öffentliche Meinung im günstigen Sinne einwirke.

Der Aussenminister warf hier ein, dass die Regierung, wie ich wisse, bereits gewisse Massnahmen getroffen habe. Er meinte damit die Aktion, die durch die Klagen der SS-Freiwilligen und ihrer Angehörigen ausgelöst worden ist.

Ich bemerkte, man müsse auf diesem Wege weitergehen; einzelne Massnahmen genüßten nicht. Auch Presse, Rundfunk und öffentliche Kundgebungen müssten Deutschland gegenüber eine positivere Note erhalten. Besonderer Einfluss sei auf die Jugend in Schulen und Universitäten notwendig. Als ich auf den Fall der Kathedral-Schule in Aalborg anspielte, bemerkte der Aussenminister, der Unterrichtsminister hätte, als er von den Vorfällen gehört habe, sofort eine Untersuchung durch einen leitenden Beamten des Ministeriums vornehmen lassen und auf Grund des ihm gestern erstatteten Berichts heute den Rektor der Schule suspendiert. Ich nahm davon Kenntnis, gab aber der Auffassung Ausdruck, dass es Sache der Unterrichtsverwaltung gewesen wäre, es zu solchen Zuständen überhaupt nicht kommen zu lassen. Die Verhetzung der Jugend in den dänischen Schulen würde leider immer stärker, hier müsste energisch eingegriffen werden.

Ich wies mit Nachdruck darauf hin, dass Buhl als Staatsminister alle deutschfeindlichen Strömungen rücksichtslos bekämpfen müsse. Es gehe darum, kriminelle Handlungen nicht nur zu bestrafen, sondern vor allem vorbeugend zu wirken und jede antideutsche Agitation schon im Keime zu ersticken.

Der nächste Punkt, den ich berührte, war die Zuverlässigkeit der dänischen Behörden und namentlich der dänischen Polizei. Ich machte Buhl gegenüber kein Hehl daraus, dass, wenn Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit aufkommen sollten, dies zwangsläufig zu einer Entwicklung führen würde, die nicht im Interesse der dänischen Regierung liegen könne. Wir würden dann genötigt sein, uns mit eigenen Exekutivorganen zu versehen. Hierbei streifte ich auch die Frage des dänischen Militärs, was sowohl Buhl wie Scavenius zu der Erklärung veranlasste, dass dieses sich niemals zu Unbesonnenheiten hinreissen lassen würde. Ich fuhr fort, dass es nicht tragbar sei, wenn die dänische Regierung heute auf führende Stellungen oder auf Posten, die Einfluss auf die Bildung der Stimmung und der öffentlichen Meinung gäben, Leute setzte, die durch ihre antideutsche Einstellung bekannt seien. Als Beispiel führte ich die Ernennung des Propstes Høgsbro zum Leiter des Pastoralseminars an.

Was das Wirtschaftliche betrifft, so betonte ich, dass Deutschland sich in dem durch den Krieg gezogenen Rahmen bemühe, den dänischen Bedürfnissen und Wünschen

Rechnung zu tragen, wir müssten daher erwarten, dass Dänemark alle seine Kräfte einsetzte, um insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet das Höchstmass von Leistungen für Deutschland zu erreichen. Staatsminister Buhl bemerkte, dies geschehe doch schon heute, und er werde dafür Sorge tragen, dass das auch künftig so bleiben werde. Als ich die Bedeutung der dänischen Beteiligung an der Aufbauarbeit im Osten hervorhob, gab Staatsminister Buhl seinem Interesse für diese Frage Ausdruck, bedauerte aber, dass der dänischen Mitarbeit aus den bekannten Gründen, vor allem wegen Rohstoffmangel, zur Zeit Grenzen gezogen seien.

Darauf schnitt ich den Fall Christmas Möller an und sagte, sein offener Übergang ins feindliche Lager bewiese, wie richtig er von uns beurteilt worden sei und wie berechtigt die von uns gegen ihn geforderten Massnahmen gewesen seien. Christmas Möller's Flucht habe den allerschlechtesten Eindruck in Berlin gemacht; es sei schwer, sich zu denken, dass Christmas Möller diesen folgenschweren Schritt getan habe, ohne von Stellen im Lande unterstützt worden zu sein oder Grund zur Annahme gehabt zu haben, dass er auf ihr Einverständnis rechnen könne. Dabei spielte ich auf Christmas Möller's Freunde in der Konservativen Partei an. Gemäss den Berliner Weisungen (vgl. Drahterlass Sonderzug Nr. 612 vom 19.5.1942) wiederholte ich, dass restlose Aufklärung erfolgen müsse, und dass sich die Untersuchung auch auf Helfershelfer und auf Christmas Möller's Verbindungen im Lande zu erstrecken habe. Zugleich gab ich zu verstehen, dass ich fände, die Konservativen hätten schärfer von Christmas Möller abrücken müssen. Staatsminister Buhl verurteilte Christmas Möller's Handlungsweise und versicherte, dass eine restlose Aufklärung der Umstände, unter denen seine Flucht erfolgt sei, stattfinden werde.

Zum Schluss bin ich auf die öffentlichen Kundgebungen der letzten Zeit eingegangen und habe die in ihnen zum Ausdruck kommende Tendenz, dass Dänemark eine besonders schwere Zeit durchzumachen habe, weil es von deutschen Truppen besetzt sei, und den immer wiederkehrenden pointierten Wunsch, frei zu werden, zur Sprache gebracht. Ich betonte, dass Dänemark infolge seines vernünftigen Entschlusses am 9. April 1940 vom Kriege viel unberührt als die Mehrzahl der europäischen Länder geblieben sei. Bei seiner geographischen Lage wäre Dänemark schon längst das Ziel englischer Invasionsversuche und damit Kriegsschauplatz geworden, wenn wir dem am 9. April 1940 nicht zuvorgekommen wären. Zudem würde Dänemark, wenn es nicht unter dem Schutz des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten stände und damit vor dieser Gefahr bewahrt werde, sicher ein Opfer des Bolschewismus werden. Es sei daher eine kurzsichtige Verkennung der Wirklichkeit und eine unseren politischen Interessen abträgliche Tendenz, wenn in öffentlichen Kundgebungen geredet wird, als ob für Dänemark alles in schönster Ordnung sein würde, sobald nur die deutsche Besatzung fort wäre. Die dänische Regierung sei sich anscheinend nicht der Gefahr bewusst, die in einer so falschen geistigen Ausrichtung der öffentlichen Meinung liege. Diese würde damit letzten Grades ständig im antideutschen Sinne beeinflusst, was leicht zur Folge haben könne, dass Dänemarks Einordnung in das neue kommende Europa sich nicht ruhig und im Zusammenwirken mit Deutschland vollziehen werde, sondern dass die ständig künstlich genährten antideutschen Strömungen kritische Zuspitzungen heraufbeschwören würden, deren Kosten letzten Endes nur Dänemark selbst zu tragen haben werde. Ich unterstrich die Verantwortung, die Staatsminister Buhl und die dänische Regierung in dieser Beziehung hätten und wies darauf hin, dass es gerade eine Auswirkung dieser Verkennung der Wirklichkeit sei, wenn dänische Politiker wie dieser Tage Christmas Möller sich dazu entschliessen, offen ins gegnerische Lager überzugehen. Ich nahm auch auf die von Schülern an der Kathedralschule in Aalborg verübten Sabotagefälle bezug. Staatsminister Buhl erwiderte, dass er sich in dem von uns gewünschten Sinne einsetzen würde. Man dürfe aber nicht verkennen, dass es, um das dänische Volk bei der Stange zu halten, notwendig sei, ihm gewissermassen als Trostpreis für einwandfreies Verhalten die Wiederherstellung seiner vollen Selbständigkeit und Unabhängigkeit in Aussicht zu stellen. Meine Ausführungen zur Besatzung seien vollkommen richtig, er bäte mich aber zu verstehen, dass es schwer sei, dies dem dänischen Volk psychologisch klarzumachen; fremde Truppen im Lande zu haben, sei für das Selbstgefühl eines Volkes immer eine Belastung.

Ich entgegnete Buhl, dass die richtige Beeinflussung der Öffentlichkeit für die

Zukunft Dänemarks von entscheidender Wichtigkeit sei und dass es falsch wäre, sich auf den gesunden Instinkt des dänischen Volkes zu verlassen und darauf zu bauen, dass es schon vernünftig bleiben würde. In der heutigen Zeit müsste von der dänischen Regierung erwartet werden, dass sie wirklich führte und für die richtige geistige Ausrichtung des Volkes sorgte.

Es war unverkennbar, dass meine sehr ernsten Ausführungen starken Eindruck auf Staatsminister Buhl und den Aussenminister gemacht hatten.

Kopenhagen, den 28. Mai 1942.

¹⁾ Med håndskrift er over overskriften tilføjet: „Herrn Minister“.

240.

Notits af presseattaché Schröder ang. oplysninger af Aage Jørgensen om den svenske statsminister Per Albin Hanssons drøftelser med danske socialdemokrater.

[udateret.]

Geheim!

Aufzeichnung

Heute nachmittag suchte mich Herr Aage Jørgensen auf, um mir verschiedene Informationen über die Zusammenkunft zwischen Staatsminister Per Albin Hansson und massgeblichen dänischen sozialdemokratischen Politikern zu überbringen. Die Informationen stammen von Ernst Berg, der sie von einem Teilnehmer, Laurits Hansen, erhalten hat.

An dem Treffen, das am 11. Mai im Strandhotel Bellevue stattfand, nahmen folgende Personen teil: Per Albin Hansson, Staatsminister Buhl, Hedtoft-Hansen, Landwirtschaftsminister Bording, Gewerkschaftsführer Laurits Hansen, Folketingsmand Alsing-Andersen, Hartvig Frisch, H. C. Hansen, Ejler Jensen, Oskar Hansen, Torsten Nielsson. Von dänischer Seite seien folgende Punkte als Programm für die Besprechung aufgestellt worden:

1. England gewinnt den Krieg.
2. a. Aussenpolitisches Ziel der Sozialdemokratie: Ein gegen Deutschland gerüsteter und befestigter Norden.
b. Innerpolitisches Ziel: National-demokratische Einheitsbewegungen bis zur Vernichtung des Nationalsozialismus.
3. Das Verhältnis zu Russland wird von den angelsächsischen Mächten geregelt. Das Baltikum, Karelrien, Polen, u. s. w. werden russischer Machtbereich.
4. Die Sozialdemokratien in Dänemark und Schweden müssen auf jeden Fall ausserhalb der Diskussion bleiben — eine deutsche Forderung auf Kriegsteilnahme muss jedoch mit einem entschiedenen Nein beantwortet werden.
5. Verbindungskanal: Die Schwedische Gesandtschaft in Kopenhagen.

Zu Punkt 1. äusserte nur Torsten Nielsson Zweifel, während Hartvig Frisch die in Punkt 2 angegebene Linie nicht für durchführbar hielt. Die Punkte 3, 4 und 5 fanden einstimmigen Beifall.

Im Laufe des Sonntags und des Montags hatte Staatsminister Per Albin Hansson verschiedene persönliche Besprechungen unter vier Augen mit Staatsminister Buhl.

Weitere Informationen.

Wie mir Herr Aage Jørgensen weiter berichtete, ist die am 4. Mai erlassene Regierungserklärung Gegenstand einer scharfen Kritik von Seiten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewesen. Buhl und Bording hätten den Kritikern Recht gegeben und behauptet, dass Minister Gunnar Larsen im Falle einer Abschwächung der Erklärung mit seiner Demission gedroht habe.

Am Dienstag dem 19. Mai um 10 Uhr vormittags soll eine vertrauliche Sitzung stattgefunden haben, an der folgende Personen teilnahmen: Hal Koch, Ole Bjørn Kraft, Hedtoft-Hansen, H. C. Hansen, Kjærbøl, Laurits Hansen, Ejler Jensen, Hellberg, Einer Jensen, Ingvar Dahl, Einar Nielsen, Oskar Hansen, Svend Johansen, Johannes Sperling, Erik Appel.

Der Redakteur der sozialdemokratischen Jugendzeitschrift, Oskar Hansen, soll, wie mir Jørgensen weiter sagte, der illegalen kommunistischen Zeitschrift „Land og Folk“ verschiedentlich Informationen gegeben haben. Oskar Hansen veranstaltete seinerzeit die Einbrüche bei der DNSAP.

Es sei ferner bekannt, dass zwei Schweden, wahrscheinlich von der hiesigen schwedischen Gesandtschaft, mehrfach Oskar Hansen in der Redaktion von „Social-Demokraten“ Informationsbesuche abgestattet hätten, und zwar in einer Zeit, als H. P. Sørensen noch Hauptschriftleiter war. Einer der Kuriere zwischen der dänischen und schwedischen Parteileitung sei Schriftleiter Allan Vogt von der Zeitung „Arbetet“ in Malmø.

Oskar Hansen soll mehrfach Christmas Møller Besuche abgestattet haben. Er selbst habe zugegeben, dass verschiedene seiner Parteigenossen mehrfach an diesen Besuchen teilgenommen hätten — wahrscheinlich Hedtoft-Hansen, H. C. Hansen, Hellberg, Svend Johansen u. a.

Schriftleiter Karl Bjarnhof habe erklärt, dass Hedtoft-Hansen ihm eröffnet habe, vor ca. Dreivierteljahr eine Reise nach England angeboten bekommen zu haben.

Als Nachfolger Alsing-Andersens als Parteivorsitzender — Alsing-Andersen sei als Finanzminister ausersehen — sei Einer Jensen vorgesehen.

Aage Jørgensen versicherte mir, dass seine Informationen zuverlässig seien, nachdem ich ihm vorher auf die politische Tragweite dieser Erklärungen aufmerksam gemacht hatte.

Herrn Minister vorgelegt.

Schröder.

241.

Skrivelse fra SS-rigsfører Heinrich Himmler ang. Frikorps Danmark.**29. maj 1942.****Geheim***Abschrift.***DER REICHSFÜHRER SS***Führer-Hauptquartier, den 29.5.1942.**Tgb. Nr. 1222/42***RF/V.***Betr.: Frikorps Danmark.**Bezug: Dort. v. 13.5.42. Nr. 01299/42 geh.**Sehr verehrter Herr Feldmarschall!*

In Beantwortung Ihres Briefes vom 13.5.1942 betreffend das Auftreten von Angehörigen des Frikorps Danmark in Kopenhagen darf ich mitteilen, dass die von Ihnen erwähnten Vorfälle in Kopenhagen mir selbst sehr unangenehm sind. Sie sind durch den Missbrauch einiger Angehörigen des Frikorps, die in Urlaub in Kopenhagen waren, durch Angehörige der dänischen nationalsozialistischen Partei zu Propagandazwecken entstanden. Es ist dafür Sorge getragen, dass derartige Dinge nicht wieder geschehen. Bei der Versammlung selbst mit SS-Sturmbannführer von Schalburg waren derartige Vorfälle nicht vorgekommen.

Heil Hitler!**Ihr sehr ergebener****gez. H. Himmler****F. d. R. d. A.****ulæseligt navn.****Major.****Geheim.****OBERKOMMANDO DER WEHRMACHT***H.Qu., den 2. Juni 1942**Nr. 01429/42 geh./WFSt/Qu (III)**Bezug: Der Befehlshaber der deutschen Truppen
in Dänemark Abt. Ic Nr. 650/42 geh. vom
6.5.42.**Betr.: Frikorps Dänemark.**An den**Befehlshaber der deutschen Truppen
in Dänemark.*

Anliegend wird das Antwortschreiben des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei auf ein persönliches Schreiben des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht in Abschrift übersandt.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht**I. A.****ulæseligt navn.***1 Anlage.*

Geheim.

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK

H.Qu., den 14. Juli 1942

Abt. Ic 650/42 geh.

*An den
Beauftragten für die innere Verwaltung
beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches
Kopenhagen
Dagmarhaus.*

Anliegend werden Abschriften eines Schreibens des Chefs des OKW vom 13.5.42 und der Antwort des Reichsführers SS vom 29.5.42 betr. Freikorps Dänemark mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Für den Befehlshaber der deutschen
Truppen in Dänemark
Der Chef des Generalstabes

I. V.

2 Anlagen

242.

Telegram fra Renthe-Fink ang. v. Schalburgs begravelse.

6. juni 1942.

Telegramm
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 6. Juni 1942
Ankunft: — 7. — —

Nr. 820 vom 6.6.42.

Auf heutige fernmündliche Weisung Unterstaatssekretär Luther, Sonderzug.

Nach Überprüfung hiesiger Lage käme dänischerseits nur DNSAP als Träger Trauerfeier für gefallenen Kommandeur des Freikorps Dänemark, SS-Obersturmbannführer Schalburg, praktisch in Frage, da kein repräsentativer Vertreter Freikorps in Dänemark anwesend ist. Selbstverständlich wäre Dr. Claussen, da Schalburg sein langjähriger Mitarbeiter war, und das Freikorps sich vorwiegend aus Parteimitgliedern zusammensetzt, an sich durchaus berufen, Trauerfeier für Schalburg zu veranstalten, diese würde sich dann aber im wesentlichen auf Parteimitglieder beschränken, während eine vom Freikorps oder von deutscher Seite veranstaltete Feier sehr viel weitere dänische Kreise erfassen würde. Überlassung der Trauerfeier an die Partei würde der DNSAP einen gewissen neuen Impetus geben. Man muss sich aber darüber klar sein, dass solche starke Herausstellung unserer Lierung mit der Partei uns hier neue Schwierigkeiten und Spannungen schaffen kann, die besonders in gegenwärtigem Moment besser vermieden werden.

Befehlshaber der deutschen Truppen, mit dem ich die Frage besprochen habe, hat mir erklärt, dass er es aus militärischen Gründen für unbedingt erforderlich erachtet, die bisherige Linie der Zurückhaltung gegenüber den innerpolitischen Auseinandersetzungen beizubehalten und dass er daher an einer Trauerfeier der Partei nicht selbst erscheinen, sondern nur einen Offizier entsenden würde. Sollte der Befehlshaber, zumal es sich um einen militärisch und politisch hervorragenden Angehörigen der Wehrmacht handelt, nicht erscheinen, so würde das hier grosses Aufsehen erregen, besonders, wenn ich im Gegensatz zu ihm den Auftrag erhielte, meinerseits teilzunehmen.

Ich bitte unter diesen Umständen zu überprüfen, ob die Trauerfeier für den gefallenen Kommandeur des Freikorps Dänemark nicht doch von mir oder noch besser vom Befehlshaber der deutschen Truppen abgehalten werden soll. Eine nach aussen hin sichtbare Ehrung entweder durch eine deutscherseits veranstaltete Feier oder durch Beteiligung von Befehlshaber und mir an einer dänischerseits veranstalteten Feier wird hier allgemein erwartet.

Drahtweisung erbeten.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Dtschld. (Arb. St.)

Nr. 2 an R. A. M.

Nr. 3 an St. S.

Nr. 5 an B. R. A. M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha. Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg. Pol.

Dies ist Nr. 3.

243.

Telegram fra Renthe-Fink ang. kirkeminister Fibigers grundlovstale.

6. juni 1942.

Geheim!

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 6. Juni 1942.

Ankunft: — 7. — — 01,00 Uhr.

Nr. 822 vom 6.6.42.

Gestrige Feier dänischen Verfassungstages hat völlig ruhigen Verlauf gehabt. Von grösseren offiziellen Kundgebungen wurde dänischerseits abgesehen. Konservativer Kirchenminister Fibiger hielt Rundfunkrede aus Anlass Verfassungstages, in der er

besonders Notwendigkeit unterstrich, auf der Grundlage der Sammlungspolitik die Aufgaben dieser Zeit zu meistern. Bisheriges vertrauensvolles Verständnis, das allenthalben verantwortlichen Stellen seitens Bevölkerung entgegengebracht worden sei, zeuge von politischer Reife und vom Willen, das Wohl der Allgemeinheit den Sonderinteressen vorzuziehen. Insbesondere habe man dem Gebot des Königs für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande entsprochen. Es müsse hervorgehoben werden, dass bisheriger Teil der Besetzungsperiode würdig verlaufen sei, und dass auch dänisches Volk im Verhältnis zur Besetzungsmacht einen Beweis des Verantwortungsbewusstseins und des Verständnisses des Ernstes der Situation geliefert habe. Deutsche Versicherung, dass Dänemark nach Beendigung Krieges volle Freiheit und Selbständigkeit zurückerhalten würde, müsse auch als Verpflichtung für die Dänen selbst aufgefasst werden, sodass der Respekt vor der Regierungsform bewahrt und der Zusammenhalt im Volke in einem Masse erweitert und verstärkt werden müsse, dass Dänemark unter Bewahrung der guten Kräfte nach dem Kriege seinen Einsatz am Aufbau Europas leisten könne.

In Aalborg sprach Vorsitzender der konservativen Reichstagsgruppe, Ole Bjoern Kraft, bei einer Veranstaltung aus Anlass Verfassungstages. In seiner Rede hob er besonders die Bedeutung der dänischen Verfassung für gegenwärtige dänische Politik der Zusammenarbeit hervor.

In Kopenhagen veranstaltete die DNSAP eine von 3—4 000 Personen besuchte nationalsozialistische Grossveranstaltung, die einen völlig reibungslosen Verlauf nahm. Wie üblich, hatte ein grosser Teil der Kopenhagener Bevölkerung den sommerlichen Feiertag zu Ausflügen in die Umgebung benützt, sodass die Stadt ein ruhiges und leeres Bild bot.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 21 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI (Arb.St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha Pol.

Nr. 10 an — — Kult

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru

Nr. 15 an Dg.Pol.

Nr. 16 an Dg.Ha.Pol.

Nr. 17 an Dg. *

Nr. 18 an Dg.Kult.

Nr. 19 an Dg.Ru.

Nr. 20 an pers.Stab (Hewel)

Nr. 21 an Land.Ref.

Dies ist Nr. 13

244.

Telegram fra Renthe-Fink ang. v. Schalburgs begravelse.**10. juni 1942.****Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 10. Juni 1942, 11.50 Uhr
 Ankomst: — 10. — —, 12.30 —

Nr. 91 vom 10.6. CITISSIME!

Unter Bezugnahme auf gestern von Legationsrat Rademacher durchgegebene fernmündliche Weisung.

Befehlshaber deutscher Truppen, der sich zurzeit dienstlich in Berlin befindet, liess mir heute morgen mitteilen, Generalfeldmarschall Keitel habe angeordnet, dass eine militärische Gedächtnisfeier für gefallenen Kommandeur Freikorps Dänemark durch Befehlshaber veranstaltet werden sollte. M.E. kann nur eine Gedenkfeier für Schalburg stattfinden, an welcher sich sowohl Reichsvertreter sowie Befehlshaber persönlich zu beteiligen haben. Ich habe Vertreter Befehlshabers gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass die Feier nach Weisung des Auswärtigen Amtes von mir durchzuführen sei und dass, wenn Generalfeldmarschall Keitel eine Abänderung wünsche, er sich mit Reichsaussenminister in Verbindung setzen müsse. Was die Frage der Redner anbetrifft, so hat Befehlshaber zum Ausdruck gebracht, dass seine persönliche Beteiligung an Feier in Frage gestellt sei, wenn diese dadurch, dass Parteiführer Frits Clausen als Redner in Erscheinung trete, einen innerpolitischen Anstrich erhielte, was ihm militärisch nicht erwünscht erschiene. Unter diesen Umständen beabsichtige ich bei der Feier vor dänischen Rednern überhaupt abzusehen.

Drahtweisung erbeten.

Renthe-Fink.

Hergestellt in 7 Stücken

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol I M (Arb.St.)

- 2 - RAM

- 3 - St.S.

- 4 - BRAM

- 5 - Leiter Abt.Pol.

- 6 - Botsch.Ritter

- 7 - Leiter Abt.Dtschl

Dies ist Nr. 3.

245.

Indberetning fra Renthe-Fink ang. kirkeminister Fibigers grundlovstale.**10. juni 1942.**

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT
Kopenhagen

*Kopenhagen, den 10. Juni 1942.**Tgb.Nr.374/42*

Im Anschluss an den Drahtbericht
Nr. 822 vom 6.6.1942. Pol VI 695⁴² lb.

Betr.: Feier des dänischen Verfas-
sungstages am 5.6.1942.

2 Durchschläge
1 Anlage (3 fach).

An
das Auswärtige Amt
Berlin.

Im Anschluss an den oben bezeichneten Drahtbericht wird eine wörtliche Übersetzung der von dem Kirchenminister Fibiger in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der nach dem alljährlichen Turnus der Koalitionsparteien an der Reihe befindlichen Konservativen Partei gehaltenen Rundfunkansprache vorgelegt. Formell betrachtet gibt der Inhalt der Ansprache keinen Anlass zu Beanstandungen, stellt vielmehr gegenüber ähnlichen früheren Ministerreden einen gewissen Fortschritt dar, indem beispielsweise von der Besetzung als „Schutz einer fremden Macht“ gesprochen wird. Zweifellos ist dieser Fortschritt, der allgemein beachtet worden ist, auf eine Einwirkung des Staatsministers und des Aussenministers zurückzuführen, die unter dem Eindruck meiner sehr nachdrücklichen Darlegungen anlässlich des Wechsels im Ministerpräsidium erfolgte. Trotzdem habe ich dem Aussenminister gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass die Ausführungen des Ministers Fibiger uns nicht befriedigten, weil sie im Ganzen genommen eine restriktive Auslegung der Regierungserklärung des neuen Staatsministers vom 5. Mai d. Js. darstellten, und die Ausrichtung Dänemarks auf die unbedingt notwendige und enge Zusammenarbeit mit Deutschland im Neuen Europa nur im Rahmen einer skandinavischen Blockbildung bejahten. Zugleich habe ich es als äusserst befremdend bezeichnet, dass die Koalitionsparteien Herrn Fibiger trotz des Falles Christmas Möller als Sprecher herausgestellt hätten, auch wenn routinemässig die Reihe an ihm gewesen sei.¹⁾

In der dänischen Presse hat die Rede des Kirchenministers Fibiger einen verhältnismässig geringen Widerhall gefunden. Die Zeitungen beschränkten sich im wesentlichen auf die Wiedergabe eines ausführlichen Auszuges der Ansprache Fibigers und stellten nur vereinzelt eigene redaktionelle Betrachtungen zu seinen Ausführungen an. Diese Kommentare brachten auch keine eigenen neuen Gedanken, sondern stellten mehr oder weniger eine Paraphrase der Gesichtspunkte des Kirchenministers dar.

Unter der Überschrift „Im Zeichen der Sammlung“ wies „Berlingske Tidende“ darauf hin, dass der Verfassungstag in diesem Jahre nicht zum Anlass parteipolitischer Demonstrationen genommen worden sei, sondern dass er in wirkungsvoller Weise der Eintracht des dänischen Volkes unter den jetzigen Verhältnissen Ausdruck gegeben habe. Mit besonderem Interesse behandelte das Blatt darauf die Ausführungen Fibigers über die Zusammengehörigkeit der nordischen Völker und unterstrich die Erklärung des Ministers, dass Dänemark aus der gegenwärtigen Auseinandersetzung als ein „nordisch-bewusstes Volk“ hervorgehen werde. „Die Strömungen und Bewegungen, die heute Tag

für Tag das dänische Volk tiefer in die nordische Ideenwelt hineinführen zu einer engeren Zusammengehörigkeit mit den Brüdervölkern, dürfen nicht unterschätzt werden. Sie werden zu gegebener Zeit ihre Früchte tragen“. — „Berlingske Tidende“ hob ferner hervor, dass das dänische Volk den Übergang vom freien politischen Kampf zur nationalen Sammlung unter Beibehaltung der demokratischen Staatsform habe vollziehen können.

Als einzige Zeitung beschäftigt sich „Faedrelandet“ kritisch mit den Ausführungen Fibigers, die sie als „Einspritzung zur Verherrlichung der Demokratie“ bezeichnet. Das Blatt macht dem Minister den Vorwurf, dass er die Kirche in den politischen Kampf hinein-gezerrt und die Sache der Kirche zur Sache der Demokratie gemacht habe. Es wird bemängelt, dass Fibiger nicht eindeutig Abstand von Christmas Möller genommen hat, sondern mit seiner Bemerkung, dass einzelne verantwortungslose Kreise den Appell des Königs und der Regierung missachtet hätten, vielleicht nicht an den früheren konservativen Parteivorsitzenden, sondern an andere (nationalsozialistische) Personen gedacht habe. Die Radioansprache Fibigers am Verfassungstage müsse als Herausforderung charakterisiert werden.

Auch die kleinere Verfassungstagsveranstaltungen in der Provinz fanden in der dänischen Presse nur einen geringen Niederschlag. Sofern sie überhaupt redaktionell kommentiert wurden, wurde der „Sammlung“ ein Loblied gesungen.

Renthe-Fink.

¹⁾ Dokumentet er her med v. Grundherrns håndskrift påført:

„Ich habe ganz ähnlich mich dem Gesandten Mohr gegenüber geäußert. Grdh.“

246.

Notits af understatssekretær Martin Luther til rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. v. Schalburgs begravelse.

11. juni 1942.

zu D III 3391/42

Berlin, den 11. Juni 1942.

EILT SEHR

Vortragsnotiz

Betrifft: Trauerfeier für den gefallenen
Kommandeur des Freikorps
Dänemark.

Nach dem Vorschlag des Gesandten v. Renthe-Fink sollte die Trauerfeier für SS-Obersturmbannführer von *Schalburg* von ihm oder vom Militärbefehlshaber in Dänemark veranstaltet werden. Der Herr Reichsaussenminister hatte auf meinen Vorschlag entschieden, dass der Gesandte v. Renthe-Fink die Veranstaltung übernimmt.

Generalfeldmarschall Keitel wünscht nunmehr, dass eine militärische Gedächtnisfeier veranstaltet wird. In dieser Angelegenheit rief mich gestern abend Obergruppenführer Wolff im Auftrag des Reichsführers-SS an und bat mich, dem Herrn Reichsaussenminister den Wunsch vorzutragen, dem Vorschlag des Generalfeldmarschall Keitel zuzustimmen. Die Trauerrede soll SS-Obergruppenführer Krüger, dem die Ausbildung des Freikorps Dänemark im Rahmen der Waffen-SS unterstanden hat, halten. Sie wird dem Auswärtigen Amt vorgelegt werden. An der Feier selbst soll Gruppenführer Berger als

Vertreter des Reichsführers-SS teilnehmen, aber nicht sprechen. Der Parteiführer der DNSAP Clausen wird einen Kranz niederlegen und hierbei nur einige Worte dem gefallen Kameraden widmen.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Reichsführer-SS mit der Veranstaltung der Trauerfeier durch den Militärbefehlshaber einverstanden ist, schlage ich vor, seine Wünsche zu entsprechen und die Genehmigung zu erteilen. Die Feier selbst wird am kommenden Dienstag stattfinden. Der Gesandte v. Renthe-Fink wird selbstverständlich teilnehmen. Obergruppenführer Wolff wird mich heute nachmittag anrufen, um die Entscheidung des Herrn Reichsaussenministers zu erfahren.

Ich bitte um Zustimmung.

Luther.

Zur Vorlage bei dem *Herrn Reichsaussenminister.*

Der Eile halber im Durchdruck
Herrn St.S. von Weizsäcker
mit der Bitte um Kenntnissnahme.

247.

Skrivelse fra understatssekretær E. Woermann til Renthe-Fink ang. skrivelse fra SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich om den danske modstandsbevægelse.

12. juni 1942.

Geheim.

Abschrift Nr. 1 für die Handakten d. H. Ges.

Berlin W 8, den 12. Juni 1942.

AUSWÄRTIGES AMT

Nr. Pol VI 6352 g

Im Anschluss an den Erlass vom 1. Maj 1942 —

Pol VI 5640 g Ang. II.

*An die Deutsche Gesandtschaft
z.Hd.v.Herrn Gesandten v.Renthe-Fink
Kopenhagen.*

In der Anlage übersende ich zur Kenntnis Abschrift der Antwort, die der verstorbene Chef der Sicherheitspolizei und des SD auf das Schreiben des Auswärtigen Amts vom 28. April 1942 — Pol VI 5640 g Ang. I — erteilt hat.

Der Herr Reichsaussenminister ersucht Sie, im Sinne des Schreibens des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 3. Juni 1942 — Az.2711/42 — zu verfahren, d.h. es nicht bei dem Vorgehen im Fall la Cour zu belassen, sondern bei aller erforderlichen Vorsicht und Zurückhaltung eine möglichst schnelle und durchgreifende Abdämmung der dänischen Widerstandsarbeit durch weitere Massnahmen derart wie im Fall la Cour sicherzustellen.

Im Auftrag

gez. **Woermann.**

Abschrift Pol VI 6352 g.

Berlin, den 3. Juni 1942.

DER CHEF DER SICHERHEITSPOLIZEI
UND DES SD

Az. 2711/42.

An den Herrn Reichsminister des Auswärtigen,
Joachim von Ribbentrop,
Berlin.

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Die Antwort des Auswärtigen Amtes — Pol VI 5640 g — auf mein an Sie gerichtetes Schreiben vom 18.2.1942 und den Bericht über die Bildung einer nationalen Widerstandsfront in Dänemark habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Ich ersehe aus ihr, dass grundsätzlich die Auffassung Ihres Amtes über das Entstehen und Anwachsen einer geistigen Widerstandsbewegung in Dänemark sich mit der aus meinen Beobachtungen gewonnenen Überzeugung deckt.

Ich habe auch das Vorgehen des Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Kopenhagen im Falle La Cour mit Befriedigung beobachtet und ebenfalls festgestellt, dass das deutsche Vorgehen im Falle La Cour nicht nur die dänische Regierung zu positiverem Einwirken auf die Bevölkerung veranlasst, sondern auch vorübergehend direkt auf die Träger der Widerstandsarbeit einschüchternd gewirkt hat. Die im Falle La Cour ergriffenen Massnahmen liegen m.E. durchaus in der Linie der am Schluss meines Berichtes vorgeschlagenen Massnahmen. Wenn ich auf Seite 40, Ziff. 2

„die Sicherstellung und Unschädlichmachung der gefährlichsten führenden Persönlichkeiten der Widerstandsarbeit entweder über die dänische Regierung oder, wenn diese dazu nicht in der Lage ist, direkt durch die deutschen Behörden“

vorgeschlagen habe, so sehe ich in dem Vorgehen gegen La Cour einen ersten erfolgreichen Schritt in dieser Richtung. Ich hatte die Durchführung dieser Massnahmen zurzeit durchaus für erfolgversprechend in der vom Auswärtigen Amt vorgesehenen Form eines „exemplarischen Eingreifens in Einzelfällen“, bin allerdings überzeugt, dass eine wirksame Abdämmung der weiterhin anhaltenden — wenn auch zeitweilig vorsichtigeren — Widerstandsarbeit nur erreicht werden kann, wenn auch noch *weitere* führende Persönlichkeiten der antideutschen Widerstandsarbeit in ähnlicher Weise wie La Cour unschädlich gemacht werden. Dass für solche weiteren Schritte jeweils der geeignete Zeitpunkt und Anlass gewählt werden muss, über den nur der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches in Kopenhagen entscheiden kann, ist selbstverständlich.

Ich darf aber nochmals *nachdrücklichst* meiner Überzeugung Ausdruck geben, dass die — bei aller erforderlichen Vorsicht und Zurückhaltung — möglichst schnelle und durchgreifende Abdämmung der dänischen Widerstandsarbeit durch weitere Massnahmen derart wie im Falle La Cour dringend erforderlich ist.

Wenn auch das Auswärtige Amt unter Berücksichtigung der dänischen Mentalität zurzeit offene Unruhen nicht befürchtet, so wird m.E. die anhaltende Fanatisierung der dänischen Widerstandskreise bei Hinzukommen weiterer ungünstiger Umstände — seien es beispielsweise englische Landungsversuche, Ereignisse in Norwegen, seien es Transport- und Ernährungsschwierigkeiten des kommenden Winters — möglicherweise kleinere Kreise und Gruppen zu unüberlegten Aktionen hinreissen, die das Reich zu viel weitergehenden Eingreifen als die vorgesehenen Massnahmen zwingen würden und die Zustände schaffen würden, wie sie zeitweilig im Protektorat Böhmen und Mähren bestanden haben, und die m.E. auch in Dänemark vermieden werden müssen.

Auch wenn es nicht zu offenen Unruhen in Dänemark käme, würde ein stärkeres Anwachsen der *passiven* Widerstandshaltung nicht nur die Arbeit der deutschen Stellen in Dänemark sehr erschweren, sondern auch sich für den dänischen Beitrag zur Sicherung der deutschen Ernährungslage schädigend auswirken.

Gerade bei der Mentalität der Dänen aber scheint es mir durch *rechtzeitiges* festes Auftreten und Zugreifen im geschilderten Sinne durchaus möglich, einmal bei nationalen Widerstandskreisen eine Schockwirkung zu erzielen, die sich lähmend auf ihre Arbeit auswirkt, zum zweiten aber bei den nüchtern denkenden Kreisen des dänischen Volkes die Überzeugung von der Stärke und Geschlossenheit des deutschen Führungswillens zu schaffen und damit eine Umstellung auf die in Zukunft unvermeidliche enge Zusammenarbeit mit dem Reich vorzubereiten.

Es könnte dann m.E. rechtzeitig für Dänemark vermieden werden, dass es eine ähnliche schwierige und zeitweilig unerfreuliche Entwicklung wie andere germanische Länder durchmachen muss, auf die es m.E. — wenn auch den Umständen entsprechend im wesentlich langsameren Tempo — zurzeit hinsteuert.

Heil Hitler!

gez. **Heydrich**
SS-Obergruppenführer

Dieses Schreiben wurde von SS-Obergruppenführer Heydrich vor dem Attentat im Entwurf abgezeichnet.

I. V.

Unterschrift
SS-Obersturmbannführer

248.

Notits af legationsråd Franz Rademacher ang. kirkeminister Fibigers grundlovstale.

13. juni 1942.

Geheim!

Ref.: D III.

zu D.III. 506.g.

Aufzeichnung

In dem anliegenden Drahtbericht der Gesandtschaft Kopenhagen vom 6.6. ist m. E. die Rede des konservativen Kirchenministers Fibiger falsch gewürdigt worden. Der über den Sonderdienst „Seehaus“ hier bekannt gewordene Wortlaut der Rede lässt erkennen, wie sehr es Fibiger darauf anlegte, unter dem Deckmantel neutral klingender Phrasen bei dem aufmerksamen dänischen Zuhörer eine antideutsche Stimmung zu erzeugen.

Bemerkenswert sind u. a. folgende Stellen:

.....dass wir auf der Grundlage des Volksregimes in der Lage waren, unsere Angelegenheiten in der Form wahrzunehmen, dass auf jedem Gebiet im Innern Fortschritte zu verzeichnen waren. Nicht am wenigsten gilt dies für *die Zeit zwischen dem Krieg 1864 und dem vorigen Weltkrieg*, ebenso für die *meiste Zeit* nach diesem Für mich ist es ausser Zweifel, dass das Volksregime in Dänemark *die Prüfung, der es zur Zeit unterworfen ist*, bestehen wird. *Denken Sie an den Augenblick zurück, an Frühjahr und Sommer 1939 mit seinen politischen Kämpfen und halten Sie dieses Bild dänischer Politik aus der Zeit des Friedens und der Unbekümmertheit fest*

..... Die Parteien legen alle Parteiunstimmigkeiten beiseite und tun sich zusammen zur Sicherung der Unabhängigkeit und Integrität, die unserem Lande zugesagt wurden und die des Volkes Meine Zuhörer werden verstehen, dass nur ein Volk von politischer Kultur etwas derartiges unter Aufrechterhaltung des gewohnten politischen Rahmens und der Parteiorganisationen, die jetzt ebenso wie früher die politische Aufklärung zum Wohle des gemeinsamen Gemeinwesens betreiben, durchführen kann.

Wir finden nicht, dass unser Dasein ohne die Verfassungsrechte menschenwürdig ist Ich bin fest davon überzeugt, dass die Liebe zur Freiheit und den Lebensbedingungen des freien Mannes so gross ist, dass es jederzeit usw. Was wir unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen an ausdauernder, aber nicht selbstaufgebender Anpassungsfähigkeit erleben „Ein kleines Land, und doch die Erde umspannend“ Wir könnten hinzufügen, dass wir auch auf dem Gebiet des Geisteslebens ein Ansehen genossen, das auf gleichem Fuss mit dem der grossen Nationen sich befand Es ist ein glücklicher Umstand, dass wir in den Zustand hineingingen, in dem wir uns jetzt hoffentlich nur noch für eine kurze Zeit befinden, mit Vertrauen Macht man es sich erst richtig klar, was mit unserem Lande am 9. April geschah, in welche Lage wir da kamen, in der wir uns seither befunden haben; macht man es sich klar, welche Gefühle es in einem ehrliebenden Volke hervorrufen muss, von fremden Truppen besetzt zu sein, auch wenn

Ich spreche heute auch diesen Wunsch aus, dass Gottes Wort immer in unserem Vaterlande erklingen darf und dass es von Vielen empfangen wird

Hiermit Herrn Unterstaatssekretär *Luther* mit der Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt.

Berlin, den 13. Juni 1942.

gez. **Rademacher.**

249.

**Notits af understatssekretær Martin Luther ang. den svenske statsminister
Per Albin Hanssons besøg i København.**

20. juni 1942.

Geheim.

UNTERSTAATSSEKRETÄR
LUTHER

zu D III 513 g

Vortragsnotiz

Bei seinem Aufenthalt in Kopenhagen zur Trauerfeier von Schalburgs erhielt Legationsrat Rademacher aus zuverlässiger dänischer Quelle die Information, dass der schwedische Staatsminister und Sozialdemokrat *Per Albin Hansson* sich bemüht hat, die dänischen Sozialdemokraten vom Siege Englands zu überzeugen und einen gegen Deutschland gerüsteten und gefestigten Norden herbeizuführen.

Bezeichnend ist, dass bei diesen Zusammenkünften die auf deutschen Druck hin offiziell aus der Politik ausgeschalteten Deutschenfeinde Hedtoft-Hansen und Hartvig

Frisch besonders herausgestellt wurden, wie auch die Bilder der beigegeführten dänischen illustrierten Zeitung ergeben, wo Albin Hansson, Hartvig Frisch und Hedtoft-Hansen in froher Zwiesprache gezeigt werden.

Gesandter v. Renthe-Fink hat in diesem Zusammenhang Legationsrat Rademacher mitgeteilt, der Aussenminister Scavenius habe ihm gesagt, er sei von Per Albin Hansson bewusst vernachlässigt worden, dieser habe sich nur mit den Sozialdemokraten beschäftigt.

Eine Aufzeichnung ist beigegeführt, die Rademacher von zuverlässiger dänischer Gewerkschaftsseite erhalten hat.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär *dem Herrn Reichsaussenminister* mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Berlin, den 20. Juni 1942.

Luther.

250.

Telegram fra Renthe-Fink ang. tale af statsminister Buhl 21. juni.

22. juni 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 22. Juni 1942 — 11.00 Uhr
Ankunft: — 22. — — 11.30 Uhr

Nr. 882 vom 22.6.42. CITO!

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 881*) vom 21.6.42.

Gestrige Rede Staatsministers entsprach im allgemeinen bisheriger Linie der Sammlungsparteien und brachte grundsätzlich nichts Neues. Es kann aber gegenüber letzten Ministerreden festgestellt werden, dass Buhl einen zuversichtlicheren und positiveren Ton anschlug, indem er die günstigere Lage Dänemarks im Vergleich zu anderen Ländern unterstrich und die Hoffnung aussprach, Dänemark werde auch künftig die sicher nicht geringer werdenden Schwierigkeiten erfolgreich meistern. Im Verhältnis zu Deutschland hob er hervor, dass die Zeit der Auseinandersetzung mit Deutschland endgültig vorüber sei, dass es Dänemarks historische Aufgabe sei, enge Zusammenarbeit mit Deutschland jetzt und in Zukunft zu festigen und zu sichern, wobei er auf die grosse praktische Aufbauarbeit hinwies, die der Zusammenarbeit der Länder in der Nachkriegszeit gestellt wird. Er ermahnte alle Kreise der Bevölkerung im Hinblick auf gewisse Vorfälle der letzten Zeit sehr ernst und eindringlich zu Ruhe und Besonnenheit, um nicht Dänemarks Recht auf eigene Ordnung seiner Angelegenheit in Gefahr zu bringen. Von der auch von ihm gewürdigten interkandinavischen Zusammenarbeit sagte Buhl, dass sie Dänemarks Verbindungen mit anderen Ländern nicht beeinträchtigen dürfe. Sehe in Rede Staatsministers ersten, wenn auch bescheidenen Versuch, öffentliche Meinung im Sinne unserer Ermahnungen zu führen. Presse der Sammlungsparteien beschränkt sich darauf, Ausführungen Staatsministers in Überschriften zu unterstreichen oder zu paraphrasieren. „Faederlandet“ verzeichnet

*) bei Presse

bemerkenswerte Wandlung Buhls zu einsichtigerer Einstellung, seit er Staatsminister geworden ist, und bemerkt, dass gegen seine vernünftigen Worte über das Verhältnis zu Deutschland und über die scharfe Verurteilung der Unruhestifter nichts einzuwenden sei, zieht aber den Schluss, dass er folgerichtig nun auch stärker als bisher den Kommunismus bekämpfen müsse.

Renthe-Fink.

N.S. Bitte Herrn Gesandten von Grundherr sofort auf den Tisch.

Hergestellt in 18 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI (Arb. St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht.

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha. Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg. Pol.

Nr. 16 an Dg. Ru.

Nr. 17 an pers. Stab (Hewel)

Nr. 18 an Länd. Ref.

Dies ist Nr. 3.

251.

**Notits af legationsråd Franz Rademacher ang. kirkeminister
Fibigers grundlovstale.**

9. juli 1942.

Geheim.

Referat D III.

zu D III. 506 g.

LR RADEMACHER

Aufzeichnung

Im Nachgang zum Telegramm vom 6.6.42 hat die Deutsche Gesandtschaft Kopenhagen noch einen bei Pol VI am 19.6.42 eingegangenen Bericht vom 10.6.42 erstattet, der die Rede des konservativen Kirchenministers Fibiger zur Feier des dänischen Verfassungstages wesentlich kritischer würdigt. Abschrift des Berichtes liegt bei.

Nach dem Bericht hat Gesandter von Renthe-Fink dem Dänischen Aussenminister gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass die Ausführungen des Ministers Fibiger uns nicht befriedigen. Ferner hat er es als äusserst befremdend bezeichnet, dass die Koalitionsparteien Herrn Fibiger trotz Christmas Möller als Sprecher herausgestellt hätten, auch wenn routinemässig die Reihe an ihm gewesen sei. In ähnlicher Form hat sich hinsichtlich der Herausstellung Fibigers als Sprecher auch Gesandter von Grundherr dem Dänischen Gesandten Mohr gegenüber geäussert.

Hiermit *Herrn Unterstaatssekretär Luther* mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Berlin, den 9. Juli 1942.

Rademacher.

252.

Telegram fra Renthe-Fink ang. udnævnelse af Alsing Andersen til finansminister.

14. juli 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 14.7.1942 02.00 Uhr
Ankunft, den 14.7.1942 03.30 Uhr

Nr. 993 vom 14.7.

1) Aussenminister teilte mir mit, dass beabsichtigt sei, Finanzministerposten, den bisheriger¹⁾ Staatsminister Buhl innehat, neu zu besetzen und dass hierfür Vorsitzender sozialdemokratischer Partei früherer Wehrminister Alsing Andersen in Aussicht genommen. Staatsminister Buhl könne wegen Überlastung nicht länger beide Portefeuilles behalten, halte es auch zur Stärkung Autorität Kabinetts gegenüber Arbeiterschaft, die wachsende Unzufriedenheit mit ihrer Lage zeige, für notwendig, Vorsitzenden sozialdemokratischer Partei in die Regierung aufzunehmen. Alsing Andersen werde bisherige Regierungspolitik unterstützen, habe Aussenminister gesagt, dass dänische Regierung Verantwortung für beabsichtigte Ernennung trage und selbst beurteilen müsse, ob diese in der Linie der notwendigen stärkeren Ausrichtung der dänischen Politik auf die künftige europäische Zusammenarbeit liege. Ernennung von Alsing Andersen würde von uns bestimmt nicht als ein Fortschritt bewertet werden.

2) Alsing Andersen, 1893 geboren, seit 1929 sozialdemokratischer Folketingsabgeordneter, war von 1935 bis Juni 1940 Verteidigungsminister in der Regierung Stauning Munch, durch seine pazifistische Wehrpolitik ist er bei der Rechten, die ihn für die mangelnden Verteidigungsvorbereitungen Dänemarks vor dem 9. April 1940 verantwortlich macht, sehr verhasst gewesen. Seine Ernennung würde die Spannungen innerhalb der Sammlungsregierung voraussichtlich verstärken.

Renthefink.

Verteiler Nr. 7:

Nr. 1	}	
Nr. 1 a	}	an Pol VI (Arb.St.)
Nr. 2	}	
Nr. 2 a	}	- RAM
Nr. 3		- St.S.

Nr. 4 }
 Nr. 4 a } an BRAM
 Nr. 5 - Botsch. Ritter
 Nr. 6—14 - *Abt. Leiter:*
 6 u. 6 a) Pol, 7) Recht,
 8 u. 8 a) Dtschld.,
 9) HaPol, 10) Kult.,
 11) Presse, 12) Prot.,
 13) Ru., 14) Inf.
 Nr. 15—21 - *stv. Abt. Leiter:*
 15) Pol, 16) Recht,
 17) HaPol, 18) Kult.,
 19) Presse, 20) Ru.,
 21) Inf.,
 Nr. 22 - pers. Stab (Hewel),
 Nr. 23 - Länd. Ref. Abt. Pol.,
 Nr. 24 - Sammlg. Telko.
 Dies ist Nr. 3.

¹⁾ Skrivefejl for „bisher“.

Berichtigung

Zu Telegramm Nr. 993 vom 14.7. aus Kopenhagen betreffend beabsichtigte Ernennung von Alsing Andersen zum Finanzminister bringt Kopenhagen noch einen Nachsatz.

Der Schluss des Telegramms lautet demnach:

„Seine Ernennung würde die Spannungen innerhalb der Sammlungsregierung voraussichtlich verstärken. Meines Erachtens nach liegt es nach wie vor in unserem Interesse, dänischer Regierung nicht durch personalpolitische Einflussnahme Verantwortung abzunehmen.

Renthe-Fink.“

Telegrammkontrolle 14.7.42.

Verteiler Nr. 7:

Nr. 1 }
 Nr. 1 a } an Pol VI (Arb.St.)
 Nr. 2 }
 Nr. 2 a } - RAM
 Nr. 3 - St.S.
 Nr. 4 }
 Nr. 4 a } - BRAM
 Nr. 5 - Botsch. Ritter
 Nr. 6—14 - *Abt. Leiter:*
 6 u. 6 a) Pol, 7) Recht
 8 u. 8 a) Dtschld.,
 9) HaPol, 10) Kult.,
 11) Presse, 12) Prot.,
 13) Ru., 14) Inf.
 Nr. 15—21 - *stv. Abt. Leiter:*
 15) Pol, 16) Recht,
 17) HaPol, 18) Kult.,
 19) Presse, 20) Ru.,
 21) Inf.
 Nr. 22 - pers. Stab (Hewel)
 Nr. 23 - Länd. Ref. Abt. Pol.
 Nr. 24 - Sammlg. Telko.
 Dies ist Nr. 3.

253.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale med udenrigsminister Scavenius om
Alsing Andersens udnævnelse til finansminister.**

16. juli 1942.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 16. Juli 1942 1,20 Uhr
Ankunft: — 16. — — 2,20 —

Nr. 1005 vom 15.7.42. CITO!

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 993*) vom 14.7.

1.) Aussenminister hat mir heute abend auf Anfrage mitgeteilt, dass Ernennung Alsing P. Andersen zum Finanzminister als Tatsache anzusehen sei. Aussenminister habe geraten, Posten unbesetzt zu lassen, Staatsminister Buhl habe aber dem Drängen der sozialdemokratischen Partei nachgeben müssen. Diese habe sich dadurch zurückgesetzt gefühlt, dass Vorsitzender der Venstre und Vorsitzender der Konservativen als Minister im Kabinett sässen, während der Vorsitzende der Sozialdemokratie ausserhalb der Regierung stehe. Sozialdemokratie sähe Staatsminister Buhl und Landwirtschaftsminister Bording weniger als Vertreter ihrer Partei, sondern als Fachminister an. Sozialminister Khaerboel habe durch seine Reform der Sozialgesetzgebung bei der Arbeiterschaft stark an Einfluss eingebüsst, die sozialdemokratische Partei fühle sich daher nicht mehr genügend im Kabinett repräsentiert. Aussenminister vertritt den Standpunkt, dass für eine ruhige Entwicklung in Dänemark es wichtig sei, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei in der Regierung zu haben, mit polizeilichen Massnahmen allein sei die Bevölkerung in diesen schwierigen Zeiten nicht ruhig zu halten.

Alsing Andersen erkenne durchaus die Notwendigkeit an, die Politik der Zusammenarbeit zu stützen, er sei nicht besser und nicht schlechter wie jeder andere dänische Sozialdemokrat. Aussenminister fügt hinzu, er habe aus meinen Aeusserungen entnommen, dass wir die Ernennung Alsing Andersens nicht gern sähen, wenn wir aber verlangten, dass eine andere Persönlichkeit genommen werde, so würde das grosse Erbitterung in der Arbeiterschaft erregen und es schwer machen, sie weiter bei der Stange zu halten.

2.) Dem Aussenminister ist dahin beizupflichten, dass die Zeit für neue Männer im Kabinett noch nicht gekommen ist, wenn wir, zumal im Hinblick auf die Bedeutung Dänemarks für unsere Kriegsernährung und unsere militärische Lage, auf eine weitere ruhige Entwicklung in Dänemark Wert legen wollen. Der grösste Teil der dänischen Bevölkerung will noch nicht einsehen, dass endgültige Entscheidung in diesem Krieg nicht zu Gunsten der Feindmächte ausfallen kann. Sie ist daher noch nicht bereit, sich innerpolitisch umzustellen. Wenn wir jetzt trotzdem Zwang ausüben, so kann die Wirkung nicht zweifelhaft sein. Das Kabinett wird sich zwar möglicherweise fügen und eine uns genehme Fassade hinstellen. In der Arbeiterschaft, über die wir bisher keinen Grund zur Klage gehabt haben, wird es aber sicher zu gären anfangen. Die nationalistischen Kreise, denen, ebenso wie den Konservativen und der Venstre, die Person Alsing Andersens zwar durchaus nicht genehm ist, werden sich aber wegen des angewandten deutschen Zwange mit der Arbeiterschaft zusammenfinden. Eine solche Lage müsste meines Erachtens vermieden werden. Ich habe

*) Pol VI

daher nicht die Absicht, weiter auf die dänische Regierung zu drücken, werde ihr gegenüber aber nach wie vor den Standpunkt vertreten, dass die Lösung uns nicht befriedigt und für die Zukunft nicht genügt.

Ich bitte um Weisung.

Renthe-Fink.

St.S.Keppler
 U.St.S.Pol.
 U.St.S.R.
 U.St.S. Luther
 Botsch. Ritter
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha.Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol
 Arb Expl. bei Pol VI.

(253. bilag 1)

**Notits af understatssekretær E. Woermann ang. Alsing Andersens
 udnævnelse til finansminister.**

18. juli 1942.

Geheim.

Tgb. Nr. 411/42.

Entziffertes Telegramm

Berlin (Ausw.Amt): 18. Juli 1942 12,10 Uhr.
 Kopenhagen: 18. — — 12,10 — .

CITO!

Tel. Nr. 1226/18. Verschlussache C.

Auf Telegramm 1005.

Mit der von Ihnen am Schluss Ziffer 2 Drahtberichts 1005 15. Juli vorgeschlagenen
 Stellungnahme einverstanden.

Woermann.

254.

Notits af legationsråd Franz Rademacher i anledning af den svenske statsminister Per Albin Hanssons besøg i København.

18. august 1942.

Geheim.

Referat D III

D III 513 g

Aufzeichnung

Zu den mit meiner Vortragsnotiz vom 20.6. vorgelegten Informationen über den Besuch des Schwedischen Staatsministers und Sozialdemokraten *Per Albin Hansson*, nimmt die Gesandtschaft mit dem in Abschrift beigelegten Bericht vom 26.7. Stellung. Danach waren ihr die Informationen ebenfalls bekannt. Soweit sie ihr zutreffend erschienen, wurden sie im Drahtbericht Nr. 700 vom 14.5.d.Js., verwertet. Die Informationen selbst an das Auswärtige Amt zu leiten, hat die Gesandtschaft nicht für richtig gehalten. Im Einzelnen hält der Gesandte es für ausgeschlossen, dass von dänischer Seite ein Programm des genannten Inhalts aufgestellt worden sei, er hält die dänischen Sozialdemokraten in aussenpolitischen Dingen für zu vorsichtig dazu. Er kann sich nicht denken, dass die dänischen Sozialdemokraten dem Eingehen des Baltikums, Kareliens, Polens usw., in die russische Machtsphäre zugestimmt haben. Die Zusammenkunft von Sozialdemokraten und konservativen Politikern hat am 19.5. nach dem Bericht stattgefunden. Es soll die Gründung einer Hochschule für „Dansk Ungdomssamvirke“ behandelt worden sein.

Aus einem durch die Zensur aufgefangenen Brief habe ich entnommen, dass inzwischen diese Hochschule „auf *Mols* in schöner Umgebung“ eingerichtet ist, und von Professor Hal-Koch geleitet wird. Es finden wöchentliche Kurse statt.

Ich selbst halte es nicht für ausgeschlossen, dass der bei der Besprechung mit Herrn Albin Hansson anwesende stur deutschfeindliche Flügel der dänischen Sozialdemokratie die aussenpolitische Situation als Wahl zwischen zwei Übeln, dem Nationalsozialismus und Kommunismus, ansieht, und dabei den Kommunismus als das kleinere. Ich kann mir also sehr wohl denken, dass dieser Flügel einem Eingehen der Ostseerandstaaten in die russische Machtsphäre zustimmt.

Da nach dem Bericht der Gesandte im vorliegenden Falle dem neuen Staatsminister gegenüber eine ganz klare Sprache geführt hat und andererseits der Vorgang durch die inzwischen verstrichene Zeit nicht mehr aktuell ist, halte ich nunmehr eine Vorlage der Vortragsnotiz beim Herrn Reichsaussenminister nicht mehr für notwendig.

Hiermit *Herrn Unterstaatssekretär Luther* mit der Bitte um Weisung vorgelegt.

Berlin, den 18. August 1942.

Rademacher.

Hiermit *Herrn Staatssekretär von Weizsäcker* mit der Bitte um Kenntnisnahme zugeleitet.

Auch ich halte die Vorlage der Vortragsnotiz an den Herrn Reichsaussenminister nicht mehr für notwendig.

Berlin, den 29. August 1942.

Luther.

9.

Christmas Møllers flugt til England april 1942

(Tyske dokumenter)

255.

Indberetning fra Renthe-Fink ang. Christmas Möllers flugt til England.**14. maj 1942.***Durchschlag.**Pol VI 622⁴²*

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen, den 14. Mai 1942.

Kopenhagen

Tgb. Nr. 326/42

2 Durchschläge.

Inhalt: Ehemaliger Handelsminister
Christmas Möller.*An Das Auswärtige Amt, Berlin.*

Der frühere Vorsitzende der Konservativen Volkspartei und ehemaliger Handelsminister J. Christmas-Möller hat mit Frau und Sohn heimlich Dänemark verlassen. Näheres über die Umstände sind noch nicht bekannt, es liegt lediglich ein Brief von ihm vor, in dem er dem Justizminister von der Tatsache Mitteilung macht. Der Brief ist offenbar Anfang Mai geschrieben und von einer dritten Person aufgegeben worden, nachdem sicher war, dass Christmas-Möller das Ausland erreicht hatte. Wohin er sich begeben hat — Schweden oder England — steht noch nicht fest. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Die Beweggründe für seine Handlungsweise sind nicht klar. Nachdem er durch mich wegen seines deutschfeindlichen Verhaltens von seinem politischen Posten entfernt worden war, hatte er hier sehr an Einfluss verloren, spielte, so weit man beurteilen konnte, in der Politik keine Rolle mehr und hatte an sich nichts von uns zu fürchten. Die Untersuchung wird zeigen, ob er mehr auf dem Kerbholz hatte als wir bisher angenommen haben. Es ist sicher, dass er die Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland nicht billigte und an den Sieg Englands glaubte. Es ist durchaus möglich, dass Christmas Möller, der einen ungeheueren Ehrgeiz besitzt, Dänemark verlassen hat, um sich an die Spitze der sogenannten „Freien Dänen“ zu stellen.

Die Regierung ist über den Schritt Christmas Möllers sehr überrascht und in gewisser Weise besorgt, weil sie das Zustandekommen einer Emigranten-Regierung ähnlich wie die norwegische fürchtet.

Ich habe bei der dänischen Regierung auf eine gründliche Aufklärung gedrungen.

gez. **Renthe-Fink.**

256.

Notits af Hügel ang. samtale med Renthe-Fink om Christmas Möllers flugt.**15. maj 1942.***eo. Pol. VI 596*

Kurz bevor der beiliegende Bericht der Funkabhörstelle, Blatt 1 vom 15.5., betreffend die Flucht des ehemaligen Führers der Konservativen Partei Dänemarks, Christmas Möller, nach England in meine Hände gelangt war, hatte mich heute mittag Gesandter v. Renthe-Fink angerufen, um mich auf den Schriftbericht, den die Gesandtschaft Kopenhagen über diese Angelegenheit unter dem 14. Mai — Nr. 326 — erstattet hat, besonders

aufmerksam zu machen. (Wie ich im Hauptbüro festgestellt habe, ist dieser Bericht bisher nicht eingegangen.)

Herr v. Renthe-Fink sagte, die Dänische Regierung sei über die Flucht Möller's sehr überrascht gewesen und missbilligt sie natürlich auf das schärfste. Er habe darüber mit Aussenminister v. Scavenius gesprochen, der einerseits darauf hinwies, dass die Flucht Möller's beweise, dass dieser keine Betätigungsmöglichkeit mehr in Dänemark gehabt hätte, andererseits aber die Sache als ausserordentlich unangenehm empfinde, weil Möller nunmehr über den englischen Rundfunk Propaganda machen werde.

In der dänischen Presse sei vorläufig noch keine Nachricht über die Angelegenheit Möller gebracht worden, da man eine solche gern zusammen mit einer Stellungnahme der Dänischen Regierung veröffentlichen möchte.

Möller habe bereits gestern über den englischen Rundfunk gesprochen und dabei insbesondere den Aussenminister Scavenius und seine Politik heftig angegriffen, wobei er ausführte, dass Scavenius ganz in unseren Händen sei usw. Die schwedischen Sender hätten einen Auszug aus der gestrigen Rundfunkansprache Möller's gebracht.

Gesandter v. Renthe-Fink, der noch bemerkte, dass Aussenminister v. Scavenius aus dem Fall Möller kein Vorwurf gemacht werden könnte, stellte weiteren Bericht über die Angelegenheit in Aussicht.

Hiermit
über Dg.Pol.
U.St.S.Pol.,
St.S.
dem Büro RAM vorgelegt.

Berlin, den 15. Mai 1942.

gez. Hügel.

*Durchdruck
zur Kenntnis an:*

Abt. D
Abt. P
Abt. Ru

257.

Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale med udenrigsminister Scavenius om Christmas Möllers flugt.

15. maj 1942.

Telegramm
(G.Schreiber)

Kopenhagen, den 15. Mai 1942 19.50 Uhr
Ankunft: — 15. — — 21.30 —

Nr. 706 vom 15. 5. 1942. CITO!

Unter Bezugnahme auf Schriftbericht — Tgb. Nr. 326 vom 14. 5. 1942.

Hatte gestern Aussenminister auf Fall Christmas Moeller angesprochen, der abends zum ersten Mal im englischen Rundfunk dänische Regierung insbesondere Scavenius und ihre Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland angriff. Scavenius verurteilte Handlungsweise Christmas Moellers aufs Schärfste und sagte mir, dass die beiden konservativen Ver-

treter im Kabinett ausdrücklich ihre Missbilligung ausgesprochen und erklärt hätten, ihnen sei nichts davon bekannt gewesen, dass Christmas Moeller vorgehabt hätte, Dänemark zu verlassen. Auf meine Frage, was man dänischerseits zu tun gedenke, erwiderte mir Aussenminister, dass sich Regierungserklärung in Vorbereitung befinde.

Renthefink.

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol VI (Arb.St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha.Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg.Pol.

Dies ist Nr. 3.

258.

Notits af legationsråd Franz Rademacher ang. Christmas Møller-sagen.

16. maj 1942.

LR RADEMACHER

zu D III 448 g

Aufzeichnung

Der frühere dänische Handelsminister und konservative Abgeordnete des Folketings Christmas Moeller hat mit seiner Frau und seinem Sohne Dänemark heimlich verlassen. Er hat diese Tatsache mit einem am 12. abgestempelten Brief dem Justizminister mitgeteilt und am 14. bereits im englischen Rundfunk eine Rede gehalten, in der er behauptete, die Engländer können kaum ermessen, welchen Erfolg die Royal Airforce an den letzten Wochen gehabt habe, allein in Rostock seien 30 000 Menschen ohne Wohnungen, die Feuersbrunst habe in Dänemark grössen Jubel ausgelöst. Die Deutschen trieben in Dänemark Raubbau. Die Buttererzeugung sei um $\frac{1}{3}$ gesunken, das Schweineschlachtergebnis um 50 %, die Eierproduktion um $\frac{2}{3}$.

Er habe die Absicht mit den „Freien Dänen zusammen zu arbeiten“.

Møller galt stets als ausgesprochen anglophil. Als Sohn eines Bankiers ist er an jüdisches Kapital gebunden. 1935 hat er Dänemark zum Boykott der Olympiade aufgefordert. Auf deutschen Druck hin musste er nach der Besetzung seine politische Posten aufgeben; trotzdem hetzte er nach wie vor weiter.

Wie aus dem Drahtbericht der Gesandtschaft Nr. 707 hervorgeht, hat die Dänische Regierung eine für mein Gefühl nicht sehr entschlossene Erklärung zu dem Fall herausgegeben, die allerdings betont, dass der Justizminister Anklage erhoben habe. Der Aussenminister Skavenius hat dem Deutschen Gesandten erklärt, er verurteilte die Handlungsweise Moellers aufs schärfste. Auch die beiden konservativen Mitarbeiter im Kabinett hätten ausdrücklich ihre Missbilligung ausgesprochen und erklärt, sie hätten nichts von Christmas Möller's Vorhaben gewusst.

Zum Falle Moeller hat Meissner mit seinen Hinweisen auf dessen Gefährlichkeit und dem Anraten eines scharfen Vorgehens gegen ihn im Gegensatz zu Oberführer Kanstein Recht behalten.

Berlin, den 16. Mai 1942.

Rademacher.

Hiermit Herrn Unterstaatssekretär *Luther*¹⁾ mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Rademacher.

¹⁾ Med håndskrift er tilføjet:

„Lg Rademacher

bitte in Kopenhagen rückfragen, wie es möglich sei, dass Möller *mit* Familie so unbemerkt verschwinden konnte. Was sagt Kannstein dazu? Luther 17/5.“

259.

Telegram fra den tyske luftattaché i Stockholm, Dankwort, om Christmas Møller-sagen.

19. maj 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Stockholm, den 19. Mai 1942 — 19.50 Uhr

Ankunft: — 19. — — — 22.00 —

Nr. 1259 vom 19.5. CITO!

Betr. Flucht des ehemaligen dänischen Ministers
Christmas Moeller nach England.

Für L.W. Führungsstab I C R.L.M.

Wie V-Mann berichtet und wie aus anderer sonst als zuverlässig anzusehender Quelle bekannt wird, soll Christmas Moeller nebst Frau und Sohn entweder am 11. Mai mit schwedischem Flugzeug oder 13. Mai mit englischem Kurierflugzeug England geflogen sein. Nach Mitteilung des schwedischen Aussenministeriums an Gesandtschaft ist den zuständigen schwedischen Behörden nichts darüber bekannt, auf welchem Wege Moeller nach England entkommen ist. Die amtlichen schwedischen Feststellungen in dieser Sache werden fortgesetzt.

Dankwort.

Luftattaché.

Vermerk:

Durch Fernschreibstelle an R.L.M.-G-Schreiber weitergegeben.

Tel.Ktr. — 20.5.42 —

Hergestellt in 10 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol Ig (Arb.St.)

- 2 - R.A.M.

- 3 - St.S.

- 4 - B.R.A.M.

- 5 - Botsch.Ritter

- 6 - Leiter Abt. Pol.

- 7 - — — Ha.Pol.

- 8 - — — Presse

- 9 - — — Pers.

- 10 - Dg.Pol.

Dies ist Nr. 3.

260.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop til statssekretær
E. v. Weizsäcker ang. Christmas Møller-sagen.**

18. maj 1942.

FERNSCHREIBSTELLE
DES AUSWÄRTIGEN AMTS

Telegramm eingeg. von S Sonderzug Westfalen Nr. 615 20. Mai 1942 0115

- 1.) Telkonr 544
- 2.) Fernschreiben (G-Schreiber)

Herrn Sts v. Weizsaecker

Der Herr RAM bittet Sie, den daenischen Gesandten kommen zu lassen und mit ihm im Sinne des Drahterlasses nach Kopenhagen Nr. 812 vom 18. Mai zu sprechen. Besonders bittet der Herr RAM Sie, die Flucht von Christmas Moeller nach England zum Gegenstand Ihrer Vorhaltungen zu machen. Dabei waere zum Ausdruck zu bringen, dass wir Vorkommnisse dieser Art nicht dulden koennten und noetigenfalls uns veranlasst sehen wuerden, selbst Vorkehrungen zu treffen, um derartiges unmoeglich zu machen. Im uebrigen bittet der Herr RAM Sie, diese Frage mit Herrn Mohr so zu besprechen, wie dies in dem genannten Drahterlass vorgesehen ist.

Westfalen, 18. Mai 1942.

Rintelen.

261.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop til statssekretær
E. v. Weizsäcker ang. Christmas Møller-sagen.**

19. maj 1942.

Büro RAM.

Herrn Staatssekretär
ergebenst vorgelegt:

Der Herr RAM bittet Sie, den Dänischen Gesandten *Mohr* zu bestellen und mit ihm im Sinne des anliegenden Drahterlasses vom Sonderzug nach Kopenhagen Nr. 541 vom 19.5. zu sprechen. Dabei bittet der Herr RAM besonders auf den Fall Moeller einzugehen.

Sollte der Empfang des Dänischen Gesandten vor Ihrer Reise nach Frankfurt nicht mehr erfolgen können, so bittet der Herr RAM Sie, Gesandten Mohr nach Ihrer Rückkehr zu empfangen.

Berlin, den 19. Mai 1942.

Brunn.

262.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. samtale med gesandt Mohr
om Christmas Møller-sagen.**

21. maj 1942.

St.-S. Nr. 332

Berlin, den 21. Mai 1942.

Ich habe den *Dänischen* Gesandten heute zu mir gebeten, um mit ihm im Sinne des Drahterlasses nach Kopenhagen No. 541 zu sprechen. Ich bin hierbei auf den Fall Christmas Möller besonders eingegangen und habe ihn mit der Äusserung verknüpft, dass wir bei ungenügenden dänischen Massnahmen veranlasst sein würden, selbst Vorkehrungen zu treffen, um Wiederholungen unmöglich zu machen. Ich fügte hinzu, die Dänische Regierung werde ja selbst das grösste Interesse daran haben, derartige Einschränkungen ihrer bisherigen selbständigen Aufsichtbefugnisse zu vermeiden.

Bei der Erörterung der Wirkung anti-deutscher Tendenzen in den Reden prominenter Dänen habe ich auch auf die Tatsache hingewiesen, dass im Bereich von Aalborg in der letzten Zeit Sabotage-Handlungen vorgekommen sind.

Der Gesandte Mohr nahm meine Ausführungen besorgt auf und hat die Absicht, über unser Gespräch schriftlich und mündlich an Herrn von Scavenius zu berichten. Dass Gesandter von Renthe-Fink mit dem Ministerpräsidenten Buhl und mit Scavenius im gleichen Sinne sprechen wird, habe ich Mohr gesagt.

gez. **Weizsäcker.**

Herrn R.A.M.

— U.St.-S. Pol. (mit der Bitte um Information von Renthe-Fink)

— Dg. Pol.

Pol. VI

Herrn Ges[andten] Eisenlohr

Presse

263.

Telegram fra Renthe-Fink ang. oplysninger om Christmas Møllers flugt.

23. maj 1942.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 23.5.42 16.45 Uhr

Ankunft den 23.5.42 17.25 Uhr

Nr. 756 vom 23.5.42

An Auswärtig Berlin.

Unter Bezugnahme auf Drahterlass Nr. 814*) vom 19.5.1942.

Fluchtweg Christmas Moellers durch dänische Polizei jetzt im wesentlichen geklärt. Christmas Moeller ist heimlich mit seiner Familie von Kopenhagen nach Nordjütland gefah-

*) Pol VI 617 I

ren und hat Dänemark vom Limfjord aus auf dem Wasserwege in Richtung Schweden verlassen. Nach einer Meldung, die dänische Polizei aus Stockholm erhielt, hat Christmas Moeller dann mit Frau und Sohn die Flucht von Stockholm aus im Flugzeug fortgesetzt. Es wird vermutet, dass er von der englischen Gesandtschaft in Stockholm falsche Pässe erhalten hat. —

Ermittlungen über Mittäter in Dänemark sind im Gange. Zurzeit werden die Christmas Moeller am nächsten stehenden Mitglieder der konservativen Partei polizeilich vernommen, über Ermittlungsergebnis wird in einigen Tagen berichtet werden.

gez. **Renthe-Fink.**

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

U.St.S. Luther

Botsch. Ritter

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg.Pol.

Arb. Expl. bei Pol.VI.

Ges. v. Grundherr.

264.

Telegram fra Renthe-Fink ang. kontrolforanstaltningerne ved de danske kyster.

23. maj 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 23. Mai 1942 19,50 Uhr

Ankunft: — 23. — — 20,25 —

Nr. 757 vom 23.5.42.

Auf Drahterlass Nr. 835*) vom 22. Mai 1942.

Für Ausreise aus Dänemark nach Schweden befinden sich auf dänischem Boden die drei Uebergangsstellen in Helsingør, Kopenhagen-Hafen und Kopenhagen-Flughafen. In Kontrolle an diesen Stellen haben wir uns unter Vereinbarung mit dänischer Regierung bereits Herbst 1940 mit eigener deutscher Grenzpolizei eingeschaltet. Kontrollvorschriften sind seither mehrfach verschärft worden. Aus- und Einreisen können nur mit vorheriger deutscher Genehmigung erfolgen. Prüfung der Reisenden auch hinsichtlich Gepäcks und Schriftstücke ist gesichert.

Weil ein unauffälliges Passieren dieser Grenzübergangsstellen infolge der Verschärfung der Kontrolle nicht mehr möglich ist, hat Christmas Moeller seine Flucht von der Ostküste Nordjütlands auf illegale Weise angetreten. Wegen überaus langer Küste Dänemarks, die sich teilweise bis zu 4 km schwedischer Küste nähert, ist illegaler Grenzverkehr überaus schwer in Kontrolle zu halten. Effektive Sperre ist technisch nicht möglich. Aufgabe kann nur sein, Gefahrenmoment durch alle denkbaren geeigneten Massnahmen

*) Pol VI 630

herunterzudrücken. Diese Arbeit wird von dänischer Polizei und deutscher Marine in enger und guter Zusammenarbeit ausgeführt. An besonders gefährdeten Stellen, vor allem dem Sund und der Westküste Jütlands, war Ausbau des Küstenschutzes vordringlich. Nach und nach ist Schutznetz auch auf übrige dänische Küsten erstreckt worden. Wie es Christmas Moeller möglich war, dieses Schutznetz zu umgehen, wird zur Zeit untersucht. Weitere Verbesserung der Küstensicherungen ist zur Zeit durch beschränkte Stärke dänischer Polizei und durch Fehlen ausreichender Wasserfahrzeuge bei deutscher Marine gehemmt. Auf Grund Erfahrungen im Falle Christmas Moeller prüfe ich zur Zeit im Einvernehmen mit Befehlshaber und Abwehrstelle Frage der Beseitigung dieser Hemmungen. Abwehrstelle wird für Vermehrung der Bewachungsfahrzeuge und Intensivierung der Ueberwachung deutscher Marine sorgen, soweit dies möglich. Ich meinerseits werde für Verstärkung dänischen Küstenschutzes Sorge tragen. Ueber Ergebnis werde ich abschliessend berichten.

gez. **Renthefink.**

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an Pol. VI (Arb.St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St.S.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr 7 an — — Recht

Nr. 8 an — — Pers.

Nr. 9 an — — Ha.Pol.

Nr. 10 an — — Kult.

Nr. 11 an — — Presse

Nr. 12 an — — Prot.

Nr. 13 an — — Dtschld.

Nr. 14 an — — Ru.

Nr. 15 an Dg.Pol.

Dies ist Nr. 3.

265.

Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop til Renthe-Fink ang. Christmas Møller-sagen.

28. maj 1942.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Sonderzug, den 28. Mai 1942 — 23.18 Uhr

Ankunft: — 28. — 1942 — 24.00 Uhr

RAM-126/R

Nr. 592 v. 28. 5.

1.) Telko

2.) Diplogerma Kopenhagen

Tel. i. Ziff. (Geh.Ch.V.)

Mit Beziehung auf das dortige Telegramm Nr. 756 v. 23.5.42.

Ich bitte Sie, in Ihren Besprechungen mit der dänischen Regierung das Thema der Flucht Christmas Moellers Ihrerseits nicht mehr zu behandeln und etwaige weitere Mittei-

lungen der dänischen Regierung hierüber jedenfalls nicht in dem Sinne zu beantworten, dass wir die Angelegenheit damit als erledigt ansahen. Vielmehr bitte ich Sie, in einem solchen Falle der dänischen Regierung zu erklären, wir müssten daran festhalten, dass die Flucht von Christmas Moeller ein Vorfall gewesen sei, den wir als Verfehlung gegen unsere Abmachungen, d.h. gegen die Grundlagen, auf denen das deutsch-dänische Verhältnis aufgebaut sei, betrachten müssten.

Ribbentrop.

Vermerk:

Unter Nr. 879 nach Kopenhagen weitergeleitet. 29.5. 2.20 Uhr.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

U.St.S. Luther

Botsch. Ritter

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei Pol. VI.

Ges. v. Grundherr.

266.

Telegram fra Renthe-Fink ang. oplysninger om Christmas Møllers flugt.

2. juni 1942.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 2. Juni 1942 00.45 Uhr

Ankunft, den 2. Juni 1942 1.25 Uhr

Nr. 791 vom 1.6.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 756*) vom 23.5.

Dänische Polizei hat inzwischen über Flucht Christmas Moellers folgende neue Einzelheiten festgestellt:

Christmas Moeller ist mit seiner Familie im Limfjord von einem Motorsegler aufgenommen, im Ladraum versteckt und nach Goeteborg gebracht worden. Der Motorsegler führt normalerweise Fahrten zwischen Limfjord und Goeteborg mit Tonerdeladung aus. Kontrolle derartiger Fahrten unterliegt nach Vereinbarung deutscher Marine mit dänischer Polizei bei der deutschen Marine, während kleinere Wasserfahrzeuge, insbesondere Fischereifahrzeuge von dänischer Küstenpolizei kontrolliert werden. Fraglicher Motorsegler ist tatsächlich auch bei Ausfahrt aus Limfjord im Kattegatt von deutscher Marine überholt worden. Man hat jedoch Christmas Moeller und seine Angehörigen, die in dem Laderraum versteckt waren, nicht entdeckt. Bei Ankunft in Goeteborg am 2.5. morgens 4 Uhr ist die

*) bei Pol VI

Frau Christmas Moellers mit den Papieren der Frau des Schiffseigentümers an Land gegangen, während Christmas Moeller selbst und sein Sohn erst in der folgenden Nacht in einem kleinen Boot illegal an Land gebracht worden sind. Das Gepäck ist von dem Motorsegler einige Kilometer weit auf dem Goeta-Kanal weiter gebracht und dort von Helfern in Empfang genommen worden. Beim Anlandgehen ist Christmas Moeller und sein Sohn von einem Ehepaar Christensen empfangen worden. Christensen soll nach Ermittlung der dänischen Polizei Angehöriger des englischen Konsulats in Goeteborg sein.

Nach den Angaben des verhafteten Schiffseigentümers stellt sich die Vorgeschichte der Flucht wie folgt dar:

Der Schiffer kannte von seinen regelmässigen Fahrten nach Goeteborg die Inhaberin eines Goeteborger Massageinstituts und ist von dieser im Herbst vorigen Jahres darauf angesprochen worden, ob er nicht bereit sei, auf einer seiner Fahrten einen Dänen von Dänemark nach Schweden zu bringen. Der Schiffer hat das nicht abgelehnt, aber zunächst verlangt, dass ihm die fragliche Person näher bezeichnet werden solle. Seine Bekannte hat ihn daraufhin mit einem Christensen — offenbar demselben, der wie oben erwähnt, später Christmas Moeller an Land empfangen hat — zusammengebracht. Christensen hat dem Schiffer erklärt, dass es sich um Christmas Moeller handele, und dass der Schiffer sich wegen der Einzelheiten der Flucht mit dem Geschäftsführer der dänischen Segelschiffsreederei-Vereinigung für kleine Schiffe in Kopenhagen, Borch Johansen, in Verbindung setzen solle. Der Schiffer hat nach seiner Rückkehr den ihm bezeichneten Borch Johansen aufgesucht und mit ihm den Weg der Flucht Christmas Moellers im einzelnen festgelegt. Danach sollte Christmas Moeller schon an einem Tage im Januar 1942 abends um 23 Uhr in Aggersund am Limfjord eintreffen, wo er von dem Motorsegler des Schiffers aufgenommen werden sollte. Der Schiffer ist damals auch schon mit seinem Motorsegler nach Aggersund unterwegs gewesen, um Christmas Moeller dort aufzunehmen, ist aber in dem damals sich bildenden Eis stecken geblieben.

Nach dem Scheitern dieses Planes hat Christmas Moeller den Versuch gemacht, die Genehmigung für eine Reise nach Bornholm zu erhalten, die der Eisverhältnisse wegen damals nur über Schweden möglich war. Die Genehmigung ist damals abgelehnt worden, sodass er keine Möglichkeit hatte, diesen Zwischenplan auszuführen.

Als Mitte April die Eisverhältnisse eine Fahrt durch Kattegatt wieder zuließen, wurde der alte Plan sofort wieder aufgenommen, und der Schiffer vereinbarte mit Borch Johansen die Abfahrt für den 30. April, wo sie auch programmgemäss stattfand.

Abwehrstelle hat Kenntnis. Bitte auch Generalkonsulat Goeteborg verständigen und zu genehmigen, dass gegebenenfalls hiesiger Beamter nach Goeteborg entsandt wird, um sich mit Generalkonsulat wegen Persönlichkeit des Christensen und seines Zusammenhangs mit englischem Nachrichtendienst in Verbindung zu setzen. Dänen haben auf Ergreifung des flüchtigen Borch Johansen, von dem angenommen werden muss, dass er Verbindungen zum englischen Nachrichtendienst gehabt hat, durch Erklärung im Rundfunk und Presse hohe Belohnung ausgesetzt.

Renthesink.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

U.St.S. Luther

Botsch. Ritter

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei Pol. VI.

Ges. v. Grundherr.

267.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. samtale med udenrigsminister Scavenius
om Christmas Møller-sagen.**

14. juni 1942.

Telegramm
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 14.6.1942 11.10 Uhr
Ankunft, den 14.6.1942 23.45 Uhr

Nr. 850 vom 14.6.

Auf Drahterlass Nr. 879*) vom 28.5.1942.

Aussenminister Scavenius mitteilte mir, dass Untersuchung Falles Christmas Moeller keinerlei Anhaltspunkte für eine Beteiligung oder Belastung leitender Persönlichkeiten konservativer Partei ergeben hätte.

Ich habe daraufhin weisungsgemäss Aussenminister kein Zweifel gelassen, dass wir die Angelegenheit damit nicht als erledigt ansähen und erklärt, wir müssten daran festhalten, dass Flucht von Christmas Moeller ein Vorfall sei, den wir als Verfehlung gegen die Grundlagen, auf denen das deutsch-dänische Verhältnis aufgebaut sei, betrachteten. Ich habe dabei ausgeführt, dass Christmas Moeller nicht geflüchtet wäre, wenn er nicht mindestens stillschweigender Zustimmung massgebender Persönlichkeiten seiner Partei sicher gewesen wäre. Auch sei die Regierung insofern von Verantwortung nicht freizusprechen, als sie es an der richtigen geistigen Ausrichtung und Führung der Öffentlichkeit habe fehlen lassen.

Aussenminister war sichtlich erschrocken. Er meinte, dass wir Vorfall Christmas Moeller überschätzten, Christmas Moeller habe Dänemark verlassen, weil er hier keine Betätigungsmöglichkeit für seinen masslosen Ehrgeiz und keine Subsistenzmittel mehr gehabt hätte, nachdem er auf unsere Veranlassung seine Einnahmen aus politischer Tätigkeit verloren hatte. Supernationalisten hätten zwar zunächst versucht, seine Flucht als Heldentat darzustellen, doch sei bei Konservativen bald „Katzenjammer“ eingetreten, weil ihnen Flucht Christmas Moeller und seine Hetze im englischen Rundfunk bei den besinnlichen Elementen im Lande sehr geschadet hätte. Aussenminister sagte, dass er im Falle Ausbootung konservativer Minister aus der Regierung befürchte, dass auch die Venstre (Bauernpartei) nicht in Regierung bleiben und sich eine starke Opposition bilden würde, die die doch praktisch bewährte Politik der Zusammenarbeit gefährden, würde man nur das Spiel der Engländer machen, deren Politik unverkennbar darauf abziele, die Zusammenarbeit zu sabotieren und Unruhe im Lande zu schaffen.

Habe darauf erwidert, Regierung dürfe nicht glauben, dass Rücksichtnahme auf Zusammenarbeit uns daran hindern könnte durchzugreifen, wenn Regierung ihre Pflicht nicht täte.

Renthe-Fink.

*Hergestellt in 11 Stücken
Davon sind gegangen:*

- Nr. 1 an Pol. VI (Arb.St.)
- 2 - R.A.M.
- 3 - St.S.
- 4 - B.R.A.M.
- 5 - Leiter Abt. Pol.
- 6 - — — Recht
- 7 - — — Ha. Pol.
- 8 - — — Presse
- 9 - Dg.Pol.
- 10 - Botsch.Ritter
- 11 - Ges. v. Grundherr

Dies ist Nr. 3.

*) Pol VI (Sonderzug 592)

268.

**Telegram fra den tyske luftattaché i Stockholm, Dankwort,
ang. Christmas Møller-sagen.**

22. juli 1942.

Geheim!

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm
(Geh.Ch.V.)

Stockholm, den 22.7.1942 18.45 Uhr
Ankunft, den 22.7.1942 20.40 Uhr

Nr. 1981 vom 22.7.

Auf Drahterlass vom 14. d.M. Nr. 1992*) und im Anschluss an Telegramm vom 18. Nr. 1936.

Der schwedische Aussenminister übermittelte mir am 21. d.M. folgende Stellungnahme zur Angelegenheit Christmas Moeller: Der von uns mitgeteilte Tatbestand sei schwedischer Regierung schon vor einiger Zeit bekannt geworden. Sie habe darauf die nötigen Untersuchungen eingeleitet und feststellen müssen, dass es den Beteiligten in der Tat gelungen sei, in Schweden an Land zu gehen, nachdem sie Dänemark unbemerkt verlassen konnten. Weiterhin sei durch sofortiges Verhör aller in Frage kommenden Polizei- und Zollorgane ermittelt worden, dass der den zuständigen¹⁾ Behörden nicht bekannte Moeller und seine Angehörigen bei der Ausreise nicht erkannt worden seien, sodass seine Ausreise aus diesem Grunde nicht verhindert wurde.

Auf meinen Einwurf, dass diese Durchreise durch Schweden nur infolge der illegalen Tätigkeit der britischen Gesandtschaft, die Nicht-Briten offenbar falsche Pässe ausstelle, ermöglicht worden sei und durch die Moeller heute infolge seiner geglückten Flucht von England aus gegen Deutschland Rundfunk- und Hetzpropaganda treiben könne, erwiderte Günther, er habe diese illegale Tätigkeit mit der hiesigen englischen Gesandtschaft besprochen und dabei, wie er mir vertraulich sagen könne, auf dieses unhaltbare Vorgehen entsprechend hingewiesen.

Ich erklärte darauf besonders gravierend sei die Tatsache, dass Moeller sich wiederum Gotenburg als Durchgangsort gewählt, wo wir, gelinde gesagt, reichlich Anlass hatten, die schwedische Kontrolle als wenig effektiv anzusehen und fragte, welche Vorsorge die schwedische Regierung getroffen habe, damit sich derartige Fälle nicht wiederholen könnten. Aussenminister erwiderte, die Kontrolle bei der Ausreise mit Kuriermaschine sei verschärft worden. Bei Vorlage der Pässe würde jetzt kontrolliert, ob die Betreffenden sich über einen vorhergehenden legalen Aufenthalt in Schweden durch Visum oder Aufenthaltserlaubnis der zuständigen inneren Behörden in ihren Pässen ausweisen könnten.

Schliesslich verlangte ich auftragsgemäss Zusicherungen dafür, dass nicht auch noch Johannsen-Brett aus Schweden entkommen könne. Nach Mitteilung Aussenminister soll der Däne Borch-Johannsen kurze Zeit in Gotenburg gewesen und einmal wieder vorübergehend nach Dänemark zurückgekehrt sein. Die zuständigen schwedischen Behörden hätten seitdem jede Spur von ihm verloren; seine Ausreise, auch auf den Namen Brett würde verhindert werden.

Gemäss hier abschriftlich vorliegenden Telegramm vom 18. dieses Monates Nr. 300 des Konsulats Gotenburg gab ich Aussenminister schliesslich von unserer Vermutung Kenntnis, dass Frau Christensen und Frau Coleridge wahrscheinlich identisch seien und hervorgehoben, dass uns schon einmal von schwedischer Seite im Zusammenhang mit Bewaffnung der norwegischen Schiffe in Gotenburg mitgeteilt worden sei, Coleridge werde

*) Pol VI 6537 g

Schweden auf Veranlassung schwedischen Aussenministeriums verlassen. Offenbar habe Familie Coleridge auch in diesem Falle als Helfershelfer Moellers ihre Hände im Spiele gehabt und es sei nun wohl hohe Zeit die Ausreise zu realisieren. Günther abstritt diese Möglichkeit nicht und beifügte schwedischerseits sei Coleridge infolge besonderer Familienverhältnisse, die eine sofortige Übersiedlung unmöglich erscheinen liessen, eine Ausreisefrist bewilligt worden. Schwedische Regierung festhält aber daran, dass Coleridge sobald wie möglich abgelöst würde.

Aussenminister hinzufügte schliesslich vertraulich, er missbillige persönlich die Handlungsweise M. und glaube nicht, dass jetzt M. durch seine Flucht und seine Tätigkeit in England den dänischen Interessen irgendwie förderlichen Dienst leisten werde.

Dankwort.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

U.St.S. Luther

Botsch. Ritter

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg.Pol.

Arb. Expl. bei Pol VI

G. v. Grundherr.

¹⁾ Her er med håndskrift tilføjet „schwedischen“.

10.

Regeringsomdannelsen november 1942 (telegramkrisen)

—

(Tyske dokumenter)

269.

**Kondolenceskrivelse fra gesandt Mohr til rigsudenrigsminister v. Ribbentrop
i anledning af rigsminister Fritz Todts død.**

9. februar 1942.

Abskrift zur Aufzeichnung St. S. No. 69.

KÖNIGLICH DÄNISCHE GESANDTSCHAFT

Berlin, den 9. Februar 1942.

Seiner Exzellenz

*Herrn Joachim von Ribbentrop
Reichsminister des Auswärtigen
Berlin.*

Herr Reichsminister.

Anlässlich des schweren Verlustes, den das Deutsche Reich durch das Hinscheiden des Herrn Reichsministers Dr. Fritz Todt erlitten hat, beehre ich mich Euerer Exzellenz im Nahmen meiner Regierung sowie im eigenen Namen die aufrichtige und tiefempfundene Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen.

Durch seine Tätigkeit ist Reichsminister Dr. Todt vielfach mit dänischen Kreisen in Berührung gekommen und hat auch anlässlich des Beginns der Arbeiten an der Rødby-Fehmarn-Verbindung Dänemark persönlich besucht. Das Unglück, das ihn in so tragischer Weise plötzlich aus seinem Wirken herausriss, hat deshalb auch in Dänemark den tiefsten Eindruck hervorgerufen und die Dänische Regierung wird in dankbarer Anerkennung der Zusammenarbeit Herrn Reichsminister Dr. Fritz Todt stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich benutze den Anlass, um Ihnen, Herr Reichsminister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. **Mohr.**

Königlich Dänischer Gesandter.

270.

**Skrivelse fra statssekretær, dr. Stuckart til viceregeringspræsident Kanstein
ang. forvaltningsproblemer.**

22. juni 1942.

Abschrift.

SS-GRUPPENFÜHRER
STAATSSSEKRETÄR DR. STUCKART
IM REICHSMINISTERIUM DES
INNERN

*Berlin, den 22. Juni 1942.
NW 7, Unter den Linden 72*

Herrn

*Beauftragten für die innere Verwaltung
beim Bevollmächtigten des Deutschen Reichs
in Dänemark
SS-Oberführer Regierungsvizepräsident Kanstein
Kopenhagen, Dagmarhaus.*

Lieber Herr Kanstein!

Es ist erforderlich, die Verwaltung neu besetzter Gebiete — selbstverständlich unter ungeminderter Ausschaltung jeder Gefährdung der ihr gesteckten Ziele — so zu gestalten, dass die Verwaltungsdurchführung sich in möglichst einfachen, Leerlauf und Reibungsflächen vermeidenden Bahnen abwickelt. Diese Notwendigkeit gilt in ganz besonderem Masse heute nach dreijähriger Kriegsdauer mit einer sich immer mehr ausdehnenden deutschen Gebietshoheit und der dementsprechend gerade auf dem Gebiete der Verwaltung ständig dünner werdenden Personaldecke. Diese Umstände haben zu der Überlegung geführt, inwieweit die Leistung der Verwaltung ausserhalb der Verbesserung der eigenen Organisation dadurch noch gesteigert werden kann, dass man sich in den neu besetzten Gebieten den bestehenden Verwaltungsapparat zunutze macht, d.h. ihn in gewissem Umfange bestehen lässt und ihn in den reichsdeutschen Verwaltungsapparat eingliedert, indem man sich mit der Besetzung nur der wichtigsten Posten (Schlüsselposten) durch deutsches Beamtenpersonal und der Aufsicht über den bodenständigen Apparat begnügt.

Ich bin mir dabei des Umstandes bewusst, dass die Beantwortung dieser Frage weitgehend davon abhängig ist, welches Ziel mit der Besetzung verfolgt wird, insbesondere ob in der Besetzung die Vorbereitung einer spätestens zu Kriegsende erfolgenden völligen Eingliederung des besetzten Gebietes in das Reich zu sehen ist, oder vielmehr ob die Besetzung vielmehr die Aufrichtung einer mehr oder weniger selbständig neben dem Reich stehenden, aber doch ausschliesslich von diesem getragenen Hoheitsgewalt oder lediglich ein Übergangsstadium zur Wiederaufrichtung einer zwar wesentlich vom Reich beeinflussten, aber doch eigenstaatlichen Verwaltung bedeutet.

Um den von mir ausgesprochenen Gedanken zu vertiefen, habe ich grosses Interesse daran, von Ihnen einen auf den in Dänemark vorgefundenen Verhältnissen und auf Ihren inzwischen dort gesammelten Erfahrungen beruhenden kurzen Bericht darüber zu erhalten, unter welchen Voraussetzungen es sich in einem Gebiet mit fremdem Volkstum — also gerade bei Wahrung der sich aus dem Vorhandensein dieses Volkstums ergebenden Aufgaben — empfiehlt, das Gebiet vollständig in eigene deutsche Verwaltung oder andererseits nur in Aufsichtsverwaltung in dem gekennzeichneten Sinne zu nehmen. In letzterem Zusammenhang würde mir besonders daran gelegen sein, Ihre Ansicht darüber zu hören, wie intensiv die Aufsicht unbedingt geführt werden müsste. Ich darf Sie bitten, in Ihrer Darlegung folgende Punkte im einzelnen zu berühren:

- 1.) Der Aufbau der deutschen Verwaltung....
- 2.) Der Aufbau der bodenständigen Verwaltung in....

- 3.) Das Verhältnis der deutschen Verwaltung zur fremden Verwaltung....
- 4.) Spezielle Erfahrungen in....
- 5.) Grundsätze und Methoden der nationalsozialistischen Verwaltung in nichtdeutschen Siedlungsgebieten.

Um den mit dieser Berichterstattung und mit deren Auswertung verbundenen Aufwand an Zeit und Arbeit möglichst gering zu halten, bitte ich Sie, unter allen Umständen von der Ausarbeitung einer umfangreichen „Denkschrift“ abzusehen und Ihre Ausführungen auf allerhöchstens 20 Schreibmaschinenseiten zu bemessen. Für besondere Beschleunigung wäre ich dankbar.

Mit bestem Gruss und

Heil Hitler!

Ihr

gez. **Stuckart.**

Dem Herrn Bevollmächtigten
mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Kopenhagen, den 1. 7. 1942.

Kanstein.

271.

„Stemningsberetning“ [anonym] om den politiske situation i Danmark.

18. juli 1942.

Referat D III.

Herrn Gesandten von Grundherr.

In der Anlage wird in Fotokopie ein Stimmungsbericht über die politische Lage in Dänemark, mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Berlin, den 28.7.1942.

Berlin, den 18.7.42.

Stimmungsbericht über die politische Lage in Dänemark Ende Juni 1942

Das politische Gesicht Dänemarks ist heute von einer Sintflut von kommunistischer Agitation geprägt. Die Juden, die die öffentliche Stimme Dänemarks beherrschen — Zeitungen, Theater, Film usw. — haben die bisher auferlegte Reserve fallen gelassen. Durch eine fantastisch organisierte Flüsterpropaganda geht eine Hetzwelle, begleitet von ständig wachsenden Provokationen, über das Land. Ganz offen propagiert man heute den Bolschewismus. Überall werden Wundermärchen vom Sowjetparadies erzählt. Die verbreitetste Zeitung Dänemarks ist heute die illegale kommunistische Zeitung „Land og Folk“. Sie erscheint in einer Auflage von mindestens 100 000 Exemplaren. In allen Werkstätten, Fabriken, Schulen, öffentlichen und privaten Büros, Fachschulen und Hochschulen werden Stösse kommunistischer Literatur herumgereicht.

Staatsbeamte, sogar Offiziere, haben sich offen zum Kommunismus bekannt. Sogar Pastoren und Schullehrer entscheiden sich heute für den Bolschewismus. Immer wieder hört man: „Wir wissen, dass Dänemark entweder nationalsozialistisch oder kommunistisch wird. Selbstverständlich werden wir dann für den besseren Teil, den Kommunismus, kämpfen.“

Man hört in Dänemark nur Gutes über den Bolschewismus. Eine geschickt geleitete Propaganda lässt die Dänen glauben, dass die Sowjets im Bündnis mit England die Garanten des Glückes und der Freiheit der Welt sind. Obgleich wir in Dänemark eine bis zum gewissen Grade gleichgeschaltete, dabei oft recht gut geschriebene Presse haben, wirken auch die Rundfunksendungen, die gebotenen Filme, Theaterstücke, ja selbst Kirchenbesuche sich in dieser Richtung aus. Kein Wunder, wenn sich in Dänemark kein Mensch der Wirkung dieser Atmosphäre entziehen kann. Sogar Mitglieder deutscher Dienststellen, die mehrere Jahre in Dänemark gelebt haben, sind von dieser dänischen, d.h. jüdischen Propaganda nicht unwesentlich beeinflusst worden. Folgendes Beispiel mag das erläutern: Ein dänischer Hauptschriftleiter Th. Knudsen hat ein Buch „Russland und Europa“ geschrieben. Darin wird der Versuch gemacht, den Nachweis zu erbringen, dass der Bolschewismus nationalrussisch ist und eine naturbestimmte Entwicklung von Iwan dem Grausamen, Peter dem Grossen — usw. bis heute darstellt. Dass Karl Marx deutschsprachiger Jude war, und dass der russische Bolschewismus durch und durch jüdisch ist, sieht der einfache Däne nicht ein. Das Buch Th. Knudsens schöpft seine Gesichtspunkte aus den Werken des Juden Bakunin und des irrsinnigen Religionsfanatikers Meresjkowski. Nichtsdestoweniger wird sein Erzeugnis von deutschen Behörden empfohlen und herumgereicht. Der Verfasser selber geniesst in der Gesandtschaft eine gewisse Achtung. Man hat ihn dazu erkoren, den Jahrestag des antibolschewistischen Kreuzzuges im dänischen Rundfunk zu markieren! Hier wurden Bakunin und Meresjkowski wieder hervorgeholt und der Beweis erbracht, dass der Bolschewismus nationalrussisch ist. Knudsen stellte darum fest, dass diese grosse Idee (!) im russischen Volk so verwurzelt ist, dass die Leute für sie wie Tiger kämpfen. Knudsens Thesen sind also:

1. „Stalin ist nationalrussisch“. (Hierin liegt eine Verneinung der Weltrevolution — obwohl Knudsen vorsichtigerweise den Gedanken der Weltrevolution erörtert hat.)
2. „Der Bolschewismus ist eine grosse Idee“.
3. „Der Bolschewismus ist ein besonderes russisches Phänomen“. (Die Weltrevolution wird nochmals verneint. Der Einfluss des Judentums ebenso. Judentum wird mit Russentum identifiziert).
4. „Der Kampf der Russen ist ideal betont und heldenhaft.“

Woher stammen diese 4 Thesen? Selbstverständlich aus dem englischen Rundfunk, aus den illegalen, kommunistischen Zeitungen und der legalen Presse. Nur am Rande sei bemerkt, dass ein ähnliches Werk vor einigen Monaten in Schweden mit den gleichen Zielen verfasst wurde.

Es wird hiermit also nachgewiesen, dass der von deutscher Seite gestützte Herr Th. Knudsen sich, wenn auch etwas getarnt, aber für jeden Dänen doch deutlich sichtbar, zum Sprecher der englischen Propaganda macht.

Von dänischer Seite trägt die Regierung die Verantwortung dafür, dass diese kommunistische Propaganda sich lustig entfalten kann. Man darf wirklich fragen, wie es der dänischen Regierung möglich ist, den deutschen Dienststellen plausibel zu machen, dass in einem so kleinen Lande wie Dänemark der Kommunistenführer Axel Larsen nicht gefunden werden kann. Unbegreiflich ist ferner, dass bolschewistische Drucksachen Auflagehöhen von 100 000 erreichen und regelmässig verteilt werden, ohne dass die dänische Polizei der Zentrale auf die Spur kommt. Immer wieder sieht man, dass bei hellichtem Tage kommunistische Propaganda auf den Strassen verteilt wird. So wurden am 21. Juni in Kopenhagen Hunderttausende, vielleicht Millionen von Flugblättern auf den Strassen verteilt. Man fragt sich, wie es möglich ist, dass Christmas Møller nach England fliehen konnte, dass sein Helfershelfer Borch-Johansen der Polizei entweichen konnte, dass man seine Personalien erst eine Woche nach seiner Flucht veröffentlichte, sodass er sich längst in Sicherheit gebracht hatte, und dass Polizisten nicht eingreifen, wenn dänische SS-Freiwillige

vom kommunistischen Pöbel angegriffen werden. Auch in der Schule werden die Kinder nationalsozialistischer Eltern planmässig verfolgt und die wirtschaftlichen Boykottbewegungen gegen die nationalsozialistischen Dänen steigern sich von Tag zu Tag. So werden politische Gegensätze verschärft, die eine unheilvolle Entwicklung heraufbeschwören müssen. Es ist darum nicht umsonst, wenn Christmas Møller im englischen Rundfunk von einer zukünftigen dänischen Revolution spricht, die nämlich das Hauptziel der englischen Arbeit in den besetzten Gebieten darstellt. Verstärkt werden diese Gegensätze noch durch eine von den Juden hinter den Kulissen betriebene wachsende wirtschaftliche Unsicherheit. Wie sehr sich die dänische Regierung mit diesen Wirtschaftsjuden identifiziert, erhärtet folgendes Beispiel: Einer der einflussreichsten finanziellen Leiter Dänemarks ist der Jude Carl Salomonsen (Besitzer von Richs Kaffee-Ersatz und der Kopenhagener Milchversorgung). Er hat der Regierung mehrmals finanziell geholfen. Ihn darf unsere Propaganda öffentlich nicht nennen. Ein Spottlied auf Salomonsen, das ganz unpolitisch war und ihn nur als Juden kennzeichnete, wurde von der dänischen Zensur gestrichen mit der Begründung, dass es auf deutschen Wunsch hin geschah.

So wird langsam der Boden für eine kommende Revolte vorbereitet. Anzeichen hierfür lassen sich genügend nachweisen. Vor einem Jahr war die breite Masse des dänischen Volkes Deutschland gegenüber ganz passiv. Die deutschen Soldaten standen in einem guten Verhältnis zu der Bevölkerung, obwohl die letztere kühl und zurückhaltend war. Es gab gute Bedingungen für eine Entwicklung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Dann kam der Krieg mit der Sowjetunion. Nun sollte man glauben, dass eben dieser Krieg die Deutschfreundlichkeit in Dänemark fördern und vor allem die Englandbegeisterung töten würde. So war eine günstige Gelegenheit, der Englandpropaganda den Todesstoss zu geben. Sie wurde aber nicht ausgenutzt. Im Gegenteil: man schwieg und gestattete der dänischen Zensur, die damals beste deutsche Propaganda zu erwürgen. Aus den Wochenschauen wurden die Greueltaten der Sowjets im Baltikum, Lemberg und der Ukraine herausgeschnitten, und bald setzte der Gegner mit seiner pro-kommunistischen Propaganda ein, die einmalig in der Geschichte dasteht.

Noch vor einem halben Jahr war die breite Bevölkerung passiv. Immer noch war die Möglichkeit vorhanden, das dänische Volk günstig zu beeinflussen. Die Deutschfeindlichen umfassten damals mit etwa nur 10 % der Bevölkerung nicht mehr als die Zahl der nationalsozialistisch Gesinnten. Die 10 % Deutschfeindlichen hatten aber die Kontrolle über die öffentliche Stimme des Volkes, und sie schrieten, als ob sie mindestens 99 % der Bevölkerung repräsentierten.

Heute aber ist die breite Bevölkerung unruhig und unschlüssig. Das Volk ist im Aufbruch. Die Stimmung gärt und brodelte. Das Bündnis zwischen Kommunisten und Konservativen ist seit der Flucht Christmas Møllers besiegt. Die Sozialdemokratie folgt heute noch zögernd den kommunistischen Direktiven, aber man arbeitet an der Vereinigung der 2. und 3. Internationale. Bald wird sie eine Tatsache sein, ganz wie vor 3 Jahren in Norwegen. Und dieses Bündnis steht auf skandinavischer Grundlage. Die Verhandlungen werden in Schweden geführt; denn die Verschmelzung soll gleichzeitig in Schweden und Dänemark vollzogen werden. Darum arbeiten die dänischen Zeitungen dafür, Schweden und den früher so verachteten Skandinavismus zu popularisieren. Das ist wunderbar gelungen. Der bisherige Erfolg hat erwirkt, dass die Mitglieder der DNSAP, die früher Kommunisten waren, sich zu 90 % aus der DNSAP ausgemeldet haben. Die 10 % Deutschfeindlichen sind heute auf mindestens 20 % gewachsen, und sie schreien noch lauter als vorher. Ausserordentlich bedenklich ist die Tatsache, dass die Lehrer und Pastoren, die Leiter der dänischen Jugend und Heime, sich führend in der deutschfeindlichen Agitation beteiligen. Die Zahl unserer Gegner wird sich natürlich unter dem Druck der deutschen Siege etwas vermindern, aber lange nicht so sehr, wie man glauben möchte.

272.

Skrivelse fra general Lüdke til viceregeringspræsident Kanstein ang. sabotage.

5. august 1942.

Geheim!DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK

H.Qu., den 5. August 1942

Abt. Ic 1968/42 geh.

Betr.: Sabotage.

*An den**Beauftragten für die innere Verwaltung
beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches
Kopenhagen
Dagmarhaus.¹⁾*

In den letzten Wochen haben sich die Sabotagefälle in Dänemark erheblich vermehrt. Es haben allein 11 Brände stattgefunden. Bei 5 dieser Brände sind einwandfrei Brandpäckchen mit Zündschnur gefunden worden. Bei den anderen Bränden ist Sabotage teils erwiesen, teils besteht starker Verdacht derselben. Während bisher kommunistische Propaganda, die ja oft zu Sabotageakten aufgefordert hat, keinen nennenswerten Erfolg hatte, so scheint sie sich jetzt in verstärktem Masse auszuwirken. Es hat den Anschein, als ob sich eine bestimmte Organisation mit dieser Brandsabotage befasst. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass stark national-dänisch eingestellte Kreise hinter diesen Aktionen stehen.

Es wird erwartet, dass die dänische Polizei bei ihrer straffen und guten Organisation diese Fälle in kürzester Zeit aufklärt. Sollte der dänischen Polizei ein Erfolg versagt bleiben, so werden Massnahmen zu überlegen sein, die von deutscher Seite aus zur Aufklärung der Fälle zu treffen sind.

Gebeten wird, in ernster Form die dänische Regierung auf die Anhäufung der Sabotagefälle aufmerksam zu machen und sie zu ersuchen, für energisches und schnelles Durchgreifen Sorgen zu tragen.

Weiterhin scheint es notwendig, dass in Anlagen und Werken, die für die deutschen Truppen in Dänemark und für die deutsche Wehrwirtschaft wichtig sind, von dänischer Seite aus ein Selbstschutz aufgestellt wird, der verantwortlich dafür zu sorgen hat, dass Sabotageakte in diesen Objekten nicht vorkommen.

Lüdke.

¹⁾ Dokumentet bærer følgende påtegning:

„1) Mit Vorg. dem Herrn Bevollmächtigten mit
der Bitte um Kenntnisaufnahme vorgelegt.

2) mir.

Kopenhagen, den 6/8 1942.

Kanstein.“

273.

**Notits af Renthe-Fink ang. samtale med direktør Svenningsen
om sabotage o. lign.**

10. august 1942.

Geheim!

Aufzeichnung

In Abwesenheit des dänischen Aussenministers habe ich heute seinen Stellvertreter, Direktor Svenningsen, aufgesucht und folgende Punkte zur Sprache gebracht:

1.) Wir hätten beobachtet, dass sich in letzter Zeit die Sabotageakte in Dänemark mehrten. Besonders auffällig sei die Zahl der Brandstiftungen. Nach den Erfahrungen, die wir in anderen Ländern im deutschen Machtbereich gemacht hätten, hielten wir es nicht für ausgeschlossen, dass es sich um systematische Arbeit handle. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, dass der englische Nachrichtendienst (Secret Service) seit einiger Zeit sehr viel aktiver sei. Das zeigt sich durch das Absetzen von Fallschirmagenten mit Sprengstoff, Kurzwellensender usw. Wir wüssten, dass die Engländer in der Nähe von London eine Schule eingerichtet hätten, in der in England befindliche Dänen in Sabotage- und Nachrichtendienst ausgebildet würden. Ebenso zeigte die englische Rundfunkkampagne im Punkto Dänemark, wohin die Absichten der Engländer gingen.

Bisher hätten wir bis auf wenige Einzelfälle die Aburteilung von Dänen, die für den englischen Nachrichtendienst arbeiteten oder Sabotageakte versuchten, den dänischen Gerichten überlassen. Man müsste sich aber darüber klar sein, dass die bisher dänischerseits angedrohten Strafen auf solche Elemente nicht abschreckend wirken könnten. Freiheitsstrafen, auch wenn sie lebenslänglich lauteten, würden insofern nicht ernst genommen, als die Betroffenen sicher damit rechneten, bei Ende des Krieges begnadigt, wenn nicht gar von den Engländern belohnt zu werden und als Helden zu gelten. Unter diesen Umständen glaubte ich nicht, dass ohne Androhung der Todesstrafe auf die Dauer auszukommen sei. Jedenfalls würde der Befehlshaber, soweit ich ihn verstanden hätte, künftig solche Fälle vor das deutsche Kriegsgeschicht ziehen. Die Dänische Regierung habe so die Wahl selbst die Todesstrafe einzuführen und dadurch die Voraussetzung zu schaffen, dass sie die Aburteilung der Fälle in eigener Hand behalten könne, oder die Fälle dem deutschen Kriegsgeschicht überlassen zu müssen.

2.) Wir hätten leider feststellen müssen, dass sich in letzter Zeit die kommunistischen Propagandaschriften ausserordentlich vermehrt hätten. Es seien zwar einige Druckereien ausgehoben worden, aber es sei nicht gelungen, an den Kopf heranzukommen. Der Inhalt der Propagandaschriften zeige, dass die Herausgeber Beziehungen zum amtlichen bzw. massgebenden parlamentarischen Kreisen unterhalten müssten, denn sonst könnten sie über viele vertrauliche Einzelheiten nicht so gut unterrichtet sein. Die veröffentlichten Namens- und Adressenlisten, durch die deutschfreundliche Dänen blossgestellt werden sollten, liessen im übrigen darauf schliessen, dass ein ausgedehnte Spitzelsystem bestände. — Hier müsste mehr geschehen.

Ich erwähnte im übrigen, dass Aksel Larsen, der Führer der Kommunisten, immer noch nicht gefasst worden sei.

3.) Die Haltung der Dänischen Regierung sei leider unbefriedigend. Sie liesse es an Führung und Steuerung der öffentlichen Meinung fehlen. Es sei unverkennbar, dass Beamte und Bevölkerung dadurch unsicherer würden. Es sei auffällig, dass die dänische Presse sich jeder aktiven Unterstützung der in der Regierungserklärung niedergelegten Politik enthielte. Ich machte besonders dem Staatsminister als dem verantwortlichen Regierungschef und den parlamentarischen Ministern einen Vorwurf darauf und bemerkte auf eine Frage von Herrn Svenningsen, welche konkreten Punkte ich zu beanstanden hätte, dass es sich nicht so sehr um Einzelheiten als um die allgemeine Haltung handle. Zum Beispiel seien Staatsminister und parlamentarische Minister bisher in keiner Weise der

englischen Rundfunkpropaganda und der kommunistischen bzw. chauvinistischen Hetze entgegengetreten. Sie machten erst dann etwas, wenn ich beim Aussenminister vorstellig geworden wäre. Die subversive Propaganda in Dänemark beeilte sich dann sofort darauf hinzuweisen, dass die Initiative von deutscher Seite ausgegangen sei, wodurch jede Wirkung auf die Öffentlichkeit zunichte gemacht würde. Im Lande kursierte nach wie vor das Gerücht, dass sich Christmas Möller im stillschweigenden oder heimlichen Einverständnis mit massgeblichen Leuten der Regierung in England befände, und dass die Regierung sich dadurch eine Rückversicherung in England habe schaffen wollen. Ich wollte nicht darauf eingehen, ob das richtig oder nicht richtig sei, die Tatsache, dass das geglaubt würde, wirkte ausserordentlich schädlich und liess weite Kreise des Publikums meinen, dass die Regierungserklärung nur for show sei.

Zum Schluss erwähnte ich, dass der Kurs der jetzigen dänischen Regierung in Berlin auf einem beträchtlichen Tiefpunkt angekommen sei.

Herr Svenningsen versuchte, meine Darlegungen abzuschwächen. Ich erwiderte ihm, dass die Situation nicht ernst genug genommen werden könne. Er erklärte, dass er den Staatsminister unterrichten würde. Der Aussenminister käme wahrscheinlich erst in der 2. Hälfte der Woche bzw. Ende der Woche aus Jütland zurück.

Kopenhagen, den 10. August 1942.

R[enthe-]F[ink].¹⁾

¹⁾ Med håndskrift er herunder tilføjet:

„Herr Svenningsen wurde von mir verständigt, dass Präsident Kanstein heute nachmittag mit Departementschef Ejvind Larsen in gleichem Sinne sprechen werde.

R[enthe-]F[ink].

Durchdruck an Ges. Barandon u. Präs. Kanstein gegeben.

R[enthe-]F[ink].“

274.

Indberetning fra Renthe-Fink ang. samtale med direktør Svenningsen om sabotage.

11. august 1942.

für Lesemappe.

Durchschlag

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES
DEUTSCHEN REICHES

Kopenhagen, den 11. August 1942.

Tgb. Nr. 447/42

Betrifft: Verantwortung der dänischen Regierung
für die Entwicklung der Lage in Dänemark.

Im Anschluss an dem Bericht von 8.ds. Mts.

— Nr. Tgb.Nr. 447/42. —

3 Durchschläge.

*An das
Auswärtige Amt,
Berlin.*

Nach meiner Rückkehr aus Berlin habe ich erneut die Gelegenheit wahrgenommen den Direktor im dänischen Aussenministerium, der zurzeit den Aussenminister vertritt, darauf hinzuweisen, dass die längere Dauer des Krieges und die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die natürlich den deutschfeindlichen Elementen gewisse Auftriebsmöglichkeiten gäben, mehr als bisher eine feste Hand bei der politischen Führung notwendig machten.

Ich habe zunächst betont, dass wir im Hinblick auf die zwar zurzeit noch unbedeutenden aber doch unverkennbar zunehmenden Sabotageversuche die Frage prüfen müssten, ob in Zukunft die Aburteilung solcher Fälle weiter den dänischen Gerichten überlassen bleiben könnte. Der Befehlshaber der deutschen Truppen würde sich bei Zunahme solcher Erscheinungen wahrscheinlich künftig genötigt sehen, derartige Fälle vor das deutsche Kriegsgericht zu ziehen und aburteilen zu lassen. Dann würde grundsätzlich in allen Fällen auf Todesstrafe erkannt werden. Dänischerseits läge man, wie ich wisse, grossen Wert darauf, die Aburteilung solcher Fälle in der Hand zu behalten. Dies sei aber in Zukunft nur dann möglich, wenn sich die dänische Regierung entschliessen könnte, die Todesstrafe für solche Fälle einzuführen. Denn es sei zu befürchten, dass auf die Dauer selbst lebenslängliche Freiheitsstrafen nicht die genügende abschreckende Wirkung hätten, weil viele Elemente damit rechnen, dass sie früher oder später doch begnadigt werden. Das gelte nicht nur für Saboteure sondern auch für Fallschirmspringer und überhaupt für Dänen, die für den feindlichen Nachrichtendienst arbeiten.

Dann bin ich dazu übergegangen mich ganz allgemein zur Haltung der dänischen Regierung zu äussern. Ich habe dabei wie schon früher zum Ausdruck gebracht, dass für die Entwicklung der Lage in Dänemark eine positive und eindeutige Haltung der Regierung sehr entscheidend sei. Die Regierung täte m.E. nicht genug um die öffentliche Meinung zu führen und zu steuern. Das sei auch der Grund, warum Beamtschaft und Bevölkerung vielfach unsicher zu werden begänne, ob die in der Regierungserklärung niedergelegte Politik auch wirklich ernst gemeint sei und von der Regierung mit Nachdruck verfolgt würde. Wenn die Regierung zuliesse, dass sich solche Zweifel im Lande weiter verbreiten könnten, würde die Schlagkraft des Regierungsapparates, insbesondere der dänischen Polizei, tatsächlich lahm gelegt und die Grundlage für die deutsch-dänische Zusammenarbeit und die Aufrechterhaltung eines guten Verhältnisses zwischen der dänischen Bevölkerung und uns erschüttert werden. Die dänische Regierung müsse viel mehr Aktivität aus eigener Initiative entfalten. Es sei in erster Linie Aufgabe des Staatsministers und der Parteiführer im Kabinett, in diesem Sinne zu wirken. Wenn dies nicht genügend geschähe, müsse sich die Regierung darüber klar sein, dass von deutscher Seite stärker unmittelbar eingegriffen werden würde.

Der Direktor im Aussenministerium wird den Staatsminister unterrichten. Sobald der Aussenminister zurückkehrt, werde ich ihm und dem Staatsminister gegenüber auf diese Fragen persönlich zurückkommen.

Der Beauftragte für Fragen der Inneren Verwaltung hat in demselben Sinne wie ich mit dem Justizministerium gesprochen.

gez. von **Renthe-Fink.**

275.

Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. ministerialdirektør W. Bests arbejde i 'Auswärtiges Amt.

13. august 1942.

Berlin, den 13. August 1942.

Dem Herrn Reichsaussenminister.

Ministerialdirektor Best hat sich bei mir zum Dienst im Auswärtigen Amt gemeldet. Ich habe Best mit den Direktoren des Amtes bekannt gemacht, ihn um Teilnahme an der täglichen Direktorenbesprechung ersucht und seine Zuteilung zunächst zur Politischen Abteilung veranlasst. Auch werde ich mich der Einarbeitung Best's persönlich annehmen.

Ich wäre dankbar, wenn ich wegen der späteren Verwendung Best's und weiterer Personal-Dispositionen noch Gelegenheit zur Aeusserung erhalte.

gez. **Weizsäcker.**

276.

Brev fra Frits Clausen til gesandt v. Grundherr ang. den politiske situation i Danmark.

19. august 1942.

Abschrift.

DANMARKS
NATIONAL-SOCIALISTISKE
ARBEJDER PARTI.
PARTIFØREREN.

København, den 19.8.1942.

*Herrn Gesandten v. Grundherr,¹⁾
z.Z. Deutsche Gesandtschaft,
Kopenhagen.*

Sehr geehrter Herr Gesandter von Grundherr!

Zurückkommend auf unsere mündliche Unterhaltung auf Gut Lindborg über die Zuspitzung der politischen Verhältnisse in Dänemark gebe ich hiermit die verabredete schriftliche Niederlegung meiner Ansichten.

Sie werden, Herr Gesandter, erinnern, dass ich sowohl Ihnen als auch Herrn Unterstaatssekretär Luther gegenüber bereits im Oktober 1940 in Kopenhagen mit Nachdruck darauf hingewiesen habe, dass die gegnerischen Kreise sich unter dem Schutz der Systemregierung gegen Deutschland zu organisieren begännen und dass, wenn diese Bestrebungen weiterhin Früchte tragen würden, sich Deutschland eines Tages einer Stimmung in Dänemark gegenüber sehen würde, die die gewünschte und notwendige Zusammenarbeit der beiden Länder auf Jahre hinaus unmöglich machen würde. Ich schlug damals in diesem Zusammenhang vor, die subversiven Elemente rechtzeitig auszuschalten und wies schon damals besonders auf Christmas Möller, Hedtoft Hansen, la Cour hin.

Wenn wir auf die Stimmung unmittelbar nach dem 9. April bis zum September 1940 zurückblicken, zeigt sich heute, dass damals bei der Einstellung zu Deutschland unbedingt eine Zeit bestanden hat, in der die deutsche Seite ohne Erschütterungen hätte bestimmen können. Heute dagegen verursacht selbst das Ausscheiden kleinster gegnerischer Elemente gegen Deutschland Erschütterungen, die den inzwischen unhaltbar gewordenen Zustand klar beleuchten. So wurde z.B. auf der Kopenhagener Orlogswerft in diesen Tagen ein Sympathiestreik durchgeführt für einen Arbeiter, der wegen Verteilung von Hetzmaterial gegen Deutschland auf dem Arbeitsplatz, entfernt werden sollte. Er ist daraufhin wieder bei der Marine beschäftigt worden — also ein glatter Sieg für die kommunistischen Elemente. Ein ähnliches Beispiel kann von der Carlsberg Brauerei berichtet werden. Die kommunistischen Arbeiter überfallen nicht nur die nationalsozialistischen Arbeiter in zunehmendem Grade, sondern verlangen an immer mehr Stellen, dass die nationalsozialistischen Arbeiter entlassen werden, weil diese angeblich den Arbeitsfrieden stören. Auf die Flut des kommunistischen Propagandamaterials brauche ich in diesem Zusammenhang nicht näher einzugehen.

Den Eingeweihten kann es nicht verwundern, dass die Stimmung derartig umgeschlagen ist. Es lässt sich heute feststellen, dass ein grosser Teil der Bevölkerung überhaupt nicht mehr auf die Meldungen von den Kriegsschauplätzen reagiert. Die Hoffnung, die ich im Laufe der Zeit von deutscher Seite gehört habe, dass die Kriegsergebnisse entscheidenden Einfluss auf eine deutschfeindliche Stimmung in Dänemark haben würden, kann ich heute weniger denn je teilen.

Durch den Einfluss des Buches, Rundfunk, Presse usw. hat die Systemregierung es geschickt verstanden, die Bevölkerung in Bezug auf die künftige positive Gestaltung

Europas durch den Krieg weitgehend zu desinteressieren, wobei der angelsächsischen und sovjetischen Propaganda durch das Fehlen wirksamer Gegenmittel Tür und Tor geöffnet werden.

Die Regierung hat zwar in ihren Erklärungen stets die notwendige enge Zusammenarbeit mit Deutschland bejaht und auch die europäische Zusammenarbeit anerkennt, ebenso wie sie den Kommunismus in Dänemark zu bekämpfen versprochen hat. In Wirklichkeit hat sie aber praktisch in diesem Sinne nicht nur nichts getan, sondern im Stillen das Gegenteil ihrer Erklärungen gefördert.

Nach meiner Ansicht liegen die Dinge nunmehr so, dass die mit Wissen und Duldung der Regierung systematisch gegen Deutschland durchgeführten Einzelaktionen der Verhetzung zu einer ausgesprochenen deutschfeindlichen dänischen politischen Linie geführt haben, die eines Tages unbedingt eine entsprechende deutsche Gegenlinie erforderlich machen wird.

Ich sehe es als völlig hoffnungslos an, wenn man von deutscher Seite noch durch Einzelmassnahmen die Entwicklung umzugestalten versucht. Dazu sind die Dinge zu weit gediehen und die Situation eben so geworden, wie ich es schon im Herbst 1940 voraussagte.

Es ist ganz klar, dass in den Reihen meiner Parteigenossen das Verständnis für die sehr zurückhaltende deutsche Politik, wie sie bisher geführt worden ist, immer geringer wird. Dadurch wird der Kampf mit der von mir geführten Partei empfindlich geschwächt. Einerseits kommt man zu der Auffassung, dass Deutschland um jeden Preis die Freundschaft mit dem System bewahren will, welches seit 1933 den Nationalsozialismus auf das schwerste bekämpft hat. Andererseits ist man enttäuscht und nimmt mehr und mehr Abstand von der deutschen Seite, weil man als Freund Deutschlands, der seine Verbundenheit auch durch Tat beweist, übelsten Verfolgungen ausgesetzt ist ohne Rückendeckung. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, dass allein in der vergangenen Nacht von 18.—19. ds. Mts. hier in Kopenhagen bei Angehörigen der DNSAP in einem Stadtteil allein 16 Fenster zerschlagen worden sind und im Ganzen rund 30 Fenster in der ganzen Stadt. Gleichzeitig werden die Häuser und Strassen mit Aufforderungen zum Boykott nationalsozialistischer Geschäftsleute überschmiert. In derselben Nacht sind an mehreren Stellen bei meinen Parteigenossen Stalin-Coctails ausgelegt worden, die zum Teil ernste Brände verursacht haben. Ich betrachte dieses als Anfang einer organisierten Verfolgung der Nationalsozialisten, um die Partei mutlos zu machen und sie aufzureiben, um dadurch Deutschland den letzten Rückhalt in Dänemark zu nehmen.

Dass meine Parteigenossen durch solchen Terror nicht zuversichtlicher werden und sich immer eingehender fragen, wie es möglich ist, dass im 3. Jahr der deutschen Besetzung Dänemarks solche klaren Herausforderungen von deutscher Seite unbeantwortet bleiben und somit offensichtlich geduldet werden, ist mir verständlich.

In meiner Partei versteht man es auch nicht, dass beispielsweise das Warendirektorat, durch dessen Hand ca. 80 % des Handelsausgleiches mit Deutschland laufen, in der Macht von zwei Juden und einem Halbjuden steht, dass das statistische Departement, das die Zahlengrundlagen für den Wirtschaftsausgleich liefert, ebenfalls von einem Juden geleitet wird, und dass sogar deutsche Stellen noch heute mit jüdischem Firmen in Dänemark zusammenarbeiten, während deutschfreundlich eingestellte Geschäftsinhaber zum grossen Teil unberücksichtigt geblieben sind. Ich weiss wohl, dass man jetzt von deutscher Seite Vorbereitungen treffen will, um die deutschfreundlichen Firmen enger in die Zusammenarbeit einzuziehen. Diese Überlegungen fallen aber auch erst in das 3. Jahr der Besetzung.

Das Theaterwesen liegt heute noch überwiegend in der Hand von Juden. Der dänische Filmcensor ist ein Judenmischling. Der Departementschef des Justizministeriums, der Film, Theater usw. zu beaufsichtigen hat, ist Halbjude. Die grossen Kopenhagener Zeitungen des Systems liegen weitgehend in jüdischem Besitz und sind auch redaktionell von Juden durchsetzt. Die Macht des Judentums im öffentlichen Handel und im Finanzgeschäft ist unbeschreiblich gross. Die Hälfte aller Bankunternehmen in Dänemark ist jüdisch. Damit dominiert der Jude auch die Börse.

Es ist ganz selbstverständlich, dass der Jude in Dänemark gar nicht anders kann, als seine Macht unter Wahrung gewisser Vorschriftenmassregeln²⁾ voll und aktiv gegen Deutsch-

land einzusetzen. Somit ist diese Frage nicht soviel eine Frage der dänischen Nationalsozialisten als des deutschen Reiches selbst. Die Auswirkungen aber fallen auf die Partei zurück.

Die von mir besprochenen notwendigen Massnahmen um der bisherigen Entwicklung Einhalt zu gebieten, möchte ich in Kürze wiederholen.

Meiner Ansicht nach hat das System eine Fülle von Beweisen dafür geliefert, dass es nicht gewillt ist, im Sinne seiner abgegebenen Erklärungen Deutschland gegenüber zu handeln. Es wäre daher das Beste, die jetzige Regierung durch ein Geschäftsministerium abzulösen. Für den Staatsministerposten käme meines Erachtens ein Mann wie Generaldirektor Knutzen oder Direktor Kraft in Frage. Die Besetzung der übrigen Posten könnte zunächst dem zu bestimmenden Staatsminister überlassen werden.

Als dringende Massnahme sehe ich die endgültige Beseitigung der jüdischen und subversiven Elemente an, die politisch gegen Deutschland aufhetzen. Wie weit hier die Grenzen gezogen werden, muss von den Umständen abhängen.

Rundfunk und Presse müssen gezwungen werden, eine eindeutige und positive Stellungnahme im Sinne der Regierungserklärungen durchzuführen. Auch dieses wird nicht durchführbar sein, ohne dass eine Anzahl jüdischer oder kommunistisch eingestellter Personen entfernt werden.

Auf dem Gebiet des Büchermarktes muss ein grundlegender Wandel geschaffen werden, da heute fast kein deutsches Buch dagegen eine Sündflut angelsächsischer Literatur den Markt überschwemmt. Das angelsächsische Buchmonopol befindet sich heute noch in Händen des Juden David Grünbaum. Der jüdische Verlag Povl Branner, der vor dem 9. April ganz offen der Propagandaverlag der britischen Gesandtschaft war, steht mit der Publikation englischer und jüdischer politischer Literatur immer noch an der Spitze.

Weitere Einzelheiten erübrigen sich meines Erachtens, weil durch die Fülle des Materials eine so klare deutschfeindliche Linie der jetzt verantwortlichen dänischen Politiker nachweisbar ist, dass nur ein Wandel durch eine völlig veränderte deutsche Politik Dänemark gegenüber geschaffen werden kann.

Ich möchte meinen Wunsch unterstreichen, dass dieses so bald als möglich geschieht, ehe alle Brücken einer Verständigung mit Deutschland abgebaut sind.

Sie werden verstehen, dass ich als Sohn meines Volkes und als überzeugter Nationalsozialist diese Darlegungen nur im Bewusstsein des grossen Ernstes gemacht habe, mit dem ich mir heute die Frage nach der Zukunft meines dänischen Volkes als freie Nation vorlegen muss.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Heil Hitler!

Ihr ergebener

gez. **Frits Clausen.**

¹⁾ I marginen er med håndskrift tilføjet: „Herrn v. Renthe Fink ergebenst. Grundherr. 24.8.42“.

²⁾ Antagelig fejlskrift for „Vorsichtsmassregeln“.

277.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. retsforfølgelse
af faldskærmsjægere.**

21. august 1942.

Telegramm (Ausw. Bln.)

(G-Schreiber)

Tel. Nr. 1414 vom 21.8.42 20.10 Uhr.

Auf Bericht vom 11.8. — Nr. 447/42 Ang. 2.

Gemäss Weisung Herrn Reichsaussenministers bitte ich um genaue Prüfung, ob tatsächlich auch Fallschirmabspringer von dänischen Gerichten zur Verantwortung gezogen wurden. Herr Reichsaussenminister hält dies allenfalls bei dänischen Fallschirmabspringern für möglich, nicht jedoch bei englischen. Erbitten Drahtbericht.

Erdmannsdorff.

Minister
Ges. Barandon
Marineattaché
MR. Ebner
RVP. Kanstein
GR. Hensel
GR. Seelos
GR. Schaller
GK. Krüger
LS. Kessler
LS. Erbgrossh v. M.
LS. Meissner
LS. Machowetz
Kanzler
Lohmann
Duckwitz
Pol. Reg.
A = Arbeitsexemplar.

278.

**Notits af presseattaché Gustav Meissner ang. statssekretær Stuckarts
besøg i København.**

22. august 1942.

Geheim!

Persönlich!

Notiz für Herrn Minister

Der Besuch des Staatssekretärs im Innenministerium, Stuckart, und des Amtschefs beim Reichsführer SS, SS Brigadeführer Ohlendorf, hat eine Diskussion über die augenblickliche politische Situation in Dänemark zur Folge gehabt, die in verschiedener Hinsicht aufschlussreich gewesen ist. Starker Kritik wurden besonders die Verhältnisse auf dem Wirtschaftsgebiet (jüdischer Einfluss), weiter die Zurückhaltung und Passivität der däni-

schen Presse sowie die zunehmende Unruhe in Dänemark (Sabotage- und Terrorakte, Absinken der Stimmung, kommunistische Hetze usw.) unterzogen. Brigadeführer Ohlendorf hat zunächst eine Reise durch Jütland gemacht und dort offenbar Gespräche sowohl mit Angehörigen der Partei als auch mit Vertretern der Wirtschaft, die Deutschland freundlich gegenüberstehen, gepflegt. Eine Information des Direktors Junker über eine angeblich negative Äusserung des dänischen Handelsministers über den Ostausschuss wurde von Brigadeführer Ohlsen¹⁾ stark unterstrichen, und von diesem zum Gegenstand der Forderung gemacht, den Handelsminister sofort abzusetzen. Die Tatsache, dass die Zeitung „Jyllands-posten“ an einem Tage den Heeresbericht auf der dritten Seite veröffentlichte und den Churchillbesuch in Moskau auf der ersten Seite herausstellte, wurde von ihm ebenfalls heftig kritisiert und gipfelte in der Forderung, den Pressechef des Aussenministeriums auszuwechseln. Auf die unterirdische kommunistische Propaganda, kommunistischen Terrorversuche und die Sabotageakte kam Brigadeführer Ohlsen¹⁾ weniger zu sprechen, während dieses aber vielleicht intern mit den Beamten der Inneren Verwaltung, die ja fast alle Angehörige der SS sind, zur Sprache gebracht wurde. Staatssekretär Stuckart gab die Auffassung zum Ausdruck, dass die Einführung der Todesstrafe und eine möglichst baldige Praktisierung in einem geeigneten Falle die dänische Bevölkerung stark beeindrucken und somit zu einer Beruhigung der Stimmung beitragen würde. Wenn die Dänen nicht selbst die Todesstrafe einführen wollten, müsste die deutsche Wehrmacht durch das Kriegsgerecht einen solchen Fall praktizieren.

Es ist ganz klar, dass Brigadeführer Ohlendorf bei seinem Besuch besonders durch die Zusammenkünfte mit Angehörigen der dänischen nationalsozialistischen Partei beeinflusst worden ist. Clausen, mit dem ich später gesprochen habe, hat mir dieses bestätigt und ausserdem geäussert, dass es sein Eindruck sei, dass Ohlendorf nunmehr unverzüglich den Reichsführer SS im Sinne einer stärkeren Einschaltung der SS in die Politik in Dänemark informieren würde. Ohlendorf hat zu Clausen gesagt: hier wird sich in Dänemark jetzt bald sehr vieles ändern. Clausen hat dazu entgegnet, dass er mit Interesse abwarten wolle, was geschehen würde, worauf Ohlendorf äusserte: glauben Sie mir dieses nicht, oder haben Sie schon jemals erlebt, dass das, was ich gesagt habe, nicht in der Praxis wirklich eingetreten ist?

Es ist als natürlich zu verstehen, dass die DNSAP, die sich in Opposition zur dänischen Regierung befindet, und auch von dieser Regierung bei aller sich bietender Gelegenheit im politischen Kampf benachteiligt und verfolgt wird, jeden Besuch aus Deutschland ausnutzt, um sich über ihre schlechte Situation zu beklagen. Die Zuspitzung der Verhältnisse in der letzten Zeit hat es mit sich geführt, dass die Nationalsozialisten auf einige Fälle hinweisen können, in denen sie gefährlichen Verfolgungen ausgesetzt wurden. So z. B. bei dem Streik auf den Carlsberg Brauereien, wo zwei Nationalsozialisten von politischen Gegnern förmlich aus ihrem Arbeitsplatz hinausgeprügelt wurden, so auch in Bezug auf die offenbar kommunistischen Terrorakte in der Nacht vom 18/19.8., wobei nationalsozialistischen Parteiangehörigen in ca. 20 Fällen Fensterscheiben eingeworfen wurden und wo auch zwei Brandstiftungsversuche stattgefunden haben.

Ebenso kann man auch von einer absinkenden dänischen Stimmung und auch einer Verhärtung des politischen Gegensatzes gegen Deutschland sprechen und feststellen, dass die dänische Regierung nicht ausreichend dafür Sorge getragen hat, die Bevölkerung im Sinne der von ihr abgegebenen Erklärungen des Willens einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland zu beeinflussen.

Es ergibt sich die Frage, woraus sich diese passive Haltung der Regierung begründet. Dass sie zum Teil ihr Motiv darin hat, dass die versprochenen wirtschaftlichen Lieferungen Deutschlands, insbesondere Kohle, nicht den dänischen Erwartungen entsprochen haben, ist anzunehmen. Die eigentliche Ursache der politischen Zurückhaltung ist aber, dass sich die dänische Sammlungsregierung aus den Interessen von 4 demokratischen Parteien zusammensetzt, deren Vorsitzende durchweg den Posten eines Ministers der Regierung bekleiden. Unpolitische Minister sind lediglich der Justizminister und der Verkehrsminister und trotz seiner früheren Zugehörigkeit zu den Radikalen, auch der Aussenminister. Die 4 erwähnten demokratischen Parteien sind nach wie vor daran interessiert, jede für sich ihr Leben und ihre Anhängerschaft über Beendigung des Krieges hinaus zu erhalten,

um dadurch für Dänemark die demokratische Form zu bewahren. Man sucht deshalb u. a. durch Propaganda für den nordischen Gedanken und eine enge Anlehnung an Schweden eine für die Demokratie günstige Stimmung in der Bevölkerung zu erzeugen. Im Verhältnis zu Deutschland geht man ungern über die Diskussion der wirtschaftlichen und praktischen Notwendigkeiten der augenblicklichen Zusammenarbeit hinaus und ist besonders zurückhaltend in der Frage der positiven Verständigungspropaganda zwischen Dänemark und Deutschland, da diese eine Anerkennung des autoritären Prinzips und der Errungenschaften des Nationalsozialismus bedeuten würde und sich die Parteien bei ihrem eigenen demokratischen Standpunkt damit ins eigene Fleisch schneiden würden. Die 4 Parteien haben gut 98 % der gesamten dänischen Presse in ihrer Hand. Diese Presse bringt zwar hin und wieder positive Aufsätze über die Entwicklung des Krieges, über die Verhältnisse in Deutschland oder über die Aufbauarbeit in den besetzten Gebieten, vermeidet aber tunlichst die eigene Stellungnahme zu diesen Fragen und beschäftigt sich in ihren Leitartikeln vornehmlich mit innerpolitischen Dingen, um das Interesse der Bevölkerung für die übliche demokratische Diskussion der Politik in Dänemark lebendig zu halten. Man hält auch mit allen Mitteln die Hoffnung in der Bevölkerung lebendig, dass letzten Endes doch die angelsächsischen Mächte sich durchsetzen könnten und geht in der Beurteilung der deutschen Fortschritte nie so weit, dass man eingesteht, dass der Krieg zu Gunsten Deutschlands bereits weitgehend entschieden ist. Die Parteien haben auf Grund langjähriger Arbeit organisatorisch alle Voraussetzungen, den einzelnen Mann im Volke für ihre Interessen einzukreisen. Dieses soll nur in aller Kürze an dem Beispiel der Sozialdemokratie erläutert werden. Auf dem Arbeitsplatz wird der Arbeiter durch den sozialdemokratischen Klub und den fachlichen Klub gehalten, in seiner Freizeit beschäftigen ihn die Abendschule, Studienkreise, gewerkschaftliche Veranstaltungen usw. Die Arbeiterfrau steht in den sozialdemokratischen Frauengruppen. Sie ist auch in den Konsumvereinen unter ständigem Einfluss. Die Arbeiterjugend wird erfasst durch die sozialdemokratischen Jugendorganisationen sowie durch die sportliche Organisation „Sport der Jugend“, die beide mit grossen Einflussmöglichkeiten tätig sind. Weitere Auffangsorganisationen sind der Ruderklub der Arbeiter, der Sportbund der Arbeiter, der Jachtklub der Arbeiter, der Buchkreis des sozialdemokratischen Verlages „Fremad“, der zu billigen Abzahlungsmöglichkeiten Bücher der Sozialdemokraten liefert. Die Sozialdemokratie hat durch ihre im ganzen Lande verbreiteten Frisörfilialen „Figaro“ sogar noch in den Barbierstuben Einflussstätten für den Arbeiter gemacht und auf allen erwähnten Gebieten wird täglich politisch gearbeitet.

Bei der Beurteilung der Politik in Dänemark kann man nicht umhin, die grosse Macht der politischen Parteien auf den einzelnen Menschen im dänischen Volk zu beobachten. Es ist diesen Parteien gelungen, durch Etablierung der Zusammenarbeit ein Abwenden ihrer Anhängerschaft zu vermeiden. Hierbei haben sie zum Teil öffentlich, im wesentlichen aber intern dafür Sorge getragen, die deutschfreundlichen Gruppen unter Einbeziehung des Momentes der Besetzung als landesverräterisch darzustellen, mit denen ein guter nationaler Däne keine Fühlung haben dürfte. Alles was sich stimmungsmässig gegen uns richtet, wird von den demokratischen Parteien nicht ungern gesehen, weil sie es zur Festigung ihrer eigenen Position im Volke buchen können.

Obwohl die dänischen Nationalsozialisten sich seit dem 9. April 40 sehr bemüht haben, die Zahl ihrer Anhängerschaft zu vergrössern, und in diesen Bestrebungen von deutscher Seite stärkstens unterstützt worden sind, stehen sie doch noch heute angesichts der vorher beschriebenen Macht der dänischen Systemparteien vor grossen Schwierigkeiten. Obwohl die Systemparteien sich häufig in der Presse untereinander angreifen, hat die Sammlungsfront doch keine sichtbaren Risse erhalten, vielmehr ist anzunehmen, dass auch die gegenseitige Befehdung in gewissen Grenzen den Parteien selbst gar nicht unlieb ist, weil sie der Bevölkerung Stoff zum Denken im demokratischen dänischen Sinne gibt. Die verstärkte kommunistische unterirdische Betätigung wird auch unter den Systemparteien solange nicht als störend empfunden, als sie sich lediglich als Störungsfaktor des deutsch-dänischen Verhältnisses auswirkt, aber keine Kräfte aus dem Lager der demokratischen Parteien ins radikallinke Gegenlager abzieht. Man ist daher von Seiten der Regierung nachlässig in der Verfolgung der kommunistischen Hetze gegen Deutschland und gegen die deutschfreundlichen Kreise in Dänemark, nimmt aber von Fall zu Fall nicht

ungern Anlass, kommunistische Agitatoren zu bestrafen und die Bevölkerung vor Unbesonnenheiten zu warnen, die zu ernststen Unzuträglichkeiten zwischen Dänemark und Deutschland führen könnten.

Auf dem Hintergrund der herrschenden Stimmung in Arbeiterkreisen der dänischen Bevölkerung ergibt sich die Frage, ob es auf die Dauer einen Sinn haben wird, deutscherseits durch Einzelaktionen die absinkende Stimmung zu drosseln oder umzugestalten zu versuchen. Da anzunehmen ist, dass die jetzt regierenden politischen Parteien nur unter Anwendung stärkster Mittel von deutscher Seite sich zwingen lassen werden, eine bejahende Haltung Deutschland gegenüber anzunehmen, und dass sie es auch nur dann tun würden, wenn sie die Überzeugung gewönnen, dass ihr demokratischer Bestand in der Zukunft von deutscher Seite nicht angefochten werden wird, kommt man zu der Feststellung, dass die deutschfreundlichen politischen Parteien der Opposition erst dann eine fruchtbare Entfaltungsmöglichkeit erhalten werden, wenn man die bisherigen Parteien in der einen oder anderen Form politisch entwaffnet. Dieses könnte evtl. durch Einsetzung eines Geschäftsministeriums geschehen, welches völlig unabhängig von den Parteien seine Tätigkeit auf der Basis der bisherigen Regierungserklärungen aufnimmt, diese aber praktisch nach dem Wortlaut erfüllt und das auch den dänischen Nationalsozialisten die Möglichkeit gibt, sich breiter in der Öffentlichkeit zu betätigen als bisher. Wenn dieses Geschäftsministerium es übernehmen würde, die von uns gewünschten Massnahmen zu treffen, welche die dänische Bevölkerung enger an die deutschen Interessen herañführen würde, so hätte dieses den Vorteil, dass diese Massnahmen immerhin von einer vom König gebilligten dänische Regierung getroffen würden und trotz der gewiss aufkommenden Kritik im dänischen Volk den eigenen nationalen Stempel nicht ganz verlieren würde.

Die naheliegende Vermutung, dass sich die SS aus ihrer Anschauung heraus bestreben könnte, auf die Politik in Dänemark einen direkteren Einfluss zu gewinnen, bedarf m. E. sehr genauer Überlegungen über die in solchem Falle eintretenden politischen Folgen. Es ist trotz der geschilderten Schwierigkeiten der Politik bisher ein bedeutender Vorteil für die dänischen Nationalsozialisten gewesen, dass die Wahrnehmung der deutschen Interessen in Dänemark voll und ganz auf der Basis des Auswärtigen Amts erfolgte; darin liegt die stillschweigende Bestätigung der Anerkennung der dänischen Souveränität, die es einzig und allein den Nationalsozialisten ermöglicht, von sich aus an das dänische Nationalgefühl zu appellieren und das herrschende System als für die Zukunft Dänemarks gefährlich und im Grunde unnational zu bekämpfen. Bei einer direkten Einschaltung bisher als innerdeutsch angesehener Interessen auf die dänische Politik würde die Bevölkerung die Überzeugung gewinnen, dass die Stellung Dänemarks mit derjenigen der Niederlande, Belgiens, Frankreichs und Norwegens gleichgesetzt worden sei, obwohl Dänemark mit deutschen Truppen nicht in eine Kampf verwickelt gewesen ist. Unter diesen Voraussetzungen würde den dänischen Nationalsozialisten ihre bisher innegehabte politische Basis völlig zerschlagen werden. Die Partei würde sich zersetzen, wobei womöglich einzelne Kräfte bei der deutschen Seite bleiben würden, aber nur diejenigen, die auf das nationale Moment in Dänemark kein starkes Gewicht legen sondern mit deutscher Hilfe eine politische Geltung geniessen wollen.

Es besteht der bestimmte Eindruck, dass bei der bewusst verhaltenen Politik der dänischen Parteien Deutschland gegenüber erst bei Beendigung des Krieges mit einer entscheidenden Wendung der dänischen Politik Deutschland gegenüber gerechnet werden kann. Ob die durch die unterirdische Hetze und subversive Betätigung gegnerischer Kräfte beeinflusste Stimmung in der Bevölkerung zu ernststen Unzuträglichkeiten führen kann, die die deutschen Interessen in Dänemark auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ernstlich gefährden, lässt sich heute noch nicht übersehen. Man kann aber davon ausgehen, dass die dänische Bevölkerung im allgemeinen zu real und ruhig denkt, als dass sie sich in grossen Gruppen aktiv für Störungshandlungen gegen Deutschland hinreissen lässt. Jedoch werden auch einzelne Unzuträglichkeiten immer mehr zu einer Kritik deutscher Parteien und anderer Interessenten an der in Dänemark bestehenden Politik führen; ebenso wie die dänischen Nationalsozialisten aus einer gesunden Einstellung heraus immer dringender die Forderung stellen werden, dass der innere Widerstand gegen sie durch Einsetzung geeigneter deutscher Mittel gebrochen wird und sie dadurch grössere Entfaltungsmöglich-

keiten erhalten. Die jetzige politische Lagerung in Dänemark ist ja unzweifelhaft eine Belastung für die Arbeit der Partei. Es wäre daher zu entscheiden, ob zum jetzigen Zeitpunkt unter Berücksichtigung dieser Faktoren ein grundsätzlicher Wandel der deutschen Politik in Dänemark durch Schaffung eines Übergangsministeriums herbeigeführt werden soll, oder ob die nach der bisherigen Weisung des Herrn Reichsaussenministers befolgte Politik des Abwartens weitergeführt werden soll. In letzterem Falle wäre m. E. durch den Herrn Reichsaussenminister nochmals eine ganz klare Weisung und vor allem eine ganz klare Entscheidung über die alleinige politische Zuständigkeit des Deutschen Bevollmächtigten in Dänemark erforderlich.

Kopenhagen, den 22. August 1942.

Meissner.

¹⁾ Formentlig skrivefejl for „Ohlendorf“.

279.

Telegram fra Renthe-Fink ang. afværgеforanstaltninger i tilfælde af invasion.

22. august 1942.

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 22. August 1942 23.30 Uhr
Ankunft: — 23. — — 00.25 —

Nr. 1169 vom 22.8.42. CITO!

Auf Drahterlass Nr. 1393*) vom 17. August.

Besprechungen zwischen Staatssekretär Stuckart, Befehlshaber und mir über Organisation für den Fall der erforderlichen Abwehrmassnahmen gegen Feindangriffe in Dänemark ergab Übereinstimmung über folgenden Vorschlag:

1) Da damit zu rechnen ist, dass Feindangriffe sich gegen Jütland oder Teile Jütlands richten werden, wird Dänemark voraussichtlich in zwei Teile zerfallen, und zwar Jütland und das übrige Dänemark. Für Jütland ist vorgesehen, dass dort der Militärbefehlshaber ganz oder teilweise vollziehende Gewalt übernimmt. Eine entsprechende Proklamation des Befehlshabers wird vorbereitet.

Eine Proklamation des dänischen Königs bzw. der dänischen Regierung bereitet der Bevollmächtigte des Reichs in ihren Grundzügen vor, um sie im Laufe nächster Woche bei der dänischen Regierung durchzusetzen.

Für die Steuerung der zivilen Verwaltung Jütlands wird Vizepräsident Kanstein vom Bevollmächtigten des Reichs dem Stab des Militärbefehlshabers zugeteilt werden. Die Stellung Kansteins zum Bevollmächtigten des Reichs bleibt unberührt, jedoch gehen die Weisungen des Militärbefehlshabers allen übrigen Weisungen vor.

2) Soweit im Kampfgebiet erforderlich, ergehen die Weisungen des Militärbefehlshabers durch Vizepräsident Kanstein unmittelbar an die dänischen Behörden. Für das anschliessende rückwärtige Gebiet wird von der dänischen Regierung Kommissar bestellt, der alle Funktionen der dänischen Regierung für dieses Gebiet ausübt und mit allen Vollmachten der dänischen Regierung auszustatten ist; diese Vollmachten unterliegen keinen

*) Pol I M 3852 g.

verfassungsrechtlichen Beschränkungen. Der dänische Kommissar ist an die Weisungen des Militärbefehlshabers (Vizepräsidenten Kanstein) gebunden und gibt dessen Weisungen an die nachgeordneten dänischen Behörden zur Durchführung weiter. Er ist für die schnelle und restlose Durchführung der Befehle des Militärbefehlshabers (Vizepräsident Kanstein) verantwortlich.

Auch für das rückwärtige Gebiet Jütlands kann im Bedarfsfalle der Militärbefehlshaber (Vizepräsident Kanstein) die dänischen nachgeordneten Behörden unmittelbar anweisen. Davon soll jedoch nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht werden.

3) Im übrigen Dänemark bleibt der bestehende Zustand aufrechterhalten. Forderungen des Militärbefehlshabers werden an den Bevollmächtigten des Deutschen Reichs gerichtet, der sie der dänischen Regierung gegenüber durchsetzt.

4) Vizepräsident Kanstein wird mit dem zivilen Verwaltungschef im Wehrkreis X Fühlung halten.

5) Weitere erforderliche Sondermassnahmen, z. B. hinsichtlich der Presse, des Rundfunks, der Versammlungstätigkeit, der Ein- und Ausreise, des Post- und Telegraphenwesens werden vom Bevollmächtigten des Reichs im Benehmen mit dem Befehlshaber vorbereitet.

6) Falls die dänische Regierung sich zur Durchführung der von ihr erwarteten Massnahmen ausserstande erklären sollte, oder sie nicht in der geforderten Masse durchführt, wird der Militärbefehlshaber (Vizepräsident Kanstein) die nötigen Anordnungen auf Grund seiner eigenen Machtbefugnisse erlassen.

Drahtweisung erbeten.

Renthe-Fink.

Verteiler Nr. 2:

Nr. 1	an Pol I M g (Arb.St.)
Nr. 2	} - RAM
Nr. 2 a	
Nr. 3	- St.S.
Nr. 4	} - BRAM
Nr. 4 a	
Nr. 5	- Botsch. Ritter
Nr. 6	- Leiter Abt. Pol.
Nr. 7	- — — Ha. Pol.
Nr. 8	- — — Presse
Nr. 9	- Dg.Pol.
Nr. 10	Sammlg. Telko.

Dies ist Nr. 3.

280.

Notits [af Renthe-Fink] ang. samtale med udenrigsminister Scavenius.

24. august 1942.

Aufzeichnung!

Die heutige Unterredung mit dem Aussenminister leitete ich mit der Bemerkung ein, dass ich in Berlin eine sehr kritische Einstellung gegenüber Dänemark angetroffen hätte. Man habe auf die sich ständig verschlechternde Stimmung der Bevölkerung uns gegenüber und die passive Haltung der dänischen Regierung hingewiesen. Die Meldungen, die mir in letzter Zeit zugegangen seien, bestätigten, dass ein erhebliches Absinken der Stimmung

in Dänemark stattgefunden habe. Ähnliche Eindrücke hätten die deutschen Besucher in der letzten Zeit von ihren Reisen im Lande mitgebracht. Ich erwähnte dabei besonders Herrn von Grundherr. In gleichem Sinne äusserten sich auch die örtlichen militärischen Stellen. Auffällig sei die Zunahme der Sabotagefälle in der letzten Zeit. Unseres Erachtens habe die dänische Polizei nicht genügend Erfolge. Aksel Larsen, der Kommunistenführer sei jetzt nach mehr als einem Jahr immer noch nicht dingfest gemacht. Wir spürten, wie ich auch schon Herrn Svenningsen gesagt hätte, Unsicherheit in der Bevölkerung und Beamten-schaft, an der die Regierung schuld habe, da sie unseres Erachtens nicht genügend klar erkennen liesse, dass der Kurs der Regierungserklärung vom 4. Mai d.Js. unbedingt zu steuern sei. Es bestehe daher die Gefahr, dass sich die Auffassung, dass die Erklärungen der Regierung nur Taktik seien, besonders in der Provinz, immer mehr verbreitete. Es schiene, als ob die einzelnen Minister sich in ihrem Arbeitsbereich nicht durch die Beschlüsse der Regierung gebunden hielten. So habe zwar die Regierung die Beteiligung Dänemarks am Wiederaufbau im Osten offiziell begrüsst, was gewisse Minister aber nicht davon abhielte, in persönlichem Gespräch den Interessenten abzuraten.

Ich kam darauf auf das Verhalten des Hofes zu sprechen und wies Herrn von S. auf die Ausgabe von Aalholm Avis Nr. 31 vom 30.7.d.Js. hin, in der das merkwürdige Telegramm des Königs an Redakteur Rasch abgedruckt war. Der Aussenminister fiel hier ein und sagte, er habe bereits auf die Vorstellungen, die GR Meissner bei Kontorchef Eskelund erhoben hätte, eine Untersuchung eingeleitet. Das Telegramm des Königs sei sicher nur ein Routinetelegramm gewesen, wahrscheinlich habe der König die betreffende Nr. von Aalholm Avis (Nr. 31 vom 30.7.) auf die sich sein Telegramm bezog, garnicht gelesen. Ausserdem sei Aalholm Avis ein Winkelblatt mit ganz wenig Lesern. Ich erwiderte, solche Vorfälle seien auf alle Fälle deshalb schlecht, weil sie in Deutschland den Eindruck erwecken müssten, als ob der König gegen uns stünde. Das Telegramm des Königs würde natürlich weiter kolportiert und die Bevölkerung in den Glauben versetzt, dass der König die Stimmungsmache gegen uns billigte. Ich erwähnte, dass wir schon früher mehrfach Grund gehabt hätten, uns darüber zu beklagen, dass die Umgebung des Königs es an der erforderlichen Sorgfalt und dem erforderlichen Verantwortungsbewusstsein fehlen liesse.

Ich fuhr fort, indem ich sagte, wir müssten sowohl von der Regierung als solcher, als auch von jedem einzelnen Regierungsmitglied eine klare deutschfreundliche Linie in Wort und Tat nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in camera caritatis verlangen. Wenn sich der Fall Christmas Möller wiederholen würde, neue Sabotagefälle sich ereigneten, so könne das Fass leicht zum Überlaufen kommen. Änderte die dänische Bevölkerung ihre Haltung, so würde das auch ein Ändern unserer Haltung herbeiführen. Es gäbe eine ganze Anzahl von Stimmen in Deutschland, die schon seit längerer Zeit warnten und der Auffassung seien, dass in Dänemark eine deutschfeindliche Widerstandsbewegung im Wachsen begriffen sei.

Der Aussenminister unterbrach mich hier und fragte mich pointiert, was das Ziel der deutscherseits an der Regierung geübten Kritik sei. Ich erwiderte scharf, wir wollten vorbeugen, dass eine Situation entstehe, die eine Zusammenarbeit unmöglich mache. Es sei zwar bisher noch nichts Ernstes und Irreparables geschehen, aber wenn man nicht gleich bei den ersten Anzeichen einer gefahrdrohenden Entwicklung energisch durchgreife, es dann sehr schnell zu spät sein könne.

Ich kam hierauf auf mein Gespräch mit Direktor Svenningsen zurück und betonte die Notwendigkeit verschärfter Massnahmen gegen Sabotage, Fallschirmagenten und überhaupt feindliche Nachrichtenagenten. Die Täter, Mithelfer und Mitwisser müssten wissen, dass sie nicht darauf rechnen könnten, bei Ende des Krieges früher oder später begnadigt zu werden, sondern dass sie ihren Kopf riskierten. Aus den Bemerkungen des Aussenministers war ersichtlich, dass die dänische Regierung sich nicht leicht zur Einführung der Todesstrafe bequemen würde. Dagegen schien auch er den Gedanken richtig zu halten, dass die Regierung die Bevölkerung warnen und darauf aufmerksam machen sollte, dass derartige Fälle vor das Kriegsgericht gezogen und mit einer Verurteilung zum Tode enden könnten.

Als ich auf die Intensivierung der Bekämpfung des Kommunismus hinwies, stimmte mir Herr von S. nachdrücklich zu und sagte, der Justizminister habe sich ja schon bereit

erklärt, unseren Wünschen entgegenzukommen und auch bei den Parteien fände man heute sehr viel mehr Verständnis als früher. Ich betonte die Notwendigkeit, nicht nur die konkreten strafbaren Handlungen, sondern vor allem den Kommunismus und die illegalen kommunistischen Organisationen als solche zu bekämpfen und ein Kundschafternetz zu diesem Zweck aufzubauen. Es müssten schärfere Massnahmen gegen Verdächtige, auch wenn ihnen strafbare Handlungen nicht von vornherein nachgewiesen werden könnten, ergriffen werden. Schliesslich sei eine gründlichere und wirksamere Ausholung der Kommunisten über ihre Kenntnis hinsichtlich Zusammensetzung und Arbeit des kommunistischen Apparates erforderlich. Herr von S. sagte, es sei nicht ganz einfach, die Polizei auf die neue Arbeitsmethode umzustellen. Jedenfalls sei eine gewisse Zeit zur Erziehung erforderlich, auch wenn die Polizei, wie er glaube, den besten Willen habe.

Daran anschliessend bezeichnete ich eine gewisse Entpolitisierung der Beamenschaft einschliesslich Lehrer, Hochschullehrer, Geistliche usw. für die Dauer des Krieges für angebracht. Nach unserer Auffassung seien gerade Lehrer und Geistliche diejenigen, die am meisten Brunnenvergiftungen betrieben. Herr von S. meinte, dies würde grosse Schwierigkeiten machen, denn wenn der Beamenschaft die freie politische Betätigung verboten würde, so würde das von diesen als ein schwerer Eingriff in ihre Grundrechte empfunden werden und die Wirkung könne leicht das Gegenteil sein. Es wäre politisch verkehrt, wegen einzelner Missetäter die Gesamtheit zu bestrafen. Ich erwiderte, etwas müsse unbedingt geschehen, und brachte zum Ausdruck, dass m.E. auch der Polizei grössere Vollmachten zu Massnahmen gegen hetzerisch tätige Organisationen und Einzelpersonen gegeben werden müsse. Ich erwähnte hierbei den Fall von Danske Samling (Arne Sörensen und Peter Gudme). Der Aussenminister erklärte darauf, dass er diesen Fall vor kurzem dem Justizministerium vorgelegt habe. Ich sagte, diese Sache schwebte nun schon seit längerer Zeit, und es sei unerträglich, wenn solche Dinge sich so in die Länge zögen.

Schliesslich kam ich auf die Presse zu sprechen. Der Aussenminister teilte hier mit, dass er bereits Schritte unternommen habe, um eine umfassendere Kontrolle der dänischen Presse aufzuziehen. Ich erklärte, es müsse unter allen Umständen auch dafür gesorgt werden, dass die Presse sich positiver einstelle, denn davon hingen Stimmung und Haltung der Bevölkerung ganz entscheidend ab. Wirtschaftliche und innerpolitische Hemmungen dürften dafür kein Hindernis sein.

Dann betonte ich noch die Notwendigkeit, den deutschfreundlichen Elementen grösseren Schutz als bisher zu gewähren. Ich wies auf die Vorfälle hin, die sich in der Nacht vom 18. zum 19. ds. Mts. ereignet hatten. Herr von S. sagte mir, die Polizei gäbe sich grosse Mühe, diese aufzuklären und glaubt, bereits gewisse Spuren zu haben.

Als ich darauf hinwies, dass es unklug sei, heute noch Juden in Schlüsselstellungen zu belassen, und nahelegte, Departementschef Cohn zum Rücktritt zu veranlassen, meinte der Aussenminister, dass dies hier grosse Erregungen verursachen würde und nur aufgrund einer direkten Forderung Deutschlands durchgesetzt werden könne. Ich entgegnete, dass unsere Einstellung den Juden gegenüber sattsam bekannt sei, dass ich es für besser halten würde, wenn Dänemark dieser Einstellung Rechnung trüge. Ich fand auch zunächst wenig Gegenliebe, als ich Herrn von S. sagte, ich würde es für richtig halten, wenn die dänische Regierung bald den Departementschef Svendsen im Justizministerium auswechseln würde.

In der anschliessenden Unterredung hob der Aussenminister hervor, dass es seines Erachtens schon ein grosser Erfolg sei, dass es gelungen wäre, die mit der Besetzung unvermeidlich verbundene Deutschfeindlichkeit in der dänischen Bevölkerung so niederzuhalten, wie es bisher der Fall gewesen sei. Die Sympathien für England seien seiner Ansicht nach im Abflauen und machten einer gewissen Müdigkeit und Gleichgültigkeit Platz. Hier warf ich ein, dass mir das Gegenteil der Fall zu sein schiene, und erwähnte die Vorfälle bei der Beisetzung gefallener Engländer und den Transporten englischer Gefangener. Der Aussenminister sagte ferner, es bestände heute viel mehr Verständnis für die von der dänischen Regierung übernommene Aufgabe und ihre Durchführung. Er glaube, die Hauptaufgabe sei heute, Ruhe zu halten und Ausschreitungen zu vermeiden. Wenn die dänische Regierung soweit ginge, wie ich es heute nahegelegt hätte, so würde dadurch nicht eine Besserung, sondern das Gegenteil erzielt werden. Die dänische Bevölkerung verstehe durchaus, dass sie sich den Forderungen für die Sicherheit der deutschen Truppen in Dänemark beugen

müsse, sei aber nicht dazu zu bekommen, uns, wie S. es nannte, „den Hof zu machen“. Das würde anders sein, wenn die Alleinbeherrschung Europas durch Deutschland in den Augen der Dänen ein für allemal feststände. Eine solche Einsicht könne kaum erwartet werden, solange der Krieg andauere. Es könne sehr leicht heute etwas zerschlagen werden, aber es wieder gut zu machen, sei schwer, wahrscheinlich sogar unmöglich. Er sei überzeugt, dass die Dänen sich willig in das neue Europa einordnen und alle damit verbundenen Verpflichtungen übernehmen würden, wenn man im übrigen die Dänen sich selbst überliesse. Alles andere würde dann mit der Zeit von selbst kommen. Herr von S. wiederholte, dass zurzeit Massnahmen gegen die Juden in Dänemark nicht durchzusetzen seien, weil die Dänen darin eine Verneinung ihrer Ideale sehen. Auch das würde anders sein, wenn das Ende des Krieges und die Neuordnung Europas heranrückten, in der Zwischenzeit würden jedoch Massnahmen gegen die Juden nur Unruhe stiften, und man müsse doch daran denken, dass, wenn der Krieg länger dauerte, die zu lösenden Schwierigkeiten schon an sich immer grösser werden. Es wäre unklug, sie dadurch noch zu steigern, dass man jetzt versuche, die Judenfrage anzufassen. Auch Brigadeführer Ohlendorf habe ihm zugegeben, dass ein Volk nicht von heute auf morgen umgestellt werden könne, und dass es richtig sei, die Lösung des Judenproblems bis an das Ende des Krieges zu verschieben. Der Aussenminister fügte hinzu, dass wir die Stimmung gegen uns nur verschärfen, wenn Dänen durch unseren Druck aus ihren Stellungen entfernt würden. Dieses sollte nur in den Fällen geschehen, wo es wirklich notwendig und entscheidend sei. Wenn solche Massnahmen berechtigt gewesen wären, habe das dänische Volk sie auch immer ruhig hingenommen. Unnötige Eingriffe schadeten aber ungeheuer. Eine Regierung, die nicht von den Parteien getragen würde, würde keine Autorität im Volke haben. Es sei heute notwendig, die Parteien durch Beteiligung an der Verantwortung in der Regierung an die Regierungspolitik zu binden. Er glaube fest, dass alle Regierungsmitglieder von der Notwendigkeit der Regierungspolitik überzeugt und bei der Stange zu bleiben entschlossen seien. Die Versuche der nationalsozialistischen Presse, die Regierung bei uns anzuschwärzen, seien ausserordentlich bedauerlich. Da die Autorität der Regierung sozusagen auf einer gewissen Popularität im Volke und der Tatsache beruhe, dass das Volk die Regierungspolitik verstehe, seien den Aktionsmöglichkeiten der Regierung zwangsläufig Grenzen gezogen.

Herr von S. machte dann einige Andeutungen, dass er des vielen Streits und Haders müde sei, und dass er sich, wenn er bei uns keine Anerkennung seiner aufrichtigen Bemühungen um eine gute Zusammenarbeit fände, möglicherweise zurückziehen würde.

Ich bemerkte, dass die Politik der freundschaftlichen Verständigung, die Deutschland heute verfolge, nur dann aufrecht erhalten werden könne, wenn sie auf dänischer Seite das entsprechende Verständnis und die entsprechende Bereitwilligkeit, das Seine dazu zu tun, fände. Dänemark habe m.E. selbst das grösste Interesse, dafür zu sorgen, dass unsere heutige Linie zum Erfolg führe. Jeder Mensch müsse auf die Umwelt Rücksicht nehmen und sich den Veränderungen anpassen. Ich könnte mir nicht vorstellen, dass in einem Europa, das nationalsozialistisch geführt sei, Dänemark als eine demokratisch-parlamentarische Insel unbewusst bestehen bleiben könne. Ich hoffte auf den gesunden Instinkt des dänischen Volkes, der rechtzeitig für die notwendige Anpassung Sorge tragen würde, denn schliesslich bliebe die Entwicklung nicht stehen, bloss weil Dänemark nicht bereit sei, sich an ihr zu beteiligen; die Geschichte lehre, dass alle grossen Bewegungen in Europa früher oder später auch in Dänemark sich durchsetzten. Zunächst komme es darauf an, die jetzige Situation zu halten und dazu alles Notwendige energisch zu tun. Wenn die Regierung erklären würde, dass sie es nicht könne, so würde sie sich damit selbst das Todesurteil sprechen.

Ich habe mit Herrn von S. verabredet, dass wir die angeschnittenen Einzelfragen morgen Nachmittag nach dem Frühstück, soweit erforderlich, noch einmal durchsprechen würden.

Kopenhagen, den 24. August 1942.

281.

Indberetning fra viceregeringspræsident Kanstein ang. sabotage.

27. august 1942.

Geheim.

*Durchschrift.*DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES
DEUTSCHEN REICHES*Kopenhagen, den 27. August 1942.*Der Beauftragte
für Fragen der inneren Verwaltung.*Inn.V. 3.**Betrifft:*
Sabotagebrände in Dänemark.Unter Bezugnahme auf Drahtbericht
Nr. 1061 vom 28.7. und die Schrift-
berichte Nr. 447/42 vom 8. und 11.8.*Anlagen:*
1 Übersetzung,
1 Aufstellung,
2 Doppel des Berichtes.*An*
das Auswärtige Amt,
Berlin W 8.

Seit Ende Juni 1942 haben sich mehrere Brände ereignet, die teils zweifelsfrei auf Sabotage zurückzuführen sind, während bei den übrigen zum mindesten starker Sabotageverdacht besteht. In einzelnen Fällen wurde Wehrmachtsgut unmittelbar betroffen, in der Mehrzahl der Fälle richtete sich die Brandstiftung gegen dänische Betriebe, die Aufträge für die Deutsche Wehrmacht durchführen. Der entstandene Schaden hat sich durchweg in mässigen Grenzen gehalten. Die einzelnen Fälle sind in der Anlage aufgeführt.

Im Einvernehmen mit der hiesigen Abwehrstelle haben wir uns von vornherein in die Aufklärung der Fälle eingeschaltet. Das Dänische Justizministerium ist durch mich mehrfach auf den Ernst der durch die Brandfälle hervorgerufenen Lage hingewiesen und veranlasst worden, alles zu tun, um die Täter festzustellen und ihrer Bestrafung zuzuführen. Das Justizministerium hat daraufhin bereits am 7. 7. 42 Weisungen in diesem Sinne an die Polizeimeister gegeben. Übersetzung dieser Rundverfügung füge ich bei.

Ende Juli habe ich, wieder im Einvernehmen mit der Abwehrstelle, das R[eichs] S[icherheits] H[aupt] A[mt] in Berlin gebeten, Sabotagesachverständige nach Kopenhagen zu entsenden, die die Aufgabe haben sollten, das Untersuchungsergebnis der dänischen Polizei zu überprüfen und vor allem festzustellen, ob es sich bei den Brandfällen um von England her angesetzte Sabotage oder um Planungen von dänischer kommunistischer oder nationalistischer Seite handelt. Das RSHA hat zwei Sachverständige geschickt, die sich eingehend mit dem Fragenkomplex befasst haben und zu dem Ergebnis gekommen sind, dass es sich aller Wahrscheinlichkeit nach weder um von England her eingeführtes Sabotagematerial noch um auf englische Weisung im Lande hergestelltes Sabotagematerial handelt, sondern dass die Brandstiftungen auf dänische kommunistische Kreise zurückzuführen sind. Damit schaltet auch die Möglichkeit, dass Sabotagefälle mit Absprüngen von Fallschirmagenten in Verbindung stehen, aus. In fast allen Fällen wurden am Tatort Brandsätze gefunden, die völlig gleichartig waren; es handelt sich nämlich um Pappkartons, in welchen Benzinflaschen und Thermitsätze fest angebracht waren. Die mikroskopische

Untersuchung der Thermitsätze ergab, dass die Substanz bei allen Brandsätzen die gleiche war. Das lässt den Schluss zu, dass alle Brandstiftungen von ein und derselben Gruppe durchgeführt worden sind.

Hinsichtlich der von dänischer Seite durchgeführten Untersuchung sind die Sabotagesachverständigen des RSHA zu dem Urteil gekommen, dass die dänische Polizei durchaus zufriedenstellend gearbeitet und sich alle Mühe gegeben hat, um eine Aufklärung der Fälle zu erreichen.

Ausser den Sabotagehandlungen, die sich gegen die Deutsche Wehrmacht gerichtet haben, sind in einer der letzten Nächte fünf Brandstiftungen vorgekommen, durch welche Angehörige der DNSAP betroffen worden sind. In diesen Fällen wurde als Brandsatz Flaschen mit brennbarer Flüssigkeit verwandt. In der diesen Vorfällen folgenden Nacht ist ein Anschlag auf eine sozialdemokratische Brauerei verübt worden, bei welchem ein Explosivkörper Sachschaden anrichtete. Diese Fälle sind noch nicht aufgeklärt. Ein Zusammenhang mit den gegen die Wehrmacht gerichteten Sabotagefällen scheint aber nicht zu bestehen.

In Besprechungen, die in den letzten Tagen sowohl zwischen dem Bevollmächtigten und dem dänischen Aussenminister, als auch zwischen mir und dem dänischen Justizministerium geführt worden sind, ist den Dänen kein Zweifel darüber gelassen worden, dass die rein polizeilich-kriminalistische Bearbeitung der Sabotagefälle nicht genügt, sondern dass die Regierung eindeutige und energische Schritte unternehmen muss, um einer Fortsetzung der Sabotagewelle vorzubeugen. Wir haben darauf hingewiesen, dass der Befehlshaber der Deutschen Truppen die nächsten ernststen Sabotagefälle an sich ziehen und dem Kriegsgericht zur Untersuchung und Aburteilung übergeben und dass das Kriegsgericht voraussichtlich auf Todesstrafe erkennen werde. Es könne der dänischen Regierung bei dieser Sachlage nur dringend nahe gelegt werden, von sich aus die Einführung der Todesstrafe im Rahmen der dänischen Gerichtsbarkeit zu veranlassen. Eine sofortige öffentliche Erklärung der dänischen Regierung darüber, dass sie entschlossen sei, bei Wiederholung von Sabotagefällen die Todesstrafe einzuführen und dass nach deutschem Kriebsrecht schon jetzt die Todesstrafe in Sabotagefällen verwirkt ist, würde nach unserer Auffassung das einzige Mittel sein, um der Bevölkerung die verhängnisvollen Folgen weiterer Sabotagehandlungen vor Augen zu führen und damit auf die Täterkreise abschreckend zu wirken. Von Seiten der dänischen Regierung geschehe überhaupt viel zu wenig, um im positiven Sinne auf die Bevölkerung einzuwirken und der unterirdischen Gegenpropaganda und deutschfeindlichen Hetze, die in ihrer letzten Auswirkung zu Sabotage und Gewaltakten führten, einen Riegel vorzuschieben. Auch wenn es sich nur um kleinere Gruppen handelt, die sich mit Sabotage befassen und die grosse Masse der Bevölkerung sich ruhig verhält, müsse von der Regierung verlangt werden, dass sie in dieser Richtung ihre Pflicht tue, ehe es zu spät sei und zu drastischen Regressivmassnahmen gegriffen werden müsse.

Über die auf diesen Druck hin zu erwartenden Schritte der dänischen Regierung werde ich weiter berichten.

gez. **Kanstein.**

Abschrift

an den Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark — I c —

Gesehen:

Kopenhagen, den 27.8.1942.

gez. v. *Renthe-Fink.*

282.

**Memorandum fra Renthe-Fink ang. den fremtidige ordning
af det dansk-tyske forhold.**

28. august 1942.

Abschrift.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Tgb.Nr. 483/42

Kopenhagen, den 28. August 42.

Unter Bezugnahme auf Drahterlass
Nr. 1382 vom 14.8.1942.

*Betr.: Besuch des Staatssekretärs
Stuckart in Kopenhagen.*

— 2 Durchschläge —

*An das
Auswärtige Amt,
Berlin.*

Bei seinem Besuch in Kopenhagen, der die Ausarbeitung eines Organisationsplanes für den Fall, dass durch gegnerische Angriffe Abwehrmassnahmen in Dänemark erforderlich werden, zum Anlass hatte, hat Staatssekretär *Stuckart* lebhaftes Interesse für die hiesigen Verhältnisse bekundet. Er vertrat hinsichtlich der besetzten Gebiete und Länder die Auffassung, die deutsche Verwaltung bzw. die deutsche Einflussnahme müsse so gestaltet werden, dass sie sich in möglichst einfachen, Leerlauf und Reibungsflächen vermeidenden Bahnen abwickle. Dies sei heute nach dreijähriger Kriegsdauer mit einem sich immer mehr ausdehnenden deutschen Interessengebiet und der infolgedessen namentlich auf dem Gebiete der Verwaltung ständig dünner werdenden Personaldecke besonders dringlich. Wir müssten uns daher überlegen, in wieweit wir uns in den deutschen Interessengebieten den bestehenden einheimischen Verwaltungsapparat zunutze machen können. Dies hinge natürlich weitgehend davon ab, welches Ziel mit der deutschen Besetzung verfolgt werde: die Vorbereitung einer spätestens bei Kriegsende erfolgenden völligen Eingliederung des besetzten Gebietes in das Reich, die Aufrichtung einer mehr oder weniger neben dem Reich stehenden, aber doch ausschliesslich von diesem getragenen Hoheitsgewalt, oder die Wiederaufrichtung einer zwar wesentlich vom Reich beeinflussten, aber doch eigenstaatlichen Verwaltung. Staatssekretär *Stuckart* sagte, er beschäftige sich mit dem Problem, wieweit es sich in den einzelnen besetzten Gebieten mit fremdem Volkstum empfehle, das betreffende Gebiet vollständig in eigene deutsche Verwaltung oder nur in sogenannte Aufsichtsverwaltung zu nehmen. Im letzteren Falle stelle sich die Frage, wie intensiv die Aufsicht unbedingt geführt werden müsse.

Wenn ich Staatssekretär *Stuckart* richtig verstanden habe, beabsichtigt er, in der nächsten Zeit dem Führer eine Denkschrift über dieses Thema vorzulegen. Ich habe Staatssekretär *Stuckart* darauf hingewiesen, dass, wenn sich die Denkschrift auch mit Dänemark befassen sollte, das Auswärtige Amt eingeschaltet werden müsse. Bei Dänemark lägen die Verhältnisse völlig anders als bei den anderen besetzten Gebieten. Im Memorandum vom 9. April 1940 sei erklärt worden, dass die Reichsregierung nicht die Absicht habe, durch ihre Massnahmen die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit des Königreiches Dänemark jetzt oder in Zukunft anzutasten. Dänemark sei daher de jure selbstständig geblieben und unterstehe ausschliesslich der Kompetenz des Auswärtigen Amtes.

gez. v. **Renthe-Fink.**

I. Gegenwärtiger Zustand.

A. Dänische Grundlage.

a. Struktur Dänemarks.

In Stichworten:

Grösse Dänemarks	44 000 qkm
Einwohnerzahl	3,8 Millionen

(Vergleich:

Provinz Hannover	39 000 qkm
Einwohner	3,2 Millionen)

$\frac{2}{3}$ des Staatsgebietes umfasst die Halbinsel Jütland, das restliche Drittel sind die Inseln (500 Inseln, davon 100 bewohnt)

Einwohnerdichte:	88 Menschen je qkm
	(57 in Jütland,
	152 auf den Inseln)

Einwohnerzahl von Gross-Kopenhagen: rund 1 Million

Nächstgrösste Stadt: Aarhus, 90 000 Einwohner

45 weitere Provinzstädte zwischen 5 000 und 90 000 Einwohnern

Jährliche Bevölkerungszunahme:	8 %
--------------------------------	-----

Geburtenziffer jährlich:	18 %
--------------------------	------

(1900—1910 durchschnittlich:	29 %
------------------------------	------

60 % der Bevölkerung wohnt in den Städten

Verteilung der Bevölkerung auf Berufsgruppen:

Landwirtschaft	1,1 Million
----------------	-------------

Industrie, Handel, Handwerk	1,5 Millionen
-----------------------------	---------------

Übrige Berufsgruppen	1,2 Millionen
----------------------	---------------

Zum Sektor Landwirtschaft zählt also nur ein gutes Viertel der Gesamtbevölkerung.

b. Aufbau der dänischen Verwaltung.

1. Zentralbehörden

1.) Staatsministerium

Verfassungsangelegenheiten

Angelegenheiten des Königshauses

Ernennung und Verabschiedung von Ministern

Angelegenheiten des Reichstages

Vertretung Dänemarks in Island

Verwaltung Grönlands

Angelegenheiten der Färöer.

2.) Ministerium des Äusseren

Aussenpolitik

Lenkung des diplomatischen und konsularischen Dienstes.

3.) Kriegsministerium

Verteidigung zu Lande

Geodätisches Institut.

4.) Marineministerium

Verteidigung zur See

Lotsen-, Leuchtfeuer-, Seezeichen- und Rettungswesen

Fischereischutz

Meteorologisches Institut.

5.) Finanzministerium

Staatshaushalt

Staatskasse

Staatsschulden
 Pensionen
 Münzwesen
 Steuern
 Staatliche Statistik
 Revision der staatlichen Verwaltungen.

6.) J u s t i z m i n i s t e r i u m

Zivil- und Strafverfahren
 Polizei
 Gefängniswesen
 Vormundschaft
 Familienrechts- und Erbrechtsangelegenheiten
 Strandungswesen
 Feuerwehr

7.) M i n i s t e r i u m d e s I n n e r n

Kommunalangelegenheiten
 Reichstagswahlen
 Staatsangehörigkeit
 Aushebungen zur Wehrmacht
 Kreditvereine
 Sanitätswesen
 Epidemiegesetzgebung
 Ärzte und Apotheken
 Krankenhäuser
 Quarantäneverhältnisse
 Ziviler Luftschutz.

8.) A r b e i t s- u n d S o z i a l m i n i s t e r i u m

Soziale Fürsorge
 Arbeitsverhältnisse
 Lehrlingsangelegenheiten
 Fabrikinspektion
 Krankenkassen
 Sozialversicherung
 Lebensversicherung
 Schulen für Abnorme
 Öffentliche Kinderfürsorge.

9.) M i n i s t e r i u m f ü r H a n d e l, I n d u s t r i e u n d S c h i f f f a h r t

Industrie
 Handwerk
 Handel
 Banken und Sparkassen
 Börsenverhältnisse
 Gewerbeordnung
 Patentangelegenheiten
 Schifffahrt.

10.) M i n i s t e r i u m f ü r ö f f e n t l i c h e A r b e i t e n

Eisenbahnverwaltung
 Postverwaltung
 Telegraphen- und Telephonverwaltung
 Wasserbau- und Deichverwaltung
 Wegeverwaltung
 Staatshäfen.

11.) M i n i s t e r i u m f ü r L a n d w i r t s c h a f t u n d F i s c h e r e i

Landwirtschaft
 Jagd- und Forstwirtschaft

Landwirtschaftliche Ausbildung
 Veterinärwesen
 Wasserläufe
 Staatsdomänen
 Fischerei.

- 12.) Ministerium für kirchliche Angelegenheiten
 Öffentliche Gottesdienste
 Verwaltung der Volkskirche
- 13.) Unterrichtsministerium
 Volksschule und höherer Unterricht
 Universitäten
 Andere wissenschaftliche Lehranstalten
 Bibliotheken, Archive
 Königliches Theater
 Kunstakademie
 Kunstsammlungen, Museen.

2. Mittelbehörden

Verwaltungsmässig ist das Land in 26 *Ämter* eingeteilt, an deren Spitze der Amtmann (in Kopenhagen der Oberpräsident) steht. Die Ämter stehen an Grösse und Bedeutung, an deutschen Verhältnissen gemessen, zwischen Kreis und Regierungsbezirk.

Der Amtmann leitet die Verwaltung seines Bezirks, überwacht die Durchführung der Gesetze, übt die Aufsicht über die Staatsbeamten seines Bezirks aus und nimmt an der Gemeindeverwaltung teil.

Polizeimässig ist das Land in 72 *Polizeikreise* eingeteilt. An ihrer Spitze steht der Polizeimeister (in Kopenhagen der Polizeidirektor).

Der Polizeimeister ist, nach deutschen Begriffen, Landes- und Kreispolizeibehörde zugleich. Er übt ausserdem, der dem dänischen Recht eigentümlichen engen Verbindung zwischen polizeilichem und Gerichtsverfahren entsprechend, staatsanwaltliche Funktionen aus.

Die dänische Polizei gliedert sich in Kriminal- und Ordnungspolizei; die Kriminalpolizei ist schon seit langem staatlich, die Ordnungspolizei ist es seit 1938. Stärke der dänischen Polizei insgesamt: Zurzeit 5 500 Mann; Verstärkung auf 7 500 Mann vorgesehen.

3. Gerichte

Die dänische Rechtspflege kennt 3 Instanzen:

- 1.) Das *Höchste Gericht* als obersten Gerichtshof für das ganze Land.
- 2.) 2 *Landgerichte*, 1 für die Inseln, das andere für Jütland, die an verschiedenen Orten ihres Gebietes zusammentreten können.
- 3.) *Untergерichte* in 100 Gerichtskreisen (in Kopenhagen: das Kopenhagener Stadtgericht).

B. Deutsche Einflussnahme.

a) Aufbau der deutschen Vertretung.

Die Vertretung des Deutschen Reiches in Dänemark ist nach dem 9. April 1940 in der Weise aufgebaut worden, dass man teils die vorhandenen Abteilungen der Deutschen Gesandtschaft beibehielt und sie dem neuen Aufgabenkreis entsprechend erweiterte, teils ganz neue Sektoren schuf, die man dem Gesandten in seiner gehobenen Stellung als Bevollmächtigten des Deutschen Reiches angliederte. Deshalb fehlt der Dienststelle des Bevollmächtigten eine einheitliche Organisation. Es war teils von Zufälligkeiten, teils von rein taktischen Erwägungen des Auswärtigen Amtes abhängig, ob bestimmte Arbeitsgebiete der alten Gesandtschaft oder der neuen Dienststelle des Bevollmächtigten zugeteilt wurden.

In grossen Zügen stellt sich der Aufbau des deutschen Apparates in Kopenhagen wie folgt dar:

1. An der Spitze

Der Bevollmächtigte und Gesandte

2. Unter Leitung des Bevollmächtigten und Gesandten eingesetzt:

I. *Der Beauftragte für Auswärtige Angelegenheiten:*

Aufgabengebiet: Überwachung der dänischen Aussenpolitik, insbesondere hinsichtlich Grönlands und Islands, und des Verkehrs Dänemarks mit seinen Missionen im Auslande.

II. *Der Beauftragte für die Innere Verwaltung:*

Aufgabengebiet: Sorge für die Sicherheit der im Lande stationierten Deutschen Wehrmacht und für die Wahrung der Kriegsinteressen des Deutschen Reiches überhaupt; im Zuge dieser Hauptaufgabe:

Beobachtung und Lenkung
der dänischen Verwaltung,
der dänischen Gesetzgebung,
der dänischen Polizei;

Beobachtung aller politischen Bewegungen;
Bekämpfung aller deutschfeindlichen Bestrebungen
(Chauvinismus, Kommunismus);

eigene Abwehrtätigkeit;

eigene Grenzaufsicht im dänisch-schwedischen Grenzverkehr.

Dem Beauftragten unterstehen 3 Aussenstellen in Aalborg, Aarhus und Odense.

III. *Der Beauftragte für Wirtschaftsangelegenheiten:*

Aufgabengebiet: Beobachtung und Lenkung der dänischen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und des Geldverkehrs.

IV. *Die alten Abteilungen der Gesandtschaft für:*

Handel

Schiffahrt

Kultur und Information

(angeschlossen das deutsche wissenschaftliche Institut)

Presse

Rundfunk

Konsulatsangelegenheiten

und der Marineattaché

(der Militärattaché und der Luftwaffenattaché haben ihren Sitz in Stockholm.)

V. Ausserdem die dem Bevollmächtigten angeschlossenen deutschen Verbindungsstellen

a) Des Reichsarbeitsführers

(Förderung des Arbeitsdienstwesens)

b) des Reichsarbeitsministers

(Werbung dänischer Arbeiter für Deutschland)

c) der deutschen Arbeitsfront

(Betreuung der in Deutschland eingesetzten dänischen Arbeiter)

d) des Reichsverkehrsministeriums

(Verbindung zu dänischen Staatsbahn).

b) Einwirkung der deutschen Vertretung auf die dänische Verwaltung.

Übereinkommen vom 9. 4. 1940.

1. Grundlage der deutschen Einflussnahme auf die dänische Verwaltung ist das bei der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen am 9. April 1940 durch beiderseitige Erklärungen geschlossene Übereinkommen: Von deutscher Seite wurde festgestellt, dass die Besetzung Dänemarks zum Schutze des Landes gegenüber der Bedrohung durch England erforderlich war; es wurde zugesichert, dass die deutsche Einflussnahme sich im Rahmen dieser Schutzaufgabe halten werde, und dass die Souveränität des dänischen Staates werde respektiert werden, soweit die Sicherheit der deutschen Truppen das zulasse.

Der Schlusssatz des deutschen Memorandums vom 9. 4. 1940 lautet:

„In dem Geiste der seit jeher bestehenden guten deutsch-dänischen Beziehungen erklärt die Reichsregierung der Königlich Dänischen Regierung, dass Deutschland nicht die Absicht hat, durch ihre Massnahmen die territoriale Unabhängigkeit des Königreiches Dänemark jetzt oder in der Zukunft anzutasten.“

Vom dänischen König wurde diese deutsche Erklärung als Grundlage des deutsch-dänischen Verhältnisses für die Dauer des Krieges und der Besetzung des Landes angenommen.

Formale Stellung der deutschen Vertretung.

2. Danach kann von einer deutschen Verwaltung in Dänemark im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden. Die Verwaltung des Landes wird allein durch dänische Organe ausgeübt. Die vom Bevollmächtigten und den ihm beigegebenen Beauftragten repräsentierte Vertretung des Deutschen Reichs ist ihrer formalen Stellung nach eine Mission des deutschen Auswärtigen Amtes; sie hat diplomatischen Charakter und bedient sich in der Durchführung ihrer Aufgaben diplomatischer Mittel.

Charakter der Einflussnahme.

3. Die Einwirkung auf die dänische Verwaltung erfolgt dementsprechend im Wege des Verhandelns über die für die deutschen Belange wesentlichen Probleme, des Anregens der von deutscher Seite für erforderlich gehaltenen dänischen Massnahmen und des Warnens in Fällen, in welchen die Haltung dänischer Behörden oder dänischer Zivilpersonen das deutsch-dänische Einvernehmen oder das deutsche Interesse schädigt. Ein Weisungsrecht gegenüber der dänischen Verwaltung haben der Bevollmächtigte und die Beauftragten nicht. Entsteht eine Differenz in der Auffassung über die Notwendigkeit bestimmter Massnahmen zwischen der deutschen Vertretung und den dänischen Behörden, die sich durch Verhandlung nicht beheben lässt, und die nach ihrer Bedeutung nicht auf sich beruhen bleiben kann, so ist ein zwangsweiser Eingriff nur durch den Befehlshaber der deutschen Truppen möglich. Er kann sowohl auf dem Gebiete der Verwaltung als auch auf dem des Gerichtswesens einseitig Anordnungen geben.

Technik der Einflussnahme.

4. Entsprechend dem diplomatischen Charakter der Beziehungen steht auf dänischer Seite im Mittelpunkt der deutsch-dänischen Zusammenarbeit das dänische Aussenministerium. Mit ihm werden alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Art oder grösserer Bedeutung erörtert. In allen laufenden Fragen arbeiten der Bevollmächtigte und insbesondere die Beauftragten im Rahmen ihrer Arbeitsgebiete unmittelbar mit den dänischen Fachministerien zusammen; das sind für den Beauftragten der Inneren Verwaltung in erster Linie das Justizministerium und das Innenministerium, für den Be-

auftragten für Wirtschaftsfragen das Ministerium für Handel, Industrie und Schifffahrt und das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei.

Die deutsche Einflussnahme erfolgt im allgemeinen auf die dänischen Zentralbehörden, nicht auf die Mittel- und Unterbehörden, die ihre Weisungen und Anregungen allein von den eigenen Zentralbehörden erhalten. Ausnahmen bilden die 3 Aussenstellen des Beauftragten für die Innere Verwaltung in Aalborg, Aarhus und Odense, deren Leiter gegenüber den örtlichen dänischen Verwaltungs- und Polizeibehörden beratend und anregend tätig werden, und die 3 deutschen Grenzpolizeistellen in Helsingör, Kopenhagen-Hafen und Kopenhagen-Flughafen, die gemeinsam mit der dänischen Grenzpolizei und dem dänischen Zoll die Grenzkontrolle im Schwedenverkehr ausüben.

II. Erfahrungen.

A. Das derzeitige System der Einflussnahme.

Nachdem auf der gekennzeichneten Grundlage über 2 Jahre lang in Dänemark gearbeitet worden ist, lassen sich die Erfahrungen, die bei der zukünftigen Gestaltung der deutschen Einflussnahme auf Dänemark ihre Nutzenanwendung finden sollten, kurz wie folgt zusammenfassen:

a. Die grundsätzliche Bewährung des Systems:

Das in Dänemark angewandte System der nur zurückhaltenden, die Landes-souveränität im wesentlichen währenden Einflussnahme auf die Verwaltung, das infolge der Haltung des dänischen Königs am 9.4.40 und der durch sie ermöglichten friedlichen Besetzung des Landes anwendbar war, hat sich grundsätzlich bewährt. Die vereinbarte Grundlage bietet bei aller Rücksicht in der Form ausreichende Sicherheit dafür, das alles, was im Interesse der deutschen Wehrmacht und des Deutschen Reiches notwendig ist, auch durchgesetzt werden kann.

b. Voraussetzungen für seine Brauchbarkeit:

Voraussetzung für das auf die Dauer gute Arbeiten dieses Systems ist allerdings dreierlei:

Bestimmtes Auftreten in entscheidenden Fragen.

1. In für das Deutsche Reich entscheidenden Fragen muss bestimmt und kompromisslos aufgetreten werden; es darf dem Partner kein Zweifel darüber gelassen werden, dass es über Fragen, deren Lösung im Interesse des Reiches zwingend ist, kein Verhandeln und kein Abhandeln gibt. Eine andere Haltung deutscherseits würde als Schwäche ausgelegt und von kurz-sichtigen Politikern der anderen Seite missbraucht werden. Wird in diesem Punkt keine völlig klare Linie gegangen, so läuft das System Gefahr, seine Grundlagen zu verlieren, und es droht die Notwendigkeit, später durch überschärftes, das beiderseitige Einvernehmen zerstörendes Auftreten wieder einzuholen, was man durch Schleifenlassen der Zügel versäumt hat.

Vermeidung der Einmischung in Unwesentliches.

2. Es ist auf der anderen Seite erforderlich, in nicht notwendigen Dingen und in allen Kleinigkeiten Einmischungen zu vermeiden. Wo die dänischen Stellen erkannt hatten, dass die deutschen Belange bestimmte Entscheidungen oder Massnahmen von dänischer Seite zwingend erforderten, haben sie das, was zu tun war, auch wenn es ihnen unbequem war, stets loyal durchgeführt. Dagegen hat jedes Einmischen deutscherseits in Belanglosigkeiten — das der Däne als typischen deutschen Fehler ansieht und als Unsicherheit und mangelndes Selbstvertrauen auslegt — zu Empfindlichkeiten und Zerstörung des Vertrauens geführt.

Offene Zusammenarbeit.

3. Grundlegende Voraussetzung für das angewandte Einflussssystem ist, dass auch von deutscher Seite mit offenen Karten gespielt wird. Eine mit dieser Forderung nicht übereinstimmende Politik würde eine nicht nur für die dänischen, sondern vor allem auch für die eigenen deutschen Belange schädliche Entfremdung zur Folge haben.

c. **F o l g e r u n g e n.**

Bei der zukünftigen Gestaltung des deutsch-dänischen Verhältnisses wird alles darauf ankommen, dass von deutscher Seite nach den hier charakterisierten Grundsätzen verfahren wird. Andernfalls würde der Aufbau, den das Reich vornehmen will, auf absehbare Zeit eine ernste äussere Hemmung und innere Belastung erfahren.

Der Däne ist seiner ganzen Entwicklung und Haltung nach kaum ein Mann der aggressiven Empörung; er ist aber, wenn es darauf ankommt, der Mann eines zähen passiven Widerstandes gegen etwas, was er nicht einsieht und was er für Willkür hält.

Der Umweg über einen solchen passiven Widerstand wird vermieden werden, wenn eine gerade Linie gegangen werden wird:

- In dem, was das Deutsche Reich mit dem Ziele auf Einfügung Dänemarks in das neue Europa verlangen muss, bestimmt und kompromisslos;
- in nicht entscheidend Notwendigem zurückhaltend und grosszügig;
- in allem ehrlich und offen.

Dann wird bei Kriegsende in Dänemark in kurzer Zeit alles zu gewinnen sein.

B. Die dänische Einstellung zur Zukunft.

Will man die Einstellung des Dänen zu der Frage der Neuordnung Europas und der der Einbeziehung Dänemarks in diese Neuordnung beurteilen, so muss, wenn man nicht zu falschen Schlüssen kommen will, unterschieden werden zwischen seiner durch die Augenblickslage bestimmten Haltung und seiner Grundhaltung.

a) **D i e A u g e n b l i c k s h a l t u n g.**

Der Schock vom 9. April 1940 hat den Dänen empfindlich gemacht und in eine abwehrende Reserve versetzt. Wie Dänemark in vergangener Zeit durch eine Kette politischer Fehler ins Hintertreffen gegenüber Schweden geraten ist, so sieht man sich jetzt durch die Fehler der dänischen Vorkriegspolitik auch gegenüber dem Deutschen Reich endgültig ins Hintertreffen kommen. Das durch diese Erkenntnis hervorgerufene Minderwertigkeitsgefühl wird verstärkt durch den Umstand, dass das Land von deutschen Truppen besetzt ist. Alle diese Momente bestimmen die dänische Augenblickshaltung.

b) **D i e G r u n d h a l t u n g :**

Die Grundhaltung des Dänen, die bei der endgültigen Regelung des deutsch-dänischen Verhältnisses in Rechnung gestellt werden muss, wird eine viel weniger gefühlsbetonte, eine in erster Linie realistische sein. Der Däne wird als Realist bei Kriegsende, wenn auch zunächst nicht mit innerer Begeisterung, so doch in praktischer Erkenntnis und Beurteilung der Lage bereit sein, die Folgerungen aus dem endgültigen deutschen Sieg, an den er zurzeit noch nicht glauben will, zu ziehen und die Neuordnung Europas unter Führung des Reiches anerkennen. Überzeugen wird ihn eine praktische Lösung, deren Unbequemlichkeiten er als notwendig einsieht und die ihm im übrigen die materiellen Vorteile sichert, die er, ebenfalls aus seiner realistischen Einstellung heraus, als einer der Junior-Partner im neuen Europa erwarten zu dürfen glaubt.

c) **D i e L a n g s a m k e i t d e s E n t s c h l u s s e s.**

Der Däne ist langsam in neuen Entschlüssen. Das muss man berücksichtigen, wenn man im Umgang mit ihm Erfolg haben will. Die Langsamkeit

des Entschlusses wird, wenn er einmal gefasst ist, durch Verlässlichkeit aufgewogen. Der Däne fasst seinen Entschluss erst, wenn er sich auch innerlich zu ihm durchgerungen hat; dann hält er auch an ihm fest.

C. Das ideologische Problem.

Mitentscheidend für den Erfolg der endgültigen Gestaltung des Verhältnisses zwischen Dänemark und dem Reich wird sein, welche Lösung für die ideologischen Probleme gefunden wird.

a. Die dänische Einstellung zu Ideologien.

Wenn der Däne heute für den Nationalsozialismus nichts übrig hat und die dänische nationalsozialistische Partei nur eine Anhängerschaft von nicht mehr als $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ % der Bevölkerung hat aufbringen können, so liegt das nur zum Teil daran, dass der Däne nicht viel Gutes in den Reihen der DNSAP sieht und dass ihm ihre völlige innere Abhängigkeit von deutschem Geist und die äussere Abhängigkeit von deutschem Geld nicht passt. Viel wesentlicher ist, dass der Däne eine Ideologie an sich überhaupt nicht anerkennt, sondern sie nur als etwas Sekundäres, als Begleitumstand realistischer Erscheinungen wertet und duldet. Die gleiche Stellung hat er von je gegenüber dem Kommunismus eingenommen, der sein Interesse nicht gefunden hat, weil ihm die praktischen Voraussetzungen fehlen, unter denen er im Lande eine Daseinsberechtigung haben könnte. Umgekehrt hält er vom Sozialismus und von der Demokratie nicht um ihres ideologischen Gehaltes willen etwas, sondern nur, weil er ihre praktischen Auswirkungen: Verbesserung der Lage des Arbeiters, Wohlstand und persönliche Freiheit des Bürgers, schätzt.

Der Däne hat sich aus den politisch-ideologischen Enttäuschungen seiner Geschichte auf die Insel des Materiellen zurückgezogen; er hat sich auf dieser Insel wohnlich eingerichtet und ein ruhiges Leben in gewissem Wohlstand geschaffen, und er möchte nun nicht gern auf das unsichere Gebiet politischer Ideologien zurück.

b. Folgerungen:

Der Versuch, mit Gewaltmitteln hieran etwas ändern zu wollen, wäre sinnlos und würde auch bei Einsatz vollkommenerer Mittel und besserer Männer, als sie der DNSAP leider tatsächlich zur Verfügung stehen, scheitern. Die gegenwärtige Zielsetzung der DNSAP: die möglichst frühzeitige Machtübernahme in Dänemark durch eine nationalsozialistische Regierung, ist deshalb auch falsch. Die Machtübernahme darf nicht am Anfang der Entwicklung stehen, in einem Zeitpunkt, in welchem es dem Volke in seiner Gesamtheit noch an jeder inneren Ausrichtung im nationalsozialistischen Sinne fehlt. Sie würde ein Chaos anrichten, in welchem letzten Endes nicht nur Dänemark, sondern auch das Deutsche Reich der Verlierer wäre.

Nur geschickte und geduldige Lenkung kann eine organische Entwicklung anbahnen, die den Dänen — vor allem den dänischen Arbeiter, der von Haus aus eine grössere Aufgeschlossenheit dazu mitbringt als der Bürgerliche — ohne innere Erschütterungen, auf dem Wege der Überzeugung durch praktische Erfolge, zu einer dem nationalsozialistischen Gedankengut gemässen, dabei bodenständig dänischen, neuen, besseren Ideologie bringt. Dieser Weg ist umso notwendiger, wenn es darauf ankommt, Dänemark nicht nur äusserlich in das neue Europa einzugliedern, sondern es auch innerlich für eine grössere germanische Einheit zu gewinnen.

D. Die Frage der Souveränität des dänischen Staates.

Die verantwortlichen dänischen Stellen sind geneigt, bei Abmachungen und Vereinbarungen mit der deutschen Vertretung und bei Massnahmen, die sie auf deutsche Veranlassung treffen müssen, Wert darauf zu legen, dass die Souveräni-

tät des Staates möglichst unangetastet bleibt. Die Mühe, auf diese Neigung, wo es anging, Rücksicht zu nehmen, hat sich stets gelohnt. In der Sache ist um so leichter Entscheidendes zu erreichen gewesen, je mehr dem dänischen Bestreben nach Wahrung der Souveränität entgegengekommen werden konnte.

Je mehr es möglich sein wird, auch bei der endgültigen Regelung des deutsch-dänischen Verhältnisses dieses — germanischer Anschauung entspringende und deutscher Auffassung deshalb besonders verständliche — Imponderabile zu berücksichtigen, um so nachhaltiger wird der praktische Erfolg sein, der mit der Regelung erreicht werden soll.

E. Die Frage eigener deutscher Executive.

a. Auf polizeilichem Gebiet.

Was die Frage eigener deutsche Exekutive, insbesondere auf polizeilichem Gebiet, betrifft, so hat die Erfahrung bewiesen, dass man mit der bodenständigen Exekutive so lange arbeiten soll, als das sachlich irgendwie möglich und vertretbar ist. Der eigenen Executive fehlt die Grundlage, auf der sie auf die Dauer erfolgreich arbeiten kann. Sie hat Sprachschwierigkeiten, und sie besitzt nicht die erforderlichen Kenntnisse von Land und Leuten. Sie wird also, auch wenn sie selbst tätig wird, immer irgendwie auf die Mitwirkung der bodenständigen Exekutive angewiesen sein. Die bodenständigen Beamten werden aber nie mit der Dienstfreudigkeit und dem guten Willen mitarbeiten, wie sie das, jedenfalls bei verständiger Leitung, tun, wenn sie die Dinge selbst in der Hand haben und von dem Gefühl ausgehen können, dass sie nicht Büttel einer fremden Macht, sondern Ausführer des Willens der eigenen Gemeinschaft sind.

b. Auf dem Gebiet der Justiz.

Die gleiche Erfahrung hat sich auf dem Gebiete der Gerichtbarkeit ergeben. Die Methode, auch gegen die Wehrmacht gerichtete Straftaten durch bodenständige dänische Gerichte aburteilen zu lassen, hat sich bewährt. Der Druck, der in der ständigen Möglichkeit lag, dass die Verfahren an das deutsche Kriegsgericht gezogen wurden, hat ausgereicht, die dänischen Gerichte zu verständiger Mitarbeit zu bringen, ohne dass es — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — notwendig geworden ist, tatsächlich das deutsche Kriegsgericht sprechen zu lassen. Auch die moralische Wirkung der Urteile auf die Bevölkerung ist eindringlicher, wenn sie von eigenen dänischen Gerichten, als vom fremden Kriegsgericht gesprochen werden.

c. Folgerungen.

Soweit im Rahmen der zukünftigen Regelung der deutschen Einflussnahme auf Dänemark die Fragen eigener Exekutive und eigener Gerichtsbarkeit auftauchen sollten, wird es praktisch sein, sich bei ihrer Lösung im Rahmen der bezeichneten Erfahrungen zu halten.

Eine Lösung in diesem Sinne wird dadurch besonders erleichtert, dass die dänische Verwaltung im allgemeinen und die dänische Polizei im besonderen, begünstigt durch die Kleinheit des Landes und die ruhige Entwicklung der letzten Jahrzehnte, gut durchorganisiert sind und über ein verlässliches, qualitativ hochstehendes Beamtenmaterial verfügen.

III. Zukünftiger Aufbau einer deutschen Vertretung in Dänemark.

A. Grundlagen der deutschen Einflussnahme.

Die Art des Einflusses, den das Reich sich in Dänemark bei einer endgültigen Regelung sichern muss, hängt von den beiden Hauptfragen ab:

- 1.) Was will das Reich von Dänemark?
- 2.) Welche Voraussetzungen bringt Dänemark mit?

Die Gebiete, um die es dabei vor allem geht, sind das *militärische*, das *innerpolitische*, das *wirtschaftliche* und das *ideologische*.

a. Militärischer Sektor.

Bei der geographischen Lage Dänemarks ergibt sich von selbst, dass das Reich das Gebiet Dänemarks auf Dauer in sein Schutzsystem einbeziehen muss. Über die Einzelheiten ist gegenwärtig noch nichts zu sagen; es ist anzunehmen, dass die deutschen Forderungen zum mindesten auf Marine- und Luftwaffenstützpunkte gehen werden.

Wie das eigene dänische Militärsystem nach dem Kriege aussehen wird, lässt sich im Einzelnen ebensowenig übersehen. Dass in irgendeiner Form eine Gleichrichtung mit der deutschen Wehrmacht erfolgt, wird angenommen werden können.

In jedem Falle wird der Einsatz deutscher Wehrmachtsteile in dänischen Stützpunkten nicht nur eine militärische Angelegenheit sein, sondern er wird, ebenso wie das zurzeit der Fall ist, umfangreiche verwaltungsmässige Aufgaben stellen. Die deutsche zivile Vertretung wird den dänischen Behörden gegenüber diejenigen Forderungen durchzusetzen haben, die zu erheben sind, damit die Sicherheit der Truppen und ihre Schlagkraft gewährleistet sind. Die zivile Vertretung wird sich mit den dänischen Behörden über das Verhältnis zwischen deutschen Truppen und dänischer Bevölkerung auseinander zu setzen haben. Sie wird sich kümmern müssen um die Behandlung von Zwischenfällen, sowie um Rechtsfragen, die sich aus dem Auftreten deutscher Truppen in Dänemark ergeben, wie Fragen des Schadensersatzes, der Alimentenzahlung usw. Sie wird darauf einzuwirken haben, dass auch die dänische Gesetzgebung, soweit erforderlich, die Belange der deutschen Truppen berücksichtigt.

Die Grundlage der Tätigkeit der deutschen zivilen Vertretung im militärischen Sektor wird sich also von dem heutigen Zustand nicht wesentlich unterscheiden.

b. Innerpolitischer Sektor.

Das Interesse des Reiches an der innerpolitischen Haltung Dänemarks und seiner Bevölkerung liegt auf der Hand. Es wird darauf ankommen, dass die Vertretung des Reiches die Entwicklung einer nationalsozialistischer Auffassung entsprechenden politischen Haltung und Zusammenfassung des dänischen Volkes in jeder Weise fördert; dass sie alle politischen Strömungen im Lande beobachtet, die für das Reich positiven zur Mitarbeit anregt, die abwegigen dämpft und die ausgesprochen feindlichen bekämpft. Dazu gehört die politische Beeinflussung von Presse und Rundfunk als der wesentlichsten Instrumente für die Bildung der öffentlichen Meinung.

c. Wirtschaftlicher Sektor.

Im wirtschaftlichen Sektor wird das Reich zu fordern haben, dass Dänemark sich in das Wirtschaftssystem des neuen Europas eingliedert. Die deutsche Vertretung wird dafür zu sorgen haben, dass die dazu notwendigen Massnahmen auf allen interessierenden Gebieten getroffen werden. Es wird sich dabei im wesentlichen handeln um:

- 1.) die *Landwirtschaft*,
- 2.) die *Industrie*, bei welcher der Schiffsbau eine hervorragende Rolle spielen wird,
- 3.) den *Handel*, insbesondere den *Seehandel*, für welchen der Däne seiner ganzen Anlage nach gute innere Voraussetzungen mitbringt,
- 4.) den *Verkehr*, der eine besondere Rolle spielt, weil Dänemark das Bindeglied zwischen Deutschland einerseits und Schweden und Norwegen andererseits ist, und weil das Reich deshalb grosses Interesse an einem zweckentsprechenden Ausbau des dänischen Verkehrsnetzes hat (erster Ansatz Vogelfluglinie),

- 5.) *koloniale Betätigung*, die sich zurzeit nur noch auf Grönland erstreckt, für die aber Dänemark, das früher in Amerika, Afrika, und Asien Kolonien besessen hat, ebenfalls innere Voraussetzungen mitbringt,
- 6.) *Siedlungstätigkeit*, die schon zurzeit gewissen Ausdruck in Versuchen, sich an der Ostsiedlung zu beteiligen, findet, die allerdings kaum Aussicht darauf hat, grösseren Umfang anzunehmen, da Dänemark nicht unter übergrosser Bevölkerungsdichte leidet.

Die Zusammenarbeit des Reiches mit Dänemark auf wirtschaftlichem Gebiet wird die dankbarste sein, vorausgesetzt, dass es gelingt, durch geschicktes Vorgehen sich die praktische Veranlagung des Dänen in wirtschaftlichen Dingen zunutze zu machen.

d. Ideologischer Sektor.

Über die Bedingungen, die das Reich bei der endgültigen Regelung in ideologischer Beziehung an Dänemark zu stellen haben wird, lässt sich nur schwer etwas sagen, weil die Dinge in diesem Sektor am wenigsten reif und deshalb am wenigsten zu übersehen sind.

Dass es bisher nicht gelungen ist, eine Synthese zwischen der deutschen und der bodenständigen dänischen Ideologie anzubahnen, ist oben ausgeführt worden. Wieweit der grossgermanische Gedanke und die nationalsozialistische Ideologie bei Kriegsende in Dänemark Fuss gefasst haben werden, lässt sich nicht sagen. Fest steht, wie auch oben gesagt, dass es — gerade einem germanischen Volk gegenüber — falsch sein würde, eine Entwicklung künstlich zu forcieren, die nur organisch wachsen kann. Fest steht weiter, dass der Gedanke der grossgermanischen Gemeinschaft nur dann Nutzen bringen wird, wenn er nicht einseitig, als auf der nordischen Verwandtschaft beruhende Forderung des Reiches an Dänemark, sondern als beiderseitige Verbindung und Verpflichtung aufgefasst wird.

Es wird Aufgabe der deutschen Vertretung sein, ohne Hast, aber mit Geschick auf kulturellem und ideologischem Gebiet Anregungen zu geben und eine organische Entwicklung zu fördern.

Dänemark befindet sich kulturell gesehen in einem Zwischenstadium, das in manchem dem kulturellen Zustand Deutschlands vor dem Weltkrieg und in den zwanziger Jahren entspricht. Amerikanischem und französischem Einfluss ist in den letzten Jahren vor dem Kriege stark Raum gegeben worden.

Hier wird der deutsche Einfluss einzusetzen haben. Er muss sich auf Film, Presse, Rundfunk, Vorträge, Studienreisen, Sport erstrecken. Er wird Erfolg haben, wenn man Mass hält und die Dinge selbst wachsen lässt.

B. System des Aufbaus der deutschen Vertretung.

a. Aufgabengebiet.

Aus dem oben Erörterten ergibt sich, dass die deutsche Vertretung in Dänemark Aufgaben auf drei Hauptgebieten haben wird:

- dem der inneren Angelegenheiten,
- dem der Wirtschaft und
- dem der Kultur.

b. Charakter der Einflussnahme.

In welcher Form die Einflussnahme ausgeübt werden muss, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, bis zum Kriegsende das deutsch-dänische Verhältnis so zu halten, wie es zur Zeit besteht. In diesem Falle — von dem hier im weiteren ausgegangen werden soll — wird es möglich sein, die deutsche Einflussnahme nicht in Form einer eigenen „Verwaltung“ zu sichern, sondern sie, so wie es zurzeit der Fall ist, auf eine „Vertretung“ der deutschen Interessen zu beschränken, die sich grundsätzlich nicht in das dänische Verwaltungssystem einbaut, sondern nur gegenüber den dänischen Zentralstellen „lenkt“.

c. Problem der Machtübernahme durch die DNSAP.

Eine Frage, die aufgeworfen werden könnte, ist, welche Wirkung es hinsichtlich der deutschen Einflussnahme haben würde, wenn die dänische nationalsozialistische Partei die Macht im Lande übernehme. Würde das zurzeit geschehen, so besteht kein Zweifel darüber, dass diese Machtübernahme zu einem Chaos im Lande führen und das Reich deshalb zwingen würde, die Verwaltung des Landes, wie in Norwegen, selbst in die Hand zu nehmen. Aber auch wenn, was im Augenblick nicht zu erkennen ist, eine Machtübernahme durch die dänische nationalsozialistische Partei nach dem Kriege sich in ruhigerer Form abspielen sollte, wird dies hinsichtlich der Frage der deutschen Einflussnahme auf die dänische Verwaltung nichts Wesentliches ändern gegenüber dem Falle der Leitung des Staates durch ein neutrales Regime, wie es zurzeit besteht.

Die dänische nationalsozialistische Partei würde in jedem Falle mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die dem Reich nicht gleichgültig sein können. Erfahrungsgemäss würde darüber hinaus eine nationalsozialistische Regierung in ihren Forderungen dem Reich gegenüber leicht unbequemer sein als eine neutrale. Schliesslich zeichnet sich schon jetzt eine Auseinandersetzung zwischen den nationalsozialistischen Bewegungen Norwegens und Dänemarks ab; sie bezieht sich auf die imperialistischen Bestrebungen beider Bewegungen, die sich in ihren Ansprüchen auf Grönland, Island usw. überschneiden und die, wenn sie einmal akut werden, geeignet sind, dem Reich Kopfzerbrechen zu verursachen und es zu zwingen, sich in die Dinge einzuschalten.

d. Lenkung der deutschen Vertretung vom Reich her.

Voraussetzung für eine gutarbeitende deutsche Vertretung ist eine straffe, einheitlich gelenkte Organisation. Das setzt voraus, dass es nur eine Zentralbehörde im Reich gibt, von welcher die Vertretung ihre Weisungen erhält.

e. Technik der Einflussnahme.

Die Vertretung des Reiches in Dänemark selbst wird zweckmässig nicht in der Weise erfolgen, dass etwa deutsche Fachberater den verschiedenen dänischen Ressorts zugeteilt werden. Das derzeitige System, nach welchem die deutsche Vertretung als einheitliche Behörde der dänischen Verwaltung als Einheit gegenübertritt, hat sich bewährt.

Die Einflussnahme der deutschen Vertretung wird zweckmässig nur auf die zentralen dänischen Stellen erfolgen. Für alle grundsätzlichen Fragen muss auf dänischer Seite eine Zentralstelle vorhanden sein, mit welcher einheitliche Richtlinien verhandelt und festgelegt werden können. Bei dem derzeitigen Zustand wäre das das dänische Aussenministerium. Bei seinem etwaigen Fortfall müsste eine entsprechende andere Stelle bestimmt werden.

f. Vollmachten der deutschen Vertretung.

Die Einflussnahme wird wie zurzeit grundsätzlich auf Verhandlungsgrundlage beruhen können. Ein allgemeines Weisungsrecht der deutschen Vertretung gegenüber der dänischen Verwaltung wird nicht notwendig und aus psychologischen Gründen nicht zweckmässig sein. Es muss nur eine Möglichkeit geschaffen werden, dass die deutsche Vertretung in entscheidenden Konfliktsfällen sich im Anordnungswege durchsetzen kann; sie müsste eine Befugnis ähnlich derjenigen erhalten, die zurzeit der deutsche Befehlshaber hat.

g. Aufbau der deutschen Vertretung.

Der Aufbau der Vertretung des Reiches in Dänemark, deren Personalbedarf sich schätzungsweise auf 20—30 höhere und 60—80 mittlere Beamte (einschliesslich der für den Polizeisektor erforderlichen Spezialbeamten) sowie das zugehörige technische Personal bemessen würde, könnte sich etwa wie folgt gestalten:

An der Spitze

Der Generalbevollmächtigte des Deutschen Reiches.

Ihm unterstellt

I. Der Bevollmächtigte für Innere Angelegenheiten
mit den Referaten für

Verfassung, Recht, Rechtspflege,
Staatsverwaltung, Kommunalverwaltung,
Innerpolitische Angelegenheiten
Förderung der nationalsozialistischen
Bewegung,
Beobachtung politischer Strömungen
Presse (politisch)
Rundfunk (politisch)

Polizeiliche Angelegenheiten
Organisation der dänischen Polizei
Bekämpfung innerer Staatsfeinde
Abwehr
Grenzüberwachung

II. Der Bevollmächtigte für Wirtschaftsangelegenheiten

mit den Referaten für
Landwirtschaft
Forsten
Industrie und Handwerk
Handel
Verkehr
Schifffahrt
Kolonien
Siedlung

III. Der Bevollmächtigte für kulturelle Angelegenheiten

mit den Referaten für
Information
Presse (kulturell)
Rundfunk (kulturell)
Film
Vorträge
Deutsche Einrichtungen (Institute)
Studienreisen
Sport.

283.

„Stemningsberetning“ af statssekretær Stuckart ang. den politiske situation i Danmark.

1. september 1942.

Geheim!

SS-GRUPPENFÜHRER
STAATSEKRETÄR DR. STUCKART
IM REICHSMINISTERIUM
DES INNERN

*Berlin, den 1. September 1942.
NW 7, Unter den Linden 72
Fernsprecher: 120034*

*Herrn
Staatssekretär v. Weizsäcker
Berlin W 8*

Lieber Herr v. Weizsäcker!

Unter Bezugnahme auf die mündliche Besprechung über die Verhältnisse in Dänemark füge ich in der Anlage einen kurzen Stimmungsbericht bei, den ich meinem Minister vorgelegt habe.

Heil Hitler
Ihr
Stuckart.

I.

Die Stimmung des überwiegenden Teiles der dänischen Bevölkerung ist abwartend. Die Bevölkerung, die zum grossen Teil Nutzen aus den engen Handelsbeziehungen mit England gezogen hat und die zu einem erheblichen Teil das englische Imperium aus eigener Anschauung kennt, kan sich nur schwer vorstellen, dass es mit der englischen Macht zu Ende gehen soll. Sie neigt daher dazu, immer noch an einen englisch-amerikanischen Sieg zu glauben. Die Ideen eines neuen Europa scheinen nur in schwachen Ansätzen vorhanden zu sein. Die Neuordnung Europas unter deutscher Führung wird in erster Linie von der DNSAP gewünscht und auch im wesentlichen von ihren Mitgliedern verstanden. Immerhin gibt es auch ausserhalb der DNSAP gewisse Wirtschaftskreise, bei denen der Gedanke der Neuordnung Europas unter deutscher Führung Eingang gefunden hat. Diese Wirtschaftskreise lehnen jedoch überwiegend die DNSAP ab. Eine deutschfreundliche Stimmung kommt in der breiten Masse der Bevölkerung nicht auf, weil man die Einschränkungen, die sich die dänische Bevölkerung, wenn auch im geringen Umfange, auferlegen muss, auf die deutsche Besetzung zurückführt. Die abwartende Haltung der dänischen Bevölkerung hat ferner ihren Grund vor allem darin, dass die Dänen unbedingt an einem souveränen Dänemark festzuhalten wünschen und nicht wissen, ob die Deutschen nach dem Kriege wieder aus Dänemark hinausgehen werden.

Während sich die grosse Masse der Bevölkerung abwartend verhält, im übrigen aber produktionsfreudig geblieben ist und Geschäfte mit Deutschland zu machen wünscht, gibt es kleine aktivistische Gruppen, die ausgesprochen deutschfeindlich sind. Es sind dies die Kommunisten und nationalistische Widerstandsgruppen, die frie Danske. Von diesen sind die Kommunisten in letzter Zeit zu vereinzelt Terror- und Sabotageakten übergegangen, die zwar bislang keinen erheblichen Umfang angenommen und auch noch keinen schweren Schaden verursacht haben, die aber zeigen, dass es auch in Dänemark Ansätze zu einer entschlossenen Widerstandsbewegung gibt. So sind von kommunistischer Seite in der letzten Zeit etwa 20—30 Brände an Wehrmachts- und Nichtwehrmachtsbetrieben und

sonstigen Gebäuden angelegt oder sonstige Sabotageakte verübt worden; darunter sind in Kopenhagen vor einigen Tagen die Fenster einer Anzahl von Geschäften, die Mitgliedern oder Freunden der DNSAP gehören, eingeworfen und Aufschriften kommunistischen Inhalts an die Häuserfronten gemalt worden. Ob diese Vorgänge den kommunistischen oder nationalistischen Gruppen oder etwa sogar nationalsozialistischer Heisssporne zur Last zu legen sind, ist noch nicht geklärt.

II.

Die dänische Presse verhält sich Deutschland gegenüber ebenfalls stark abwartend und oft ausserordentlich kritisch. Der Grundton ihrer Berichte und Artikel ist jedenfalls nicht positiv für Deutschland, höchstens neutral, häufig negativ. Die Darlegungen sind so, dass sie zumeist strafrechtlich nicht fassbar sind. Auch das äussere Bild der Presse, ihre Aufmachung und Bildreportage, zeigt die Hinneigung der Presse zu England, obwohl unmittelbar englandfreundliche Meldungen vermieden werden. Bezeichnend für die Haltung der Presse ist folgender Vorfall: Eine Kopenhagener Vorstadtzeitung hat seit Wochen in leicht zynischer Form Artikel gebracht, die in ihrer Grundtendenz sich gegen Deutschland richteten. Sie hat denn ferner anlässlich seines Geburtstages einen freundlichen Aufsatz über Haakon, den norwegischen Exkönig, veröffentlicht und schliesslich ein Telegramm des dänischen Königs an die Zeitung, in dem dieser der Zeitung für den Aufsatz über seinen Bruder Haakon dankt.

Ein stärkerer deutscher Einfluss auf die Presse ist erforderlich. Dies muss allerdings in einer Form geschehen, die das Interesse und das Zutrauen der dänischen Bevölkerung zur Presse nicht benachteiligt.

III.

Eine entscheidende Ursache für die wenig positive Haltung des dänischen Volkes zu Deutschland liegt in der Haltung der dänischen Regierung. Die dänische Regierung nimmt ebenfalls eine stark abwartende Haltung ein. Ein fühlbarer positiver Impuls für Deutschland geht von der dänischen Regierung nicht aus. Diese Haltung der dänischen Regierung empfindet natürlich das dänische Volk und wird dadurch in seiner abwartenden Einstellung bestärkt. Die dänische Polizei arbeitet teils zufriedenstellend, teils lässt ihre Arbeit zu wünschen übrig. Die Zusammenarbeit zwischen den dänischen Polizeimeistern und den deutschen Dienststellen kann im grossen und ganzen als gut bezeichnet werden. Aber auch bei ihr vermisst man die über die Loyalität hinausgehende aufgeschlossene Einstellung. Die dänische Kriminalpolizei hat ausserdem keine Erfahrung in der Bekämpfung von Widerstandsbewegungen, insbesondere in der Bekämpfung des Kommunismus. So ist es der dänischen Polizei bis heute nicht gelungen, den Führer der dänischen Kommunisten, Axel Larsen, der sich in Dänemark verborgen hält, zu verhaften. Abgesehen davon, dass die dänische Kriminalpolizei zahlenmässig ausserordentlich schwach ist, stehen die dänischen Kriminalbeamten zweifellos in ihrer überwiegenden Mehrzahl innerlich dem Reich abwartend oder ablehnend gegenüber. Während aus diesen Gründen jeglicher Schwung in der Bekämpfung des Kommunismus und der sonstigen Widerstandsbewegungen fehlt, sieht die Polizei wie die grosse Masse der dänischen Bevölkerung in den Mitgliedern der DNSAP im letzten Grunde nichts anderes als Landesverräter und verfolgt irgendwelche strafbaren Handlungen, die von Mitgliedern der DNSAP etwa begangen werden, aus innerer Überzeugung und infolge dessen mit wesentlich besserem Erfolg als strafbare Handlungen, die von Angehörigen anderer Gruppen begangen sind.

Die 3 „deutschfreundlichen“ Minister vermögen sich gegenüber den von der Sozialdemokratie und der Linken gestellten Ministern nicht hinreichend durchzusetzen. Dies liegt zum Teil in ihrer Persönlichkeit, zum Teil im demokratisch gewerkschaftlichen System Dänemarks. Der Aussenminister Scavenius ist die stärkste Persönlichkeit der sogenannten deutschfreundlichen Minister. Er nimmt vermutlich nicht aus innerer Überzeugung, sondern aus reinen Zweckmässigkeitserwägungen eine nach aussen loyal erscheinende Haltung ein. Er würde möglicherweise auf die andere Seite hinüberzuwechseln versuchen, wenn Deutschlands Ansehen und Macht Einbusse erleiden, oder gar das Kriegsglück Deutschland verlassen würde. Scavenius wird so lange bei der Stange bleiben, als ihm dies im Interesse

Dänemarks zweckmässig erscheint. Er wird sich nach dem deutschen Sieg auch als derjenige Däne bezeichnen, der schon früh die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Deutschland erkannt hat. Von Scavenius ist jedoch für die Dauer des Krieges nicht zu erwarten, dass von ihm eine wesentliche positive Beeinflussung des dänischen Volkes ausgeht.

Der Justizminister Thune Jacobsen, dem die Polizei untersteht, ist wohl auch aus innerer Überzeugung deutschfreundlich. Er ist jedoch keine so starke Persönlichkeit, dass er sich den übrigen Mitgliedern der dänischen Regierung gegenüber durchzusetzen vermöchte. Bei einer stärkeren Durchsetzung der Polizei mit Nationalsozialisten, die, wie schon betont, von der breiten Masse der Bevölkerung als Landesverräter abgelehnt werden, befürchtet er, dass die Polizei und er selbst die Autorität dem dänischen Volk gegenüber einbüsst und dann überhaupt nicht mehr in der Lage ist, die innere Sicherheit Dänemarks zu garantieren. Wenn man die gesamten Umstände würdigt, kommt man zu dem Ergebnis, dass unter den obwaltenden Verhältnissen Thune Jacobsen trotz vorhandener Schwächen ein positiver Faktor für Deutschland ist.

Der Verkehrsminister Gunnar Larsen ist am positivsten von den deutschfreundlichen Ministern zu beurteilen. Ihn hat innere Überzeugung und wirtschaftliches Interesse an die Seite Deutschlands gestellt. Er vermag jedoch auch nicht von seiner Stelle aus in einem demokratisch-parlamentarischen System die dänische Regierung zu einer positiven Haltung zu Deutschland zu bringen.

IV.

Die deutschen Forderungen, die sich aus der Gesamtsituation in Dänemark ergeben, sind folgende:

- 1.) Der dänischen Regierung gegenüber muss ein schärferer Kurs eingeschlagen werden. Es muss von der dänischen Regierung kategorisch gefordert werden, dass eine deutschfreundliche Pressepolitik eingeleitet und durchgesetzt wird.
- 2.) Es muss gefordert werden, dass eine weit schärfere Bekämpfung der dänischen deutschfeindlichen Gruppen, insbesondere des Kommunismus durch die dänische Polizei, die dänischen Gerichte usw. erfolgt.
- 3.) Es muss gefordert werden, dass in Fällen schwerer Sabotage, gefährlicher kommunistischer Umtriebe, Landesverrat usw. die Todesstrafe eingeführt und auch verhängt wird.

Der dänischen Regierung gegenüber können diese Forderungen damit begründet werden, dass unter allen Umständen vermieden werden soll, dass eines Tages, wenn eine Widerstandsbewegung sich entfaltet und die dänische Bevölkerung verhetzt hat, deutsche und dänische Dienststellen gezwungen sind, in schärferer Form gegen die breite Masse des dänischen Volkes vorzugehen. Das Deutsche Reich hat nach wie vor das grösste Interesse daran, dass die innere Sicherheit Dänemarks gewährleistet bleibt und dass das dänische Volk weiterhin fleissig und ruhig seiner Arbeit nachgeht und sowohl auf dem überaus hochentwickelten landwirtschaftlichen als auch auf dem gewerblichen Sektor für Deutschland produziert. Die uneingeschränkte Aufrechterhaltung und tunliche Erhöhung der Produktionsfähigkeit Dänemarks ist das nächstliegendste Kriegsinteresse Deutschlands. Deshalb ist es erforderlich, der dänischen Regierung gegenüber einen klaren Kurs zu steuern, andererseits aber auch in der Form der Durchsetzung deutscher Ansprüche auf die äusserlich noch bestehende Selbständigkeit Dänemarks Rücksicht zu nehmen.

- 4.) Die Behandlung der DNSAP muss in jeder Beziehung eine wohlwollende werden. Das gilt vor allem für die Polizei. Die DNSAP wird ihrerseits darauf bedacht sein müssen, die sie im Ansehen des dänischen Volkes belastenden Elemente auszuschneiden.

V.

Wie oben bereits betont, lehnt die breite Masse der dänischen Bevölkerung die Nationalsozialisten als Landesverräter ab, weil sie mit Deutschland engstens zusammenarbeiten bereit sind. Die Möglichkeiten der DNSAP, das dänische Volk für Europa und für Deutschland zu gewinnen, sind angesichts dieser psychologischen Situation selbst bei bester

Führung stark beschränkt. Ausserhalb der DNSAP gibt es, wie oben ebenfalls hervor-
gehoben, einen Kreis von Dänen, die durchaus für eine Zusammenarbeit mit Deutschland
und für ein neues Europa zu gewinnen sind, und die auch heute schon mit Deutschland
sympathisieren. Sie sind jedoch grösstenteils nicht bereit, in die DNSAP einzutreten. Es
wird daher notwendig sein, diese Menschen in Vereinen und Gesellschaften zu sammeln,
um sie ausserhalb der DNSAP für Deutschland und Europa nutzbar zu machen. Diese
Vereine und Gesellschaften müssten den Zweck haben, die uns zugängliche dänische Be-
völkerung aufzulockern und so weit innerlich vorzubereiten, dass sie am Ende des Krieges,
wenn die Hoffnung auf den englischen Sieg endgültig geschwunden ist, bereit ist, in die
DNSAP einzutreten. Auf der anderen Seite wird man sich ihrer auch bereits während des
Krieges, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, für die Zwecke Deutschlands und Eu-
ropas bedienen können.

284.

Telegram [fra Renthe-Fink] ang. statsminister Buhls radiotale om sabotage.

2. september 1942.

Inn.V.

Telegramm

(G-Schreiben)

Nr. 1244 vom 2.9.1942.

Auswärtig Berlin.

Im Anschluss an die Berichte vom 11. August 1942 — Tgb. Nr. 447/42 — u. vom
27.8. — Inn. Verw. 3 u. unter Bezugnahme auf die hiesige Besprechung mit Gesandten
v. Grundherr.

Durch meine Vorstellungen veranlasst, hat die dänische Regierung sich entschlossen,
den Staatsminister heute abend eine Rundfunkrede an die Bevölkerung halten zu lassen,
in welcher zu der Sabotagefrage Stellung genommen wird. Die Rede, die morgen auch in
der Presse erscheinen wird, nimmt in ihrer Form auf die dänische Mentalität Rücksicht,
bringt aber doch mit ausreichender Deutlichkeit zum Ausdruck, dass die Regierung vor
Sabotagehandlungen scharf warnt und auf die verhängnisvollen Folgen solcher Handlungen,
sowohl für den Einzelnen wie für das Land Dänemark, aufmerksam macht. Es wird ins-
besondere darauf hingewiesen, dass, wenn Teile der Bevölkerung der Mahnung der Regierung
nicht folgen, eine Situation entstehen kann, in welcher die Einführung schärferer Strafen,
d. h. der Todesstrafe, und darüber hinaus überhaupt die Frage akut wird, ob die dänische
Gerichtbarkeit bei Vergehen gegen die Deutsche Wehrmacht aufrecht erhalten werden
kann. Die Rede ist ausschliesslich auf das Sabotageproblem abgestellt; andere Fragen
werden, um die in dieser Richtung gewünschte Wirkung nicht zu beeinträchtigen, absichtlich
nicht berührt.

Der Text der Rede lautet in Übersetzung:

Es ist bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt worden, dass die dänische Bevöl-
kerung im grossen und ganzen völlig loyal den Aufforderungen des Königs und der Regierung
nachgekommen ist, jede Handlung und jede Äusserung zu unterlassen, die geeignet sein
könnte, die Bestrebungen zu erschweren, welche sowohl von offizieller Seite als auch von
verantwortungsbewusster privater Seite entfaltet werden, um die Aufrechterhaltung der
Ruhe und Ordnung hier im Lande auf die Dauer zu sichern.

Dies ist mit Recht gesagt worden. Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung hat
eingesehen, dass es für das Leben der dänischen Gemeinschaft während der Besetzung und

für die Wahrung unserer volklichen und nationalen Werte von fundamentaler Bedeutung ist, jedes Unruhemoment zu vermeiden. Und die durchweg korrekte Haltung der Bevölkerung ist auch die entscheidende Voraussetzung dafür gewesen, dass sich die Verhältnisse hier im Lande nach der Linie entwickeln konnten, die am 9. April 1940 festgelegt wurde, und die ihren Ausgang in den damals von deutscher Seite gegebenen Zusagen hat.

Es sind indessen Ausnahmefälle vorgekommen, in welchen Dänen in Unverstand Handlungen begangen oder in Wort und Schrift Äusserungen getan haben, die in Widerstreit mit der Politik, welche die Regierung verfolgt, und mit den Anschauungen sind, die von der besonnenen Mehrheit der Bevölkerung in Bezug auf die Haltung, die wir unter den herrschenden Verhältnissen einnehmen müssen, vertreten werden. Obwohl in verschiedenen solchen Fällen von Seiten der Staatsgewalt ernstlich eingegriffen worden ist, kommt es doch weiter vor, dass unbesonnene Elemente an der Arbeit sind und Handlungen begehen, die geeignet sind, die Ruhe und Ordnung zu stören und damit dem Land Schwierigkeiten bereiten. Es sind vor allem in der letzten Zeit mehrere Fälle von Sabotage gegenüber der Deutschen Wehrmacht hier im Lande vorgekommen; und diese bedauerlichen Fälle sind es, die mir Anlass geben, hier einige ernste Worte zum Nachdenken zu sagen. Sabotage in dem Sinne, von welchem hier die Rede ist, ist Vernichtung oder Beschädigung von Werten, die direkt oder indirekt für einen kriegführenden Teil von kriegsmässiger Bedeutung sind. Zur Sabotage wird deshalb nicht nur die Vernichtung oder Beschädigung von eigentlichem Kriegsmaterial gerechnet, sondern auch ungesetzliche Handlungen, die auf eine Störung von Verkehrsmitteln und der Versorgung durch öffentliche Werke und ähnliches abzielen, oder die auf eine Verringerung der Produktionsmittel des zivilen Lebens oder auf eine Vernichtung von gemeinschaftswichtigen Erzeugnissen im Rahmen des Interessengebietes eines kriegführenden Teiles ausgehen. Sabotage ist eins der ernstesten Verbrechen, die gegen ein kriegführendes Land begangen werden können, und im allgemeinen kennt man für solche Verbrechen in den kriegführenden Ländern nur eine Strafe, nämlich die Todesstrafe. Es wird sicher allgemein bekannt sein, dass selbst Handlungen, die scheinbar verhältnismässig unschuldig sind, und die, wenn sie in Friedenszeiten vorkommen, nur mit einer geringen Strafe wegen Sachbeschädigung belegt werden würden, in Kriegszeiten in den kriegführenden Ländern aus dem Gesichtspunkt der Sabotage betrachtet werden und als Folge hiervon für den Täter die unbarmherzige Konsequenz mit sich bringen, dass er sie mit dem Leben büssen muss.

Dänemark ist kein kriegführendes Land, und wir haben in Bezug auf die Rechtspflege in Fällen, die Verbrechen gegen die Deutsche Wehrmacht betreffen, bisher die Regelung aufrecht erhalten können, dass diese Fälle vor dänischen Gerichten abgeurteilt werden, obwohl unsere zur Zeit geltende Gesetzgebung keine Strafen gleicher Schärfe wie das deutsche militärische Strafgesetz vorsieht. Aber es darf nicht vergessen werden, dass Dänemark bei der geographischen Lage, die unser Land nun einmal hat, und bei der Stellung, in welcher wir uns zur Zeit befinden, von Deutschland als ein Verbindungsglied in der deutschen Front gegen Westen betrachtet werden muss, dass Deutschlands Interesse an der Bekämpfung von Verbrechen gegen die Wehrmacht deshalb prinzipiell hier im Lande das Gleiche ist wie in den übrigen Ländern und Gebieten, die unter deutscher militärischer Kontrolle stehen. Und weiter darf nicht vergessen werden, dass es in allererster Linie ein dänisches Staatsinteresse ist, Sabotagehandlungen zu vermeiden, mögen sie sich gegen Verkehrsmittel, öffentliche Versorgungsanlagen usw. oder gegen Material der Deutschen Wehrmacht richten. Direkt oder indirekt ist es unser eigenes Land, das unter den Folgen solcher Handlungen leidet.

Die dänische Regierung fühlt deshalb eine grosse Verantwortung im Hinblick auf die Bekämpfung von Sabotage oder ähnlichen Verbrechen, und aus dieser Verantwortung heraus würde es mir mit Recht vorgeworfen werden, wenn ich nicht ganz offen über die hier behandelte sehr ernste Frage sprechen würde. Es versteht sich von selbst, dass die Regierung ständig mit äusserster Strenge Sabotage und andere Verbrechen gegen die Deutsche Wehrmacht mit den in unserer Gesetzgebung gegebenen Mitteln verfolgen wird; und es wird von polizeilicher Seite mit aller Kraft eingesetzt werden, um die Aufgaben zu lösen, die diese Fälle stellen. Denn die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung muss für die Regierung die erste Pflicht bedeuten bei der Wahrnehmung der Interessen unseres

Landes in dieser Situation. Aber die Regierung und die Polizei sind allein nicht imstande, die Ruhe und Sicherheit zu schaffen, die die Bedingung dafür sind, dass die Verhältnisse sich auch weiterhin so wie bisher entwickeln können. Hierzu ist erforderlich die Mitarbeit aller guten Kräfte in unserem Volk, aller derjenigen, die Einsicht und Einfluss auf andere haben, aller, denen eine Führerstellung anvertraut ist.

Ich appelliere deshalb an alle dänischen Frauen und Männer und möchte so eindringlich wie es mir möglich ist, jedem Einzelnen ans Herz legen, dafür tätig zu sein, dass der Geist der Besonnenheit auch weiter in unserem Lande herrscht. Und ich will diesen Appell namentlich an die Jugendführer in den Schulen, Vereinigungen und Zusammenschlüssen jeder Art richten, wobei ich jeden Einzelnen bitte, sein Bestes zu tun, um zu verhindern, dass jugendliche Elemente in Unbesonnenheit und Unverstand sich verleiten lassen, Handlungen zu begehen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht anders als todernst bezeichnet werden können. Arbeiten Sie mit daran, es allen, und namentlich den Jungen klar zu machen, dass derjenige, der Sabotage begeht oder bei ihr mithilft oder den Behörden gegenüber Kenntnisse über Sabotagepläne verheimlicht oder es unterlässt an der Aufklärung von Sabotage mitzuarbeiten, gegen das Interesse seines Vaterlandes handelt.

Von Seiten derjenigen, deren Ziel es ist, das bestehende gute Verhältnis mit Deutschland zu untergraben, fehlt es nicht an Bestrebungen zu versuchen, eine Konfliktsituation hier im Lande herbeizuführen, und in die Propaganda hierfür mischen sich auch Stimmen von Dänen aus dem Auslande. Denken Sie daran, wie schicksalsschwer es sein würde, solchen Aufforderungen nachzugeben, schicksalsschwer nicht nur für den Einzelnen, sondern für Land und Volk. Lassen Sie nicht zu, dass die wenigen Unbesonnenen und Rücksichtslosen ihr Spiel treiben und den ruhigen Zustand zerstören können, den alle besonnenen Dänen wahren wollen. Sondern helfen Sie mit, an dieser selbstverständlichen Forderung festzuhalten: dass die Bürger in einem von Deutschland besetzten nicht kriegführenden Land sich davon fernhalten müssen, Handlungen zu begehen, die direkt oder indirekt darauf ausgehen, die Deutsche Wehrmacht zu treffen, Handlungen, die in allen Fällen in erster Linie zum Schaden unseres eigenen Landes ausschlagen würden.

Es ist meine Hoffnung, dass wir mit gemeinsamer Hilfe auf der geltenden Gesetzesgrundlage dem Übel, das Sabotage gegen die Deutsche Wehrmacht heisst, zu Leibe kommen können, sodass man nicht in die Situation versetzt wird, dass die Frage über die Zulänglichkeit unserer jetzt geltenden Strafgesetzgebung oder überhaupt über unsere Möglichkeit, auf diesem Gebiet selbst Justiz zu halten, aufgeworfen wird.

Lassen Sie mich zum Schluss das, was ich hier gesagt habe, zusammenfassen in einem Hinweis auf die Worte, die der König selbst dem Aufruf der Regierung am 9. April 1940 hinzufügte:

„Unter diesen für unser Vaterland so ernsten Verhältnisse fordere ich alle in Stadt und Land auf, ein völlig korrektes und würdiges Auftreten zu zeigen, da jede unüberlegte Handlung oder Äusserung die ernstesten Folgen haben kann.“

Diese Worte muss sich jeder, der das Wohl unseres Vaterlandes will, tief zu Herzen nehmen.

Schluss der Rede.

285.

Rapport ang. attentat på synagogen og frimurerlogen i København.

9. september 1942.

— Anlage zu Ast.Dänemark Bnr. 4651/42 g vom 10.9.42 —

*Übersetzung.**Mittwoch, den 9.9.42*

HUGO ANDERSEN

Betr. Vermutliches Attentat gegen die
Synagoge und Freimauerloge.

Beigefügt wird eine Notiz des Polizeibeamten 1489, Munk Nielsen, von heute, betreffend eine Unterredung, die er mit einem Mitglied des Freikorps Dänemark gehabt habe. Aus dieser Unterredung ging u.a. hervor, dass einige heimgekehrte Pioniertruppen vom Freikorps Handgranaten und andere Sprengstoffe mitgebracht hätten, die sie in die Werbeversammlung, die in der K.B.Halle abgehalten werden soll, hineinschmuggeln würden.

Der Berichterstatter traf zufälligerweise heute um 12,30 Uhr beim Holmenskanal, denjenigen, der ihm dies erzählt habe. Da dieser in seiner Eigenschaft als Korporal bei der Leibgarde den Soldaten im Herbst und Winter 1939—40 als Gemeiner unter sich gehabt hatte, fing er mit ihm eine Unterredung an. Während dieser Unterredung teilte der Soldat aus eigener Initiative das Obengenannte mit.

Inwieweit diese Sache etwas auf sich hat, weiss Munk Nielsen nicht. Da er aber im Zug etwas davon gehört habe und vor allem, dass Mitglieder des Freikorps davon sprachen, dass sie die Synagoge und Freimauerloge bombardieren würden, könne er sich nichts anderes denken, dass tatsächlich etwas dran sei. Munk Nielsen weiss nicht, wie der Soldat heisst. Unter seiner letzten Einberufung im Herbst hat er Dienst gemacht beim 2. Leibgardebataillon, 3. Kom., die im Herbst 1939 in Humlebæk unter dem Kapitän Lüttichau stand. Der Soldat lag in dem ersten Haus am Wege von Kino gegen Humlebæk in Quartier. Er war in dem Hause allein einquartiert.

Er wird wie folgt beschrieben: Ca. 26 Jahre alt, etwa 1,80 m hoch, Dunkel, schmales Gesicht, dunkle Hautfarbe, Zähne sitzen ziemlich weit auseinander und sind mit Zahnstein belegt. Im Augenblick trägt er die deutsche grüne Uniform mit SS Abzeichen und den Winkel als Obergefreiter auf dem linken Arm. Er liegt in der Baadmanstræde-Kaserne.

Munk Nielsen will versuchen morgen die Personalien des Betreffenden festzustellen, damit er identifiziert werden kann.

gez. Unterschrift

Übersetzt 10.9.42:

Ulæseligt navn.

— Anlage zu Ast.Dänemark 4651/42 g vom 10.9.42 —

*Übersetzung.***Notiz**

Als der Unterzeichnete heute etwa um 12,30 Uhr Holmenskanal auf dem Rad passierte, traf er einen Soldaten vom „Freikorps Dänemark“, der früher unter ihm in der Leibgarde gedient hatte.

Ich fing mit ihm ein Gespräch an. Er erzählte mir verschiedene Erlebnisse aus seiner Dienstzeit an der Ostfront. Er sagte u.a., dass er nicht zum Freikorps Dänemark gehöre,

sondern täglich Dienst in der Division Wiking verrichte, die ebenfalls aus dänischen Soldaten zusammengestellt ist. Er trug jedoch auf dem linken Arm ein Band, auf dem „Frikorps Danmark“ stand.

Während des Gespräches erzählte der Soldat weiter, dass im Zuge nach Dänemark verschiedene Mitglieder des Freikorps sich dahin geäußert haben, dass an dem Tage, wo in der K.B.Halle eine Werbeversammlung stattfindet, die Synagoge in der Kristalgade und die Freimaurerloge auf Blegdamsvej bombardiert würden. Als ich ihn fragte, was sie für diese Bombardierung gebrauchen würden, antwortete er, dass einige Pioniertruppen mit dem Freikorps zusammen nach Hause gekommen seien, die Handgranaten und Sprengstoffe mitgebracht hätten, die sie zu dieser Versammlung hineinschmuggeln würden, um sie dann für die Synagoge und Freimaurerloge zu benutzen.

Da ich nur die Nummer des Soldaten von der Leibgarde her kenne und seinen Namen und jetzige Nummer nicht kenne, kann ich über seine Personalien nichts angeben.

Station 2, den 9.9.42

gez. Unterschrift.
P.B. 1489

Übersetzt 10.9.42:

Ulæseligt navn.

286.

Telegram fra Renthe-Fink ang. Frikorps Danmarks ankomst til København.

9. september 1942.

Telegramm

(G. Schreiber.)

Kopenhagen, den 9. September 1942 1,00 Uhr
Ankunft: den 9. September 1942 2,30 Uhr

Nr. 1291 vom 8.9. CITISSIME!

Heutige Ankunft dänisches Freikorps, das hier mit Spannung erwartet und über das in letzten Tagen in dänischer Bevölkerung viel diskutiert wurde, gestaltete sich sehr eindrucksvoll und wurde zu bedeutsamer Kundgebung der D.N.S.A.P. Dänischerseits war Parteiführer Dr. Clausen mit engerem Mitarbeiter-Stab zur Begrüssung erschienen. Ausserdem hatten Abordnungen der dänischen Nationalsozialistischen Partei, S.A. und nationalsozialistische Jugend in Uniform auf grossem freiem Platz vor Ankunftsbahnhof Aufstellung genommen. Ich hatte mich selbst mit Mitgliedern der Gesandtschaft zur Begrüssung eingefunden, der Befehlshaber der deutschen Truppen war durch Offiziere seines Stabes vertreten, ebenso war Landesgruppenleiter mit Vertretern Landesgruppe und deutscher Kolonie anwesend. Als höchsten hiesigen SS-Führer wurde das Freikorps Brigadeführer Kanstein gemeldet. In Begrüssungsansprache, die Dr. Clausen hielt, hob er nach einleitendem Gedenken an Gefallene des Freikorps und Worten Teilnahme für Hinterbliebene tiefe Dankbarkeit gegenüber Reichsführer SS hervor, der dänischen Freiwilligen Gelegenheit gegeben habe, mit der Jugend der anderen europäischen Länder in den ihm direkt unterstellten Formationen an Sowjetfront gegen bolschewistischen Erbfeind zu kämpfen. Reichsführer SS habe dafür gesorgt, dass die Jugend, die aus so vielen verschiedenen Ländern zum Kampf gegen Bolschewismus zusammengeströmt sei, eine so gute Ausbildung und Ausrüstung erhalten habe, dass sie trotz der harten Kämpfe vor vielem ver-

schont blieb. Es sei Reichsführer SS besonders zu danken, dass er einen Weg gefunden habe, diese Jugend so einzusetzen, dass sie ihrem Wesen und ihrem Ursprung treu geblieben sei. Vor allem aber gebühre ein Dank dem weitschauenden und aufopfernden Befreier Europas Adolf Hitler, der drohende Gefahr Kommunismus für Völker Europas rechtzeitig erkannte und sie durch bewundernswürdigen Opferwillen und Tapferkeit des von ihm erneuerten deutschen Volkes abwehrte. Nicht nur seinem eigenen Volk, sondern allen europäischen Völkern habe er den Weg zur Sammlung um ihre eigenen und ursprünglichen Werte gewiesen. In Anerkennung des ruhmreichen Einsatzes Freikorps Dänemarks verkündete Clausen Ernennung Kommandeurs Freikorps, Sturmbannführer Martinsen, zum Korpschef dänischer SA und gab Hoffnung Ausdruck, dass der Geist, der Freikorps während seines harten Einsatzes an Ostfront beseelt habe, der Geist der gesamten dänischen SA werden möge. In kurzer Dankansprache hervorhob Sturmbannführer Martinsen, dass Freikorps eine verschworene Gemeinschaft dänischer Kämpfer gegen den Bolschewismus sei, die es sich zur Ehre mache, dem Vorbild ihres ersten Führers, Obersturmbannführer v. Schalburg, alle Zeit nachzuleben. Schalburg sei der Horst Wessel der nationalsozialistischen Bewegung Dänemarks. Beide Ansprachen wurden wiederholt von grossem Beifall zahlreich versammelten Menge und Angehöriger Freikorpskämpfer unterbrochen. Rede Clausens klang mit dänischer Nationalhymne aus. Unter Klängen deutscher Wehrmachtsmusikkorps trat Freikorps sodann Marsch ins Quartier an, der durch Hauptstrassen innerer Stadt führte. Vieltausendköpfige Zuschauermenge säumte zu beiden Seiten Strassen und staute sich auf offenen Plätzen. Freikorps wurde auf ganzem Wege mit Zurufen und Blumen begrüsst. Allgemeine Stimmung Kopenhagener Bevölkerung liess feststellen, dass die vorherige Bekanntgabe grosser Opfer Freikorps unerwartet starke Anteilnahme erweckt hat. Dänische Polizei traf durch umfassende Sicherheitsmassnahmen Vorsorge jede mögliche Demonstration sofort¹⁾ einschreiten nur in vereinzelt Fällen ablehnender Zurufe erforderlich. Dänischer Staatsrundfunk sendete ausführliche Reportage sämtlicher Phasen der Begrüssung und des Einzuges Freikorps, wobei auch Rede Clausens zum grossen Teil wörtlich wiedergegeben wurde. Kommandeur Freikorps, Martinsen, und einige Unterführer waren nach Ankunft im Quartier auf Einladung Presseabteilung Gesandtschaft mit Vertretern dänischer Hauptstadtresse und grosser Provinzzeitung²⁾ zusammen, wobei Martinsen Gelegenheit fand, dänische Presse über Freikorps zu berichten. Das disziplinierte Auftreten und soldatische Haltung Freikorps sowie gutes Aussehen der Männer hat Bevölkerung sichtlich beeindruckt. Für die Partei ist die Ankunft des Freikorps ein grosser Moment gewesen und hat sie unbedingt innerlich gestärkt.

Renthe-Fink.

Verteiler Nr. 4:

- | | | |
|-----------------|---|---|
| Nr. 1 | } | an Deutschl. (Arb.St.) |
| Nr. 1 a | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2 a | | |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4 a | | |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - Abt. Leiter: |
| | | 6) Pol. 7) Recht. |
| | | 8) Dtschld., 9) Ha Pol. |
| | | 10) Kult., 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg. Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol. Arbeits- |
| | | abtlg. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |
| Dies ist Nr. 3. | | |

¹⁾ Teksten er her mangelfuld.

²⁾ Formentlig skrivefejl for „Provinzzeitungen“.

287.

**Skrivelse fra Abwehrstelle Dänemark ang. rapport om attentat på synagogen
og frimurerlogen i København.**

10. september 1942.

Geheim.

ABWEHRSTELLE DÄNEMARK

Kopenhagen, den 10. September 1942.

Ast. Bnr. 4651/42 g Leiter

EILT SEHR!

An den
Befehlshaber
der deutschen Truppen in Dänemark — I c —
Bevollmächtigten des Deutschen Reiches
— Der Beauftragte
für Fragen der inneren Verwaltung —
z. Hd. Herrn Vizepräsidenten Kanstein
Kopenhagen.

Anbei heute Nachmittag vom Staatsadvokaten für besondere Angelegenheiten —Ob. Staatsanwalt Hoff— übergebene Notizen über vermutliches Attentat gegen Synagoge und Freimaurerloge durch Angehörige des Frikorps Danmark.

Oberstaatsanwalt Hoff ist lediglich auf den vom Befehlshaber der deutschen Truppen herausgegebenen und den Angehörigen des Freikorps Danmark ausgehändigten Handzettel über Benehmen hingewiesen worden.

Von hier aus ist Weiteres nicht veranlasst, auch Freikorps Danmark nicht verständigt worden.

2 Anlagen.

Howoldt.¹⁾

¹⁾ Med håndskrift er foretaget følgende påtegning:

„I c. 12.IX.42.

Nach Rücksprache mit Brigadeführer Kanstein ist die Angeleg[enheit] aufgeklärt und hat sich als harmlos erwiesen.“

288.

Notits af presseattaché Gustav Meissner ang. den politiske situation i Danmark.

22. september 1942.

Abschrift.

Die gegenwärtige politische Situation in Dänemark

Die allgemeine Stimmung in der dänischen Bevölkerung ist weiterhin gedrückt; im Verhältnis zu Deutschland hat sie sich nicht gebessert. Nach wie vor arbeiten subversive Kräfte kommunistischer und chauvinistischer Natur daran, das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland zu vergiften und durch Sabotage oder andere Provokationen uner-

träglich zu machen. Die Chauvinisten bedienen sich der illegalen Zeitschrift „De frie Danske“, in der eine grosse Reihe von Namen deutschfreundlicher Personen und Angehöriger der nationalsozialistischen Partei angeprangert und die Leser der Zeitschrift zum Boykott dieser Personen aufgefordert werden.

Die kommunistische illegale Zeitschrift „Land og Folk“ erscheint in grosser Auflage. Offenbar ist die kommunistische Partei nunmehr dazu übergegangen, sich direkt als politischen Faktor in das innerpolitische Leben wieder einzuschalten. Hiervon zeugen zwei gedruckte Flugblätter, die beigelegt sind. Seit Juni d.Js. haben wir gut 60 Sabotagefälle an Wehrmachtsgut erlebt.

Der Staatsminister, Aussenminister und Unterrichtsminister haben kürzlich alle verantwortlichen Redakteure aus Hauptstadt und Provinz in Kopenhagen versammelt gehabt um sie zu ermahnen, eine positivere Linie in ihren Blättern zu pflegen und alle abträglichen Tendenzen gegen Deutschland zu vermeiden. Der Aussenminister ist bei dieser Gelegenheit auf das Verhältnis der Parteien zur Presse zu sprechen gekommen und hat damit ein Problem angerührt, das m.E. nicht nur in Bezug auf die Presse, sondern bezüglich der gesamten dänischen Politik von grosser Bedeutung ist. 98 % der dänischen Presse sind den 4 grossen Parteien, die die Sammlungsregierung bilden, angeschlossen. Ihre Linie wird von den Parteiausschüssen persönlich beeinflusst. Daher ist es keine Zufälligkeit, wenn die Blätter sich durchweg im Verhältnis zu Deutschland und zur europäischen Neuordnung derart passiv verhalten haben und mit dieser Haltung fortsetzen. Es ist einleuchtend, dass die demokratischen Systemparteien, die die Hoffnung haben, ihren Bestand über das Kriegsende hinaus zu erhalten, es nicht zulassen wollen, dass in den Spalten ihrer Presse eine Anerkennung der Errungenschaften eines ihnen feindlichen autoritären Prinzips bejaht werden. Dieses müsste naturnotwendig zu einer Diskriminierung der demokratischen Parteien in den Augen der Bevölkerung führen und würde all das Holz abtreiben, was man mühsam im Strom der Entwicklung zusammenzuhalten bemüht ist. Eine Anerkennung besonders der Fortschritte des nationalsozialistischen Deutschlands, sei es auf militärischem, wirtschaftlichem, sozialem oder anderem Gebiete, in der dänischen Presse würde auch grosse Teile der dänischen Bevölkerung für die Zielsetzung der dänischen nationalsozialistischen Partei gewinnen, die man heute tot zu schweigen bemüht ist, und die man intern durch Benachteiligungen aller Art, mündliche Gegenpropaganda und Boykott niederzuhalten versucht. Eine fortschrittliche politische Entwicklung in deutschfreundlicher Richtung resp. zum Vorteil der dänischen Nationalsozialisten ist m.E. solange nicht möglich, als die aus den alten Parteien gebildete Sammlungsregierung das Heft fest in der Hand hat. Diese Regierung hat zwar seit dem Tage ihrer Bildung, dem 8.7.40, fortlaufend eine Reihe deutschfreundlicher Erklärungen abgegeben, ist aber in ihrer täglichen Politik sehr stark an die Interessen der Parteien gebunden und bemüht sich, ihre Entschlüsse so zu legen, dass die Parteien nicht zu kurz kommen. An dieser Tatsache ändern auch die unpolitischen Minister Scavenius, Gunnar Larsen und Thune Jacobsen nichts. Es ist bezeichnend, dass man für den nach dem Tode Staunings freigewordenen Finanzministerposten nicht etwa einen unpolitischen Fachmann sondern vielmehr den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Alsing Andersen wählte, den man nach dem 9. April als den damals verantwortlichen Verteidigungsminister um der Sammlung willen opfern musste. Seinerzeit herrschte sowohl auf der konservativen Seite wie auch auf Seiten der Venstre stärkster Widerstand gegen die Person Alsing Andersens. Nach gut zwei Jahren aber hat man ihn wieder nach einigem Hin und Her als Minister verschluckt, dazu noch auf einem Gebiet, das mehr als blosser politische Qualifikation voraussetzt. Dieses zeigt, wieweit sich die Politik der Sammlungsregierung in Wirklichkeit vom Sinne ihrer ursprünglichen Erklärungen entfernt hat. Schlagartig ist dieses auch seinerzeit nach der Flucht Christmas Möllers nach England klar geworden, als sich die Parteipresse mit ganz geringer Ausnahme weigerte, der Aufforderung des Aussenministers auf Kommentierung der dazu herausgegebenen Regierungserklärung nachzukommen.

Deutscherseits ist man bei der jetzigen Konstellation dazu genötigt, alle sachlichen Fragen der Zusammenarbeit mit der Sammlungsregierung zu behandeln und sich mit ihr über die Lösung der einzelnen Fragen zu einigen. Es ist zum Prinzip der dänischen Seite gemacht worden, dass man sich in fast allen Fragen, gleich welcher Natur, zunächst mög-

lichst schriftlich von den Deutschen nötigen lässt, ehe man auf die Wünsche eingeht. Bei der in diesen dänischen Kreisen vorherrschenden Ansicht, dass der Krieg für Deutschland verloren gehen muss, sieht es so aus, als ob man in dieser Form sorgfältig dokumentarisches Material sammelt, um daran später seine Zwangslage aufzuzeigen und sich den Siegern gegenüber zu rechtfertigen. Auch diese Haltung ist im wesentlichen von den alten Parteien beeinflusst.

Es kann festgestellt werden, dass die Regierungserklärungen im Grunde genommen eine autoritäre Massnahme darstellen, da sie prinzipiell eine feste Linie bestimmen, der die dänische Politik zu folgen hat. Diese Erklärungen sind also der Tagespolitik übergeordnet, in der Praxis sind sie es aber solange nicht, als der Einfluss der alten Parteien die Regierung zu weitgehenden tagenpolitischen Rücksichten zwingen. Im Gegenteil verlieren dadurch die Regierungserklärungen ihren Wahrheitsgehalt und lassen die dänische Politik in das Ansehen der Doppelbodigkeit kommen.

Nach dem 9.4.40 bis weit in die Sommermonate hinein war es die weit verbreitete Auffassung der dänischen Bevölkerung, dass die Regierung Stauning abtreten müsste. Diese Auffassung entsprach grossenteils auch einer deutschfreundlichen Grundeinstellung. Insofern war die Massnahme vom 8.7.40, wenn man sie rückschauend sieht, eine halbe Massnahme, da durch sie zwar drei unpolitische Minister in die Regierung aufgenommen wurden, aber die Sozialdemokraten vier Minister behielten und die Venstre und die konservative Volkspartei zwei Vertreter sowie die Radikalen einen Vertreter entweder in der Regierung behielten oder sogar neu hineinschickten. Der konservative Kirchenminister ist gleichzeitig Parteivorsitzender, ebenso ist es mit dem der Venstre angehörenden Innenminister und ebenso auch mit dem jetzigen sozialdemokratischen Finanzminister. Allein darin äussert sich die bewusste Verankerung der alten Parteiinteressen in der Sammlungsregierung, die eine so starke Auswirkung haben, dass die unpolitischen Minister in Wirklichkeit hoffnungslos mattgesetzt sind.

Wenn die deutsche Politik angesichts dieser Lage günstigeren Boden in Dänemark fassen will, so kann sie nicht umhin, das Problem der Stellung der alten Parteien ernsthaft ins Auge zu fassen. Ein Fortschritt für die Interessen der deutschen Politik, sei es bezüglich einer Deutschland günstigeren Stimmung oder sei es in der ideologischen Förderung der dänischen Nationalsozialisten, wird nur in dem Grade möglich sein, als die alten Parteien an Machtpositionen verlieren. Wie dieses praktisch erreicht werden soll, ist dabei eine offene Frage.

1.) taucht die Frage der Wahlen auf. Nach der Verfassung müsste zum Frühjahr 1943 gewählt werden. Obwohl man damit rechnen könnte, dass sich die Positionen der alten Parteien im Zuge einer Wahl wesentlich verschieben würden, ist es nicht geklärt, wie die Nationalsozialisten abschneiden würden. Dieses ist abhängig von der allgemeinen militärischen Situation, da man damit rechnen müsste, dass die Wahlen, ganz gleich, wie sie propagandistisch vorbereitet würden doch im Prinzip eine Volksabstimmung für oder gegen die Besetzung, d.h. für England oder gegen Deutschland werden könnten. Es ist sehr schwer vorauszusagen, ob dieses in unserem Interesse liegt.

2.) ein dänisches Geschäftsministerium. Dieser Gedanke hätte nach dem 9. April oder mindestens am 8. Juli 40 in die Praxis umgesetzt werden müssen. Inzwischen ist es der Sammlungsregierung gelungen, weite Kreise der Bevölkerung für ihre Ansichten zu gewinnen. Die früheren politischen Versehen sind grossenteils vergessen; wer von ihnen spricht, wird als Landesverräter gestempelt. Insofern ist es nicht ganz leicht, bei der derzeitigen Stimmung in Dänemark den Gedanken eines Geschäftsministeriums aufzunehmen. Man kann nicht voraussagen, welcher Art die Erschütterungen sein werden, die mit einer solchen Massnahme verbunden sein würden.

3.) eine Übernahme der Macht durch die DNSAP: Dass eine solche Massnahme bei der augenblicklichen Stimmung der dänischen Bevölkerung eine äusserst unruhige Wirkung haben würde, liegt auf der Hand. Der Zeitpunkt ist für die dänischen Nationalsozialisten auch zu früh. Man kann noch nicht klar genug in die Zukunft schauen, um mit dem Gedanken dieser Lösung spielen zu können. Bei der zu erwartenden grossen Arbeitslosigkeit, besonders im Baugewerbe, im kommenden Winter und auch anderer Nachteile

und Verknappungen ist es illusorisch, an eine Machtübernahme durch die DNSAP zu denken.

Es zeigt sich, dass gegenwärtig in Bezug auf alle Lösungsmöglichkeiten grosse Schwierigkeiten sichtbar werden. Dieses ist charakteristisch für die ganze Situation in Dänemark. Es kann auch vorausgesetzt werden, dass diese für uns schwerlich zu ändernde Situation der Sammlungsregierung bewusst ist und sie ermutigt, ihren abweisenden Standpunkt in versteckten Formen weiter in der Bevölkerung auszubauen. Vielleicht ist es ihr auch bewusst, dass wir auf deutscher Seite äusserst ungern daran denken würden, das Gesetz des Handelns in Dänemark selbst in die Hand zu nehmen, da dieses die Folge haben würde, dass den deutschfreundlichen Kreisen und besonders den Nationalsozialisten jedes nationale Moment aus der Hand geschlagen würde.

Die hier zusammengedrängt geschilderte Entwicklung der politischen Verhältnisse in Dänemark erfordert m.E. eingehende Überlegungen, welchen Weg man deutscherseits im Falle eines weiteren Absinkens der Stimmung und neuer akuter Sabotagefälle u.a.m. wählen will, um die jetzt herrschenden politischen Einflüsse, die gegen uns wirken, matt zu setzen.

Kopenhagen, den 22. September 1942.

gez. Meissner.

289.

Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. démarche i anledning af kong Christian Xs telegram til rigskansler Hitler.

29. september 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G.Schreiber.)

Sonderzug, den 29. September 1942 1,15 Uhr
Ankunft: den 29. September 1942 1,55 Uhr

Nr. 1175 vom 29.9. CITISSIME!

- 1.) Telko
- 2.) Deutsche Gesandtschaft Kopenhagen
G-Schreiber

Vermerk:

Unter Nr. 1640 an Diplogerma
Kopenhagen weitergeleitet.
Telko 29.9.42. 2²⁰.

Für Gesandten persönlich.

Ich bitte Sie, sofort am 29. September vormittags als erstes dem dänischen Aussenminister mit dem ausdrücklichen Ersuchen, den König von Dänemark sofort hiervon in Kenntnis zu setzen, mit betonter Schärfe mündlich folgendes zu eröffnen:

Der Führer hat dem König von Dänemark zu seinem Geburtstag einen freundlichen Glückwunsch geschickt. Der König hat dies damit quittiert, dass er lediglich eine Art kurze Empfangsbestätigung übersandt hat. Es scheint demnach, dass der dänische König in völliger Verkennung der ihm zukommenden Stellung sich nicht darüber im klaren ist, dass

ein Glückwunsch des Führers des Grossdeutschen Reiches für einen König von Dänemark eine ganz besondere Ehrung darstellt. Die Form der Antwort des Königs von Dänemark stellt daher einen bewussten Affront des Führers und des Grossdeutschen Reiches dar, und es werden Mittel und Wege gefunden werden, um ein für allemal eine Wiederholung eines solchen Vorkommnisses unmöglich zu machen. Der Führer hat angeordnet, dass der deutsche Gesandte in Kopenhagen sofort zurückberufen wird und dass der dänische Gesandte in Berlin gleichfalls seinen Posten verlässt.

Nach Abgabe dieser Erklärung bitte ich Sie, die Geschäfte der dortigen Gesandtschaft Ihrem Vertreter als Geschäftsträger zu übergeben und sogleich nach Berlin abzureisen.

Eine Veröffentlichung über diese Angelegenheit ist hier zunächst nicht beabsichtigt. Drahtbericht.

Sonderzug, den 28. September 1942.

Ribbentrop.

St.S.Keppler
U.St.S. Pol.
U.St.S. R.
Botsch. Ritter.
U.St.S. Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha.Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk.
— — Inf.
Chef Prot.
Dg.Pol.
Arb.Expl. bei Pol.VI.
Ges. v. Grundherr.

290.

Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop i anledning af kong Christian Xs telegram til rigskansler Hitler.

29. september 1942.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G.Schreiber.)

Sonderzug, den 29. September 1942 1,15 Uhr
Ankunft: den 29. September 1942 1,55 Uhr

Nr. 1176 vom 29.9.

- 1.) Telko.
- 2.) Für Staatssekretär Frhn. v. Weizsaecker.

Ich bitte Sie, den dänischen Gesandten Mohr sofort am 29. September vormittags in das Auswärtige Amt kommen zu lassen und ihm die Erklärung, die mit dem gleichzeitig abgehenden Drahterlass nach Kopenhagen dem Gesandten von Renthe-Fink vorge-

schrieben wird, ebenfalls mit betonter Schärfe mündlich wörtlich zu eröffnen. Im Anschluss daran bitte ich Sie, den Gesandten Mohr zu veranlassen, Berlin unverzüglich zu verlassen.

Sonderzug, den 29. September 1942.

Ribbentrop.

St.S.Keppler
 U.St.S.Pol.
 U.St.S. R.
 Botsch. Ritter
 U.St.S. Luther
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha.Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg.Pol.
 Arb.Expl. bei Pol. VI.
 Ges. v. Grundherr.
 Dies ist Exemplar Nr.

291.

Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. samtale med chargé d'affaires Steensen-Leth om kong Christian Xs telegram til rigskansler Hitler.

29. september 1942.

St.S. No. 575

Berlin, den 29. September 1942.

Ich habe heute Vormittag 11 Uhr 15 den Dänischen Geschäftsträger empfangen und die in den Drahterlassen des Sonderzuges Nr. 1175 und 1176 enthaltenen Weisungen ausgeführt. Das Gespräch dauerte ganz kurz, da ich mich jeden Kommentars enthielt. Der Dänische Geschäftsträger fragte mich seinerseits nur, ob meine Eröffnung gleichbedeutend sei mit dem Ersuchen, die Dänische Gesandtschaft in Berlin zu schliessen. Das habe ich verneint. Der Status der Dänischen Gesandtschaft in Berlin würde vielmehr demjenigen in Kopenhagen entsprechen, wo Herr Barandon als Geschäftsträger weiter fungiere.

Der Dänische Gesandte, der dienstlich in Kopenhagen war, scheint auf dem Wege nach Berlin zu sein und dürfte im Laufe des heutigen Tages hier eintreffen. Er wird dann durch den Geschäftsträger unterrichtet werden.

gez. Weizsäcker.

Herrn R.A.M.
 Herrn U.St.S.Pol.
 Herrn Dg. Pol.
 Protokoll
 Herrn Ges. v. Grundherr.

292.

**Notits af understatssekretær E. Woermann ang. Renthe-Finks
démarche 29. september.**

29. september 1942.

U.St.S.Pol.Nr. 609.

Berlin, den 29. September 1942.

SOFORT!

Herr von Renthe-Fink teilte heute 12.40 Uhr telefonisch mit, dass er den Auftrag, betreffend Telegramm des Königs von Dänemark, bei Aussenminister Scavenius ausgeführt habe, der sehr bestürzt gewesen sei. Über die Einzelheiten der Unterhaltung wird Herr von Renthe-Fink telegrafisch berichten.

Woermann.

St.S.
Büro R.A.M.
Dg. Pol.
Pol. IV.

293.

**Notits ang. kong Christian Xs svar på rigskansler Hitlers
fødselsdagstelegrammer.**

[29. september 1942.]

1942 wörtlich = 1940 (spreche meinen besten Dank aus).
1941 „herzlichen“ Dank statt besten Dank
sonst identisch
1939 Meinen herzlichsten Dank
1938 meinen besten Dank.

294.

**Telegram fra Renthe-Fink ang. démarche overfor udenrigsminister
Scavenius 29. september.**

29. september 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 29. September 1942 14.25 Uhr
Ankunft: — 29. — 15.05 —

Nr. 1412 vom 29.9.42. CITISSIME

G-Schreiben!

Auf Drahterlass Nr. 1640*) vom 29.9.42.

Habe Demarche gegenüber Aussenminister heute vormittag mit aller Schärfe ausgeführt. Aussenminister war bestürzt. Er sagte, er habe Antworttelegramm Königs nicht gekannt, da König solche Telegramme allein verfasse. Aussenminister einräumte, dass der sehr gealterte König die Erfordernisse, die die neue Zeit auch an ihn stelle, nicht mehr voll erfasse, der Politik seiner Regierung aber bisher noch immer gefolgt sei. Scavenius aussprach Überzeugung, dass König Affront nicht beabsichtigt hätte, und gab Hoffnung Ausdruck, dass es doch noch möglich sein sollte, Angelegenheit zu reparieren. Hierbei war sich Scavenius klar, dass nur ein Schritt des Königs selbst in Frage komme. Ich habe nachdrücklich auf völlige Verkennung Lage durch König hingewiesen. Der König sei nicht damit zu entschuldigen, dass er etwa nicht die Absicht gehabt hätte, dem Führer und dem Grossdeutschen Reich einen Affront zuzufügen. Der Führer sei es, der Dänemark das Schicksal erspart habe, Kriegsschauplatz zu werden, er schütze Europa und damit auch Dänemark vor der Vernichtung durch den Bolschewismus, ihm allein verdanke Dänemark, dass es bis heute intakt geblieben sei, die Zukunft Europas und daher auch das Schicksal Dänemarks lägen in der Hand des Führers. Dies alles hätte der König berücksichtigen müssen.

Der Aussenminister versuchte, von mir einen Fingerzeig dafür zu erhalten, was deutscherseits erwartet würde. Ich habe demgegenüber darauf hingewiesen, dass die Sprache der von mir abgegebenen Erklärung unmissverständlich sei und keinen Zweifel über den Ernst der Lage liesse. Es war unverkennbar, dass Aussenminister nunmehr Gedanken an Abdankung Königs erwog, wenn dieses Wort auch zwischen uns nicht fiel.

Habe Geschäfte an Gesandten Barandon übergeben und abreise heute nach Berlin.

Renthe-Fink.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter.

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef. Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei Pol VI

Ges. v. Grundherr.

*) Sonderzug 1175

295.

Telegram fra Renthe-Fink ang. sikkerhedsforanstaltninger i København.

29. september 1942.

*Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 29. September 1942 14.35 Uhr
 Ankunft den 29. September 1942 15.05 Uhr

Nr. 1413 vom 29.9.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 1412 vom 29.9.42.

Habe vor Abgabe Geschäfte Befehlshaber unterrichtet. Er hat vorbeugend un-
 auffällige Sicherheitsmassnahmen getroffen.

Renthe-Fink.

St.S.Keppler
 U.St.S.Pol.
 U.St.S.R.
 Botsch. Ritter
 U.St.S. Luther
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha.Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef. Prot.
 Dg. Pol.
 Arb.Expl. bei Pol. VI.
 Ges. v. Grundherr.

296.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. den danske
 gesandts afrejse fra Berlin.**

30. september 1942.

St.S.Nr. 581.

SOFORT!

Der *Dänische* Gesandte sagte mir gestern Abend, er bitte ihm (und wohl auch seiner Frau) heute Mittwoch Vormittag die nötigen Visa usw. auszustellen. Da die Fährverbindung nach Dänemark unterbrochen sei, wolle er mit der ersten sich bietenden Flugverbindung abreisen.

Ich sagte dem Gesandten, ich würde das Protokoll ersuchen, wegen der Flugplätze das Nötige zu veranlassen.

*Berlin, den 30. September 1942.***Weizsäcker.**

U.St.S.Pol.
 Dg Pol
 Grundherr
 Recht
 Prot. (bitte um Anruf).

297.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. den danske konges
erklæring 29. september.**

30. september 1942.

St.S.Nr. 582.

SOFORT!

Der Dänische Geschäftsträger gab mir heute vormittag mündlich und wörtlich folgende Erklärung ab:

„Der dänische Aussenminister hat seiner Majestät dem König Mitteilung vorgelegt, die Herr Gesandter von Renthe-Fink ihm heute übermittelte betreffend die Misstimmung, die die Antwort seiner Majestät auf das Glückwunschtelegramm anlässlich des Geburtstages seiner Majestät bei dem Herrn Reichskanzler Hitler verursacht hat.

Diese Mitteilung hat bei dem König tiefste Bewegung hervorgerufen und seine Majestät sehr betrübt umso mehr als der König selbstverständlich nicht beabsichtigt hat, eine weniger freundschaftliche Einstellung gegenüber dem Grossdeutschen Reich oder dessen Oberhaupt durch seine Antwort zum Ausdruck zu bringen.

Seine Majestät wünscht hervorzuheben, dass er gerade unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen mit Genugtuung alle Bestrebungen begrüsst, die darauf gerichtet sind, die guten und freundnachbarlichen Beziehungen zum Grossdeutschen Reich, an welches Dänemark sich auf so vielen Gebieten mit starken Banden geknüpft fühlt zu fördern und zu befestigen. Der Gedanke, durch die Formulierung eines Bandtelegramms bei dem Herrn Reichskanzler einen Eindruck der Kühle hervorzurufen, liegt seiner Majestät vollständig fern. In vorliegendem Falle ist die Antwort in der Formulierung gehalten, die durch eine mehr als 30 jährige Regierungszeit dem König bei solchen Gelegenheiten eigen gewesen ist.

Es ist Seiner Majestät sehr darum zu tun, Gelegenheit zu erhalten, baldmöglichst Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die entstandene Misstimmung zu beseitigen. Falls der König nicht noch an den Folgen einer kürzlich überstandenen schweren Krankheit zu leiden hätte, würde er den Wunsch geäussert haben, zur Klärung der Sache dem Herrn Reichskanzler einen Besuch abzustatten. Der Gesundheitszustand und das hohe Alter des Königs verhindern ihn indessen daran. Es würde jedoch Seiner Majestät eine Freude sein, falls sein Sohn, der Kronprinz Frederik, Gelegenheit erhalten könnte, baldigst von dem Herrn Reichskanzler empfangen zu werden, um ihm gegenüber im Namen des Königs die unveränderliche freundschaftliche Einstellung gegenüber dem Grossdeutschen Reich und seinem Oberhaupt, die der König in angenehmer Erinnerung früherer persönlicher Besuche bei dem Herrn Reichskanzler stets gehabt hat, sowie die Hoffnung auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland im kommenden neuen Europa zum Ausdruck zu bringen.“

Schluss der Erklärung des dänischen Geschäftsträgers.

Ich habe zu dieser Erklärung keinerlei Stellung genommen.

Hiermit

Herrn Reichsaussenminister (drahtlich)

Berlin, den 30. September 1942.

gez. v. Weizsäcker.

298.

**Notits [af Renthe-Fink] ang. en samtale med udenrigsminister
Scavenius 29. september.**

30. september 1942.

Berlin, den 30. September 1942.

Aufzeichnung¹⁾

In Ergänzung meines Drahtberichts Nr. 1412 vom 29. d.M. habe ich noch folgendes mitzuteilen:

1) Ich habe den dänischen Aussenminister bei der auf Grund der Drahtweisung des Herrn Reichsaussenministers am 29. d. M. ausgeführten Demarche darauf hingewiesen, dass deutscherseits ein gutes Gewissen in dieser Sache bestände, da ich ihm, dem Aussenminister, bereits vor einem Jahr nach Kenntnis des damaligen Antworttelegramms des Königs an den Führer gesagt habe, dass dem Führer des Grossdeutschen Reiches vom König nicht in einer solchen lakonischen Art und Weise geantwortet werden könnte. Dem Aussenminister, der sich dieser Warnung noch recht gut erinnerte, war diese Feststellung äusserst unangenehm.

2) Im Verlauf der Besprechung mit dem Aussenminister habe ich auch darauf hingewiesen, dass ich ja schon mehrfach Anlass gehabt hätte, das befremdende Verhalten des Königs zu monieren und auf eine Änderung seiner Haltung zu drängen. Insbesondere habe ich dabei auf die folgenden Fälle, die ich im Laufe der Zeit beim Aussenminister zur Sprache gebracht hatte, Bezug genommen:

Empfang der wegen deutschfeindlicher Betätigung zu Gefängnisstrafen verurteilten Schriftsteller Arne Sørensen und Dr. Lacour, kurz bevor sie ihre Strafe antraten.

Anerkennung für den hetzerischen Schriftsteller Soya, der auf Grund eines deutschfeindlichen Buches zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt wurde.

Seine prononzierte Erklärung vor dänischen Studenten Ende des vorigen Jahres, dass er Dänemark seinem Sohne so frei hinterlassen wolle, wie er es von seinem Vater übernommen habe.

Besuch einer dänischen Kulturfeier Ende vorigen Jahres, bei welcher aus dem inzwischen verbotenen deutschfeindlichen Buch „Niels Ebbesen“ von Kai Munck vorgelesen wurde.

Schliesslich auch der Fall des an sich völlig unbedeutenden, aber deutschfeindlichen Wochenblattes „Aalholm Avis“, das inzwischen verboten wurde und dessen Redakteur aus Anlass eines veröffentlichten und dem König übersandten Huldigungsartikels zum diesjährigen Geburtstag des Königs Haakon ein Danktelegramm des Königs erhielt.

Ich habe dem Aussenminister durch Erwähnung aller diesen Fälle zu verstehen geben wollen, dass man sich dänischerseits nicht damit entschuldigen könne, dass es sich um einen blossen Lapsus des Königs handle, sondern dass in der Art und Weise, wie der König dem Führer geantwortet habe, die Grundeinstellung des Königs zum Vorschein komme.

Über
den Herrn Staatssekretär
zur Vorlage bei dem
Herrn Reichsaussenminister.

¹⁾ Tværs over forsiden er med håndskrift skrevet „cessat“.

299.

**Notits af gesandt v. Grundherr ang. Renthe-Finks tidligere démarche
om takketelegrammer.**

30. september 1942.

Geheim

e.o.Pol.VI 7137 g

Die unbefriedigende Art der Antwort des Königs auf das Glückwunschtelegramm des Führers zu seinem Geburtstag im vorigen Jahr habe ich seinerzeit mit Gesandten v. Renthe-Fink besprochen, der, wie er mir gestern sagte, daraufhin Veranlassung genommen hat, die Aufmerksamkeit von Aussenminister Scavenius auf diese Frage zu lenken. Gesandter v. Renthe-Fink konnte daher bei seinem gestrigen Besuch bei Aussenminister Scavenius auf dieses Gespräch vom vorigen Jahr Bezug nehmen.

Hiermit

über Dg. Pol.

U.St.S.Pol.

Herrn Staatssekretär

vorgelegt.

Berlin, den 30. September 1942.

Grundherr.

300.

**Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. den danske konges
erklæring 29. september.**

30. september 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 30. September 1942 12.45 Uhr

Ankunft: — 30. — — 13.20 —

Nr. 1420 vom 30.9.42. CITISSIME

G-Schreiben

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 1412 vom 29.9.42.

Aussenministerium hat gestern abend dänischer Gesandtschaft Berlin Weisung erteilt, umgehend Staatssekretär Weizsaecker folgende Erklärung abzugeben:

„Aussenminister hat dem König die 29.9. von deutschem Gesandten übergebene Mitteilung bezüglich der bei Reichskanzler Hitler anlässlich der Antwort des Königs auf das Glückwunschtelegramm zu seinem Geburtstage entstandenen Misstimmung überbracht. Diese Mitteilung hat beim König tiefe Bewegung hervorgerufen und Seine Majestät sehr betrübt, umsomehr als Seine Majestät mit seiner Antwort natürlich nicht die Absicht gehabt hat, einen Eindruck weniger freundschaftlicher Einstellung gegenüber dem Grossdeutschen Reich oder seinem Oberhaupt hervorzurufen. Seine Majestät wünscht zu betonen, dass er gerade unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen mit Zufriedenheit alle Bestrebungen begrüsst, die darauf ausgehen, ein gutes freundnachbarliches Verhältnis zum Grossdeutschen Reich zu fördern und zu befestigen, zu dem Dänemark sich auf

vielen Gebieten mit starken Banden verknüpft fühlt. Der Gedanke, durch die Formulierung seines Danktelegramms an den Reichskanzler, diesem den Eindruck der Kühle geben, liegt Seiner Majestät völlig fern. Im vorliegenden Fall ist die Antwort in der Form gehalten, wie sie in einer mehr als 30-jährigen Regierungszeit dem König bei solchen Gelegenheiten eigen gewesen ist. Es ist Seiner Majestät sehr darum zu tun, Gelegenheit zu bekommen, sobald wie möglich Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die entstandene Verstimmung zu beseitigen. Wenn nicht der König noch durch eine eben überstandene ernste Krankheit behindert wäre, würde er dem Wunsche Ausdruck verliehen haben, dem Reichskanzler persönlich zur Klärung der Sache einen Besuch abzustatten. Der Gesundheitszustand und das hohe Alter des Königs lassen dies jedoch nicht zu, doch würde es Seine Majestät freuen, wenn sein Sohn, Kronprinz Frederik, Gelegenheit erhalten könnte, baldigst vom Reichskanzler empfangen zu werden, um diesem, im Auftrage des Königs, Ausdruck zu geben für die unveränderte freundschaftliche Einstellung dem Grossdeutschen Reich und dessen Oberhaupt gegenüber, die der König in angenehmer Erinnerung an frühere persönliche Besuche beim Reichskanzler weiterhin hegt, sowie auch für die Hoffnung auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland in dem kommenden neuen Europa.“

Barandon.

St.S.Keppler
 U.St.S.Pol.
 U.St.S.R.
 Botsch. Ritter
 U.St.S. Luther
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha.Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol.
 Arb.Expl. bei Pol VI.
 Ges. v. Grundherr.

301.

Cirkulæretelegram til de tyske missioner ang. telegramkrisen.

[30. september 1942.]

St. S.
 U. St. S. Pol.
 Dg. Pol.

Telegramm I. Z.

(geh. Ch. V.)

*Akt. Z. zu Pol. VI 7144 g
 7145 g.*

Geh. Verm. für Geheimsachen.

Berlin, den . September 1942.

Ref[erent]: Ges[andter] v. Grundherr.

*Betr.: Abberufung d. Deutschen Gesandten
 in Kopenhagen und Rückkehr des
 Dänischen Gesandten nach Kopen-
 hagen.*

I. Zur vertraulichen Information.

Der Führer hat dem König von Dänemark zu seinem Geburtstag am 26. September einen freundlichen Glückwunsch gesandt. Der König hat lediglich mit einer Art kurzer

Empfangsbestätigung geantwortet. Daraufhin ist auf Anordnung des Führers der Deutsche Gesandte in Kopenhagen am 29. zurückberufen worden, ebenso hat der Dänische Gesandte in Berlin seinen Posten zur Zeit verlassen. Geschäfte werden durch Geschäftsträger geführt. Eine Veröffentlichung über diese Angelegenheit ist hier zunächst nicht beabsichtigt.

II. Zur Regelung Sprache.

Bitte von sich aus Angelegenheit nicht aufzugreifen. Falls Sie darauf angesprochen werden, bitte sich zunächst auf die allgemein gehaltene Bemerkung zu beschränken, dass es sich um protokollarischen Zwischenfall handle.

Weizsäcker.

a)	Diplogerma	Ankara	Nr.
b)	—	Buenos Aires	Nr.
c)	—	Madrid	Nr.
d)	—	Nanking	Nr.
e)	—	Paris für Vichy	Nr.
f)	—	Rom (Quir[inal])	Nr.
g)	—	Santiago/Chile	Nr.
h)	—	Tokyo	Nr.
i)	—	Agram	Nr.
k)	—	Athen	Nr.
l)	—	Bangkok	Nr.
m)	—	Bern	Nr.
n)	—	Budapest	Nr.
o)	—	Bukarest	Nr.
p)	—	Helsinki	Nr.
q)	—	Hsingking	Nr.
r)	—	Lissabon	Nr.
s)	—	Pressburg	Nr.
t)	—	Sofia	Nr.
u)	—	Stockholm	Nr.

Nach Abgang

zur gefl. Kenntnis:

Pol.I M

Pol.II

Pol.III

Pol.IV

Pol.V

Pol.VII

Pol.VIII

Pol.IX

Pol.XI

302.

**Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. sikkerhedsforanstaltninger mod
den danske kongefamilies flugt.**

1. oktober 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 1. Oktober 1942 13.20 Uhr
Ankunft: — 1. — — 13.45 —

Nr. 1434 vom 1.10.42. CITISSIME!

Um zu verhindern, dass in der gegenwärtigen Situation Mitglieder des Königlichen Hauses ausser Landes gehen, hat Befehlshaber auf meine Bitte besondere militärische Ueberwachung der Fähre in Helsingør angeordnet. Ausserdem wird Flugplatz Kastrup besonders überwacht. Verhinderung illegaler Ausreise aus Seeland auf dem Seewege ist bei z.Zt. bestehender Ueberwachungsorganisation nicht gewährleistet. Ueberwachung wird seit Herbst 1940 auf Grund Vereinbarung mit Marinebefehlshaber und Abwehrstelle Dänemark zwecks Material- und Personalsparnis durch dänische Kriegsfahrzeuge, die see-polizeilich Aufgaben auf der Strecke zwischen Hundested und Gedser ausüben, und durch Patrouillen dänischer Reichspolizei längs der Küste durchgeführt. Falls dort rein deutsche Ueberwachung für notwendig und dazu erforderliche Abänderung bisheriger Regelung bei gegenwärtiger Lage politisch nicht für störend erachtet wird, anheimgebe, Regelung mit O.K.M. und O.K.W./Abw. zu treffen.

Barandon.

St.S. Keppler

U.St.S. Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei Pol VI.

Ges. v. Grundherr.

303.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. ophævelse af udgangsforbudet for tyske tropper.**1. oktober 1942.***Nur als Verschlusssache zu behandeln***Telegramm**

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 1. Oktober 1942 13.25 Uhr
Ankunft: den 1. Oktober 1942 14.40 Uhr*Nr. 1435 vom 1.10. CITISSIME.*

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 1413*) vom 29.9. 1942.

Es ist beabsichtigt, das seit zwei Tagen bestehende Ausgehverbot für deutsche Truppen einschliesslich Waffen-SS in Kopenhagen mit Wirkung ab 2. Oktober aufzuheben. Falls Bedenken dagegen bestehen erbitte Weisung.

Barandon.

St.S.Keppler
U.St.S.Pol.
U.St.S.R.
Botsch. Ritter
U.St.S.Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha.Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.

Chef. Prot.
Dg.Pol.
Arb Expl. bei Pol. VI
Ges. v. Grundherr

*) Pol VI (V.S.)

304.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. rygter i København.**1. oktober 1942.****Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 1. Oktober 1942 — 20.20 Uhr
 Ankomst: — 1. — 1942 — 21.10 Uhr

Nr. 1438 v. 1. 10.

Abreise des Bevollmächtigten, Rückkehr dänischen Gesandten aus Berlin und Verschwinden deutscher Soldaten aus Strassenbild infolge Ausgehverbots haben in Kopenhagener Bevölkerung Unruhe und Gerüchtbildung hervorgerufen. Gerüchte betreffen inner Putschgefahr, Freikorps, Nötigung Königs zur Entsendung dänischer Truppen an die Ostfront und zum Einsatz dänischer Kriegsschiffe. Schlagworte „Neuer 9. April, zweite Eroberung Dänemarks“. Halte, wenn weiterer Beunruhigung vorgebeugt werden soll, gewisse Aufklärung Öffentlichkeit durch kurzes Pressecommuniqué für geboten. Weisung erbeten.

Barandon.*Verteiler Nr. 4:*

Nr. 1	}	an Pol VI (Arb.St.)
Nr. 1a)		
Nr. 2	}	- RAM
Nr. 2a)		
Nr. 3		- St.S.
Nr. 4	}	- BRAM
Nr. 4a)		
Nr. 5		- Botsch.Ritter
Nr. 6—14		- <i>Abt.Leiter:</i>
		6) Pol. 7) Recht,
		8) Dtschld., 9) Ha Pol,
		10) Kult, 11) Presse,
		12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15		- Dg. Pol.
Nr. 16		- Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arbeitsabtlg. ist)
Nr. 17		- Sammlg.Telko.
Dies ist Nr. 3		

305.

**Telegram og notits ang. telegramudvekslinger mellem kong Christian X
og rigskansler Hitler o. a.**

1. oktober 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 1. Oktober 1942 20.20 Uhr
Ankunft: — 1. — — 22.00 —

Nr. 1443 vom 1.10.42.

G-Schreiber

Die Danksagungstelegramme des Königs an die Staatsoberhäupter von Japan, Slovaekai, Türkei und Ägypten sind heute abgegangen und haben folgenden Wortlaut:
„Es liegt mir daran ... meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die Glückwünsche, die aus Anlass meines Geburtstages an mich gerichtet worden sind. Christian R.“

Die Telegramme sind nicht vom König, sondern vom Aussenministerium verfasst.

Barandon.

St. S. Keppler
U. St. S. Pol.
U. St. S. R.
Botsch. Ritter
U. St. S. Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha. Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.
Chef Prot.
Dg. Pol.
Arb. Expl. bei Prot.

Geheim!

Telegramm des dänischen Königs an den slowakischen Staatspräsidenten Tiso vom 30.9.:

„Je tiens à exprimer à votre Excellence mes remerciements sincères pour les félicitations qu'elle a bien voulu m'adresser à l'occasion de mon anniversaire.

Christian R.“

Abschrift

Berlin, den 25. September 1938.

zu Prot. 12381 V 13.

Telegramm offen

*Seiner Majestät
dem König
Kopenhagen*

Euerer Majestät spreche ich zum Geburtstage meine herzlichsten Glückwünsche aus.

Adolf Hitler
Deutscher Reichskanzler

Telegramm aus Staats Sorgenfri Hof 38 L 225 8 26 13 20

*Deutscher Reichskanzler
Berlin*

Meinen besten Dank.

Christian R.

Berlin, den 25. September 1939.

zu Prot. A 11492 V 13 Ang. II

Der König von Dänemark hat dem
Führer zum 20.4.1939 gratuliert.

Telegramm offen

*Seiner Majestät
dem König
Kopenhagen.*

Zum Geburtstag übermittele ich Euerer Majestät meine herzlichsten Glückwünsche.

Adolf Hitler

Telegramm aus Sorgenfri Hof L 564 8 26 12 00 Etat vom 26. Sept. 1939.

*Dem Reichskanzler
Berlin*

Meinen herzlichsten Dank.

Christian R.

Abschrift Prot. A 18993 V 13

Telegramm aus Berlin vom 25.9.1940.

*Seiner Majestät
dem König
Kopenhagen.*

Euerer Majestät spreche ich zur Vollendung des 70. Lebensjahres meine aufrichtigen Glückwünsche aus.

Adolf Hitler

Telegramm aus Kopenhagen Hof vom 26.9.40

*Dem Reichskanzler
Berlin*

Spreche meinen besten Dank aus.

Christian R.

Abschrift Prot. A 18370 V 13

Berlin, den 25. September 1941.

zu Prot. A 18370 V 13

Telegramm offen

*Seiner Majestät
dem König
Kopenhagen*

Euerer Majestät spreche ich zum heutigen Geburtstage meine aufrichtigen Glückwünsche aus.

Adolf Hitler

Abschrift Prot. A 20415/41 V 13

Kopenhagen Hof, den 26. September 1941.

*Dem Reichskanzler
Berlin*

Spreche meinen herzlichen Dank aus.

Christian R.

Abschrift Prot. A 11604/42 V 13

zu Prot. A 11604/42 V 13

Telegramm offen

*Seiner Majestät dem König
Kopenhagen*

Euerer Majestät übermittle ich zum Geburtstage meine aufrichtigen Glückwünsche.

Adolf Hitler

Abschrift Prot. A 12928

Telegramm aus Koebenhavn-Hof vom 26. September 1942.

*Dem Reichskanzler
Berlin*

Spreche meinen besten Dank aus.

Christian R.

Glückwunschtelegramm des Königs zu Führers Geburtstag am 20. 4. 42

*Dem Reichskanzler
Berlin*

Spreche Ihnen meine besten Glückwünsche aus.

Christian R.

Danktelegramm des Führers 1942

S. M. dem König

Ihrer Majestät danke ich aufrichtig für die freundlichen Geburtstagsglückwünsche.

Adolf Hitler

306.

**Notits af understatssekretær E. Woermann ang. kong Christian Xs
takketelegram til præsident Tiso.**

2. oktober 1942.

Geheime Reichssache!

U.St.S.Pol.Nr.617 g.Rs.

Berlin, den 2. Oktober 1942.

Hergestelt in 8 Exemplaren,
dies ist Nr. 4.

Nach Nr. 529 253 auf braun hätte König Christian von Dänemark an den Präsidenten der Slowakischen Republik Dr. Tiso folgendes Danktelegramm gerichtet:

„Es ist mir ein Bedürfnis, Eurer Exzellenz meinen aufrichtigen Dank für die Glückwünsche auszusprechen, die Sie geruht haben, anlässlich meines Geburtstages an mich zu richten.“

Da der Text sehr unwahrscheinlich erschien, ist der Originalwortlaut beschafft worden. Tatsächlich handelt es sich um ein Telegramm in französischer Sprache, das folgenden Wortlaut hat:

„Je tiens à exprimer à Votre Excellence mes remerciements sincères pour les félicitations qu'elle a bien voulu m'adresser à l'occasion de mon anniversaire.“

Wie sich hieraus ergibt, ist die deutsche Übersetzung ungenau, insbesondere ist der Ausdruck „geruht haben“ nicht verwendet worden.

Der Originalwortlaut weicht auch von dem mit Telegramm Nr. 1443 vom 1. Oktober aus Kopenhagen mitgeteilten insofern ab, als nicht der „herzlichste“ sondern der „aufrichtige“ Dank ausgesprochen worden ist.

Hiermit
über den Herrn Staatssekretär
dem Herrn Reichsaussenminister vorgelegt.

gez. **Woermann.**

D-schlag an
Dg. Pol.
Ges. von Grundherr
L. R. Ruhe
Orig. ab. an BRAM ²/₁₀

307.

**Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. partiordre
til DNSAPs medlemmer.**

2. oktober 1942.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 2. Oktober 1942 8.55 Uhr
Ankunft: — 2. — — 10.20 —

Nr. 1444 vom 1.10.42 CITO!

Auf Veranlassung von Parteiführer Frits Clausen hat heute Parteileiter DNSAP. folgenden vertraulichen Parteibefehl an sämtliche Mitglieder DNSAP. erlassen:

„Mit Rücksicht auf die politische Entwicklung, die in den letzten Tagen Anlass zu den verschiedensten Gerüchten gegeben hat, schärfe ich hierdurch auf Befehl des Parteiführers ein, dass alle Mitglieder der DNSAP. sich in jeder Form der Verbreitung von Gerüchten, politischen Vermutungen und einer Auslegung solcher Gerüchte und Vermutungen zu enthalten haben. Jede Teilnahme an solcher Handlungsweise oder jedes andere eigenmächtige Auftreten gegenüber plötzlich auftauchenden politischen Geschehnissen oder Gerüchten über solche kann für uns ernsthafte Folgen haben. Der Parteiführer hat mir daher auferlegt, auch erneut eindringlich den Inhalt des Parteibefehls Nr. S. 9/42 vom 4.9.ds.Js. einzuschärfen, dessen Wortlaut allen Mitgliedern unverzüglich wieder zur Kenntnis zu geben ist. Ebenso ist einzuschärfen, dass eine Uebertretung sowohl des Parteibefehls Nr. S. 9/42 als des jetzigen Landesbefehls den sofortigen Ausschluss aus der Partei mit sich führen wird.“

gez. Ph. Hoffmann-Madsen

Der erwähnte Parteibefehl Nr. S. 9/42 stellt eine dringende Ermahnung des Parteiführers Clausen an alle Funktionäre und Führer der Partei dar, dass keiner ausserhalb der Partei stehenden Personen- oder politischen Interessenten-Gruppen irgendwelche Mitteilungen über interne Fragen der Partei gegeben werden dürfen. Parteiführer Clausen abreist morgen aus Kopenhagen, um dadurch zu dokumentieren, dass DNSAP. mit jetziger politischer Situation nicht in Zusammenhang gebracht zu werden wünscht. Clausen wurde in grossen Zügen lt. in Berlin erfolgter Weisung vom G[esandtschafts]r[at] Meissner ins Bild gesetzt und ihm grösste Zurückhaltung angeraten.

Barandon.

St. S. Keppler
U. St. S. Pol.
U. St. S. R.
Botsch. Ritter
U. St. S. Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha. Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.
Chef. Prot.
Dg. Pol.
Arb. Expl. bei Partei
Ges. v. Grundherr

308.

**Notits af gesandt v. Grundherr ang. rigskansler Hitlers instruks
til general v. Hanneken.**

3. oktober 1942.

Abschrift.

e.o. Pol VI 1347 g.Rs.

4 Ausfertigungen, dies ist Nr. 1.

Aufzeichnung

Gesandtschaftsrat Hensel von der Gesandtschaft Kopenhagen, der heute Nachmittag mit Flugzeug hier eintraf, teilte mir im Auftrage des stellvertretenden Bevollmächtigten Geschäftsträgers Barandon, mündlich folgendes mit:

Der neue Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark, General von Hanneken, suchte am 2. Oktober 1942, dem Tage seines Eintreffens in Kopenhagen den stellvertretenden Bevollmächtigten, Geschäftsträger Barandon, in der Gesandtschaft auf und teilte ihm in Gegenwart des SS-Brigadeführers Kanstein und des Oberstleutnants Graf Brandenstein-Zeppelin, Chef des Stabes beim Befehlshaber, die Instruktion mit, die er vom Führer am 1. Oktober mündlich erhalten hatte. Der wesentliche Inhalt dieser Instruktion ist der folgende:

Der Führer ging davon aus, dass die Erklärungen vom 9. April 1940, auf denen bisher das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark beruhte, durch die Entwicklung der vergangenen Jahre und das Verhalten der Dänen selbst hinfällig geworden seien. Er habe diese Bindungen längst als störend und unangebracht empfunden. Diese Erklärungen hätten ihre Berechtigung gehabt in einer Zeit, wo mit einer längeren Dauer des Krieges nicht zu rechnen und wo die inzwischen eingetretene Entwicklung noch nicht vorauszusehen war. Jetzt müssten sie verschwinden. Für die Zukunft sei es unmöglich, dass sich in einem unter deutscher Führung neu geordneten Europa ein Staatsgebilde mit demokratischer Regierung und unter einem Königshaus halte, das bis jetzt nichts als schlechten Willen gezeigt habe. Für die Zukunft sei es völlig ausgeschlossen, dass er, der Führer, Dänemark etwa in seiner bisherigen Form wiederherstelle (gemeint war, dass die deutschen Truppen Dänemark wieder verlassen würden), im Gegenteil, er brauche Dänemark, weil er Norwegen brauche, um England in Schach zu halten und hierzu sei der Besitz Dänemarks unerlässlich. Dänemark müsse eine deutsche Provinz werden.

Dass es soweit gekommen sei, daran trügen die Dänen mit ihrem König und mit ihrer Regierung selbst die Schuld. Der König und das Königshaus hätten aus ihrer ablehnenden Haltung und aus ihrer Hinneigung zu Schweden und England niemals ein Hehl gemacht. Man habe einen dänischen Minister ausser Landes gehen lassen, das dänische Volk habe die Freiwilligen des Freikorps Dänemark beschimpft und misshandelt. Die Dänische Regierung und der König hätten die Gelegenheit vorübergehen lassen und wegen Nordschleswigs uns nicht einmal ein Angebot gemacht. Das Königshaus und die jetzige Regierungsform seien überhaupt für die ganze Entwicklung störend und deshalb sei es letzten Endes sein Wille, beides zu beseitigen.

Dafür, dass die Dinge so gelaufen seien, sei — so habe der Führer ausdrücklich betont — weder dem Bevollmächtigten von Renthe-Fink noch dem General Lüdke irgendein Vorwurf zu machen. Sie hätten im Rahmen ihrer Befugnisse nach den damals gültigen Instruktionen richtig gehandelt. Von jetzt aber gälten neue Richtlinien.

Als Bevollmächtigter werde ein Nationalsozialist mit harter Faust kommen und der Militärbefehlshaber sowie die Wehrmacht befänden sich nicht in einem befreundeten Land, sondern in Feindesland. Er verbiete dem Befehlshaber, dem König einen Besuch zu machen. Er könne dem Aussenminister durch seinen Adjutanten die Befehlsübernahme auf einem Zettel melden lassen (was inzwischen geschehen ist). Falls der König ihn zu sprechen wünsche oder ihn gar persönlich aufsuchen sollte, so solle der Befehlshaber für den König nicht zu sprechen sein. Die Wehrmachtsangehörigen hätten jeden Verkehr mit Dänen abubrechen.

Was die Regierung anbetrifft, so müsse das Ziel sein, möglichst bald eine Regierung unter der Führung der dänischen Nationalsozialisten einzusetzen. Ob der Parteileiter der

dänischen Nationalsozialisten, Dr. Frits Clausen, die geeignete Persönlichkeit sei oder ob er einen kleinen oder grossen Teil des dänischen Volkes hinter sich habe, sei völlig gleichgültig; der Führer brauche in Dänemark eine Marionettenregierung, die alles das täte, was er von ihr verlange. Auch die Engländer hätten im Iran und Irak Marionettenregierungen eingesetzt. Der Chef dieser Regierung müsse sich stets dessen bewusst sein, dass er bei einem etwaigen Abmarsch der deutschen Truppen am nächsten Laternenpfahl aufgehängt werden würde. Der Führer werde in dieser Hinsicht auch den neu zu ernennenden Bevollmächtigten mit den nötigen Weisungen versehen.

Jeder, auch nur der geringste Widerstand, sei mit Gewalt zu unterdrücken. Sollte sich herausstellen, dass die dänischen Polizeikräfte nicht ausreichen oder nicht in unserem Sinne durchgriffen, so könnte weiteres Militär, gegebenenfalls auch SS zur Verfügung gestellt werden.

Zu der Entschuldigung des Königs habe der Führer noch ausgeführt, dass er der Dänischen Regierung lediglich mitteilen wolle, er habe von der Entschuldigung Kenntnis genommen. Ein Besuch des Kronprinzen käme nicht in Frage.

Ueber das Königshaus habe der Führer noch hinzugefügt, dass ihm eine Abdankung des Königs zur Zeit nicht gelegen kommen würde.

Berlin, den 3. Oktober 1942.

gez. von Grundherr.

309.

Telegram fra den tyske ambassade i Tyrkiet ang. telegramudveksling mellem kong Christian X og præsident İnönü.

4. oktober 1942.

Geheim.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Tarabya, den 4. Oktober 1942

Ankunft den 4. Oktober 1942 14.10 Uhr

Nr. 1389 vom 4.10.

Auf Telegramm vom 3. Nr. 1401*)

Volltexte der Telegrammwechsel anlässlich Geburtstags İnönü vorliegt hier nicht, da Presse und Agence Anatolie nur kurze Meldung über Telegrammaustausch brachten. Versuche trotzdem Texte zu erhalten.

Kroll.

St.S. Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei Org.

*) Org 478/42 g

310.

Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. general v. Hannekens planlagte visit hos udenrigsminister Scavenius.

5. oktober 1942.

Berlin, den 5. Oktober 1942.

Geschäftsträger Gesandter Barandon rief gestern nachmittag Gesandten von Grundherr an, um ihm mitzuteilen General von Hannecken beabsichtige, dem Dänischen Aussenminister Scavenius einen Besuch abzustatten. Er fragte an, ob gegen den Besuch Einwendungen zu erheben seien. Gesandter von Grundherr hat Geschäftsträger Barandon veranlasst, dass in jedem Fall der Besuch des Generals von Hannecken solange aufgeschoben wird, bis eine Entscheidung des Auswärtigen Amts vorliegt.

Gegen den Besuch bestehen meines Erachtens Bedenken. Zu einem Höflichkeitsbesuch scheint mir kein Grund vorzuliegen. Der Führer hat entschieden, dass General von Hannecken dem König keinen Besuch zu machen habe. Ein politisches Gespräch zwischen dem Befehlshaber und dem Dänischen Aussenminister scheint mir noch weniger angezeigt.

Hiermit

dem Herrn Reichsaussenminister
mit der Bitte um Entscheidung.

gez. **Weizsäcker.**

311.

**Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. 1) general v. Hannekens ordre om at afbryde selskabelige forbindelser med danskere
2) tale af SS-Oberführer Cerff.**

5. oktober 1942.

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 5. Oktober 1942 19.00 Uhr
Ankunft: — 5. — — 20.00 —

Nr. 1459 vom 5.10.42

Befehlshaber hat seine Dienststellen über die grundsätzliche Änderung unserer Politik gegenüber Dänemark unterrichtet und angeordnet, dass jeder offizielle und private gesellschaftliche Verkehr mit Dänen zu unterbleiben habe. Der Ausbildungsleiter der aus den wehrfähigen Männern der deutschen Kolonie zusammengesetzten Zeitfreiwilligen-Bataillone hat bei einem Appell gestern verkündet, dass unsere bisherige entgegenkommende Haltung uns von den Dänen nur als Dummheit und Schwäche ausgelegt werde, dass es damit nunmehr ein Ende habe, was auch aus der Abberufung des bisherigen Befehlshabers und des Bevollmächtigten hervorgehe. Schliesslich hat SS-Oberführer Cerff, Leiter des Hauptkulturamtes in der Reichspropagandaleitung, als Redner auf der gestrigen Feier

des Erntedankfestes, wo wie üblich mit der deutschen Kolonie auch zahlreiche Dänen anwesend waren, in seiner im übrigen ausgezeichneten und sehr wirkungsvollen Ansprache, mit grosser Bestimmtheit einen jetzt einsetzenden scharfen Kurs und eine völlige Änderung unserer bisherigen nachgiebigen Haltung gegenüber Dänemark auf allen Lebensgebieten, insbesondere auch in der Judenfrage, verkündet. Damit sind weitgehende Informationen bereits in die gesamte Kolonie und in weite dänische Kreise gedrungen.

Unter diesen Umständen bin ich genötigt, um eingehende Sprachregelung, insbesondere auch allen deutschen und dänischen Dienststellen gegenüber, zu bitten.

Barandon.

St.S.Keppler
 U.St.S. Pol.
 U.St.S. R.
 Botsch. Ritter
 U.St.S. Luther
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha.Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk.
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol.
 Arb.Expl. bei Pol. VI
 Ges. v. Grundherr.

312.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. general v. Hannekens planlagte visit hos udenrigsminister Scavenius.

5. oktober 1942.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 5. Oktober 1942 — 19.30 Uhr
 Ankunft: — 5. — 1942 — 20.50 Uhr

Nr. 1460 vom 5.10.42. CITO!

Im Anschluss an Telegramm Nr. 1459*) vom 5.10.42.

Befehlshaber hatte sein von mir telefonisch gemeldetes Vorhaben, den Aussenminister zu besuchen, bis auf weiteres aufgegeben, nachdem ich ihn, wie gleichfalls gemeldet, darauf aufmerksam gemacht habe, dass Verhandlungen mit dem Aussenminister und der dänischen Regierung ausschliesslich in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes fallen. Ich habe ihn auch darauf aufmerksam gemacht, dass ein Besuch beim Aussenminister nach meiner Ansicht schwer mit der ihm erteilten und von mir auf besonderem Wege gemeldeten

*) bei Pol VI

Weisung betr. schriftliche Mitteilung von der Befehlsübernahme vereinbar sein würde. Befehlshaber, der, wie ich ausdrücklich betonen möchte, jeder Aussprache durchaus zugänglich ist, vertritt jedoch die Auffassung, dass er mit allen dänischen Dienststellen, mit denen er zu tun habe, persönlich Fühlung haben müsse und sucht auch den dänischen Generalstabschef auf. Ich bitte um Weisung darüber, ob sich an den bisher bestehenden Bestimmungen betr. den direkten Verkehr des Befehlshabers mit dänischen Dienststellen durch die neue Lage irgend etwas geändert hat.

Barandon.

St.S. Keppler
 U.St.S. Pol.
 U.St.S.R.
 Botsch. Ritter
 U.St.S. Luther
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha. Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol.
 Arb. Expl. bei Pol. VI
 Ges. v. Grundherr.

313.

Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. samtale med ingeniør Jul. West om den tyske politik i Danmark.

6. oktober 1942.

St.S.Nr. 593.

Berlin, den 6. Oktober 1942.

Ich empfang heute auf seinen Wunsch für einigen Minuten eine mir von früher bekannten, jedoch seit langem aus den Augen gekommenen Ingenieur *West*. Herr West hatte Herrn von Scavenius gesehen. Er gab mir eine Schilderung des augenblicklichen Geisteszustandes in Dänemark. Er glaubte durch geeignete Publizistik die Dänen auf die deutsche Seite herüberziehen zu können; ausserdem zitierte er mir aus einem Gespräch mit Scavenius dessen Gedanken zur Lösung der Frage der Bewaffnung dänischer Handelsschiffe. Diese Lösung sollte darin bestehen, dass wir die in Betracht kommenden dänischen Schiffe den Dänen abkaufen, wobei die Kaufsumme gestundet würde, die dänische Mannschaft würde in deutsche Heuer zu nehmen sein. Die Schiffe würden die von uns gewünschte artilleristische Bewaffnung erhalten und dann wie bisher ihre Kohlenfahrten zwischen Rotterdam und Dänemark fortsetzen.

Herr West will mir vielleicht noch schreiben, da ich ihn nur ganz kurz sah. Ob er irgendeinen Einfluss besitzt, lasse ich dahingestellt.

Weizsäcker.

Durchschlag:
 Herrn U.St.S.Pol.
 Herrn Dg.Pol.
 Herrn v. Grundherr
 Herrn Dir.Presse
 Pol I M.

314.

**Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. statsminister Buhls tale
ved rigsdagens åbning.**

6. oktober 1942.

Telegramm

(Offen)

Kopenhagen, den 6. Oktober 1942 — 20.20 Uhr

Ankunft: — 6. — — — 22.10 —

Nr. 1473 vom 6.10.42.

In Anwesenheit chilenischen, finnischen und schwedischen Gesandten sowie spanischer, isländischer, türkischer und argentinischer Geschäftsträger wurde heute mittag um 12 Uhr neue Reichstagssession mit Erklärung Staatsministers Buhl eröffnet. Rede Buhls, die im Wortlaut gleichzeitig mit Drahtbericht Nr. 1474 übermittelt wird, war hauptsächlich innerwirtschaftlichen Problemen gewidmet. Buhl unterstrich im übrigen Notwendigkeit bisheriger dänischer Sammlungspolitik. In aussenpolitischer Hinsicht ist unter diesem Gesichtspunkte die Erklärung hervorzuheben, Dänemarks Stellung als nichtkriegführendes Land werde weiterhin aufrechterhalten bleiben. Die dänische Politik liege fest wie sie im Aufruf der Regierung vom 9. April 1940 und später durch Regierungserklärungen und Beschlüsse ihren Ausdruck gefunden habe. Wenn die Zeit zum Wiederaufbau da sei, werde Dänemark in verständnisvoller Zusammenarbeit mit anderen Nationen nach bestem Vermögen seinen Beitrag zur Lösung der grossen gemeinschaftlichen Aufgaben leisten. Man wünsche eine enge und gute Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland in dem kommenden neuen Europa. Innerpolitisch unterstrich Buhl den Willen zur Fortsetzung der bisherigen Sammlungspolitik.

Die im ganzen recht farblose Rede enthält gegenüber früheren Erklärungen keine neuen Momente und vermeidet bewusst jede Wendung, aus der man die Möglichkeit einer Regierungsumbildung schliessen könnte.

Barandon.

Verteiler Nr. 4:

- | | | |
|----------------|---|--|
| Nr. 1 | } | an Pol. VI (Arb.St.) |
| Nr. 1a | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2a | | |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4a | | |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - <i>Abt. Leiter:</i> |
| | | 6) Pol, 7) Recht, |
| | | 8) Dtschld., 9) Ha.Pol, |
| | | 10) Kult, 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg.Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arbeits- |
| | | abtlg. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |
| Dies ist Nr. 3 | | |

315.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. udenrigsminister Scavenius'
pressemøde 4. oktober.

6. oktober 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm
 (Offen)

Kopenhagen, den 6. Oktober 1942 — 21.05 Uhr

Ankunft: — 6. — — — 22.10 —

Nr. 1471 vom 6.10.42

Wie der Gesandtschaft von vertrauenswürdiger Seite aus Pressekreisen bekannt geworden ist, hat Aussenminister Scavenius am 4.d.M. Vertretern dänischer Presse gegenüber nähere Erläuterungen zur Lage gegeben und hierbei ernste Krise im dänisch-deutschen Verhältnis hervorgehoben. Dienstag vormittag habe er Gesandten von Renthe-Fink empfangen, der ihm den Inhalt eines Telegramms des Auswärtigen Amtes mitgeteilt habe, in welchem Bedauern zum Ausdruck gebracht wurde, dass Danktelegramm dänischen Königs an den Führer nur kurze Empfangsbestätigung eines herzlich gehaltenen Glückwunschtelegramms dargestellt habe, und dass man Inhalt als beleidigend auffasse. Deutscherseits sei Verwunderung darüber ausgedrückt worden, dass dänischer König solche Form in einem Telegramm an Führer des Deutschen Reiches erlaube, wobei hinzugefügt worden sei, dass Deutschland Mittel und Wege besitze, um Wiederholung zu vermeiden. Dänische Regierung habe am Mittwoch ihre Antwort nach Berlin gesandt, in der es hiesse, dass König gern Reichskanzler Hitler Besuch abstatten würde, dieses aber wegen kürzlich überstandener Krankheit und hohen Alters nicht könne. König würde sich jedoch freuen, wenn Reichskanzler statt dessen Kronprinz Frederik empfangen würde. Anschliessend sei in Antwort Hoffnung auf ein fortgesetztes gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark zum Ausdruck gebracht worden. Aussenminister hervorhob, dass auf Äusserung dänischer Regierung noch keine Antwort von deutscher Seite erfolgt sei.

Dieses ist erster Stoss gegen König, sagte Aussenminister, vielleicht könne er auf hysterische Königsanbetung zurückgeführt werden, die man in Dänemark erlebe und die, wie Aussenminister ironisch hinzufügte, zeige, dass Führerprinzip tiefe Wurzeln im dänischen Volke habe. König sei nun in Schusslinie gekommen. Es sei Aufgabe der Regierung, die Angelegenheit zu regeln.

Freikorps Dänemark habe, so äusserte Aussenminister, sicher mit zu Schwierigkeiten beigetragen. Er habe seinerzeit sich dafür stark eingesetzt, dänische Offiziere zu bewegen, mit Offizieren Freikorps kameradschaftlich umzugehen. Leider hätten Bemühungen keinen Erfolg gehabt. Sicherlich würde es für dänisch-deutsches Verhältnis viel bedeutet haben, wenn seine Anregungen befolgt worden wären.

Wenn in deutschem Telegramm von „Mitteln und Wegen“ Rede sei, so entspränge dieses einem gewissen Unwillen gegen verschiedene Verhältnisse in Dänemark. Es sei auch so, dass die Personen, die sich in deutsch-dänischer Zusammenarbeit an die Spitze gestellt hätten, fast der Bedrohung ausgesetzt seien. Jetzige Angelegenheit müsse als ernste Warnung aufgefasst werden. Er hoffe, dass die Sache noch geregelt werden könne. Wenn aber Krieg länger dauern sollte, so sei jetzige Haltung dänischer Volkes untragbar. Es sei somit notwendig, dass sich diese Haltung ändere. Er rechne damit, dass nicht alles so bleibe wie früher.

Auf Anfrage dänischer Pressevertreter erklärte Aussenminister, dass bereits im vergangenen Jahr König geraten worden sei, seinem Danktelegramm an den Führer einen ausführlichen und freundschaftlichen Inhalt zu geben.

Weitere Anfrage dänischer Pressevertreter bezog sich darauf, was geschehen würde, wenn keine Antwort aus Berlin einträfe. Scavenius antwortete, dass selbst, wenn keine direkte Antwort kommen würde, Deutschland sicherlich auf irgendeine Art reagieren würde. Rückberufung beider Gesandten aus Berlin und Kopenhagen bedeute nicht Abbruch diplomatischer Verbindungen sondern kennzeichne vielmehr, dass das Verhältnis zwischen beiden Staatsoberhäuptern nicht so ist, wie es sein müsste.

Wechsel Befehlshabers sei schon seit längerer Zeit vorgesehen gewesen und stehe nicht in direkter Beziehung zur vorliegenden Angelegenheit.

Schluss der Nachricht aus Pressekreisen.

In dänischen politischen Kreisen versucht man sich einzureden, dass akute Krise nunmehr vorbei und ruhiges Abwarten deutscher Antwort geboten sei.

Barandon.

St.S. Keppler
 U.St.S. Pol.
 U.St.S.R.
 Botsch. Ritter
 U.St.S. Luther
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha. Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol.
 Arb. Expl. bei Pol. VI
 Ges. v. Grundherr.

316.

**Notits af understatssekretær Martin Luther ang. SS-Oberführer Cerffs tale
 i København 4. oktober.**

6. oktober 1942.

U.St.S.-D.-Nr.6925

Berlin, den 6. Oktober 1942.

Mitteilung für Herrn Staatssekretär v. Weizsäcker¹⁾

Nach Eingang des Fernschreibens aus Kopenhagen — Nr. 1459 vom 5.10. — habe ich über die Wehrmachtsleitung den Gesandten Barandon angerufen und ihn gefragt,

1) aus welchem Grunde die bestehende Verfügung, dass Ausländer zu reichsdeutschen Veranstaltungen nicht hinzugezogen werden sollen, unbeachtet geblieben ist,

2) wer den zum Erntedankfest der reichsdeutschen Kolonie entsandten Reichsredner, SS-Oberführer Cerff, über die neue politische Lage unterrichtet und ihm die Erlaubnis dazu erteilt habe — noch dazu vor einer grossen Anzahl von Dänen — über derartige Dinge zu reden.

Zu 1) erklärte mir Herr Barandon, dass die Einladung des Landesgruppenleiters an die Reichsdeutschen und an „die Freunde Deutschlands“ ergangen sei. Er wird mir eine Einladungskarte mit einem entsprechenden Bericht zusenden.

Zu 2) meinte Herr Barandon, dass die Luft in Kopenhagen derart mit Gerüchten geladen sei, dass es nicht verwunderlich wäre, wenn Herr Cerff von irgendeiner Seite über die neue Lage ins Bild gesetzt worden sei. Er selbst habe dies nicht getan, müsse aber annehmen, dass es von seiten des neuen Militärbefehlshabers erfolgt wäre. General v. Hannecken habe in der ersten Reihe gesessen und durch ostentativen Beifall Oberführer Cerff, sobald er auf die neue politische Lage zu sprechen gekommen sei, zu weiteren Ausführungen direkt ermuntert. Herr Barandon nimmt an, dass Cerff gestern in Odense gleiche Ausführungen gemacht hat, wird sich hierüber aber informieren und Bericht erstatten.

Der Gesandte Dr. Krümmer wird über die Reichspropagandaleitung morgen feststellen, von wem Oberführer Cerff seine Informationen erhalten und wer ihn dazu aufgefordert hat, ein derartig hochpolitisches Thema in der Rede vor den Reichsdeutschen und den Dänen zu behandeln.

Luther.

Durchdruck an:
Herrn U.St.S.Pol
Herrn Gesandten v. Rintelen, Feldmark
Herrn Gesandten Dr. Krümmer
Pol VI
Herrn LR Büttner
D V

¹⁾ Med håndskrift er her tilføjet „Ws. 7.“

317.

Instruks fra statssekretær E. v. Weizsäcker ang. general v. Hannekens planlagte visit hos udenrigsminister Scavenius.

6. oktober 1942.

Geheim!

Akt.Z. zu Pol. VI 7178 g
Berlin, den 6. Oktober 1942.

St.S.
U.St.S.Pol.
Dg.Pol.

Telegramm I. Z.
(geh. Ch. V.)

Geh. Verm. für Geheimsachen

Diplogerma Kopenhagen
Nr. 1717.

Referent: Ges. v. Grundherr.

Betreff: Der deutsche Befehlshaber
und dänische Stellen.

Auf Nr. 1460 vom 5.

Der Herr R.A.M. hat entschieden, dass General von Hannecken bei dem dänischen Aussenminister keinen Besuch machen soll. Absatz.

In Drahterlass Nr. 335 vom 12.4.1940 (insbesondere Ziffer 1—3) getroffene Regelung, die mit Oberkommando der Wehrmacht vereinbart war, gilt solange keine anderen Weisungen ergehen.

Weizsäcker.

318.

Instruks fra statssekretær E. v. Weizsäcker ang. 1) oplysninger til danske myndigheder 2) politiske udtalelser af tyskere.

6. oktober 1942.

Geheim!

Akt.Z. zu Pol. VI 7177 g

Berlin, den 6. Oktober 1942.

St.S.
U.St.S.Pol.
Dg.Pol.

Telegramm I. Z.

(geh. Ch. V.)

Geh. Verm. für Geheimsachen.

*Diplogerma Kopenhagen
Nr. 1718.*

Referent: Ges. v. Grundherr.

Betreff: Sprachregelung.

Auf Nr. 1459.

Unsere bisherigen Massnahmen haben zweifellos die Dänische Regierung stark beeindruckt. Es empfiehlt sich diese Tatsachen sich zunächst weiter auswirken zu lassen. Gegenüber dänischen Dienststellen kann daher von einer Erklärung unserer Haltung abgesehen werden. Gegenüber deutschen Dienststellen bitte auf Interimszustand, der bis zur Ernennung neuen Deutschen Bevollmächtigten besteht, hinzuweisen. Bitte dafür zu sorgen, dass keine deutschen Stellen, so wie von Partei Redner am 4. ds. Mts. geschehen, politische Erklärungen abgeben. Verweise ferner auf heutige Ausführungen Gesandten Braun v. Stumm gegenüber ausländischen Pressevertretern, die mit Fernschreiben übermittelt.

Weizsäcker.

n[ach] A[bgang]
H.U.St.S.Luther.

319.

Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. den nye rigsbefuldmægtigede og gesandt i København.

6. oktober 1942.

Geheim!

Fernschreiben

(über Büro RAM)

St S.
U.St.S.Pol
Dg Pol

eo Pol.VI 7181 g

Zu der, wie ich annehme, bevorstehenden Entsendung eines neuen Reichsvertreters nach Kopenhagen möchte ich auf folgende organisatorische Gesichtspunkte hinweisen:

Bisher, d.h. seit dem 9. April 1940, war der Reichsvertreter zugleich Gesandter und Bevollmächtigter des Deutschen Reichs und unterstand allein dem Auswärtigen Amt.

Als Gesandter und Bevollmächtigter des Reichs war Gesandter von Renthe-Fink höchster deutscher Vertreter bei der Dänischen Regierung.

Im Interesse der Wahrung der Kompetenzen des Auswärtigen Amtes wäre es erwünscht, es bei dieser Regelung zu belassen und den neuen Reichsvertreter wiederum als Gesandten und Bevollmächtigten des Reichs zu bezeichnen. Die Funktionen des *Bevollmächtigten* folgern aus den mit der Besetzung des Landes zusammenhängenden deutschen Aufgaben, während die Funktionen des *Gesandten* und der Gesandtschaft sich aus der Wahrnehmung der allgemeinen deutsch-dänischen Beziehungen ergeben (z.B. Beitritt zum Antikominternpakt, Pflege der besonders wichtigen Wirtschaftsbeziehungen, der kulturellen Beziehungen usw.). Würde der neue Reichsvertreter nur noch Bevollmächtigter sein, so würde das bei unseren Gegnern, vielleicht aber auch bei unseren Freunden wie Finnland usw. Stoff zur Propaganda gegen uns liefern. Vielleicht könnte dadurch auch die Frage der Abdankung des Königs ausgelöst werden, an die unsererseits z.Zt. wohl noch nicht gedacht wird.

Eine andere Frage ist dagegen, ob für den neuen Reichsvertreter das übliche Agrément als Gesandter bei der Dänischen Regierung nachzusuchen wäre oder ob man sich nicht besser mit der blossen Mitteilung an die Dänische Regierung begnügen sollte, dass statt des bisherigen Gesandten und Bevollmächtigten des Deutschen Reichs, Gesandten von Renthe-Fink, Herr..... zu dessen Nachfolger ernannt worden ist. Die sonst übliche Überreichung eines Beglaubigungsschreibens an den König würde dann ebenfalls unterbleiben, ebenso wie die Überreichung eines Abberufungsschreibens für Gesandten von Renthe-Fink.

Hiermit

Herrn Reichsaussenminister

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Berlin, den 6. Oktober 1942.

gez. Weizsäcker.

320.

Notits af gesandt Schnurre ang. bevogtningen af Sjællands kyst.

7. oktober 1942.

zu Pol I M 4586/42 g

Die Frage der Überwachung der Küste von Seeland durch deutsche militärische Kräfte ist mit Admiral Bürkner am 6.10 besprochen worden. Botschafter Ritter und ich haben Admiral Bürkner darauf hingewiesen, dass die Überwachung der Küste durch dänische Polizei und dänische Kriegsschiffe in Anbetracht der sich entwickelnden politischen Situation nicht ausreichend sein würde. Das OKW möge prüfen, in welcher Weise eine wirksame Überwachung sichergestellt werden könnte.

Admiral Bürkner erwiderte zunächst, dass genügend Kräfte für diesen Zweck nicht zur Verfügung stünden. Er wird jedoch die Frage mit dem Wehrmachtführungstab aufnehmen.

Berlin, den 7. Oktober 1942.

gez. Schnurre.

Durchdruck an:

St.S.

U.St.S.Pol.

Pol VI

Ges. Schnurre (Handakten)

321.

**Notits af gesandt Walter Hewel om, at rigskansler Hitler ikke
vil svare kong Christian X.**

8. oktober 1942.

Abschrift

Fernschreiben aus „Feldmark“ Nr. 1249 vom 8.10.1942

Ich übersende eine Notiz des Gesandten Hewel, aus der hervorgeht, dass der Führer auf die Entschuldigung des dänischen Königs nicht zu antworten gedenkt, da diese Mitteilung im Gegensatz steht zu der in der Aufzeichnung des Gesandten von Grundherr v. 3.10.42 enthaltenen Äusserung des neuen Militärbefehlshabers, der Führer beabsichtige Dänischer Regierung mitzuteilen, er habe von der Entschuldigung Kenntnis genommen. Folgt Notiz für den Herrn RAM:

„Notiz für den Herrn Reichsaussenminister.

Ich legte dem Führer heute die Aufzeichnung des St.S. Nr. 582 über die Demarche des dänischen Geschäftsträgers vor. Der Führer hat sich über die Reaktion des dänischen Königs auf unsere Erklärung hin gefreut, sagte aber, dass er auf die Demarche nicht zu antworten gedenke.

Berlin, den 1.10.1942.

Hewel.“

Schluss Notiz.

v. Sonnleithner.

Verteiler:

St.S.

U.St.S.Pol.

Gesandter v. Grundherr

322.

**Notits af Renthe-Fink ang. „den politiske situation i Danmark i slutningen
af september 1942“.**

8. oktober 1942.

Abschrift

Aufzeichnung¹⁾

Politische Lage in Dänemark Ende September 1942.

Dänische Regierung.

Die Regierung, die heute in Dänemark am Ruder ist, stützt sich auf die vier demokratischen Parteien Dänemarks (Sozialdemokraten, Radikale, Venstre und Konservative). Ausser den Vertretern der demokratischen Parteien gehören ihr noch drei parteipolitisch nicht gebundene Minister an, die als deutschorientiert anzusprechen sind. Seitens des Bevollmächtigten des Reichs ist auf die Zusammensetzung der Dänischen Regierung seit dem 9. April 1940 weisungsgemäss kein Einfluss ausgeübt worden, um die Verantwortung den Dänen' zu überlassen. Jedoch sind zwei Minister, die durch eine im deutschen Sinne unzuverlässige Politik auffielen, auf unser Betreiben von ihren Posten entfernt worden.

Die innere Einstellung der heutigen Dänischen Regierung kann wohl am besten als abwartend bezeichnet werden. Sie hat es bisher nicht verstanden, den Anschluss an die neue Zeit zu finden, und auch nicht sehen wollen, dass die grosszügige Haltung, die Deutschland nach dem 9. April 1940 Dänemark gegenüber einnahm, für Dänemark eine ernste Verpflichtung und zugleich eine grosse Chance bedeutete. Sie hat sich begnügt, nur das politisch Notwendige zu tun.

Andererseits muss festgestellt werden, dass sie ohne Ausnahme alle an sie gerichteten konkreten Forderungen, auch solche, die von den Dänen als gegen die nationale Ehre ihres Landes gerichtet angesehen wurden, wie z.B. die Abgabe dänischer Torpedoboote, restlos erfüllt hat. Die Dänische Regierung hat ferner auf eigene aussenpolitische Handlungen verzichtet und sich, wenn es von uns gewünscht wurde, zum Teil mit mehr oder weniger Widerstreben, der deutschen Linie angepasst. (Schliessung der feindlichen Vertretungen, Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion, Beitritt zum Antikominternpakt usw.).

Seit der Besetzung Dänemarks sind zu keinem Zeitpunkt die militärischen Interessen des Reichs im Lande selbst durch die Haltung der Dänischen Regierung und der dänischen Bevölkerung gefährdet worden. Allen deutschen Wünschen auf militärischem Gebiet ist im allgemeinen ohne Schwierigkeiten entsprochen worden. Die dänischen Behörden haben, von Ausnahmen abgesehen, mit den Organen des Bevollmächtigten des Reiches und den deutschen militärischen Stellen reibungslos zusammengearbeitet. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist während der Besatzungsjahre das Maximum an dänischer Erzeugungskraft den Zwecken des Reiches nutzbar gemacht worden. Um ein Beispiel zu nennen, hat Dänemark im vorigen Jahr neben anderem eine Menge an Butter, Fleisch und Eiern geliefert, die den Bedarf des gesamten Grossdeutschen Reiches für einen Monat deckte. Die dänische Industrie arbeitet weitgehend im Dienste der deutschen Rüstung. Sie könnte noch mehr leisten, wenn ihr die erforderlichen Rohstoffe zugeführt würden. Seitens der zuständigen deutschen Stellen wird den wirtschaftlichen Leistungen Dänemarks ohne Einschränkung Anerkennung gezollt. Auch die längere Dauer des Krieges hatte bisher kein Nachlassen des Arbeitswillens zur Folge.

Zu diesen positiven Leistungen Dänemarks ist zu sagen, dass sie im allgemeinen nicht auf dem Willen beruhen, zum deutschen Siege und damit zum Neuaufbau Europas beizutragen, sondern vielmehr dem Respekt vor der deutschen Macht zu verdanken sind. Gefühlsmässig steht auch heute die Mehrheit des dänischen Volkes nicht auf unserer Seite, obwohl sie Disziplin genug besitzt, um dies nach aussen hin nicht direkt in Erscheinung treten zu lassen. Seit dem 9. April 1940 hat die Dänische Regierung zu keinem Zeitpunkt den inneren Schwung aufgebracht, um das dänische Volk nicht nur praktisch, sondern auch stimmungsmässig auf die deutsche Linie auszurichten. Die Regierung beschränkte sich darauf, antideutsche Erscheinungen zu verhindern und durch Erklärungen, den Willen zu korrekter und realpolitischer Zusammenarbeit kundzutun. Dazu kommt, dass die führenden Kreise Dänemarks und die Masse des Volkes im allgemeinen noch so stark in ihren alten Vorstellungen befangen sind, dass sie sich eine Niederlage Englands nicht denken können. Daraus ergab sich ein stetes Hinter-der-Entwicklung-Zurückbleiben der Regierung und des Volkes, ein fortgesetztes Sichdrängenlassen, ein jeweiliges Nachgeben nur so weit, als es die Verhältnisse unbedingt erforderten. Daran haben auch die im Kabinett sitzenden parteipolitisch nicht gebundenen Minister nichts Wesentliches bessern können.

Dänisches Volk.

Das dänische Volk ist in seinem überwiegenden Teil Anhänger des demokratischen Gedankens, weil es dank seiner geografischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage die Schattenseiten dieses Systems am eigenen Leibe kaum erfahren hat, vielmehr der wirtschaftliche und soziale Höhepunkt für die grosse Masse in die Zeit der demokratischen Herrschaft fiel. Das Verständnis für den Nationalsozialismus ist einstweilen noch gering, weil sich die Massen der Notwendigkeit eines radikalen Systemwechsels noch nicht bewusst geworden sind. Heroische Lebensformen und freiwillige Opfer liegen ihnen als Gedanken überhaupt fern. Aus der Verwobenheit des gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens mit der Demokratie erklärt es sich auch, dass nicht nur alle politischen und wirt-

schaftlichen Positionen, sondern auch die Presse demokratisch beherrscht werden. Es ist einleuchtend, dass die demokratischen Systemparteien, die sich der Hoffnung hingeben, ihren Bestand über das Kriegsende hinaus zu erhalten, es nicht zulassen wollen, dass in den Spalten ihrer Presse eine Anerkennung der Errungenschaften eines ihnen feindlichen Prinzips erfolgt.

Mit der Länge des Krieges und des dadurch bedingten Absinkens des allgemeinen Lebensstandards ist eine allmähliche Verschlechterung der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung eingetreten, umso mehr als seitens der Regierung eine nachhaltige positive Beeinflussung jedesmal in ihren Anfängen steckenblieb. Unter dem Einfluss englischer und kommunistischer Propaganda haben sich in letzter Zeit einige Aktivistengruppen gebildet, denen einstweilen eine ernstere Bedeutung nicht zukommt und die sowohl von den deutschen Stellen wie von der dänischen Polizei im eigenen dänischen Interesse und auf deutsches Betreiben verfolgt und unterdrückt werden.

Abgesehen von den Kommunisten sitzen unsere schlimmsten Gegner hauptsächlich bei den Intellektuellen. Die Chauvinisten sind vor allem im konservativen Lager zu finden. Der einzelne Bauer ist heute durch die guten Preise, die ihnen der Export nach Deutschland bringt, Deutschland gegenüber nicht unfreundlich eingestellt. Der dänische Arbeiter ist bisher ruhig geblieben, obwohl das Sinken des Lebensstandards gerade ihn am empfindlichsten trifft.

Dänischer König.

Auch der König hält an der demokratischen Idee fest, da er dem Bekenntnis zu ihr, das ihm allerdings seinerzeit aufgezwungen wurde, die Verankerung seiner Dynastie im Volk und seine persönliche Popularität zu verdanken glaubt. Auf der anderen Seite ist der König für seine eigene Person Autokrat geblieben. Abgesehen von seinem Alter reichen seine geistigen Fähigkeiten nicht dazu aus, den Anbruch einer neuen Epoche zu begreifen. Er betrachtet es vielmehr als seine Aufgabe, Dänemark innen- und aussenpolitisch seinem Nachfolger so zu übergeben, wie er es im Jahre 1912 übernommen hat. Trotzdem ist der König Realist genug, um sich im Hinblick auf die Macht des Reiches nicht den Vorschlägen seiner verantwortlichen Ratgeber für eine praktische deutsch-dänische Zusammenarbeit zu widersetzen. Aber auch der König ist für seine Person noch nicht vom deutschen Endsieg überzeugt und lehnt überdies auf Grund seiner gesamten persönlichen Einstellung den nationalsozialistischen Gedanken als revolutionär und für seine Dynastie gefährlich ab.

DNSAP.

Die Neuordnung Europas unter deutscher Führung wird in erster Linie von der DNSAP gewünscht. Der Gedanke, den Führer der dänischen Nationalsozialisten Frits Clausen an die Spitze der Regierung zu stellen, ist deutscherseits eingehend geprüft worden. Zweifellos würde die Übernahme der Regierung durch die dänischen Nationalsozialisten die Einstellung der Exekutive in unserem Sinn erleichtern, die Verwirklichung des Gedankens wurde aber bisher aus folgenden Gründen zurückgestellt:

1.) Die innerpolitische Entwicklung in Dänemark erschien für eine Machtübernahme durch Frits Clausen nicht reif. Sein Anhang in der Bevölkerung ist noch sehr klein. Die Masse des Volkes steht ihm nicht nur ablehnend, sondern feindlich gegenüber. Er hätte an die Regierung nur mit Machtmitteln des Reichs gebracht und gehalten werden können. Wenn auch Gewalttätigkeiten dem dänischen Volkscharakter fernliegen, so wäre doch sicher eine passive Resistenz der Bevölkerung die Folge gewesen, und es hätte mit der Möglichkeit von Zwischenfällen und Unruhen gerechnet werden müssen, deren Niederhaltung einen stärkeren deutschen militärischen Einsatz gefordert hätte. Das zum grössten Teil aus Anhängern Frits Clausens bestehende dänische Freikorps hätte hierzu nicht ausgereicht.

2.) Nach der Einstellung des Königs war damit zu rechnen, dass er einer Einsetzung Frits Clausens als Chef der Regierung auf legalem Wege nicht zugestimmt und die gewaltsame Machtübernahme durch die dänischen Nationalsozialisten mit seinem Rücktritt

beantwortet hätte. Nach den Richtlinien der deutschen Politik sollte eine Königskrise vermieden werden. Auch innerhalb der dänischen Nationalsozialisten hätte ein Rücktritt des Königs zu Spaltungen geführt, da ein starker Flügel der Partei, ohne Sympathie für den König zu empfinden, grundsätzlich monarchistisch eingestellt ist und sich der Dynastie als solcher durch ein Treueverhältnis verbunden fühlt.

3.) Es bestand die Gefahr, dass als Folge der Unruhe und Unzufriedenheit die kriegswirtschaftliche Leistung des Landes zurückgegangen wäre. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Masse der Arbeiterschaft der sozialdemokratischen Partei, die der Bauern der gleichfalls demokratisch orientierten Venstre angehört.

Freikorps Dänemark.

Auch dem Freikorps Dänemark gegenüber hat sich die Regierung nicht zu einer wirklich positiven Einstellung aufschwingen können. Das Freikorps ist daher im Wesentlichen eine Schöpfung der DNSAP geblieben, was wiederum dazu geführt hat, dass das Freikorps in den Augen des überwiegenden Teiles der Bevölkerung nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt des heroischen Einsatzes und der Beteiligung am europäischen Kampf gegen den Bolschewismus wie unter dem Gesichtspunkt der innerpolitischen Auseinandersetzungen erscheint. Dadurch erklären sich zum grossen Teil die Reibungen, die zwischen der Bevölkerung und den Angehörigen des Freikorps vorgekommen sind. Zwischenfälle, die zu ernststen Folgen für Freikorpsangehörige geführt hätten, hatte es bis zu meiner Abreise aus Kopenhagen nicht gegeben. Die dänischen Stellen waren von uns auf das Ernsteste gewarnt worden, dass wenn Freikorpsangehörigen etwas zustiesse, dies die schwersten Folgen haben könnte.

Schlussbemerkung.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass vor dem deutschen Endsieg ein Umschwung in der inneren Haltung des dänischen Volkes nicht zu erwarten ist. Die Dänische Regierung, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Gefahr eines Bruches mit Deutschland voll bewusst ist, wird auch in Zukunft von sich aus alles tun, um uns materiell zufrieden zu stellen. Zu einer Umstellung der dänischen Stimmung in unserem Sinne besitzt sie nicht die Fähigkeit, auch wird eine solche Umstellung durch die gegenwärtige politische Struktur des Landes gehemmt.

Berlin, den 8. Oktober 1942.

gez. v. **Renthe-Fink.**

¹⁾ I marginen er med håndskrift tilføjet: „Original an RAM am 9.10.“

323.

Brev fra ingeniør Jul. West til statssekretær E. v. Weizsäcker.

8. oktober 1942.

DR JUL H WEST, INGENIÖR
Industrieller Organisator
Stuttgart-W, Reinsburg Str 190
Fernruf 61 6 73

Z/Z: Treuen/Sa.
Hotel Grenzquell
8—10—42

*Seiner Exzellenz
dem Herrn Staatssekretär von Weizsäcker¹⁾
Berlin
Auswärtiges Amt*

Exzellenz!

Mit nochmaligem sehr verbindlichen Dank dafür, dass Sie mich am Dienstag empfangen haben, gestatte ich mir, Ihnen beiliegend meine Vorschläge zu übermitteln. Leider war die Zeit zu kurz, um Ihnen diese hinreichend ausführlich mündlich vorzutragen.

Ich wäre Ihnen jetzt dankbar, wenn Sie meine Anregungen prüfen und sie, soweit nötig, mit einigen empfehlenden Worten den weiter zuständigen Stellen unterbreiten würden. Wenn meine Vorschläge die Zustimmung des Führers und Reichskanzlers finden, würde ich mich sofort mit Exzellenz von Scavenius in Verbindung setzen und ihn bitten, Seiner Majestät König Christian die Bitte vorzutragen, mich in einer Audienz zu empfangen, damit ich dem König die Erklärungen des Führers und Reichskanzlers unterbreiten kann. In diesem Falle wäre ich dankbar, wenn das auswärtige Amt es vermitteln würde, dass ich fernmündliche Verbindung mit Exzellenz von Scavenius bekommen kann.

Ich befinde mich z/Zt in Treuen/Sa[achsen] — tagsüber bei der Firma Gustav Kunz A.G. (Fernruf Treuen 302) und abends im Hotel Grenzquell (Fernruf 190).

Ich gestatte mir, ein Werbeblatt meines Verlegers mit einem Auszug aus den Leitartikeln und Besprechungen der europäischen (und amerikanischen) Presse über meine Schriften beizufügen.

Ich nehme an, dass diese Äusserungen der Presse den anderen in Betracht kommenden Reichsstellen die Gewähr bieten werden, dass ich imstande bin, zu helfen.

Es ist vielleicht nützlich, wenn ich darauf hinweise, dass das Auswärtige Amt sich gegen Ende des Weltkrieges und in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg sehr bemüht hat, meine Veröffentlichungen im Ausland zu verbreiten, — besonders auch in Dänemark, Norwegen und Schweden. Ich nehme an, dass der Briefwechsel darüber im auswärtigen Amt noch vorhanden ist. Ich bin sonst in der Lage, Ihnen diesen Briefwechsel zur Verfügung stellen zu können.

Mit Deutschem Gruss!

Heil Hitler!

Dr Jul H West.

4 Beilagen.

¹⁾ Skrivelsen har følgende påtegning med Weizsäckers håndskrift: „Über H. U.St.S.Pol u. Dg. Pol. H. Ges. v. Grundherr. West ist offenbar ein reiner Tor. Irgendeine Antwort muss ich ihm wohl zukommen lassen. Ws. 9/10.“

DR JUL H WEST, INGENIÖR
 Industrieller Organisator
 Stuttgart-W, Reinsburg Str 190
 Fernruf 61 6 73

Z/Z: Treuen/Sa
 Hotel Grenzquell

Erklärung des Führers und Reichskanzlers:

Ich danke Ihnen, Herr Dr West, herzlich für Ihre Offenheit und für Ihre Bemühungen um die Schlichtung der Spannung, die in den letzten Tagen platzgegriffen hat in den Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark, und ich bevollmächtige Sie, Ihrem König und dem dänischen Volk die Erklärung zu übermitteln, die Sie mir nach Darlegung der Verhältnisse vorgeschlagen haben, und die lautet:

„Die Erklärung, die ich am 9-4-40 bei der Besetzung Dänemarks durch die deutsche Wehrmacht abgab, dahingehend,

„dass die Besetzung Dänemarks durch die deutsche Wehrmacht nach Friedensschluss *sofort aufgehoben werden soll*,

halte ich nach wie vor aufrecht. — Ich gebe diese Erklärung auf Ihren Vorschlag hin hiermit nochmals ausdrücklich ab, allerdings — aufgrund der gesammelten Erfahrungen — mit dem Vorbehalt:

„sofern ich nicht von dänischer Seite durch feindliche Handlungen genötigt oder gezwungen werde, anders zu handeln.“

Das dänische Volk hat es somit selbst in der Hand, die Frage zu entscheiden, ob die deutsche Besetzung Dänemarks sofort nach Friedensschluss aufhören soll oder nicht.

Ich will hinzufügen: Seine Majestät König Christian hat seit der Besetzung Dänemarks alles getan, was geeignet war, Verstimmungen zwischen Deutschland und Dänemark zu vermeiden, und ich hoffe aufrichtig, dass das so bleibt; ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich hervorheben, dass ich seiner Majestät König Christian ausgesprochen dankbar bin für seine wiederholten Mahnungen an die dänische Bevölkerung, sich ruhig und besonnen zu verhalten. Auf dieser Grundlage sandte ich Seiner Majestät zu seinem Geburtstage am 26-9-42 meine aufrichtigen Glückwünsche.

Ich danke Ihnen aufrichtig, Herr Dr West, für Ihr warmherziges und entschlossenes Eingreifen und für Ihre offenerzigen Hinweise darauf, dass, wie Sie sagen,

„110 %“ und „150 %“ National-Sozialisten in ihrem Übereifer meine Worte und Zusicherungen dem dänischen Volk gegenüber sabotiert und Misstrauen im dänischen Volke zu meinen Worten geweckt haben, —

und ich gebe Ihnen, Herr Dr West, die Versicherung, dass ich von heute ab jeden Deutschen, der durch unbesonnene Äusserungen Misstrauen zu meinen Worten im Ausland weckt, als Saboteur meiner Absichten sehr ernst bestrafen und unschädlich machen werde. Wir müssen die Wohlfahrt Europas aufbauen auf *Vertrauen* zu Deutschland — und *nicht* auf *Misstrauen*. — Auf Ihren Vorschlag hin lasse ich das, was sich in diesem Zusammenhang bisher an Üblem ereignet hat, auf sich beruhen, nachdem Sie — als Gast hier im Land — es bestimmt und ausdrücklich abgelehnt haben, gegen irgend einen Angehörigen der deutschen Wehrmacht oder des deutschen Volkes Anzeige zu erstatten.

Ich werde Ihnen sofort eine schriftliche Wiederholung dieser meiner Erklärung mit meiner Unterschrift zugehen lassen und bitte Sie, sie weiterzuleiten an Ihren König, an die dänische Regierung und an das dänische Volk. Ich hoffe auf die Wiederherstellung guter Beziehungen, und hierzu erbitte ich — so aussergewöhnlich es ist, in solchen Fragen einen Privatmann zuzuziehen, — um Ihre Hilfe, Herr Dr West. Diese Bitte ist so zu verstehen:

Es ist mir bekannt, was Sie, Herr Dr, während des Weltkrieges für Deutschland taten, um die Verleumdungen und unwahren Beschuldigungen zu bekämpfen, die unsere Feinde gegen unsere Wehrmacht, gegen unsere Regierung und gegen unser Volk aussprachen und in der Welpresse verbreiteten. Ihre Schreibweise, Ihr Stil ist ungemein kurz, klar,

inhaltsreich und interessant, und was das wichtigste ist: Bei allem, was Sie schreiben, hat man von Anfang bis Ende das sichere Gefühl:

dieser Mann sagt *die Wahrheit*, die *reine, nüchterne Wahrheit!*

Dabei ist Ihre Schreibweise und Ihre Behandlung des Stoffes anders, als die unsrige. Sie schreiben ausgesprochen für das Ausland, — man wird im Ausland *Sie* besser und leichter verstehen, als man unsere Zeitungsschreiber versteht. Dabei kennen Sie, wie Sie bewiesen haben, unser Land, — die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse unseres Landes und die Eigenart der deutschen Menschen so eingehend und so gründlich, wie wahrscheinlich kein zweiter Ausländer, und was besonders wichtig ist: Durch Ihre berufliche Tätigkeit auch in vielen anderen europäischen Staaten haben Sie reichste Gelegenheit gehabt, auch die anderen Länder und Völker kennen zu lernen und damit *Vergleiche zu ziehen*.

Und daher bitte ich Sie, Dr West: Helfen Sie weiter, — im Sinne Ihrer Worte vorhin:

Die Völker müssen *zusammen-arbeiten*, — *freudig* zusammen arbeiten, und nicht, wie bisher so vielfach: *gegen einander!*

Das ist ja mein Ziel. Helfen Sie, dieses Ziel zu erreichen. *Jede* Hilfe, die Sie von unserer Seite wünschen, steht zu Ihrer Verfügung. Ich werde sofort entsprechende Weisung nach Berlin geben. Dabei werde ich ausdrücklich betonen, dass niemand versuchen darf, Sie zu beeinflussen. Sie sollen vollständig frei tun können, was *Sie* für richtig und notwendig halten. Ich bringe Ihnen dieses grosse Vertrauen entgegen, denn Sie haben zur Genüge bewiesen, dass Sie ein solches Vertrauen verdienen. Und Sie haben sich als guter, gründlicher Kenner der europäischen Völker bewährt. Und dabei stehen reiche und vielseitige Erfahrungen eines langen Lebens Ihnen zur Verfügung. Ich wünsche Ihnen aufrichtig:

„Glück auf zu Ihren Bemühungen!“

DR JUL H WEST, INGENIÖR

Industrieller Organisator

Stuttgart-W, Reinsburg Str 190

Fernruf 61 6 73

Z/Z: Treuen/Sa
Hotel Grenzquell
8—10—42

Vorschläge

Zum Ausgleich der Differenzen, die platzgegriffen haben zwischen der deutschen und der dänischen Regierung, schlage ich die nachstehend erläuterten Massnahmen vor, die folgende Fragen betreffen:

- 1 — Die kurze Antwortdepesche König Christians auf das warmherzige Glückwunschtelegramm des Führers und Reichskanzlers zum Geburtstag des Königs;
 - 2 — Die Bewaffnung der dänischen Schiffe, die in deutschem Konvoi — besonders zwischen der Rheinmündung und dänischen Häfen — fahren;
 - 3 — Die sofortige Inbetriebsetzung der stillgelegten dänischen Handelsschiffe — zu Gunsten Deutschlands und Dänemarks, und
 - 4 — die Verbesserung der Kohlenversorgung Dänemarks, um die *Wohnungen* der dänischen Bevölkerung im kommenden Winter besser zu erwärmen.
- Ich behandle diese Fragen nachstehend in der Reihenfolge 3 — 2 — 4 — und 1.

Vorschlag 3 — Inbetriebsetzung stillgelegter dänischer Handelsschiffe. — Es hat mir innerlich einen starken Stoss versetzt, als ich vorige Woche in Kopenhagen sah, wieviel grosse Dampfer im Nordhafen stillgelegt liegen, — zu einer Zeit, wo stärkster Schiffsmangel herrscht. Ich schlage vor, dass Deutschland diese Schiffe sofort käuflich erwirbt auf folgender Grundlage:

- a — Der Neu-Wert der einzelnen Schiffe wird festgesetzt nach einheitlichen Sätzen je BRT, auf der Grundlage der durchschnittlichen Herstellkosten.
- b — Alsdann wird auf Grund der vorliegenden Erfahrungen die durchschnittliche Lebensdauer der verschiedenen Schiffsarten festgestellt und daraus die jährliche Abschreibung berechnet.
- c — Auf dieser Grundlage und auf der Grundlage des Alters der einzelnen Schiffe wird dann der Zeit-Wert berechnet.
- d — Zu diesem Zeit-Wert übernimmt Deutschland sofort sämtliche stillgelegten Dampfer Dänemarks. Die Bezahlung wird gestundet bis nach Friedensschluss und wird dann in (sofort festzusetzenden) Raten bezahlt, — soweit die Schiffe nicht von den Reedern zurückgekauft werden.
- e — Deutschland verzinst das betr. Kapital vom Tage der Übernahme ab bis zur Tilgung mit x vom Hundert jährlich.
Die Zinsen werden jährlich bezahlt aus dem Erlös der Mehrlieferung an Kohle nach dem Vorschlag 4, — s. weiter unten!
- f — Die Reeder haben nach Friedensschluss das Recht, ihre einzelnen Schiffe zurückzukaufen und zwar zu dem Betrag, den Deutschland ihnen für die Schiffe im einzelnen bezahlt.
- g — Deutschland bietet den Mitgliedern der Besatzungen der einzelnen Schiffe Wiedereinstellung in den Dienst und zwar gegen erhöhte Heuer und Gehalt, nämlich:
Doppelte Heuer bzw. doppeltes Gehalt (200 vom Hundert) für die *Zeit der Fahrten*, berechnet in Stunden,
1½-fache Heuer bzw. *1½-faches* Gehalt (150 vom Hundert) für die *Hafenzeit*.
Massgeblich ist Heuer und Gehalt bzw. Tarif vom 1. Sept. 1939.
- h — Die dänische Regierung verpflichtet sich, denjenigen Personen der ehemaligen Besatzungen der betr. Schiffe, die dieses Anerbieten *nicht* annehmen und dadurch arbeitslos werden oder bleiben, *keine Arbeitslosen-Unterstützung* zu gewähren.

Erläuterungen zum Vorschlag 3. — Die dänischen Reeder dürften damit rechnen, dass sie nach Friedensschluss — infolge des starken Schiffsmangels — ausserordentlich erhöhte Frachtraten erzielen werden, und dass ihre Schiffe dadurch auf Jahre hinaus ausserordentlich an Wert wachsen. Diesen Spekulationsgewinn schlage ich vor, ihnen ruhig zu lassen. Dafür hat Deutschland dann den Vorteil, dass die zeitweilige Übernahme und Benutzung der Schiffe dem deutschen Staat tatsächlich nichts mehr kosten, als die Zinsen nach Punkt e — und dieser Zinsbetrag verringert sich in dem Umfange, in dem die betr. Schiffe nach Vorschlag 4 zu Gunsten Dänemarks Kohle für Heizzwecke befördern, — s. weiter unten!

Zu Punkt a — bemerke ich: Die Sätze für die Berechnung des Neu-Wertes dürfen nicht zu knapp sein. Sie müssen derart sein, dass die dänischen Reeder den Preis als gerecht anerkennen. Deutschland kann in diesem Punkt weitherzig sein, da die dänischen Reeder unzweifelhaft ihre Schiffe nach Friedensschluss wieder zurückkaufen werden.

Vorschlag 2 — Bewaffnung der dänischen Schiffe. — Die sämtlichen übernommenen Schiffe und die Schiffe, die im Besitz dänischer Reeder bleiben und in deutschem Konvoi fahren, werden von der deutschen Wehrmacht bewaffnet, um sie nach Möglichkeit gegen englische Luftangriffe zu schützen. Die Kosten dieser Bewaffnung trägt Deutschland, — soweit die Schiffe nicht Gut für Dänemark befördern. Soweit, bzw. in dem Umfange, in dem das der Fall ist, trägt der *dänische Staat* die Kosten. — Die Bewaffnung soll, um den dänischen Seeleuten möglichst sicheren Schutz zu bieten, technisch und mengenmässig derart sein, dass jeder feindliche Flieger, der sich in die Nähe wagt, mit 90 % Wahrscheinlichkeit mit dem sicheren Tod wird rechnen müssen.

Vorschlag 4 — Verbesserung der Wohnungs-Heizung in Dänemark. — Die dänische Bevölkerung hat im letzten Winter *sehr stark gelitten* unter vollständig ungenügender Erwärmung der Wohnungen, — und diese Tatsache hat wesentlich mit dazu beigetragen, die Stimmung im Lande gegen Deutschland einzunehmen. Tatsächlich war die Kohlenversorgung der *deutschen* Wohnbevölkerung bei weitem besser, als die der *dänischen* Wohnbevölkerung. Da Deutschland, soweit ich imstande bin, die Verhältnisse zu übersehen, die Möglichkeit hat, *grössere* Mengen von Kohle, als im letzten Winter, Dänemark zur Verfügung zu stellen, schlage ich vor, Dänemark anzubieten:

- a — Deutschland stellt dem dänischen Staat x Tonnen Kohle zur Verfügung, — frei Rheinhafen oder frei Bahnhof Kohlenbergwerk.
- b — Der Preis dieser Kohle ist im Durchschnitt der gleiche wie für die Lieferungen im vergangenen Winter.
- c — Die Beförderung ab Rheinhafen bzw. Bahnhof Kohlenbergwerk erfolgt zu Lasten Dänemarks, — ab Rheinhafen mit dänischen oder bisher dänischen Handelsschiffen — und ab Bahnhof Kohlenbergwerk mit dänischen Lastzügen (Loren und Lokomotiven).
- d — Deutschland hat das Recht, den Leerraum der von Norden nach Süden leer fahrenden Züge auszunützen.
- e — Der dänische Staat übernimmt die Verteilung der betr. Kohlenmengen, die nur dazu verwendet werden dürfen, Wohnungen zu heizen.
- f — Der dänische Staat übernimmt die Verpflichtung, jeden, der diese Bemühungen um eine bessere Heizung der dänischen Wohnungen in irgend einer Weise sabotiert, zu verfolgen und festzunehmen und ihn der deutschen Gerichtsbarkeit auszuliefern, damit er nach deutschem geltenden Recht verurteilt und bestraft werden kann. Sabotage in grösserem Umfange wird mit dem Tode bestraft. — Auch der Versuch und jegliche Vorbereitung dazu ist strafbar.

Erläuterungen zum Vorschlag 4. — Grundlegend für diesen Vorschlag ist, dass derjenige, der durch sein Vorgehen *viele* schädigt, in gleichem Umfange eine *viel höhere* Strafe verdient, als derjenige, der durch eine Unredlichkeit *nur einen* schädigt. Wenn der deutsche Staat, trotz seiner grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten alles aufbietet, um der Bevölkerung Dänemarks günstigere Verhältnisse zu bieten und über die schwierigen augenblicklichen Verhältnisse, die der Krieg geschaffen hat, hinwegzuhelfen, so verdient jeder, der diese gute Absicht sabotiert, — sei es um des eigenen Gewinnes willen, sei es aus feindseliger politischer Einstellung, strengste Strafe. Das liegt in erster Linie im Interesse der dänischen Bevölkerung.

Vorschlag 1 — Die Antwort-Depesche König Christians. — Der Vorgang, der hier in Betracht kommt, ereignete sich während meines Aufenthaltes in Kopenhagen. Ich las das warmherzige Glückwunschtelegramm des Führers und Reichskanzlers an König Christian, und nachher das kurze Danktelegramm König Christians an den Führer und Reichskanzler; ich war stark betroffen von dieser Antwort, — obgleich die Ursache mir hinreichend bekannt geworden war. Ich führe hierzu an: Die deutsche Regierung bzw. der Führer und Reichskanzler hat bei der Besetzung Dänemarks sich dahin geäussert:

„Wenn der Krieg zu Ende ist, ziehen wir unsere Truppen wieder zurück.“

Hierauf hat man in Dänemark gebaut, — und diese Zusicherung hat eine feste Grundlage gebildet für die Stellungnahme König Christians am 9. April 1940 und für seine dauernde Mahnung an das dänische Volk, sich der Besatzung gegenüber ruhig und würdig zu verhalten, — eine Mahnung, die noch in den ersten Tagen dieses Monats durch Maueranschlag in Kopenhagen wiederholt wurde.

Das Vertrauen des dänischen Volkes zu der angeführten Zusicherung der deutschen Regierung bzw. des Führers und Reichskanzlers ist — besonders im Laufe der letzten Monate — stark erschüttert worden durch manche Veröffentlichungen in der deutschen Presse, die in Dänemark dahin gedeutet worden sind, dass man sich nicht mehr darauf verlassen kann, dass Deutschland nach einem siegreichen Friedensschluss das gegebene Wort einhalten wird. Alle meine Äusserungen, die dahin gingen:

Adolf Hitler ist der rechtschaffenste Mensch, der wortgetreueste Mensch, den man sich vorstellen kann; ein Wort, das er gegeben hat, *hält er unter allen Umständen*, — soweit nicht der andere ihn dazu nötigt oder zwingt, anders zu handeln, —

wurden von allen Seiten abgelehnt. Meine Hinweise, dass die Urheber dieser Äusserungen „110 %ige“ und „150 %ige“ Nationalsozialisten sind, die in ihrem Übereifer Adolf Hitlers ehrliches Wort sabotieren, wurden fast überall abgelehnt.

Nach den Erfahrungen, die ich im Laufe meines 9-tägigen Besuches in Kopenhagen machte, bin ich überzeugt, dass ein entschlossenes Wort der deutschen Regierung, — wenn möglich des Führers und Reichskanzlers — im Sinne meiner vorstehend wiedergegebenen Äusserungen, sicherlich in Dänemark eine grosse Beruhigung hervorrufen würde.

Als *Beispiel* bzw. als *einen* Weg, auf dem eine solche Erklärung vielleicht abgegeben werden kann, füge ich den Entwurf zu einem kurzen Interview mit dem Führer und Reichskanzler bei und bemerke dazu:

Wenn der Führer diesen Weg und meinen Entwurf gutheissen würde, so wäre damit für mich eine feste, sichere Grundlage geschaffen, auf der ich mit Aussicht auf Erfolg die Pläne würde durchführen können, die ich im März und April 1940 dem auswärtigen Amt vorlegte und die dahin gehen:

das Ausland in einer Reihe von Artikeln aufzuklären über *Hitlers Streben* und über *Hitlers Deutschland*, —

im Sinne meiner gleichartigen Bestrebungen während des Weltkrieges.

Ich füge hinzu: Von erheblicher Bedeutung wäre dabei, dass die vorgeschlagenen Kohlen-Lieferungen zustande kämen und zwar in Verbindung mit meinem Namen. Wenn diese Mehr-Versorgung derart wird, dass die dänischen Familien im kommenden Winter nicht mehr frieren, wie im letzten Winter, so werden sie alle sich wohlwollend zu meiner Person einstellen und — — — meine Artikel, wenn ich sie entsprechend schreibe, *gern* lesen und den Inhalt *willig* in sich aufnehmen.

Hierzu verweise ich darauf, dass ich bei der Abfassung meiner Artikel während des Weltkrieges besonders bemüht war, die Artikel so zu schreiben, dass auch die *Frauen* Interesse an ihrem Inhalt gewinnen konnten. Das ist mir damals tatsächlich gelungen, und das ist aus folgendem Grunde wichtig: Wenn auch die *Frauen* die Artikel lesen, dann wird nachher — z/B bei Tisch oder abends, wenn man zusammensitzt —

im Kreise der Familie davon gesprochen, —

und dadurch setzt sich das Gelesene im Gedächtnis fest und beeinflusst von da ab die Auffassung der Betreffenden und ihre Einstellung zu den behandelten Fragen, — ganz anders und *viel nachhaltiger*, als wenn jeder für sich die Artikel liest und — — den Inhalt am nächsten Tag schon vergessen hat.

Ich habe die vorstehenden Vorschläge nicht gemacht, um meine Person in den Vordergrund zu schieben, sondern weil es meine Überzeugung ist, dass ich auf diesem Wege am besten und am leichtesten zum Ziele komme. Eine *gute* Einführung wäre es tatsächlich, wenn der Führer und Reichskanzler mich empfangen würde zwecks Übermittlung der vorgeschlagenen Erklärung an den König usw; und eine dauernde Aufrechterhaltung einer guten Stellung in den Augen der dänischen Bevölkerung wäre es, wenn die vorgeschlagenen Mehr-Lieferungen an Kohle zustande kämen.

Wenn es von deutscher Seite gewünscht wird, stehe ich zur Verfügung, um mitzuwirken bei den Verhandlungen mit den dänischen Reedern bzw. mit der dänischen Regierung über den Ankauf der Schiffe.

Dr Jul H West

324.

Notits af understatssekretær E. Woermann ang. samtaler med fremmede diplomater om den danske krise.

9. oktober 1942.

U.St.S.Pol.Nr.631

Berlin, den 9. Oktober 1942.

Der *Ungarische* Gesandte sprach mich heute auf unser Verhältnis zu Dänemark an. Er war durch die Nachrichten aus der ausländischen Presse genau unterrichtet und fragte, ob es zutrefte, dass dabei das Antworttelegramm des Dänischen Königs und die Angelegenheit des Empfangs der dänischen Freiwilligen in Kopenhagen eine Rolle gespielt habe. Er sprach seine Missbilligung über das Antworttelegramm des Königs aus.

Ich habe bestätigt, dass die beiden Fragen in der Angelegenheit eine Rolle gespielt haben und dass eine Verschärfung in den deutsch-dänischen Beziehungen entstanden sei, die in der Abreise der beiderseitigen Gesandten und in dem Wechsel in der Person des Militärbefehlshabers ihren Ausdruck gefunden habe.

Graf *Cossato* und Graf *della Porta* hatten mich in den letzten Tagen gleichfalls wiederholt in der Frage angesprochen. Ich hatte beide auf die Besprechungen zwischen Botschafter Alfieri und Staatssekretär Freiherr von Weizsäcker hingewiesen. Graf *Cossato* sagte mir heute, der Botschafter habe nichts rechtes mit nach Hause gebracht, das zu einem Bericht nach Rom verwendet werden könnte. Dazu sei schliesslich auch der Italienische Gesandte in Kopenhagen da. Trotzdem wäre es für die Botschaft natürlich von Wert, genaueres zu erfahren. Ich habe die Angelegenheit mit Graf *Cossato* nur obenhin behandelt, dabei aber gleichfalls erwähnt, dass eine Verschlechterung der Beziehungen eingetreten sei.

Ich habe meinen Gesprächspartnern gegenüber eine Prognose für die Weiterentwicklung abgelehnt.

Woermann.

St. S.
Dg. Pol.
Pol. VI

325.

Telegram fra OKW ang. rigskansler Hitlers ordre om, at tyske styrker ikke skal overtage kontrollen med illegale udrejser fra Danmark.

9. oktober 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Geheime Reichssache!

Telegramm

(G-Schreiber)

GWEHL, den 9. Oktober 1942 11,00 Uhr

Ankunft: — 9. — — 17.10 —

ohne Nummer Q E D

Geheime Kommandosache

SSD Nachr. Auswärtiges Amt,

z.Hd. Botschafter Ritter,

g[leich]l[au]t[en]d. Befehlsh.d.dt.Truppen in Dänemark—

OKM/S[ee]k[riegs]l[eitung]—Nachr. Ausw. Amt z.Hd. Botschafter Ritter.

Führer hat entschieden, dass eine Ablösung dänischer Überwachungskräfte durch deutsche Kräfte zum Zweck einer Verhinderung illegaler Ausreisen unterbleiben soll.

OKW/WFST/QU (III) Nr. 003656/42 gKdos

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S.Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef. Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei Pol. I M

Ges. v. Grundherr

Dies ist Exemplar Nr. St. S.

326.

Skrivelse fra Abwehrstelle Dänemark til den øverstkommanderende for de tyske tropper i Danmark ang. sabotage.

9. oktober 1942.

Geheim.

ABWEHRSTELLE DÄNEMARK

Kopenhagen, den 9.10.1942

Nr. 5150/42/III C 1 g.

Betr.: Unzulängliche Unterbringung von abgeurteilten Saboteuren in dänischen Gefängnissen.

An den

Befehlshaber der Deutschen Truppen in Dänemark

z. Hd.d.Chefs des Stabes

*Herrn Oberstleutnant i[m] G[eneralstab] Graf v. Brandenstein-Zeppelin
Kopenhagen.*

Am 7.10.42 ging von der Abwehrnebenstelle Aarhus hier folgendes Fernschreiben ein:

„Nach tel. Mitteilung der dänischen Sicherheitspolizei in Aalborg sind als Täter der o.g. Sabotage ermittelt worden, die als Mitglieder der „Churchill-Bande“ am 11.6.42 zu 5 Jahren bzw. 4½ Jahren verurteilten Knud Andersen-Hornbo, geb. 11.8.16 und Alf Houlberg, geb. 9.10.21 in Frederikshavn.

Sie haben unter Mithilfe des Vaters und des Bruders des Houlberg ca. 10 Mal auf 2—3 Stunden das Gefängnis verlassen und Sabotage verübt.

Vater und Bruder Houlberg sind verhaftet und im Stadtgefängnis Kopenhagen. Hornbo und Houlberg befinden sich jetzt im Gefängnis Nibe.“

Nach Ansicht der Abwehrstelle handelt es sich hier um eine geradezu skandalöse Durchführung von Strafverbüßungen. Es erscheint angebracht, mit den schärfsten Mitteln durch den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches — Beauftragter für Fragen der Inneren Verwaltung — bei dem dänischen Justizministerium eine sofortige grundlegende Änderung in der Durchführung der Strafverbüßungen von Saboteuren und sonstigen Personen, die sich gegen die deutsche Wehrmacht vergangen haben, zu fordern.

Im vorliegenden Falle wird vorgeschlagen, die beiden Hornbo und die beiden Houlberg sofort in deutsche Gerichtsverwahrung zu nehmen und sie nach Deutschland überführen zu lassen zur Verbüßung ihrer Strafe.

Der Leiter der Abwehrstelle hat am 8.10.42 mit dem Beauftragten für Fragen der Inneren Verwaltung über diese Angelegenheit gesprochen; sie war dort bereits seit etwa 8 Tagen bekannt. Der Beauftragte für Fragen der Inneren Verwaltung gab zu erkennen, dass von seiner Seite aus in dieser Angelegenheit bereits mit dem dänischen Justizministerium verhandelt wird. Die Forderungen, die von dieser Seite gestellt worden sind, sind mir nicht bekannt.

Die Abwehrstelle macht bei dieser Gelegenheit auf die Strafverbüßung des Oberstleutnant Ørum und Anhang aufmerksam. Unter Zugrundelegung der heutigen Verhältnisse ist auch hier eine Änderung in der Art der Durchführung der Strafverbüßung dringend notwendig.

Howoldt.

327.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. stemningen i Danmark.

10. oktober 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 10. Oktober 1942 18,25 Uhr
 Ankunft: — 10. — — 19,00 —

Nr. 1495 vom 10. 10.

Unter Bezugnahme auf Drahtbericht Nr. 1434*) vom 1.10.42.

Gerüchtemacherei um politische Lage Dänemarks, die sich zu Krisenbeginn in grossem Ausmass entwickelte und in deren Mittelpunkt Befürchtung einer Einrichtung Reichskommissariats und Protektorats stand, ist inzwischen leicht abgeebbt. Trotzdem wird Lage weiter stark diskutiert. Deutsche Kommentare zu Buhl-Rede sind als Zeichen dafür aufgefasst worden, dass Haltung deutschen Reichs gegenüber Dänemark sich jedenfalls nicht weiter verschärft hat; man steht auf Standpunkt, dass man abwarten müsse, was von deutscher Seite komme. Man befürchtet allerdings, dass längerer Interimszustand doch Boden für Entwicklung in Richtung zu Reichskommissariat oder Protektorat abgeben könnte, weiss aber nicht, was dänischerseits geschehen könnte, um dieser Entwicklung vorzubeugen. Trotz verbreiteter Mutmassung über Regierungsumbildung und Schaffung neuen Kabinetts Scavenius, Gunnar Larsen oder Knutzen scheint Regierung selbst sich mit diesem Gedanken jedenfalls zur Zeit nicht ernstlich zu beschäftigen, da sie davon ausgeht, dass derartige Umbildung, solange deutsche Antwort auf dänische Erklärung vom 30. September aussteht, schon aus formalen Gründen nicht möglich ist. Dagegen wird offenbar in verantwortlichen dänischen Kreisen Notwendigkeit neuer deutschem Interesse entgegenkommender Gesetzes- und Verwaltungsmassnahmen erörtert. Bezüglich Stellung des Königs wird allgemein angenommen, dass er bestrebt ist, sich um Tradition willen zu halten. Nervosität in Kreisen dänischen Militärs, die offenbar auf Vermutung eines von Clausen mit Hilfe Freikorps geplanten Putsches beruht und vorübergehend Vorsichtsmassnahmen in dänischen Kasernen zur Folge hatte, hat sich gelegt und ist ruhigerer Betrachtung der Lage gewichen. — Leben in Kopenhagen und übrigen Dänemark verläuft völlig ruhig, Strassenbild ist normal. Zu demonstrativen Aufläufen oder ähnlichem ist es nirgends gekommen.

Barandon.**Verteiler Nr. 4:**

- | | | |
|----------|---|---|
| Nr. 1 | } | an Pol VI (Arb.St.) |
| Nr. 1 a | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2 a | | |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4 a | | |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - Abt. Leiter: |
| | | 6) Pol, 7) Recht, |
| | | 8) Dtschld., 9) Ha. Pol, |
| | | 10) Kult, 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg.Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol. Arbeits- |
| | | abtlg. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |

Dies ist Nr. 3.

*) Pol VI.

328.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon med en henvendelse fra Frits Clausen.

11. oktober 1942.

*Nur als Verschlussache zu behandeln.***Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 11. Oktober 1942— 20.45 Uhr
 Ankunft: — 11. — 1942— 22.55 Uhr

Nr. 1497 v. 11. 10. CITISSIME!

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 1495*) vom 10. Oktober 42.

Parteiführer dänischer Nationalsozialisten Clausen hat mich heute aufgesucht, und mir Memorandum zur Lage überreicht. Clausen hat mich gebeten, in Anbetracht jetziger für seine Partei drückender Situation, dafür Sorge zu tragen, dass sein mir vorgetragener Standpunkt baldmöglichst massgebenden Stellen des Reichs bekannt wird. Nachstehend folgt wesentlicher Inhalt Memorandums:

„Wenn DNSAP auch nach aussen von entstandener Situation unberührt sei und sich in ersten Tagen entsprechend verhalten habe, so könne es auf die Dauer nicht vermieden werden, dass jetzige unklare Lage für Partei nachteilige Auswirkungen habe. Trotz strengen Parteibefehls gegen jegliche Befassung mit Gerüchten und Kombinationen hätte starke Beunruhigung nicht vermieden werden können.

Jetzige Regierung würde nichts tun, um von sich aus Änderung bisheriger politischer Verhältnisse herbeizuführen. Man warte deutsche Antwort auf in Berlin durch dänischen Geschäftsträger überreichte Erklärung ab. Gewisse Änderungen durch Einführung neuer oder verschärfter Gesetze seien zwar diskutiert, aber wieder ad acta gelegt worden, weil man, wie man sage, nicht wisse, ob solche Änderungen deutscher Seite genehm sein würden. Dem König gebe man Schuld für jetziges Dilemma, weil er mit Königin bekanntes Antworttelegramm an den Führer verfasst habe, ohne Regierung zu beteiligen. König hätte wissen müssen, dass solches Telegramm ein Staatsakt sei, es sei dafür Sorge getragen, dass so etwas in Zukunft nicht mehr geschähe. Bei dieser Diskussion übersähe System Regierung geflissentlich durch bisherige Politik geschaffene zahlreiche Reibungsflächen mit Deutschland.

Clausen ging in folgenden, besonders auf Gerüchte, vermutlich deutscher Quelle ein, die in ganz Dänemark kursieren. Bei deutschem Erntedankfest in Kopenhagen sei in offizieller Rede seinen Informationen nach, geäußert worden, dass in Dänemark bald ein anderer Wind wehen würde und dass sich 100 Millionen Volk auf die Dauer nicht bieten lassen könne, von 4 Millionen-Volk herausgefordert zu werden. Diese und Äusserungen deutscher Militärfpersonen hätten Eindruck entstehen lassen, dass Deutschland an Entsendung Reichskommissars oder Reichsprotektors für Dänemark dächte. Lange Schweigepause werde mit angeblicher Vorbereitung dieser Aktion in Zusammenhang gebracht. Deutsche Kreise in Norwegen hätten sich angeblich über geplante einheitliche Administrationsgebiete Dänemark-Norwegen durch Reichskommissar Terboven geäußert. Aus Äusserungen schwedischer Presse sei ähnliches entnommen worden.

Solche Perspektiven, äusserte Clausen, wirkten besonders beunruhigend auf Partei. Sie würden als bedrohliche Anzeichen aufgefasst, dass bisherige dänischnationalsozialistische Linie im Zuge weiterer Entwicklung völlig Schiffbruch erleiden könne. Als Parteiführer dänischer Nationalsozialisten stehe er, Clausen, selbstverständlich voll und ganz auf Boden engster Zusammenarbeit mit Deutschland. Dies täte er bereits seit 1930, also 3 Jahre vor

*) bei Pol VI

nationalsozialistischer Machtübernahme in Deutschland. Er verträte also eine ehrlich gewachsene und durch die Jahre stärksten innerpolitischen Widerstandes gefestigte Idee und keine Konjunkturidee. Im Herbst 1940 habe er zum ersten Male Einladung in Deutsche Gesandtschaft erhalten. Er betone dieses, um unabhängig klare Einstellung seiner Partei zu Deutschland zu unterstreichen. Es sei von jeher seine Überzeugung gewesen, dass Zukunft Dänemarks sich nur auf Grundlage der mit Deutschland gemeinsamen nationalsozialistischen Ideologie gestalten könne. In der Zwischenzeit habe er Entwicklung Verhältnisse, besonders in Norwegen und Niederlanden aufmerksam verfolgt, wobei für ihn nicht übersehen werden könnte, dass oft schwierige Situation dieser Gebiete seiner Partei Weg ins dänische Volk verbauten. Auch jetzige Massnahmen in Norwegen wirkten nicht sehr ermunternd. Er verstehe aber, dass Deutschland auf keinen Fall dulden könne, dass seine militärische Nordflanke gegen England durch Sabotagen und andere englische Einflüsse unterwühlt würde. Genau so sähe er auch Problem seines Landes. Frucht bisheriger Haltung Regierung sei allgemeine deutschfeindliche Stimmung Bevölkerung, für die keine Einzelbeweise erforderlich. Er, Clausen, habe diese seit 1940 immer wieder deutschen Kreisen vorausgesagt, weil aus Zusammenarbeit mit aus 4 demokratischen Parteien gebildeter Regierung nichts anderes herauskommen konnte. Wenn erwähnte Sammlungsparteien ihren demokratischen Charakter bewahren wollten, hätten sie stimmungsmässige Widerstandsfront Bevölkerung gegen deutsche Bestrebungen enger Zusammenarbeit schaffen müssen, um unter Berufung auf Einstellung ihrer Wähler für sie gefährliche deutsche Wünsche abwehren zu können. Die Taktik habe man in der Hoffnung angewandt, abwehrende Bevölkerungstimmung gegen Deutschland stets unter Kontrolle halten zu können, es habe sich aber mit der Zeit Widerstandsfront mit kommunistischen und anglophilen Schwerpunkten herausgebildet, die gefährliches Aussehen gewonnen habe. Dennoch glaube er, Clausen, dass nicht alles hoffnungslos verfahren sei. Sowohl in Arbeiterschaft wie unter Bauern gebe es weitverbreitete deutsche Sympathien. Demokratische Sammlungsfront halte diese jedoch weitgehend in Schach. Er habe aber feste Überzeugung, dass dänisches Volk überwiegend zu Bejahung neuer Zeit unter Deutschlands Führung gebracht werden könne, ohne dass annähernd solche Widerstände wie in Norwegen oder Holland entstünden. Allerdings müsse dänischen Menschen Möglichkeit gegeben werden, seine Form selbst zu gestalten. Es sei daher immer sein Bestreben gewesen, durch seinen Einsatz für nationalsozialistische Idee eines Tages Beweis zu liefern, dass Dänemark aus sich heraus Weg zur neuen Zeit gefunden habe. Obwohl Besatzung vieles erschwert habe, besonders weil unbeirrte Proklamierung engster Zusammenarbeit mit deutscher besitzender Macht¹⁾ durch Partei von weiten Kreisen Bevölkerung missverstanden wurde, bewaise grosse Zahl dänischer nationalsozialistischer Freiwilliger an Ostfront, wie tief der Geist wurzele. Wenn es Partei möglich sei, zu jeder Zeit in Kopenhagen Massenversammlung mit über 10.000 Teilnehmern zu veranstalten, sei dieses nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass man Auffassung habe, sich für etwas Eigenes einzusetzen. Wenn sich somit Gerüchte Protektorates als zutreffend erweisen würden, käme es zur Sprengung, sowohl DNSAP als auch Bauernorganisation LS, weil sie diese einfach nicht ertragen könnten. Mit solcher Lösung wäre auch nach seiner Ansicht englischen Wünschen völlig in die Hand gearbeitet, die fortdauernd zur Sabotage aufriefen, um deutsche Exekutive herauszufordern.

Bezüglich Bestrebungen einzelner dänischer Kreise, Geschäftsministerium zu bilden, äusserte Clausen, dass Interessenten mit geringen Ausnahmen Personen seien, die bisher Mantel auf beiden Schultern getragen hätten. Wenn sie sich auf freundlichere Stimmung Bevölkerung gegen sie beriefen, so sei dies auf Umstand zurückzuführen, dass sie nie klar Farbe bekannt hätten. Vor 8 Tagen habe er selbst mit Gedanken Übergangslösung gespielt. Heute habe er Auffassung, dass es falsch sei, „Leute mit politischem Vertrauen zu belohnen, die einen halben Standpunkt als Empfehlung benützen. Betreffende Personen (offenbar meint Clausen Leute wie Graf Holstein, Prof. Vinding Kruse, Helmer Rosting usw.) seien auch nur Namen, aber keine Begriffe für das Volk. Während Partei unter Boykott und Verfolgung im eigenen Lande Bluteinsatz an Ostfront geleistet habe, hätten die erwähnten Leute von politischen Schöngesteirien gelebt. Mit ihnen könne man keine Zeit gestalten. Er trete daher dafür ein, dass man, wenn man deutscherseits an Fortführung Zusammenarbeit unter Wahrung dänischer Souveränität denke, dänischen Nationalsozialisten die

Chance gebe, ihr Volk auf die richtige Bahn zu führen. Er wisse genau, dass Zeitpunkt für Übernahme Verantwortung nicht günstig sei. Harter Winter stünde vor der Tür. Bei Mangel wichtiger Rohstoffe, besonders Kohle, seien Arbeitslosigkeit, leere Fabrikräume und kalte Wohnungen zu erwarten. Alles dieses fordere grosse Opfer und Vernunft seitens Bevölkerung. Vernunft aber könne man nur erwarten, wenn man Bevölkerung bewusst feste Geisteshaltung anerziehe. Diese könne nicht anders als nationalsozialistische sein. Er glaube aber ebenso fest an glückliche Durchsetzung nationalsozialistischen Geistes in Dänemark, wie er auf militärischen Sieg Deutschlands und damit Europas baue.“

Schluss des Memorandums.

Obwohl Regierung zur Zeit nicht an Rücktritt zu denken scheint, wird ungeachtet der Bestrebungen Clausens doch um Weisung gebeten, ob und in welcher Richtung von hier aus Einfluss genommen werden soll.

Barandon.

St.S. Keppler
U.St.S. Pol.
U.St.S.R.
Botsch. Ritter
U.St.S. Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha. Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.
Chef Prot.
Dg. Pol.
Arb. Expl. bei Pol VI.
Ges. v. Grundherr.

¹⁾ Formentlig skrivefejl for „besetzender Macht“.

329.

**Telegram fra statssekretær E. v. Weizsäcker til rigsudenrigsminister
v. Ribbentrop ang. Frits Clausens henvendelse 11. oktober.**

Oktober 1942.

Reinkonzept.

Berlin, den Oktober 1942.

zu Pol VI 7218 g

St.S.
U.St.S.Pol.
Dg.Pol.

Fernschreiben über Büro RAM

Zum Drahtbericht Nr. 1497 vom 11.10. aus Kopenhagen, betreffend das Memorandum des Parteiführers der dänischen Nationalsozialisten Clausen ist folgendes zu bemerken:

Bis vor kurzem hat Clausen, wie er selbst in dem Memorandum bemerkt, auf dem Standpunkt gestanden, dass eine Machtübernahme durch die dänischen Nationalsozialisten

zur Zeit noch nicht in Frage kommen könne. Jetzt hat er Position gewechselt. Clausen scheint zu befürchten, dass die Entsendung eines Reichskommissars oder Reichsprotektors bevorsteht. Für einen solchen Fall sieht er eine Sprengung der DNSAP und auch der Bauernorganisation LS voraus.

Clausen sagt in seinem Memorandum, dass er im jetzigen Augenblick die Wahrung der dänischen Souveränität als Voraussetzung für die Machtübernahme durch die dänischen Nationalsozialisten ansehe. Ich bin jedoch der Ansicht, dass die Frage der Machtübernahme durch Clausen sich zur Zeit gar nicht stellt. Ich würde die Machtübernahme für verfrüht und für einen Fehler halten.

Die von dem Geschäftsträger, Gesandten Barandon, erbetene Weisung, ob und in welcher Richtung von hier aus auf die Frage eines eventuellen Rücktritts der Dänischen Regierung Einfluss genommen werden soll, wird erst nach der Ernennung des neuen Bevollmächtigten im Sinn der diesem dann zu erteilenden Richtlinien erfolgen können.

Hiermit
dem Herrn Reichsaussenminister.

gez. **Weizsäcker.**

330.

Telegram fra Rintelen med rigsudenrigsminister v. Ribbentrops anerkendelse af Renthe-Finks arbejde i Danmark.

11. oktober 1942.

Telegramm
(G-Schreiber)

Sonderzug, den 11. Oktober 1942 — 23.50 Uhr
Ankunft: — 12. — — — 1.25 —

Nr. 1281 vom 11.10.

- 1.) Telegrammkontrolle
- 2.) Ministerbüro Berlin

Für Herrn Staatssekretär Freiherrn v. Weizsäcker.

Der Reichsaussenminister bittet Sie, dem Gesandten von Renthe-Fink mitzuteilen, dass der Herr Reichsaussenminister ihn empfangen wolle, sobald er wieder einmal in Berlin sei. Er bittet Sie aber, Herrn v. Renthe-Fink schon jetzt zu sagen, dass er mit seiner Arbeit als Bevollmächtigter des Reichs in Dänemark sehr zufrieden gewesen sei.

Rintelen.

Hergestellt in 4 Stücken
Davon sind gegangen:

Nr. 1 an B.R.A.M.
- 2 - R.A.M.
- 3 - St.S.
- 4 - Sammlg. Telko
Dies ist Nr. 3.

331.

Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. samtale med den danske chargé d'affaires [Steensen-Leth] om brev fra ingeniør Jul. West.

12. oktober 1942.

Berlin, den 12. Oktober 1942.

St. S. Nr. 607.

Der *Dänische* Geschäftsträger zeigte mir heute einen Brief, den Herr West an ihn gerichtet hat mit der Bitte um Weiterleitung nach Kopenhagen. Herr West bezog sich dabei auf meine Zustimmung zu seinen Plänen. Ich habe dem Geschäftsträger gesagt, ich hielte Herrn West für einen wohlmeinenden, älteren Herrn, könne aber seinen Zuschriften einen sachlichen Wert nicht beimessen.

Hiermit
über Herrn U.St.S.Pol.
Herrn Dg.Pol.
an Herrn von Grundherr

gez. **Weizsäcker.**

332.

Telegram fra den tyske ambassade i Ankara ang. telegramudveksling mellem kong Christian X og præsident İnönü.

12. oktober 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Ganz besonders dringend!

Telegramm
(Geh.Ch.V.)

Ankara, den 12. Oktober 1942
Ankunft: den 12. Oktober 1942 13,35 Uhr

Nr. 138 vom 12.10.

Nachstehend Wortlaut Telegrammwechsels zwischen Staatspräsident und König von Dänemark anlässlich dessen Geburtstag:

„M'est très agréable de présenter à Votre Majesté à l'occasion de son anniversaire mes vives félicitations ainsi que les vœux sincères que je forme pour son bonheur personnel et la prospérité de son peuple.

Ismet Inönu.

Je tiens à exprimer à Votre Excellence mes remerciements sincères pour les félicitations qu'elles a bien voulu m'adresser à l'occasion de mon anniversaire.
Christian."

Da Wortlaut auf vertraulichem Wege verschafft und hier nicht veröffentlicht, bitte entsprechend Vorsicht bei Verwertung.

Kroll.

St.S.Keppler
U.St.S.Pol.
U.St.S.R.
Botsch. Ritter
U.St.S.Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha.Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.
Chef Prot.
Dg. Pol.
Arb.Expl. bei Pol VI
G. v. Grundherr

333.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. Frikorps Danmarks afrejse fra København.

13. oktober 1942.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 13. Oktober 1942 20.45 Uhr
Ankunft den 13. Oktober 1942 21.45 Uhr

Nr. 1500 vom 13.10.

Heute Vormittag stattfand deutsche militärische Abschiedsfeier für Freikorps Dänemark, das nach vierwöchentlichem Urlaubsaufenthalt an die Front zurückkehrt. Träger der Veranstaltung, die rein militärischen Charakter trug, waren SS-Brigadeführer Kanstein im besonderen Auftrage des Reichsführers SS und der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark, General von Hanneken. Ich habe mit mehreren Mitgliedern der Gesandtschaft an Feier teilgenommen. Als Ehrengäste waren anwesend Parteiführer Dr. Clausen mit Teil seiner Stabsleiter, ferner Befehlshaber des dänischen Heeres, Generalleutnant Goertz und Direktor Svenningsen, Aussenministerium, deutscherseits ausserdem Landesgruppenleiter NSDAP mit den politischen Leitern und Vertretern Deutscher Kolonie. Marinebefehlshaber war durch Chef des Stabes vertreten, ferner waren die höheren Stabsoffiziere der drei Wehrmachtsteile zugegen. Das Freikorps war auf dem Kasernenhof

der neuen Artillerie-Kaserne angetreten und wurde von SS-Brigadeführer Kanstein dem Befehlshaber der deutschen Truppen gemeldet. Nachdem Befehlshaber mit SS-Brigadeführer Kanstein und Generalleutnant Goertz die Front abgeschieden hatte, hielt SS-Brigadeführer Kanstein¹⁾ an das Freikorps, in der er im Auftrage des Reichsführer-SS das Freikorps verabschiedete und ihm die besten Wünsche für den neuen Einsatz aussprach. Darauf richtete der Befehlshaber der deutschen Truppen an die Männer des Freikorps, die er einleitend als Soldaten Adolf Hitlers begrüßte, einige kurze Abschiedsworte, wobei er die Anwesenheit von Freunden des Freikorps, der Reichsvertretung und des Befehlshabers des dänischen Heeres hervorhob. Mit dem Sieg Heil auf den Obersten Befehlshaber der deutschen Wehrmacht und Liedern der deutschen Nation sowie der dänischen Nationalhymne fand die Feier ihren Abschluss. Anschliessend fand ausserhalb der Kaserne ein Vorbeimarsch statt. Auf dem Marsch zum Bahnhof, der durch einige Hauptstrassen und über den Rathausplatz führte, wurde das Freikorps von einer dichten Menschenmenge begleitet. Es ist nirgends zu dem geringsten Zwischenfall gekommen. Bei der Abfahrt auf dem Bahnhof waren ausser Vertretern des Befehlshabers und des Bevollmächtigten Parteiführer Clausen mit einem Teil seiner Stabsleiter sowie die Angehörigen der Freikorpskämpfer zugegen. Es war für die dänische Haltung in der gegenwärtigen Situation bezeichnend, dass zur Verabschiedung des Freikorps der Befehlshaber des dänischen Heeres von sich aus ohne besondere Aufforderung erschienen war, während bis dahin amtliche dänische Stellen, insbesondere auch das dänische Heer, vom Freikorps niemals offizielle Notiz genommen hatten. Die Tatsache, dass Generalleutnant Goertz die Front mit abschied und später im Gespräch anerkennende Worte an den Freikorpsführer berichtete, ist als der Versuch einer Wiedergutmachung der bisherigen ablehnenden Haltung zu werten und wird sowohl im Freikorps wie in der dänischen Öffentlichkeit entsprechend beurteilt. Eine missverständliche Auffassung Clausens und der Parteileitung, die sich durch die Rolle des Generalleutnants Goertz zurückgesetzt fühlten, konnte dadurch behoben werden, dass Herrn Clausen die Beweggründe des Generals von Hanneken mitgeteilt wurden.

Barandon.

Verteiler Nr. 7:

- | | | |
|-----------------|---|----------------------------|
| Nr. 1 | } | |
| Nr. 1 a | } | an D. II (Arb.St.) |
| Nr. 2 | } | |
| Nr. 2 a | } | - RAM |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | |
| Nr. 4 a | } | - BRAM |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - <i>Abt. Leiter:</i> |
| | | 6 u. 6 a) Pol, 7) Recht, |
| | | 8) Dtschld., |
| | | 9) Ha Pol, 10) Kult., |
| | | 11) Presse, 12) Prot., |
| | | 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15—21 | | - <i>stv. Abt. Leiter:</i> |
| | | 15) Pol., 16) Recht, |
| | | 17) Ha Pol, 18) Kult., |
| | | 19) Presse, 20) Ru., |
| | | 21) Inf. |
| Nr. 22 | | - pers.Stab (Hewel) |
| Nr. 23 | | - Länd. Ref. Abt. Pol. |
| Nr. 24 | | - Sammlg. Telko. |
| Dies ist Nr. 3. | | |

¹⁾ Her er formentlig nogle ord faldet ud, muligvis „eine Ansprache“.

334.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. samtale med den danske
chargé d'affaires [Steensen-Leth] om korps Danmark.**

12. oktober 1942.

St.S.No.608.

Berlin, den 12. Oktober 1942.

Der *Dänische* Geschäftsträger sagte mir heute, seitens des Freikorps Dänemark seien bei irgendeinem Zusammensein Radioreden gehalten worden. Bei einer solchen Rede habe sich, wenn man dem Sprecher folge, das Freikorps für einen Umsturz zur Verfügung gestellt, der in Dänemark geplant sein könnte. Material in dieser Sache will der Geschäftsträger noch beibringen und Herrn von Grundherr übergeben.

gez. **Weizsäcker.**

Herrn U.St.S.Pol
Herrn Dg.Pol
Herrn v.Grundherr
Herrn U.St.S.Luther
Pol I M.

335.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. stemningen i Danmark.

15. oktober 1942.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 15. Oktober 1942 13.25 Uhr
Ankunft den 15. Oktober 1942 13.50 Uhr

Nr. 1513 vom 15.10.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 1497*) vom 10.10.

Nervosität innerhalb dänischer amtlicher Kreise steigert sich infolge dauernder Ungewissenheit. Man hat wiederholt versucht durch Mittelsmänner zu sondieren, was deutscherseits erwartet werde. In Vordergrund steht die Frage, ob und in welcher Weise eine Regierungsumbildung gewünscht wird. Es besteht hier der Eindruck, dass die dänische Regierung nur auf die Mitteilung der deutschen Wünsche wartet, um einen Kabinettswechsel eintreten zu lassen. Dabei wird nicht an eine Führung oder Beteiligung Clausens gedacht, sondern an ein Kabinett unter weitgehender Beteiligung parteipolitisch

*) bei Pol VI (V S)

unabhängiger Persönlichkeiten, die unser Vertrauen besitzen. Ich halte in Übereinstimmung mit dem Befehlshaber den Augenblick einer Machtübernahme durch Fritz Clausen und seine Leute noch nicht für gekommen, glaube aber, dass eine von uns als Übergang zu betrachtende Regierung erreichbar wäre, die willig und in der Lage wäre deutsche Wünsche, insbesondere auf dem Gebiete der Presse, der Bekämpfung aller Widerstandsbestrebungen und schliesslich auch in der Judenfrage durchzusetzen.

Barandon.

St.S. Keppler
 U.St.S. Pol.
 U.St.S.R.
 Botsch. Ritter
 U.St.S. Luther
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha.Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol.
 Arb.Expl. bei Pol VI
 Ges. v. Grundherr

336.

Brev fra statssekretær E. v. Weizsäcker til ingeniør Jul. West.

19. oktober 1942.

Berlin, den 19. Oktober 1942.

Ref.: Ges. v. Grundherr

*An Herrn Dr. Jul. H. West
 Treuen/Sa.
 Hotel Grenzquell*

Sehr geehrter Herr Dr. West!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 8. Oktober 1942. Bei aller Würdigung der Motive, die Ihnen darin behandelten Anregungen zugrunde liegen, muss ich Ihnen leider mitteilen, dass eine Weiterverfolgung Ihrer Vorschläge nicht möglich ist.

Mit den besten Grüßen

Heil Hitler!

Untersch.d.H.St.S.

W[eiz]s[äcker] 15.

337.**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. udsættelse af de dansk-tyske regeringsudvalgs forhandlinger.****21. oktober 1942.****Telegramm**

(G-Schreiber)

Feldmark, den 21. Oktober 1942 23.30 Uhr
 Ankomst: — 22. — — 00.30 —

Nr. 1360 vom 21.10.42

- 1) Telko,
- 2) An Ministerbüro, Berlin, für MD. Wiehl.

G-Schreiber

Zu Vorlage Ha Pol VI 3670 betreffend die deutsch-dänischen Regierungsausschuss-verhandlungen in Kopenhagen hat der Herr RAM angeordnet, dass der Beginn der Verhandlungen in Kopenhagen noch etwas hinausgeschoben werden soll. Der Herr RAM bittet, einen neuen Termin in Vorschlag zu bringen, dessen Genehmigung er sich noch vorbehalten hat.

Rintelen.*Hergestellt in 4 Stücken.**Davon sind gegangen:*

- Nr. 1 an Min.Dir.Wiehl (Arb.St.)
 - 2 - RAM
 - 3 - St.S.
 - 4 - BRAM

Dies ist Nr. 3

338.**Notits af ministerialdirektør Wiehl ang. udsættelsen af de dansk-tyske regeringsudvalgs forhandlinger.****21. oktober 1942.***Dir. Ha Pol 344.**Berlin, den 21. Okt. 1942***Vermerk**

Ges[andter] von Rintelen teilt telefonisch mit, dass der Herr Reichsaussenminister eine Vertagung der in Aussicht genommenen deutsch-dänischen Wirtschaftsverhandlungen für notwendig halte und wünsche, dass vor Anberaumung eines neuen Termins seine Entscheidung nochmals eingeholt werde.

Ich machte darauf aufmerksam, dass die Verhandlungen ohne wirtschaftlichen Schaden etwa 14 Tage vertagt werden könnten, worauf Ges. v. Rintelen antwortete, dass dann nach etwa 10 Tagen die neue Entscheidung eingeholt werden müsse.

gez. **Wiehl.**

Durchdr. an:
 Büro RAM
 St.S.
 U.St.S.Pol
 Dir Ha Pol
 Ges.Schnurre
 LR van Scherpenberg

339.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. telegrammer i anledning af kong Christian Xs rideuheld.

24. oktober 1942.

Telegramm

(Offen)

Kopenhagen, den 24. Oktober 1942 — 16.50 Uhr

Ankunft: — 24. — 1942 — 17.45 Uhr

Nr. 1563 v. 24. 10.

Anlässlich Reitunfall Königs sind folgende bemerkenswerte Telegramme eingegangen:

1.) Sa Majesté le Roi, Copenhagen Hof.

„Venant d'apprendre avec une profond affliction que votre Majesté a été blessée dans un accident, je fais des vœux sincères pour Sa prompte guérison. Hirohito“

Protokoll Aussenministeriums hat 23. 10. folgendes geantwortet:

„Sa Majesté l'Empereur du Japon, Tokio. Très ému du temoignage de sympathie que Votre Majesté Impériale a bien voulu me donner à l'occasion de l'accident qui m'est arrivé, je m'empresse de lui exprimer mes remerciements les plus sincères. Christian R.“

2.) 22. 10. „His Majesty the King Copenhagen Hof.

Learning with anxiety that your Majesty was hurt in accident Princess and [I] hasten to express hearty wishes for Your quick recovery. M. Prince Takamatsu.“

Gleichfalls Protokoll Aussenministeriums hat 23. 10. folgende Antwort erteilt:

„His Imperial Highness Prince Takamatsu, Tokio.

Sincere thanks for your and Princess Takamatsu's kind sympathy and good wishes. Christian R.“

3.) Wie dänischer Gesandter Stockholm in heute Nacht bei dänischem Aussenministerium eingetroffenen Schriftbericht vom 22. mitteilt, hat er am gleichen Tage von britischem Gesandten Schreiben erhalten, worin dieser um Weiterleitung folgenden Telegramms an König bittet:

„I am so sorry to hear of Your accident and send my best wishes for a speedy recovery.

George R. I.“

Barandon.

Verteiler Nr. 4:

- | | |
|-----------------|---|
| Nr. 1 } | an Pol VI (Arb.St.) |
| Nr. 1a) | |
| Nr. 2 } | - RAM |
| Nr. 2a) | |
| Nr. 3 } | - St.S. |
| Nr. 4 } | |
| Nr. 4a) | - BRAM |
| Nr. 5 } | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 } | - Abt. Leiter: |
| | 6) Pol, 7) Recht, |
| | 8) Dtschld., 9) Ha Pol, |
| | 10) Kult, 11) Presse, |
| | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 } | - Dg. Pol. |
| Nr. 16 } | - Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arbeitsabtlg. ist) |
| Nr. 17 } | - Sammlg. Telko |
| Dies ist Nr. 3. | |

340.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. instruks om holdning i tilfælde af kong Christian Xs død.

24. oktober 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 24. Oktober 1942 19.00 Uhr
Ankunft: — 24. — — 19.40 —

Nr. 1561 vom 24.10.

Wie ich nachträglich erfahren hat Befehlshaber auf eine Anfrage beim Oberkommando die Antwort erhalten, dass er für den Fall überraschenden Ablebens des dänischen Königs nicht selbständig einzugreifen habe, sondern dass für diesen Fall Weisung des Ausenministers an den Geschäftsträger ergehe. Etwaige Halbmastbeflaggung deutscher Wehrmacht komme jedoch keinesfalls in Frage.

Da trotz zur Zeit fortschreitender Besserung im Befinden des Königs bei dessen hohen Alter jederzeit mit überraschender Wendung gerechnet werden muss, bitte ich um Verhaltensmassregeln für diesen Fall, insbesondere auch wegen Regierungsnachfolge des jetzigen Kronprinzen Frederic.

Barandon.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S.Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg Pol

Arb.Expl.bei Prot

G. v. Grundherr

341.

**Telegram fra statssekretær E. v. Weizsäcker til rigsudenrigsminister
v. Ribbentrop ang. samtaler med fremmede diplomater om den danske krise.**

25. oktober 1942.

St.S.No. 632

Berlin, den 25. Oktober 1942.

Fernschreiben dem Herrn Reichsaussenminister

Die Verschärfung der deutsch-dänischen Beziehungen ist dem hiesigen Diplomatischen Korps geläufig. Man spricht viel darüber, was nun weiter kommen werde. Amtlich bin ich darauf nie angeredet worden, auch nicht vom Italienischen Botschafter. Privatim dagegen haben mich hiesige Missionschefs häufig danach befragt, so gestern der Schwedische Gesandte, als ich ihm im Tiergarten begegnete und der Chilenische Botschafter in einem Privathause.

Der *Schwede*, der gerade aus Stockholm kam, zeigt sich über einen Briefwechsel unterrichtet, der zwischen dem dänischen und dem schwedischen König stattgefunden hat. König Gustaf hat Herrn Richert aus diesem Briefwechsel vorgelesen, aus dem das Bedauern König Christian's über den bewussten Vorgang, aber auch seine Bestürzung darüber hervorgehe, die Kritik des Führers ungewollt heraufbeschworen zu haben. König Gustaf hoffe natürlich sehr auf eine Applanierung. Ich habe mich auf Einzelheiten nicht eingelassen, Herrn Richert jedoch gesagt, der Gesandte von Renthe-Fink habe schon im vorigen Jahre Herrn von Scavenius darauf aufmerksam gemacht, dass die Art und Weise der Behandlung von Glückwunschtelegrammen des Führers an den König von Dänemark eines schönen Tages unangenehme Folgen haben könnte.

Der *Chilenische* Botschafter hat soeben eine Woche in Kopenhagen zugebracht, wo seine Frau sich zur Erholung nach einer Operation aufhielt. Herr Barros war durch seinen Kopenhagener Chilenischen Kollegen auf dem Laufenden. Dieser Chilenische Gesandte heisst Wessel, ist eigentlich dänischen Ursprungs und hat seit etwa 20 Jahren seinen dortigen Posten inne. Herr Wessel hat Herrn Barros so informiert:

Lässt Deutschland in Dänemark die souveräne Fassade bestehen, d.h. den König in seiner Scheinfunktion, so ist mit geringen Machtmitteln alles zu haben, anderenfalls muss es die Geschäfte selbst und mit wesentlich stärkeren Kräften in die Hand nehmen.

Allgemein wurde im Berliner Diplomatischen Korps die bisherige Ordnung des deutschdänischen Verhältnisses als ein Muster für die künftige Ordnung in Europa betrachtet. Daher das Interesse für das, was kommt.

gez. **Weizsäcker.**

Durchdruck an:

U. St. S. Pol.

Dg. Pol.

U. St. S. Gaus

Ges. v. Renthe-Fink

Ges. v. Grundherr

342.

**Notits af gesandterne v. Grundherr, Gaus og Renthe-Fink ang.
det danske spørgsmål.**

25. oktober 1942.

Geheime Reichssache!

SOFORT!

MIT VORRANG!

Nr. ...

Berlin, den 25. Oktober 1942.

Telegramm mit G-Schreiber

*Herrn
Gesandten
von Rintelen
Feldmark.*

Nachstehend folgt die vom Herrn RAM angeordnete Notiz über die dänische Frage, die Gesandter von Renthe Fink zusammen mit mir und Gesandten von Grundherr aufgesetzt hat:

(insetur die Anlage).

Gaus.

Geheime Reichssache!

Notiz für den Herrn RAM zu der dänischen Frage

1.) Wenn beabsichtigt wird, das Régime in Dänemark formell und nach aussen sichtbar zu ändern, so würde ein durch den Tod des jetzigen Königs eintretender Thronwechsel hierfür an sich ein geeigneter Zeitpunkt sein. Wir könnten eine solche Änderung damit begründen, dass die massgebenden Faktoren in Dänemark, wie die Erfahrungen seit April 1940 gezeigt haben, die Zeichen der Zeit nicht verstanden, sondern es, im Widerspruch mit den wohlverstandenen Interessen des dänischen Volkes selbst, versäumt haben, eine effektive Mitarbeit am neuen Europa zu leisten. Ein Thronwechsel und seine nicht zu übersehenden Auswirkungen würden für uns einen Zustand der Unsicherheit in Dänemark schaffen, den wir in diesem Stadium unseres Existenzkampfes nicht einfach hinnehmen könnten, gegen den wir uns vielmehr sichern müssten.

2.) Eine radikale Lösung würde darin bestehen, dass wir den Regierungsantritt des neuen Königs überhaupt nicht effektiv werden lassen. Dies könnte auf dem Wege erreicht werden, dass wir beim Ableben des Königs als Besatzungsmacht von uns aus dekretieren, die dänische Verfassung werde, ohne dass ihr Bestand an sich angetastet würde, bis zum Ende des Krieges insoweit suspendiert, als es sich um die Thronfolge und die Gesetzgebung handelt. Die Regierungsgeschäfte, einschliesslich des Gesetzgebungs- und Verordnungsrechts, wären dem Staatsrat (ohne König) zu übertragen. Gesetze und Verordnungen wären aber von der Zustimmung des Bevollmächtigten des Reichs abhängig zu machen. Im übrigen blieben die Funktionen der Landesbehörden unberührt.

Man könnte daran denken, das gleiche Ergebnis in der Weise herbeizuführen, dass wir es nicht von uns aus dekretieren, sondern dass wir an die dänische Regierung die ultimative Forderung stellen, die entsprechende Änderung ihrerseits zu beschliessen. Dieser letztere Weg würde aber voraussichtlich deshalb nicht zum Ziele führen, weil die Dänen keinen legalen Weg finden werden, ihre Verfassung dementsprechend zu ändern.

3.) Bei der vorstehenden radikalen Lösung würde in zeitlicher Beziehung folgendes zu berücksichtigen sein: Die dänische Verfassung sieht vor, dass der König die Regierung erst dann antritt, wenn er im Staatsrat die schriftliche Versicherung abgegeben hat, die

Verfassung unverbrüchlich halten zu wollen. Der Regierungsantritt erfolgt jedoch automatisch, wenn der König diese Versicherung bereits als Thronfolger abgegeben hat. Ob der jetzige Kronprinz dies getan hat, was z.B. während der Reise des Königs nach Island im Jahre 1936 geschehen sein könnte, lässt sich im Augenblick nicht feststellen. Sollte es der Fall sein, so würde sich verfassungsrechtlich sein Regierungsantritt mit dem Ableben seines Vaters automatisch vollziehen. Es wäre dann also nötig, dass wir unsere Massnahme gegen den neuen König sofort nach dem Ableben des jetzigen Königs durchführen, und zwar möglichst noch bevor der neue König mit einem Regierungsakt, etwa einer Proklamation, hervortritt.

4.) Es ist damit zu rechnen, dass dänischerseits in einer so einschneidenden deutschen Massnahme, wie der Suspendierung der Thronfolge und wesentlicher Teile der Verfassung, auch wenn wir der Suspendierung die Form eines blossen Zwischenzustandes geben, der erste Schritt zur Beseitigung der dänischen Selbständigkeit gesehen werden und dass sie daher in der dänischen Bevölkerung die stärkste Reaktion hervorrufen würde. Das gilt umsomehr, als das dänische Volk, das früher der Dynastie keine besondere Anhänglichkeit entgegenbrachte, in ihr jetzt das Symbol der Eigenstaatlichkeit Dänemarks sieht. Wenn auch Gewalttätigkeiten dem dänischen Volkscharakter fernliegen und der Däne geneigt ist, sich machtpolitischen Tatsachen zu beugen und Kompromisse zu schliessen, so würde doch zum mindesten eine verstärkte passive Resistenz der Bevölkerung die Folge sein. Aber auch die Möglichkeit eines aktiven Widerstands, z.B. in der Form von Unruhen und Zwischenfällen, ist in einem solchen Falle keineswegs ausgeschlossen. Dabei wird bei der unheroischen Art der Dänen neben der Sorge um den Verlust der staatlichen Selbständigkeit ein Hauptfaktor die Befürchtung bilden, dass Dänemark nun in den Krieg hineingezogen werde, seinerseits Soldaten für ihn stellen müsse und starke englische Luftbombardements zu erwarten habe. Auch auf die Zuverlässigkeit der dänischen Polizei und der anderen Behörden, die bisher im grossen und ganzen zu unserer Zufriedenheit mit uns zusammengearbeitet haben, kann dann nicht mehr gerechnet werden. Ebensovienig würden wir unter solchen Umständen der Haltung des dänischen Militärs sicher sein, sodass es wohl notwendig wäre, seine völlige Entwaffnung durchzuführen. Es wird daher ein sehr viel grösserer Einsatz von deutschen Machtmitteln, insbesondere von Polizeikräften, zur Sicherung der deutschen Belangen und zur Erfüllung von Aufgaben erforderlich werden, die bisher der dänischen Seite überlassen werden konnten. Aber selbst beim Einsatz dieser deutschen Machtmittel wird es kaum zu vermeiden sein, dass die bisherigen, recht erheblichen kriegswirtschaftlichen Leistungen Dänemarks zurückgehen.

5.) Abgesehen von diesen allgemeinen Folgen, ist zu beachten, dass die Funktionen des Königs und die Gesetzgebung nicht dem Staatsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung übertragen werden könnten. Wir brauchen eine Regierung, die mit uns an einem Strang zieht und die gewillt und in der Lage ist, für die Zuverlässigkeit des dänischen Staatsapparats Sorge zu tragen. Die bisherigen Sammlungsparteien müssen deshalb aus der Regierung ausgeschaltet werden. Bei der zeitweiligen Suspendierung der Verfassung wird es allerdings schwer, wenn auch nicht unmöglich sein, ein neues Kabinett mit geeigneten Männern zu bilden. Persönlichkeiten wie Scavenius und Gunnar Larssen, die schon jetzt der Regierung angehören, würden sich hierzu vielleicht bereitfinden, wenn sie die Überzeugung gewönnen, dass sie dadurch eine noch weitergehende Beschränkung der dänischen Selbständigkeit verhindern können. Die Bildung einer rein nationalsozialistischen Regierung würde verfrüht sein, da der Anhang der dänischen Nationalsozialisten in der Bevölkerung bekanntlich noch sehr klein ist, und da die Masse des Volkes ihnen nicht nur ablehnend, sondern feindlich gegenübersteht. Sie würden daher nur unter direkter Anwendung der Machtmittel des Reichs zur Regierung gebracht und am Ruder gehalten werden können. Dabei ist noch zu bedenken, dass, da ein starker Flügel der dänischen nationalsozialistischen Partei grundsätzlich monarchistisch eingestellt ist und sich der Dynastie durch ein Treuverhältnis verbunden fühlt, aller Voraussicht nach die Suspendierung der Thronfolge Spaltungen innerhalb der Partei hervorrufen und so ihre Schwächung herbeiführen wird.

6.) Besondere Beachtung erfordern die aussenpolitischen Wirkungen einer zeitweiligen Suspendierung der dänischen Thronfolge und Verfassung. Ebenso wie in Däne-

mark selbst, wird man auch im Ausland in dieser Massnahme, selbst wenn wir ihren provisorischen Charakter betonen, doch sicherlich das Ende der dänischen Souveränität sehen. Das würde in Schweden, dessen Königshaus mit der dänischen Dynastie verwandtschaftlich eng verbunden ist, vor allem aber in Finnland eine starke Wirkung auslösen. Auch in den anderen europäischen Ländern, selbst bei unseren Freunden und Verbündeten würde unser Vorgehen als der erste Schritt zur Annexion des Landes aufgefasst werden. Wir würden damit unsere machtpolitischen Ziele vorzeitig decouvrieren und in anderen Teilen Europas, namentlich in den zum germanischen Bereich gehörenden Ländern, das Gefühl lebendigwerden lassen, dass ihnen das gleiche Schicksal bevorsteht. Wie stark die feindliche Propaganda das gegen uns ausbeuten würde, bedarf keiner weiteren Ausführung. Wahrscheinlich würde es auch zur Bildung einer dänischen Exilregierung in London und zur endgültigen Loslösung Islands von Dänemark kommen.

7.) Man könnte daran denken, den radikalen Charakter unseres Vorgehens dadurch etwas abzuschwächen, dass wir den Thronfolger veranlassen, beim Ableben seines Vaters von sich aus für die Dauer des Krieges auf seine Funktionen zu verzichten und diese in die Hände des Staatsrats zu legen. Das dänische Parlament und seine gesetzgeberischen Funktionen blieben dann bestehen. Der Thronfolger würde sich vielleicht unter deutschem Druck zu einem solchen Schritt entschliessen, wenn dadurch, wenigstens nach aussen hin, das bisherige Régime im übrigen gerettet würde. Es hätte aber für uns nur einen geringen praktischen Nutzeffekt, lediglich den Thronfolger auszuschalten, andererseits aber das parlamentarische Régime zu belassen, da gerade dieses das grösste Hindernis für eine positive Mitarbeit Dänemarks bildet. Ausserdem würden bei einem solchen Vorgehen die aussenpolitischen Rückwirkungen wohl kaum gemildert werden, da es nicht zu verbergen sein würde, dass der Thronfolger lediglich unter deutschem Druck handelt. •

8.) Bei dieser Sachlage wird zu überlegen sein, ob es nicht besser ist, den Thronfolger ruhig die Regierung antreten zu lassen und die endgültige Entscheidung über die Frage der Dynastie einem späteren Zeitpunkt vorzubehalten, den Dänen aber sofort bei dem Thronwechsel bestimmte Forderungen zu präsentieren. Diese Forderungen könnten vor allem enthalten: eine Regierungsumbildung in deutschem Sinne, ein weitgehendes Ermächtigungsgesetz für die Regierung zwecks ihrer Befreiung vom parlamentarischen Betriebe, die deutschfreundliche Gestaltung von Presse und Rundfunk, die aktive Bekämpfung von Widerstandsbewegungen, die Angleichung der Behandlung der Judenfrage an die deutsche Gesetzgebung, sowie präzisierte deutsche Aufsichtsrechte hinsichtlich Gesetzgebung, Ordnungsrecht und Personalpolitik. Es würde sich empfehlen, den neuen Bevollmächtigten des Reichs zwar gleichzeitig als Gesandten zu bestellen, aber kein Agrément für ihn nachzusuchen. Auch sonst würde er die Person des Königs zu ignorieren und lediglich mit dem neuen Kabinett zu arbeiten haben. Intern würde der Bevollmächtigte zu ermächtigen sein, der dänischen Regierung de facto alle in unserm Interesse notwendigen Befehle zu erteilen. Dabei wäre davon auszugehen, dass die neue Regierung eine Übergangsregierung ist, die mit der Zeit immer mehr nationalsozialistisch auszurichten wäre. Was ihre nächste Zusammensetzung anbetrifft, so könnten von den bisherigen Ministern einige Persönlichkeiten, wie z.B. Scavenius, Gunnar Larssen und Kjaerboel, beibehalten werden. Zu ihnen könnten einige Mitglieder der nationalsozialistischen Partei oder der Partei nahestehende Personen treten. Ferner wäre es erwünscht, die eine oder andere geeignete Persönlichkeit aus den dänischen Gewerkschaften in das Kabinett zu nehmen, weil das einen günstigen Einfluss auf die ganze Haltung der dänischen Arbeiterschaft ausüben und die Möglichkeit eröffnen würde, sie allmählich zum Nationalsozialismus herüberzuziehen.

9.) Auch wenn der jetzige König am Leben bleiben sollte, wird es notwendig sein, gleichzeitig mit der Ernennung des neuen Bevollmächtigten des Reichs den neuen Kurs in Dänemark durch bestimmte Forderungen an die Dänen einzuleiten. Diese Forderungen würden im wesentlichen die gleichen sein, wie sie in der vorstehenden Ziffer 8) aufgeführt sind. Obwohl die Dänen Forderungen dieser Art erwarten, wird ihre Durchsetzung vielleicht nicht ganz einfach, aber bei genügendem Nachdruck doch zu erreichen sein.

343.

**Telegram fra understatssekretær Martin Luther til rigsudenrigsminister
v. Ribbentrop med „stemningsberetning“ fra presseattaché Gustav Meissner.**

26. oktober 1942.

Geheim!

Akt.Z. D III 938 g

Telegramm
(G-Schreiber)

Berlin, den 26. Oktober 1942.

Nr. 3283. CITISSIME

Referent: U.St.S. Luther

*Herrn Gesandten
v. Rintelen
Feldmark.*

Zur Vorlage bei dem Herrn RAM.

Der Pressereferent der Gesandtschaft Kopenhagen, Gesandtschaftsrat Meissner, der den Sonderauftrag hat, die dänischen Nationalsozialisten zu betreuen, ist von mir zur Besprechung laufender Angelegenheiten nach Berlin gebeten worden. Er gibt mir folgenden Stimmungsbericht zur Lage in Dänemark:

Der dänische König ist neuerdings noch an Lungenentzündung erkrankt, so dass man mit seinem baldigen Ableben rechnet. Nach seinem Ableben würde, wenn nicht von unserer Seite vorher entscheidend eingegriffen wird, Kronprinz Frederik auf den Thron kommen. Dieser hat in Kopenhagen vor wenigen Tagen in einer Rede vor den dänischen Studenten darauf hingewiesen, dass er bald in die Lage kommen könnte, das Staatsschiff zu übernehmen.

Jetzige Sammlungsregierung ist durch die Unklarheit der letzten Wochen mürbe geworden und innerlich auf erhebliche deutsche Forderungen vorbereitet. Man erörtert in Dänemark bereits ein deutsches Protektorat unter Reichskommissar Terboven.

Auf die Regierung hat stimmungsmässig die nachträgliche Abreise des Italienischen Gesandten nach Rom gewirkt und insbesondere die zwischenzeitlich durchgesickerte Mitteilung, dass dieser nicht nach Kopenhagen zurückkehren wird.

Jetzige Sammlungsregierung ist sich völlig darüber im klaren, dass ihre aus den 4 demokratischen Parteien gebildete Einheitsfront nicht mehr gehalten werden kann, ist aber so harmlos, auch heute noch auf eine Lösung zu hoffen, die den vier Parteien einen, wenn auch geringen Einfluss für die Zukunft erhält; dabei macht sie sich allmählich mit dem Gedanken vertraut, die als deutschfeindlich bekannten Minister, Unterrichtsminister Jörgen Jörgensen, Finanzminister Alsing Andersen, Kirchenminister Fibiger und Verteidigungsminister Brorson zu opfern.

Die Gruppe um Aussenminister Scavenius und Verkehrsminister Gunnar Larsen strebt offenbar neutrales Geschäftsministerium mit Larsen als Regierungschef an.

Die dänischen Nationalsozialisten unter Clausen betrachten sowohl die Pläne der Sammlungsregierung als die vermuteten Bestrebungen Scavenius/Gunnar Larsen mit Skepsis und befürchten, dass beide nur den Zweck verfolgen, Clausen auszuschalten bzw. ihm das Wasser abzugraben. Clausen zieht die unmittelbare Machtübernahme durch ihn vor. Er wäre mit der Übergangslösung, der Bildung eines Fachministeriums, dann einverstanden, wenn in diesem die Interessen der Nationalsozialisten durch Männer wie C. O. Jörgensen als Landwirtschaftsminister (Mitglied der DNSAP), Popp Madsen als Justizminister (der DNSAP nahestehend), Professor Wanscher als Unterrichtsminister (der DNSAP nahestehend) und Helmer Rosting als Kirchenminister (der DNSAP nahestehend) vertreten würden.

Der Leiter der Gewerkschaften Lauritz Hansen hat Meissner gegenüber seine Bereitschaft ausgesprochen, in ein Übergangsministerium als Sozialminister einzutreten und damit die 514 000 in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter zu neutralisieren. Er ist bereit, die aktiven marxistischen Kreise aus der Gewerkschaftsführung zu entfernen und dieser damit ein rein fachliches Gepräge zu geben.

Clausen steht dem Führer selbstverständlich zu jeder anderen Lösung zur Verfügung. Im jetzigen Zeitpunkt hat er lediglich gegen eine Protektoratslösung Bedenken, weil diese nicht nur die Stimmung der gesamten Bevölkerung völlig gegen Deutschland einnehmen, sondern auch seine eigene Partei und die mit ihr zusammenwirkenden deutschfreundlichen Kräfte wie z.B. die Bauernorganisation LS stark im negativen Sinne in Mitleidenschaft ziehen würde. Clausen rät zurzeit auch noch von einer gänzlichen Ausschaltung des Königshauses ab.

Luther.

344.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. kong George VI af Englands telegram til kong Christian X.

26. oktober 1942.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 26. Oktober 1942 19.05 Uhr
Ankunft den 26. Oktober 1942 19.40 Uhr

Nr. 1572 vom 26.10.

Im Anschluss an Drahtbericht 1563*) vom 24.10. Punkt 3.

Telegramm Königs von England ist Sonnabend zusammen mit anderer Post König Christian vorgelegt worden, der Kabinettssekretär Auftrag erteilte, wie folgt zu antworten:

”Send you my best thanks — Christian R”

*) bei Pol VI

Aussenministerium hat angefragt, ob dänischer Gesandter Stockholm entsprechend angewiesen werden könne. Erbitte Weisung, ob Aussenministerium geantwortet werden kann, dass wir Entscheidung und Verantwortung Dänen überliessen.

Barandon.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1 \	
Nr. 1a }	an PolVI (Arb.St.)
Nr. 2 \	
Nr. 2a }	- RAM
Nr. 3	- St.S.
Nr. 4 \	
Nr. 4a }	- BRAM
Nr. 5	- Botsch. Ritter
Nr. 6—14	- <i>Abt. Leiter:</i>
	6) Pol, 7) Recht,
	8) Dtschld., 9) Ha Pol,
	10) Kult, 11) Presse,
	12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15	- Dg.Pol.
Nr. 16	- Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.
	Arbeitsabtlg. ist)
Nr. 17	- Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3.	

345.

Notits [af gesandt v. Grundherr] om de tyske mål m. h. t. den danske krise.

27. oktober 1942.

Betr. Dänemark.

I. Ziel.

Ziel der deutschen Politik gegenüber Dänemark ist die innere Eroberung des Landes mit Hilfe der DNSAP ohne Beeinträchtigung anderer aussenpolitischer Belange oder kriegswirtschaftlicher Notwendigkeiten des Reiches. Deshalb soll einerseits von einer Änderung des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes — Beseitigung des Königtums, des Reichstags oder anderer Einrichtungen — und von der sofortigen Einsetzung einer nationalsozialistischen Regierung abgesehen werden. Andererseits soll die politische Entwicklung Dänemarks stärker vorwärtsgetrieben werden durch die Ernennung eines neuen Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Dänemark, durch eine Regierungsumbildung mit prodeutscher Tendenz und durch eine stärkere Bindung der neuen Regierung an die Direktiven des Bevollmächtigten.

II. Weg.

1. Der dänische Aussenminister von Scavenius wird nach Berlin zum Herrn RAM geladen.
2. Dem dänischen Aussenminister wird eröffnet, dass ein neuer Bevollmächtigter des Deutschen Reiches in Dänemark (nicht mehr ein bei dem dänischen König beglaubigter Gesandter) ernannt wird.

3. Dem dänischen Aussenminister wird die beschleunigte Annahme des folgenden Vorschlags der Reichsregierung empfohlen:
 - a) Um die Wiederherstellung eines aufrichtigen Vertrauensverhältnisses zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark zu ermöglichen, tritt die gegenwärtige Dänische Regierung zurück und werden in die neu zu bildende Regierung nur solche Persönlichkeiten berufen, gegen die von deutscher Seite keine Bedenken hinsichtlich ihrer Loyalität in Bezug auf das deutsch-dänische Verhältnis erhoben werden.
 - b) Um eine dauernde vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark zum Besten beider Länder sicherzustellen, wird sich die Dänische Regierung künftig in ihren Gesetzgebungs- und Verwaltungsmassnahmen in vollem Einverständnis mit dem Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Dänemark halten.
 - c) Um den Notwendigkeiten ausreichender Sicherung der deutschen Besatzungstruppen und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Lande Dänemark Rechnung tragen zu können, wird die Dänische Regierung unverzüglich den Erlass eines Gesetzes herbeiführen, durch das die Regierung ermächtigt wird, im Hinblick auf die gegenwärtige besondere Lage im Verordnungswege alle zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im dänischen Staatsgebiet erforderlichen Anordnungen zu erlassen mit der Wirkung, dass hierdurch entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen abgeändert werden.
4. Mündlich wird dem dänischen Aussenminister eröffnet,
 - a) dass gegen die folgende Zusammensetzung der neu zu bildenden Dänischen Regierung von deutscher Seite keine Einwendungen erhoben würden (wobei von deutscher Seite in erster Linie auf den beiden ersten Vorschlägen zu bestehen ist, während im übrigen auf Gegenvorschläge eingegangen werden kann):
 Staatsminister und Aussenminister: Erik von Scavenius, zZ Aussenminister
 Justizminister (zugleich Polizeichef): Popp-Madsen, zZ Ministerialrat im Justizministerium, der DNSAP nahestehend
 Landwirtschaftsminister: C. O. Joergensen, Bauer, Mitglied der DNSAP
 Unterrichtsminister: Professor Wanscher, Kunsthistoriker, der DNSAP nahestehend¹⁾
 Verteidigungsminister: Fregattenkapitän Wodchou, Mitglied der DNSAP²⁾
 Sozialminister: Axel Olsen, Vorsitzender der Gewerkschaft der ungelerten Arbeiter
 Finanzminister: Laurits Hansen, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes
 Handelsminister: Kjaerboel, zZ Sozialminister, vorher Handelsminister, Gewerkschaftler³⁾
 Innenminister: Thune-Jacobsen, zZ Justizminister
 Kirchenminister: Helmer Rosting, Direktor im Dänischen Roten Kreuz, früher Völkerbundskommissar in Danzig, Theologe;
 - b) dass zu den Verwaltungsmassnahmen, hinsichtlich deren sich die Dänische Regierung künftig im vollen Einverständnis mit dem Bevollmächtigten des Deutschen Reichs in Dänemark halten wolle, auch personalpolitische Entscheidungen gehören, soweit der Bevollmächtigte dies im Interesse der Sicherheit der deutschen Truppen oder im Interesse der notwendigen Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark als wünschenswert bezeichnet;
 - d) dass über den Inhalt des Ermächtigungsgesetzes Einvernehmen mit dem Bevollmächtigten hergestellt werden möge.

Feldmark, den 27. Oktober 1942.

¹⁾ Med håndskrift er her tilføjet navnet „Hartel“.

²⁾ Med håndskrift er her tilføjet navnene „Oberstlt. Nørresø, Oberstlt. Leif Lang“.

³⁾ Med håndskrift er her tilføjet navnene „Krafft, Knutzen, Direktor Ørs“.

346.

Notits fra Alfred Rosenbergs papirer ang. forhandlingerne 27. oktober.

27. oktober 1942.

den Akten BRAM
6/XII

27.10.1942

Niederschrift Renthe Fink/Best*Betrifft: Dänemark.**Priv. Akten.*

Die Abberufung des bisherigen Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Dänemark und des Befehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark ist erfolgt, um deutlich sichtbar festzustellen, dass die von dem König Christian X. bewiesene Nichtachtung des Führers des Grossdeutschen Reiches das politische Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Dänemark ernsthaft beeinträchtigt hat. Diese Feststellung soll als Schuld Dänemarks gegenüber dem Deutschen Reiche für die Zukunft festgehalten werden, um im gegebenen Augenblick zur Begründung bzw. Rechtfertigung deutscher Massnahmen gegenüber Dänemark Verwendung zu finden. Das Benehmen des Königs schliesst sich an die „Leichenfledderei“ Dänemarks am Deutschen Reiche von 1919, an die Flucht und die jetzige Betätigung des ehemaligen Handelsministers Christmas Moeller, die offensichtlichen Sympathien für den norwegischen Exkönig und andere Symptome illoyaler Haltung Dänemarks gegenüber dem Deutschen Reiche an.

Die innere Leitlinie der deutschen Politik gegenüber Dänemark, die bis auf weiteres nach aussen verborgen bleiben muss, soll sein, dass Dänemark als geographischer und politischer Appendix Deutschlands und als militärisch unentbehrliche Brücke zu der für Deutschland lebenswichtigen norwegischen Atlantikposition niemals wieder aus der deutschen Hand gegeben werden darf. Zur Verwirklichung dieses Zieles müssten gegebenenfalls „juristische Zwirnsfäden oder Kreidestriche“ übersprungen werden. Wenn möglich, ist jedoch vorzuziehen durch vertragliche Vereinbarung mit einer legalen dänischen Regierung zu gegebener Zeit formelle Rechtstitel hinsichtlich des künftigen Verhältnisses Dänemark zum Deutschen Reich und hinsichtlich der inneren Struktur Dänemarks zu schaffen, die für eine spätere — vielleicht schwächere und mehr „juristisch“ denkende — Zeit in der Schublade bereitliegen sollen.

Zur Einleitung einer auf dieses Ziel hinstrebenden Entwicklung wird nunmehr ein neuer Bevollmächtigter des Deutschen Reiches in Dänemark eingesetzt, der nicht mehr als deutscher Gesandter beim dänischen König beglaubigt wird.

Der neue Bevollmächtigte soll darauf hinwirken, dass eine neue dänische Regierung in legalen Formen gebildet wird, der nur solche Persönlichkeiten angehören, die entweder deutschfreundlich oder den deutschen Wünschen gefügig sind. Es soll darauf geachtet werden, dass diese Regierung keinen starken politischen Rückhalt in der Bevölkerung findet, sondern sich in erster Linie von der deutschen Macht abhängig fühlt.

Von einer Beseitigung des Königshauses oder anderer verfassungsmässiger Einrichtungen des dänischen Staates wird bis auf weiteres abgesehen, um nachteilige Wirkungen auf die aussenpolitischen Beziehungen anderer Staaten (z.B. Schwedens und Finnlands) oder auch — im Hinblick auf die dänische Monarchie — der befreudeten Monarchien) zum Deutschen Reiche zu verhüten. Dagegen wird der neue Bevollmächtigte den dänischen König, der als „interne Angelegenheit der Dänen“ betrachtet wird, ignorieren und nur mit der dänischen Regierung arbeiten. Der dänische Reichstag soll durch ein der Regierung zu bewilligendes Ermächtigungsgesetz praktisch weitgehend ausgeschaltet werden.

Im übrigen soll gegenüber der dänischen Regierung und Verwaltung so verfahren werden, dass diese jederzeit die deutsche Macht fühlt und respektiert, dass aber nach Möglichkeit unnötige Beunruhigungen und Minderungen der dänischen Leistungen für die deutsche Kriegführung vermieden werden. Vielmehr soll das dänische Wirtschaftsleben schon so weit auf Deutschland ausgerichtet werden, dass die Dänen immer stärker erkennen, dass sie von Deutschland leben und sich aus dieser Abhängigkeit nie mehr lösen können.

Die DNSAP. soll gefördert werden, aber nur bis zu einem Masse, dass sie sich noch immer völlig von der deutschen Hilfe abhängig fühlt. Auch die DNSAP. soll in der Bevölkerung keinen so starken Rückhalt finden, dass sie im Falle einer Regierungsübernahme sich einhellig mit dem gesamten dänischen Volke als Gegenspieler des Deutschen Reiches und seines Bevollmächtigten fühlen könnte.

Der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches in Dänemark hat mit den jeweils geeignet erscheinenden Mitteln stets die Fäden der inneren Entwicklung in Dänemark in der Hand zu behalten, bis eines Tages vielleicht seine Stellung in eine andere übergeht.

347.

Telegram fra statssekretær E. v. Weizsäcker ang. kong George VI's telegram til kong Christian X.

[?] oktober 1942.

Berlin, den Oktober 1942.

zu Pol. VI 1281

Büro RAM
St.S.
U.St.S.Pol.
Dg.Pol.

CITO!

Fernschreiben!

An
„Feldmark“.

Für RAM.

Zu dem Drahtbericht Nr. 1572 vom 26. 10. aus Kopenhagen wird vorgeschlagen, dass Geschäftsträger Gesandter Barandon die Weisung erhält, dem Dänischen Aussenministerium zu antworten, dass wir hinsichtlich der Antwortdepesche des Königs von Dänemark an den englischen König die Entscheidung und Verantwortung den Dänen überliessen.

Weizsäcker.

348.

Telegram fra chargé d'affaires Barandon ang. kong Christian X's sygdom.

27. oktober 1942.

Telegramm
(G-Schreiber)
(Geh. Ch. V.)

Kopenhagen, den 27. Oktober 1942 14.10 Uhr
Ankunft: — 27. — — 15.30 —

Nr. 1581 vom 27.10.42 *CITISSIME*

Im Anschluss an Drahtbericht 1578*) vom 26. 10.

Neues Bulletin ist bereits heute morgen erschienen und hat folgenden Wortlaut:
„Der König hat wieder eine etwas unruhige Nacht verbracht. Die Anzeichen der Lungenent-

*) bei Pol VI

zündung sind unverändert. Obwohl die Herztätigkeit befriedigend ist, ist die Müdigkeit grösser geworden und die Kräfte haben etwas abgenommen. Temperatur 38,9, Puls 72, regelmässig.“

Heutige Mittagspresse verhehlt nicht mehr, dass der Zustand des Königs sehr ernst ist.

Wie ich aus gut informierter Quelle höre, soll König der Auffassung sein, dass durch seinen Tod Stein des Anstosses in deutsch-dänischem Verhältnis verschwinden würde. Umgebung befürchtet daher, dass zur Überwindung der Krankheit notwendiger Widerstandswille durch solche Überlegungen entscheidend geschwächt wird.

Barandon.

Verteiler Nr. 4:

- | | | |
|-----------------|---|--------------------------------|
| Nr. 1 | } | an Pol VI (Arb.St.) |
| Nr. 1a | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2a | | |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM. |
| Nr. 4a | | |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - <i>Abt. Leiter:</i> |
| | | 6) Pol, 7) Recht, |
| | | 8) Dtschld., 9) Ha Pol, |
| | | 10) Kult, 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg.Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol. |
| | | Arbeitsabtlg. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |
| Dies ist Nr. 3. | | |

349.

Notits af gesandt v. Grundherr ang. kong Christian Xs sygdom.

27. oktober 1942.

Berlin, den 27. Oktober 1942.

Pol. VI 1284

Geschäftsträger Gesandter Barandon, Kopenhagen, teilte telefonisch soeben (18.45 Uhr) folgendes mit:

1.) Der König von Dänemark hat heute eine Verordnung erlassen, durch die dem Kronprinzen von heute ab während der Krankheit des Königs die Führung der Regierungsgeschäfte übertragen worden ist. Die Verordnung ist vom König gezeichnet, von dem Ministerpräsidenten Buhl gegengezeichnet.

2.) Der Gesundheitszustand des Königs sei, wie aus seiner Umgebung verlautet, recht ernst. Nach dem letzten Bulletin von heute nachmittag ist die Temperatur 38.3, Puls 80. Schwankungen im Befinden des Königs seien zu erwarten.

Grundherr.

Verteiler:

H.St.S.
Büro RAM
H.U.St.S.Pol.
H.U.St.S.Gaus
H.U.St.S. Luther
H.Dg.Pol.
H.Chef Protokoll
H. Ges. Braun v. Stumm, Pol. I M

350.

Telegram fra v. Jagow, Budapest, ang. flagning i tilfælde af kong Christian Xs død.

31. oktober 1942.

Geheim!

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Budapest, den 31. Oktober 1942, 11.25 Uhr

Ankunft: — 31. — — 12.00 Uhr

Nr. 1988 vom 31. 10. CITO!

Auf Drahterlass Multex 728*) vom 29. ds. Mts.

Im fraglichen Fall wird hiesige Regierung und hiesiges diplomatisches Korps zweifellos Halbmast flaggen. Ist Weisung so zu verstehen, dass auch Halbmastflaggung nicht in Frage kommt? Wenn ja, was kann auf Anfrage als Grund für Nichtflaggen angegeben werden?

Jagow.

St.S. Keppler
U.St.S.Pol.
U.St.S.R.
Botsch. Ritter
U.St.S. Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha. Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei Pol VI

Ges. v. Grundherr

*) Pol VI 1518 g Rs

351.

**Udnævnelse af ministerialdirektør, dr. Werner Best til
rigsbefuldmægtiget i Danmark.**

4. november 1942.

Abschrift Pers.H 10433.

Berlin, den 4. November 1944.¹⁾

Herrn Ministerialdirektor Dr. Werner Best, im Amt.

Der Führer hat Sie zum Bevollmächtigten des Reiches in Dänemark bestellt. Gleichzeitig beauftrage ich Sie mit der kommissarischen Leitung der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen. In Ihrem neuen Amte haben Sie Weisungen ausschliesslich von mir entgegenzunehmen.

Als Bevollmächtigter des Reiches sind Sie ebenso wie Ihr Amtsvorgänger der erste Vertreter des Reiches in Dänemark. Für die Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark obliegt Ihnen die Verantwortung. Der Militärbefehlshaber ist für alle sich aus seinem Auftrag ergebenden militärischen Massnahmen zuständig und verantwortlich. Im übrigen verweise ich auf den Ihrem Amtsvorgänger zugegangenen, in Abschrift beigefügten Erlass vom 12. April 1940 — Pol. I M 5070 g — sowie auf die Ihnen von mir mündlich erteilten Weisungen.

¹⁾ Dokumentet er fejlagtigt dateret 1944; bør være 1942.

352.

**Notits ang. samtale 2. november mellem rigsudenrigsminister v. Ribbentrop
og udenrigsminister Scavenius.**

4. november 1942.

Aufz. RAM 40/42 g Rs.

**Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem RAM und dem dänischen
Aussenminister Scavenius am 2. November 1942 in Berlin**

Der RAM begann die Unterredung mit der Bemerkung, er habe Scavenius nach Berlin gebeten, weil sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark sehr schlecht entwickelt hätten. Er habe seinerzeit bei einer früheren Unterredung mit Scavenius anlässlich des Beitritts Dänemarks zum Antikominternpakt der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass sich in dem Existenzkampf, den Deutschland gegenwärtig für ganz Europa führe, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Sinne einer vernünftigen Zusammenarbeit günstig entwickeln würden. Über die tatsächliche Entwicklung der Beziehungen sei er jedoch aufrichtig enttäuscht und habe Scavenius nach Berlin eingeladen, um ihm zu sagen, dass die Dinge so nicht weiter gehen könnten.

Deutschland habe den Verlauf der Geschehnisse in Dänemark sehr sorgfältig verfolgt. Es habe festgestellt, dass Scavenius persönlich bemüht gewesen sei, die Basis für

eine Zusammenarbeit und vielleicht noch mehr zu schaffen. Diese Bemühungen würden in Berlin anerkannt und begrüsst. Er (der RAM) fürchte jedoch, dass Scavenius im dänischen Kabinett und in weiten Kreisen der dänischen Bevölkerung mit seinen Ansichten ziemlich allein stehe.

Dies ergebe sich unter anderem aus gewissen konkreten Fällen, die sich in der letzten Zeit in Dänemark ereignet hätten. So besässe z. B. Deutschland Nachrichten, denen zufolge die Flucht von Christmas Möller nach England mit Wissen massgebender Persönlichkeiten der Dänischen Regierung durchgeführt worden sei. Dies habe natürlicherweise in Deutschland grosses Missbehagen erregt.

Weiterhin seien in Dänemark antideutsche Tendenzen beobachtet worden, und schliesslich habe auch die Haltung des Staatsministers Buhl zu Bedenken Anlass gegeben. Besonders seine Reden, für die keinerlei Notwendigkeit vorlag, haben diesen antideutschen Tendenzen Vorschub geleistet. Er (der RAM) verfolge daher die Entwicklung mit Besorgnis.

Deutschland befinde sich im Osten in einem schweren Existenzkampf, bei dem es nicht nur um das Schicksal des Reiches ginge, sondern auch um dasjenige Dänemarks und aller anderen kleinen Länder Europas. Dieser harte und zähe Kampf dauere länger, als es anfangs den Anschein hatte. Er würde aber unter allen Umständen gewonnen werden, er sei im Grunde genommen bereits gewonnen, denn Russland würde zusehends schwächer. Deutschland könne nicht dulden, dass in seinem Rücken irgendwelche Unklarheiten bestünden. Der Führer sei nicht gewillt, etwas Derartiges ruhig mitanzusehen. Er habe versucht, Dänemark gegenüber eine grosszügige Haltung einzunehmen, und habe erst letzthin dem dänischen Souverän ein freundliches Glückwunschtelegramm zu seinem Geburtstag geschickt. Der dänische König habe es in völliger Verkennung seiner Stellung und Lage für richtig gehalten, auf dieses Telegramm in einer Form zu antworten, die man auf deutsch mit einem Wort bezeichne, das er (der RAM) Scavenius gegenüber nicht gebrauchen wolle. Der Führer pflege sich etwas Derartiges ein oder zwei Mal mitanzusehen, fasse dann aber einen sehr plötzlichen Entschluss. Er (der RAM) habe diese Entwicklung kommen sehen und auch auf sie hinweisen lassen. Auf das Antworttelegramm des dänischen Königs, das nicht das erste seiner Art war, habe der Führer in der Form reagiert, dass der deutsche Gesandte aus Kopenhagen zurückberufen und Dänemark erklärt wurde, Deutschland wünsche nicht, dass der dänische Gesandte nach Berlin zurückkehre. Er (der RAM) wisse nicht, was den dänischen König zu seiner Haltung veranlasst habe, wolle dies auch jetzt nicht erörtern. Er habe früher gehofft, derartige Schwierigkeiten durch die entsprechende Politik Dänemark gegenüber vermeiden zu können.

Was nun in der Zukunft erfolgen würde, hänge davon ab, wie sich die Dänische Regierung verhalte und was in Dänemark selbst geschehe. Nach dem vorerwähnten Zwischenfall habe der Führer den RAM beauftragt, eine Lösung zu finden. Endgültige Entschlüsse seien noch nicht gefasst. Der RAM wolle daher mit Scavenius prüfen, ob die Möglichkeit bestünde, noch in letzter Stunde die Dinge in Dänemark so zu gestalten, dass vielleicht doch noch eine Basis für eine vernünftige Zusammenarbeit gefunden werden könne. Sollte er (der RAM) jedoch bei diesem Versuch merken, dass es nicht möglich ist, Dänemark zu einem freundschaftlichen Verhältnis mit Deutschland zu bringen, so müssten neue Entschlüsse gefasst werden.

Es sei jedoch vollkommen ausgeschlossen, dass die Dinge in Dänemark so weiter gingen wie bisher. Er (der RAM) möchte Scavenius daher warnen. Er wisse, dass dieser ein dänischer Patriot sei und einen weiteren Blick habe als viele seiner Landsleute. Diesen Eindruck habe er von Scavenius gelegentlich seiner letzten Unterhaltung mit ihm gewonnen. Er glaube, dass Scavenius begriffen habe, worum es bei dem jetzigen Existenzkampf Europas ginge. Demgegenüber gäbe es allerdings noch viele törichte Leute in Dänemark, die glaubten, dass ihr Land, wenn Deutschland schwach würde, mit einem blauen Auge davon käme. Es werde aber dazu nicht kommen, denn trotz der anglo-amerikanischen Bluffpropaganda wüssten Deutschlands Feinde nicht mehr aus noch ein. Im Laufe des nächsten Jahres würde sich eine Lage ergeben, in der die Russen aus dem letzten Loch pfeifen würden und die Engländer und Amerikaner auch ihrerseits nichts mehr ausrichten könnten. Es gäbe jedoch immer noch Unbelehrbare, vor allen Dingen auch in gewissen Kreisen Schwedens. Zu diesen Unbelehrbaren gehöre auch Staatsminister Buhl mit seinen völlig abwegigen Reden.

Es handle sich also jetzt darum, binnen kurzem festzustellen, ob eine Möglichkeit gefunden werden könne, die die Grundlage für eine sehr klare Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark zu bilden. Sei dies nicht möglich, so könne er (der RAM) daran nichts ändern. Das Weitere würde sich dann finden.

Eine unabänderliche Vorbedingung für die Erreichung dieses Ziels sei das sofortige Verschwinden der jetzigen dänischen Regierung, die Deutschlands Vertrauen nicht besitze. Viele ihrer Mitglieder seien deutschfeindlich. Weiterhin müsse sich der neue Regierungschef ein Ermächtigungsgesetz geben lassen, mit dessen Hilfe er ohne Befragung der Parteien Verordnungen erlassen könne, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande, zur Sicherheit der deutschen Truppen und zur Durchführung einer klaren und vernünftigen Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland notwendig seien. Hinzu käme, dass alle diese gesetzgeberischen, ebenso wie die personellen Massnahmen mit dem Bevollmächtigten des Deutschen Reichs abgestimmt werden müssten. In den nächsten Tagen würde dieser Bevollmächtigte des Deutschen Reichs in Kopenhagen eintreffen und dafür zu sorgen haben, dass mit der neuen dänischen Regierung die politische Zusammenarbeit mit Deutschland sichergestellt wird.

Der Krieg würde sicherlich noch das ganze nächste Jahr hindurch andauern. Dann würden vielleicht auch die Engländer und Amerikaner genug haben. Bis dahin jedoch könnten das Reich und die Wehrmacht nicht die geringsten Schwierigkeiten in ihrem Rücken dulden.

Er (der RAM) wisse nicht, wie Scavenius persönlich zu diesen Dingen stehe. Er habe ihm bereits von seinem Eindruck gesprochen, dass er einen weiteren Blick habe als seine Landsleute und einige seiner Ministerkollegen und die Zeichen der Zeit besser verstehe, d. h. erkenne, dass der jetzige Krieg nicht, wie frühere Kriege, um das Schicksal einzelner Völker ginge, sondern ein Kampf sei, wie es ihn vielleicht noch nie gegeben habe, der das Schicksal ganz Europas bestimme. Entweder würde Europa in einem Meer von Blut und in völliger Anarchie untergehen, oder es würde durch die Kraft, die der Führer dem europäischen Zentralstaat gegeben habe, gerettet und damit allen europäischen Staaten ihr kulturelles Eigenleben gesichert werden.

Er (der RAM) habe den Eindruck, dass Scavenius dies verstanden habe, und er würde es persönlich begrüßen, wenn Scavenius die Führung der neuen dänischen Regierung übernehme. Über die weitere Zusammensetzung dieser Regierung wolle er (der RAM) mit Scavenius noch sprechen oder diese Frage durch den deutschen Bevollmächtigten mit ihm regeln lassen. Es interessiere ihn zunächst grundsätzlich zu erfahren, ob Scavenius an eine solche Lösungsmöglichkeit glaube und ob bei ihm persönlich der Wille vorhanden sei, daran mitzuarbeiten.

Scavenius begann seine Erwiderung mit einem Hinweis auf das Telegramm des dänischen Königs an den Führer, zu dem er Erläuterungen geben wolle.

Der RAM unterbrach ihn mit der Bemerkung, dass es besser wäre, wenn auf dieses Telegramm überhaupt nicht mehr eingegangen würde. Der Führer sei in derartigen Fragen recht grosszügig. Wenn jedoch auf ein in warmen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm eine Antwort erfolge, die nichts weiter als eine reine Empfangsbestätigung darstelle, so sei die Geduld des Führers zu Ende. Das erste oder zweite Mal, als derartige Antworttelegramme eintrafen, habe der Führer darüber hinweggesehen und die Form mit dem Alter des Königs entschuldigt. Die Wiederholung derartiger Vorfälle schiene aber auf eine Absicht hinzudeuten.

Scavenius erwiderte, er verstehe dies und bedauere den Vorfall ausserordentlich. Lediglich zur Unterrichtung des RAM wolle er noch eine erläuternde Bemerkung machen, da er selbst auch eine gewisse Verantwortung in der Angelegenheit habe. Die Abfassung von Telegrammen persönlicher Art habe sich Generationen hindurch der dänische König stets selbst vorbehalten. Die dänischen Souveräne hätten mit einer gewissen Eifersucht darauf geachtet, dass sie, nachdem ihnen die wichtigen Staatsgeschäfte durch die Entwicklung der Zeit völlig entzogen worden seien, wenigstens diese reinen Formalien in der Hand behielten. Es möge zwar komisch klingen, sei aber Tatsache, dass traditionsgemäss der König allein mit der Königin das Telegramm an den Führer in genau derselben Form, wie dies immer geschehen sei, abgefasst habe. Der Fehler, den Scavenius gemacht habe, bestehe darin, dass

er dem König nicht auch die Beantwortung derartiger Telegramme abgenommen habe. Er hätte dies wegen der veränderten Verhältnisse unbedingt tun sollen.

Der RAM erwiderte, dass es sich bei dem Telegramm des dänischen Königs nur um den Schlussstein einer ganzen Entwicklungsreihe gehandelt habe. Dazu gehörten die unklugen Reden Buhls, von denen er annehme, dass sie Scavenius nicht gebilligt habe.

In Dänemark dürfe man sich keinen Täuschungen hingeben. Der jetzige Krieg könne nur einen Ausgang haben. Er sei für die Gegenseite nicht mehr zu gewinnen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs kam der RAM auf das deutsch-russische Verhältnis und den „verräterischen Überfall Deutschlands auf Russland“, wie die Feinde Deutschlands den deutsch-russischen Krieg bezeichneten, zu sprechen. Als ihn nach seiner Rückkehr aus Moskau, wo er mit Stalin den deutsch-russischen Pakt abgeschlossen hatte, der Führer fragte, was er (der RAM) wirklich von den Russen halte, habe er geantwortet, dass die Russen die Deutschen an sich hassten und dass es zwischen Deutschland und Russland eine unüberbrückbare Kluft gäbe. Der Paktabschluss mit Moskau sei trotzdem gut, da man damit rechnen müsse, dass England und Frankreich über kurz oder lang mit Deutschland einen Krieg beginnen würden. Für Stalin sei jedoch seiner Ansicht nach der Moskauer Pakt eine zeitbedingte Vernunftsehe. Stalin rechne damit, dass bei Ausbruch eines europäischen Konflikts Deutschland wieder wie im Kriege 1914—18 an der Westfront gebunden würde und dass er dadurch Zeit genug hätte, durch seine Propaganda Deutschland zu zersetzen, um es dann mit Hilfe der Roten Armee zu besetzen.

Als dann späterhin Molotow in Berlin die russischen Forderungen vorgebracht habe, sei es dem Führer und ihm (dem RAM) klar gewesen, dass der Krieg mit Russland unvermeidlich sei.

Der RAM berichtete Scavenius über ein Gespräch, das er mit Molotow während eines Fliegeralarms in Berlin im Luftschutzkeller geführt habe. Zu vorgerückter Stunde habe Molotow die Maske immer mehr fallen lassen und zum Schluss klar erklärt, dass sich Russland niemals am Skagerak, an einem Ausgang aus der Ostsee nach dem Atlantischen Ozean, (der also auf dänischem Gebiet gelegen haben würde) desinteressieren könne. Alles dies habe in immer stärkerem Masse auf den Krieg mit Russland hingedeutet.

Sechs Wochen vor Ausbruch dieses Krieges sei eine damals nicht nachprüfbare Agentenmeldung über ein Bankett für die Absolventen der russischen Militärakademie, der Frunze-Akademie, eingetroffen. Nach dieser Meldung habe dort Stalin eine Rede gehalten des Inhalts, dass das Bündnis mit Deutschland überholt und dass der Zeitpunkt des Angriffs auf das Reich der 1. August sei. Vor vierzehn Tagen habe nun ein Gefangener, ein russischer Major, der auf diesem Bankett anwesend war, diese Tatsache bestätigt. Auf eine Umfrage unter den in Deutschland gefangenen russischen Offizieren hätten sich zwei weitere Teilnehmer an dem Bankett gemeldet, die unabhängig von einander das Gleiche berichteten: Den Trinkspruch eines Bankettteilnehmers auf den „grossen Stalin“ wegen Abschlusses des Nichtangriffspaktes mit Deutschland und der friedlichen Regelung der deutsch-russischen Probleme habe Stalin zum Anlass genommen zu erklären, dass es mit dem Nichtangriffspakt jetzt vorbei sei und dass es sich nunmehr darum handle, mit dem Schwert vorzugehen.

Dass die Rote Armee so stark wäre, wie sich dies im Laufe des Feldzugs gezeigt habe, habe niemand angenommen. Trotzdem sei sie im vergangenen Jahre und in diesem Jahre von Deutschland geschlagen worden. Der russische Koloss sei zweimal angeschlagen, und Deutschland würde auch noch ein drittes Mal ansetzen. Auf jeden Fall würde sich Russland von den beiden bereits jetzt erhaltenen Stössen nicht mehr erholen können. Nachdem es 14 bis 16 Millionen seiner besten Männer verloren hätte, sei seine Stosskraft dahin. Diese Verluste könne es ebensowenig wieder aufholen wie die Verluste von Erz- und Kohlelagern sowie von Getreideländern.

In den nächsten Tagen würde Stalingrad endgültig fallen. Der grösste Teil der Stadt sei bereits in der Hand der deutschen Truppen. Es handle sich lediglich darum, die noch verbliebenen Russen auszukämmen. Dann sei die Wolga geschlossen. Der Kaukasus würde den Russen restlos aus der Hand geschlagen werden. Grozny mit seinen Raffinerien sei vernichtet, Baku würde vernichtet werden. Bereits jetzt könnten die Russen nicht mehr fliegen, weil ihnen das Flugbenzin fehle.

Trotzdem würde der Kampf im nächsten Jahre weitergehen. Deutscherseits habe man einen völligen Zusammenbruch Russlands niemals angenommen, sondern immer damit gerechnet, dass zehn, zwanzig, ja hundert Jahre lang eine offene Front bestehen bleiben würde. Deutschland würde einen neuen Limes bauen und ständig 60 bis 80 Divisionen dort einsetzen, bis vielleicht eines Tages das restliche Russland in einige Bauernrepubliken zerfiel.

Sei jedoch die Offensivkraft der Russen gebrochen, würde sich Deutschland anderen Kriegsschauplätzen zuwenden und die dortigen Lagen bereinigen. Im Vergleich zu dem Masseneinsatz von Truppen im Osten würde die Erledigung der afrikanischen Front, wo immer nur einige tausend Mann eingesetzt werden könnten, ein Kinderspiel sein. Danach würde sich Deutschland mit der englischen Insel auseinanderzusetzen haben.

Amerikas Drohungen beruhten auf Bluff. Was die Amerikaner an Material herstellten, sei schlecht. Mit amerikanischen Truppen seien deutsche Verbände noch nicht zusammen gekommen. Deutschland würde sich jedoch freuen, wenn sich einmal dazu Gelegenheit böte, den Amerikanern die militärische Überlegenheit Deutschlands aus eigener Erfahrung vorzuführen. — Von den Japanern hätten die Amerikaner bereits schwere Schläge empfangen, und bei den Salomon-Inseln sei soeben ein grosser Teil der noch übrig gebliebenen amerikanischen Flotte vernichtet worden. Wie die Amerikaner danach über den Stillen Ozean oder den Atlantik hinüber auf weite Entfernungen grosse Offensiven unternehmen wollten, sei nicht ersichtlich.

Wer nach dieser Lage der Dinge noch an einen andern Ausgang des Krieges glaube — und solche Leute gäbe es anscheinend in Schweden noch vielfach — erweise seinem Lande einen sehr schlechten Dienst. Heute ist Europa und die Welt mitten in grossen Umwälzungen. Vor 3—4 Jahren habe es noch ein deutsch-französisches Problem gegeben. Heute sei das deutsch-französische Verhältnis kein Problem mehr. Es sei allmählich von dem europäischen Problem abgelöst worden. Die Engländer, die sich zum Flugzeugmutterschiff der Amerikaner hergaben, bombardierten deutsche und französische Städte fast ohne Unterschied. Im Rahmen dieser europäischen Welt müssten die einzelnen europäischen Staaten, aus denen sie sich zusammensetze, unter Führung Deutschlands und Italiens irgend ein Verhältnis zueinander finden. Wie sich England dazu einstellen würde, wisse er nicht. Zunächst würde es durch Churchill, den Totengräber des Imperiums, sein Weltreich verlieren. Erst kürzlich habe Willkie amerikanische Ansprüche auf Basra und den Irak ebenso wie auf Indien angemeldet, und nach zuverlässigen Berichten täten die City-Kreise bereits jetzt alles, um Argentinien und Chile dem amerikanischen Einfluss fernzuhalten und zu verhindern, dass England dort seine Wirtschaftspositionen genau so restlos verlöre wie in Brasilien nach dessen Kriegseintritt an der Seite der Vereinigten Staaten. Ebenso würde Kanada verloren gehen, und in Australien spiele sich bereits jetzt der amerikanische General Mac Arthur als Herr auf. Aus Afrika würden die Engländer von Deutschland und Italien herausgepfegt werden. Sie hätten einen viel längeren Versorgungsweg um das Kap der Guten Hoffnung, der ihnen durch deutsche U-Boote noch gefährdet würde, und würde sich daher im Nachteil gegenüber Deutschland und Italien mit ihren viel kürzeren Verbindungslinien befinden. In irgend einer Form würde sich auch England nach Verlust seines Weltreichs mit Europa verständigen müssen.

Im Neuen Europa würde es zwei Kraftzentren geben: Italien im Süden und Deutschland im Norden. Die anderen Länder würden sich um diese Kraftzentren herumgruppieren müssen, ob ihnen dies sympathisch sei oder nicht. Es handle sich dabei um Entwicklungen, die sich zwangsläufig aus der Situation ergäben. Von der Einstellung für oder gegen diese Neue Ordnung würde das Schicksal der einzelnen Länder abhängen. Wer positiv dazu eingestellt sei, würde seine Zukunft in irgend einer Form gesichert sehen. So werde z.B. in Zukunft ein deutsch-französischer Krieg, der sich im Weltkrieg über vier Jahre, diesmal jedoch nur über sechs Wochen ausgedehnt habe, bei der ständigen Fortentwicklung der Technik gar nicht mehr möglich sein. Es würde daher am Ende dieses Prozesses des Zusammenschlusses der Erdteile nur noch drei Kontinente geben: Europa, den schönsten und glücklichsten Erdteil, Amerika und den japanischen Erdteil. Das Kraftzentrum Europas sei die Achse. Mit den Amerikanern würde vielleicht ein hundertjähriger Krieg herrschen. Vielleicht würde jedoch auch mit ihnen der Krieg ein plötzliches Ende finden, denn ein Land, das alle Schätze der Erde besässe, könne auf die Dauer von seinen Machthabern nicht

in einen Krieg in fremden Erdteilen, die es gar nichts angingen, verwickelt werden, und die Amerikaner würden möglicherweise dagegen rebellieren.

Die Dreierpaktmächte seien andererseits in der Lage, mengenmässig erheblich mehr zu produzieren als England und Amerika zusammen genommen. Dass das von ihnen erzeugte Kriegsmaterial qualitativ besser sei als das anglo-amerikanische habe sich bereits auf dem Schlachtfelde erwiesen, ebenso wie die Tatsache, dass die deutschen Soldaten, die um ihre Heimat kämpften, besser wären als ihre Feinde. — Wie die Neuordnung Europas im einzelnen aussehen werde, lasse sich im Augenblick noch nicht sagen. Soviel sei jedoch sicher, dass die verschiedenen Länder im Rahmen dieser Neuordnung den Platz erhalten würden, der ihnen nach ihrer Haltung Deutschland gegenüber während des Krieges zukomme.

Scavenius betonte in seiner Erwiderung, dass er sein ganzes Leben hindurch dafür eingetreten sei, die Politik Dänemarks auf Deutschland auszurichten. Dies tue er natürlich umsomehr in einem Augenblick, in dem Deutschland in Europa eine derartig wichtige Mission zu erfüllen habe.

Andererseits sei es ihm nicht möglich, die Stimmung in Dänemark zu ändern. Diese Stimmung sei bedingt durch die Furcht der dänischen Bevölkerung vor der Besetzung, besonders jetzt, wo es den Anschein habe, als würde der Krieg und damit die Besetzung Dänemarks noch lange andauern. Aber wenn er auch die Gefühle des dänischen Volkes nicht beherrschen könne, so könne er die Dänen doch zu einer praktischen Zusammenarbeit mit Deutschland veranlassen. In diesem Zusammenhang verwies Scavenius auf die wirtschaftlichen Leistungen Dänemarks für den Krieg, insbesondere auf dem Gebiet des Schiffsbaus. Wenn er auch die Stimmung des dänischen Volkes nicht kontrollieren könne, so könne er doch versuchen, seine Haltung zu beeinflussen und es, wie dies geschehen sei, zur grösstmöglichen Anstrengung für die Kriegswirtschaft bringen. Er befürchte, dass irgend welche drastischen Massnahmen, die vielleicht ergriffen würden, diese praktische Arbeit stören könnten.

Scavenius las dann eine schriftliche Aufzeichnung vor, in der die wirtschaftlichen und finanziellen Leistungen Dänemarks für den Krieg dargestellt wurden. Er betonte dabei besonders den Zweimilliardenkredit, den Dänemark für die deutsche Wehrmacht und die deutsche Kriegswirtschaft gewährt habe, ebenso wie die dänischen Lebensmittelleistungen und das Schiffsbauprogramm. Dänische Arbeiter hätten ihre Furcht vor den englischen Fliegerbomben überwunden und in den Fabriken trotz gelegentlicher Angriffe ausgeharrt. Dies sei ihnen erleichtert worden durch die Regelung der Kriegsverlustentschädigungen, die ihnen die Dänische Regierung gewährt habe. Dass die Dänische Regierung auf diesem praktischen Gebiet auch weiterhin ihre Aufgaben ungestört durchführen könne, liege im beiderseitigen Interesse.

Der RAM erwiderte, dass die jetzige Regierung Dänemarks nicht mehr das Vertrauen der Reichsregierung besässe und dass er daher auf ihrem Verschwinden bestehen müsse. Die Angelegenheit sei insofern eilig, als er bereits in den nächsten Tagen dem Führer über die dänische Frage Vortrag halten müsse und dass dann präzise Beschlüsse gefasst werden müssten.

Der RAM erläuterte dann noch einmal im einzelnen die deutschen Forderungen bezüglich der neuen Regierung, des Ermächtigungsgesetzes und der Abstimmung aller gesetzlichen und personellen Massnahmen mit dem Bevollmächtigten.

Auf eine direkte Frage, ob Scavenius bereit sein würde, die Führung der neuen Regierung zu übernehmen, erwiderte dieser, dass er dazu nicht die Stellung und Ausbildung habe. Er würde als Diplomat an der Spitze der Regierung völlig hilflos sein, da ihm die innerpolitische Erfahrung fehle.

Der RAM erwiderte, dass er es bedauern würde, wenn Scavenius die Regierung nicht übernehme, da er (Scavenius) für Deutschland die Garantie böte, dass das deutsch-dänische Verhältnis wieder auf eine vernünftige Grundlage gebracht würde.

Scavenius erwiderte, die neue Regierung müsse zwar das Vertrauen der Reichsregierung haben, sie müsse aber auch im dänischen Volk Vertrauen geniessen, denn sonst könne sie nicht mehr als eine dänische Regierung, sondern höchstens als eine deutsche Regierung in Dänemark angesprochen werden.

Der RAM erörterte sodann kurz eine Liste der von Deutschland für tragbar angesehenen weiteren Regierungsmitglieder. Bezüglich des vorgeschlagenen Justizministers bemerkte

Scavenius, dass es sich bei ihm um einen untergeordneten Beamten handle, der gar keine Stellung habe und kaum in Frage käme. Zu den anderen Kandidaten, die ihm zum Teil unbekannt waren, nahm er in ähnlicher Weise Stellung und bezeichnete schliesslich die Regierungsliste als eine Art Fantasieregierung, durch die nur Unsicherheit und Chaos in Dänemark entstehen würden. Sabotageakte hätten bisher bei der dänischen Bevölkerung wenig Sympathie gefunden und seien in letzter Zeit abgeflaut. Er fürchte, dass, wenn eine dänische Regierung ans Ruder käme, die nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung hätte, den Saboteuren Sympathien entgegengebracht würden. Auf jeden Fall würden die vom RAM vorgebrachten Forderungen drastische Änderungen im praktischen Leben Dänemarks hervorrufen. Etwaige Repressionsmassnahmen würden sich seiner Ansicht nach schädlich auswirken.

Der RAM betonte noch einmal, dass eine andere Regierung in Dänemark ans Ruder kommen müsse, da die jetzige zum Teil so deutschfeindlich eingestellt sei, dass sie Christmas Möller bei seiner Flucht geholfen habe.

Scavenius stritt dies energisch ab, worauf der RAM ihm erwiderte, die Nachrichten, die Deutschland darüber besässe, seien klar, sodass er annehme, dass die ganze Angelegenheit vor Scavenius von dessen Kabinettskollegen verheimlicht worden sei. —

Zu den übrigen Bedenken von Scavenius bemerkte der RAM, dass in Verfolg der gigantischen Kämpfe im Osten nicht nur neue Menschen geformt würden, sondern dass auch neue Begriffe entstünden, sodass die Weltgeschichte über die Anschauungen unseres bürgerlichen Lebens zur Tageordnung hinwegrückte. Hätte Deutschland diesen alten überkommenen Anschauungen Beachtung geschenkt, so sässe Stalin wahrscheinlich jetzt in Berlin. Die Welt habe sich verändert, und dem müsse auch in Dänemark Rechnung getragen werden. Wenn Scavenius erkläre, er wisse nicht, ob das dänische Volk Vertrauen in eine neue Regierung habe, so erwidere er darauf, dass es um die Zukunft Dänemarks gehe. Auf Grund der Vollmacht, die er vom Führer erhalten habe, könne er (der RAM) die Dinge in Dänemark so gestalten, wie er es für notwendig halte, damit die absolute Gewähr gegeben sei, dass keine deutschfeindliche Tendenz mehr bestehe. Der Führer habe den Eindruck, dass, wenn die Dinge in Dänemark so weiter liefen wie bisher, Deutschland eines Tages gezwungen sein würde, in radikalster Weise durchzugreifen. Dies wolle er (der RAM) in Interesse Deutschlands, Dänemarks und der Neuordnung Europas unter besonderer Berücksichtigung der germanischen Staaten verhindern. Er müsse dabei aber immer wieder betonen, dass Deutschland in seinem Existenzkampf nicht dulden könne, dass sich in seinen Rücken Entwicklungen anbahnten, die bei andern Ländern Schule machen könnten. — In diesem Zusammenhang kritisierte der RAM auch die Haltung Schwedens, besonders gegenüber Finnland, wo das Wort Schwede fast zu einem Schimpfnamen geworden sei. Während Schweden seine Sicherheit Russland gegenüber dem tapferen Ausharren der Finnen verdanke, sei es nicht einmal bereit, Finnland mit Lebensmitteln zu unterstützen und verlange sogar die früher vorschussweise gelieferte Butter jetzt in erpresserischer Form zurück. All dies geschähe unter dem Einfluss englischer und jüdischer Agenten. — Scavenius bemerkte dazu, dass Schweden nicht diesen Einflüssen unterliege, sondern lediglich einem überalterten Neutralitätsbegriff folge.

Der RAM wies im weiteren Verlauf des Gesprächs darauf hin, dass die dänischen Freiwilligen an der Ostfront mehr als alles andere dazu beitrügen, in Deutschland Sympathien für Dänemark zu erwecken.

Scavenius bezeichnete das dänische Freiwilligenkorps als ein Symbol für den Willen Dänemarks, in der gemeinsamen antibolschewistischen Front seinen Mann zu stehen.

Der RAM unterstrich die Freiwilligkeit dieser Waffenhilfe Dänemarks. Er betonte dabei, dass Deutschland an und für sich auch eine derartige Waffenhilfe von Dänemark verlangen könne, genau wie in früheren Zeiten der Geschichte besiegten Ländern die Stellung eines Truppenkontingents aufgegeben worden sei. — Scavenius warf hier ein, dass der Führer ihm allerdings gesagt habe, es handle sich bei dem jetzigen Konflikt um einen deutschen Kampf.

Der RAM erklärte fortgehend, dass Deutschland diesen an und für sich durch die Geschichte sanktionierten Zwang auf andere Staaten zur Gestellung von Truppen nicht ausübe und das Prinzip der freiwilligen Mitarbeit anwende.

Zum Schluss der Unterredung fragte der RAM Scavenius erneut, ob er selbst die neue dänische Regierung übernehmen wolle, wobei er die Möglichkeit offen liess, über die weitere Zusammensetzung dieser Regierung zu verhandeln. Allerdings müsse die Entscheidung in Dänemark schnell fallen, da er (der RAM) dem Führer bereits in einigen Tagen Bericht erstatten müsse.

Scavenius erwiderte, dass das vom RAM vorgeschlagene Verfahren so tief in die dänischen Verhältnisse eingreife, dass es nicht möglich sei, von einem Tag auf den andern Ergebnisse zu erzielen. Wenn überhaupt eine Lösung auf dieser Grundlage möglich sei, würde sie eine gewisse Vorbereitungszeit beanspruchen. Die Bildung einer neuen dänischen Regierung sei nicht leicht, denn jedes einzelne Mitglied müsse sich wohl überlegen, ob es in diese Regierung eintreten könne, und alle damit zusammenhängenden Fragen mit den Parteifreunden besprechen. Er (Scavenius) könne nicht einfach kommandieren und bestimmte Dänen zwangsweise in die Regierung einberufen wie eine Gruppe Rekruten. Es müsse alles in Ruhe überlegt werden.

Der RAM unterstrich erneut, dass die Regierungsbildung trotzdem so schnell wie möglich erfolgen müsse, was Scavenius zusagte.

Der RAM wies darauf hin, dass der Führer sich natürlich nur kurz mit der dänischen Frage beschäftigen könne. Habe er jedoch den Eindruck, dass man in Dänemark keine Zusammenarbeit mit Deutschland wolle, dann würde er möglicherweise blitzschnelle Entschlüsse fassen.

Scavenius erwiderte, er fürchte, dass durch ein übereiltes Vorgehen in Dänemark etwas zerschlagen würde, was für die gemeinsamen Interessen noch nutzbar gemacht werden könne. Wenn der Krieg sich noch längere Zeit hinzöge, sei auch für Deutschland die Unterstützung durch das dänische Volk von grosser Wichtigkeit. Man könne selbstverständlich auch den Weg der Unterdrückung beschreiten. Vorzuziehen sei jedoch im Hinblick auf die zu erzielenden Ergebnisse die weiche Methode. Auf jeden Fall dürfe man Dänemark die Einordnung in das Neue Europa nicht zu schwer machen.

Auf eine erneute Frage des RAM, ob Scavenius die Regierungsbildung übernehmen wolle, erwiderte dieser, dass ihm der RAM bei Beginn der Unterredung selbst als dänischen Patrioten bezeichnet habe. Als solcher würde er in seinem Lande in eine völlig falsche Position geraten, wenn er sich an einer Regierungsbildung beteilige, die unter deutschen Druck stattfinde. Jeder Däne würde dann erklären, dass die auf diese Weise zustande gekommene Regierung dem Lande von Deutschland aufgezwungen sei. Alles hänge daher von den Mitarbeitern ab, die er zum Eintritt in eine solche Regierung bewegen könne.

Der RAM gab seiner lebhaften Enttäuschung darüber Ausdruck, dass man in Dänemark Scavenius bei der Bildung einer Regierung der Zusammenarbeit mit Deutschland aus patriotischen Gründen Schwierigkeiten machen könne. Wenn dies die tatsächliche Stimmung im Lande sei, sähe er hinsichtlich der Lösung der jetzigen Krise sehr schwarz.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs ergab sich noch die Frage der Beteiligung von Vertretern der dänischen Nationalsozialisten an der neuzubildenden Regierung. Scavenius lehnte die Aufnahme von Mitgliedern der Klausen-Partei entschieden ab. Er erklärte, wenn der RAM die örtlichen Verhältnisse genauer kenne, würde er einen derartigen Vorschlag nicht machen. Bei den dänischen Nationalsozialisten handle es sich nicht um eine Volksbewegung wie in Deutschland, sondern nur um eine kleine unbedeutende Partei, deren Führer noch dazu in heftigsten persönlichen Gegensätzen mit allen stünden, die für eine Regierungsbildung sonst noch in Frage käme, sodass bei Eintritt dänischer Nationalsozialisten der Zusammenhalt jeder neuen dänischen Regierung aufs äusserste gefährdet sei.

Der RAM wies in seiner Erwiderung darauf hin, dass die technische und wirtschaftliche Entwicklung im Neuen Europa eine Synthese zwischen einer neuen sozialen Ordnung und einem vernünftigen Kapitalismus notwendig mache. Der Führer habe eine derartige Synthese gefunden und auf die Verhältnisse im Reich angewandt. Interessanterweise würde er darin jetzt von den Feinden, von Roosevelt, Churchill, dem Erzbischof von Canterbury und dem Kardinal Hinsley, nachgeahmt. Eine derartige Synthese müsse aber auch in Dänemark durch Hereinnahme von Vertretern der Klausen-Partei in die Regierung vorbereitet werden. Dabei sei noch gar nicht einmal sicher, ob Klausen selber eine derartige Teilnahme seiner Partei an der Verantwortung überhaupt wünschenswert erscheine. Was die

persönlichen Gegensätze zwischen den Mitgliedern der Klausen-Partei und anderen für die Regierungsbildung in Frage kommenden Persönlichkeiten anbeträfe, so müssten sie hinter den Interessen des Landes zurücktreten. Auch in Deutschland arbeiteten jetzt viele politischen Persönlichkeiten zusammen, die früher nicht auf der gleichen Seite gestanden hätten. Das schlagendste Beispiel dieser Art sei das Verhältnis des Führers zu Feldmarschall Hindenburg.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs fragte Scavenius, ob er eine Aufzeichnung über die Unterredung oder wenigstens eine schriftliche Zusammenstellung der deutschen Forderungen als Gedächtnisstütze erhalten könne. Der RAM wies darauf hin, dass er es für besser halte, wenn Scavenius nichts Schriftliches mitnähme, da bei den antideutschen Tendenzen in der jetzigen dänischen Regierung ein Schriftstück leicht missbraucht werden könne. Scavenius gab sich damit zufrieden und fügte hinzu, es bestünde die Gefahr, dass man in Dänemark den neuen von Deutschland angestrebten Zustand als ein Protektorat auslege.

Gegen Schluss der Unterredung wurden Ministerialdirektor Best und Gesandter von Renthe-Fink hinzugezogen. Der RAM rekapitulierte kurz den Gang der Unterhaltung und erläuterte die von Ministerialdirektor Best, um dessen baldige Abreise nach Dänemark Scavenius ausdrücklich gebeten hatte, durchzuführenden Aufgaben.

Nachdem sodann der RAM Scavenius noch kurz unter vier Augen gesprochen hatte, fand die Unterredung nach mehr als dreistündiger Dauer ihr Ende.

Berlin, den 4. November 1942.

Schmidt.

353.

Brev fra Renthe-Fink til dr. Werner Best ang. samtale med udenrigsminister Scavenius.

[5. november 1942.]

Lieber Best!

Im Einverständnis mit dem Herrn Reichsaussenminister habe ich Scavenius bei meiner Abreise Lebewohl gesagt und mit ihm bei dieser Gelegenheit in dem verabredeten Sinn gesprochen. Insbesondere habe ich ihm gesagt, dass ich mich freute, dass gerade Sie mein Nachfolger geworden wären, denn wenn sich auch jeder Missionschef selbstverständlich streng an seine Instruktionen halten müsste, so hätte ich doch in der Woche des Zusammenseins mit Ihnen den Eindruck erhalten, dass Sie bestrebt sein werden, ein gutes und freundschaftliches Verhältnis herzustellen, soweit das die dänische Politik und Haltung erlaubte, und dass Sie von der Grösse und Verantwortung der Ihnen jetzt übertragenen Aufgabe durchdrungen seien. Ich habe hinzugefügt, dass ich es im dänischen und auch in seinem — Scavenius — eigenen Interesse liegend hielte, wenn er — Scavenius — wie früher mit mir, so nun mit Ihnen enge und vertrauensvolle Beziehungen unterhielte. Da Scavenius im Laufe des Gesprächs betonte, dass es nicht einfach sein würde, die parlamentarischen Minister dazu zu bekommen, selbst Harakiri zu begehen, habe ich ihm nochmals den Ernst der Lage und die Konsequenzen, die sich ergeben könnten, vor Augen geführt.

Mit herzlichen Grüssen.

Heil Hitler!

R[enthe-] F[ink].

354.

Telegram fra dr. Werner Best ang. dannelse af regeringen Scavenius.**8. november 1942.***Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 8. November 1942 2,15 Uhr
 Ankunft: den 8. November 1942 3,50 Uhr

*Nr. 1657 vom 7.11. CITISSIME!**Für Herrn Reichsaussenminister persönlich.*

Nach Dienstantritt als Reichsbevollmächtigter in Dänemark habe ich gemäss den Richtlinien des Führers und des Herrn Reichsaussenministers veranlasst:

- 1.) Rücktritt der Regierung Bu
- 2.) Bildung einer Regierung Scavenius.
- 3.) Erlass eines Ermächtigungsgesetzes zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit.

Alle Massnahmen sind völlig legal durchgeführt worden. Sie werden voraussichtlich am 9. November veröffentlicht werden.

Die neue Regierung entspricht insofern voll den Richtlinien des Führers, als Scavenius (der sich übrigens bis heute gegen die Übernahme der Regierung wehrte und nur auf meinen moralischen Druck nachgab) keinen Rückhalt in Parlament und Öffentlichkeit besitzt und Regierungschef von des Reiches Gnaden bleiben wird. Von den Ministern kann gut die Hälfte als deutschfreundlich bezeichnet werden, während die übrigen als Vertreter des „alten Systems“ mir gegenüber durch schlechtes Gewissen und Furcht vor Beseitigung gehemmt und deshalb fügsam sein werden. Namensliste mit Charakteristik folgt in Schriftbericht.

Dr. Best.*Verteil. Vorschlag**f. R.A.M.*

St. S. Keppler

U.St.S. Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb.Expl.bei Pol. VI.

G. v. Grundherr.

355.

**Telegram fra gesandt Blücher, Helsinki, ang. stemningen i Finland
m. h. t. den danske krise.**

8. november 1942.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(geh.Ch.V.)

Helsinki, den 8. November 1942 13.20 Uhr

Ankunft: — 9. — — 14.45 —

Nr. 1955 vom 9.11.

1.) Es besteht Gefahr, dass deutsch-dänisches Verhältnis sich zu Störungsfaktor für deutsch-finnische Beziehungen entwickelt, da Dänemark Barometer, an dem Finnen ablesen, wie Deutschland mit kleinem nordischen Volk auskommt.

2.) Bisher war deutsch-dänisches Verhältnis Posten der Kreditseite in deutsch-finnischer Bilanz. Finnische Deutschfreunde beriefen sich zur Wiederlegung der aus Vorgängen in Norwegen gegen deutsche Politik abgeleitete Vorwürfe auf gute deutsch-dänische Zusammenarbeit. Jetzt beginnen diese Deutschfreunde sich desavouiert zu fühlen.

3.) Marschall Mannerheim unterhält persönliches Verhältnis zu dänischem König und möchte mit seinen Sympathien auf dessen Seite stehen.

4.) Weite Kreise in Finnland gefühlsmässig auf Seite dänischen Volks.

5.) Schwierig, Schwergewicht dieser Faktoren zu bestimmen. Sie dürfen aber nicht unterschätzt werden. Nachdem die militärischen Ziele, mit denen finnische Politik in diesem Jahre im Osten gerechnet hatte, bisher nicht erreicht sind, ist öffentliche Meinung in gewisse Resignation verfallen, die leicht in Depression übergehen kann und keiner Belastung ausgesetzt werden sollte.

Blücher.

St.S. Keppler

U.St.S. Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei Pol VI

Ges. v. Grundherr.

Dies ist Exemplar Nr.

356.

Telegram fra dr. Best ang. formandsskabet i det tyske regeringsudvalg.

9. november 1942.

Telegramm

(G.-Schreiber)

København, den 9. November 1942 13.40 Uhr
 Ankomst den 9. November 1942 14.45 Uhr

Nr. 1663 vom 9.11.

Ich bitte, mir mit sofortiger Wirkung den Vorsitz des deutschen Regierungsausschusses für die deutsch-dänischen Wirtschaftsverhandlungen zu übertragen, damit im Zusammenhang mit dem erfolgten politischen Kurswechsel deutlich herausgestellt wird, dass die dänische Regierung in allen Angelegenheiten des deutsch-dänischen Verhältnisses ausschliesslich auf den Bevollmächtigten des Reichs in Dänemark angewiesen ist. An der sachlichen Arbeit des deutschen Regierungsausschusses soll hierdurch nichts verändert werden. Ich schlage vor, dass der bisherige Vorsitzende als stellvertretender Vorsitzender seine Tätigkeit fortsetzt.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 5:

Nr. 1 an Ha.Pol. (Arb.St.) m. 6 Doppeln.

Nr. 2 }
Nr. 2a } - RAM

Nr. 3 - St.S.

Nr. 4 }
Nr. 4a } - BRAM

Nr. 5 - Botsch. Ritter

Nr. 6 - Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 }
Nr. 7a } - — — Ha.Pol.

Nr. 8 - — — Presse

Nr. 9 }
Nr. 9a } - Dg.Ha.Pol.

Nr. 10 - Dg.Pol.

Nr. 11 - Länd.Ref.Abt.Pol.

Nr. 12 - Sammlg.Telko

Dies ist Nr. 3

357.

Telegram fra dr. Best ang. medlemmerne af regeringen Scavenius.

10. november 1942.

Telegramm

(offen)

København, den 10. November 1942 18.40 Uhr
 Ankomst: — 10. — — 19.30 —

Nr. 1665 vom 10.11.42. CITO!

Ministerliste der Regierung Scavenius, bezugnehmend auf heutiges Ferngespräch mit Gesandten von Grundherr:

1) Staatsminister (Ministerpräsident) und Aussenminister: *Eric von Scavenius*, 65 Jahre, Berufsdiplomat, bisher Aussenminister, Partei radikale linke, deutschfreundlich.

2) Finanzminister: *Kofoed*, 63 Jahre, Schulfachmann, bisher Abteilungsleiter im Finanzministerium, Partei radikale linke, gegenüber Deutschland loyal.

3) Landwirtschaftsminister: *Bording*, 66 Jahre, Landwirt, bisher Landwirtschaftsminister, Sozialdemokrat, gegenüber Deutschland loyal.

4) Unterrichtsminister: *Dr. Holberg-Christensen*¹⁾, 54 Jahre, Schulfachmann, bisher Inspektor im Unterrichtsministerium, keine Partei, deutschfreundlich.

5) Arbeitsminister: *Kjaerboel*, 57 Jahre, Gewerkschaftler, bisher Arbeitsminister, Sozialdemokrat, deutschfreundlich.

6) Sozialminister: *Laurits Hansen*, 48 Jahre, Gewerkschaftler, bisher Vorsitzender der Vereinigten Gewerkschaften, Sozialdemokrat, deutschfreundlich.

7) Justizminister: *Thune-Jakobsen*, 54 Jahre, Polizeijurist, bisher Justizminister, keine Partei, deutschfreundlich.

8) Verkehrsminister: *Elgaard*, 63 Jahre, Landwirt, Journalist und Berufspolitiker, bisher Fraktionsvorsitzender der Partei Venstre (Bauern-linke), gegenüber Deutschland loyal.

9) Minister für öffentliche Arbeiten: *Gunnar Larsen*, 40 Jahre, Industrieller, bisher Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr, keine Partei, deutschfreundlich.

10) Innenminister: *Joergensen*, 54 Jahre, Schulfachmann, bisher Unterrichtsminister, Partei radikale linke, gegenüber Deutschland fügsam.

11) Handelsminister: *Hendriksen*, 61 Jahre, Industrieller, bisher Handelsminister, konservative Partei (persönlicher Gegner des Christmas Moeller), gegenüber Deutschland fügsam.

12) Verteidigungsminister: *Brorsen*, 67 Jahre, Landwirt, bisher Verteidigungsminister, Partei Venstre (Bauern-linke), gegenüber Deutschland fügsam.

13) Kirchenminister: *Holboell*, 71 Jahre, Verwaltungsbeamter, bisher Abteilungsleiter im Kirchenministerium, keine Partei, gegenüber Deutschland loyal.

Darstellung des Hergangs der Regierungsbildung und genauerer Charakteristik der Regierung folgt im Schriftbericht.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1	}	an Pol VI (Arb.Abt.)	
Nr. 1 a			
Nr. 2	}	- RAM.	
Nr. 2 a			
Nr. 3		- St.S.	
Nr. 4	}	- BRAM.	
Nr. 4 a			
Nr. 5		- Botsch. Ritter	
Nr. 6—14		- <i>Abt. Leiter:</i>	
		6) Pol, 7) Recht,	
		8) Dtschld., 9) Ha.Pol,	
		10) Kult, 11) Presse,	
		12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.	
Nr. 15		- Dg.Pol.	
Nr. 16		- Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arbeits-	
		abtlg. ist)	
Nr. 17		- Sammlg. Telko.	
Dies ist Nr. 3.			

¹⁾ Således i den tyske tekst.

358.

Telegram fra statsminister Scavenius til rigsudenrigsminister v. Ribbentrop.**10. november 1942.***Abschrift***Telegramm***Kopenhagen, den 10. November 1942*

*Seiner Exzellenz
Herrn Reichsaussenminister
von Ribbentrop
Berlin*

In dankbarer Erinnerung unserer Besprechung am 2. November beehre ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass ich am heutigen Tage das Amt als Staats- und Aussenminister im neugebildeten Kabinett übernommen habe. Als verantwortlicher Leiter der Politik Dänemarks werde ich es nach aussen hin als meine erste Aufgabe betrachten, im Verfolg meiner bisherigen Linie mich für eine gegenseitig vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland im neuen Europa einzusetzen. Für Ihr wohlwollendes Verständnis für die hiesige Lage spreche ich Euer Exzellenz meinen aufrichtigen Dank aus und verbleibe in ausgezeichnetster Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Erik Scavenius.*Verteiler:*

St.S.
U.St.S.Pol.
Pol VI
Protokoll
Presse

359.

Telegram fra dr. Best ang. statsminister Scavenius' regeringserklæring.**10. november 1942.****Telegramm**

(G.-Schreiber).

Kopenhagen, den 10. November 1942 21.10 Uhr
Ankunft: — 10. — — 22.50 —

Nr. 1666 vom 10.11.42

Zur Regierungsneubildung berichte ich:

1) Der neue Staatsminister von Scavenius hat mir am heutigen Nachmittag seinen offiziellen Antrittsbesuch gemacht und einsichtige und vertrauensvolle Zusammenarbeit versprochen.

2) Scavenius hat mir die folgende Regierungserklärung zur Prüfung vorgelegt, der ich zugestimmt habe:

„Wie am 9.ds.Mts. mitgeteilt, haben die Verhältnisse sich so entwickelt, dass ein Regierungswechsel notwendig geworden ist. Dieser Regierungswechsel hat in einer für das Land ernsten Situation stattgefunden. Die neu gebildete Regierung, die jetzt ihre Funktionen übernommen hat, wird nach innen die bisher geführte Politik fortsetzen, indem sie ihre Aufmerksamkeit auf alle Erscheinungen auf wirtschaftlichem, finanziellem und beschäftigungsmässigem Gebiet hier im Lande richten und auf diesen Gebieten für eine gesunde und für Land und Volk nützliche Entwicklung arbeiten wird. Nach aussen wird die Regierung es als ihre wichtigste Aufgabe ansehen, für eine Stärkung und Befestigung des guten und freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Dänemark und Deutschland zu wirken und eine gegenseitige, vertrauensvolle Zusammenarbeit zu fördern in dem Wunsche, weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen für die befruchtende Wechselwirkung zwischen dänisch und deutsch, die durch die Zeiten so grosse Bedeutung gehabt hat.

In Erkenntnis der europäischen Schicksalsgemeinschaft ist sich die Regierung der Verantwortung bewusst, die auch ein kleines Land wie Dänemark im Hinblick auf den Aufbau des kommenden neuen Europas hat, und sie wird nach Kräften ihre Mitwirkung zur Lösung solcher Aufgaben, die in dieser Verbindung unserem Lande natürlicherweise zufallen werden, zur Verfügung stellen.

Die Regierung wird die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Land sichern. Sie wird Sabotagen und andere Verbrechen, die sich direkt oder indirekt gegen die Besatzungstruppen richten, nicht dulden; der Standpunkt der Regierung gegenüber dem Kommunismus ist klar. Seit Annahme des Gesetzes vom 22. August 1941 ist kommunistische Betätigung hier im Lande ungesetzlich. Das fand seine Bekräftigung durch den Eintritt Dänemarks in den Antikominternpakt, dem zufolge die dänische Regierung verpflichtet ist, auf dänischem Gebiet die auflösende und zersetzende Tätigkeit der kommunistischen Internationale zu bekämpfen.“

Pressemässige Auswertung der Regierungserklärung, die heute im dänischen Rundfunk bekanntgegeben wurde, vom 4.—9. Satz bitte ich zu erwägen.

3) Scavenius hat mir weiter den folgenden Text eines Telegramms an den Herrn Reichsaussenminister vorgelegt, gegen den ich keine Einwendungen zu erheben hatte:

„In dankbarer Erinnerung unserer Besprechung am 2. November beehre ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass ich am heutigen Tage das Amt des Staats- und Aussenministers im neu gebildeten Kabinett übernommen habe. Als verantwortlicher Leiter der Politik Dänemarks werde ich es nach aussen hin als meine erste Aufgabe betrachten, im Verfolg meiner bisherigen Linie mich für eine gegenseitig vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland im neuen Europa einzusetzen. Für Ihr wohlwollendes Verständnis für die hiesige Lage spreche ich Euer Exzellenz meinen aufrichtigen Dank aus und verbleibe in ausgezeichnetster Hochachtung Ihr sehr ergebener (gez.) Erik von Scavenius.“

Dr. Best.

St.St. Keppler

U.St.S. Pol.

U.St.S. R.

Botsch. Ritter

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei. Pol. VI

Ges. v. Grundherr

360.

**Telegram fra v. Jagow, Budapest, ang. lykønskningstelegram
til socialminister Lauritz Hansen.**

11. november 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Budapest, den 11. November 1942 18.35 Uhr

Ankunft: — 11. — — 19.20 —

Nr. 2065 vom 11.11.42

Für Unterstaatssekretär Luther.

Im Hinblick darauf, dass dänischer Gewerkschaftsführer Lauritz Hansen als Sozialminister in neue dänische Regierung eingetreten und damit entscheidender Einbruch in internationale, von Engländern über Schweden noch immer gesteuerte Gewerkschaftsbewegung auf dem Kontinent gelungen ist, bitte ich Glückwunschtelegramme Dr. Leys und Gauleiters Sauckel an Hansen zu erwägen. Politische Bedeutung Eintritts Hansen in dänische Regierung mit nationalsozialistischer Schlagseite unverkennbar, insbesondere im Hinblick auf erhöhte Tätigkeit schwedischer Sozialistenführer in Finnland.

Eintritt Hansens in dänische Regierung könnte als Anzeichen dafür angesehen werden, dass Sozialisten der Welt, im Gegensatz zu Citrine/Lewis/Maisky-Programm, ihre Ziele nicht mehr auf internationaler Ebene, sondern im Rahmen nationaler Verfassungen ihrer Völker anstreben, weil sie allein in ihnen noch Garantie für gerechte soziale Arbeits- und Lebensbedingungen sehen.

In diesem Sinne habe ich persönlich während mehrfacher Besuche in Kopenhagen nachhaltig auf Lauritz Hansen eingewirkt.

Bitte mir daher zu erlauben, über Meissner an Lauritz Hansen folgendes Telegramm absenden zu dürfen: „Sozialminister Lauritz Hansen, Kopenhagen. Zum Eintritt in Dänische Regierung als Sozialminister darf ich Ihnen, sehr geehrter Herr Hansen, meine herzlichsten Glückwünsche aussprechen.“ Kieser.

Lediglich als übermittelnde Dienststelle.

v. Jagow.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1	}	an Dtschl. (Arb.Abt.)
Nr. 1a		
Nr. 2	}	- RAM
Nr. 2a		
Nr. 3		- St.S.
Nr. 4	}	- BRAM
Nr. 4a		
Nr. 5		- Botsch. Ritter
Nr. 6—14		- <i>Abt. Leiter:</i>
		6) Pol, 7) Recht,
		8) Dtschl., 9) Ha Pol,
		10) Kult, 11) Presse,
		12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15		- Dg. Pol.
Nr. 16		- Dg.Arbeitsabt. (wenn nicht Pol.Arbeitsabtlg. ist)
Nr. 17		- Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3		

361.

**Indberetning fra dr. Best ang. 1) dannelsen af regeringens Scavenius
2) bemyndigelsesloven.**

11. november 1942.

Geheim!

Durchschlag

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES DEUTSCHEN
REICHES IN DÄNEMARK

Kopenhagen, d. 11. November 1942.

556/42

Betrifft: Die Umbildung der dänischen Regierung

2 Durchschläge.

1 Anlage (fünf-fach)

An das

*Auswärtige Amt,
Berlin.*

1.) Wenige Stunden nach meiner Ankunft in Kopenhagen am 5.11.1942 erschien vereinbarungsgemäss der Aussenminister von Scavenius bei mir, um mir zu berichten, wie sich die Frage der Regierungsumbildung entwickelt habe, seit er am 3.11.1942 von Berlin zurückgekehrt war.

Er teilte zunächst mit, dass auf dänischer Seite der dringende Wunsch bestehe, dass ich den derzeitigen Staatsminister Buhl zu einer Aussprache empfinde. Ich lehnte dieses ab mit der Begründung, dass ich mit dem Staatsminister, dessen Rücktritt der Herr Reichsaussenminister gefordert habe, nicht mehr in Verhandlungen eintreten könne.

Von Scavenius bat nunmehr dringend darum, dass von der Forderung, dass er die neue Regierung bilde, Abstand genommen werden möge. Er begründete seine Ablehnung wie folgt:

- a) Er sei zu alt, um in einer so schwierigen Lage an die Spitze der Regierung zu treten.
- b) Er sei während seines ganzen Lebens nur Diplomat gewesen und verstehe nichts von den inneren Staatsgeschäften.
- c) Er finde keine Resonanz bei den Parteien und beim Reichstag.
- d) Er gelte, wenn er auf deutsche Forderung hin als Staatsminister berufen werde, in seinem Lande als Verräter, der sich in Berlin den Deutschen verkauft habe.

Auf meine Gegenfrage, wen er denn an seiner Stelle als Staatsminister vorschlage, nannte von Scavenius den Staatsbankdirektor Bramsnäs und bat dringend, dass ich diesen zu einer Aussprache empfangen möge. Da mir Bramsnäs unbekannt war, behielt ich mir meine Entscheidung vor.

2.) Meine Erkundigungen über Bramsnäs ergaben, dass er zwar Sozialdemokrat sei, dass aber von deutscher Seite keine Bedenken gegen ihn bestünden. Er sei bereits vor längerer Zeit von deutscher Seite als Nachfolger des Staatsministers Stauning ins Auge gefasst worden.

Ich entschloss mich nunmehr, durch scheinbares Eingehen auf die dänischen Vorschläge klar zu stellen, welche Möglichkeiten einer Regierungsneubildung auf dieser Linie bestünden. Ich teilte deshalb noch am Abend des 5.11.1942 dem Aussenminister von Scavenius mit, dass ich bereit sei, den Staatsbankdirektor Bramsnäs zu empfangen.

Bramsnäs, der am Vormittag des 6.11.1942 bei mir erschien, machte den Eindruck eines alten Mannes, der körperlich schwach und politisch unsicher ist. Er erklärte zunächst, dass er wegen seines Alters und wegen der Wichtigkeit seiner Aufgabe in der Staatsbank es für richtig halte, wenn ein anderer zum Staatsminister ernannt werde. Im Laufe des Gesprächs liess er sich aber doch auf sachliche Erörterungen über die Regierungsbildung ein und stellte beim Abschied konkrete Vorschläge in Aussicht.

Gegen Abend des 6.11.1942 wurde mir mittelbar bekannt, dass Bramsnäs die Bildung der Regierung abgelehnt habe, es verlautete, er habe im Laufe des Tages einen Nervenzusammenbruch erlitten.

Am späten Abend des 6.11.1942 wurde durch den Ministerialdirektor Svenningsen im Aussenministerium bei mir angefragt, ob ich geneigt sei, eine Kandidatur des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates Haug zuzulassen. Nachdem ich durch Erkundigungen festgestellt hatte, dass Haug wegen seiner ablehnenden Einstellung gegenüber dem Reiche untragbar sei, lehnte ich jede Erörterung über seine Kandidatur ab und ersuchte um den Besuch des Aussenministers von Scavenius am folgenden Vormittag.

3.) Als am Vormittag des 7.11.1942 der Aussenminister von Scavenius bei mir erschien, zeigte ich mich sehr entrüstet darüber, dass man mich einen ganzen Tag zwecklos hingehalten habe und erklärte ihm, dass ich nunmehr fordern müsse, dass er die Bildung der neuen Regierung übernehme. Nach einigen Einwendungen erklärte von Scavenius sich hierzu bereit. Er bat aber dringend, dass ich hinsichtlich der einzelnen Minister möglichst weitgehend seinen Vorschlägen entgegenkommen möchte, damit er, der bei der Mehrheitsparteien des Reichstags und in der Öffentlichkeit durchaus unbeliebt sei, doch eine legale Regierung bilden könne.

Ich bat ihn, mir möglichst noch am gleichen Tage seine Vorschläge zu übermitteln.

4.) Inzwischen hatte ich mit dem Parteiführer des DNSAP Dr. Frits Clausen die Frage erörtert, ob Angehörige seiner Partei oder ihr nahestehende Persönlichkeiten als Minister aufgezwungen werden sollten. Es wurde volle Einigkeit darüber erzielt, dass hiervon abzusehen sei. Denn es wäre nicht nur die Bildung einer legalen Regierung unmöglich gemacht worden, sodass nur ein geschäftsführendes Kabinett hätte gebildet werden können, das wiederum den nationalsozialistischen Ministern keine politische Auswirkung ermöglicht hätte. Dr. Clausen stellte sich vielmehr auf den Standpunkt, dass lieber die Träger des bisherigen Systems die unangenehmen Belastungen auf sich nehmen sollten, die der jetzt zu bildenden Regierung nicht erspart bleiben könnten. Dr. Clausen zieht es vor, freie Hand zu behalten und die kommende Zeit zu benutzen, um seine Bewegung im Lande vorwärts zu treiben.

5.) Im Laufe des 7.11.1942 hat von Scavenius mir nach und nach Vorschläge für die Besetzung der einzelnen Ministerien übermittelt.

Den Vorschlag, dem bisherigen Staatsminister Buhl das von ihm früher geleitete Finanzministerium wieder zu übertragen, lehnte ich ab, obwohl von Scavenius eindringlich geltend machte, dass ihm hierdurch die Regierungsbildung sehr erleichtert würde. Ebenso erklärte ich den bisherigen Finanzminister Andersen (deutschfeindlicher Sozialdemokrat) und den Kirchenminister Fibiger (deutschfeindlicher Konservativer) für gänzlich untragbar. Den bisherigen Unterrichtsminister Jörgensen wollte ich ebenfalls nicht mehr zulassen — Da aber Scavenius ihn als Fraktionsvorsitzenden seiner eigenen Partei (Radikale Linke) als unentbehrlich bezeichnete, machte ich zur Bedingung, dass Jörgensen das Unterrichtsministerium, durch das er die Jugend ungünstig beeinflussen könnte, abzugeben habe.

In der Nacht vom 7. auf 8.11.1942 um 1,30 Uhr liess mir von Scavenius mitteilen, dass er mit den beteiligten politischen Faktoren — Neunerausschuss des Reichstags und König — über die Bildung der neuen Regierung einig geworden sei. Nachträglich verlautete, dass der König selbst, als von Scavenius wegen der ihm von den Parteien bereiteten Schwierigkeiten die Regierungsbildung doch noch ablehnen wollte, ihn bestimmt habe, die Regierung zu bilden.

Gleichzeitig wurde mir mitgeteilt, dass der Neunerausschuss der Reichstagsparteien zugesagt habe, dass der Reichstag, der neuen Regierung das geforderte Ermächtigungsgesetz zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit gewähren werde.

6.) Die dem neuen Kabinett angehörenden Minister sind wie folgt zu charakterisieren:

a) Staatsminister und Aussenminister *Eric von Scavenius*:

geboren 13.6.1877 in Kopenhagen. 1906—08 Legationssekretär in Berlin. 1909—10 Aussenminister in der ersten Regierung Zahle. 1912 Gesandter in Wien und Rom.

1913—20 Aussenminister in der zweiten Regierung Zahle. 1924—32 Gesandter in Stockholm. Seit 1940 Aussenminister in der zweiten Regierung Stauning und in der Regierung Buhl.

Angehöriger der Partei Radikale Linke, gegenüber Deutschland stets positiv eingestellt —. Bereits während des 1. Weltkrieges gute Zusammenarbeit und freundschaftliche Beziehungen mit dem Deutschen Gesandten Grafen Brockdorff-Rantzau. Seit der Besetzung Dänemarks Verständnis für die deutschen Forderungen. Kühles Verhältnis zum Königshaus —. Während der letzten Krise Kritik an der Dynastie in einer Presseinformation. Bei den Parteien und in der Öffentlichkeit unbeliebt.

b) Finanzminister *Kofoed*:

geboren 11.3.1879 in Östermarie auf Bornholm. 1900 Volksschullehrer-Examen, 1903 Maturitätsprüfung, 1908 Staats-Examen für Höhere Lehrertätigkeit, 1909—20 Lehrer an der Höheren Schule in Rønne.

Angehöriger der Partei Radikale Linke. 1913—20 Reichstagsabgeordneter für den Aakirkeby Kreis.

Seit 1919 Vorsitzender des Staatlichen Lohnausschusses. Seit 1924 Chef des 1. Departements im Finanzministerium.

Gilt als Fachminister. Gegenüber Deutschland loyal.

c) Landwirtschaftsminister *Bording*:

geboren 11.4.1876 in Kragelund. Seit 1903 selbständiger Landwirt.

Angehöriger der Sozialdemokratischen Partei.

Seit 1920 Reichstagsabgeordneter. 1924—26 Landwirtschaftsminister in der ersten Regierung Stauning. Seit 1929 ständig Landwirtschaftsminister.

Durch lange Übung in die Aufgaben des Landwirtschaftsministers eingewöhnt. Als besonderer Förderer der Klein- und Kleinstlandwirtschaft von anderen Kreisen der Landwirtschaft öfter angegriffen. Schon bisher gegenüber deutschen Forderungen und Wünschen stets fügsam.

d) Unterrichtsminister Dr. phil. *Højberg-Christensen*:

geboren 5.4.1888 in Aalborg. Als tüchtiger Schulfachmann zum Inspektor im Unterrichtsministerium avanciert.

Wissenschaftlich und kulturpolitisch eindeutig nach Deutschland orientiert. Untersuchungen über die Lübecksche Kanzleisprache, viele Reisen nach Deutschland, häufiger Gast bei der Nordischen Gesellschaft und bei deutschen Universitäten. Interesse für deutsch-dänischen Lehrer- und Schüleraustausch. Seit der Besetzung aus dänischen Lehrerkreisen wegen deutschfreundlicher Einstellung angefeindet.

e) Arbeitsminister *Kjaerbøl*:

geboren 23.9.1885 in Kopenhagen. Von Beruf Schmied, gewerkschaftlich tätig —. 1926 Vorsitzender des dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiterverbandes. Angehöriger der Sozialdemokratischen Partei.

Seit 1935 Reichstagsabgeordneter. Exponent des fachlichen Flügels der Partei.

Deutschfreundlich, schon als Handelsminister 1935 für Zusammenarbeit mit Deutschland eingetreten. Im September 1942 Reise nach Berlin zum Studium der Deutschen Arbeitsfront. Vortrag im Rahmen der Nordischen Verbindungsstelle.

f) Sozialminister Laurits *Hansen*:

geboren 24.10.1894 in Kjelstrup bei Slagelse. 1925—36 Vorsitzender des dänischen Kessel- und Maschinenaufseher-Verbandes. 1936—39 Sekretär der Vereinigten Gewerkschaften. Seit 1939 Vorsitzender derselben.

Angehöriger der Sozialdemokratischen Partei. Exponent der fachlichen Organisation und sehr um das Wohl der Arbeiter bemüht.

Seit 1940 aus Einsicht und Überzeugung deutschfreundlich. 1940 Teilnahme an einer von der DAF veranstalteten Studienreise dänischer Gewerkschaftsführer nach Deutschland.

g) Justizminister *Thune-Jakobsen*:

geboren 1.10.1888 in Kopenhagen. Jurist. Von Anfang seiner Laufbahn an in der

Polizei tätig. 1933 Chef der Staatspolizei und Polizeidirektor in Kopenhagen. 1937 Reichspolizeichef. 1941 Justizminister. Parteilos.

Ausgesprochen deutschfreundlich. Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Deutsches Recht.

h) Verkehrsminister *Elgaard*:

geboren 1.2.1879. 1906—13 in der Landwirtschaft tätig. 1916—22 Schriftleiter beim „Randers-Venstre-Blad.“ Seit 1922 Schriftleiter beim „Randers Dagblad.“

Angehöriger der Venstre-Partei. 1912—15 Vorsitzender der Jugendorganisation. Seit 1922 Reichstagsabgeordneter. Seit 1940 Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Neunmänner-Ausschusses der Reichstagsparteien.

Ruhiger und ausgeglichener Politiker. Gegenüber Deutschland mindestens loyal.

i) Minister für Öffentliche Arbeiten *Gunnar Larsen*:

geboren 10.1.1902 in Frederiksborg. Inhaber eines grossen Zementkonzerns. Seit 1940 Minister für Öffentliche Arbeiten und Verkehr. Parteilos.

Deutschfreundlich und bestrebt, in dänischen Kreisen aufklärend für Deutschland zu wirken. Beteiligt an der Bildung des Ostausschusses im dänischen Aussenministerium —. Mit dem Vorsitzenden des Ausschusses Juncker 1942 Studienreise zum Reichskommissariat Ostland.

j) Innenminister *Jörgen Jørgensen*:

geboren 19.5.1888 in Kornerup. Früher Leiter verschiedener Schulvereinigungen. Seit 1935 Unterrichtsminister.

Angehöriger der Partei Radikale Linke. Seit 1928 Reichstagsabgeordneter. Fraktionsvorsitzender.

Von deutscher Seite mit einem gewissen Misstrauen betrachtet. Auf Wunsch des Staatsministers von Scavenius in der Regierung belassen, jedoch auf deutsche Forderung nicht in dem für die Jugendführung wichtigen Unterrichtsministerium, sondern in dem bedeutungslosen (da Polizei vom Justizministerium ressortiert) Innenministerium.

k) Handelsminister *Halfdan-Hendriksen*:

geboren 12.11.1881 in Kopenhagen. Früher in Schifffahrt und Fischindustrie tätig. Eigenes Import- und Exportgeschäft auf Island und Grönland. Vorsitzender wirtschaftlicher Vereinigungen.

Seit 1940 Handelsminister. Wirtschaftspolitisch Vertreter des Grosshandels.

Angehöriger der konservativen Partei. Seit 1924 Reichstagsabgeordneter. Innerhalb der Konservativen Partei persönlicher Gegner des ehemaligen Handelsministers Christmas Möller.

Gegenüber deutschen Forderungen und Wünschen verständnisvoll und loyal.

l) Verteidigungsminister *Brorsen*:

geboren 1.7.1875 in Farup bei Ribe. Landwirt.

Angehöriger der Venstre-Partei. Seit 1906 Reichstagsabgeordneter. 1922—24 Verteidigungsminister in der Regierung Neergaard. 1926—29 Verteidigungsminister in der Regierung Madsen-Mygdal. Seit 1940 wiederum Verteidigungsminister.

Gegenüber Deutschland zurückhaltend, hat vor kurzem im Ministerrat den Antrag gestellt, das dänische Heer aufzulösen und — nach Ablehnung — den weiteren Antrag, die Ausbildungszeit auf die Hälfte herabzusetzen und die bis jetzt ausgebildeten Soldaten sofort zu entlassen, was ebenfalls abgelehnt wurde.

m) Kirchenminister *Holbøll*:

geboren 14.12.1871 in Frederiksborg. Verwaltungsbeamter. Fast ausschliesslich im Unterrichtsministerium und im Kirchenministerium beschäftigt gewesen. Seit 1923 Abteilungsleiter im Kirchenministerium. Im vorigen Jahr fällige Pensionierung wegen seiner besonderen Fachkenntnisse zurückgestellt. Parteilos. Gegenüber Deutschland stets korrekt.

7.) Am 9.11.1942 wurde die Regierungsumbildung amtlich bekannt gegeben.

Ich gab nunmehr an alle deutschen Dienststellen (einschliesslich Wehrmacht) in Dänemark die folgende Sprachregelung aus:

- „a) Der Rücktritt der bisherigen dänischen Regierung war notwendig als sichtbares Zeichen dafür, dass eine Zeit der Unklarheit und Spannung, verursacht durch mangelnden guten Willen auf dänischer Seite, abgelöst werden soll durch eine Zeit aufrichtigerer und engerer Zusammenarbeit Dänemarks mit dem Grossdeutschen Reiche.
- b) Die neue dänische Regierung ist verfassungsmässig und mit Zustimmung der Parteien, die die Mehrheit des dänischen Reichstages darstellen, gebildet — also nicht von deutscher Seite oktroyiert worden. Sie wird von deutscher Seite danach beurteilt werden, in welchem Masse sie in loyaler Zusammenarbeit mit dem Bevollmächtigten des Reiches den Notwendigkeiten der deutschen Kriegsführung genügen und für stete Verbesserung des politischen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern sorgen wird.
- c) Die Stellungnahme jedes Repräsentanten des Reiches und jedes Reichsdeutschen zum Lande Dänemark und seiner Bevölkerung hat zum Ausdruck zu bringen, dass Deutschland von dem stammverwandten Nachbarland Verständnis und Mitarbeit für seinen gegenwärtigen Kampf erwartet und Feindseligkeiten mit entsprechenden Massnahmen beantwortet wird.“

8.) Am 10.11.1942 machte mir der neue Staatsminister und Aussenminister von Scavenius seinen offiziellen Antrittsbesuch. Er bat zugleich um meine Zustimmung, die ich erteilte, zu der folgenden Regierungserklärung:

„Wie am 9. ds. Mts. mitgeteilt, haben die Verhältnisse sich so entwickelt, dass ein Regierungswechsel notwendig geworden ist. Dieser Regierungswechsel hat in einer für das Land ernsten Situation stattgefunden. Die neu gebildete Regierung, die jetzt ihre Funktionen übernommen hat, wird nach innen die bisher geführte Politik fortsetzen, indem sie ihre Aufmerksamkeit auf alle Erscheinungen auf wirtschaftlichem, finanziellem und beschäftigungsmässigem Gebiet hier im Lande richten und auf diesen Gebieten für eine gesunde und für Land und Volk nützliche Entwicklung arbeiten wird.

Nach aussen wird die Regierung es als ihre wichtigste Aufgabe ansehen, für eine Stärkung und Befestigung des guten und freundnachbarlichen Verhältnisses zwischen Dänemark und Deutschland zu wirken und eine gegenseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit zu fördern in dem Wunsche, weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen für die befruchtende Wechselwirkung zwischen Dänisch und Deutsch, die durch die Zeiten so grosse Bedeutung gehabt hat.

In Erkenntnis der europäischen Schicksalsgemeinschaft ist sich die Regierung der Verantwortung bewusst, die auch ein kleines Land wie Dänemark im Hinblick auf den Aufbau des kommenden neuen Europas hat, und sie wird nach Kräften ihre Mitwirkung zur Lösung solcher Aufgaben, die in dieser Verbindung unserem Lande natürlicherweise zufallen werden, zur Verfügung stellen.

Die Regierung wird die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande sichern. Sie wird Sabotagen und andere Verbrechen, die sich direkt oder indirekt gegen die Besatzungstruppen richten, nicht dulden.

Der Standpunkt der Regierung gegenüber dem Kommunismus ist klar. Seit Annahme des Gesetzes vom 22. August 1941 ist kommunistische Betätigung hier im Lande ungesetzlich. Das fand seine Bekräftigung durch den Eintritt Dänemarks in den Antikominternpakt, demzufolge die dänische Regierung verpflichtet ist, auf dänischem Gebiet die auflösende und zersetzende Tätigkeit der kommunistischen Internationale zu bekämpfen.“

9.) Weiter gab er mir seine Absicht bekannt, das folgende Telegramm an den Herrn Reichsaussenminister zu senden, gegen das ich Bedenken nicht zu äussern hatte:

„In dankbarer Erinnerung unserer Besprechung am 2. November beehre ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass ich am heutigen Tage das Amt des Staats- und Aussenministers im neu gebildeten Kabinett übernommen habe. Als verantwortlicher Leiter der Politik Dänemarks werde ich es nach aussen hin als meine erste Aufgabe

betrachten, im Verfolg meiner bisherigen Linie mich für eine gegenseitig vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland im neuen Europa einzusetzen. Für Ihr wohlwollendes Verständnis für die hiesige Lage spreche ich Euer Exzellens meinen aufrichtigen Dank aus und verbleibe in ausgezeichnetster Hochachtung Ihr sehr ergebener

gez. *Erik von Scavenius.*“

10.) Der Staatsminister von Scavenius hat mir versichert, dass noch nie in Dänemark eine Regierung so schnell gebildet worden sei wie die seine.

11.) Das Ermächtigungsgesetz ist heute — am 11.11.1942 — vom Reichstag angenommen worden.

Der Wortlaut ist beigelegt.

gez. **Dr. Best.**

Zeitweiliges Gesetz über Ermächtigung der Regierung, Bestimmungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu treffen

§ 1.

Die Regierung wird ermächtigt, durch Königliche Anordnung Verbote oder Gebote zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit in dem Umfange zu erlassen, in welchem es notwendig erscheint, Handlungen entgegenzuwirken, die bei den vorliegenden ernststen Verhältnissen und der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen geeignet sind, die Interessen des Landes in Gefahr zu bringen.

§ 2.

Die Strafe für Übertretung einer in Verfolg des § 1 erlassenen Anordnung wird in der Anordnung innerhalb der im 6. Kap. des Bürgerlichen Strafgesetzes angegebenen Rahmen festgesetzt. Weiter können in der Anordnung besonders Regeln für die Behandlung und Aburteilung von die Übertretung ihrer Bestimmungen betreffenden Sachen festgesetzt werden.

§ 3.

Über die in Verfolg des § 1 erlassenen Anordnungen wird einem vom Reichstag nach den Regeln des § 49 der Verfassung gewählten Ausschuss Mitteilung gegeben, der verlangen kann, dass ihm nähere Aufklärungen über die Verhältnisse vorgelegt werden, die zum Erlass der Anordnung geführt haben.

§ 4.

Dieses Gesetz, das nicht für die Færøer gilt, tritt sofort in Kraft. Durch Königliche Anordnung kann Bestimmung über seinen Fortfall getroffen werden. Im Falle des Regierungswechsels hat das Gesetz nur dann weiter Gültigkeit, wenn es durch Beschluss beider Tings des Reichstages bestätigt wird; die in Verfolg des Gesetzes erlassenen Anordnungen bleiben jedoch in Kraft, bis sie durch Königliche Anordnung oder Gesetz aufgehoben werden.

11.

Regeringen Scavenius
9. november 1942—29. august 1943

(Tyske dokumenter)

362.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. 1) gesandt Mohrs
tilbagevenden til Berlin 2) afvisning af et eventuelt dansk ønske om
tysk gesandt i Danmark.**

28. november 1942.

Geheime Reichssache!

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G.Schreiber.)

Sonderzug, den 28. November 1942 00,45 Uhr
Ankunft: den 28. November 1942 1,35 Uhr

RAM 126/R

Nr. 1497 vom 28.11.

- 1.) Chiffr. Büro Aus.Amt Telko
 - 2.) Diplogerma Kopenhagen
- Tel. i. Ziff. (Geh.Ch.Verf.)

Auf den Bericht vom 18. November. *Ausw./254/42.*

Die gesprächsweise an Herrn Barandon gerichtete Frage, ob die dänische Regierung damit rechnen könne, dass dem Gesandten Mohr die Rückkehr auf seinen Posten in Berlin gestattet würde, kann positiv beantwortet werden. Hingegen würde eine von dänischer Seite etwa an uns gestellte Frage, ob nicht auch wieder ein deutscher Gesandter bei dem Dänischen König beglaubigt werden könnte, eine negative Antwort finden. Bei einem Gespräch Barandons mit seinem dänischen Gesprächspartner bitte ich selbstverständlich den letzteren Punkt von uns aus überhaupt nicht zu berühren.

Ribbentrop.

Vermerk:

Unter Nr. 2134 an Diplogerma
Kopenhagen weitergeleitet.
Tel.Ktr., 28.11.42. 5¹⁵

St.S. Keppler
U.St.S.Pol.
U.St.S.R.
Botsch. Ritter
U.St.S. Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha.Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.

Chef Prot.
Dg.Pol.
Arb.Expl. bei Pol. VI
Ges. v. Grundherr

363.

Telegram fra dr. Best ang. aftale med statsminister Scavenius om, at lovforslag og udnævnelser af højere embedsmænd skal forelægges ham til godkendelse.

4. december 1942.

Telegramm
(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 4.12.1942 21.30 Uhr
Ankunft, den 4.12.1942 22.10 Uhr

Nr. 1824 vom 3.12.

Um die von mir ausgeübte Aufsicht über die dänische Regierung und Verwaltung zu verbessern, habe ich mit dem dänischen Staatsminister folgendes vereinbart:

1.) Alle Gesetzentwürfe sowie die Entwürfe aller „Königlichen Anordnungen“ (das heisst Rechtsverordnungen) und bedeutsamere Bekanntmachungen (das heisst Verwaltungserlasse) werden mir von dem Staatsminister zur Kenntnisaufnahme zugeleitet, sodass ich rechtzeitig Einsprüche, die im Reichsinteresse etwa erforderlich werden, erheben kann.

2.) Die beabsichtigte Ernennung deputierter Beamten des gesamten auswärtigen Dienstes, der Ministerialbeamten in leitenden politischen Stellen (Direktoren, Abteilungschefs, Departementschefs) und höheren Beamten der politischen Behörden, insbesondere der Beamten der Polizeizentralen, der Polizeimeister und entsprechenden Beamten, die mit deutschen Stellen zu verhandeln haben, wird mir so rechtzeitig mitgeteilt, dass ich Einsprüche, die im Reichsinteresse etwa erforderlich werden, erheben kann.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1 \	
Nr. 1a)	an Pol VI (Arb.St.)
Nr. 2 \	
Nr. 2a)	- RAM
Nr. 3	- St.S.
Nr. 4 \	
Nr. 4a)	- BRAM
Nr. 5	- Botsch. Ritter
Nr. 6—14	- Abt. Leiter:
	6) Pol., 7) Recht,
	8) Dtschld., 9) Ha Pol.,
	10) Kult, 11) Presse,
	12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15	- Dg.Pol.
Nr. 16	- Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arb.Abt. ist)
Nr. 17	- Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3	

364.

Telegram fra dr. Best ang. general v. Hannekens forholdsregler i Thisted.

5. december 1942.

*Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 5. Dezember 1942 14,00 Uhr.
 Ankunft: — 5. — — 15,55 — .

Nr. 1829 vom 4.12.

Am 25. November 1942 wurde mir während meiner Dienstreise durch Jütland in Aarhus gemeldet, dass der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark General Hanneken wegen eines Zwischenfalles in Thisted (Nordjütland) die folgenden Massnahmen angeordnet habe:

1. Verbot für die Bevölkerung von 16,30 Uhr bis 5 Uhr die Strasse zu betreten,
2. Auslobung einer Belohnung von 10 000 Kronen auf Kosten der Stadt Thisted,
3. Anordnung einer Strafkontribution von 50 000 Kronen gegen die Stadt Thisted.

Grund der Anordnung war die Anzeige einer Nachrichtenhelferin der Luftwaffe, sie sei am 24. November 1942 von drei angetrunkenen Dänen überfallen und nach einem Vergewaltigungsversuch in den Limfjorden geworfen worden.

Ich ersuchte noch am späten Abend des 25. November fernmündlich den General Hanneken von der Strafkontribution sowie von einer Belastung der Stadt Thisted mit der ausgelobten Belohnung (die nach dänischem Recht vom Staat und nicht von einer Gemeinde zu zahlen ist) abzusehen. Der General gab dem Ersuchen nach.

Als ich am 27. November 1942 mit dem General Hanneken nach Thisted kam, berichtete uns der die Untersuchung führende Kriegsgerichtsrat, dass die Aussagen der Nachrichtenhelferin sehr zweifelhaft geworden seien und dass mit der Möglichkeit einer falschen Anzeige zu rechnen sei. Der General, der dort der Nachrichtenhelferin feierlich seine Anerkennung hatte aussprechen wollen, hob nunmehr auch die Verkehrssperre für die Stadt Thisted auf.

Nach zwei Tagen legte die Nachrichtenhelferin das Geständnis ab, dass sie aus persönlichen Gründen, die mit ihrer vor kurzem erfolgten Heirat mit einem Soldaten zusammenhängen, einen Selbstmordversuch gemacht habe, den sie jedoch im kalten Wasser aufgab; zur Rechtfertigung ihres Zustandes habe sie den Überfall erfunden. Sie wurde nunmehr vom Kriegsgericht wegen falscher Anzeige zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Die Zeitungen in Thisted haben heute die folgende Mitteilung, die von dem Wehrmachtspressesprecher und meinem Pressereferenten formuliert, veröffentlicht:

„Schwere Strafe für eine Wehrmachtsangehörige. Wegen Abgabe einer falschen Meldung.

Die deutsche Wehrmachtsangehörige Emma Schmidt, die bei einer Wehrmachtsdienststelle in Thisted beschäftigt war, wurde am 1. Dezember von dem Feldkriegsgericht wegen Abgabe einer falschen Meldung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, dass die Angehörige aus Minderwertigkeitskomplexen ihrem Ehemann gegenüber einen Selbstmordversuch unternommen hatte und in den Limfjorden gesprungen war.

Im Wasser hat sie ihren Selbstmordversuch aufgegeben, sie schwamm ans Ufer zurück, kehrte völlig durchnässt in das Heim der weiblichen Wehrmachtsangehörigen zurück, wagte aber nicht die Wahrheit einzugestehen. Sie behauptete vielmehr, dass drei Dänen an ihr einen Notzuchtversuch verübt und sie dann ins Wasser geworfen hätten. Da

sie diese Behauptung in der Form einer dienstlichen Meldung ihrer vorgesetzten Dienststelle gegenüber aufrechterhielt, wurde ihr Glauben geschenkt und sowohl von den deutschen wie den dänischen Behörden umfangreiche Ermittlungsaktionen eingeleitet. Weiter wurden schwerwiegende Massnahmen gegen die Bevölkerung der Stadt Thisted getroffen. Die Angeklagte hat damit vorsätzlich eine dienstliche Meldung unrichtig erstattet und fahrlässig einen erheblichen Nachteil herbeigeführt. Das Ansehen der deutschen Wehrmacht ist dadurch schwer geschädigt worden. Deshalb hat das Feldkriegsgericht auch auf eine harte Freiheitsstrafe gegen die bisher unbestrafte und im Dienst gut beurteilte Angeklagte erkannt und die sofortige Verhaftung und Überführung in das Frauengefängnis Hamburg angeordnet.“

Nachdem ich den General Hanneken veranlasst hatte, von der Strafkontribution gegen die Stadt Thisted abzusehen, hat mir am 26. November 1942 der dänische Staatsminister von Scavenius, dem die Anordnung bereits übermittelt worden war, das folgende Telegramm nach Jütland gesandt: „Habe mit grösster Befriedigung von der gestern abend in der Thisted-Sache getroffenen verständnisvollen Entscheidung Kenntnis erhalten und möchte Ihnen für Ihre wirkungsvolle Eingreifen aufrichtig danken. Erik Scavenius.“

Hieraus ergibt sich, welche Bedeutung für die dänische Regierung die angedeutete Massnahme gehabt hätte. Um so grösser ist nunmehr die Blamage und der Prestigeverlust der deutschen Wehrmacht.

Ich bitte auf diesen Bericht hin nichts zu veranlassen, da ich hoffe, den General Hanneken bei längerer Zusammenarbeit in steigendem Masse von unbesonnenen Massnahmen zurückhalten zu können. Der Vorfall zeigt aber, dass keine Massnahme der Besatzung, die sich gegen die Bevölkerung oder gegen die Behörden des Landes richtet, als „rein militärische“ bezeichnet werden kann, sondern, dass solche Massnahmen stets politische Bedeutung haben.

Dr. Best.

365.

Indberetning fra dr. Best ang. konflikt med general v. Hanneken.

6. december 1942.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES REICHES
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 6.12.1942.

II/42

Betrifft: Die Tätigkeit der deutschen Kriegsgerichte
in Dänemark.

2 Durchschläge.

An das
Auswärtige Amt,
Berlin.

Den folgenden Bericht über eine Auseinandersetzung mit dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark erstatte ich zur vorsorglichen Unterrichtung für den Fall, dass von Seiten des OKW diese Frage an das Auswärtige Amt herangetragen werden sollte.

Am 3.12.1942 fand beim Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark unter der persönlichen Leitung des Generals von Hanneken eine Besprechung statt, in der ent-

schieden werden sollte, ob bestimmte Strafsachen gegen dänische Staatsangehörige von den deutschen Kriegsgerichten abgeurteilt oder an die dänischen Gerichte abgegeben werden sollten.

An dieser Besprechung nahm in meinem Auftrage der Regierungsdirektor Dr. Stalman von meiner Hauptabteilung II (Verwaltung und Innenpolitik) teil, der mir über den Verlauf der Besprechung den folgenden Bericht erstattete:

„Ich habe dem Befehlshaber entsprechend dem Auftrag, den ich vom Herrn Reichsbevollmächtigten erhalten hatte, ausführlich auseinandergesetzt, aus welchen Gründen politischer Art der Reichsbevollmächtigte Wert darauf legen müsse, in möglichst weitem Umfange das System der Aburteilung von Dänen, die sich gegen die Interessen der Deutschen Wehrmacht oder deutsche politische Interessen vergangen haben, durch dänische Gerichte aufrecht erhalten zu sehen. Ich legte den besonderen Ton meiner Ausführungen darauf, dass diese Auffassung des Reichsbevollmächtigten nichts mit irgendwelcher „weichen“ Einstellung zu tun habe, sondern lediglich auf der Erkenntnis beruhe, dass auf diese Weise den deutschen Belangen am besten Rechnung getragen werde.

Die Erörterung dieses Punktes zwischen dem Befehlshaber und mir nahm etwa 1½ Stunden in Anspruch. Während eines Teiles dieser Erörterung geriet der Befehlshaber dabei in eine gewisse Erregung, die sich offensichtlich nicht gegen mich persönlich, sondern gegen die Haltung des Reichsbevollmächtigten und der „Inneren Verwaltung“ richtete. Er führte etwa aus, dass er die Einmischung des Reichsbevollmächtigten und der „Inneren Verwaltung“ in militärische Angelegenheiten nunmehr eine Zeitlang angesehen habe, dass sie aber für ihn unerträglich werde. Er sähe eine Lösung nur darin, dass in Zukunft militärische Angelegenheiten allein von ihm behandelt würden, ohne irgendeine Mitwirkung des Reichsbevollmächtigten, während der Reichsbevollmächtigte die politischen Angelegenheiten zu behandeln habe. Ich wandte ein, dass nun einmal eine ganze Reihe militärischer Entscheidungen über die Durchführung von Kriegsgerichtsverfahren gegen Dänen, um die es sich hier handele, weittragende politische Folgen hätten, für die der Reichsbevollmächtigte verantwortlich sei, und dass er deshalb auch an diesen Entscheidungen beteiligt werden müsse.

Der Befehlshaber war diesem Einwand gegenüber uneinsichtig. Er ging soweit, dass er sich im Laufe der Erörterungen dahin äusserte: Wenn er Entscheidungen militärischer Art zu treffen habe, dann würden der Reichsbevollmächtigte oder die Innere Verwaltung mit ihrer „Milde gegenüber den guten Dänen“ und ihren „Beziehungen“ vorstellig, um ihn zur Änderung seiner Entscheidung zu bewegen. Dieser Äusserung bin ich, sofort nachdem sie gefallen war, scharf entgegengetreten, indem ich erwiderte, dass der Befehlshaber sich irre, wenn er glaube, dass Vorstellungen von unserer Seite auf Grund einer „milden“ Einstellung gegenüber den Dänen, geschweige denn auf Grund von „Beziehungen“ erfolgten.

In einem späteren Stadium der Besprechung äusserte der Befehlshaber sich dann in ähnlichem Zusammenhang wie folgt: „Immer, wenn er scharfe Massnahmen gegenüber den Dänen treffen wolle, käme die Innere Verwaltung und scheisse sich in die Hosen.“

Ich habe mich nach kurzer Überlegung entschlossen, trotz dieser persönlichen Kränkung die Besprechung fortzuführen. Es kam mir darauf an, uns in der erörterten Sache durchzusetzen; wegen der Entscheidung über etwaige Schritte gegenüber den beleidigenden Worten des Befehlshabers wollte ich dem Herrn Reichsbevollmächtigten nicht vorgreifen.

Es gelang im weiteren Verlauf der Besprechung schliesslich, den Befehlshaber sachlich soweit zu überzeugen, dass er doch anordnete, dass das Verfahren in Sachen „De frie Danske“ an die dänischen Gerichte abgegeben wird; darüberhinaus hat er sein Kriegsgericht mit der Ausarbeitung eines Vorschlages über die grundsätzliche Behandlung von Vergehen dänischer Staatsangehöriger gegen die Deutsche Wehrmacht beauftragt, der dann mit uns erörtert werden soll.“

Dieser Bericht hat mich veranlasst, noch am selben Tage an den General von Hanneken das folgende persönliche Schreiben zu richten:

„Der Bericht, den mir der Regierungsdirektor Dr. Stalman über den Verlauf der heute unter Ihrem Vorsitz durchgeführten Besprechung über Gerichtsangelegenheiten erstattet hat, zwingt mich leider, Ihnen auf diesem Wege folgendes mitzuteilen:

Zum sachlichen Thema muss ich mich gegen die von Ihnen geäußerte Unterstellung verwahren, dass ich und meine Behörde bestrebt seien, einerseits eine milde Behandlung dänischer Rechtsbrecher zu erwirken und andererseits der dänischen Regierung und Justiz Gefälligkeiten zu erweisen. Das Gegenteil ist richtig. Soweit dänische Gerichte über Angriffe gegen die deutsche Position in Dänemark zu urteilen haben, beeinflusse ich sie — was ich gegenüber deutschen Gerichten nicht tun kann noch will — zur Anwendung weit höherer Strafen, als sie in der normalen Rechtsprechung dänischer und selbst deutscher Gerichte ausgesprochen würden. Der einzelne dänische Rechtsbrecher soll also auch auf dem von mir für richtig gehaltenen Wege hart bestraft werden. Wenn ich aber wünsche, dass in möglichst weitem Umfange die dänischen Gerichte und nicht die deutschen Gerichte dänische Rechtsbrecher aburteilen, so will ich damit nicht der dänischen Regierung und Justiz einen Gefallen erweisen, sondern im Gegenteil — entsprechend der von mir eingeschlagenen politischen Gesamtlinie — dem dänischen Staat ein Maximum an Verantwortung und an eigener Tätigkeit für die deutschen Interessen in Dänemark aufbürden. Werden meine Forderungen erfüllt, so hatsich die dänische Regierung und Verwaltung eindeutig auf unsere Linie festgelegt. Versagt der dänische Staatsapparat, so werden hierdurch die künftig von uns zu treffenden Massnahmen eindeutig gerechtfertigt. Werden aber vor einem Versagen des dänischen Staatsapparates zu weit gehende deutsche Massnahmen angewendet, so erhält hierdurch die Gegenseite die Möglichkeit, eine von ihr nicht verschuldete deutsche Tendenz mit nur allzudeutlicher politischer Zielsetzung zu unterstellen.

Nur der Vollständigkeit halber stelle ich fest, dass mir selbstverständlich das militärische Prinzip, dass ein Heer sich selbst schützt und nicht fremden Schutz in Anspruch nimmt, wohl bekannt ist und dass ich seine Anwendung gegen unmittelbare und schwere Angriffe auf die deutsche Wehrmacht in Dänemark durchaus anerkenne. Dagegen halte ich die Anwendung meines vorstehend umrissenen Prinzips auf das weite Gebiet der mittelbaren Angriffe und der kleinen Zwischenfälle auch für die deutsche Wehrmacht in Dänemark für durchaus tragbar.

Leider muss ich auch gegen persönliche Kränkungen Verwahrung einlegen, die Sie in der heutigen Besprechung gegen meine Behörde bzw. gegen einzelne meiner Mitarbeiter ausgesprochen haben. Sie haben von „Beziehungen“ gesprochen, die mich und meine Behörde zur Milde gegenüber den Dänen veranlassen. Sie haben weiter geäußert, dass, wenn Sie scharfe Massnahmen treffen wollten, „die innere Verwaltung komme und sich in die Hosen scheisse“.

Sie werden bei ruhiger Überlegung die Schwere der hiermit ausgesprochenen persönlichen Kränkungen nicht verkennen. Ich hoffe deshalb, dass Sie eine Formel finden werden, die im Interesse der notwendigen sachlichen Zusammenarbeit diese persönlichen Kränkungen aus der Welt schafft.“

Am 4.12.1942 ist der Chef des Stabes des Befehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark Oberst Graf von Brandenstein-Zeppelin bei mir erschienen und hat mir erklärt, dass der General von Hanneken nicht die Auffassung von meiner und meiner Mitarbeiter Haltung habe, die offenbar aus seinen Worten herausgelesen worden sei. Er habe auch meine Mitarbeiter nicht persönlich beleidigen wollen. Zur Sache habe er den Wunsch, sich nach seiner Rückkehr aus Berlin am 8.12.1942 mit mir über die Frage der Gerichtsbarkeit eingehend auszusprechen, wobei sich herausstellen werde, dass er im wesentlichen meine Auffassung teile. Ich habe mich mit der vorgeschlagenen Besprechung einverstanden erklärt; über ihr Ergebnis werde ich berichten.

366.

**Telegram fra dr. Best ang. statsminister Scavenius' tale 15. februar
under finanlovdebatten.**

16. december 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 16. Dezember 1942 — 17,15 Uhr

Ankunft: — 16. — — — 18. - —

Nr. 1880 vom 16.12.

Die gestrige im Rahmen der Finanzdebatte gehaltene Rede des Staatsministers von Scavenius, deren Wortlaut mit Drahtbericht Nr. 1879*) vom 16.12. gemeldet ist, enthält einige bemerkenswerte Äusserungen zum deutsch-dänischen Verhältnis. Scavenius wandte sich insbesondere gegen eine verantwortungslose Propaganda. Er sprach von dänischen Stimmen im Äther und anderswo, die zu Sabotage und Verbrechen aufreizen und damit die Interessen des dänischen Volkes auf das schwerste gefährden. Er warnte dringend vor einer solchen privaten Aussenpolitik. Er erwähnte zum ersten Male auch eine Rede des in Opposition stehenden Parteiführers Fritz Clausen, dessen Äusserungen er bis dahin stets zu ignorieren pflegte und sprach die Überzeugung aus, dass auch Clausen, obwohl er nicht bereit sei, die Regierung zu stützen, doch in einem Punkte mit den übrigen Wortführern einig sei, nämlich hinsichtlich der Notwendigkeit, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten und jede Sabotage oder ähnliche Vergehen zu bekämpfen. Die Rede des Staatsministers bildet in ihrer ruhigen Entschiedenheit eine beachtliche Kundgebung zur Politik der neuen Regierung.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1 }	an Pol.VI (Arb.St.)
Nr. 1a }	
Nr. 2 }	- RAM
Nr. 2a }	
Nr. 3	- St.S.
Nr. 4 }	- BRAM
Nr. 4a }	
Nr. 5	- Botsch. Ritter
Nr. 6—14	- <i>Abt. Leiter:</i>
	6) Pol., 7) Recht,
	8) Dtschld., 9) Ha Pol,
	10) Kult, 11) Presse,
	12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15	- Dg.Pol.
Nr. 16	- Dg. Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arb. Abt. ist)
Nr. 17	- Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3	

*) bei Pol VI

367.

Telegram fra dr. Best ang. udnævnelse af en ny italiensk gesandt.

17. december 1942.

*Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 17. Dezember 1942, 12.30 Uhr
 Ankunfft: — 17. — — 14.10 Uhr

Nr. 1882 vom 17.12.

Zu der Mitteilung betreffend Bestellung eines neuen italienischen Gesandten in Kopenhagen vom 7. Dezember 1942 Pol IV 3431 berichte ich, dass mir die Bestellung neuer Gesandter in Kopenhagen politisch unerwünscht erscheint. Sie stärkt das dänische Souveränitätsbewusstsein und wirkt dadurch der vom Führer gewünschten politischen Entwicklung entgegen. Im Falle Spanien habe ich davon abgesehen, ein Einschreiten des Auswärtigen Amtes vorzuschlagen, da mir die Schwierigkeit einer Intervention in Madrid bewusst war. Im Falle Italien bitte ich jedoch zu erwägen, ob nicht doch bei der italienischen Regierung geltend gemacht werden kann, dass sich gegen die Bestellung eines neuen italienischen Gesandten in Kopenhagen Bedenken ergeben hätten, weil dieser ohne sein Zutun gegen den Reichsbevollmächtigten ausgespielt und dadurch in eine unangenehme Lage gebracht werden könnte.

Dr. Best.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

Botsch.Ritter

U.St.S.Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef. Prot.

Dg.Pol.

Arb.Expl. bei Pol.VI

Ges. v. Grundherr

368.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. samtale med gesandt Mohr
om regeringen Scavenius.**

21. december 1942.

St.S.No. 747

Berlin, den 21. Dezember 1942.

Der *Dänische* Gesandte machte mir nach seiner Rückkehr heute seinen ersten Besuch.

Er erwähnte, die innenpolitische Stellung des Ministers Scavenius habe sich im Laufe der Zeit gestärkt. Scavenius fühle sich jetzt gut im Sattel. Das Verhältnis zwischen dem Reichsbevollmächtigten Dr. Best und Scavenius stellte der Gesandte gleichfalls als sehr befriedigend hin.

gez. **Weizsäcker.**

Herrn RAM
Herrn U.St.S.Pol.
Herrn Dg.Pol.
Herrn Ges. v. Grundherr
Herrn Dir. Pers
Protokoll

369.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. forespørgsel af gesandt Mohr
om nytårshilsener mellem kong Christian X og rigskansler Hitler.**

21. december 1942.

St.S. No. 748

Berlin, den 21. Dezember 1942.

Der *Dänische* Gesandte sondierte heute bei mir vorsichtig, wie es wohl mit den sonst zwischen dem Führer und dem König von Dänemark üblichen Neujahrsglückwünschen zu halten wäre. Herr Mohr sagte gleich, der König sei noch krank. Die Geschäfte würden vom Kronprinzen versehen, sodass dieser zu Neujahr gegenüber fremden Staatsoberhäuptern als Repräsentant auftrete.

Es schien mir als wolle der Gesandte mit dieser Bemerkung gleich die Brücke dazu bauen, dass ein Telegrammaustausch zum bevorstehenden Neujahrstag unter den Tisch fallen könnte.

Ich habe mich nicht aus dem Stegreif äussern wollen und behielt mir weiteres vor.

Hiermit dem *Chef des Protokolls* mit der Bitte um Rücksprache.

gez. **Weizsäcker.**

Durchdruck:

Herrn U.St.S.Pol.
Herrn Dg. Pol.
Herrn Ges. v. Grundherr

370.

Telegram fra dr. Best ang. kong Christian Xs nytårstale.

31. december 1942.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 31. Dezember 1942 — 20,30 Uhr
 Ankunft: den 31. December 1942 — 20,50 Uhr

Nr. 1936 vom 31.12.

Betr.: Rundfunkansprache des König am 1.1.1943.

Der König von Dänemark wird am 1. Januar 1943 19 Uhr, über den Staatsrundfunk eine Ansprache halten, deren Inhalt das Aussenministerium mir wie folgt mitgeteilt hat:

„Wieder ist ein für das Land ernstes Jahr verflossen. Der König teilt die gemeinsamen Wünsche, dass das Jahr 1943 hellere Zeit für uns alle bringen möge. Er spricht allen denjenigen seine Teilnahme aus, die durch die ernsten Ereignisse zu Lande und zur See Verwandte verloren haben. Er dankt für die Blumen, Briefe und Gaben, die er während seiner Krankheit erhalten hat. Er richtet seinen Dank an die Ärzte und Krankenschwestern, die ihn betreut haben. Er spricht die Hoffnung aus, dass es nicht lange dauern wird, bis er die Folgen des Unfalls überwunden hat und sein gewöhnliches Leben wieder aufnehmen kann. Er erbittet den Segen für alle dänischen Heime und entbietet allen Landsleuten seinen Gruss“.

Diese Ansprache unterscheidet sich durch ihren zurückhaltenden und positiv gefassten Inhalt von der recht negativen und mit politischen Schärfen versehenen Ansprache, die der König am 1. Januar 1942 über Rundfunk gehalten hat. Bemerkenswert ist, dass er den Angehörigen der gefallenen dänischen Freiwilligen seine Teilnahme ausspricht, die die einzigen Dänen sind, die „zu Lande“ dem Kriege zum Opfer fielen (wie übrigens auch die „zur See“ umgekommenen Dänen fast ausschliesslich für Deutschland fuhren).

Mit Rücksicht auf den mitgeteilten Inhalt habe ich davon abgesehen, gegen die Ansprache Einwendungen zu erheben. Ein Einschreiten gegen die Ansprache hätte zweifellos die gesamte „Königsfrage“ aufgerollt, woran angesichts der politischen Zurückhaltung des Königs und der positiven Arbeit der Regierung Scavenius kein deutsches Interesse besteht.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

- | | | |
|----------------|---|-------------------------------------|
| Nr. 1 | } | an Pol VI (Arb.St.) |
| Nr. 1a) | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2a) | | |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4a) | | |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - Abt. Leiter: |
| | | 6) Pol., 7) Recht, |
| | | 8) Dtschld., 9) Ha Pol, |
| | | 10) Kult, 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg. Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol. Arb. |
| | | Abt. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |
| Dies ist Nr. 3 | | |

371.

Brev fra dr. Best til statssekretær E. v. Weizsäcker ang. situationen i Danmark.

9. januar 1943.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES REICHES
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, 9.1.43.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär.

Es hat mir sehr leid getan, dass ich mich während meiner unfreiwilligen kurzen Anwesenheit in Berlin nicht bei Ihnen melden konnte, um Ihnen in Kürze über die Lage in Dänemark zu berichten. Als mir nach häufigen Anrufen nach 12 Uhr ein Termin für 13 Uhr mitgeteilt wurde, war ich für diesen Zeitpunkt mit einigen Herren von der Reichsführung SS verabredet, die ich fernmündlich nicht mehr erreichen konnte, um ihnen abzusagen. Später waren Sie — wie mir mitgeteilt wurde — nicht mehr frei.

Der Gegenstand meiner Besprechung mit Herrn Unterstaatssekretär Luther, zu der ich nach Berlin bestellt worden war, war die Frage der Bildung einer „germanischen SS“ in Dänemark unter dem Namen eines „Schalburg-Korps“, die vom Reichsführer SS gewünscht und von der Abteilung Deutschland abgelehnt wird. Ich lasse die hier begonnene Vorbereitungen einstellen und warte die in Aussicht gestellte Entscheidung ab.

Im übrigen hätte die Lage in Dänemark, die weiter durchaus ruhig ist, eine Dienstreise nach Berlin in diesem Zeitpunkt nicht notwendig gemacht. Ich beabsichtige nun, etwa im Monat April nach rechtzeitiger Verabredung zur Besprechung aller bis dahin aktuellen Fragen nach Berlin zu kommen. Hoffentlich bleibt die Lage so, dass man nach solchen Dispositionen und nicht unter dem Zwang irgendwelcher Ereignisse handeln wird!

Heil Hitler!

Ihr ergebener

Best.

372.

Brev fra statssekretær E. v. Weizsäcker til dr. Best ang. situationen i Danmark.

15. januar 1943.

Berlin, den 15. Januar 1943.

An den

*Bevollmächtigten des Reiches
in Dänemark
Herrn Gesandten Dr. Best
Kopenhagen.*

Sehr verehrter Herr Best!

Vielen Dank für Ihren handschriftlichen Brief vom 9. ds. Mts., den ich heute erhielt. Es tat auch mir leid, dass wir uns bei Ihrem kürzlichen Besuch in Berlin nicht gesehen haben. Zu meiner Freude habe ich aber gehört, dass Sie über den Stand der Dinge in Dänemark eigentlich nur Gutes zu berichten hatten. Möge es so weitergehen.

Heil Hitler!

Ihr ergebener

gez. **Weizsäcker.**

373.

**Indberetning fra dr. Best ang. statsminister Scavenius' føler om genoptagelse
af forbindelsen med kongehuset.**

16. januar 1943.

Abschrift.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES REICHES
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 16.1.1943.

*Vorgang zu Drahterlass Nr. 139
v. 26.1.43 n. Kopenhagen.*

Sehr verehrter Herr Reichsminister,

Über die folgende Angelegenheit bitte ich um ihrer Bedeutung und Vertraulichkeit willen in dieser persönlichen Form berichten zu dürfen.

Nachdem ich mehrere von dem Staatsminister von Scavenius an mich gerichtete Fragen wegen einer neuen Beglaubigung des Reichsvertreters beim dänischen Staatsoberhaupt gemäss meinen Instruktionen a limine zurückgewiesen hatte, hat dieser mir nun vertraulich den folgenden Vorschlag vorgetragen:

Der König und der Kronprinz-Regent sind bereit und haben den Wunsch, auf der Grundlage des gegenwärtigen Zustandes mit dem Reichsbevollmächtigten in persönliche Verbindung und unmittelbare Zusammenarbeit zu treten.

Ich bitte um Entscheidung, welche Antwort ich dem Staatsminister von Scavenius auf diesen Vorschlag erteilen soll.

Für die Annahme des Vorschlages sprechen folgende Gründe:

1.) Von der dänischen Seite würde der neue Status, in dem das Reich als Besatzungsmacht und als politisch führende Macht durch einen von allen Bindungen gegenüber dem dänischen Staatsoberhaupt und der dänischen Regierung freigestellten Reichsbevollmächtigten, Dänemark hingegen in Berlin durch einen normalen Gesandten vertreten ist, förmlich anerkannt.

2.) Durch das erneute Nachgeben des Königs (das erste erfolgte durch seine Mitwirkung an der Bildung der neuen Regierung) und durch seinen Verkehr mit mir würde ihm der Nimbus des Märtyrers und den dänischen Nationalisten einschliesslich des dänischen Militärs der Vorwand, für den gekränkten König zu kämpfen, genommen.

3.) Für den Staatsminister von Scavenius und seine Regierung würde diese Legitimierung und Stabilisierung des gegenwärtigen Status eine ausserordentliche politische Stärkung bedeuten, durch die wiederum die von mir vermittels dieser Regierung ausgeübte Lenkung aller dänischen Angelegenheiten und die Erfüllung aller Reichsinteressen — Ruhe und Ordnung, Fortführung der Produktion — gefördert würde.

4.) Auch aussenpolitisch würde zweifellos die günstige Wirkung, die unser „dänischer Kurs“ bereits auf Länder wie Schweden und Finnland ausgeübt hat, vertieft, wenn die „letzte offene Frage“ durch ein erneutes Nachgeben des dänischen Königs und durch seine Anerkennung des neuen Status ihre Lösung fände.

5.) Gegebenenfalls — wenn überhaupt noch einmal völkerrechtliche Auseinandersetzungen mit den Dänen geführt werden sollten — kann künftig dänischen Berufungen auf die „Vereinbarungen“ vom 9.4.1940 entgegengehalten werden, dass sich unter Mitwirkung aller staatlichen Faktoren Dänemarks inzwischen das politische und völkerrechtliche Verhältnis Dänemarks zum Reiche in neue Formen weiterentwickelt habe.

Diesen Erwägungen, die für die Annahme des dänischen Vorschlags sprechen, steht wohl nur ein anderer Gesichtspunkt gegenüber: die Kränkung des Führers durch das Königs-

telegramm würde als vergeben angesehen und könnte künftig nicht mehr als politisches Argument verwendet werden. Hierzu darf ich bemerken, dass dieses politische Argument durch Zeitablauf doch an Brauchbarkeit verliert und dass es, wenn der König stirbt, gegen seinen Nachfolger kaum verwendbar sein wird. Wenn hingegen der jetzige Kronprinz — wie vorgesehen ist — sich ebenfalls auf die Anerkennung des gegenwärtigen Status festlegt, so ist nach meiner Auffassung damit mehr gewonnen, als mit dem Argument gegen den alten König aus der Hand gegeben wird.

Da der Staatsminister von Scavenius, dessen loyale und kluge Mitarbeit ich nur loben kann, mit Spannung auf meine Antwort wartet, wäre ich Ihnen, sehr verehrter Herr Reichsminister, für baldige Entscheidung sehr dankbar.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

gez. Best.

Verteiler:

St.S.

U.St.S.Pol.

U.St.S.D.

Ges. v. Grundherr

374.

Indberetning fra general v. Hanneken med forslag om opløsning af den danske hær.

22. januar 1943.

Geheime Kommandosache.

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK

Hauptquartier den 22. Januar 1943.

4 Ausfertigungen.

1. Ausfertigung.

An

a) das Oberkommando der Wehrmacht
Wehrmachtführungsstab
Berlin, W 35.

b) den Chef der Heeresrüstung und
Befehlshaber des Ersatzheeres
Berlin, W 35
Tirpitzufer 72—76.

Aus Gesprächen mit dem dänischen Chef des Generalstabes, General Rolsted, habe ich entnommen, dass in den Kreisen der dänischen Armee mehr und mehr die Meinung verbreitet ist, dass Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen könne.

Die Meinung dort geht so weit, dass die dänische Armee einen schroffen Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht erwartet und dass sie dann den Schutz der Bevölkerung aber auch den Schutz der aus Dänemark zurückflutenden deutschen Truppen übernehmen müsse.

Der Nachrichtendienst der dänischen Wehrmacht gegen uns scheint mir weitgehend ausgebaut.

Wenn auch die dänischen Offizierskreise versichern, dass sie keinesfalles gewillt sind, die etwaigen Landungen englischer Truppen im Fall des Zusammenbruchs des Reiches hinzunehmen und dass sie sich gegen eine englische Besetzung zur Wehr setzen würden, so scheinen mir das nur falsche Versicherungen zu sein.

Widersinnig ist das starke Offizierskontingent. Hier liegt auch die Gefahr, dass diese unbeschäftigten Offiziere besonders Arbeiten für die Wiederherstellung ihrer Wehrhoheit leisten, und dass sie als Cadre für zukünftige Erweiterungen gedacht sind.

Das dänische Heer hat jede Mitarbeit an der Abwehr des Bolschewismus verweigert. Das dänische Heer tut nichts für die militärische Mitarbeit im Sinne des Reiches, mit Ausnahme von Beseitigung von abgeworfenen Blindgängern auf den Inseln. Im Gegenteil; je länger der Krieg dauert und je mehr man hier sieht, dass das Reich an einzelnen Stellen der Front Schwierigkeiten hat, versteift sich der Widerstand.

Ich habe mehrfach versucht, die leitenden Offiziere des Heeres auf die Diskrepanz zwischen ihrem und des Marineverhalten hinzuweisen und habe dabei darauf hingewiesen, dass der König ja doch gemeinsamer Oberbefehlshaber sei und es eigentümlich erscheine, dass ein Wehrmachtsteil eine Mitarbeit leiste, der andere sie völlig versage.

Ich kann mich des Eindrucks weiter nicht verschliessen, dass die dänischen Offiziere der Politik des Staatsministers von Scavenius feindlich gegenüber stehen. Ich glaube, dass gerade aus diesen Kreisen eine starke Stimmung gegen die deutschfreundliche Politik des Ministerpräsidenten resultiert. Trotzdem wird der Ministerpräsident die Aufrechterhaltung des Heeres mit allen Mitteln erstreben. Bereits bei der Forderung nach Abgabe dänischer Waffen gab es für das Ministerium grosse Schwierigkeiten, da die Abgabe als ein Eingriff in die Souveränität betrachtet wurde.

Es ist sicher, dass der König und vor allem der Kronprinz, der meiner Ansicht nach uns viel feindlicher gesinnt ist als der alte König, versuchen werden, gegen eine Auflösung der Armee alle Volkskräfte zu mobilisieren. Ich glaube jedoch, dass bei der desinteressierten Haltung des dänischen Volkes an militärischen Dingen ein Appell des Königs sich für die Erhaltung der dänischen Wehrmacht einzusetzen, wenig Erfolg hat.

Ich halte im militärischen Interesse eine Auflösung des dänischen Heeres und die Übernahme sämtlicher Waffen, Munition und der gesamten Ausrüstung und Bekleidung für geboten.

Ich kann auf Grund der Stellungnahme und der schwerwiegenden politischen Folgen, die der Bevollmächtigte voraussieht und die ich anerkennen muss, einen Antrag auf Auflösung der dänischen Armee nicht stellen. Ich lege jedoch meine Gedanken vor, um auf die Gefahren, die ich von der Seite des dänischen Heeres erwarte, hinzuweisen.

gez. **Hanneken.**

375.

Indberetning fra dr. Best ang. general v. Hannekens forslag om at opløse den danske hær.

25. januar 1943.

3 Ausfertigungen

1. Ausfertigung

I

Eine deutsche Forderung, das dänische Heer aufzulösen und sämtliche Waffen, Munition, Ausrüstung und Bekleidung sowie die Akten in deutsche Hand zu übergeben, würde nach meiner Überzeugung von allen verfassungsmässigen Faktoren des dänischen Staates — Regierung, Reichstag und König — einmütig abgelehnt werden. Denn sie würden in Übereinstimmung mit der gesamten Bevölkerung des Landes in dieser Forderung den ersten Schritt zur förmlichen und endgültigen Aufhebung der Selbständigkeit Dänemarks erblicken. Der Wunsch und die Hoffnung, diese Selbständigkeit zu erhalten, ist das Motiv, aus dem die verfassungsmässigen Faktoren des dänischen Staates zur Mitarbeit mit dem Reich und mit der deutschen Besatzung in allen Fragen bereit sind, durch die nicht die politische Zukunft Dänemarks präjudiziert wird. Wenn von deutscher Seite eine Massnahme gefordert würde, die wie ein Präjudiz für die politische Zukunft Dänemarks aufgefasst wird, würden — insbesondere angesichts der gegenwärtigen Gesamtkriegslage — die verfassungsmässigen Faktoren des dänischen Staates zweifellos ihre Mitwirkung versagen und es vorziehen, die Durchführung dieser Massnahmen und die Verantwortung für sie den deutschen Organen allein zu überlassen.

.....

Auch die Auflösung des dänischen Heeres und die Wegnahme der Waffen usw. müsste durch deutsche Vollzugsmassnahmen durchgeführt werden.

Wenn die Verwaltung Dänemarks von dem Reichsbevollmächtigten übernommen und ausgeübt werden sollte, so würde dies bedeuten, dass künftig in Dänemark sehr viel stärkere deutsche Kräfte eingesetzt werden müssten, als dies im gegenwärtigen Status erforderlich ist, in dem die Lenkung des Landes über die dänische Regierung und den dänischen Verwaltungsapparat erfolgt.

.....

In politischer Hinsicht stelle ich fest, dass der auch mir bekannten feindseligen Einstellung des dänischen Heeres bzw. seines Offizier- und Unteroffizierkorps — die eingezogenen Soldaten wechseln ja häufig — keine besondere Bedeutung beizumessen ist. Denn die politische Stimmung dieser Kreise entspricht durchaus der Stimmung von mindestens 90 % der dänischen Bevölkerung. Diese Stimmung kann als ein „Attentismus“ gekennzeichnet werden, der den Ausgang des gegenwärtigen Ringens abwarten will und der auf den Sieg unserer Feinde hofft, weil von ihm die Rückkehr der guten Zeit vor 1939 erwartet wird.

.....

Wenn es gelingt, die Dänen in dem Glauben zu lassen, dass sie sich mit ihrem passiven Abwarten am besten aus der Affäre ziehen werden, wie auch der Krieg enden möge, so ist auf diesem Wege Dänemark am leichtesten und sparsamsten im deutschen Interesse zu lenken, ohne dass wesentliche Schwierigkeiten zu befürchten sind. Von dieser „attentistischen“ Grundhaltung aus wird, wenn der Krieg einmal zu Gunsten endgültigen Anschluss an Deutschland finden.¹⁾

Dies zeigt der Vergleich, dass zur Zeit die Behörde des Reichsbevollmächtigten, die über eine legale dänische Regierung das Land Dänemark mit fast 4 Millionen Einwohnern kontrolliert, ein Gesamtpersonal von etwa 200 Köpfen umfasst, während die Verwaltung des Reichskommissars in Norwegen für eine Bevölkerung von etwa 2,8 Millionen Einwohnern 3 000 Köpfe zählt.

Da die dänische Bevölkerung, die zur Zeit an dem Leitseil der Hoffnung und Furcht um ihren Staat und ihre Verfassung gelenkt wird, nach dem Wegfall dieser Hemmungen zum passiven und aktiven Widerstand übergehen würde, wäre — wie in anderen besetzten Gebieten — ein stärkerer Einsatz deutscher *Polizeikräfte* erforderlich.

.....

Aussenpolitisch würde auf Schweden und Finnland, die mit ängstlichem Interesse auf die Lage in Dänemark blicken, eine negative Wirkung mit nicht voraussehbaren Folgen ausgelöst werden, da die Auflösung des dänischen Heeres als ein Bruch der Zusage vom 9. April 1940 gewertet und die Anwendung „norwegischer Methoden“ in Dänemark, das sich nicht mit dem Reich im Kriege befindet, noch schärfer verurteilt würde als hinsichtlich Norwegens, das gegen Deutschland gekämpft hat und dessen Widerstandshandlungen bekannt sind.

gez. Dr. Best.

¹⁾ Teksten er her mangelfuld.

376.

Telegram fra dr. Best ang. samtale med statsminister Scavenius om afholdelse af rigsdagsvalg.

26. januar 1943.

Telegramm
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 26. Januar 1943 — 12.30 Uhr
Ankunft: — 26. — — — 13.30 —

Nr. 91 vom 26.1.

Am 25.1.43 hat der Staatsminister von Scavenius mich um Stellungnahme zu der Frage einer dänischen Reichstagswahl im Frühjahr 1943 gebeten. Er hat darauf hingewiesen, dass nach der dänischen Verfassung das Folketing (Unterhaus) und die Hälfte des Landstings (Oberhaus) des dänischen Reichstags alle vier Jahre neu gewählt werden muss und dass am 3. April 1943 die letzte vierjährige Wahlperiode abgelaufen sein wird. Ich habe mir meine endgültige Stellungnahme vorbehalten und darauf aufmerksam gemacht, dass, wenn die Wahl stattfinden sollte, von deutscher Seite gewisse Bedingungen für die Gestaltung des Wahlvorganges gestellt werden müssten.

Ich beabsichtige, der Durchführung der Wahl aus den folgenden Gründen zuzustimmen:

1.) Wenn keine Wahl stattfindet, wird vom 3.4.43 an kein verfassungsmässiger Gesetzgeber in Dänemark vorhanden sein, so dass jede weitere Rechtsetzung, ob sie durch Verordnungen des Königs oder der Regierung oder durch Gesetze des etwa fortgesetzten gegenwärtigen Reichstags erfolgen möge, von den Gerichten für ungültig erklärt werden

könnte, da alle Gesetze unter deutscher Kontrolle und viele auf deutschen Wunsch erlassen werden, liegt es im deutschen Interesse, dass die Gültigkeit der dänischen Gesetze nicht angezweifelt werden kann.

2.) Innerpolitisch würde die Zulassung der Wahl als ein Erfolg der Regierung Scavenius aufgefasst werden. Da die Sammlungsparteien, die die Regierung Scavenius tragen, mit grosser Mehrheit aus der Wahl hervorgehen würden, wäre die Wahl zugleich eine Art Volksabstimmung für Scavenius. Dies liegt durchaus im deutschen Interesse.

3.) Auch aussenpolitisch dürfte es im deutschen Interesse liegen, zu zeigen, dass unter dem deutschen Besatzungsregime in Dänemark eine normale Reichstagswahl durchgeführt werden kann.

Für die Gestaltung der Wahl beabsichtige ich, die folgenden Bedingungen zu stellen:

1.) Die Wahl soll am spätesten zulässigen Termin stattfinden (um eine mögliche Verbesserung der Gesamtkriegslage sich auswirken zu lassen).

2.) Die Wahl soll möglichst kurzfristig vor dem Wahltermin ausgeschrieben werden (um die Zeit der politischen Spannung und Erwartung abzukürzen).

3.) Es soll keinerlei öffentliche Wahlagitation stattfinden (was durch eigenen Entschluss der Sammlungsparteien veranlasst werden kann).

4.) Den dänischen Arbeitern und Freiwilligen im Reich soll die Stimmabgabe ermöglicht werden (nach dem Vorbild der dänischen Seeleute, die bei den Konsulaten ihre Stimme abgeben.)

Diese Bedingungen werden von der dänischen Regierung zweifellos ohne Einwendungen angenommen werden.

Der Führer der DNSAP Dr. Clausen hält eine Reichstagswahl unter den von mir vorgesehenen Bedingungen für sehr erwünscht und hofft auf einen Stimmenzuwachs insbesondere auch durch die dänischen Arbeiter im Reich.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1 }	an Pol VI (Arb.St.)
Nr. 1a }	
Nr. 2 }	- RAM
Nr. 2a }	
Nr. 3	- St.S.
Nr. 4 }	- BRAM
Nr. 4a }	
Nr. 5	- Botsch. Ritter
Nr. 6—14	- <i>Abt.Leiter:</i>
	6) Pol., 7) Recht,
	8) Dtschld., 9) Ha Pol.,
	10) Kult, 11) Presse,
	12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15	- Dg.Pol.
Nr. 16	- Dg. Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arb.Abt. ist)
Nr. 17	- Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3	

377.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. dr. Bests genoptagelse
af forbindelsen med det danske kongehus.**

28. januar 1943.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Sonderzug, den 28. Januar 1943 2,10 Uhr
Ankunft: — 28. — — 2,45 —

Nr. 201 vom 28. 1. RAM 40/R

Diplogerma *Kopenhagen*

Für Bevollmächtigten persönlich.

Ich bin grundsätzlich damit einverstanden, dass Sie dem Wunsche des Königs und des Kronprinzenregenten entsprechen und auf der Grundlage des gegenwärtigen Zustandes in persönliche Verbindung und unmittelbare Zusammenarbeit mit den beiden treten.

Bevor Sie jedoch in dieser Angelegenheit an die Dänen herantreten, bitte ich Sie um Bericht, wie Sie sich diese Fühlungnahme praktisch vorstellen und wie sich Ihrer Auffassung nach die Zusammenarbeit auswirken soll. Insbesondere bitte ich Sie, im Einzelnen zu berichten, in welchen protokollarischen Formen sich diese persönliche Verbindung bei Veranstaltungen und Empfängen, auch im Verhältnis zu den diplomatischen Vertretern anderer Staaten abspielen soll, da schon rein äusserlich der Anschein vermieden werden muss, als ob Sie doch bei dem König akkreditiert seien.

Ribbentrop.

Unter Nr. 139 an
Diplogerma *Kopenhagen*
weitergeleitet.

Berlin, den 28.1.1943.

Pers.Ch.Tel.

St.S.Keppler
U.St.S.Pol.
U.St.S.R.
Botsch. Ritter
U.St.S.Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha.Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.

Chef Prot.

Dg.Pol.

Arb. Expl. bei Pol. VI

Ges. v. Grundherr

378.

**Telegram fra dr. Best ang. formen for genoptagelse af forbindelsen
med kronprins Frederik.**

28. januar 1943.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G.Schreiber.)

Kopenhagen, den 28. Januar 1943 13,00 Uhr
Ankunft: den 28. Januar 1943 13,30 Uhr

Nr. 98 vom 28. 1. CITISSIME!

Für Herrn Reichsaussenminister persönlich.

Auf das Telegramm Nr. 139*) vom 28. Januar 1943.

Die Verbindung mit dem Kronprinz-Regenten und dem König gedenke ich in der Form aufzunehmen, dass ich auf Grund einer durch den Staatsminister von Scavenius vermittelten Verabredung in Begleitung des Staatsministers dem Kronprinzen und dem König Besuche mache. Diese Besuche sollen im Schloss Amalienborg zwar eine würdige Form erhalten, aber es soll von dem beim Empfang neuer Gesandter üblichen Zeremoniell (Abholen durch den Oberhofmarschall in einer Staatskarosse u. s. w.) abgesehen werden. Von da an beabsichtige ich, diese Besuche in gewissen Abständen zu wiederholen, wenn dies zur Besprechung konkreter Fragen oder zur Unterstützung der Politik des Staatsministers von Scavenius erforderlich oder zweckmässig erscheint.

Bei Empfängen (andere Veranstaltungen kommen zurzeit nicht in Frage) wird vereinbart werden, dass ich — wie auch schon früher der Gesandte von Renthe-Fink — vor den diplomatischen Vertretern der anderen Staaten und getrennt von diesen empfangen werde.

Ich bitte noch um Entscheidung, ob ich nach Aufnahme der Verbindung mit dem Kronprinz-Regenten und dem König zu gegebener Zeit den neuen Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark General von Hanneken dem Kronprinz-Regenten und dem König vorstellen soll.

Dr. Best.

Vert. Vorschl. für RAM

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S.Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei. Prot.

*) Sonderzug 201 bei Prot.

379.

Indberetning fra dr. Best ang. afholdelse af danske rigsdagsvalg.**29. januar 1943.****Telegramm**

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 29. Januar 1943 13.25 Uhr
 Ankomst: den 29. Januar 1943 14.35 Uhr

Nr. 103 vom 29.1. CITO!

Auf Drahterlass Nr. 144*) vom 28.1.43.

Zu den Bedenken gegen die Zulassung der Reichstagswahl in Dänemark nehme ich wie folgt Stellung:

1. Die von mir zu stellenden Bedingungen für die Durchführung der Wahl würden den günstigen Eindruck nach innen und aussen deshalb nicht abschwächen, weil die Entschliessung als aus dänischer Initiative entsprungen dargestellt und insbesondere der Verzicht auf Agitation von den Sammlungsparteien beschlossen und mit Motiven nationaler Würde begründet würde.

2. Durch ein Verbot der Wahl würde grössere innerpolitische Unruhe verursacht als durch die Durchführung der Wahl.

3. Scavenius rechnet nicht mit einem besonders starken Anwachsen der Konservativen. Aber selbst in diesem Fall ist ein Ausbrechen dieser Partei nicht zu erwarten, da die Sammlungspartei stärker wirkt und da die Konservativen, die schon auf Wunsch des Königs in die Regierung Scavenius hineingegangen sind, nach der Aufnahme meiner Verbindung mit dem König sich keinesfalls gegen die politische Linie des Königs stellen können.

4. Selbstverständlich müssten in Konsequenz meiner Linie auch Kommunalwahlen zugelassen werden, deren Ergebnis für die politische Lage in Dänemark gänzlich gleichgültig sein wird. „Deutschlandfreundliche“ Elemente könnten uns in den Kommunalvertretungen nichts nützen, andere werden uns nicht schaden.

5. Das Verbot der Wahl würde eine viel grössere Stärkung der Anhänglichkeit an das parlamentarische System bewirken, als die Wahl eines Reichstags, der — obwohl im Zeichen der inneren Ablehnung gegen Deutschland gewählt — ein Plebiszit für die Regierung Scavenius bedeutet und sich der deutschen Linie voll und ganz fügen wird.

6. Dass in England keine Wahlen stattfinden, während in Dänemark gewählt wird, ist nur als Aktivum für uns zu buchen.

7. Selbstverständlich könnte eine Formel gefunden werden, durch die der Bruch der Verfassung durch Unterlassen der Wahl irgendwie camoufliert würde. Da aber der Sinn der dänischen Verfassung gerade darin liegt, dass sie sich selbst absolut setzt und kein Ausnahme- und Notrecht will, wäre juristisch die Feststellung unanfechtbar, dass nach dem 3.4.1943 Dänemark kein legaler Gesetzgeber mehr vorhanden ist; einen halben oder ganzen Systemwechsel in Dänemark vorzunehmen, läge selbstverständlich jederzeit in unserer Hand. Nur widerspräche dies der mir erteilten Weisung des Führers, die Legalität in Dänemark bis auf Weiteres einzuhalten, wenn nicht besondere Gründe einen Systemwechsel notwendig machen. Ein solcher Grund liegt zur Zeit nicht vor.

*) Pol VI 90

8. Schliesslich stelle ich fest, dass ich nicht in der Lage wäre, gemäss der Anordnung des Herrn Reichsaussenministers die Verbindung zum König in einem Zeitpunkt aufzunehmen, in dem ich ihm als „Morgengabe“ ein nach meiner eigenen Überzeugung unnötiges Verbot der Reichstagswahl mitbringen müsste.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1	}	an Pol VI (Arb.St.)
Nr. 1a)		
Nr. 2	}	- RAM
Nr. 2a)		
Nr. 3		- St.S.
Nr. 4	}	- BRAM
Nr. 4a)		
Nr. 5		- Botsch. Ritter
Nr. 6—14		- <i>Abt.Leiter:</i> 6) Pol., 7) Recht, 8) Dtschld., 9) Ha Pol, 10) Kult, 11) Presse, 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15		- Dg.Pol.
Nr. 16		- Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arb.Abt. ist)
Nr. 17		- Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3		

380.

Telegram fra statsminister Scavenius til rigsudenrigsminister v. Ribbentrop i anledning af 10 års dagen for den nationalsocialistiske magtovertagelse.

30. januar 1943.

Telegramm

aus Kopenhagen vom 30. Januar 1943

Seiner Exzellenz

*Herrn Reichsaussenminister von Ribbentrop
Berlin.*

Zum heutigen zehnjährigen Jubiläum der Machtübernahme der Nationalsozialistischen Partei, das mitten in dem grossen Kampf für den Aufbau des neuen Europa gefeiert wird, ist es mir ein Bedürfnis Eurer Exzellenz die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

Erik Scavenius.

Verteiler:

St.S.
U.St.S.Pol.
Chef Prot.
Presse
BRAM

381.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. dr. Bests genoptagelse
af forbindelsen med det danske kongehus.**

31. januar 1943.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Sonderzug, den 31. Jan. 1943 — 19.25 Uhr

Ankunft: — 31. — 1943 — 20.15 —

Telko.-Nr. 223 —

Diplogerma Kopenhagen (Fernschreiben G.-Schreiber)
RÅM 42/R Sonderzug, den 30. Januar 1943

Für Bevollmächtigten persönlich.

Ich bin damit einverstanden, dass Sie nunmehr die Verbindung mit dem Kronprinzenregenten und dem König in der von Ihnen vorgeschlagenen Form aufnehmen und beim Kronprinzen und König Besuche machen und diese auch in gewissen Abständen wiederholen, wenn Sie dies im Interesse der Unterstützung unserer Politik in Dänemark und zur Besprechung konkreter Fragen für erforderlich halten.

Ich bitte Sie jedoch, bei Staatsminister Scavenius vollkommen klarzustellen, dass durch diese faktische Zusammenarbeit nicht etwa eine Änderung Ihres jetzigen Verhältnisses als Bevollmächtigter des Reichs eintritt. Ferner muss den Dänen vollkommen klar sein, dass unsererseits nicht beabsichtigt ist, durch Aufnahme des persönlichen Kontakts zwischen dem König und Ihnen eine Beglaubigung des Reichsvertreters beim dänischen König herbeizuführen.

Von einer Vorstellung Generals von Hanneken beim Kronprinzenregenten und König bitte ich abzusehen.

Ribbentrop.

Vermerk:

Unter Nr. 163
an Diplogerma Kopenhagen
weitergeleitet.

Berlin, den 31.1.43.
Pers-Ch-Tel.

St.S. Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb.Expl. bei Pol. VI

Ges. v. Grundherr.

382.

Telegram fra dr. Best ang. den første samtale med kronprins Frederik.

4. februar 1943.

*Nur als Verschlussache zu behandeln.***Telegramm**

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 4. Februar 1943 16.15 Uhr

Ankunft: den 4. Februar 1943 16.40 Uhr

Nr. 126 vom 4.2. CITISSIME!

Für Reichsaussenminister persönlich.

Auf das Telegramm Nr. 163*) vom 31.1.43 berichte ich:

Über den Staatsminister von Scavenius ist vereinbart worden, dass am Sonnabend den 6.2.43 meine erste Besprechung mit dem Kronprinz-Regenten stattfinden soll. Die Besprechung wird eindeutig auf der Grundlage der von uns gestellten Bedingungen und in den von mir vorgeschlagenen Formen stattfinden. Wann der Besuch beim König, der wieder bettlägerig krank ist, stattfinden wird, hängt von dem Befinden des Königs ab.

Sehr dankbar wäre ich, wenn ich bis morgen eine positive Entscheidung auf meine Vorschläge für unsere Stellungnahme zur dänischen Reichstagswahl erhalten könnte, denn die Regelung der Wahlmodalitäten gemäss den deutschen Wünschen wäre ein geeignetes Thema für die Besprechung mit dem Kronprinzen und dem Staatsminister. Hingegen wäre es für mich sehr peinlich, wenn ich auf eine Frage wegen der Wahl antworten müsste, dass ich noch immer keine Stellungnahme geben könnte, obwohl die dänische Anfrage bereits am 25.1.43 an mich gerichtet worden ist. Dies entspräche nicht der Form und dem Tempo der Zusammenarbeit, an das ich die Dänen seit einem Vierteljahr gewöhnt habe.

Best.*Vermerk:*

Unter Nr. 516 an
Sonderzug Westfalen
weitergeleitet.

Berlin, den 4.2.43
Pers. Ch.Tel.

Verteil.-Vorschlag für RAM.

St.S. Keppler
U.St.S. Pol.
U.St.S.R.
Botsch. Ritter
U.St.S. Luther
Leiter Abt. Pers.
— — Ha. Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb.Expl. bei Pol. VI

Ges. v. Grundherr.

*) Pol VI ... (Sonderzug Nr. 223) bei Pol VI

383.

Telegram fra dr. Best ang. samtale med kronprins Frederik.**6. februar 1943.***Nur als Verschlussache zu behandeln.***Telegramm**

(Geh. Ch. Verf.)

Kopenhagen, den 6. Februar 1943 17,00 Uhr
 Ankunft: — 6. — — 18,10 —

*Nr. 131 vom 6.2.**Für Herrn Reichsaussenminister persönlich.*

Heute 6. Februar hat meine erste Fühlungnahme mit dem Kronprinzenregenten stattgefunden. Staatsminister von Scavenius fuhr mit mir in meinem Wagen zum Schloss Amalienborg. In der Besprechung zu dritt zeigte der Kronprinz das zunächst noch mit etwas Verlegenheit gemischte Bemühen betonter Liebenswürdigkeit. Er dankte zunächst — auch namens des Königs — für meinen Besuch und übermittelte das Bedauern des Königs, mich wegen seiner Krankheit (er liegt wegen Wunde am Fuss im Bett) noch nicht empfangen zu können, er hoffe, dass dies recht bald möglich sein werde. Nach den üblichen Fragen, ob ich mich in Kopenhagen gut eingelebt habe und wohl fühle, berührte das Gespräch in meist feststellenden und bestätigenden Formen Fragen der Zusammenarbeit zwischen mir und der Regierung, der Kohlenversorgung von Dänemark, der Ausübung der Wehrmachtsgerichtsbarkeit in Dänemark, der Behandlung der dänischen Presse und andere praktische Fragen. Der Kronprinz hat nicht in einer einzigen Sache eine Beschwerde oder einen Wunsch geäußert, sondern immer wieder betont, dass alles den Verhältnissen nach gut geht und dass es bei gutem Willen auch weiterhin gut gehen müsse. Die Vergangenheit wurde mit keinem Wort berührt. Die Besprechung dauerte 25 Minuten. Der Staatsminister von Scavenius zeigte sich von ihr sehr befriedigt.

Dr. Best.*Vert.-Vorschlag für RAM.*

St.S. Keppler
 U.St.S. Pol.
 U.St.S.R.
 Botsch. Ritter
 U.St.S. Luther
 Leiter Abt. Pers.
 — — Ha. Pol.
 — — Kult.
 — — Presse
 — — Rundfunk
 — — Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol.
 Arb.Expl. bei Pol. VI
 Ges. v. Grundherr.

384.

**Indberetning fra dr. Best ang. betydningen af den genoptagne forbindelse
med det danske kongehus.**

11. februar 1943.

Abschrift.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES REICHES
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 11.2.1943

Sehr verehrter Herr Reichsminister,

die auf Grund Ihrer Genehmigung erfolgte Aufnahme des unmittelbaren Verkehrs mit dem dänischen Königshause hat dem Reiche zwei politische Vorteile eingebracht:

1. Der neue Status der Beziehungen zwischen dem Reiche und Dänemark ist vom dänischen Staatsoberhaupt freiwillig durch konkludente Handlung anerkannt worden.

2. Im Lande ist eine grosse Befriedigung und Beruhigung ausgelöst worden, wodurch die Stellung des Staatsministers von Scavenius ausserordentlich gestärkt und die Erfüllung der Besatzungsnotwendigkeiten sowie der übrigen Reichsinteressen sehr erleichtert wird.

(Wie unangenehm unsere Politik dem Feind ist, ergibt sich aus Meldungen von Vertrauensmännern, nach denen auf britischen Befehl die Sabotageakte usw. in Dänemark vervielfacht werden sollen, um uns zur Einführung „norwegischer Methoden“ zu zwingen!)

Ich gedachte nun, nicht bei den so erreichten Vorteilen stehen zu bleiben sondern durch stetige Beeinflussung des Kronprinzen und des Königs, die ich für möglich und aussichtsvoll halte, weitere Vorteile für das Reich herauszuholen. Vor allem muss das mit dem Königshause besonders eng verbundene dänische Heer dahin gebracht werden, dass es nicht nur seine deutschfeindliche Haltung ändert sondern dass sogar möglichst viele der überzähligen Offiziere und Unteroffiziere sich mit der ausdrücklichen Zustimmung des Königs zum Dienst in der deutschen Wehrmacht beurlauben lassen. Es gibt junge dänische Offiziere, die gern einmal wirkliche Soldaten sein möchten, die aber bisher durch ihren Fahneid von dem Ausscheiden aus der dänischen und dem Übertritt in die deutsche Wehrmacht zurückgehalten wurden. Diese Hemmungen möchte ich mit Hilfe des Königshauses — der Regierung bin ich sicher, aber sie hat auf das Heer keinen Einfluss, — aus dem Wege räumen.

Der Erfolg dieses Bemühens kann jedoch in Frage gestellt werden durch den folgenden Befehl, den der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark General d[er] I[nfanterie] von Hanneken am 6.2.1943 vom OKW-Wehrmachtsführungsstab erhalten hat:

„Der Führer hat angeordnet, dass sich an den dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark gegebenen Richtlinien für sein Verhalten gegenüber dem dänischen Königshaus nichts ändert. Der Befehl, dass bei Trauerfällen oder Gedenktagen im Kgl. Haus keine Beflaggung vonseiten der deutschen Wehrmacht stattzufinden hat, bleibt ebenfalls bestehen.“

Auch ich befürworte aus sachlichen und aus taktischen Gründen eine weitgehende Zurückhaltung der deutschen militärischen Befehlsstellen gegenüber den Repräsentanten des dänischen Staates einschliesslich des Königshauses. Wenn aber der Befehlshaber der deutschen Truppen den König weiter gänzlich ignoriert, wird dies im dänischen Heer, das ja mit dem Befehlshaber — nicht mit mir — zusammenzuarbeiten hat, die von uns erstrebte Umstellung hemmen und die deutschfeindlichen Tendenzen stärken. Auch die dänische Marine, die mit unserer Marine willig und erfolgreich zusammenarbeitet, kommt hierdurch in eine Lage, die ihre innere Aufgeschlossenheit für uns an der vollen Entfaltung hindert.

Ein voller Rückschlag aber würde eintreten, wenn der alte König stürbe und die deutsche Wehrmacht ihm jede Ehrung versagte. Man würde dies nicht verstehen, nachdem

der König nun wieder einmal einer vom Reich gewünschten Entwicklung des deutsch-dänischen Verhältnisses nachgegeben hat. Ist doch selbst am Grabe des Sozialdemokraten Stauning ein Kranz des Führers niedergelegt worden!

Ich bitte Sie, Herr Reichsminister, deshalb, beim Führer zu erwirken, dass der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark gelegentlich dem König bzw. dem Kronprinzenregenten vorgestellt werden darf und dass das Flaggeverbot aufgehoben wird.

Man könnte daran denken, die Wiederaufnahme eines offiziellen Verhältnisses des Befehlshabers der deutschen Truppen zum König davon abhängig zu machen, dass an die dänische Wehrmacht bestimmte von uns gewünschte Befehle betr. Beurlaubung zur deutschen Wehrmacht o. ä. erlassen werden. Psychologisch wäre dies allerdings nicht geschickt, weil solche Befehle im gegenwärtigen Augenblick leicht als erpresst aufgefasst werden und die Meldefreudigkeit auch der Gutwilligen beeinträchtigen könnten. Es entspricht mehr der dänischen Art, dass eine solche Regelung erst durch Meinungsäusserungen der massgebenden Persönlichkeiten vorbereitet wird. Diese Meinungsäusserungen herbeizuführen, halte ich für meine politische Aufgabe. Sollte der Führer jedoch bestimmte Bedingungen wünschen, so zweifle ich nicht an der Bereitschaft der dänischen Seite.

Bis ich von Ihnen, Herr Reichsminister, einen Bescheid erhalte, werde ich etwaige dänische Fragen auf dem hier erörterten Gebiet dilatorisch behandeln.

Heil Hitler!

Ihr ergebener

gez. **Werner Best.**

Verteiler:

St. S.

U. St. S. Pol.

Ges. v. Grundherr

Botsch. Ritter.

385.

Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. valgene til den danske rigsdag.

13. februar 1943.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Sonderzug, den 13. Februar 1943 1.20 Uhr

Ankunft: den 13. Februar 1943 1.45 Uhr

Büro RAM/65/R

Nr. 309 vom 13.2.

- 1.) Chiffrierbüro Telko
 - 2.) Diplogerma Kopenhagen
- Telegramm i. Ziff. (Geh.Ch.V.)

Für Bevollmächtigten persönlich.

Reichsaussenminister bittet Sie um folgende nähere Angaben zur Frage der Neuwahl des dänischen Reichstags:

- 1.) Sie erwarten als Ergebnis dieser Neuwahlen einen Zuwachs der dänischen nationalsozialistischen Partei. Es interessiert, wie hoch dieser Zuwachs sich ziffernmässig nach

Ihrer Schätzung belaufen würde und welche Stellung die Partei Clausens dann im Rahmen der anderen Parteien einnehmen könnte.

2.) Es ist hier nicht bekannt, welche dänischen Parteien ausser der Clausens positiv zu uns eingestellt sind. Könnten Sie deshalb einen kurzen Überblick über die Parteien geben, die uns freundlich oder feindlich gegenüberstehen und dabei anführen, welche Veränderungen Sie sich durch die Neuwahlen bei diesen Parteien zu unseren Gunsten erwarten?

3.) Sind Sie der Meinung, dass mit Sicherheit verhindert werden kann, dass durch die Neuwahlen uns feindlich gesinnte Parteien verstärkt werden? Der unangenehme Eindruck, der dadurch hervorgerufen würde, muss unbedingt vermieden werden.

4.) Zur Frage der Wahlagitation bittet Sie Reichsaussenminister, zu erwägen, ob sich eine Wahl ohne jede Agitation tatsächlich durchführen lässt oder ob ein solches Vorhaben von unseren Feinden propagandistisch ausgewertet werden könnte. In dem Falle, dass Sie die Durchführung einer Wahlagitation vorschlagen sollten, müssten geeignete Wahlparolen festgelegt werden etwa in dem Sinne, dass Dänemark dem Grundsatz treu bleiben wolle, sich nicht aktiv am Kriege zu beteiligen und dass es für die Zusammenarbeit mit Deutschland im antibolschewistischen Sinne eintreten solle; es müsste auch klargestellt werden, welche Partei solche Wahlparolen verbreiten soll.

Reichsaussenminister bittet Sie um umgehende Stellungnahme zu diesen Fragen.

Sonnleithner.

Vermerk:

Unter Nr. 231 an
Diplogerma Kopen-
hagen weiterge-
leitet.

Berlin, 13.2.43
Pers.Ch.Tel.

St.S. Keppler

U.St.S. Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb.Expl. bei Pol. VI

Ges. v. Grundherr.

386.

Telegram fra dr. Best ang. udsigterne for valget til folketinget.**13. februar 1943.***Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 13.2.1943 17.30 Uhr
 Ankunft, den 13.2.1943 18.45 Uhr

Nr. 148 vom 13.2.

Für Herrn Reichsaussenminister persönlich!

Auf Drahterlass Nr. 231*) / 13 vom 13. Februar berichte ich:

1.) Die DNSAP hat in der Reichstagswahl 1939 31 000 Stimmen erlangt. Dr. Clausen rechnet auf Grund des bisherigen Mitgliederzuwachses, auch unter Berücksichtigung aller ungünstigen Umstände, auf wenigstens 50 000 Stimmen in der neuen Wahl. Aber selbst wenn die Partei nur ihre frühere Stimmenzahl hielte, würde dies ihre Brauchbarkeit als Instrument der deutschen Politik nicht beeinträchtigen. Ihre Bedeutung liegt nicht in ihrer Grösse, sondern in ihrem Vorhandensein, durch das die übrigen Parteien bezw. Bevölkerungsgruppen unter einem gewissen Druck gehalten werden.

Eine Beteiligung der Partei an der Regierung käme auch nach der Wahl aus den gleichen Gründen wie im November 1942 nicht in Frage und wird auch von Dr. Clausen nicht erstrebt.

2.) Die Parteien des dänischen Reichstags sind zur Zeit die folgenden:

Sozialdemokraten (64 Mandate), Venstre (30 Mandate), Konservative (26 Mandate), Radikale (14 Mandate), Bauernpartei (4 Mandate), Nationalsozialisten (3 Mandate), Schleswigsche Partei (1 Mandat).

Die vier ersten Parteien tragen die Regierung Scavenius und betreiben insofern praktisch eine prodeutsche Politik, obwohl man ihre Organisation und ihre Anhänger nicht als „deutschfreundlich“ bezeichnen kann. Daran wird sich auch durch die Neuwahlen nichts ändern. Der Vorteil für die deutsche Politik wird gerade darin liegen, dass diese vier „Sammlungs-Parteien“ wieder die überwiegende Mehrheit aller Stimmen erhalten werden und dass dieses Ergebnis ein positives Plebiszit für die von diesen Parteien getragene Regierung Scavenius darstellen wird.

3.) Der Staatsminister von Scavenius hat mir heute auf meine Frage nochmals versichert, dass er nicht mit wesentlichen Verschiebungen in den Stimmenzahlen der Parteien rechne. Die Chancen der konservativen Partei, die als besonders feindselig zu bewerten ist, sind in der letzten Zeit durch die im Lande anerkannten Erfolge des Staatsministers stark vermindert, so dass sie nach seiner Auffassung nicht viel auf Kosten der Venstre und der Radikalen (der Partei des Staatsministers) gewinnen wird. Die Sozialdemokraten als überragend stärkste Partei haben Verluste an die Konservativen nicht zu befürchten; sie werden den als deutschfreundlich bekannten Sozialminister Lauritz Hansen als einen ihrer führenden Kandidaten aufstellen.

Feststeht, dass der Bestand und die Zusammensetzung der Regierung durch das Wahlergebnis auf keinen Fall berührt werden wird.

4.) Zur Frage der Wahlagitation hat mir der Staatsminister von Scavenius heute nochmals bestätigt, dass die Wahl ohne Agitation durchgeführt werden kann. Er ist mit mir der Meinung, dass der von dänischer Seite ausgesprochene Verzicht auf Agitation keinesfalls vom Feind ausgewertet werden könnte. Er hat hingegen nochmals darauf hingewiesen, dass ein Verbot der Wahl ihm grosse rechtliche und politische Schwierigkeiten bereiten

*) Pol VI V.S.

und vor allem vom Feind — wie die tastende britische Funkpropaganda bereits erkennen lässt — stärkstens gegen ihn und gegen die deutsche Politik in Dänemark ausgenutzt werden würde.

Dr. W. Best.

Vert. Vorsch. f. RAM.

St.S. Keppler

U.St.S. Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb.Expl. bei Pol. VI

Ges. v. Grundherr.

387.

Notits af gesandt v. Grundherr ang. de danske rigsdagsvalg.

18. februar 1943.

Geheim!

zu Pol. VI 7858 g

Zum Drahtbericht Nr. 148 vom 13.2. aus Kopenhagen.

Dem Reichsbevollmächtigten Dr. Best liegt es in erster Linie daran, die innerpolitische Stellung des Ministerpräsidenten und Aussenministers Scavenius dadurch zu stärken, dass wir unter Achtung der dänischen Verfassung Neuwahlen zum Reichstag stattfinden lassen. Dabei führt er meines Erachtens mit Recht aus, dass eine Schwächung der die Regierung Scavenius tragenden 4 Sammlungsparteien (Sozialdemokraten, Venstre, Konservative und Radikale) nicht zu erwarten sein wird. Zweifellos werden diese 4 Parteien, wie Dr. Best ausführt, die überwiegende Mehrheit aller Stimmen erhalten.

Ob und gegebenenfalls welche Verschiebungen innerhalb der einzelnen Parteien stattfinden werden, ist schwieriger zu beurteilen; sehr wesentlich dürften diese Verschiebungen kaum werden. Das Wahlergebnis für die DNSAP Clausen wird meines Erachtens in jedem Falle dartun, dass es sich um eine prozentual schwache Partei handelt. Nur diese Partei ist, zusammen mit der Schleswigischen Partei (z.Zt. 1 Mandat) als ausgesprochen deutschfreundlich anzusprechen. Die Konservative Partei, die zweifellos als besonders deutschfeindlich anzusehen ist, wird vielleicht einige Gewinne buchen können.

Unsere Zustimmung zur Abhaltung der Wahlen würde sich propagandistisch besonders in Finnland, aber auch in Schweden günstig auswirken.

Hiermit

dem Büro RAM.

Berlin, den 18. Februar 1943.

gez. Grundherr.

Durchdruck an:

St.S.

U.St.S.Pol

Dg.Pol

388.

**Brev [fra statssekretær E. v. Weizsäcker] til dr. Best
ang. de danske rigsdagsvalg.**

[?] februar 1943.

Berlin, den Februar 1943.

*Herrn Gesandten Dr. Best,
Kopenhagen.*

Sehr geehrter Herr Dr. Best!¹⁾

Wir haben einen Meinungs austausch über die Frage gehabt, ob und unter welchen Kautelen die Abhaltung der fälligen Parlamentsneuwahlen in Dänemark politisch empfehlenswert wäre. Sie sind für die Wahlen eingetreten. Ich hatte gewisse Zweifel. Diese habe ich jedoch, um Ihre Verantwortungsfreudigkeit nicht zu beengen, zurückgestellt. Ich eröffne das Gespräch hierüber nicht nochmals. Die Entscheidung des RAM bzw. des Führers bleibt abzuwarten. Das Sachliche ist nicht der Zweck dieses meines Briefes.

Vielmehr schreibe ich, da mir gemeldet wird, Sie hätten die Stellungnahme des A.A. in der Angelegenheit lebhaft beanstandet. Auch das mag hingehen. Das A.A. ist daran gewöhnt, von seinen nachgeordneten Aussenposten Kritik zu hören. Solange sie sich auf sachlichem Boden bewegt, ist dagegen auch nichts zu sagen. Der Nachgeordnete kritisiert und der Vorgesetzte entscheidet, beide nach bestem Wissen, das ist nun einmal so.

Nun höre ich aber, Sie hätten in Ihre Kritik die Vermutung gemischt, das A.A. opponiere Ihrer Anregung, da es Ihnen einen Erfolg in der Sache nicht gönne. Ich halte für ausgeschlossen, dass eine derartige Vermutung von Ihnen je gehegt oder gar ausgesprochen worden sein könnte. Denn sie würde ja nichts anderes unterstellen als die Bereitschaft, einen Erfolg der Politik des Reiches aus niederträchtigen Motiven zu sabotieren. Ich enthalte mich daher jeder Antwort auf eine solche Insinuation. Vielmehr schreibe ich Ihnen das Vorstehende, um Ihnen Gelegenheit zu geben, diese Behauptung in vollem Umfang zu dementieren.

Heil Hitler!

Ihr

¹⁾ En vedlagt notits bærer følgende tekst, skrevet af Weizsäcker:

„H[err] U[n]ter St[aats] S[ekretär] Pol[itische Abteilung]

Anbei Briefentwurf an Dr. Best.

Bitte um Weitergabe an Ges. v. Grundherr mit dem ich bereits kurz wegen des Weiteren gesprochen habe.

Ws 10.“

Herunder er med Woermanns håndskrift tilføjet:

„Aus meinen Quellen ist mir über die Angabe S. 2 nichts bekannt geworden.

W 10.“

(Side 2 i det pågældende udkast svarer til sidste stykke i ovenstående trykte tekst).

389.**Notits af gesandt Schnurre ang. general v. Hannekens forslag
om at opløse den danske hær.****17. februar 1943.***zu Pol I M 286 gRS***Aufzeichnung
betreffend Auflösung des dänischen Heeres.**

Oberst von Tippelskirch, OKW — Wehrmachtführungsstab — teilte mir fernmündlich heute nachmittag mit, dass der Chef OKW auf Vorschlag des Generals Jodl entschieden habe, dass auf die Wünsche des Generals von Hanneken, das dänische Heer aufzulösen oder eventualiter die gesamten Waffen und Ausrüstungsgegenstände einzuziehen, nicht eingegangen werden soll. Es solle aber der Dänischen Regierung mitgeteilt werden, dass die gesamten Reste des dänischen Heeres der Auflösung verfallen, wenn der geringste Widerstand erkannt würde. Die Offiziere würden alsdann in deutsche Kriegsgefangenschaft überführt werden.

Oberst v. Tippelskirch fragte nach der Ansicht des Auswärtigen Amts, ob diese Mitteilung auf militärischem Wege oder auf dem Wege über den Reichsbevollmächtigten an die Dänische Regierung gemacht werden solle. Ich habe Oberst v. Tippelskirch eine Antwort für morgen vormittag in Aussicht gestellt, dabei als meine persönliche Auffassung zum Ausdruck gebracht, dass es mir besser schiene, eine solche Mitteilung an die Dänische Regierung über den Bevollmächtigten des Reichs zu machen.

*Berlin, den 17. Februar 1943.**gez. Schnurre.**Doppel an:*

St.S.
Botschafter Ritter
U.St.S.Pol.
Ges. Schnurre

390.**Telegram fra dr. Best ang. en advarsel til kronprins Frederik
om den danske hærs holdning.****19. februar 1943.***Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm
(Geh.Ch.V.)**

Kopenhagen, den 19. Februar 1943 14,15 Uhr.
Ankunft: — 19. — — 14,40 — .

Nr. 171 vom 19. 2.

Auf Telegramm vom 18. Nr. 259*).

Eine Warnmitteilung an die dänische Regierung läge in der Linie meiner Politik, wenn ich ihr etwa die folgende Form geben könnte:

Die feindselige Haltung des dänischen Heeres und insbesondere vieler Offiziere hat

*) Pol I M 286 g Rs III

zu grösstem Misstrauen der deutschen Wehrmacht gegen das dänische Heer geführt, sodass von deutscher militärischer Seite im Hinblick auf die Möglichkeit von Kampfhandlungen auf dänischem Boden einschneidende Massnahmen erwogen werden. Reichsregierung möchte zur Wahrung ihrer bisher gegenüber Dänemark eingehaltenen Politik von Massnahmen gegen das dänische Heer absehen, bedarf aber gewisser Garantien gegen militärische Gefahren, auf die von der deutschen Wehrmacht pflichtgemäss hingewiesen wurde. Stärkste Garantie wäre eine erkennbare Änderung der Haltung des dänischen Heeres gegenüber Deutschland. Wenn zum Beispiel die Beurlaubung dänischer Offiziere zum Dienst in der deutschen Wehrmacht offiziell und aufrichtig das heisst ohne Diffamierung dieser Offiziere bewilligt würde und wenn eine Anzahl jüngerer dänischer Offiziere hiervon Gebrauch machen würden, könnte das gegenwärtige Verhältnis des Misstrauens in ein solches des Vertrauens und der Kameradschaft umgewandelt werden. Wenn hingegen eine Verschärfung der Lage eintrete und die geringsten feindseligen Handlungen des dänischen Heeres oder seiner Angehörigen gegen die deutsche Wehrmacht festgestellt würden, so werde der Rest des Heeres unverzüglich aufgelöst und die dänischen Offiziere in Kriegsgefangenschaft überführt.

Eine solche Mitteilung wäre von mir an die dänische Regierung zu richten und am besten gleichzeitig in einer Besprechung dem Kronprinz-Regenten zu eröffnen. Dass der Befehlshaber der deutschen Truppen diese Mitteilung macht, halte ich nicht für zweckmässig.

Dr. Best.

St.S. Keppler

U.St.S. Pol.

U.St.S. R.

Botsch. Ritter.

U.St.S. Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha. Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb. Expl. bei . . .

Ges. v. Grundherr

391.

Notits af gesandt Schnurre ang. advarslen til kronprins Frederik om den danske hærs holdning.

20. februar 1943.

Geheime Reichssache.

Hergestellt in 6 Ausfertigungen.
Dies ist Nr. 3.

zu Pol I M 504/gRS

Aufzeichnung

zu Drahtbericht aus Kopenhagen Nr. 171 vom 19. Februar d.J.

Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark hatte in einem Schreiben an das OKW angeregt, das restliche dänische Heer (etwa 6 000 Mann) aufzulösen und die noch verbliebenen Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände zu übernehmen. General

von Hanneken begründet seinen Standpunkt mit Nachrichten über eine wachsende Unsicherheit der dänischen Offiziere. Der Bevollmächtigte des Reichs hat in einem Schreiben an den Befehlshaber und in einem Bericht an das Auswärtige Amt seine politischen Bedenken gegen Massnahmen dieser Art geltend gemacht und gebeten, von derartigen Massnahmen Abstand zu nehmen. Er weist darauf hin, dass die deutsche Forderung nach seiner Überzeugung von allen verfassungsmässigen Faktoren des dänischen Staates — Regierung, Reichstag und König — endgültig abgelehnt werden würde. Wir müssten alsdann diese Massnahmen unter beträchtlichem Personaleinsatz selbst durchführen. Es sei damit zu rechnen, dass es über diese Frage zu einem völligen Systemwechsel komme, da eine Regierung, die die deutsche Forderung annehme, nicht gebildet werden könnte. — Dazu kommt, dass auch nach dem Urteil der militärischen Stellen die *dänische Kriegsmarine* gut mit uns zusammen arbeitet und notwendige Arbeit leistet.

Das OKW hat nicht die Absicht, auf die Wünsche des Generals von Hanneken einzugehen und betrachtet die Berichte des Generals mehr von dem Gesichtspunkt aus, dass er sich eine Rückversicherung für eventuelle Vorkommnisse schaffen will. Damit aber doch etwas in der Linie dessen, was General von Hanneken vorschlägt, geschieht, möchte der Chef OKW den Dänen eine warnende Mitteilung machen lassen dahingehend, dass die gesamten Reste des dänischen Heeres der Auflösung verfallen, wenn der geringste Widerstand erkannt würde und dass die Offiziere alsdann in deutsche Kriegsgefangenschaft überführt würden.

Das OKW hat dies mit der Bitte um Stellungnahme mitgeteilt, insbesondere auch angefragt, ob die Mitteilung auf militärischem Wege oder auf dem Wege über den Bevollmächtigten zu machen wäre.

Der Bevollmächtigte des Reichs, der um seine Ansicht gefragt wurde, schlägt die in seinem Drahtbericht vom 19. Februar Nr. 171 formulierte Erklärung an die Dänische Regierung vor, die durch ihn der Dänischen Regierung und dem Kronprinz-Regenten zu machen wäre.

In dem Vorschlag Dr. Best wären zweckmässigerweise im zweiten Satz die Worte „gegen militärische Gefahren, auf die von der deutschen Wehrmacht pflichtgemäss hingewiesen wurde“ zu streichen. Im übrigen ist gegen die Erklärung und die Art der Übermittlung durch Dr. Best an die Dänische Regierung und den Kronprinzen nichts einzuwenden. Ich bitte um die Ermäch(t)igung, die Angelegenheit auf der Grundlage des Vorschlags Dr. Best mit dem OKW zu besprechen.

Hiermit über Herrn Botschafter Ritter
Herrn Staatssekretär
dem Herrn Reichsaussenminister
mit der Bitte um Entscheidung vorzulegen.

Berlin, den 20. Februar 1943.

gez. Schnurre.

Durchdruck an:

Büro RAM	(Nr. 2)
St.S.	(Nr. 3)
Botschafter Ritter	(Nr. 4)
U.St.S.Pol	(Nr. 5)
Ges. Schnurre	(Nr. 6)

392.

**Notits af statssekretær E. v. Weizsäcker ang. samtale med gesandt Mohr
om de danske valg.**

23. februar 1943.

St.-S. Nr. 120

Berlin, den 23. Februar 1943.

Der *Dänische* Gesandte streifte heute bei mir nochmals die Frage der Wahlen zum Dänischen Storting. Er wollte klarstellen, dass die dänische Verfassung eine Verlängerung der Legislaturperiode nicht vorsehe, und dass jede Abweichung von der Verfassung der nachträglichen Billigung durch ein neu gewähltes Storting bedürfe.

Im übrigen sagte Herr Mohr, der 3. April sei der Stichtag, an welchem die Mandate der Storting-Abgeordneten ablaufen. Um Herrn Skavenius in seiner Stellung als Staatsminister (d.h. Ministerpräsidenten) zu festigen, wäre eine baldige deutsche Zustimmung zu dem Wahlakt erwünscht.

Hiermit

dem Herrn Reichsaussenminister
(drahtlich).

gez. **Weizsäcker.**

Durchdruck an:

U.St.-S. Pol.
Dg. Pol.
Ges. v. Grundherr
f. U. St. S. Pol

393.

**Telegram fra dr. Best ang. rigskansler Hitlers instruks til general v. Hanneken
om advarslen til kronprins Frederik vedr. den danske hærs holdning.**

5. marts 1943.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 5. März 1943 — 20,15 Uhr.
Ankunft: — 5. — — 21,15 Uhr.

Nr. 240 vom 5.3.43.

General v. Hanneken hat mir am 2. März 1943 mitgeteilt, er habe vom O.K.W. ein Telegramm des folgenden Wortlauts erhalten: Der Führer habe auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes angeordnet, dass der Reichsbevollmächtigte der dänischen Regierung und dem Kronprinz-Regenten eine Mitteilung wegen des dänischen Heeres machen soll,

deren Wortlaut im Telegramm angegeben ist. Dieser Wortlaut entspricht wörtlich meinem Vorschlag in meinem Telegramm Nr. 185*) vom 22. Februar 1943 an das Auswärtige Amt. Da ich die entsprechende Mitteilung bis jetzt nicht erhalten habe, bitte ich um baldige Unterrichtung über die vom O.K.W. mitgeteilte Führerweisung.

Dr. Best.

St.S.Keppler
U.St.S.Pol.
U.St.S.R.
Botsch.Ritter
U.St.S.Luther
Leiter Abt.Pers.
— — Ha.Pol.
— — Kult.
— — Presse
— — Rundfunk
— — Inf.
Chef Prot.
Dg.Pol.
Arb.Expl. bei Pol I M
G.v.Grundherr

*) bei Pol. I M.

394.

Telegram fra dr. Best ang. DNSAPs chancer ved valget til folketinget.

11. marts 1943.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 11. März 1943 19,40 Uhr
Ankunft: den 11. März 1943 20,40 Uhr

Nr. 269 vom 11.3.

Für Herrn Reichsaussenminister persönlich.

Auf Telegramm Nr. 367*) vom 10. März berichte ich, dass nach meiner Auffassung nicht zu befürchten ist, dass die Partei des Dr. Fritz Clausen in der Folkethingwahl eine Einbusse erfährt. Dr. Clausen selbst ist nach wie vor höchst zuversichtlich und rechnet mit Erfolgen (er schwankt in seinen Prognosen zwischen 8 und 15 Mandaten), an die ich wiederum nicht glaube.

Zahlenmässig ist folgendes festzustellen: In der Wahl 1939 hat Dr. Clausen 3 Mandate errungen, von denen ihm eines durch das Abschwanken des gewählten Abgeordneten wieder verloren ging. Da in der Wahl 1939 mit 31 000 Stimmen 3 Mandate errungen wurden und Dr. Clausen heute etwa 30 000 eingeschriebene Parteimitglieder zu haben behauptet, müssten

*) Pol. VI ohne Nr.

in dieser Wahl die Stimmen der Parteimitglieder ungefähr ausreichen, um die 3 Mandate von 1939 wieder zu erringen. Dr. Clausen rechnet aber sowohl auf eine Zunahme der Stimmen im Land wie auch insbesondere auf die Stimmen der mindestens 30 000 dänischen Arbeiter im Reich und der dänischen Freiwilligen. Schliesslich hat Dr. Clausen in der letzten Zeit eine sehr geschickte Propaganda in Nordschleswig betrieben (im Einvernehmen mit dem Führer der deutschen Volksgruppe), die wohl dazu führen wird, dass ausser vielen Dänen in Nordschleswig ein Teil der Volksdeutschen, die nicht mehr für ihre Volksgruppe zur Wahl gehen, ihre Stimmen für Dr. Clausen abgeben werden.

Bei den sogenannten „Splittergruppen“ kann man von Stimmen, die für Dr. Clausen zu gewinnen wären, kaum sprechen, da diese Gruppen im allgemeinen nur aus wenigen Mitgliedern bestehen und in der Bevölkerung keinen Anhang haben.

Zusammenfassend gebe ich meiner Überzeugung Ausdruck, dass Dr. Clausen mindestens die 3 Mandate von 1939, darüber hinaus vielleicht einige weitere Mandate, erlangen wird. Eine Verdoppelung der Stimmen und Mandate von 1939 halte ich für die äusserste Höchstgrenze.

Dr. Best.

Vert. Vorsch. f. RAM

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

U.St.S.R.

Botsch. Ritter

U.St.S.Luther

Leiter Abt. Pers.

— — Ha.Pol.

— — Kult.

— — Presse

— — Rundfunk

— — Inf.

Chef Prot.

Dg. Pol.

Arb.Expl. bei Pol VI

Ges. v. Grundherr

395.

Telegram fra dr. Best ang. folketingets og landstingets afsluttende møder.

17. marts 1943.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 17.März 1943 13.50 Uhr
 Ankunft den 17.März 1943 15.00 Uhr

Nr. 298 vom 17.3.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 281*) vom 13.3.1943.

Folketing und Landsting haben am 12.3. ihre letzten Sitzungen gehabt, in welchen das Finanzgesetz und eine grosse Anzahl anderer uns nicht interessierender Gesetze angenommen worden sind. Am 13.3. hat der König, der damit zum erstenmal seit langer Zeit wieder offiziell in Erscheinung getreten ist, die Präsidenten des Folketings und des Landstings empfangen und ihnen seinen Dank für ihre Arbeit in der nunmehr abgeschlossenen Reichstagsperiode ausgesprochen. Darüber hinaus hat er, dem amtlichen Presse-Kommuniqué nach, seiner Freude über die veröffentlichten Wahlaufrufe Ausdruck gegeben, die ein Zeugnis wertvoller Sammlung und Zusammenarbeit im politischen Leben seien. Am gleichen Tage hat der König, ebenfalls zum ersten Mal seit seiner Krankheit, das gesamte Kabinett in kurzer Audienz empfangen. Mit dem 14.3. haben bei allen Parteien die Wahlversammlungen begonnen. Versammlungstätigkeit ist entsprechend Vereinbarung mit dänischer Regierung so geregelt, dass nur Mitglieder der jeweils veranstalteten Partei und von der Parteileitung eingeladene, mit Zugangskarten versehene Gäste teilnehmen dürfen. Diese Regelung ist nicht im Wege förmlichen Polizeiverbots öffentlicher Versammlungen sondern durch Absprache der Regierung mit den Parteileitungen herbeigeführt worden. Sie wurde bisher von allen Seiten eingehalten. In grosser konservativer Wahlversammlung am 14.3. hat Handelsminister Halfdan Hendriksen gesprochen. Er hat, wie das in sämtlichen Versammlungen der „zusammenarbeitenden Parteien“ geschieht, den Gedanken der „Folkestyre“ in den Mittelpunkt gestellt und entscheidende Wichtigkeit der Wahlen hervorgehoben. Stimmung der Versammlung war ruhig. Am 15.3. hat DNSAP. grosse Wahlversammlung in Kopenhagen veranstaltet. Dr. Clausen selbst hat hier nicht gesprochen. Auch diese Versammlung ist in aller Ruhe verlaufen. Presse der „zusammenarbeitenden Parteien“ ist in gleicher Weise wie Versammlungen ausgerichtet. Trotz amtlicher Richtlinien, nur positive Propaganda zu bringen, bleiben naturgemäss kleine Seitenhiebe untereinander nicht aus, was uns durchaus recht sein kann. Vereinzelte Versuche der Presse, tendenziös herauszustellen, dass Wahlergebnis nicht als Vertrauensvotum für Regierung Scavenius zu werten sein werde und dass sofort nach Friedensschluss neuer Reichstag werde gewählt werden, sind von mir beanstandet und daraufhin von der Regierung unterbunden worden. Mit in vorderer Linie der Wahlpropaganda steht der bekannte Professor Hal Koch, der sowohl in der Presse als auch in Versammlungen der von ihm geleiteten „Dansk Ungdoms Samvirke“ täglich zur Wahl Stellung nimmt. Er tut das in bekannt vorsichtiger Art, aber doch mit uns gegenüber unfreundlichem Unterton. Seine Tätigkeit wird deshalb von mir besonders beobachtet. Hinsichtlich der in Vorbericht bereits erwähnten Partei des Arne Soerensen „Dansk Samling“ ist durch Postüberwachung festgestellt worden, dass man den Versuch gemacht hat, mit Christmas Moeller in London über Schweden in Verbindung zu treten. Man hat ihm die Wahldrucksachen von „Dansk Samling“ zustellen wollen. Auf einem der Flugblätter findet sich für Christmas Moeller bestimmt,

*) Pol VI

mit Maschinenschrift geschriebener Vermerk: „Dansk Samling darf von London her nicht erörtert werden“. Durch die erfasste Postsendung sind gleichzeitig die beiden Vermittlungsstellen die für „Dansk Samling“ in Kopenhagen und in Stockholm arbeiten, festgestellt worden. Es wird deshalb nach Abschluss der Wahlen leicht möglich sein, die unterirdische Tätigkeit Arne Soerensens und seiner Partei zu kontrollieren und im richtigen Augenblick lahmzulegen. Bis zur Wahl werde ich mich absichtlich nur auf vertrauliche Beobachtungen beschränken. Zu „Dansk Samling“ hat sich auch Kai Munk bekannt. Bezeichnend ist, dass die Wahlparole von „Dansk Samling“ u.a. die folgende Formulierung erhält: „Wünschen sie Scavenius ihren Segen zu geben, so stimmen sie für die Konservativen, Venstres, Radikalen, den Rechtsverband oder die Sozialdemokratie“, wieder ein Beleg dafür, dass man diese unvermeidbare von uns gewollte Konsequenz richtig erkennt. Als Kuriosum zu erwähnen ist der Versuch eines gewissen Helge Lanby, eine Partei „Dansk Folkeligt Centrum“ zu gründen, die eigene Listen für die Reichstagswahl aufstellen und nach Pressemeldungen schon nach kurzer Zeit zehntausende von Anhängern haben sollte. Lanby der in Wirklichkeit Jespersen heisst und mehrfach vorbestraft ist, ist am 14.3.43 von der Polizei festgenommen worden, weil er für seine Parteizwecke grosse Betrügereien begangen hat. Bis zur Einreichung einer Wahlliste ist es nicht gekommen.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

- | | | |
|----------------|---|---|
| Nr. 1 | } | an Pol VI (Arb.St.) |
| Nr. 1a | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2a | | |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4a | | |
| Nr. 5 | | - Botsch.Ritter |
| Nr. 6-14 | | - <i>Abt. Leiter:</i> |
| | | 6) Pol., 7) Recht, |
| | | 8) Dtschld., 9) Ha Pol, |
| | | 10) Kult, 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg. Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg. Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arb. Abt. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |
| Dies ist Nr. 3 | | |

396.

Telegram fra dr. Best ang. valget til rigsdagen 23. marts.

24. marts 1943.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 24. März 1943 — 11.30 Uhr

Ankunft: — 24. — 1943 — 12.00 Uhr

Nr. 331 v. 24. 3.

Im Anschluss an meinen Drahtbericht vom 24.3.43 Nr. 329*) berichte ich über Einzelheiten der dänischen Reichstagswahl vom 23.3.43:

*) bei Pol VI

1.) Der Wahltag ist im ganzen Lande ruhig verlaufen. Zwischenfälle zwischen Dänen und Deutschen oder zwischen Dänen untereinander haben nirgends stattgefunden.

2.) Die Wahlbeteiligung liegt über 90 %. Diese Tatsache kann in der Auslandspropaganda besonders als Beweis des Vertrauens der dänischen Bevölkerung zur Freiheit der Wahl herausgestellt werden.

3.) Die Mandate des Folketings werden sich voraussichtlich wie folgt verteilen (wobei in Klammern die Mandatszahlen der Wahl von 1939 aufgeführt werden):

Sozialdemokraten 66 (64). Radikale Venstre 13 (14). — Konservative 31 (26) Venstre 28 (30) Rechtsverband 2 (3). Bauernpartei 2 (4) DNSAP 3 (3). Dansk Samling 3 (0). — Diese voraussichtliche Mandatsverteilung bestätigt meine Voraussage, dass in der Zusammensetzung des Folketings fast keine Veränderung eintreten werde. Die fünf Sammlungsparteien werden über 140 Mandate gegenüber 137 Mandaten nach der Wahl von 1939 verfügen. Ausserhalb der Sammlungsgruppe werden 8 Mandate stehen gegenüber 11 nach der Wahl von 1939 (von denen 3 kommunistische Mandate und 1 volksdeutsches Mandat endgültig aus dem Folketing ausgeschieden sind).

5.) Bemerkenswert ist, dass die radikale Venstre, die Partei des Staatsministers von Scavenius 13 000 Stimmen gewonnen und nur infolge der hohen Wahlbeteiligung ein Mandat verloren hat, obwohl gerade gegen diese Partei wegen der Person des Staatsministers eine intensive Flüsterpropaganda im Lande durchgeführt wurde.

6.) Mit dem Pressechef der dänischen Regierung ist vereinbart worden, dass — nachdem man während der Wahlkampagne absichtlich dem Stichwort „Folkestyre“ den Vorrang gelassen hatte, von nun an in der Presse die Wahl als eine überwältigende Bestätigung der bisherigen Regierungspolitik dargestellt werden soll.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1	}	an Pol VI (Arb.St.)
Nr. 1a		
Nr. 2	}	- RAM
Nr. 2a		
Nr. 3	-	St.S.
Nr. 4	}	- BRAM
Nr. 4a		
Nr. 5	-	Botsch.Ritter
Nr. 6—14	-	Abt.Leiter:
		6) Pol., 7) Recht,
		8) Dtschld., 9) Ha Pol,
		10) Kult, 11) Presse,
		12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15	-	Dg.Pol.
Nr. 16	-	Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arb. Abt. ist)
Nr. 17	-	Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3		

397.

Telegram fra dr. Best ang. resultatet af folketingsvalget m. h. t. DNSAP.**24. marts 1943.****Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 24. März 1943 — 11.40 Uhr
 Ankunft: — 24. — 1943 — 12.00 Uhr

Nr. 332 v. 24.3.

Im Anschluss an das Telegramm Nr. 331*) vom 24. März 1943 wird über die dänische Reichstagswahl vom 23. März 1943 weiter berichtet:

Die DNSAP hat ihre Stimmenzahl um 40% vermehrt, aber infolge der höheren Wahlbeteiligung nur die gleiche Mandatszahl erhalten wie in der Wahl von 1939. Erkundigungen über die Ursachen, warum die Hoffnungen Dr. Clausens auf einen grösseren Stimmengewinn nicht erfüllt wurden, ergaben, dass offenbar weitgehend eine unzweckmässige Auswahl der aufgestellten Kandidaten die Wähler von der D.N.S.A.P. zurückstiess. So ist in Jütland ein Bibliothekar von Holstein-Rathlou als Kandidat aufgestellt worden, der mit einer Jüdin verheiratet ist. Auch andere Kandidaten wie Hjalmar Truge und Hougaard Hansen in Aarhus genossen einen schlechten Ruf und wirkten nicht werbend für die Liste der DNSAP. Dr. Clausen, der mir übrigens die von ihm aufgestellten Kandidaten nicht vorher bekannt gegeben hat, hat zweifellos in dieser Wahl seine schon immer unglückliche Personalpolitik und seine Scheu, Männer von Format an seiner Seite zu sehen, mit tausenden ihm entgangener Wahlstimmen bezahlt. Die DNSAP stellt übrigens in der heutigen Nummer von Faedrelandet die Zunahme auf 43 267 Stimmen als einen bedeutenden Fortschritt hin.

Dr. Best.*Verteiler Nr. 4:*

- | | | |
|-----------------|---|---|
| Nr. 1 | } | an Pol VI (Arb.St.) |
| Nr. 1a) | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2a) | | |
| Nr. 3 | - | St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4a) | | |
| Nr. 5 | - | Botsch.Ritter |
| Nr. 6—14 | - | Abt.Leiter: |
| | | 6) Pol., 7) Recht, |
| | | 8) Dtschld., 9) Ha Pol, |
| | | 10) Kult, 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | - | Dg.Pol. |
| Nr. 16 | - | Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arb.
Abt. ist) |
| Nr. 17 | - | Sammlg. Telko. |
| Dies ist nr. 3. | | |

*) bei Pol VI

398.

Telegram fra dr. Best ang. samtale med statsminister Scavenius om resultatet af valgene 23. marts.

24. marts 1943.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 24. Marts 1943 19.16 Uhr
Ankunft: den 24. Marts 1943 20.40 Uhr

Nr. 334 vom 24.3. CITO!

Im Anschluss an das Telegramm Nr. 332*) vom 24.3.43 berichte ich, dass ich heute nachmittag mit dem Staatsminister von Scavenius die durch die Reichstagswahl vom 23.3.43 geschaffene Lage besprochen habe. Der Staatsminister zeigte sich sehr befriedigt von dem Ausgang der Wahl und stellte fest, dass hiermit tatsächlich erreicht worden sei, dass die Bevölkerung mit einer überwältigenden Mehrheit ihn, der so oft als Verräter beschimpft wurde, und seine Politik bestätigt habe. Er erwartet von den Parteien künftig eine noch wirksamere Unterstützung seiner Politik, nachdem die Parteien, die bisher in Angst vor ihren Wählern lebten, nunmehr die Billigung der Wähler und eine neue Vollmacht für 4 Jahre erhalten hätten. In der Technik der parlamentarischen Maschinerie wird sich nun folgendes abspielen:

Nachdem am 6. April 1943 die Ersatzmänner des Landstings von den gestern gewählten Wahlmännern gewählt sein werden, wird voraussichtlich Mitte April der gesamte Reichstag — Landsting und Folketing — zum ersten Male tagen. Die Tagung wird als eine Fortsetzung der bisherigen Parlamentstagungen behandelt werden, sodass keine politischen Äusserungen zu erwarten sind. Insbesondere kommt eine erneute Stellungnahme zu der bestehenden Regierung nicht in Frage. Erst in der Haushaltsdebatte im Herbst werden die Parteien wieder durch politische Reden ihrer parlamentarischen Exponenten in Erscheinung treten.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1	}	an Pol VI (Arb.St.)
Nr. 1a		
Nr. 2	}	- RAM
Nr. 2a		
Nr. 3	-	St.S.
Nr. 4	}	- BRAM
Nr. 4a		
Nr. 5	-	Botsch.Ritter
Nr. 6—14	-	Abt.Leiter:
		6) Pol., 7) Recht,
		8) Dtschld., 9) Ha Pol,
		10) Kult., 11) Presse,
		12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15	-	Dg.Pol.
Nr. 16	-	Dg.Arb.Abt. (wenn nicht Pol.Arb. Abt. ist)
Nr. 17	-	Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3		

•

*) bei Pol VI

399.

Telegram fra dr. Best ang. samarbejdsudvalgets opråb mod sabotage.

3. april 1943.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 3. April 1943 22,15 Uhr
 Ankomst: — 3. — — 23,45 —

Nr. 382 vom 3. 4. *CITISSIME!*

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 358*) vom 30.3.43. —

Auf Grund einer zwischen dem Staatsminister von Scavenius und mir getroffenen Vereinbarung wird am 4.4.43 in der dänischen Tagespresse ein Aufruf des Zusammenarbeitsausschusses des dänischen Reichstages „(Neun-Männer-Ausschuss) gegen die Sabotageakte“ in Dänemark veröffentlicht werden, der den folgenden Wortlaut hat:

Der Zusammenarbeitsausschuss des Reichstages gibt folgendes bekannt:

Anfang des Aufrufes:

„Die Öffentlichkeit hat in den letzten Tagen Kenntnis erhalten von einer Reihe ernster Sabotagehandlungen, die in allen Gegenden des Landes begangen wurden und die zum Teil gegen dänisches, zum Teil gegen deutsches Wehrmachtseigentum gerichtet waren. Diese Handlungen stören im Widerspruch zu dem Aufruf des Königs vom 9. April die öffentliche Ruhe und Ordnung, stehen im Gegensatz zur dänischen Gesetzgebung und kennzeichnen eine gefährliche Entwicklung, die die schwersten Folgen nach sich ziehen kann; dänische Menschenleben kommen dabei in Gefahr, der dänischen Produktion wird Schaden zugefügt, was beides in Zukunft sich auf die dänische Arbeitslosigkeit auswirken wird. Wenn die Sabotagehandlungen fortgesetzt werden und es den dänischen Behörden nicht gelingt, diese gesetzwidrigen Handlungen zum Stillstand zu bringen, kann alles, was wir in diesen Jahren erhalten und bewahrt haben, in schwerste Gefahr kommen. — Es war eine nicht zu unterschätzende Gunst, dass es im grossen und ganzen geglückt ist, den gegenwärtigen Rechtszustand als dänische Angelegenheit zu erhalten. Die Fortsetzung dieses Zustandes ist für uns alle von fundamentaler Bedeutung. Es muss daher eine Pflicht sein für alle, dabei mitzuhelfen, dass dies auch geschieht. Der Zusammenarbeitsausschuss richtet daher einen eindringlichen Appell an die dänische Bevölkerung, den tiefen Ernst der Situation zu verstehen und den dänischen Rechts- und Polizeibehörden jede erforderliche Hilfe bei den diesen gestellten Aufgaben zu leisten, die zu ihren Beamtenpflichten gehören und von deren Lösung so viel abhängt. —

Mit Ruhe und Würde und einer festen, freiwilligen Disziplin hat das dänische Volk sein Schicksal getragen, das der Krieg über unser Land gebracht hat. An dieser Einstellung müssen wir bis zum Ende der Besetzung festhalten. Damit sichern wir uns die Erhaltung von Rechten und die Aufrechterhaltung nationaler Institutionen und Werte, die für uns von höchster Bedeutung sind“.

Schluss des Aufrufs. —

Es kann als ein besonderer Erfolg in der Bekämpfung der Sabotage gewertet werden, dass es gelungen ist, gerade die dänischen Sammlungsparteien, denen 90 Prozent der dänischen Bevölkerung am 23.3. ihre Stimmen gegeben haben, zu einem so ernsten und eindringlichen Appell an die Bevölkerung, der zudem ein erneutes Bekenntnis zu der von uns gewollten Politik darstellt, zu veranlassen.

Dr. Best.

*) bei Presse.

Verteiler Nr. 7:

- | | | |
|-----------|---|--|
| Nr. 1 | } | an Presse (Arb. St.) |
| Nr. 1a) | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2a) | | |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4a) | | |
| Nr. 5 | | - Botsch.Ritter |
| Nr. 6—14 | | - <i>Abt.Leiter:</i>
6 u 6a) Pol, 7) Recht,
9) Ha Pol., 10) Kult,
11) Presse, 12) Prot.,
13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15—21 | | - <i>stv. Abt.Leiter:</i>
15) Pol., 16) Recht.,
17) Ha Pol, 18) Kult,
19) Presse, 20) Ru.,
21) Inf. |
| Nr. 22 | | - pers. Stab (Hewel) |
| Nr. 23 | | - Länd.Ref. Abt. Pr. |
| Nr. 24 | | - Sammlg. Telko. |
- Dies ist Nr. 3

400.

**Indberetning fra dr. Best ang. den politiske udvikling i Danmark
5. november 1942—5. maj 1943.**

5. maj 1943.

Geheime Reichssache.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES
REICHES IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 5.5.1943.

P/Tgb.199/43

4. Ausfertigung.

**Bericht über die Entwicklung der Lage in Dänemark vom
5.11.1942 bis 5.5.1943**

I. Die Aufgabe.

In der Besprechung im Führerhauptquartier am 27.10.1942 wurde die Aufgabe des neuen Reichsbevollmächtigten in Dänemark, der nicht mehr Gesandter sein soll, etwa wie folgt umrissen:

1. Veranlassung der Bildung einer neuen dänischen Regierung, die
 - a. legal
 - b. gefügig
 - c. ohne wirklichen politischen Rückhalt in der dänischen Bevölkerung sein solle,

2. Aufrechterhaltung der dänischen Leistungen für das Reich,
3. Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande ohne vermehrten Einsatz deutscher Kräfte,
4. Vorbereitung der Möglichkeit, zu gegebener Zeit das endgültige Verhältnis Dänemarks zum Reiche durch Verträge mit einer legalen dänischen Regierung zu regeln.

Ferner gab der Reichsaussenminister dem neuen Reichsbevollmächtigten die Instruktion, möglichst zu veranlassen, dass der bisherige dänische Aussenminister Erik von Scavenius als Staatsminister die Leitung der neu zu bildenden dänischen Regierung übernehme.

II. Die politische Entwicklung.

1. Die Regierungsneubildung.

Der neue Reichsbevollmächtigte forderte nach seinem Eintreffen in Kopenhagen am 5.11.1942 noch am gleichen Tage den Rücktritt des Staatsministers Vilhelm Buhl und seiner Regierung. Diese Forderung wurde unverzüglich erfüllt.

Die neue Regierung, die am 9.11.1942 mit dem Einverständnis des Reichsbevollmächtigten unter dem Vorsitz des zum Staatsminister ernannten Aussenministers von Scavenius gebildet wurde, umfasst 5 Fachminister und 7 von den „Sammlungsparteien“ gestellte Minister (3 von der Sozialdemokratischen Partei, 2 von der Venstre-Partei, 1 von der Radikalen Venstre-Partei, 1 von der Konservativen Partei). Die Regierung wurde vom Kronprinz-Regenten ernannt und erhielt die verfassungsmässig erforderliche Zustimmung des Reichstags.

Nachdem die Regierung Scavenius ein halbes Jahr die Regierungsgeschäfte geführt hat, kann festgestellt werden:

- a. Die Regierung ist nicht nur legal gebildet worden, sondern es sind durch die Mitarbeit in ihr und mit ihr alle verfassungsmässigen und politischen Faktoren Dänemarks — Staatsoberhaupt, Reichstag und die grossen politischen Parteien — in die Verantwortung für die von dieser Regierung geführte Politik einbezogen worden.
- b. Die Regierung hat sich in der Zusammenarbeit mit dem Reichsbevollmächtigten stets als loyal und fügsam erwiesen, was der Überzeugung aller Minister entspringt, dass nur diese Politik „realistisch“ und im Interesse Dänemarks gelegen sei; die Aussenpolitik, Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft Dänemarks werden von der Behörde des Reichsbevollmächtigten umfassend und sorgfältig kontrolliert, wofür die dänischen Behörden in korrektester Weise alle erforderliche Hilfe leisten.
- c. Die Regierung hat in der dänischen Bevölkerung keinen wirklichen politischen Rückhalt sondern wird stimmungsmässig abgelehnt, weil sie von den Deutschen „oktroiert“ wurde und weil der Staatsminister von Scavenius als Deutschenfreund und als „undemokratisch“, „diktatorisch“, „zynisch“ und „junkerhaft“ in weiten Kreisen verhasst ist; dennoch gehorcht die Bevölkerung, weil die Regierung auf Grund der geltenden Gesetze regiert.

6. Die D.N.S.A.P.

Die DNSAP (Dänische Nationalsozialistische Arbeiter Partei) hat — wie die Reichstagswahl am 23.3.1943 bewiesen hat — die Zahl ihrer Anhänger nicht über den Stand von 1939 vermehren können. Hierfür sind — neben der Kriegslage des letzten halben Jahres — ursächlich: die politische und soziologische Struktur Dänemarks, die Unzulänglichkeit der Parteiführung und gewisse Auswirkungen deutscher Massnahmen.

- a. Die politische und soziologische Struktur Dänemarks war und ist für revolutionäre Ziele und Mittel kein geeigneter Nährboden. Dänemark ist — soziologisch gesehen — weniger ein Staat als vielmehr eine grosse Gemeinde von 3,8 Millionen Einwohnern, in der als eine Art „Dorfdemokratie“ das dänische „Folkestyre“ entstand. Bäuerliche Mentalität, räumliche Enge, verwandtschaftliche Verbindungen und persönliche Bekanntschaften haben in Dänemark seit je eine Volksgemeinschaft gebildet, die — unterstützt durch die günstige Wirtschaftslage — alle sozialen Probleme zwanglos gelöst hat. Eine soziale Revolution ist in Dänemark nicht nötig und deshalb als Programm eines dänischen Nationalsozialismus wirkungslos. Die nationalen Gefühle der

Dänen aber sind seit der Besetzung gegen die Besatzung und damit auch gegen die als Helfer der Besatzung betrachteten dänischen Nationalsozialisten gerichtet.

- b. Die Unzulänglichkeit der Parteiführung hat sich in der Vergangenheit — vor der Besetzung Dänemarks — dadurch erwiesen, dass sie es nicht verstand, ihre Zielsetzung, ihre Organisation und ihre Arbeitsweise auf die Gegebenheiten der politischen Lage in Dänemark und der Mentalität der Bevölkerung einzustellen. Sie beschränkte sich auf eine kleinlich genaue Imitation des grossen Vorbildes der NSDAP.

Nach der Besetzung Dänemarks hat die Parteiführung versäumt, während des deutschen Siegeszuges im Westen die schwankend gewordenen und umschwenkenden Kräfte in Dänemark an sich zu binden. Dieses Versäumnis ist in erster Linie aus einem Charakterzug des Parteiführers Dr. Frits Clausen zu erklären: aus seiner krankhaften Angst, von bedeutenderen Persönlichkeiten aus seiner Führerstellung verdrängt zu werden. Er hat aus diesem Motiv nicht nur keine wertvollen Menschen an sich herangezogen sondern auch alle befähigten, aktiven und selbständigen Persönlichkeiten aus der Partei entfernt und sich mit gänzlich unbedeutenden und zum Teil minderwertigen Mitarbeitern umgeben. Von der gleichen Art waren die von ihm herausgestellten Kandidaten bei der Reichstagswahl. Da in der dänischen „Dorfdemokratie“ jeder jeden kennt und die achtbare Persönlichkeit mehr gewogen wird als ein Programm, war ein Misserfolg der Partei unvermeidbar.

Es ist geradezu tragisch, dass in der dänischen Politik alle alten Parteien durch Abgeordnete und Minister von vorbildlicher persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Sauberkeit und Solidität, die dem bauerlichen Wesen der Dänen entspricht, vertreten werden, während der Führer der nationalsozialistischen „Erneuerungspartei“ und seine Umgebung im persönlichen Lebenswandel und im wirtschaftlichen und politischen Verhalten das Gegenbeispiel dieser Sauberkeit und Solidität bieten, — was in dem „Dorf Dänemark“ jedermann bekannt ist!

- c. Von den hinsichtlich der DNSAP getroffenen deutschen Massnahmen hat sich — wie Dr. Clausen selbst festgestellt hat — insbesondere die Tatsache und die Art der ihr zugewandten finanziellen Unterstützung zum Nachteil der Partei ausgewirkt. Diese Finanzierung konnte nicht geheim gehalten werden, weil man erstens in Dänemark genau wusste, dass die DNSAP diese Mittel nicht aus eigener Kraft aufbringen konnte, und weil zweitens die Umgebung des Dr. Clausen die Tatsache und die Höhe der Finanzierung keineswegs geheim hielt. So musste die dänische Bevölkerung in der DNSAP ein bezahltes Werkzeug der Deutschen sehen. Die Ablehnung hiergegen steigerte sich zur Verachtung, wenn man beobachtete, in welchem Umfang die deutschen Mittel zu einer üppigen persönlichen Lebenshaltung der Parteiführung verwendet wurden.
- d. Der einzige Weg, auf dem die DNSAP wieder zu einer gewissen Bedeutung in der dänischen Politik gelangen kann, ist der nach der Reichstagswahl von Dr. Clausen angekündigte: wieder in bescheidenen Formen ohne fremde Finanzierung um die einzelnen Menschen zu werben. So kann die DNSAP vielleicht allmählich einen Teil der Kräfte auffangen, die aus irgendwelchen Gründen mit der Sammlungsregierung unzufrieden werden. Allerdings werden die dargestellten Schwächen der Parteiführung stets der politischen Entfaltung der Partei recht enge Grenzen setzen.

401.

Telegram fra dr. Best ang. de danske kommunalvalg 5. maj.

6. maj 1943.

Telegramm

(Offen)

Kopenhagen, den 6. Mai 1943 — 17.30 Uhr
 Ankunft: — 6. — 1943 — 18.30 Uhr

Nr. 529 v. 6. 5.

Im Anschluss an meinen Drahtbericht Nr. 416*) v. 10. 4. 1943 teile ich mit, dass am 5.5. die Kommunalwahlen in Dänemark mit Ausnahme des Landesteiles Nord-Schleswig stattgefunden haben. Das Interesse der Bevölkerung an der Wahl war nicht sehr gross. Zwar fand in den letzten Wochen unter den Parteien ein im Vergleich zu den Reichstagswahlen ungewöhnlich heftiger Wahlkampf statt, der sich jedoch nur auf innerpolitische bzw. kommunale Angelegenheiten erstreckte. In Kopenhagen haben die nachstehenden Parteien im Stadtrat die folgenden Mandate erhalten (die Zahlen in Klammern bedeuten das Wahlergebnis aus dem Jahre 1937):

Sozialdemokraten	32 (37)
Radikale Venstre	6 (5)
Konservative	15 (11)
Venstre	— (—)
Retsforbundet	— (—)
Nationalsocialisten	1 (—)

Im Abstimmungsgebiet Kopenhagen und Frederiksberg hatten 3 Gruppen neue Listen aufgestellt unter den Namen „Freisinnige Arbeiterliste“, „Sozialistische Opposition“ und „Bürgerliste“. Bei „Bürgerliste“ und „Sozialistische Opposition“ handelt es sich um frühere Clausen-Anhänger, die nach der Reichstagswahl sich von der Partei abgewandt haben, jedoch für die Kommunalwahlen Listenverbindung mit der DNSAP eingegangen sind. Die „Freisinnige Arbeiterliste“ wurde deutscher- und dänischerseits zunächst darauf überprüft, ob es sich nicht um eine getarnte Aufstellung aus kommunistischen Kreisen handelte. Ein Beweis in dieser Richtung liess sich noch nicht erbringen. Diese Liste konnte 1 Mandat erringen. Der Gesamteindruck des Wahlergebnisses für Kopenhagen und das übrige Land ist der, dass die Sozialdemokraten im allgemeinen nicht unbeträchtliche Einbusse erlitten haben, während die Konservativen einen starken Zuwachs verzeichnen können, bemerkenswert ist auch der Mandatgewinn der radikalen Venstre, der bekanntlich der Staatsminister von Scavenius angehört. Die DNSAP hat zum ersten Mal durch eigene Stimmen 1 Mandat erhalten. — Der Wahltag ist ausserordentlich ruhig verlaufen. Die heutige Tagespresse, einschliesslich der Mittagspresse, nimmt entsprechend der parteipolitischen Einstellung zum Wahlergebnis Stellung. Übereinstimmend wird der unerwartete Rückgang der Sozialdemokraten und der Zugang bei den Konservativen hervorgehoben. Der Hauptgrund für die Verschiebungen im Kraftverhältnis der Parteien scheint darin zu liegen, dass es der Sozialdemokratie seither immer gelungen war, ihre Wähler durch die vielfältigen Organisationen zu mobilisieren, während bei den Wahlen im Jahre 1943 zum ersten Male die bürgerlichen Parteien, vor allem die Konservativen, ihre „Sofa-Wähler“ zur Geltung gebracht haben.

Dr. Best.

*) bei Pol VI

Verteiler Nr. 4:

- | | | |
|----------|---|---|
| Nr. 1 | } | an Pol. VI (Arb. St.) |
| Nr. 1 a | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2a | | |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4a | | |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - <i>Abt. Leiter:</i>
6) Pol, 7) Recht,
9) Ha Pol,
10) Kult, 11) Presse,
12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg.Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arb. Abt. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |
- Dies ist Nr. 3

402.

**Telegram fra dr. Best ang. samtale med statsminister Scavenius
om socialminister Laurits Hansen.**

11. maj 1943.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, 11. Mai 1943 22.20 Uhr
Ankunft, 11. — 1943 23.00 Uhr

Nr. 556 vom 11.5.

Der Staatsminister von Scavenius hat mir heute mitgeteilt, der Sozialminister Laurits Hansen habe ihn heute unterrichtet, dass er sich bis zum 14.5.43 entscheiden müsse, ob er in seine frühere Stellung als Vorsitzender der vereinigten dänischen Gewerkschaften zurückkehren wolle oder nicht. Wenn er sich zur Rückkehr in jene Stellung entschliesse, müsse er sein Ministeramt niederlegen. Wenn er Minister bleiben wolle, müsse er endgültig auf die Führung der Gewerkschaften verzichten. Der Staatsminister bat mich um meine Stellungnahme, welchen Rat er dem Minister Hansen geben solle.

Ich habe ohne Zögern erklärt, dass es selbstverständlich im dänischen wie im deutschen Interesse liege, dass der durch gesunden Menschenverstand und durch seine positive Einstellung zum dänisch-deutschen Verhältnis ausgezeichnete Laurits Hansen die einflussreiche Stellung des Führers der dänischen Gewerkschaften behalte. Dass er das bei der Regierungsbildung im November für ihn künstlich geschaffene, praktisch bedeutungslose Sozialministerium abgebe, habe nach der Stabilisierung der Regierung Scavenius nichts mehr zu sagen. Andererseits sei es auch sachlich und politisch unerwünscht, dass die einflussreiche Stellung des Gewerkschaftsführers endgültig bei dem jetzigen Vertreter Hansens Eiler Jensen bleibe, der sich nach Urteil vieler Sachkenner seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt habe.

Der Staatsminister erwiderte, dass er meine Auffassung durchaus teile und den Minister Hansen in diesem Sinne beraten werde. Hinsichtlich des Sozialministeriums meinte der Staatsminister, dass dieses am besten — wie vor der Regierungsbildung — wieder mit dem Arbeitsministerium vereinigt werde, wofür er jedenfalls sich einsetzen wolle. Ich stimmte dieser Auffassung zu, da ich diese Lösung für sachlich richtig und im Hinblick auf die vernünftige und deutschfreundliche Haltung des Arbeitsministers Kjaerboell auch politisch für erwünscht halte.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1	}	an Pol. VI (Arb. St.)
Nr. 1 a		
Nr. 2	}	- RAM
Nr. 2 a		
Nr. 3		- St.S.
Nr. 4	}	- BRAM
Nr. 4 a		
Nr. 5		- Botsch. Ritter
Nr. 6—14		- <i>Abt Leiter:</i>
		6) Pol., 7) Recht.,
		9) Ha Pol.,
		10) Kult, 11) Presse,
		12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15		- Dg. Pol.
Nr. 16		- Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arbeits-
		abtlg. ist)
Nr. 17		- Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3.		

403.

**Telegram fra dr. Best ang. socialminister Laurits Hansens beslutning
om at forblive i ministeriet Scavenius.**

13. maj 1943.

Telegramm
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 13. Mai 1943 11.00 Uhr.
Ankunft: — 13. — — 11.45 —

Nr. 575 vom 13.5.43

Im Anschluss an meinen Drahtbericht Nr. 556*) vom 11.5.1943 berichte ich, dass der Staatsminister von Scavenius mir heute mitgeteilt hat, dass der Socialminister Laurits Hansen sich nunmehr doch entschlossen habe, Minister zu bleiben und nicht aus der Regierung auszuscheiden. Diese Entschliessung ist nach der Mitteilung des Staatsministers auf die Stellungnahme der socialdemokratischen Partei zurückzuführen, die das Ausscheiden

*) Pol VI

des Ministers Hansen aus der Regierung nicht wünsche (offenbar deshalb, weil die Partei ihre 3 Minister in der Regierung behalten und deshalb nicht die von ihrem eigenen Arbeitsminister Kjaerboell erstrebte Zusammenlegung des Socialministeriums mit dem Arbeitsministerium akut werden lassen möchte).

Diese Lösung hat den Vorteil, dass nicht von feindlicher Seite dem Ausscheiden des Ministers Hansen aus der Regierung unrichtige politische Deutungen gegeben werden können. Der Einfluss des Ministers Hansen auf die dänischen Arbeiter wird, da nunmehr wohl Eiler Jensen endgültig Vorsitzender der Gewerkschaften werden wird, künftig in anderen Formen — insbesondere durch Rednertätigkeit des als Redner sehr beliebten Ministers — ausgeübt werden. Laurits Hansen kann, nachdem er sich für die Tätigkeit als Politiker und Minister entschieden hat, vielleicht allmählich zum politischen Führer der socialdemokratischen Partei heranwachsen, die seit der 20-jährigen unbestrittenen Führerstellung Staunings an eine solche Führung gewöhnt ist und noch keinen Ersatz für Stauning gefunden hat. Diese Entwicklung ist im Hinblick auf die zuverlässige deutsch-freundliche Einstellung Hansens vom deutschen Standpunkt zu begrüßen und zu fördern.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

- | | | |
|-----------------|---|---|
| Nr. 1 | } | an Pol. VI (Arb. St.) |
| Nr. 1 a | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2 a | | |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4 a | | |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - <i>Abt. Leiter:</i> |
| | | 6) Pol, 7) Recht, |
| | | 9) Ha Pol, |
| | | 10) Kult, 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg. Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arbeits- |
| | | abtlg. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |
| Dies ist Nr. 3. | | |

404.

**Notits af presseattaché Gustav Meissner til rigsudenrigsminister
v. Ribbentrop ang. DNSAP.**

19. april 1943.

Notiz für den Herrn Ram

Betr.: Dänische Nationalsozialisten.

Der Parteiführer der dänischen Nationalsozialisten Dr. Clausen hat nach den dänischen Reichstagswahlen vom 23. März d. Js. anlässlich eines Besuches beim Bevollmächtigten des Reiches in Dänemark den Wunsch ausgesprochen, künftig auf weitere finanzielle Beihilfen von deutscher Seite zu verzichten.

Seit dem Herbst 1940 sind den dänischen Nationalsozialisten gut 7 Millionen Kronen an Zuschüssen gegeben worden. Diese Gelder wurden hauptsächlich für die nationalsozialistischen Tageszeitungen *Fædrelandet* und *Folket* sowie für eine nationalsozialistische Arbeitsfront, einen freiwilligen Arbeitsdienst und für die praktische organisatorische Arbeit verwendet.

Clausen hat die Absicht, sich, wie früher, wieder pressepolitisch auf die Wochenzeitung „Nationalsozialisten“ zu stützen. Die Frage, was aus den übrigen Presseorganen sowie aus der Arbeitsfront, dem Arbeitsdienst usw. werden soll, bedarf noch einer besonderen Klärung. Nach Möglichkeit soll eine Lösung angestrebt werden, die die genannten Institutionen am Leben erhält, wobei aber die nationalsozialistische Partei wahrscheinlich ihre direkte Bindung zu den erwähnten Einrichtungen aufgeben wird.

Den Beschluss eines Verzichts auf weitere deutsche finanzielle Beihilfen hat Clausen aus folgenden Gründen gefasst:

1. hat das Ergebnis der Wahlen die dänischen Nationalsozialisten enttäuscht. Clausen hat zwar auf Befragen des Reichsbevollmächtigten grundsätzlich den Wunsch geäußert, die dänischen Reichstagswahlen zur Durchführung kommen zu lassen, hat aber dabei mündlich und schriftlich zur Voraussetzung gemacht, dass man deutscherseits verhindern müsste, dass die demokratischen Sammlungsparteien eine Wahlpropaganda im Zeichen des gegenwärtigen dänisch-deutschen Verhältnisses durchführten. Nach Auffassung Clausens ist dieses nicht erfolgt. Die demokratische Wahlpropaganda forderte vielmehr dazu auf, für ein freies Dänemark und für einen freien Norden sowie für die Bewahrung der demokratischen Freiheit zu stimmen. Ausserdem unterstrich sie, dass die Wahlen nichts mit einer Stimmabgabe für die Regierung Scavenius zu tun hätten, da diese ohne vorherige Befragung des dänischen Reichstages auf Grund ausserordentlicher Umstände zustande gekommen sei. Clausen wie auch die überwiegende Mehrheit der deutschfreundlichen Kreise in Dänemark vertreten die Ansicht, dass die Wahlen eine Volksabstimmung der dänischen Bevölkerung gegen Deutschland und gegen das autoritäre System gewesen seien. Sie sind befremdet darüber, dass es ihnen als Opposition von deutscher Seite nicht erlaubt wurde, gegen die demokratischen Sammlungsparteien in ihrer Presse öffentlich zu Felde zu ziehen. Durch diesen Umstand seien die Wahlen als das Produkt einer einseitigen Bevorzugung der demokratischen Sammlungsfront anzusehen, obwohl diese in den letzten Jahren für die feindliche Stimmung der dänischen Bevölkerung Deutschland gegenüber voll verantwortlich zu machen sei.

2. hat Clausen inzwischen starkes Misstrauen gegen die von der SS. verfolgte Politik in Dänemark gefasst. Er äussert, dass seitens der SS. im Frühjahr 1941 ihm gesagt worden sei, dass, wenn er 500 dänische Freiwillige für den Waffendienst stellen würde, seine Anerkennung als Partei gewährleistet sei. Er habe seinerzeit ein Kontingent von 800 Freiwilligen gestellt, wozu nach dem 22. Juni 1941 das Freikorps Dänemark und weitere Freiwillige für die verschiedensten Verbände der Waffen-SS gekommen seien. Die Zahl der dänischen Freiwilligen belaufe sich nunmehr auf mehrere Tausend, von denen ein sehr grosser Prozentsatz von der DNSAP. gestellt worden sei.

Nunmehr strebe die SS. die Bildung eines germanischen Korps in Dänemark an und habe auch für diesen Zweck bereits den Obersturmbannführer Martinsen (Kommandeur des Freikorps) nach Dänemark entsandt. Die Angehörigen dieses germanischen Korps sollen auf den Reichsführer-SS vereidigt werden und seinen Weisungen unterstehen. Clausen, der nach seiner Stellung zu diesem Plan befragt worden ist, hat dem Reichsbevollmächtigten mitgeteilt, dass er als Parteiführer der DNSAP. mit dem germanischen Korps nichts zu tun haben wolle. Er sieht diese Initiative als verfrüht an und hält sie lediglich für geeignet, Unruhe in dänischen Kreisen zu erzeugen. Man würde nämlich, wie Clausen sagt, das germanische Korps als einen Beweis dafür ansehen, dass man von deutscher Seite Dänemark gewissermassen als Gau angliedern wolle. Clausen betont, dass er überzeugter Anhänger einer künftigen engen deutsch-dänischen Zusammenarbeit ist, die mit der Zeit zu einem Zusammenwachsen beider Länder führt. Voreilige Schritte in dieser Richtung hält er aber gerade deswegen für unangebracht.

Der inzwischen vollzogene Schritt zur Bildung eines germanischen Korps hat in Kreisen der dänischen Nationalsozialisten und vor allem bei Clausen das Gefühl aufkommen

lassen, dass die Freiwilligen aus den Reihen der DNSAP. nun doch nicht der Partei zugute kommen werden, sondern dass sie vielmehr der Partei endgültig entzogen sind. Er sieht dieses als einen Bruch der Versprechungen an, die ihm im Frühjahr 1941 von Seiten der SS. gemacht wurden.

Ein weiterer Grund des Misstrauens Clausens gegen die SS. ist auf die zahlreichen Einmischungen in seine Personalpolitik zurückzuführen. Im Laufe der letzten Jahre sind die verschiedensten Forderungen an ihn gestellt worden, auf engere Mitarbeiter zu verzichten. Zum Teil waren diese Forderungen vielleicht berechtigt. In der Partei wirkten sie aber als ein Beweis, dass man nicht mehr selbständig arbeiten konnte, sondern in allen Fragen in völliger Abhängigkeit stand. In den meisten Fällen beruhten die Forderungen personeller Veränderungen auf nachteilige Angaben der DNSAP. missgünstiger nationalsozialistischer Splittergruppen. Da man die Forderungen von Fall zu Fall mit der Drohung des Entzugs der Subsidien unterstrichen hatte, hat Clausen nunmehr die Hoffnung, selbständiger in seiner Politik verfahren zu können, nachdem die Frage der Subsidien unter den Tisch gefallen ist.

Die dänischen Nationalsozialisten sind zurzeit sehr hoffnungslos geworden. Nach der plötzlichen Krise im September 1942 hatten sie eine Möglichkeit gesehen, offiziell stärker in die deutsch-dänische Zusammenarbeit einbezogen zu werden. Nachdem aber die Regierung Scavenius weitgehend unter Wiederhineinnahme der alten Kräfte gebildet wurde, machte sich eine sichtliche Enttäuschung breit. Die von deutscher Seite augenblicklich betriebene Politik engster Zusammenarbeit mit der Regierung Scavenius sieht man als einen Beweis dafür an, dass Deutschland an der Entwicklung des Nationalsozialismus in Dänemark kein besonderes Interesse hat. Durch die Wahlen glaubt man hierfür die endgültige Bestätigung erhalten zu haben. Man bringt kein Verständnis dafür auf, dass die deutschfeindlichen Personen und Kreise, insbesondere die Juden, sich frei und ungehemmt betätigen können und sieht keine Möglichkeit eines entscheidenden Fortschrittes für die nationalsozialistische Partei, so lange dieses der Fall ist. Daher hat man nunmehr den Beschluss gefasst, sich wieder völlig auf die eigenen Beine zu stellen und unter Bewahrung seiner seit 1932 bewiesenen klaren deutsch-freundlichen Einstellung in bescheidenerem Rahmen weiterzuarbeiten.

Fuschl, 19.4.43.

Meissner.

405.

**Telegram fra dr. Best ang. Eiler Jensens valg til formand
for De samvirkende Fagforbund.**

15. maj 1943.

Telegramm
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 15. Mai 1943 16.40 Uhr
Ankunft: — 15. — — 18.50 —

Nr. 597 vom 15.5.

Im Anschluss an meinen Drahtbericht Nr. 575*) vom 13.5.1943 und unter Bezugnahme auf das heutige Ferngespräch zwischen Herrn Gesandten Dr. von Grundherr und

*) bei Pol VI

meinem Vertreter berichte ich, dass von deutscher Seite gegen das Verbleiben des Gewerkschaftsführers keine Einwendungen erhoben zu werden brauchen. Eiler Jensen ist zwar hinsichtlich seiner persönlichen und fachlichen Qualitäten mit Laurits Hansen nicht zu vergleichen und wird sicher nicht dasselbe leisten, was Laurits Hansen leisten könnte. Politisch jedoch wird er der deutschen Politik keine Schwierigkeiten bereiten, er hat vielmehr gelegentlich seiner Teilnahme an einer privaten Zusammenkunft mehrerer Gewerkschaftsführer mit mir durchaus den guten Willen zu einer Fühlungnahme und Zusammenarbeit gezeigt. Im übrigen steht, nachdem Laurits Hansen sich für den Weg des Ministers und Politikers entschieden hat, zur Zeit ein besserer Mann als Eiler Jensen für den Vorsitz der Gewerkschaften nicht zur Verfügung.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1	}	an Pol. VI (Arb.St.)
Nr. 1 a		
Nr. 2	}	- RAM
Nr. 2 a		
Nr. 3		- St.S.
Nr. 4	}	- BRAM
Nr. 4 a		
Nr. 5		- Botsch. Ritter
Nr. 6—14		- <i>Abt. Leiter:</i>
		6) Pol, 7) Recht,
		9) Ha Pol,
		10) Kult, 11) Presse,
		12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15		- Dg. Pol.
Nr. 16		- Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arbeits-
		abtlg. ist)
Nr. 17		- Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3.		

406.

**Telegram fra dr. Best ang. kong Christian Xs „åbne brev“ om hans
genoptagelse af regeringsforretningerne.**

15. maj 1943.

Telegramm
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 15. Mai 1943 16,30 Uhr
Ankunft: — 15. — — 18,50 —

Nr. 598 vom 15. 5.

Im Anschluss an meinen Drahtbericht Nr. 570*) vom 12.5. berichte ich, dass der König heute den „offenen Brief“ unterzeichnet hat, durch den er bekanntgibt, dass er die Regierungsgeschäfte wieder übernommen hat. (In der gleichen Form war seinerzeit die

*) bei Pol VI V.S.

Einsetzung des Kronprinzen als Regenten erfolgt). Der König wird am heutigen Abend die folgende Rundfunkansprache halten, zu der er sich im Hinblick auf die ihn beunruhigenden Sabotageakte spontan entschlossen hat: „Nachdem ich die Führung der Regierung wieder übernommen habe, fühle ich das Bedürfnis, Ihnen allen meinen wärmsten Dank für die zahllosen Beweise von Ergebenheit und Treue zu sagen, die ich während meiner langen Krankheit empfangen habe. Dank für alle Fürbitte und für alle guten Wünsche für meine Genesung. — Aber ausserdem war es heute mein Wunsch, zu allen Dänen im Hinblick auf die ernstesten Begebenheiten der letzten Zeit im ganzen Lande zu sprechen. — Seit dem ersten Tage, als die deutsche Besetzung Dänemarks stattfand, habe ich alle in Stadt und Land aufgefordert, ein vollauf korrektes und würdiges Auftreten an den Tag zu legen. Die vergangenen 3 Jahre haben auch gezeigt, dass das dänische Volk in seiner Gesamtheit verstanden hat, dass es unter den schwierigen Verhältnissen, die wir durchleben, von entscheidender Bedeutung ist, dass Ruhe und Ordnung im Lande herrschen. — Gewisse Begebenheiten der letzten Zeit zeigen indessen, dass es Personen gibt, die durch Begehen von verwerflichen Handlungen die Rücksicht ausser acht lassen, die verantwortungsbewusste Dänen ihrem Vaterlande schulden, wenn wir diese schweren Zeiten nach den Richtlinien überstehen wollen, die Regierung und Reichstag in voller Einigkeit festgelegt haben. Diese Handlungen verantwortungsloser Personen können die schwersten Folgen sowohl für Einzelpersonen, wie für die Gemeinschaft als Ganzes haben. — Schwierige und ernste Zeiten haben wir durchlebt, seit die Wirkungen des grossen Krieges über unser Vaterland hereingebrochen sind, schwierig für die leitenden Männer unseres Landes, wie für den einzelnen Bürger. Vielleicht steht uns die schwierigste Zeit jedoch noch bevor. Ich fordere alle, alt und jung, auf, dass jeder auf seinem Platz in der Gemeinschaft sich der Verantwortung bewusst ist, die jeder Däne trägt und an der Arbeit teilzunehmen, unser Land durch die Schwierigkeiten der Zukunft zu führen.“

Dass der König die Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte gerade mit dieser Ansprache einleitet, wird seine Wirkung auf die dänische Bevölkerung nicht verfehlen. Die Formulierungen des Königs bedeuten zugleich eine eindeutige Begründung und Rechtfertigung aller zur Bekämpfung der Sabotage getroffenen und noch zu treffenden Massnahmen.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

- | | | |
|----------|---|---|
| Nr. 1 | } | |
| Nr. 1 a | } | an Pol. VI (Arb. St.) |
| Nr. 2 | } | |
| Nr. 2 a | } | - RAM |
| Nr. 3 | | - St.S. |
| Nr. 4 | } | |
| Nr. 4 a | } | - BRAM |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - <i>Abt. Leiter:</i> |
| | | 6) Pol, 7) Recht, |
| | | 9) Ha Pol, |
| | | 10) Kult, 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg. Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arbeits- |
| | | abtlg. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |
- Dies ist Nr. 3.

407.

„Politiske informationer til de tyske myndigheder i Danmark“ ang. sabotage.

1. juni 1943.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES REICHES
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 1. Juni 1943.

Politische Informationen für die deutschen Dienststellen in DänemarkIV. *Sabotage-Akte in Dänemark.*

Die Bekämpfung der Sabotage hat in Zusammenarbeit mit der dänischen Polizei weiter zu beachtlichen Ergebnissen geführt. Es sind z.Zt. insgesamt 77 Personen wegen Ausführung von Sprengstoffanschlägen und Brandstiftungen oder Beteiligung an solchen in Haft und zwar:

in Aalborg.....	17
in Aarhus.....	9
in Esbjerg.....	5
in Fredericia.....	3
in Frederikssund.....	1
in Horsens.....	1
in Kolding.....	1
in Nibe.....	1
in Odense.....	6
in Viborg.....	2
in Kopenhagen.....	31
	77

Diese Saboteure haben in einzelnen Gruppen, von denen z.Zt. 12 erkennbar sind, zusammengearbeitet. Es handelt sich einerseits um Kommunisten und andererseits um Jugendliche, die aus nationalen Beweggründen tätig wurden.

Die umfangreichen Vernehmungen der teils in dänischer und teils in deutscher Haft befindlichen Saboteure haben bereits zur Klärung von rund 70 Anschlägen geführt. Die laufenden Ermittlungen werden jedoch noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Zwei Tätergruppen sind bereits vor dem deutschen Kriegsgericht abgeurteilt worden, da sich diese Anschläge (Brandstiftungen an Wehrmachtskraftwagen pp. und Inbrandsetzung einer Tennishalle in Aarhus) unmittelbar gegen Eigentum der deutschen Besatzung richteten und in der Absicht begangen worden waren, der Wehrmacht Schaden zuzufügen. In einem Falle ist der Haupttäter zum Tode, seine beiden Mittäter zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Aus politischen Gründen — insbesondere auf Vorstellungen, die der Staatsminister von Scavenius bei dem Reichsbevollmächtigten vorbrachte, — ist die Todesstrafe von dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden. Die Vollstreckung dieser Strafen erfolgt in Deutschland. Im anderen Falle sind die jugendlichen Saboteure zu strengen Freiheitsstrafen — der Haupttäter erhielt 8 Jahre 6 Monate Zuchthaus — verurteilt worden. Da es sich hierbei um Jugendliche handelt, ist die Vollstreckung dieser Strafen in einer dänischen Strafanstalt zugelassen worden. Beide Urteile wurden in der dänischen Presse entsprechend ausgewertet.

Die zahlreichen Festnahmen und die Urteile des Kriegsgerichts wie auch der Umstand, dass bereits zwei Saboteure von Werkschutzangehörigen erschossen worden sind,

haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Sabotagefälle haben weiter nachgelassen. Ein vollständiges Aufhören solcher Handlungen ist aber selbstverständlich nicht zu erwarten, solange noch Möglichkeiten dafür bestehen, dass der Feind auf dem Luftwege Fallschirmagenten und Sabotagematerial nach Dänemark bringt.

Dass die moralische Einwirkung auf die dänische Bevölkerung — Presseveröffentlichungen, Aufruf des „Neuner-Ausschusses“ des Reichstags, Rundfunkansprache des Königs — im Lande eine Stimmung gegen die Sabotage geschaffen hat, auf die die Widerstandsgruppen selbst nunmehr glauben Rücksicht nehmen zu müssen, beweist der Versuch einer Auseinandersetzung und Rechtfertigung in dem illegalen Blatt „Hjemmefronten“, in dem u.a. folgendes ausgeführt wird: „Zuerst soll gesagt sein, dass die kämpfende Heimatfront *nicht* den Einwand gegen die Aktionen gutheissen kann, dass sie unser Volk in „norwegische Zustände“ führen. Wenn eine Widerstandshandlung im übrigen als nützlich, d.h. als geeignet angesehen werden kann, die deutschen Kraftanstrengungen teils zu verringern, teils der Welt den dänischen Willen zum Widerstand und die Fähigkeit hierzu zu zeigen, kann die Angst vor den Folgen uns nicht zurückhalten. Hier gilt nur ein Dafür oder Dagegen, und die Saboteure sowohl wie das ganze dänische Volk müssen die Konsequenzen unserer Stellungnahme gegen die Deutschen auf sich nehmen, oder es bleiben die Ansichten und Standpunkte des dänischen Volkes nur leere Wortschwätzeri. Auf der anderen Seite hat kein verantwortungsbewusster Mann oder Frau an der kämpfenden Heimatfront „die norwegischen Zustände“ als ein nachstrebenswertes Ziel vor Augen, und keine Aktion darf allein in provokatorischer Hinsicht ausgeführt werden.

Über diesen Standpunkt sollte keine Diskussion sein. Deshalb hätte eine Reihe von Sabotagehandlungen ungetan bleiben sollen. Dies gilt in erster Linie allen denen, die von Knaben und jungen Menschen ausgeführt sind, die nicht das volle Verstehen für die Reichweite ihrer Handlungen haben. Sabotage ist keine neue Form für Räuber und Soldaten, sondern der todesernste Einsatz erwachsener Männer für Dänemarks Freiheit. Deshalb sollte diese Arbeit nur von Männern ausgeführt werden, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind nach reiflichem Überlegen, mit dem vollen Verstehen der Konsequenzen der Verantwortung.

Danach sollte man sich den Unterschied zwischen den einzelnen Sabotagefällen klarmachen. Die wichtigsten Aktionen werden gegen die eigentliche Kriegsindustrie, also Betriebe vorgenommen, die Waffen oder Teile hierzu fabrizieren, Unterseebootmaterial, Flugzeugteile o. ä. Fast ebenso wichtig ist Sabotage gegen Betriebe, die Hilfsmaterial zur deutschen Kriegsindustrie im Heimatland herstellen. Aber hierüber hinaus haben die Sabotagehandlungen in Betrieben stattgefunden, die für die dänische Regierung innerhalb des Rahmens des gewöhnlichen Exports arbeiten, ja sogar gegen Firmen, die ausschliesslich den hiesigen Markt versorgen. Endlich werden noch Sabotageakte gegen Eisenbahnen sowie direkte Angriffe gegen die Wehrmacht gerichtet.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, dass es im wahren Interesse Dänemarks liegt, dass die Sabotage auf die zwei zuerst genannten Fälle eingeschränkt wird, also die eigentliche Kriegsindustrie und damit verbundene Hilfsbetriebe. Solche Handlungen sind von kriegsmässigem Wert, da sie als ein Glied in dem Kampf angesehen werden können, der über den ganzen europäischen Kontinent geführt wird.

..... Wenn dies gesagt ist, soll auch nicht ungesagt bleiben, dass die übrigen genannten Sabotagefälle ohne Bedeutung, ja sogar in direktem Widerstreit mit den Interessen unseres Landes stehen, weil diese in einem so hohen Grad Irritationsmomente sind, deren Folgen nicht den Konsequenzen entsprechen. Eine allgemeine Desorganisation der dänischen Gemeinschaft hat unter dem jetzigen Zeitpunkt kein kriegsmässiges Interesse. Lasst uns darum versuchen, der Sabotage von ausschliesslich provokatorischem Charakter aus dem Wege zu gehen, und lasst uns desto mehr und desto mehr zum wirklich nationalen Einsatz zusammenschliessen, der durch die wichtigen Sabotageaktionen geleistet wird. In der Sabotage hat die Heimatfront eine wertvolle Waffe! Sie soll aber mit Nachdenken gebraucht werden!“

Ein weiterer Beweis für die Wirkung der politischen Bekämpfung der Sabotage in Dänemark ist ein Rundschreiben, das unter dem 27.4.1943 von der Landesleitung der

keineswegs deutschfreundlichen „Konservativen Jugend“ herausgegeben wurde, und das den folgenden Wortlaut hat:

„An die Hauptverwaltung, Amtsvorsitzenden, Kreisvorsitzenden, Vereinsvorsitzenden und Arbeitsleiter.“

„Zu unersetzlichem Schaden unseres Landes finden z.Zt. über ganz Dänemark eine Reihe Sabotagehandlungen statt.

Da festgestellt worden ist, dass einzelne Mitglieder unserer Organisation mit in solche Handlungen verwickelt waren, richten wir die sehr dringende Warnung an unsere Mitglieder, sich von jeder Teilnahme an Sabotage oder anderer illegaler Tätigkeit fernzuhalten, da die ernstesten Folgen sowohl für sie selbst als auch für die konservativen Organisationen daraus entstehen können.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass jedes Mitglied, das wegen Teilnahme an Sabotage verurteilt wird, aus unseren Organisationen ausgeschlossen wird.

Gleichzeitig wird unseren Vertrauensmännern auferlegt, bei der Aufnahme von neuen Mitgliedern die grösste Vorsicht zu beobachten, um Provokationen zu verhüten.

V. Fibiger

Vorsitzender der konservativen Folkeparti

Karl Olsen

Vorsitzender für Konservativ Ungdoms Landsorganisation.“

408.

Telegram fra dr. Best ang. engelske og svenske rygter om dansk regeringskrise.

20. august 1943.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 20. August 1943 — 9.10 Uhr

Ankunft: — 20. — — — 9.45 —

Nr. 950 vom 20.8.1943.

Auf das dortige Telegramm Nr. 1101*) vom 19.8.43.

Die englischen und schwedischen Meldungen über eine dänische Kabinettskrise sind falsch.

Ich habe an die dänische Regierung keine Forderung gerichtet und die dänische Regierung hat keine Forderung abgelehnt.

Der Staatsminister von Scavenius hat mir nicht seinen Rücktritt angeboten, sodass ich ihn nicht abzulehnen brauchte.

*) P 12594 i.Gg.

Saboteure werden, wenn sie die deutsche Wehrmacht unmittelbar angegriffen haben, ständig von deutschen Kriegsgerichten verurteilt. Die dänische Regierung hat hiergegen seit Beginn meiner Amtsführung noch nicht interveniert.

Sabotagefälle, die nicht gegen die deutsche Wehrmacht gerichtet sind, werden an die dänischen Gerichte abgegeben. An dieser Praxis wird bis auf weiteres nichts geändert werden.

Im übrigen verweise ich auf meinen Schriftbericht Nr. I A/290 43 vom 19.8.43 auf das dortige Telegramm Nr. 1100/18*) vom 19.8.43.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

Nr. 1	}	an Pol VI (Arb. St.)
Nr. 1 a		
Nr. 2	}	- RAM
Nr. 2 a		
Nr. 3		- St.S.
Nr. 4	}	- BRAM
Nr. 4 a		
Nr. 5		- Botsch. Ritter
Nr. 6—14		- <i>Abt. Leiter:</i> 6) Pol, 7) Recht, 10) Kult, 11) Presse, 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf.
Nr. 15		- Dg. Pol.
Nr. 16		- Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arb. Abt. ist)
Nr. 17		- Sammlg. Telko.
Dies ist Nr. 3.		

*) Pol VI 9005 geh.

409.

Telegram fra dr. Best ang. regeringspartiernes udtalelse mod uro i landet.

21. august 1943.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 21. August 1943 — 13.55 Uhr
Ankunft: — 21. — 1943 — 15.05 Uhr

Nr. ohne v. 21. 8.

Auf G.-Schreiber Nr. 961 v. 21.8.

In seinem Bestreben, der Wühlarbeit feindlicher Agenten und illegaler Kräfte entgegenzutreten und die politischen Faktoren des Landes auf seine Politik festzulegen, hat der Staatsminister von Scavenius heute einen erfreulichen Erfolg erzielt. Die fünf Regierungsparteien haben, nachdem die Konservativen sich lange dagegen gesträubt

haben, auf Vorschlag der Regierung den Text einer Bekanntmachung beschlossen, in der die dänische Bevölkerung sehr ernst vor den Bemühungen dunkler Kräfte, Unruhe im Lande hervorzurufen, gewarnt und auf die Gefahr hingewiesen wird, dass durch Unbesonnenheit der Bevölkerung dem Lande Dänemark seine eigene Regierung verloren gehen könnte. Nachdem in der heutigen Staatsratssitzung auch der König dieser Bekanntmachung zugestimmt hat, haben sich hierdurch alle politischen Faktoren Dänemarks noch einmal auf die Regierung des Staatsministers von Scavenius und auf seine Politik festgelegt. Hierdurch werden die feindlichen Störmeldungen über einen Rücktritt des Staatsministers von Scavenius und seiner Regierung am besten widerlegt.

Den Wortlaut Bekanntmachung und eine eingehende Darstellung übermittle ich durch Schriftbericht.

Dr. Best.

Verteiler Nr. 4:

- | | | |
|-----------------|---|---|
| Nr. 1 | } | an Pol VI (Arb. St.) |
| Nr. 1 a | | |
| Nr. 2 | } | - RAM |
| Nr. 2 a | | |
| Nr. 3 | | - St. S. |
| Nr. 4 | } | - BRAM |
| Nr. 4 a | | |
| Nr. 5 | | - Botsch. Ritter |
| Nr. 6—14 | | - <i>Abt. Leiter:</i> |
| | | 6) Pol., 7) Recht, |
| | | 9) Ha Pol, |
| | | 10) Kult, 11) Presse, |
| | | 12) Prot., 13) Ru., 14) Inf. |
| Nr. 15 | | - Dg. Pol. |
| Nr. 16 | | - Dg. Arb. Abt. (wenn nicht Pol. Arb. Abt. ist) |
| Nr. 17 | | - Sammlg. Telko. |
| Dies ist Nr. 3. | | |

410.

Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. krav til den danske regering i anledning af urolighederne i Odense.

25. august 1943.

Feldquartier, den 25. August 1943.

Ich bitte, dem Staatsminister Scavenius alsbald nach Ihrer Rückkehr nach Kopenhagen im Auftrag der Reichsregierung mündlich folgendes zu erklären:

Die Reichsregierung habe Sie wegen der Vorkommnisse in Odense zur Berichterstattung berufen und habe Sie nunmehr beauftragt, der Dänischen Regierung zu erklären, dass sie die Vorkommnisse sehr ernst nehme und dass sie nicht gewillt sei, die Misshandlung eines deutschen Offiziers und die darin liegende Beleidigung der deutschen Wehrmacht ohne Vergeltung zu lassen.

Die Reichsregierung stellt folgende Forderungen:

1) Die Stadt Odense hat binnen fünf Tagen eine Strafe von 1 Million Kronen an eine von dem Befehlshaber der deutschen Truppen zu bezeichnende Kasse zu bezahlen.

2) Die Dänische Regierung ergreift die nötigen Massnahmen, um die an der Miss-handlung des deutschen Offiziers Schuldigen festzustellen und den deutschen Besatzungs-behörden auszuliefern.

Bis zur Auslieferung der Schuldigen werden folgende Strafmassnahmen über Odense verhängt:

- a) Das Betreten der Strassen nach 20 Uhr bis 5 Uhr wird verboten.
- b) Alle Kinos, Theater und sonstigen Vergnügungsstätten werden geschlossen.
- c) Die Gaststätten werden von 19 Uhr ab geschlossen.

3) Sollten bis zum 5. September die Schuldigen nicht ausgeliefert sein, so werden 10 von den Besatzungsbehörden ausgewählte Einwohner von Odense festgenommen und bis zur Auslieferung der Schuldigen in Haft behalten.

4) Die Reichsregierung kündigt der Dänischen Regierung an, dass bei einer etwaigen Wiederholung solcher Vorfälle sie zu noch schärferen Massnahmen schreiten wird.

Ich bitte, den Befehlshaber der deutschen Truppen von vorstehendem zu unterrichten und die strenge Durchführung der Strafmassnahmen unter Ziffer 2 sicherzustellen.

gez. **Ribbentrop.**

Verteiler:

St. S.
U. St. S. Pol
Pol VI.

411.

Telegram fra ambassadør Ritter ang. afvæbning af den danske hær.

27. august 1943.

Telegramm
(G-Schreiber)

Geheimvermerk für Geheime Reichssachen.

Sonderzug, den 27. August 1943 17,45 Uhr
Ankunft: — 27. — — 19,55 —

Nr. 1279 vom 27.8. CITISSIME!

Deutsche Gesandtschaft Kopenhagen

Tel. i. Ziff.
(Geh.Chiff.Verf.)

Für Reichsbevollmächtigten Best.

Im Anschluss an die telefonische Unterredung teile ich mit, dass das Oberkommando der Wehrmacht an der sofortigen Entwaffnung des dänischen Heeres festhält, auch auf die Gefahr hin, dass dadurch die bisherige Haltung der dänischen Kriegsmarine ungünstig beeinflusst werden könnte.

Der Herr Reichsaussenminister hat darauf entschieden, dass die Entwaffnung des dänischen Heeres in dem zwischen ihm und Ihnen besprochenen Sinne unter allen Umständen durchzuführen ist.

Einzelheiten der Entwaffnung sind von Ihnen und dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark festzulegen.

Ritter.

Vermerk:

Unter Nr. 1134 an
Deutsche Gesandtschaft
Kopenhagen weitergelei-
tet.

Berlin, 27.8.43
Pers.Ch.Tel.

St.S. Keppler
U.St.S. Pol
Botschafter Ritter
Botschafter Gaus
Leiter Abt. Pers
— — Ha Pol
— — Recht
— — Kult Pol
— — Presse
— — Rundfunk

Chef Prot
Dg.Pol
Gr.Leiter Inl. I
Gr.Leiter Inl. II
Arb.Expl.bei Pol I
Ges. Schnurre
Ges. v. Grundherr
L.R.Melchers
Dr.Megerle
Dies ist Exemplar Nr. 5.

412.

Telegram fra dr. Best ang. uroen i Danmark.

27. august 1943.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 27. August 1943 14,35 Uhr
Ankunft: — 27. — — 15,50 —

*Nr. 978 vom 27.8. SEHR DRINGEND
SOFORT VORZULEGEN!*

An den Herrn Reichsaussenminister.

Befehlsgemäss berichte ich über die letzte Entwicklung der Lage in Dänemark folgendes:

Nach übereinstimmender Auffassung der deutschen militärischen und polizeilichen Stellen handelt es sich bei den seit etwa drei Wochen vorgefallenen Strassenunruhen und

Streiks um örtliche Erscheinungen aus verschiedenen Anlässen. Die Anlässe wurden teils geschaffen und teils benützt von illegalen Kräften, die seit etwa der gleichen Zeit auch mit Sabotageakten in viel stärkerem Masse als früher in Erscheinung getreten sind. Zeitlich fällt hiermit ebenfalls die neueste Welle der feindlichen Dänemark-Propaganda zusammen. Die Bevölkerung des Landes ist für die Versuche, Unruhe zu stiften, zugänglicher als früher, da sie — insbesondere seit den Ereignissen in Italien — von dem baldigen Siege unserer Feinde überzeugt ist. Dennoch verhält sich vor allem die gesamte Landbevölkerung absolut ruhig, während in erster Linie einige Städte, in denen bestimmte Arbeitergruppen aufgewiegelt sind, wiederholt Ruhestörungen und Streiks erlebt haben und auch mit ihrer näheren Umgebung die hauptsächlichsten Schauplätze von Sabotageakten gewesen sind. Auch die Vorkommnisse der letzten Tage, zwischen denen keine Zusammenhänge aufgedeckt worden sind, haben sich im wesentlichen an den gleichen Orten abgespielt. Die deutsche Truppe hat bei Zusammenstößen stets schnell und nachdrücklich von der Waffe Gebrauch gemacht, so dass eine Reihe von Ruhestörern erschossen und verwundet worden sind. Zusammenfassend ist festzustellen, dass keine einheitliche Aktion oder Bewegung, sondern eine Vielzahl von Einzelfällen vorliegt, die gerade in den letzten drei Wochen wie auf einen Befehl hin ausgelöst worden sind. Es besteht kein Zweifel, dass durch die befohlenen Massnahmen diesen Störungsversuchen wirksam begegnet werden wird. Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark hat der in diesem Bericht ausgesprochenen Auffassung zugestimmt.

Dr. Best.

Verteilungsvorschlag für RAM

St.S.Keppler
 U.St.S.Pol
 Botschafter Ritter
 Botschafter Gaus
 Leiter Abt. Pers
 — — Ha Pol
 — — Recht
 — — Kult Pol
 — — Presse
 — — Rundfunk
 Chef Prot
 Dg. Pol
 Gr. Leiter Inl. I
 Gr. Leiter Inl. II
 Arb.-Expl. bei Pol VI
 Ges. v. Grundherr
 Dr. Megerle.

413.

Telegram fra dr. Best ang. arrestation af lederne af urolighederne i Odense.

27. august 1943.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 27. August 1943 19,25 Uhr
Ankunft: — 27. — — 20,30 —

*Nr. 980 vom 27.8. CITISSIME
SOFORT VORLEGEN*

Für Herrn Reichsaussenminister.

Nach meiner Rückkehr nach Kopenhagen ist mir gemeldet worden, dass die drei Hauptschuldigen bei der Misshandlung des Leutnants Wieseler in Odense von der dänischen Polizei ermittelt worden sind und dass ihre Übergabe an das zuständige Kriegsgericht heute veranlasst worden ist. Zwei der Täter liegen mit schweren Schussverletzungen im Krankenhaus.

Die Forderung auf Zahlung einer Strafe von 1 Mill. Kronen werde ich dem dänischen Staatsminister eröffnen wenn ich ihm morgen früh die weiteren mir aufgetragenen Forderungen eröffne.

Dr. Best.

Verteilungsvorschlag für RAM

St.S.Keppler

U.St.S. Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L. R. Melchers

Dr. Megerle

12.

Den militære undtagelsestilstand 29. august 1943 og tiden indtil 5. maj 1945

(Tyske dokumenter)

414.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. krav
til den danske regering.**

27. august 1943.

Geheime Reichssache

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

KR WNOF, den 27. August 1943 20.40 Uhr
Ankunft: den 27. August 1943 21.25 Uhr

*Ohne Nummer SOFORT
MIT VORRANG
SOFORT VORLEGEN.*

Tel. i. Ziff.
(Geh.Ch.V.)

*An den Bevollmächtigten des Reiches
Dr. Best, Kopenhagen.*

Ich bin dem von Ihnen in Ihrem Telegramm vom 27.8. vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden, jedoch mit der Massgabe, dass die Entscheidung über die Frage der Entwaffnung und Auflösung der dänischen Restwehrmacht zunächst noch vorbehalten bleibt. Diese Entscheidung wird hier erst getroffen werden, sobald Ihre Meldung vorliegt, ob dänische Regierung Ihre Forderung angenommen oder aber abgelehnt hat, bzw. zurückgetreten ist.

Ribbentrop.

Vermerk:

Unter Nr. 1135 an
Diplogerma Kopenhagen
weitergeleitet.
Berlin, 27.8.1943
Pers.Ch.Tel.

St.S.Keppler
U.St.S.Pol
Botschafter Ritter
Botschafter Gaus
Leiter Abt. Pers
— — Ha Pol
— — Recht
— — Kult Pol
— — Presse
— — Rundfunk

Chef Prot
Dg. Pol
Gr. Leiter Inl. I
Gr. Leiter Inl. II
Arb.-Expl. bei Pol. I
Ges. Schnurre
Ges. v. Grundherr
L. R. Melchers
Dr. Megerle
Dies ist Exemplar Nr. 3.

415.

Telegram fra dr. Best ang. proklamerung af undtagelsestilstand i Danmark.

28. august 1943.

*Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 28. August 1943 17,20 Uhr

Ankunft: den 28. August 1943 18.25 Uhr

Nr. 983 vom 28.8. CITISSIME!

Für Herrn Reichsminister persönlich.

Forderung abgelehnt. Befehlshaber und ich schlagen vor, dass heute nacht ab 4 Uhr (diese Zeit für die Inmarschsetzung der Truppe erforderlich) folgende Massnahmen getroffen werden:

- 1.) Entwaffnung und Internierung dänischer Restwehrmacht,
- 2.) Verkündigung militärischen Ausnahmezustandes,
- 3.) Sicherungen und Festnahmen wie vorbereitet.

Wenn Regierung, die noch auf Bescheid der Reichsregierung auf ihre Gegengründe wartet, bis morgen nicht zurückgetreten ist, werde ich ihre Enthebung verfügen und Bildung neuen Regierungsausschusses vorbereiten.

Erbitte Zustimmung.

Dr. Best.*Vermerk:*

Unter Nr. 252 an
Wolfschanze weiter-
geleitet.

Tel.Ktr.,
28.8.43.

Verteilungsvorschlag für RAM

St.S. Keppler

U.St.S.Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg.Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.-Expl. bei Pol VI.

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L.R.Melchers

Dr. Megerle

416.

**Fremstilling af årsagerne til gennemførelsen af den militære undtagelsestilstand
29. august 1943, skrevet af overhærarkivar Goes.**

[29. august 1953].

Geheime Kommandosache

DER BEFEHLSHABER
DER DEUTSCHEN TRUPPEN IN DÄNEMARK

Ic/Mil. Geschichtsschreibung
Nr. 4/43 g.Kdos.

**Die Gründe für die Verhängung des militärischen Ausnahmezustands
in Dänemark und seine Durchführung am 29. August 1943**

Hauptanlage
zu Der Befehlshaber der dtsch. Tr. i. Dänemark.

I. Die Gründe

9.4.1940 — 28.9.1942

Die Schüsse aus deutschen Gewehren und Geschützen am Morgen des 9. April 1940 schreckten Dänemark aus einem Traumzustand auf; in dem es bisher gelebt hatte. Die Dänen entdeckten plötzlich, dass sie ihr eigenes Volk nicht gekannt hatten. In den letzten Menschenaltern waren sie aus der Welt der Wirklichkeit geflüchtet, hatten sich in jener nördlichen Ecke von Europa gemächlich eingerichtet, vor der politischen Entwicklung in der Welt hartnäckig die Augen verschlossen und sich unter dem Schirm der Neutralität sicher und geborgen gefühlt, als es ringsum Eisen und Feuer regnete. Die Unverletzbarkeit ihres Landes war ihnen zum Dogma geworden. Sie hatten geglaubt, in den Anschauungen und Bedingungen um die Jahrhundertwende weiterleben zu können. Das Jahr 1864 hatte immer noch ihre Aussen- und Innenpolitik beherrscht, und in dieser Anschauung waren sie durch die Rückgewinnung von Nordschleswig gestärkt worden, das ihnen der Friede von Versailles in den Schoß geworfen hatte, ohne einen Tropfen Blut von ihnen zu fordern.

Auf die Erhaltung dieser althergebrachten Zustände war ihre Politik eingestellt gewesen. Das Schlagwort „Was kann es nützen?“, das der dänische Politiker der Venstre-Partei Vigo Hørup geprägt hatte, war zur Richtschnur jedes Denkens, Handelns und Unterlassens geworden; das Land sei zu klein, um massgebend im Rat der Völker mitzusprechen und Forderungen durch eine starke Wehrmacht unterstreichen zu können, deshalb müsse es alle Kräfte und Ausgaben für den inneren sozialen Aufbau verwenden. Es ist keine Frage, dass Dänemark auf diesem Gebiet Wesentliches, ja Vorbildliches geschaffen hat, allein jene Devise hatte es vollkommen der Wirklichkeit entfremdet. Dazu war, verursacht durch alte Handelsbeziehungen, eine völlige Abhängigkeit von England nicht bloss in wirtschaftlicher und politischer, sondern auch in geistiger, kultureller und weltanschaulicher Beziehung gekommen.

Die Besetzung am 9. April musste daher wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirken. Nur in ganz geringem Mass hatten die neuen welterschütternden Ideen Eingang in das dänische Volk gefunden, und Verfechter dieser Ideen betraten jetzt ihr Land, um sie ihnen, wie sie fürchten mussten, aufzuzwingen. Denn die englische Propaganda hatte vorher reichlich dafür gesorgt, dass dieser Glaube im dänischen Volk weitverbreitet war; Propagandalügen aus der Zeit des Weltkriegs vom Barbarentum des südlichen Nachbarn waren immer und immer wieder aufgetischt worden, so dass man sie für unumstössliche Wahrheiten hielt. Umso mehr war man darüber erstaunt, dass das Auftreten der deutschen Soldaten geradezu als ein lebendiger Protest gegen die verlogene Hetze der in- und ausländischen Feinde Deutschlands wirkte. Man wollte es nicht glauben, sah es aber mit eigenen Augen: Der deutsche Soldat war weder verhungert, noch verroht, war im Gegen-

teil gut gepflegt, glänzend ausgerüstet und vorbildlich diszipliniert. Er dachte auch gar nicht daran, dem dänischen Volk die nationalsozialistischen Anschauungen etwa mit Waffengewalt aufzuzwingen; allein durch sein Auftreten wurde er zum unbewussten Werber für die neue Lebensform seines Volks.

Nach der Besetzung war unter dem bisherigen Staatsminister, dem Sozialdemokraten Th. Stauning, eine sogenannte „Sammlungsregierung“ gebildet worden, die von fünf Parteien gestützt wurde, nämlich den Sozialdemokraten, den Konservativen, der Venstre, (bäuerliche Linke), der radikalen Venstre (demokratische Linke) und dem Retsforbund (Vertreter des freien Handels). Sie war ohne jede Einmischung Deutschlands zustand gekommen, das lediglich den Schutz der dänischen Neutralität gegen einen Angriff der mit Deutschland im Krieg befindlichen Mächte übernommen hatte. Dänemark blieb ein selbständiger, souveräner Staat.

Das aus einem Generalkommando, 2 Divisionen (Seeländische und Jütländische) und Heeres- und Korpstruppen bestehende dänische Heer war nach dem Einmarsch der deutschen Truppen auf 500 Linienoffiziere, 200 Reserve-Offiziere, 600 Offizianten, 2 200 Rekruten mit halbjähriger Dienstzeit und 1 100 Arbeitssoldaten herabgesetzt worden. Sämtliche Truppenteile bestanden als Rahmenverbände weiter, die Kgl. Leibgarde als Volltruppe. Auffallend hoch war die Zahl der Offiziere und Offizianten für das kleine Heer.

In den ersten Wochen der Besetzungszeit ergab sich das eigenartige Bild, dass die breite Masse des dänischen Volks den deutschen Soldaten nicht mehr als Feind zu empfinden begann und ihm daher immer mehr entgegenkam; aber auch der deutsche Soldat fühlte sich in dieser Zeit nicht als Gegner eines Volks, von dem ihn ja eigentlich nichts trennte als die Verschiedenheit zweier gleichstämmiger germanischer Sprachen. Warmen Herzens begrüßte er die Möglichkeit, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Staaten durch die Abmachungen vom 9. April zu schaffen. Die Bedingungen dafür waren damals auf beiden Seiten gegeben, wenn man von den Bestrebungen zu jener Zeit bedeutungsloser dänischer Extremisten absieht. Dem stets nüchtern denkenden dänischen Kaufmann bot sich in Deutschland ein vollwertiger Ersatz für in England verlorengegangene Absatzmöglichkeiten; eine deutsch-dänische Vereinigung suchte auf kulturellem Gebiet die Annäherung beider Völker zu vertiefen, ein Bestreben, das auch von der deutschen Wehrmacht unterstützt wurde. Die am 9. April getroffenen Abmachungen, sich nicht in die innerpolitischen Verhältnisse Dänemarks einzumischen, wurden von uns peinlich eingehalten; auch die Gegenseite verstieß in der ersten Zeit durchaus nicht gegen ihre Verpflichtung, keine die deutsche Wehrmacht schädigenden Einflüsse zu dulden oder zu unterstützen.

Am 1. Juni 1940 übernahm Generalleutnant Lüdke von General Kaupisch den Befehl über die deutschen Truppen in Dänemark. Er vertrat auch die militärischen Belange aller Wehrmachtteile gegenüber der dänischen Regierung. Mit den Spitzen der dänischen Wehrmacht, dem Kommandierenden General Prior, und dem Chef des Generalstabes, Generalmajor Gørtz, bestand dauernde Verbindung.

Es stellte sich bald heraus, dass beim dänischen Generalstab die Absicht bestand, die vorgeschriebenen Mannschaftsstärken zu überschreiten. Es war daher nötig, die Durchführung des Abkommens durch Anfordern der Ist-Stärken zu überwachen.

Am 7.6.1940 stellte Generalmajor Gørtz den Antrag, die halbjährige Dienstzeit der dänischen Wehrmachtpflichtigen auf ein Jahr zu erhöhen, die z.Zt. unter Waffen befindlichen 3 300 Soldaten nach Beendigung ihrer halbjährigen Dienstzeit nicht zu entlassen, andererseits aber 3 300 neue Rekruten zum 1. August einzuberufen. Dies wäre praktisch auf eine Verdoppelung des dänischen Heers hinausgelaufen. Nach Verhandlungen wurde den Dänen die einjährige Dienstzeit zugebilligt, eine Erhöhung der Gesamtstärke des Heeres aber abgelehnt. Nur der Leibgarde wurde gestattet, neben dem derzeitigen Stand der Mannschaft die gewünschten 300 Rekruten einzuberufen. Zur Bewaffnung der dänischen Polizei in Kopenhagen wurde die Ausgabe von 300 Karabinern aus Heeresbeständen genehmigt.

Wie sehr sich die deutsche Wehrmacht zurückhielt, um ihre Angehörigen nicht in innerpolitische, rein dänische Angelegenheiten hineinziehen zu lassen, geht aus einem am 2. Juli 1940 erlassenen Befehl hervor, es sei sämtlichen Militärpersonen der drei Wehrmachtteile untersagt, an Versammlungen von dänischen politischen Parteien aller Richtungen teilzunehmen.

Dass die Vertiefung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Dänemark die englische Politik und Kriegsführung stören musste, liegt auf der Hand. Schon die geographische Lage Dänemarks am Eingangstor zur Ostsee war für Grossbritannien ein Grund, diesen kleinen Staat nicht kampfflos dem grossen Konkurrenten auf dem europäischen Festland zu überlassen. Der wertvolle dänische Export, von dem vor dem Krieg Dreiviertel nach England gegangen waren, wäre zum weitaus grössten Teil bei einem Anschluss dieses Lands an Deutschland für England verloren gewesen. In strategischer Hinsicht war Dänemark von höchster Bedeutung: Für Deutschland als Brücke nach Skandinavien und Pforte der Ostsee, für Grossbritannien als Sprungbrett zur Bedrohung der nördlichen Flanke des Grossdeutschen Reichs und als Keil zwischen diesem und Norwegen.

Daher setzte England zunächst das moderne Mittel der Propaganda, den Rundfunk, ein, um in täglichen Sendungen immer wieder die öffentliche Meinung in seinem Sinn zu bearbeiten. Nach England geflüchtete dänische Extremisten, vor allem Redakteure angesehenen Zeitungen Kopenhagens, stellten sich bereitwillig in den Dienst dieser Propaganda, und über die Ätherwellen verkündete „Radio Danmark“ unter böswilliger Verdrehung der Tatsachen jene Ziele, die von Regierung und Öffentlichkeit zum Wohl Dänemarks verfolgt werden sollten. Dass eine solche täglich sich wiederholende Propaganda, gegen die nichts unternommen wurde, allmählich Einfluss auf die Gemüter bekommen musste, ist klar. Um ihr einen Schein nationaler Würde zu geben, wurde in manchmal abstossender Weise in ihren Mittelpunkt die Person König Christians X. gestellt, um den sich früher kaum jemand gekümmert hatte. Bei seinen täglichen Ausritten wurde er provozierend von einer grösseren Menge meist jugendlicher Leute begleitet.

Schlagartig wurde die Lage durch die Aufdeckung eines Spionagenests Ende 1940 beleuchtet, dessen Führer der dänische Oberstleutnant Hørum¹⁾ war. Er hatte wichtige Nachrichten nach England gegeben und beabsichtigt, im Flugzeug dorthin zu fliegen und sich in englischen Dienst zu stellen. Nach längeren Verhandlungen über den Bevollmächtigten des Reichs, Minister v. Renth e-F i n c k, wurde die Angelegenheit den dänischen Gerichten zur Aburteilung übergeben, eine sehr grosszügige Geste des Deutschen Reichs, denn statt der verwirkten Todesstrafe vor einem deutschen Kriegsgericht wurde Hørum zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Man glaubte damals, man habe es mit einem Einzelfall zu tun gehabt.

Kurz vorher hatte das dänische Oberkommando um die Einwilligung zur Vermehrung des Heers auf rd. 6000 Offiziere und Mann ersucht. Der an das OKH. weitergegebene Antrag wurde zwar vom Führer mit Rücksicht auf die Kriegslage abgelehnt, es wurde jedoch zugesagt, der Frage in einigen Monaten erneut näherzutreten zu wollen.

Langsam, aber sicher begann das Gift der englischen Propaganda zu wirken. Es war nicht zuletzt die Intelligenz, vor allem aus Kreisen der Hochschule und Geistlichkeit, die die Zukunft Dänemarks nach einer erhofften Niederlage Deutschlands nur an der Seite Englands sah. In den grossen Jugendorganisationen hatten sie Gelegenheit, auf das junge Dänemark einen starken Einfluss auszuüben. Es seien hier nur Leute wie der Theologe Hal K o c h, der später zum Universitätsprofessor ernannt wurde²⁾, der Deutschenfeind Dr. l a C o u r und der Schriftsteller und Pastor Kai M u n k erwähnt, die es in ausgezeichneter Tarnung verstanden, das Volk aufzuhetzen. Die Presse aller Schattierungen — abgesehen von dem wenig verbreiteten Organ der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei „Faedrelandet“ — brachte die Kunst, durch Aufmachungen in den Überschriften das zu sagen, was nicht im Text stand, zu staunenswerter Fertigkeit; die Provinzpresse, besonders in Jütland, liess den Leser verständnisinnig zwischen den Zeilen lesen. Leider gestattete es die loyale Auslegung der Abmachungen vom 9. April 1940 unsererseits nicht, diesem Treiben einen Riegel vorzuschieben. Die parteipolitisch unabhängige, durchaus nicht von den Deutschen geförderte Wochenzeitschrift „Kritisk Ugerevue“ wies auf die dauernden Provokationen weiter dänischer Kreise hin, die einmal das Unglück über das Land bringen müssten; am 14.8.1941, also mehr als zwei Jahre vor Verhängung des militärischen Ausnahmezustands, schrieb sie: „Wird damit nicht Schluss gemacht, müssten wir den König bitten, den dänischen Ausnahmezustand im Land einzuführen.“

¹⁾ Således i originalen, bør være Ørum.

²⁾ Hal Koch blev 1937 professor ved Københavns universitet. Her er antagelig sket en forveksling med Hartvig Frisch, som blev professor 1941.

Nach Ausbruch des deutsch-russischen Kriegs am 22.6.1941 und vor allem nach dem Verbot der kommunistischen Partei und dem Beitritt Dänemarks zum Antikomintern-Pakt erhielten die Provokateure einen neuen Verbündeten: die Kommunisten. Während sich diese früher anscheinend zurückgehalten hatten, setzten sie jetzt mit einer mächtigen unterirdischen Wühlarbeit ein. Es kam Ende November 1941 zu ersten Strassentumulten in K o p e n h a g e n, die jedoch von der dänischen Polizei rasch unterdrückt wurden. Umso schärfer setzte die kommunistische Hetze ein. Es erschienen die „Kommunistischen Monatsblätter“, später „Land og Folk“ genannt, die in den Formen bolschewistischer Propaganda masslos wühlten. Ihnen schlossen sich bald darauf andere Erscheinungen der illegalen Presse an, die von Vertretern der Intelligenz geleitet wurden und ihren Propaganda-stoff aus englischen Quellen schöpften. Es waren Blätter wie „De frie Danske“, „Frit Danmark“ oder „Kampen“, die es später bis zu einer Auflage von 20 000 Stück brachten; dazu kam von englischen Fliegern abgeworfenes Propagandamaterial, vor allem die Hefte „Vi vil vinde“ (Wir werden gewinnen).

Wenn auch der Befehlshaber der deutschen Truppen immer wieder bei der deutschen Gesandtschaft auf diese allmählich bedenklich gewordenen Zustände hinwies, so glaubte sich diese doch durch die Abmachungen vom 9. April 1940 gebunden, Abmachungen, die von der Gegenseite schon längst nicht mehr eingehalten worden waren.

Am 2.8.1941 wurde auf den Antrag hin, die Ist-Stärke des dänischen Heers zu erhöhen, vom OKH. mitgeteilt, es bestünde dagegen keine Bedenken, wenn sich das dänische Generalkommando bereit erkläre, sofort ein verstärktes Infanterieregiment zum Kampf gegen Sowjetrussland aufzustellen. Es solle von dänischen Offizieren geführt, von Dänen bewaffnet und ausgerüstet und im Rahmen der finnischen Verbände eingesetzt werden. Es könne als Stamm für eine spätere Armee ohne Anrechnung auf die beantragte Stärke des dänischen Heers gelten. Das Anerbieten wurde vom dänischen Generalstabschef angeblich aus Etatsgründen abgelehnt. Damit entfiel die Frage einer Erhöhung der augenblicklichen Stärke des dänischen Heers.

Am 3. Mai 1942 starb Staatsminister Th. Stauning. Erst in der Folgezeit sollte sich zeigen, dass dieser Nestor der Sozialdemokratie das Staatsruder fest in der Hand gehabt hatte. Es war ihm geglückt, nicht nur die widerstrebenden Interessen der sogenannten Sammlungsparteien immer wieder einander anzugleichen, sondern auch seiner zweifellosen Schaukelpolitik uns gegenüber den Anstrich einer ehrlich gemeinten Verständigung zu geben. Sein schwieriges Erbe übernahm Vilhelm B u h l, gleichfalls der Sozialdemokratischen Partei angehörend.

Nach Staunings Tod jagten sich die Ereignisse, die eine wachsende Entfremdung zwischen der deutschen Wehrmacht und der dänischen Bevölkerung herbeiführen sollten.

Schon wenige Tage später teilte der Justizminister mit, er habe am 13. Mai einen aus Kopenhagen abgeschickten Brief des früheren Handelsministers und Folketing-Abgeordneten Christmas M ø l l e r erhalten, in dem er ihm mitgeteilt habe, er habe vor wenigen Tagen das Land verlassen. Der ehem. Vorsitzende der Konservativen Volkspartei war nach England geflüchtet, um sich den dortigen „Freien Dänen“ anzuschließen. Die dänische Regierung rückte jetzt zwar von ihm ab, allein es war ein offenes Geheimnis, dass Christmas Møller bis zu seiner Flucht in enger Verbindung zu Mitgliedern der Regierung gestanden hatte. Noch kurz vorher hatte er in zahlreichen geschlossenen politischen Versammlungen der Konservativen gesprochen, und ihre Jugendorganisationen hatten ihn als den „führenden Mann des dänischen Konservatismus“ bezeichnet. Bereits am 14. Mai 1942 hielt er eine Rede im englischen Rundfunk und stellte in Aussicht, er werde „v o n L o n d o n a u s e i n e R e v o l u t i o n i n D ä n e m a r k h e r v o r r u f e n“. Dass dies sein unbeirrbares Ziel war, bewiesen seine späteren Äusserungen in der illegalen Zeitschrift „De frie Danske“ zur Genüge. In seinen Hetzreden aus England wandte er sich in der Folge vor allem an die dänischen Studenten, an deren Aufwiegelung er zum grossen Teil die Schuld trägt. Dass bald darauf Sabotageakte zunächst gegen die dänische Wirtschaft, gleichgültig, ob sie für Deutschland arbeitete oder nicht, und schliesslich gegen die deutsche Wehrmacht selbst begannen, ist ebenfalls auf das Schuldkonto dieses Mannes zu setzen.

Kurz darauf sollte sich an einem peinlichen Zwischenfall zeigen, wie weit sich die Bande der Selbstzucht und der Achtung vor fremden Staatsangehörigen in einem grossen

Teil der Bevölkerung gelöst hatten. Am 15. Mai 1942 feierte der dänische König sein 30 jähriges Regierungsjubiläum. Der Divisionskommandeur Generalmajor Frhr. v. U c k e r m a n n hatte die Glückwünsche der deutschen Wehrmacht, Hauptmann A i c k e l i n ein Handschreiben des Befehlshabers an den König zu überbringen. Als die Wagen vor Schloss Amalienborg vorfahren wollten, mussten sie sich Stück für Stück den Weg durch eine etwa 15 000 Köpfe starke Volksmenge bahnen, die bei ihrem Anblick in ohrenbetäubendes Johlen und Pfeifen ausbrach, in das besonders Studenten einstimmten. Als die Wagen in das Schloss einfuhren, trat der König auf den Balkon und hielt eine Ansprache an die Volksmenge, in der er sich für die Ovation der Bevölkerung bedankte. Erst dann griff Polizei ein, so dass der dritte Wagen, der des Admirals M e w i s, ungehindert vorfahren konnte. Durch die deutsche Gesandtschaft wurden entsprechende Schritte bei der dänischen Regierung unternommen, die zu einer förmlichen Entschuldigung des dänischen Aussenministeriums bei General Frhr. v. Uckermann führten.

Auch im dänischen Offizierkorps machten sich illegale Bestrebungen geltend, über die den deutschen Wehrmachtstellen Mitteilungen zugegangen waren. Der Chef des deutschen Generalstabs wurde deswegen beim Chef des dänischen Generalstabs vorstellig und erklärte, der Befehlshaber werde die Führung des dänischen Heers für derartige Vorfälle, die gegen die am 9.4.1940 vereinbarten Richtlinien verstießen, verantwortlich machen.

Die Spannung wurde ausserordentlich verschärft, als das Freikorps „Danmark“, das sich auf den Schlachtfeldern Russlands ausgezeichnet geschlagen hatte, in der ersten September-Hälfte 1942 zu einem vierwöchigen Urlaub in die Heimat zurückkehrte.

Die vorausgegangene Hetze gegen seine Angehörigen wirkte sich voll aus: Als es — bei der Begrüssung am Bahnhof fehlten Vertreter der dänischen Wehrmacht — in Kopenhagen einmarschierte, wurde es nicht bloss von den bürgerlichen Kreisen mit eisiger Verachtung empfangen, sondern auch vom Strassenpöbel verhöhnt und angegriffen. In den Tagen ihres Urlaubs mussten sich die Freikorpsleute immer wieder — z.T. mit der Waffe in der Hand — gegen tätliche Angriffe zur Wehr setzen.

Die Saat, die Christmas Möller und die „Freien Dänen“ unter Führung des ehemaligen Gesandten Graf v. R e v e n t l o w von London aus gesät hatten, war aufgegangen.

Die Lage trieb offenbar einer Katastrophe entgegen. Diese wurde rein äusserlich ausgelöst, als auf ein Glückwunschtelegramm des Führers zum Geburtstag des Königs am 26. September ein kränkendes Danktelegramm in Berlin eintraf. Auch irgend ein anderes Begebnis hätte den Anstoss zur Krise geben können.

29.9.1942 — 28.8.1943

Die Ereignisse folgten sich schlagartig. Am 29.9.1942 wurden die beiderseitigen Gesandten zurückgerufen. Da mit besonderen Massnahmen der dänischen Regierung zu rechnen war, wurden für die Wehrmachtangehörigen in Kopenhagen beschränkter Stadterlaub und Abhalten des Dienstes in der Nähe der Unterkünfte befohlen. Die dänische Garnison antwortete mit Gegenmassnahmen, indem auch sie ihre Truppen in den Garnisonen zurückhielt und scharfe Munition verteilte. Sie wurden jedoch auf deutsches Einschreiten hin sofort aufgehoben.

Am 1.10.1942 übernahm General der Infanterie v. H a n n e k e n als Nachfolger für den abberufenen General der Infanterie Lüdke den Befehl über die deutschen Truppen in Dänemark. Entsprechend der Weisung des Führers liess er eine andere Form der Behandlung der Dänen eintreten. Gegenüber dem dänischen Kommandierenden General Gørtz schloss er jeden Zweifel darüber aus, dass infolge des ablehnenden Verhaltens der Dänen und ihrer Regierung in den letzten zwei Jahren die Einstellung der deutschen Wehrmacht dem Königreich Dänemark gegenüber eine erhebliche Änderung erfahren werde. An Stelle der bisherigen Bitten würden in Zukunft Forderungen treten.

Im einzelnen wurde die Durchführung folgender Massnahmen erreicht:

1. Räumung von Jütland durch das dänische Heer,
2. Räumung sämtlicher von der deutschen Wehrmacht belegten Kasernen durch die noch darin wohnenden dänischen Heeresangehörigen,

3. Auf Befehl des OKW. die Abgabe überzähliger Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände, um diese brachliegenden Bestände für die deutsche Armee nutzbar zu machen.

Die Räumung Jütlands durch das dänische Heer wurde verfügt, um bei zu erwartenden Feindangriffen in Jütland eine Bedrohung im Rücken auszuschalten. Bis zum 15.11. wurden sämtliche dortigen dänischen Garnisonen an die deutsche Wehrmacht übergeben. Für die Unterbringung dieser Teile des dänischen Heers wurden die Inseln F ü n e n und L a n g e l a n d unter Ausschluss von S e e l a n d zugewiesen. Die Räumung vollzog sich planmässig und reibungslos. Für die dänische Marine wurden Ausnahmebestimmungen getroffen, da sie im Interesse des Reichs zu kriegswichtigen Fahrten gegen Verminderung dänischer Gewässer herangezogen wurde.

Mitte Oktober 1942 wurde das Freikorps „Danmark“ wieder aus Kopenhagen abtransportiert. Diesmal war der Kommandierende General des dänischen Heers in Begleitung von Mitgliedern seines Stabes erschienen. Wie dieses Freikorps, das schliesslich im Verband der Waffen-SS der deutschen Wehrmacht angehört, mit Schmutz beworfen wurde, geht aus einem später verteilten Flugblatt hervor. Es sei aus dem „Lied vom Verräter“, zu singen „nach einer Swing-Melodie“, nur eine Strophe angeführt:

„Freikorps 'Danmark',
dem du angeschlossen dich,
nennt die Gangsterbande sich.
Allein dein Kainszeichen schon
zeigt uns mit Hohn
den Verräter am Land,
das du Heimat genannt.“

Nach vorangegangenen Versuchen glückte in der Nacht vom 7.11.1942 ein Sabotageakt an der für den Nachschubverkehr nach Norwegen wichtigen Bahnlinie Kopenhagen—Helsingør. Ein deutscher Munitionszug wurde zum Entgleisen gebracht. In einer Verbalnote an das dänische Aussenministerium verlangte der Befehlshaber sofort Einrichtung eines verstärkten Bahnschutzes durch Einwohner der an der Bahn liegenden Orte. Nach 4 Tagen wurde diese Massnahme aufgehoben, jedoch eine allgemeine Überprüfung der Bahnsicherungsmassnahmen auf den militärisch wichtigen Strecken verlangt.

Es hatte sich gezeigt, dass der Gegner in verstärktem Mass die Waffe der Sabotage anzuwenden gedachte. Aus englischen Flugzeugen wurden immer mehr Fallschirmagenten abgesetzt, die Sprengmaterial bei sich führten und sich nach und nach zu ganzen Banden zusammenschlossen; diese wurden durch Gleichgesinnte aus dem Land verstärkt. Nur selten war es möglich, Saboteure zu fassen, da sie Unterschlupf bei Teilen der Bevölkerung in den Städten oder in Schlupfwinkeln auf dem Land fanden; auch die dänische Polizei war oft nicht in der Lage, die Täter zu ergreifen. Immer mehr wuchs die Zahl der Sabotagefälle an, zuerst in der Provinz, dann in der Hauptstadt selbst. Sie richteten sich schliesslich fast nur gegen deutsches Wehrmachtgut. Auf den Bahngleisen wurden Schienen gesprengt, um Wehrmachtzüge zur Entgleisung zu bringen; in Werkstätten und Fabriken, die für die deutsche Wehrmacht oder für Deutschland arbeiten, explodierten Bomben, nachdem mit Revolvern bewaffnete Saboteure die wehrlosen Fabrikwächter in Schach gehalten hatten; deutsche Kraftfahrzeuge wurden angezündet; an deutsche Militärbaracken wurde Feuer gelegt; gegen ein deutsches Nachrichtenhefnerinnenheim in Kolding wurde ein Bombenanschlag verübt, durch den mehrere Helferinnen verletzt wurden; Unterkünfte, die zur Aufnahme von Truppen bestimmt waren, flogen in die Luft: Kurzum, es war zu einem Nervenkrieg mit einem unsichtbaren Gegner gekommen, der nur schwer zu fassen war, weil einem energischen Zugreifen die Abmachungen vom 9.4.1940 im Wege standen. Dabei war es offenkundig, dass diese Abmachungen längst von der Gegenseite aufs Schwerste verletzt worden waren. Es wurden Aufrufe erlassen, zuerst von der Regierung B u h l, nach deren Abgang im November 1942 von der Regierung S c a v e n i u s, die sich sogar am 11.11.1942 ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag geben liess, ohne es je zur Anwendung zu bringen.

Am 27. Januar 1943 erschienen kurz vor Einbruch der Dämmerung englische Flugzeuge über K o p e n h a g e n und warfen 32 schwere Bomben ab, durch die einige Fabrikanlagen mitten in der Stadt getroffen wurden und ausbrannten. Die Halle eines für die deutsche Wehrmacht arbeitenden Betriebs wurde leicht beschädigt. Maschinengewehrschüsse wurden auf Plätze und Strassen der Hauptstadt abgegeben. Trotzdem wurde den englischen Fliegern von Fanatikern zugewinkt. Der Geheimsender „Radio Danmark“ äusserte sich dazu noch am gleichen Abend: „Obwohl sich die britischen Flieger selbstverständlich sehr darüber freuen, wenn die Dänen ihnen von den Hausdächern zuwinken, so werden sie doch mit Rücksicht auf die für ihre Freunde damit verbundenen Gefahren gebeten, sich dieser Demonstrationen zu enthalten, weil dadurch die Aufmerksamkeit der Flieger allzu sehr in Anspruch genommen wird, so dass sie danebentreffen.“ Im Anschluss an diesen Fliegerangriff schmückten sich junge Leute, vor allem Schüler, unter stillschweigender Duldung ihrer Lehrer und Eltern mit dem RAF.-Abzeichen, und junge Mädchen trugen Kopfbedeckungen in den Farben Rot, Weiss, Blau; auf deutsche Vorstellung hin wurde dies später von der dänischen Polizei unterbunden. Ein dänischer Oberstleutnant der Luftwaffe hielt vor einer Soldatenvereinigung einen Vortrag über seine „Erlebnisse in der Royal Air Force“; es wurde deswegen Einspruch bei der dänischen Wehrmacht erhoben.

Die Sabotagewelle schwoll im ersten Vierteljahr 1943 stark an, was auf Tätigkeit abgesetzter Fallschirmagenten zurückzuführen war; in A a r h u s musste Ausgangsbeschränkung durch die dänische Polizei durchgeführt werden. Der dänischen Regierung wurde mitgeteilt, dass Schäden, die dadurch an deutschem Wehrmachtgut entstünden, künftig in Sachwerten zu ersetzen seien. Verhandlungen des Reichsbevollmächtigten wegen Aufstellung eines dänischen Schutzkorps führten zu keinem Ergebnis. Auf Veranlassung des Befehlshabers wurde eine starke Bewachung wichtiger Eisenbahnbetriebe durch den dänischen Staat eingeführt.

Trotz dieser einzig und allein von dänischer Seite verschuldeten Verschlechterung in den Beziehungen, wurde der Abhaltung der Wahlen zum Folketing von deutscher Seite kein Hindernis in den Weg gelegt. Dass sie in dem einzigen der besetzten Länder Europas ungestört vor sich gehen konnten, wurde von der Bevölkerung zwar stillschweigend anerkannt, allein die Stimmung den deutschen Truppen gegenüber wurde dadurch nicht gebessert. Die englischen und amerikanischen Ausstreuer, die Wahlen würden in letzter Stunde von den Deutschen sabotiert werden, hatten sich als böswillige Hetzversuche erwiesen. Die Sammlungsregierung erhielt durch die Wahlen eine sehr starke Mehrheit.

Auch die sogenannte „Nordische Frage“ wurde in geschickt verschleierte Form in den Dienst der deutschfeindlichen Propaganda gestellt. Es wurde für einen Zusammenschluss und Verteidigungsbund der nordischen Staaten agitiert, woran sich besonders der frühere General W i t h beteiligte. Die Tendenz dieser Bestrebungen lag offenkundig in einer Abkehr der nordischen Staaten (ausschliesslich Finnland) von einem künftigen Neu-Europa und wurde deswegen von den Alliierten stark gefördert.

Die feindliche Propagandatätigkeit begann sich bereits bei der dänischen Wehrmacht auszuwirken. Am 10.3.1943 wurde ein auf Fahrt im G r o s s e n B e l t befindliches Minenräumboot der dänischen Kriegsmarine im Einverständnis mit 3 unteren Dienstgraden des Boots überfallen. Das Boot wurde zur Fahrt nach Schweden und dort zur Landung gezwungen. Hier gingen die 10 Mann, die den Überfall ausgeführt hatten, mit Beiboot an Land. Der Kommandant kehrte mit dem Boot nach K o p e n h a g e n zurück. Von den Dänen wurde sofort eine kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Auch sonst war eine sich immer mehr versteifende Zurückhaltung der dänischen Wehrmacht uns gegenüber im ersten Halbjahr 1943 festzustellen. Bemühungen des Befehlshabers, das dänische Kriegsministerium zu veranlassen, seine Offiziere zu Truppenteilen an der Ostfront zu kommandieren, scheiterten. Man erklärte sich nur bereit, eine geringe Zahl Offiziere zur Teilnahme an militärischen Lehrkursen in Deutschland zu bestimmen, was von uns abgelehnt wurde. Diese Haltung des dänischen Heers war indessen nicht überraschend. Sie wurde u.a. durch die Flucht von 2 dänischen Offizieren unterer Dienstgrade nach Schweden gekennzeichnet.

In dieser Frage wurde vom Reichsbevollmächtigten auf Anordnung des Reichsaussenministers beim dänischen Aussenministerium eine Demarche unternommen. Er wies darauf

hin, dass die feindselige Haltung des dänischen Heers und besonders vieler Offiziere grösstes Misstrauen der deutschen Wehrmacht gegen das dänische Heer hervorgerufen habe, und dass auf Grund dieser Haltung von deutscher militärischer Seite im Hinblick auf die Möglichkeit von Kampfhandlungen auf dänischem Boden einschneidende Massnahmen erwogen würden. Die Reichsregierung möchte zur Wahrung ihrer bisher gegenüber Dänemark eingenommenen Politik von Massnahmen gegen das dänische Heer absehen, bedürfe aber gewisser Garantien. Stärkste Garantie wäre eine erkennbare Änderung der Haltung des Heers gegenüber Deutschland. Wenn z.B. die Beurlaubung dänischer Offiziere zum Dienst in der deutschen Wehrmacht offiziell und aufrichtig, d.h. ohne Diffamierung dieser Offiziere, bewilligt und eine Anzahl jüngerer dänischer Offiziere hiervon Gebrauch machen würde, könnte das gegenwärtige Verhältnis des Misstrauens in ein solches des Vertrauens und der Kameradschaft umgewandelt werden. Wenn hingegen eine Verschärfung der Lage eintrete, und die geringsten feindseligen Handlungen des dänischen Heers oder seiner Angehörigen gegenüber der deutschen Wehrmacht festgestellt würden, werde der Rest des Heers unverzüglich aufgelöst werden.

Das Misstrauen der deutschen Wehrmacht wurde dadurch noch verstärkt, dass durch einen Zufall den deutschen militärischen Stellen in Dänemark bekannt wurde, dass vom dänischen Heer die in Friedenszeit üblichen geheimen Mobilmachungsvorbereitungen ohne Kenntnis der deutschen militärischen Stellen bis jetzt noch fortgesetzt wurden. Seit der militärischen Besetzung Dänemarks durch die deutschen Truppen bestand für dänische Mobilmachungsvorbereitungen keine sachliche Begründung mehr. Sie konnten nur als gegen die deutschen Besatzungstruppen gerichtet gedeutet werden. Die Reichsregierung verlangte daher, dass Mobilmachungsvorbereitungen der dänischen Wehrmacht jeder Art sofort eingestellt wurden.

Weiterhin wies der Reichsbevollmächtigte auf den Zwischenfall mit dem dänischen Minensuchboot „Søridderen“ hin.

Der dänische Aussenminister erwiderte, dass ihm die Einstellung eines Teils des dänischen Offizierkorps bekannt sei, dass er aber nicht glaube, das dänische Heer würde irgend etwas gegen die deutsche Wehrmacht auch bei Eintritt von Kampfhandlungen auf dänischem Boden unternehmen. Er sagte zu, er werde sich dafür einsetzen, dass dänischen Offizieren, die sich zum Dienst in der deutschen Wehrmacht melden, diese Dienstzeit in Deutschland angerechnet würde. Ausserdem käme Kommandierung dänischer Offiziere zur deutschen Wehrmacht in Frage. Die Forderung der Einstellung von Mobilmachungsvorbereitungen erkannte er an. In gleicher Angelegenheit suchte Dr. B e s t den dänischen Kronprinzen auf. Dieser erklärte ihm, er glaube nicht, dass das dänische Heer irgend etwas gegen die deutsche Wehrmacht unternehmen würde, da klare Befehle des Königs in dieser Hinsicht vorlägen. Er wolle die Generale zusammenrufen und sie noch einmal auf den Ernst der Lage hinweisen.

Aufrufe der Regierung und eine Botschaft des Königs, der nach einem Reitunfall die Regierung am 15.5.1943 wieder übernommen hatte, vermochte der immer weiter um sich greifenden Sabotage nicht zu steuern. Sie nahm vorübergehend ab, meist, wenn es gelungen war, ein Nest von Saboteuren auszuheben, wie die Mitglieder der Vereinigung „Stern“ in E s b j e r g und des „Christmas — Sabotage — Korps Danmark“ in A a l b o r g, oder grössere Sprengstofflager aufgedeckt wurden.

Ein vom deutschen Kriegsgericht zum Tod verurteilter Kommunist wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt; dies wurde in den kommunistischen Hetzblättern nur als Schwäche ausgelegt.

Besonders stark war die kommunistische Propaganda am 22. Juni 1943 anlässlich des 2. Jahrestags des Kriegsausbruchs gegen die Sowjets. Die Auflösung der Komintern wurde zum Anlass genommen, den nationalen Charakter der kommunistischen Partei hervorzuheben. Die Ereignisse auf Sizilien und der erzwungene Rücktritt Mussolinis am 25.7.43 wurden nach Kräften ausgenützt.

Die Zunahme von Sabotagefällen (im 1. Julidrittel um 110 v.H.) lösten Massnahmen von uns aus, die wiederum örtliche Streiks und Zusammenrottungen hervorriefen. Hauptbrandherde waren O d e n s e und E s b j e r g.

Ende Juli brachen auf einem Minenschiff in O d e n s e an drei verschiedenen Stellen Brände aus. Am gleichen Abend erfolgte mittschiffs eine Explosion, die ein Leck verursachte. Am 3.8.1943 wurde dieses Schiff in Dienst gestellt, und auf Deck zog ein Posten zur Bewachung auf. Das Aufziehen der Wache war der Anlass, dass die Werftarbeiter in den Streik traten. Dieser Streik löste weitere Sympathiestreiks aus, u.a. in den Vertragswerkstätten des Heereskraftfahrparks O d e n s e und in einer Motorenfabrik. Auch die Sabotagewachen hielten es für nötig, zu streiken. Im Lauf des nächsten Tags traten weitere Belegschaften in O d e n s e in den Streik. Nunmehr wurde der Bevollmächtigte des Deutschen Reichs erneut eingeschaltet, und es gelang seinen Bemühungen und den dänischen Behörden, die Arbeiterschaft zur Aufgabe der Streikbewegungen in O d e n s e zu veranlassen. Ab 6.8.1943 wurde die Arbeit in allen streikenden Betrieben wiederaufgenommen.

In E s b j e r g häuften sich anfangs August die Sabotagefälle, und gleichzeitig begann sich die deutschfeindliche Einstellung der Bevölkerung zu verschärfen. Auf den Strassen fanden erhebliche Zusammenrottungen statt, und unruhige Elemente versuchten, verstärkt zu provozieren. Ein energisches Einschreiten schien hier am Platz. Auf Wunsch des Reichsbevollmächtigten wurden nach Rücksprache mit Befehlshaber Dänemark durch den Standortältesten Esbjerg, beginnend mit dem 7.8.1943, nachfolgende Massnahmen bei der dänischen Polizei gefordert: Schliessen der Kinos ab 20 Uhr, der öffentlichen Lokale ab 21 Uhr, Verkehrssperre war von 22—5 Uhr. Diese vom Befehlshaber Dänemark befohlenen Anordnungen veranlassten die Arbeiterschaft in Esbjerg, Teilstreiks zu beginnen. Nunmehr wurden verstärkt zur Vermittlung die Behörden des Reichsbevollmächtigten und die dänischen Zivil- und Polizeibehörden eingeschaltet.

Die unsinnigsten Gerüchte wurden verbreitet, u.a. die Behauptung, der Führer habe abgedankt, und in Deutschland herrschten chaotische Zustände; an einem Nachmittag wurden sogar die Kopenhagener Abendblätter mehrere Stunden zurückgehalten, weil sie auf Bestätigung dieser Gerüchte warteten.

Von Mitte August ab setzte ein wahres Trommelfeuer von Beschimpfungen und Überfällen auf deutsche Soldaten, von Streiks und Sabotagehandlungen ein. Flugblätter und illegale Schriften wurden in Massen in die Bevölkerung geworfen. Das Ansehen der deutschen Wehrmacht begann zu sinken und näherte sich bedrohlich dem Nullpunkt. In der Hoffnung auf einen bevorstehenden militärischen Zusammenbruch Deutschlands glaubte man, sich seinen Soldaten gegenüber alles leisten zu können, die sich fast bis an die Grenzen des Erträglichen zurückhielten. Ab und zu wurden bei Strassenunruhen Warnungsschüsse abgegeben, worauf die an sich feigen Dänen sofort die Flucht ergriffen, aber nur, um sich an anderen Stellen wieder zusammenzurotten. Auch dänische Soldaten beteiligten sich vereinzelt an den Unruhen, wie in O d e n s e am 17.8.1943; bei dieser Gelegenheit wurden deutsche Streifen beschossen und mit Sprengkörpern beworfen, ein deutscher Soldat wurde überfallen und gewürgt, ein Oberleutnant musste sich durch Abgabe von Warnungsschüssen den Weg durch die Menge bahnen. Am 18.8.1943 sang man in N y b o r g bei Krawallen die Internationale, rief „Heil Moskau“, führte eine amerikanische Flagge mit; auf den dänischen Schiffen gab man Alarm, die Matrosen gingen an Bord, alle Waffen an Deck wurden zum Gefecht klargemacht, und man gab scharfe Munition aus. Am Tag darauf überfielen 400—500 Dänen einen Leutnant, bewarfen ihn mit Steinen und Bierflaschen, verletzten ihn durch mehrere Stiche und Schnitte, warfen ihn zu Boden und traten ihm gegen den Kopf. In R o l d s k o v wurde eine Gruppe von Saboteuren, die eine aus einem englischen Flugzeug abgeworfene grosse Ladung an Sprengstoff und Waffen in Empfang nehmen wollte, von einer Abteilung deutscher Soldaten überrascht, die auf sie das Feuer eröffnete; ein Däne wurde getötet, ein anderer gefangengenommen. In N y b o r g kam es am 20.8.1943 zum allgemeinen Streik. Wegen des Überfalls auf den deutschen Offizier am 19.8.1943 in O d e n s e wandte sich der Befehlshaber Dänemark an den Reichsbevollmächtigten mit dem Vorschlag, von der Stadt oder dem dänischen Staat eine Busse von 10 000 Kr. zu verlangen.

Am 21.8.1943 spitzte sich die Lage sehr bedenklich zu. In B o g e n s e brach ein offenbar organisierter Aufruhr aus, bei dem sich wenige deutsche Soldaten die mit Flaschen und Steinen werfende Menge nur dadurch vom Leibe halten konnten, dass sie schossen und Handgranaten warfen. In K o l d i n g wurde der Posten vor dem Divisionsstabs-

gebäude beschossen; Radfahrer verteilten Zettel, auf denen es hiess: „Jetzt ist es Zeit! Werft die Preussen hinaus!“. Von England bezahlte Agenten veranlassten in *Middelfart* die Arbeiter, in sämtlichen Betrieben zu streiken. Die Wasserlieferung wurde eine Stunde lang unterbrochen. In *Odense* setzten sich die radikalen Elemente gegen die Arbeitswilligen durch; in einer Fabrik flog das Kesselhaus in die Luft, die Bahnlinie *Odense—Nyborg* wurde unterbrochen.

Gleichzeitig drohte der englische Rundfunk, wichtige Objekte würden durch Bombenangriffe zerstört werden, wenn dies die Dänen nicht selbst durch Sabotage machten; es wurden genau die Objekte bekanntgegeben, die an einem bestimmten Tag vernichtet würden, was dann auch tatsächlich eintraf. Es ist erklärlich, dass sich bisherige Lieferanten und Arbeitskräfte meist aus Angst weigerten, weiter für die deutsche Wehrmacht tätig zu sein. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass England in Dänemark mehr gefürchtet war als die deutsche Wehrmacht.

Auch durch schwedische Störmeldungen wurde versucht, in und ausserhalb Dänemark den Eindruck zu erwecken, als ob durch eine Regierungskrise die Umwandlung bereits in Fluss gekommen sei. In der Regierung selbst war die konservative Partei unter dem Druck ihrer jüngeren radikalen Elemente bestrebt, aus der Regierung auszubrechen und sich in eine für sie bequeme Oppositionsstellung zurückzuziehen. Illegale Zeitschriften sprachen von „norwegischen Zuständen“, die kommen müssten, aber die dänische Front riesig stärken würden. Der englische Rundfunk kündigte an, die „Berliner Best-Scavenius-Achse“ werde bald aufhören, zu bestehen; die äusseren Umstände würden sowieso bald die Lage ändern, und wie Mussolini werde auch Scavenius durch die Ereignisse gestürzt werden.

Man machte den letzten Versuch, um zunächst auf politischem Wege eine Entspannung der Lage zu erreichen. Gegen diese konzentrischen Angriffe auf die ursprünglich in Dänemark betriebene Politik kam es vor allem darauf an, dem Land und der Welt zu zeigen, dass die verantwortlichen Parteien Dänemarks an der Politik des 9.4.1940 festhielten und die des Staatsministers weiterhin unterstützten. Dazu musste *Scavenius*, der ja nicht an eine Partei gebunden war, vor allem die Regierungsparteien für die Fortführung seiner Politik gewinnen. Er fand bei der Sozialdemokratischen Partei, die weitaus am stärksten war, tatkräftige Unterstützung. Auch die Venstre und die radikale Venstre hielten weiter zu ihm. Die Konservativen jedoch versuchten, sich aus der Regierung und damit aus der Verantwortung zurückzuziehen. Ihnen drohte *Scavenius*, er werde in diesem Fall zurücktreten, wonach keine verfassungsmässige Regierung mehr gebildet werden könne, sondern ein anderes Regime kommen werde. Er forderte von den Parteien die Zustimmung einer Bekanntmachung, die die Lage klären und die Bevölkerung vor Unbesonnenheiten warnen sollte. Über ihren Wortlaut wurde zwischen der Regierung und den Parteien 16 Stunden lang gerungen. Schliesslich fügten sich die Konservativen und stimmten ihr zu. (Wortlaut siehe Anlage I). Um ihr noch grösseres Gewicht zu verleihen, hatte sich *Scavenius* in einer Staatsratssitzung die ausdrückliche Zustimmung des Königs erteilen lassen. Durch ihre Veröffentlichung erhoffte man sich von diplomatischer Seite eine politische Stärkung der Stellung von *Scavenius*.

Am 22.8.1943 stellte der Befehlshaber in einem Fernschreiben an das OKW. die ausserordentlich angespannte Lage dar, wie sie sich besonders in *Esbjerg*, *Kolding*, *Odense*, *Nyborg* sowie in *Svendborg* und *Bogensen* gestaltet hatte; besonders stark sei die Gährung auf *Fünen* durch Zusammenballung der dänischen Wehrmacht und in dem von jeher besonders englandfreundlichen *Odense*. Auffallend sei es, dass sich die Unruhen hauptsächlich entlang der Strasse *Esbjerg—Odense—Nyborg* auswirkten; es bestehe wohl die Absicht, bei Verschärfung der Lage an dieser Strasse, die den Hauptnachschubweg von Osten nach Westen bilde, möglichst viel deutsche Truppen zu binden. Nach Verhandlung der dänischen Behörden mit den Gewerkschaften sollten die Streiks abgebrochen werden, dies sei aber erfolglos gewesen. Ein weiteres Zurückhalten der deutschen Wehrmacht könne von der Bevölkerung leicht als Schwäche ausgelegt werden und sei mit der Ehre der Wehrmacht auf die Dauer nicht vereinbar, zumal bereits schwere Schädigungen der Wehrmachtinteressen eingetreten seien. Besonders die Befestigungsarbeiten seien in Mitleidenschaft gezogen worden. „Sollte die dänische Regierung,“ schloss

der Bericht, „durch Einsatz ihrer Machtmittel nicht in der Lage sein, in den nächsten Tagen Ruhe und Ordnung im Land wiederherzustellen, müssen andere Massnahmen ergriffen werden, die unter Umständen zur Erklärung des Ausnahmezustands und Einsatz der Truppen führen.“

An diesem Tag griffen die Unruhen auch auf K o r s ø r über, am nächsten auf F r e d e r i k s h a v n, wo die Belegschaft der Werft ohne ersichtlichen Grund in den Streik trat; zwei Soldaten wurden vom Pöbel durch Messerstiche verletzt, andere aus Fenstern beschossen. In A a l b o r g mussten deutsche Truppen die Strassen räumen.

Die Zustände wurden am 23.8.1943 nicht nur unerträglich und beschämend, sondern auch in höchstem Masse gefahrdrohend — vor allem bei einer etwaigen englischen Invasion. Auf Forderung des Befehlshabers hin richtete daher der Reichsbevollmächtigte an Staatsminister S c a v e n i u s ein Schreiben und an die dänische Regierung eine Note mit dem Ersuchen, bindende Erklärungen abzugeben, dass sie entschlossen sei, alle zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Durchführung der geltenden Gesetze erforderlichen Massnahmen zu treffen, und zwar mit allen dem Staat zur Verfügung stehenden Machtmitteln, erforderlichenfalls auch unter Einsatz von Waffengewalt. Die dänische Regierung solle dementsprechende Gesetze erlassen. Die Ereignisse der letzten Tage hätten bei der deutschen Wehrmacht die Befürchtung geweckt, dass die Organe des dänischen Staats entweder nicht den Willen oder nicht die Macht hätten, so wirksam einzugreifen, dass keine Beeinträchtigung der deutschen militärischen Interessen eintrete. Bevor die deutsche Wehrmacht eigene Massnahmen zur Sicherung ihrer Kriegsführung ins Auge fasse, werde die dänische Regierung nochmals aufgefordert, das Äusserste zu tun, um eine solche Veränderung der Lage zu verhüten. Der Reichsbevollmächtigte bat S c a v e n i u s in seinem und dem Namen des Befehlshabers, eine solche Erklärung abzugeben.

Eine Reihe von Aufrufen der Sozialdemokratischen Partei, verschiedener Gewerkschaften und Organisationen sowie des Stadtrats von O d e n s e waren in diesen Tagen erschienen. Trotzdem gingen die Sabotagehandlungen und Zusammenrottungen weiter und richteten sich nun ausschliesslich gegen die deutsche Wehrmacht. In K o p e n h a g e n flog am 24.8.1943 am hellen Tag das Forum, eine grosse Versammlungshalle, die für die Norwegenurlauber als Unterkunft hergerichtet war, in die Luft; auf dem Rathausplatz wurden 6 deutsche Soldaten von einer johlenden und schreienden Menge von 1 000—1 500 Personen angegriffen; auf einer der Hauptstrassen K o p e n h a g e n s kam es zu Schlägereien zwischen Zivilisten und deutschen Soldaten, wobei scharfe Pistolenschüsse abgegeben wurden; ein Lokal, das zu einem deutschen Soldatenheim eingerichtet werden sollte, wurde 2 mal von etwa 2 000 Menschen bestürmt und mit Steinen beworfen, bis die Wache scharf schoss, worauf die Menge die Flucht ergriff; nachts explodierten an 3 Stellen der Stadt Bomben. In F r e d e r i k s h a v n mussten Streifkommandos gegen die Streikenden eingesetzt werden. In A a l b o r g sammelte sich eine erregte Menge vor dem Polizeipräsidium, Wohnungen von Deutschfreundlichen wurden zerstört, 1 Offizier wurde aus einer Pistole beschossen, in V e j l e l Offizier mit einer Eisenstange über den Kopf geschlagen. In F r e d e r i c i a war die Lage durch völliges Beiseitestehen der Polizei zeitweise kritisch geworden, so dass Truppenstreifen die Strassen räumen mussten. In S v e n d b o r g, wo der Streik neu aufgeflammt war, brach auf der Werft ein Grossbrand aus. In K o l d i n g wurde an die Pferdeställe und Wagenschuppen eines Bataillons Feuer gelegt. In K o r s ø r streikten die Arbeiter in den grossen Industriebetrieben und auf der Werft sowie auf dem Schwimmdock.

Staatsminister S c a v e n i u s sagte dem Reichsbevollmächtigten auf seine gestrigen Noten hin zu, die Regierung werde durchgreifen; allein es wurden keine Massnahmen getroffen.

Dr. B e s t war zur Berichterstattung zum Reichsaussenminister befohlen worden.

Der Befehlshaber berichtete hierüber an das OKW. und brachte zum Ausdruck, der jetzige Zustand wäre unhaltbar, und über kurz oder lang müsse energisch durchgegriffen werden.

An einigen im Streik befindlichen Orten trat am 25.8.1943 eine gewisse Beruhigung ein, in anderen schlugen die Flammen des Aufruhrs umso höher auf. Besonders in H e l s i n g ø r brachen bedenkliche Unruhen aus; hier war auf einem deutschen Dampfer-

Neubau ein Brand gelegt worden, einige Stunden später explodierte im Laderaum des Schiffs eine Bombe; die Hafenarbeiter verliessen die Werft, blockierten die Dienststelle der Hafenüberwachung und versuchten, in das Gebäude einzudringen. Sie musste aus ihrer gefährvollen Lage durch eine Abteilung Soldaten befreit werden, die den Platz vor dem Gebäude mit Kolben und Handgranaten als Schlagwaffe gewaltsam räumten. In Aalborg wurde überall die Arbeit niedergelegt; da hier die von Norwegen auf Durchtransport befindliche 25. Panzerdivision ausgeladen werden musste, hatte der stellvertretende Reichsbevollmächtigte auf Antrag des Befehlshabers die dänische Regierung ersucht, darauf zu sehen, dass der Generalstreik abgebrochen, mindestens aber erreicht werde, dass die Umladung reibungslos erfolge.

An diesem Tag meldete der Befehlshaber an das OKW. die von ihm im Einvernehmen mit dem Reichsbevollmächtigten beabsichtigten Massnahmen, nämlich:

- I. Verhängung des *zivilen* Ausnahmezustandes in denjenigen Orten, wo durch Streiks, Versammlungen, Belästigungen von Wehrmachtangehörigen, jedoch ohne Aufstandsbewegung, Belange des Reichs und der Wehrmacht gestört werden.
- II. Örtliche oder gebietsmässige Verhängung des *militärischen* Ausnahmezustands, wenn
 1. *zivilen* Ausnahmezustand zu keinem Erfolg führt,
 2. durch lokalen Generalstreik Belange der Wehrmacht entscheidend beeinträchtigt werden.
- III. Verhängung des *militärischen* Ausnahmezustandes über das gesamte Gebiet Dänemark:
 1. bei allgemeinem Aufstand (auch Generalstreik),
 2. wenn dänische Regierung nicht mehr gewillt ist, mit deutschen Behörden zusammenzuarbeiten, und sich keine neue Regierung zur Zusammenarbeit findet.

Durchführung zu III:

- a) Festnahme von führenden Persönlichkeiten des Landes in Zusammenarbeit mit Reichsbevollmächtigten,
- b) Abschliessung der wichtigsten Städte und Besetzung der lebenswichtigen Einrichtungen, Gebäude usw. durch die Truppe,
- c) Verhängung des Standrechts,
- d) Entwaffnung der dänischen Armee.

Rückwirkungen:

- I. Die *Masse* der zur Verteidigung der jütländischen Küste eingesetzten Truppen wird durch obige Massnahme nicht berührt.
- II. Es wird jedoch die Beweglichkeit der Divisions-Reserven und Befehlshaber-Reserven durch Ausfall von dänischen LKW. und durch Ausfall der Eisenbahn beeinträchtigt.
- III. Einsatz der *Befehlshaber-Reserve* in Jütland zur Abwehr feindlicher Angriffe kann durch *offenen* Aufruhr in Frage gestellt werden.
- IV. Truppen auf *Seeland* zur Entwaffnung der dänischen Armee und gleichzeitigen Durchführung des *militärischen* Ausnahmezustands *nicht* ausreichend. Benötigt wird auf Seeland zusätzlich ein verstärktes *Grenadierregiment*, das *nicht* von Jütland weggezogen werden kann.

In der Nacht zum 26.8.1943 wurden in Aarhus nicht weniger als 9 Sabotagehandlungen verübt; u.a. wurden Wasserhydranten gesprengt; die Menge versuchte, die Wache einer deutschen Wehrmacht-Dienststelle zu stürmen, und konnte erst nach Abgabe von Warnungsschüssen zerstreut werden. Die Strassen von Helsingør waren schwarz von Menschen und mussten von der Wehrmacht geräumt werden, wobei 2 Dänen niedergeschossen wurden; ein Feldwebel und 2 Mann wurden bespuckt und tätlich angegriffen, die dänische Polizei gab selbst zu, unsere Leute seien provoziert worden und hätten richtig gehandelt. In Kopenhagen kam es wieder auf dem Rathausplatz zu grossen Menschenansammlungen und Tätlichkeiten gegen deutsche Soldaten; erneut wurde das Soldatenheim angegriffen; gegen die Fenster der Wehrmacht-Kommandantur wurden Steine geworfen,

im Eingang zum Haus des Wehrmachtkommandanten explodierte eine Bombe; die dänische Polizei ging diesmal scharf mit dem Gummiknüppel vor.

Das gleiche Bild brachte in K o p e n h a g e n der 27.8.1943. Es wurden Sprechchöre gebildet mit den Rufen: „Nieder mit Deutschland! Hoch Churchill!“; man sang die Internationale; durch Beschädigung eines Kabelbrunnens wurde der Wehrmacht-Fernsprechverkehr beeinträchtigt. Auch heute mussten in H e l s i n g ø r die Strassen durch deutsche Truppen geräumt werden. In O d e n s e entstand durch Bombenexplosion in einer Akkumulatoren-Fabrik grosser Schaden. In A a r h u s wurden bei einer Kaserne 30 Schuss abgegeben, die von den dort liegenden Panzergrenadieren erwidert wurden.

Am Abend des 28.8.1943 wurde der Reichsbevollmächtigte aus dem Führerhauptquartier zurückerwartet. Es war kein Zweifel, dass er auf Befehl des Führers der dänischen Regierung am nächsten Tag, 10 Uhr, eine auf 6 Stunden befristete Forderung überreichen werde, zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse durch die dänische Regierung den Ausnahmezustand in der von Deutschland bestimmten Art zu verhängen. Im Falle der Ablehnung der Forderung werde der militärische Ausnahmezustand durch den Befehlshaber entsprechend dem von ihm erlassenen Befehl vom 23.8.1943 (Anlage II) verhängt werden.

An dieser Stelle soll eine kurze Rückschau über die *rechtlichen Fragen* eingeschaltet werden, wie sie sich im Laufe der Besetzung bisher gestaltet haben.

Die im April 1940 Dänemark zugesicherte Souveränität, auf die sich die Dänen stets sehr betont beriefen, schuf vielleicht einmalige Verhältnisse, die wesentlich anders lagen als in den übrigen besetzten Gebieten, wo die gesetzlichen Bestimmungen durch die Haager Landkriegsordnung weitgehend festgelegt sind. Unter Federführung des Reichsbevollmächtigten wurden bald nach der Besetzung mit der dänischen Regierung Verhandlungen zur Schaffung eines dänischen Strafsonderrechts und eines dänischen Sondergerichts aufgenommen, um die deutsche Wehrmacht gegen die wichtigsten Delikte zu schützen.

Hindernd war, dass die für die Verhandlungen erteilten Weisungen des Auswärtigen Amts an den Reichsbevollmächtigten nicht immer mit Fühlungnahme der Wehrmacht erfolgt sind; erst durch Einschaltung des OKW. wurde eine gleichmässige Handhabung erwirkt. Mit Rücksicht auf die besonderen dänischen Verhältnisse musste man vorsichtig vorgehen; dabei begünstigte das gute Auftreten der Truppen ein reibungsloses Zusammenwirken mit der dänischen Polizei. Im Herbst 1940 wurden sämtliche gegen die deutsche Wehrmacht gerichteten Delikte dänischen Behörden zur Aburteilung übertragen.

In der Folgezeit wurden von der dänischen Regierung zahlreiche Gesetze und Verordnungen zum Schutz der deutschen Belange erlassen, so dass auf fast allen Gebieten ein Rechtszustand eintrat, der dem unter dem Militärbefehlshaber in Frankreich geschaffenen ähnlich war.

Um die Schwierigkeiten zwischen der deutschen Wehrmacht einerseits und dem dänischen Fiskus und den dänischen Staatsangehörigen andererseits in zivilrechtlichen Fragen (u.a. in der Alimentenfrage) zu beheben, wurde am 1.5.1941 eine deutsch-dänische Vergleichskommission errichtet.

Im November 1941 erliess der Befehlshaber eine Verfügung, wonach bei Zusammenstössen deutscher Wehrmachtangehöriger mit dänischen Staatsbürgern sofort von jeder Einheit dem zuständigen Standortältesten Meldung zu erstatten sei.

Am 26.1.1943 hielt der Befehlshaber in Gegenwart des Reichsbevollmächtigten eine Ansprache an die Gerichtsherren und Richter und betonte die heikle Lage, in der wir uns Dänemark gegenüber befänden. Hier seien teils bei, teils während der Besetzung Zusicherungen gegeben worden, über die man sich nicht ohne weiteres hinwegsetzen könne, ohne an der Ehrlichkeit eines Manneswortes Zweifel zu erwecken. Es läge in unserem eigensten Interesse, nur solche Massnahmen zu treffen, die geeignet seien, den Willen zur Mitarbeit und damit die Arbeitsleistung zu fördern. Gerade in der Justizhoheit komme die Selbständigkeit eines Staates vor allem zum Ausdruck; jeder Eingriff in sie treffe daher einen besonders empfindlichen Nerv und werde dadurch zu einem politischen Akt. Im weiteren Verlauf

seiner Rede besprach der Befehlshaber eine Vereinbarung, durch die der Reichsbevollmächtigte mehr als bisher in schwebende Verfahren gegen Dänen eingeschaltet würde, um die Kriegsgerichte weitgehend von Verfahren gegen Landeseinwohner zu entlasten. Diese Vereinbarung wurde durch OKW. vom 28.1.1943, 14 n 23 WR (I ¾) 2940/43 gutgeheissen (Wortlaut siehe Anlage III). Der Reichsbevollmächtigte trug in seiner Erwiderung die Wünsche des Führers vom 27.10.1942 vor, dass in Dänemark Ruhe herrsche und die Leistungsfähigkeit des Landes nicht gestört werde; es solle nichts geschehen, was ohne besondere Notwendigkeit zu einem Systemwechsel führe. Dr. Best wies dann auf die wirtschaftlichen Leistungen Dänemarks hin; es habe im Wirtschaftsjahr 1941/42 280 000 Rinder, 564 000 Schweine, 31 500 t Butter, 9 110 t Eier und 8 000 t Fische, im Wirtschaftsjahr 1942/43 100 000 t Fleisch dem Reich geliefert. Der Hebel, das für uns Erforderliche zu erreichen, fuhr Dr. Best fort, sei der eigene Wunsch der Dänen, der jetzige Zustand möge bleiben, das Leitseil sei die Furcht und Hoffnung um Aufrechterhaltung ihres politischen Verfassungssystems. Ihre Haltung zum Reich und Krieg sei Attentismus, also Abwarten. Im Innern neigten sie zu 90 v.H. zu England, ihrem Wesen nach aber fügten sie sich den deutschen Wünschen. „Wenn es aus irgend welchen Gründen sein muss,“ sagte Dr. Best, „dann scheuen auch wir nicht vor einem System- und Regierungswechsel zurück, sofern es die Verhältnisse erfordern. Dann stolpern wir — nach den Worten des Führers — auch nicht über Zwirnsfäden“. Der Däne verstehe durchaus, dass die Sicherung eines Heeres ausreichenden Schutz erfordere, und unmittelbare Angriffe gegen die deutsche Wehrmacht auch von deutschen Kriegsgerichten geahndet würden. Trotzdem sei aus politischen Rücksichten in den letzten Wochen eine Reihe von Fällen an die dänischen Gerichte abgegeben worden. — Die Reden, sowohl des Befehlshabers wie des Reichsbevollmächtigten, zeigen zur Genüge, dass man trotz der immer mehr wachsenden Provokationen und Sabotagefälle kein Mittel unversucht liess, den dänischen Wünschen nach Souveränität möglichst entgegenzukommen. Beide Reden wurden am 26.1.1943 gehalten, einen Tag vor dem Angriff englischer Bomber auf Kopenhagen.

Auch hinsichtlich des Vollzugs von gegen Dänen ausgesprochene Strafen in dänischen Strafanstalten war der Befehlshaber bereit, sich mit dem Reichsbevollmächtigten in Verbindung zu setzen und seine politischen Wünsche zu erfahren. Später wurde durch Kgl. Verordnung eine Zuchthausabteilung in Horsens eingerichtet, wohin in der Folgezeit eine Reihe von dänischen Staatsangehörigen eingeliefert wurde, die von deutschen Gerichten zu Zuchthausstrafen verurteilt worden waren.

Über das ausländische Wehrmachtgefolge und seine Unterwerfung unter die Kriegsgesetze und die Disziplinarstrafordnung enthielt die Verfügung des Befehlshabers vom 15.5.43 III/Qu, Az. 14 g (Wortlaut siehe Anlage IV) neue grundlegende Bestimmungen.

Um das Festnahmerecht der dänischen Polizei gegenüber deutschen Wehrmachtangehörigen klarzulegen, reichte Abteilung III (Oberstkriegsgerichtsrat Dr. v o n R a a b - S t r a u b e, ab 15.2.1943 Reichskriegsgerichtsrat Dr. K a n t e r) dem Chef des Heeresjustizwesens am 10.6.1943 einen Entwurf über Überlassung eines Festnahmerechts gegenüber Angehörigen der deutschen Wehrmacht und des Wehrmachtgefolges an die dänische Polizei ein. Dem Entwurf stimmte das OKH. (Chef H Rüst u. BdE) am 13. August 1943 zu (Wortlaut siehe Anlage V). Die Vereinbarung, durch die eine gegenseitige Rechtshilfe niedergelegt wird, ist vor Eintritt des militärischen Ausnahmezustands nicht mehr in Kraft getreten.

Das erste und einzige Todesurteil in Dänemark gegen einen dänischen Staatsangehörigen wurde am Tage vor dem Ausnahmezustand durch Erschiessen vollzogen.

II. Die Vorbereitungen zur Durchführung

Bereits im Juni 1943 hatte der Chef des Generalstabs, Oberst i.G. v o n C o l l a n i, in Erwartung einer etwaigen bewaffneten Auseinandersetzung mit der dänischen Wehrmacht den Ia-Sachbearbeiter der Div. Nr. 166 mit der Ausarbeitung eines genauen kalendermässig festgelegten Plans beauftragt, um schlagartig die dänische Wehrmacht zu entwaffnen. Die endgültige Fassung wurde in mehreren Besprechungen festgelegt. Ende Juli 1943 waren

die entsprechenden Weisungen an den Kommandeur der Div. Nr. 166 und den Admiral Dänemark ergangen. Die Aktion konnte somit jeden Augenblick in Gang gesetzt werden.

Der Befehlshaber berief am 27.8.1943 14.00 Uhr den Kommandeur der Div. Nr. 166 (Offizierstellenbesetzungsliste siehe Anlage VI), Generalmajor C a s t o r f, zu sich in das Hauptquartier und unterrichtete ihn über die Lage, die gebieterisch eine Änderung des derzeitigen Zustands erfordere. Mit dem Inkrafttreten des militärischen Ausnahmezustands sei gleichzeitig in den Morgenstunden des 29.8.1943 das dänische Heer zu entwaffnen. (Standorte der Div. siehe Anlage VII).

Die Division erhielt auf einen im Laufe des Nachmittags des 28.8.43 zu erwartenden fernmündlichen Ausführungsbefehl hin den Auftrag:

1. Durchführung der Entwaffnung des dänischen Heers, das sich mit allen Teilen im Territorialbereich der Division (dänische Inseln) befand,
2. Besetzung der Kgl. Schlösser Sorgenfri und Amalienborg,
3. Durchführung des militärischen Ausnahmezustands im Territorialbereich der Division, hierzu Besetzung und Sicherung zahlreicher öffentlicher Gebäude, lebenswichtiger Betriebe usw.

Der Befehlshaber stellte der Division an Verstärkungen zur Verfügung:

1. Das bereits nach Kopenhagen in Marsch gesetzte Pi.-Ldgs. Lehr- und Ers.Btl. aus Fredericia an Stelle des früher hierfür vorgesehenen Polizeiverfügungs-Bataillons, das Sonderaufgaben (Verhaftungen führender deutschfeindlicher dänischer Zivilpersonen) erhielt,
2. 450 Flugschüler der Blindflugschule Kastrup der Luftwaffe,
3. am 28.8.43 morgens mit Seetransport aus Norwegen in Kopenhagen erwartete Teile der 25. Pz.Div., die auf dem Wege nach Frankreich war, nämlich Pz.Gren.Rgt. 146: Rgt.St. und St.Kp., I/St., 2., 4., II/St., 5., 6., 7., 8., 9., Pz. Rgt. 9: R.St., 6., I/Pz.Art.Rgt. 91/St. und St.Batt.

Der Ia-Sachbearbeiter der Division, Major H e r z o g, trug an Hand der Karte den kalendermässig festgelegten Plan zur Entwaffnung der dänischen Armee vor. Ihm lagen folgende Erwägungen zu Grunde:

Ein Misslingen des Unternehmens oder auch nur ein Rückschlag an irgend einer Stelle musste von vornherein durch entsprechende Bemessung der zur Entwaffnung angesetzten Kräfte ausgeschlossen werden. An den wichtigen Stellen mussten die deutschen Truppen zahlenmässig überlegen auftreten, um hier das Unternehmen in möglichst kurzer Zeit abzuschliessen. Am wichtigsten war die Landeshauptstadt und grösste dänische Garnison Kopenhagen mit fast der gesamten dänischen Generalität, dem Generalstab, dem Kriegsministerium, der Kgl. Leibgarde in Stärke von 3 Bataillonen und mit Schulen hochwertiger Soldaten als Schüler. Der Fall der dänischen Garnison Kopenhagen und die schnelle Aussergefechtsetzung der Führung mussten sich auf das ganze Land auswirken. Hier war deshalb ein klarer Schwerpunkt zu bilden.

Es waren 43 verschiedene dänische Truppenunterkünfte in 20 Garnisonen zu entwaffnen (Übersicht über die Standorte der dänischen Truppen siehe Anlage VIII). Die d ä n i s c h e Armee war als Gegner keineswegs zu unterschätzen. Sie besass eine aussergewöhnlich hohe Zahl an Offizieren und Offizianten (im Offizierang stehende frühere Unteroffiziere). Die Ausbildung der Offiziere und Truppen war, besonders in den letzten Monaten, eingehend betrieben worden, vornehmlich auf den zahlreichen Schulen. Ein grosser Teil der entlassenen dänischen Soldaten hatte in der an sich schon sehr starken und reichlich mit Waffen versehenen Ordnungspolizei, der Hilfspolizei, in Luftschutzverbänden usw. Aufnahme gefunden und war jeder Zeit greifbar. Ferner lagen Anzeichen vor, dass Reserveoffiziere und Reservisten zu Übungen einberufen wurden, und dass auch insgeheim eine Ausbildung ausserhalb der Truppe, vor allem in Schützenvereinigungen, stattfand. Waffen- und Munitionslager waren auf dem flachen Lande eingerichtet worden. Eine schnelle Mobilmachung des dänischen Heers erschien somit jederzeit möglich. Die Führung und der weitaus überwiegende Teil des Offizierkorps mussten als englandfreundlich betrachtet werden. Das im wesentlichen auf den Inseln Seeland und Fünen zusammengeballte dänische Heer konnte unter energischer Führung eine ernste Gefahr für die Ver-

bindung von Kopenhagen über Seeland, Fünen nach Jütland und vor allem eine Bedrohung der schwachen deutschen Besatzung der Landeshauptstadt bedeuten. Seine Friedensstärke durfte auf mindestens 6 000 Köpfe angenommen werden; nach einer Mobilmachung, die immerhin im Bereich der Möglichkeit lag, wenn die deutsche Aktion nicht auf den ersten Schlag hin glückte, musste man mit einer Zahl bis zu 50 000 Mann rechnen. Einzelheiten siehe Anlage IX (Skizze: Standorte des dänischen Heers) und Anlage X (Skizze der dänischen Truppenteile im Standortbereich Kopenhagen).

An eigenen Kräften verfügte die Division Nr. 166 über folgende Truppen:

- 1 *Abschnitt Kopenhagen* (— Standortbereich Kopenhagen)
 - 2 Bataillone Infanterie, (darunter 1 Ausb. Batl.)
 - 1 Inf.Pz.Jg. Kompanie,
 - 1 Nachr.Kompanie;
2. *Abschnitt Seeland* (ohne Standortbereich Kopenhagen)
 - 1 Inf.Rgts. Stab,
 - 3 Bataillone Infanterie, (Ausb.Batl.)
 - 1 Inf.Gesch.A.Kompanie,
 - 1 Inf.Nachr.A.Kompanie,
 - 1 Ausb.Komp.f.Inf.Reiter-Züge,
 - 1 Abteilung (3 Batterien) le. Artillerie;
3. *Abschnitt Fünen*
 - 1 Inf.Rgts. Stab,
 - 2 Bataillone Infanterie, (Ausb.Batl.)
 - 1 Inf.Nachr.A.Kompanie.

Zusammen: 2 Inf.Rgts. Stäbe,
 7 Bataillone, (davon 6 Ausb.Batl.)
 6 einzelne Kompanien,
 3 Batterien.

Nach Zuführung der Verstärkungen standen der Division für die Entwaffnung der dänischen Armee und die Besetzung der Königsschlösser und zahlreicher anderer militärisch wichtiger Objekte zur Verfügung: rd. 11 Bataillone Infanterie, Pz.Grenadiere und Kradschützen, sowie als Infanterie eingesetzte Pionier- und Luftwaffenverbände, 12 Panzer und 3 Batterien leichte Artillerie.

Die Truppen des Heers waren in der überwiegenden Mehrzahl Ausbildungseinheiten mit im Durchschnitt 77 v.H. Rekruten. Ein Teil von diesen hatte erst 14 Tage Ausbildung hinter sich. Das Stammpersonal bestand vorwiegend aus nur heimatgarnisonverwendungsfähigen Soldaten. In Anbetracht dieser Tatsache waren die Anforderungen, die viele Truppenteile erwarteten, beachtlich.

Die Truppen reichten zur *gleichzeitigen*, sicheren Lösung aller Aufgaben nicht aus, zumal die Teile der 25. Pz. Division nicht mehr rechtzeitig auf Objekte ausserhalb von Kopenhagen angesetzt und daher *zunächst* nur in der Hauptstadt verwendet werden konnten.

Es wurde daher die Unterteilung des Unternehmens in 3 aufeinanderfolgende Zeitabschnitte vorgesehen. Im ersten Zeitabschnitt sollten Kopenhagen, Næstved (dort schnelle dänische Truppen), Ringe, Hvidkilde, Faaborg und sämtliche von deutschen Truppen belegten Orte (Roskilde, Ringsted, Vordingborg, Slagelse, Odense, Nyborg, Svendborg) erledigt werden, im 2. Zeitabschnitt sodann die rein dänischen Garnisonen Holbæk, Aalholm, Berritsgaard, Kerteminde, Ulriksholm und Assens, im 3. Zeitabschnitt die dänische Marinebatterie Lynæs und die dänischen Truppen auf dem Übungsplatz Jægerspris.

Die Durchführung des Unternehmens in den 3 Abschnitten wurde den Abschnittskommandeuren übertragen, die in Anbetracht der weiträumigen Gebiete im Rahmen der ihnen gestellten Kampfaufträge, besonders für die Durchführung des 2. und 3. Zeitabschnitts, weitgehend Entschlussfreiheit erhielten. Dem Abschnittskommandeur Seeland standen für den 1. Zeitabschnitt nur rd. 2 ½ Bataillone und 1 Batterie zur Verfügung, da zunächst 1 ¼ Bataillon und 2 Batterien des Abschnitts Seeland zum Einsatz in Kopenhagen vorgesehen waren. Nach Abschluss der Entwaffnung in Kopenhagen sollten diese Kräfte und je

nach Lage weitere Verstärkungen aus den in Kopenhagen freigewordenen Truppen dem Abschnitt Seeland wiederzugeführt werden.

In Kopenhagen hatte sich der Divisionskommandeur in seiner Eigenschaft als Standortältester selbst die Führung vorbehalten,

Truppengliederung der Division Nr. 166 bis zum 28.8.1943 und für den ersten Zeitabschnitt am 29.8.1943 siehe Anlage XI und XII.

Von den Truppen waren ausserordentlich grosse Entfernungen zu bewältigen; andererseits war mit Rücksicht auf Geheimhaltung die in den Vorarbeiten vorgesehene Beschlagnahme dänischer Kraftfahrzeuge nicht möglich. Es war ein Transportraum zur Beförderung von rd. 2000 Mann nötig. Da die Truppe mit Ausnahme der Inf.Pz.Jg.A.Kp. 6, der Kommandeurwagen und der 25. Pz.Div. eigene Kraftfahrzeuge nicht besass, stellte ihre Zuführung nach den Bestimmungsorten an. Wie sich später ergab, sind von diesen Fahrzeugen in den Bestimmungsorten eingetroffen und waren oder wurden fahrbereit: 69 Lkw., 2 Kom., 17 Pkw. und 10 Kräder. Ausserdem griff die Division zur Truppenbeförderung ausserhalb Kopenhagens auf 5 in der Hauptstadt nicht benötigte Lkw. des Pi. Landgs. Lehr- und Ers.Batl. zurück.

Aufgabe des *Admirals Dänemark* (Vizeadmiral W u r m b a c h) war es, die dänische Flottenstation und die Orlogs-Werft in Kopenhagen sowie sämtliche Kriegsfahrzeuge zu besetzen und sie kampfunfähig zu machen. (Dislokation und Armierung der dänischen Flotte siehe Anlage XIII). Gemäss Befehl des Marine-Oberkommandos der Ostsee waren die Operationen auf dem Land durch den Admiral Dänemark, zu Wasser durch den Befehlshaber der Sicherung der Ostsee zu leiten. Stellenbesetzungsliste des Admirals Dänemark und der Marine zur Verfügung stehenden Kräfte siehe Anlage XIV und XV.

Der *General der Luftwaffe Dänemark* (Generalmajor R i t t e r v o n S c h l e i c h) hatte die Aktion durch Einsatz von Fliegern und Flak zu unterstützen; sie sind in Anlage XV mitaufgeführt. Stellenbesetzungsliste siehe Anlage XVI.

Am Abend des 27.8.1943 kehrte der *Reichsbevollmächtigte* aus dem Führerhauptquartier zurück.

In den Vormittagsstunden des 28.8.1943 hatte es den Anschein, als ob sich die Lage im allgemeinen beruhigen wolle, allein es konnte auch die Ruhe vor dem Sturm bedeuten.

Immer noch lag das Schicksal Dänemarks in der Hand seiner eigenen Regierung. Durch den Reichsbevollmächtigten wurde ihr um 10 Uhr die Forderung der deutschen Reichsregierung überreicht, den zivilen Ausnahmezustand anzuordnen. Es wurde ihr Frist bis 16 Uhr gegeben.

Die dänische Regierung — l e h n t e a b.

Nun blieb nur noch ein Mittel übrig, um die Schlagkraft der deutschen Wehrmacht in Dänemark gegen eine etwaige Invasion der Alliierten pflichtgemäss zu erhalten, dem Kleinstaat Dänemark vor Augen zu führen, dass hier nicht England, sondern das Grossdeutsche Reich zu bestimmen habe, und nicht zuletzt, um die deutsche Ehre zu wahren: Der Einsatz der deutschen Waffen.

Um 16 Uhr wurde auf Befehl des Generals der Infanterie v o n H a n n e k e n durchgegeben: „Blitz 29.8. 4.00 Uhr“, das Stichwort für das Eintreten des *militärischen* Ausnahmezustandes in Dänemark und Durchführung der Entwaffnung der dänischen Armee. (Offz. St.Bes.Liste des Stabs Bef. Dänemark siehe Anlage XVII).

Von der Division Nr. 166 erfolgte die Weitergabe an die unterstellten Truppenteile durch unverzügliche fernmündliche Durchgabe des Stichworts: „Tivoli-Ausflug X + 75 Minuten“ (im Divisionsbefehl war die X-Zeit auf den 29.8.43, 2.45 Uhr, festgesetzt worden).

Im Hauptquartier fand eine Reihe von Besprechungen mit dem Befehlshaber, dem Chef des Generalstabs und den Abteilungsleitern statt, an denen der Admiral Dänemark, der General der Luftwaffe Dänemark, der Kommandeur der Division Nr. 166, der Wehrmachtkommandant Kopenhagen, die Kommandeure der Schiessschule Verløse, der Blindflugschule Kastrop und des Seefliegerhorsts sowie verschiedener Heeres- und Marinekommandostellen teilnahmen. Hier wurden nähere Einzelheiten auf Grund der Befehle festgelegt. Alle Vorbereitungen und Besprechungen mussten unauffällig unter Vermeidung des Fernsprechverkehrs vor sich gehen; erst ab 29.8. 4.00 Uhr war wieder Klartext zulässig.

Vom WPrO (Hauptman D a u b) wurde in einem Vortrag beim Befehlshaber die Frage des Verbots aller Zeitungen vorgelegt. Vorgesehen war, dass alle Zeitungen auf unbestimmte Zeit verboten werden sollten. Auf Vorschlag des WPrO entschied der Befehlshaber, dass die Zeitungen weitererscheinen können, wenn die Vorzensur gesichert sei. Die Garantie für das einwandfreie Verhalten der Zeitungen übernahm Hauptmann Daub; er besprach in mehreren Verhandlungen noch im Laufe des Nachmittags mit dem Reichsbevollmächtigten und dessen Referenten die Einrichtung eines Zensurbüros, in dem alle politischen, militärischen und wirtschaftspolitischen Artikel der Presse vor der Veröffentlichung von je einem Vertreter der Dienststelle WPrO und der Behörde des Reichsbevollmächtigten zensiert werden sollten. Im Lauf der Nacht wurde von einem eingesetzten Presse-Ausschuss, der unter dem Vorsitz von Gesandten B a r r a n d o n aus dem Rundfunkreferenten L o h m a n n, dem Pressereferenten S c h r ö d e r und dem Kulturreferenten Dr. S c h a c h t von der Behörde des Reichsbevollmächtigten bestand, ein Rundfunkkommentar ausgearbeitet, der gegen Mitternacht dem Befehlshaber und dem Reichsbevollmächtigten vorgelegt und von beiden genehmigt wurde.

III. Die Durchführung

28. August 1943

Am 28.8.1943 nachmittags fand ein Propagandamarsch der bis dahin in Kopenhagen ausgeladenen Teile der 25. Pz.Division durch die wichtigsten Verkehrsstrassen der Hauptstadt statt, nachdem der Befehlshaber einen Vorbeimarsch von deutschen Truppenteilen vor dem Hauptquartier abgenommen hatte. Das Erscheinen der Truppen, vor allem der Panzer, hat seine Wirkung auf die Bevölkerung und auch auf die dänischen Offiziere und Soldaten sicher nicht verfehlt.

Nachmittags und abends wurden Bombenanschläge auf die Personenkraftwagen des Landesgruppenleiters der Auslandsorganisation der NSDAP., D a l l d o r f, vor dem Persil-Haus (in der Nähe des Hauptbahnhofs) und des Kommandeurs des Pz.Gren.Rgts. 146, Oberst v o n B e i n u t h, vor dem Hotel d'Angleterre, verübt. Beide Wagen wurden stark beschädigt.

Die in Kopenhagen für Truppenbeförderung ausserhalb der Hauptstadt insgesamt verfügbaren 47 Lkw., 14 Pkw. und 10 Kräder wurden im Lauf des Nachmittags bis 19.30 Uhr den Anforderungen des Abschnittskommandeurs Seeland entsprechend zu den einzelnen Standorten in Marsch gesetzt. Hier fielen bereits 6 Lkw. aus, weitere 12 Lkw., 4 Pkw. und 1 Krad auf dem Marsch von den Truppenstandorten nach den Bereitstellungsräumen. Der Gesamtausfall betrug demnach: 18 Lkw. (— 38,3 v.H.), 4 Pkw. (— 28,6 v.H.), 1 Krad (— 10 v.H.). Von den 31 von der Zweigstelle Kopenhagen des H.K.P. 650 zur Verfügung gestellten Lkw. fielen dabei allein 16 (51,6 v.H.) aus. Weitere Kraftfahrzeuge blieben beim Marsch in die Bereitstellungsräume zurück und trafen dort erst verspätet ein, sodass auch ihre Besatzungen beim Beginn der Entwaffnungsaktion nicht zur Stelle waren.

Die für das Gren. A.Btl. 184 bestimmten Kraftfahrzeuge trafen mit den ersten Teilen am 28.8.1943 gegen 23.45 Uhr, mit den letzten erst am 29.8.1943, 2.00 Uhr, in Middelfart ein. 9 Lkw. (— 25 v.H.) erreichten Middelfart überhaupt nicht. Auf dem Marsch zu den zu entwaffnenden dänischen Garnisonen fielen weitere 2 Lkw. aus, so dass der Gesamtausfall 11 Lkw. — 30,6 v.H. betrug.

Die Beweglichmachung mit Reparatur-Kraftfahrzeugen aus einem H.K.P., die zum Teil mit noch unerfahrenen Fahrern besetzt werden mussten, hat sich als notdürftiger Behelf erwiesen.

Die Gren.A.Btl. 202 und 167 sowie Teile der Artillerie ermieteten dänische Kraftfahrzeuge.

Die Nacht war stockdunkel. Regen setzte ein, der schliesslich in Strömen niederging. Die deutschen Truppen marschierten zur Entwaffnung auf. Es war diesmal ein ganz anderes Gefühl, als wenn es in die offene Feldschlacht ging. Werde sich das dänische Heer, dem doch unsere Vorbereitungen, so gut sie auch getarnt waren, nicht ganz unbekannt geblieben

sein konnten, mit verzweifelter Kraft zur Wehr setzen? Werde es zu verlustreichen Strassenkämpfen, zum Sturm auf Kasernen und Unterkünfte kommen? Werden auch Teile der bis aufs äusserste aufgehetzten Bevölkerung, besonders in Kopenhagen, zu den Waffen greifen? Die Spannung war in den Stäben und bei der Truppe aufs höchste gestiegen.

Die meisten Truppenteile der Division Nr. 166 mussten in die Bereitstellungsräume Märsche von erheblicher Länge (bis zu 85 km) zurücklegen. Sie wurden im wesentlichen als motorisierte Märsche mit Verlastung auf zum Teil stark verbrauchten und derartigen Anforderungen nicht mehr gewachsenen Lkw. durchgeführt. Die Kolonnen rissen vielfach auseinander. Einige Truppenteile trafen daher erst verspätet und durch den Ausfall von Kraftfahrzeugen in ihrer Kampfkraft merklich geschwächt in den Bereitstellungsräumen ein.

Im Hauptquartier traf um 23.50 Uhr der Befehl des OKW. ein, dass die Massnahmen, wie beabsichtigt, durchzuführen seien. Die Verantwortung für alle Wehrmachtteile wurde dem Befehlshaber Dänemark übertragen. Dieser verständigte Minister Scavenius von der Verhängung des Ausnahmezustands (Anlage XVIII).

Die Entwaffnung der dänischen Wehrmacht am 29. August 1943

1. K o p e n h a g e n

a) *Tätigkeit des Abschnittskommandeurs Kopenhagen*

(Stadtplan von Kopenhagen siehe Anlage X)

Hier leitete die Unternehmung der Standortälteste von Kopenhagen, Generalmajor C a s t o r f. Unter seinem Kommando waren 7 Gruppen (4 Entwaffnungsgruppen, 2 Sicherungsgruppen und 1 Verfügungsgruppe) gebildet worden.

1. *Das verstärkte Gren.A.Btl. 18* unter Major A l b s m e i e r bestand aus seinem eigenen Bataillon (ohne einen Zug der 1. Kp., der als Besatzung der Kronborg in Helsingør belassen worden war), der 3./Gren.A.Btl. 58, der 2./Art.Abt. 6 und 2 Panzern der 25.Pz.Div. und hatte den Auftrag, das II./Dänische Leibgarde in der Kaserne Jægersborg zu entwaffnen und das Schloss Sorgenfri, die derzeitige Residenz des Königs, zu besetzen.

Um 4 Uhr drang das verstärkte Bataillon in die K a s e r n e J æ g e r s b o r g ein, wobei durch die beiden Panzer zunächst das Kasernement aufgebrochen wurde. Zwischen ihnen sprang ein Stosstrupp gegen die dänische Wache vor. Diese eröffnete das Feuer und alarmierte die Besatzung der Kaserne. Die Wache wurde nach kurzem Kampf überwältigt. Gleichzeitig drangen Stosstrupps mehrerer Kompanien in die verschiedenen Gebäude ein und besetzten alle Eingänge. Nach kurzem Feuergefecht erschien der Kommandeur des II./Dänische Leibgarde und bot die Übergabe an. Die Entwaffnung der Garnison und die anschliessende Besetzung der Kasernengebäude erfolgte dann ohne weiteren Widerstand. Die dänischen Offiziere und Unteroffiziere verhielten sich dabei loyal.

Ebenfalls Punkt 4.00 Uhr besetzte ein Zug die Toreinfahrt des Kgl. S c h l o s s e s S o r g e n f r i und forderte die dänischen Torposten zum Öffnen des Tors auf. Der Posten kam dieser Aufforderung nicht nach und eilte in die Wachstube. Der deutsche Gren. Zug überstieg das Tor und forderte die in der Wache befindliche Mannschaft durch einen Dolmetscher zur Übergabe auf. Die dänische Wache erwiderte diese Aufforderung mit Feuer. Gleichzeitig wurden von dänischen Streifen im Schlosspark Handgranaten geworfen. Der Widerstand der dänischen Wache wurde durch eine in die Wachstube geworfene Handgranate gebrochen. Nach kurzem Feurkampf gaben sich die dänischen Streifen im Schlosspark gefangen. Einige von ihnen konnten im Schutz der Dunkelheit nach der Kaserne J æ g e r s b o r g entweichen, wo sie entwaffnet und festgesetzt wurden. Wache, Posten und Streifen von Sorgenfri wurden dann durch den deutschen Gren. Zug übernommen.

Eigene Verluste: 1 Verwundeter, dänische: 1 Toter, 1 Verwundeter. Es wurden 14 Offiziere, 14 Offizianten, 374 Unteroffiziere und Mannschaften gefangengenommen.

Nach Überwältigung der Wache im Schloss Sorgenfri hatte Generalmajor R i t t e r v o n S c h l e i c h dem dänischen König einen Brief des Befehlshabers (Wortlaut siehe Anlage XIX) zu übergeben und ihn über die Massnahmen, die dadurch ausgelöst wurden, aufzuklären.

Generalmajor Ritter von Schleich schreibt dazu:

„Zur Überwältigung der Wache war ein Zug des Gren.Btl. 18 von Høvelte unter dem Kommando eines Leutnants bereitgestellt. Am 29. August 1943, Punkt 4.00 Uhr, krachte der erste Schuss des Wachtpostens vor dem Schloss Sorgenfri. Es war stockfinstere Nacht, und es regnete in Strömen. Mit einem Schwung wurde das Tor, das den Park abschloss, gesprengt. Handgranaten krachten, und der Kampf war in vollem Gang. Das Wachtgebäude wurde durch Handgranaten und MP.-Feuer genommen, 5 dänische Soldaten wurden entwaffnet. Nach kurzem Kampf konnte auch der Rest der Wachmannschaft entwaffnet und gefangengenommen werden. 2 Feldweibel von uns waren durch Handgranatensplitter verwundet, ebenso 3 Dänen.

Nach Beendigung des Gefechts liess mich der König durch den Flügel-Adjutanten zu sich bitten, nachdem ich ihm durch den Kommandanten des Schlosses bereits gemeldet worden war. Bei meinem Eintritt in die Schlosshalle standen Adjutant und Kammerdiener, wie Säulen erstarrt, an den Wänden. Der Flügeladjutant S.M. des Königs brachte mich durch dieses Spalier in das Zimmer des Königs.

Als ich eintrat und mich meldete, sass der König in einem Stuhl vor seinem Schreibtisch in ziemlich gebrochener Haltung. Ihm zur Seite stand die Königin. Ich drückte mein Bedauern aus, den König, der notdürftig angezogen im Stuhl sass, so früh stören zu müssen, und übergab ihm den Brief des Befehlshabers. Er liess den Brief der Königin auf Dänisch vor, die dann zu mir sagte, sie verstünde das alles sehr gut, was wir unternehmen müssten. Der König selbst erklärte mir, die dänische Armee sei ja sowieso schon entwaffnet und bestehe nur aus 3000 Mann. Ich musste ihm widersprechen und nannte ihm die genauen Zahlen des dänischen Heeres und der Marine, worauf er mir erwiderte, ich wüsste das wohl besser als er. Als die Königin mich fragte, ob sie nun beide Gefangene seien, erklärte ich den beiden Majestäten, dass dies keineswegs der Fall sei und ihre Bewegungsfreiheit in keiner Weise gehindert sei. Ich hätte nur den Auftrag, den König zu bitten, das Schloss Sorgenfri vorerst nicht zu verlassen, um zu verhindern, dass Demonstrationen für den König und gegen uns stattfinden könnten. Er sagte mir, er wolle den ganzen September noch im Schloss Sorgenfri bleiben und könne sich wegen seines kranken Beines ja auch nicht aus dem Schloss begeben. Als ich die Königin auf ihre Frage, ob die Schiesserei nun zu Ende sei, beruhigt hatte, erklärte ich dem König, dass die dänische Wache lediglich durch eine deutsche Ehrenwache abgelöst sei. Bei dem Wort „Ehrenwache“ schmunzelte der König und sagte zu mir: „Das klingt ja sehr schön.“ Er brachte gleichzeitig den Wunsch vor, dass die deutsche Ehrenwache baldigst durch dänische Polizei ersetzt werde, damit das Volk nicht glauben könnte, er sei der Gefangene der deutschen Wehrmacht. Ich versprach, diesen Wunsch dem Befehlshaber zu übermitteln.

Als ich ihm den vom Befehlshaber gestellten Ordonnanzoffizier, Oberleutnant von Zimmermann, vorgestellt hatte, dankten mir der König und die Königin, dass ich persönlich zu ihnen gekommen sei, denn sie kennen mich bereits von früher her, und bedauerten, dass sie mich aus solch einem für sie traurigen Anlass wiedersehen. Ich bat Seine Majestät noch, nunmehr den versäumten Schlaf nachzuholen, worauf er mich freundlich anlächelte und mir mit beiden Händen die Hand schüttelte.

Ich sprach noch einige Worte der Anerkennung zu den Leuten des Gren.Btl. 18 und drückte den Verwundeten, die bei ihren Kameraden bleiben wollten, die Hand. Darauf begab ich mich zum Befehlshaber und erstattete dort meine Meldung.“

Die Entwaffnung und Besetzung der Garnison Jægersborg war 5.15 Uhr abgeschlossen. 10.45 Uhr wurde die Bewachung der festgesetzten Dänen und der besetzten Objekte an Kommandos des Wachbataillons Kopenhagen übergeben. Das verstärkte Gren.A.Btl. 18 wurde von der Division dem Abschnittskommandeur Seeland zur Durchführung des 2. Zeitabschnitts zur Verfügung gestellt und marschierte 11.15 Uhr nach Roskilde ab.

2. *Das Wachbataillon Kopenhagen* (ohne 2. Kompanie), verstärkt durch 2 Panzer der 25. Pz.Div., hatte unter seinem Kommandeur, Major von Ruckteschell, die Aufgabe, die dänische Besatzung der *Ryvang-Kaserne* zu entwaffnen und die im Entwaffnungsraum wohnenden dänischen Offiziere festzunehmen. Es durchbrach um 4.00 Uhr mit je einem Panzer das Ost- und Westtor der Kaserne. 12 Stosstrupps und dahinter Reserven drangen hinter den Panzern in das Kasernengelände ein. Die dänische Wache eröffnete

das Feuer und ergab sich erst nach einigen MP.-Feuerstößen des Führers des auf die Wache angesetzten Stosstrupps. Die Kaserne war im übrigen unbesetzt; in der Stabsbaracke wurden lediglich der dänische Kommandeur, Oberst *Thomson*, und sein Adjutant getroffen und ohne Widerstand festgesetzt. Die Besetzung der Kaserne und die Sicherstellung des Materials erfolgten planmässig. Die Unternehmung war 6.30 Uhr abgeschlossen. Je 1 deutscher und 1 dänischer Soldat wurden verwundet. Gefangene: 2 Offiziere, 4 Unteroffiziere und Mannschaften.

3. Das *Pi.Landgs.Lehr- u. Ers.Btl.* unter Hauptmann *Parchow* war durch Inf.Pz.Jg.A.Kp. 6 (ohne 2 Züge), 1./Art.A.Abt. 6 und 4 Panzern der 25. Pz.Div. verstärkt worden. Es hatte 4 Objekte zu entwaffnen und die im Entwaffnungsraum wohnenden dänischen Offiziere festzunehmen. Es setzte an: Auf die *dänische Heeres-Offizier-Schule Frederiksberg* 1 Pi.Kp., verstärkt durch 1 Zug Inf.Pz.Jg.A.Kp. 6, 1./Art.A.Abt. 6 und 2 Panzer, auf die *Kaserne der dänischen Wachkompanie* 1 Pi.Kp. (ohne 1 Zug), verstärkt durch 1 Zug Inf.Pz.Jg.A.Kp. 6, auf das *Kommando der Seeländischen Division* 1 Zug, auf die *Kaserne des I. und III. [dänische Leibgarde]* 1 Pi.Kp., verstärkt durch 2 Panzer.

Die Heeresoffizier-Schule Frederiksberg war wider Erwarten von den Offizierschülern nicht belegt, wahrscheinlich wegen des Wochenendes, und wurde von ihrem Kommandeur, der sich sehr korrekt verhielt, ohne Widerstand übergeben. 5.00 Uhr war die Besetzung der Schule beendet.

Die Kaserne der Wachkompanie und das Kommandogebäude der Seeländischen Division wurden nach Sprengen der Türen mit geballten Ladungen und Brechen leichten Widerstands, besonders der Wachen, besetzt und entwaffnet.

Grösseren Widerstand leistete die dänische Leibgarde in ihrer Kaserne. Die darauf angesetzte 3. Komp. hatte in der Dunkelheit die ihr zugeteilten Panzer nicht gefunden und griff ohne sie an. Auch bei der Leibgarde-Kaserne wurde das Tor von den Pionieren gesprengt. Ein sofortiges Eindringen erwies sich jedoch als nicht möglich. Aus der Kaserne schlug Gewehr-, M.P.- und Handgranatenfeuer, das erst nach Eröffnen des eigenen Feuers nachliess. Inzwischen hatten andere Teile der Kompanie durch den Park Kongens Have die Kasernenanlage von Osten und Südosten her erreicht und brachen zusammen mit dem auf das Haupttor angesetzten Stosstrupp den Widerstand der Waffen durch Kampf. Hierbei fiel der Chef der Kompanie, Oberleutnant *Detmann*. Nach Überwältigung der Wache beschossen dänische Soldaten vom Park Kongens Have und vom Turm der hart nordostwärts der Kaserne liegenden *Rosenborg* aus noch weiterhin die auf dem Kasernenhof befindlichen Pioniere. Inzwischen ging in der Kaserne die Entwaffnung vor sich. Von 4.20 Uhr an war diese fest in deutscher Hand. Dank dem energischen Zupacken der ohne Rücksicht auf das noch anhaltende Feindfeuer ausserhalb der Kaserne vorgehenden Pioniere, hatte die Masse der an sich guten dänischen Truppe in der Kaserne in sehr kurzer Zeit unschädlich gemacht werden können.

Der Bataillonskommandeur, der sich zunächst in Frederiksberg befunden hatte, hatte auf die Meldung von dem Widerstand der Dänen in der Leibgardekaserne die in Frederiksberg¹⁾ nicht mehr benötigten Panzer und Paks zur Leibgardekaserne in Marsch gesetzt. Er begab sich dann selbst dorthin und veranlasste — während gleichzeitig Paks gegen die *Rosenborg* in Stellung gebracht wurden — den dänischen Kommandeur der Leibgarde, für die Einstellung des Feuers vom Turm der *Rosenborg* zu sorgen, was dann auch geschah. 6.15 Uhr wurde der letzte dänische Widerstand ausserhalb der Kaserne aufgegeben.

An eigenen Verlusten traten ein: 1 Toter (Chef der 2. Kompanie), 2 Verwundete (darunter 1 Offizier); auf dänischer Seite 2 Tote, 5 Verwundete. Gefangen wurden: 21 Offiziere, 227 Unteroffiziere und Mannschaften.

4. Zahlreiche Aufgaben hatte das durch 2./Wachtbataillon Kopenhagen, 1 Zug Inf.Pz.Jg.A.Kp. 6 und 2 Panzer der 25. Pz.Div. verstärkte *Gren.A.Btl. 37* unter Major *Randa* zu lösen, nämlich die Entwaffnung und Besetzung folgender Dienststellen und Truppenteile: Des Zeughauses, des Generalkommandos, des Krigsministeriums und der Art.Flak-Abtl. in Kopenhagen sowie des Neuen Zeughauses, der Festen Batterie, des

¹⁾ Fejlskrift for „Frederiksberg“?

Barackenlagers, der Schiessschule für Handwaffen, der Heeres-Flieger-Schule und der Art-Schiessschule auf Amager, ferner die Festnahme der im Entwaffnungsraum wohnenden dänischen Offiziere.

Mit der Besetzung des zusammenliegenden Gebäudeblocks, in dem sich der dänische Generalstab, das Kriegs- und Marineministerium befanden, war die 2./Gren.A.Btl. 37 beauftragt. Um 4.00 Uhr drang sie befehlsgemäss in das Gebäude ein. Ein dänischer Kapitän empfing den Kompaniechef, Oberleutnant Lorenz, am Eingang und geleitete ihn in den ersten Stock des Generalstabsgebäudes, wo die Masse der Generale und Generalstabs-offiziere versammelt war. Der hinzukommende Bataillonskommandeur eröffnete dem dienst-ältesten dänischen Offizier, Generalleutnant G ø r t z, dass in diesem Augenblick sämtliche dänischen Garnisonen durch deutsche Truppen besetzt würden, und forderte ihn auf, den Befehl zur Niederlegung der Waffen zu geben. Generalleutnant Gørtz bemerkte dazu, dass er einen derartigen Befehl bereits gegeben habe. Im übrigen bat er um eine Unterredung mit dem Herrn Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark. Dieser befahl, dass er zunächst ins Hotel d'Angleterre zu bringen sei. Kurz darauf erfolgte die Überführung der dänischen Generale und höheren Offiziere in dieses Hotel, wo hierfür bereits am 27.8. durch die Wehrmachtkommandantur Unterkunftsräume unter getarntem Vorwand bereitgestellt waren. Die übrigen Offiziere, Offizianten und Mannschaften wurden in die Ryvang-Kaserne gebracht.

Ausser Generalleutnant G ø r t z, der von Oberstleutnant L a p p eingeliefert wurde, wurden in das Hotel d'Angleterre gebracht: Die Generalmajore v o n S t e m a n n, R o l s t e d, L e s c h l y, B a r o n B i l l e - B r a h e, R a m m, H a n s e n, J a k o b s e n und F a l k i n g, die Admirale V e d e l und H a m m e r i c h, P r i n z A x e l, O b e r s t F r i i s, Oberstleutnant F r i i s und Orlogs-Kapitän M ø r c h. Major P r i n z S c h o e n a i c h - C a r o l a t h war mit ihrer Überwachung zuerst im Hotel d'Angleterre, später in Marienlyst bei Helsingør beauftragt. Die Offiziere verhielten sich durchaus korrekt, die Mehrzahl ablehnend. Sie verpflichteten sich auf Ehrenwort, in deutschem Gewahrsam zu verbleiben. (Schreiben des Befehlshabers an Generalleutnant Gørtz siehe Anlage XX).

Die Art. Flak-Abteilung in der Holbergsgade wurde von der 2./Wachbataillon Kopenhagen ohne nennenswerten Widerstand entwaffnet.

Das Neue Zeughaus und *die Feste Batterie* wurden durch je 1 Zug 4./Gren.A.Batl. 37 nach Brechen kurzen Widerstands entwaffnet und besetzt. Hierbei fielen 1 dänischer Posten und ein uniformierter Pförtner des Neuen Zeughauses, die noch auf kürzester Entfernung geschossen hatten, durch Handgranatenwurf im Kampf.

Stärkerer Widerstand war bei der Besetzung *des Barackenlagers der dänischen Art. Schule* auf dem Amagerfeld zu überwinden. Die Besatzung dieses Lagers hatte am Vortage eine Verstärkung von etwa 150 Mann bekommen, die in einem an das Barackenlager angrenzenden Zeltlager untergebracht waren und sich durch einen Rundum-Stacheldrahtzaun gesichert hatten. Gegen das Baracken- und Zeltlager war unter Führung des Chefs der 4./Gren.A.Btl. 37, Oberleutnant J ø r g e n s, eine gemischte Abteilung eingesetzt, bestehend aus je 1 Zug der 4./Gren.A.Btl. 37 und der 7./Pz.Gren.Rgt. 146 und 1 Panzer. Beim Antreten zur Umstellung des Lagers wurde durch die verstärkten dänischen Posten und Wachen sofort das Feuer eröffnet. Im Lauf des Gefechts wurden auf dänischer Seite auch Paks eingesetzt. Der Däne sass z. T. in den ausgebauten Geschützstellungen der dänischen Art.-Schiessschule und hielt die deutschen Angreifer unter nachhaltigem Feuer. Der Panzer, der in der Dunkelheit noch keine Beobachtungsmöglichkeit hatte, erhielt einen Paktreffer am Turm unmittelbar neben dem Geschützrohr. Da die Wegnahme des Lagers durch Überraschung nicht gelungen war und in der Dunkelheit die Gefahr bestand, dass sich die von verschiedenen Seiten gegen das Lager angesetzten Züge gegenseitig beschossen, verschob der Kompaniechef den nunmehr nötigen planmässigen Angriff auf 5.30 Uhr. Im Verlauf dieses Angriffs drangen 2 auf den Flügeln angesetzte deutsche Stoss-trupps in die dänische Stellung ein. Darauf gaben die Dänen den Widerstand auf und zeigten die weisse Flagge. Die Entwaffnung vollzog sich danach planmässig.

Ein Zug 3./Gren.Ausb.Abtl. 37 und 1 Zug Inf.Pz.A.Kp. 6 waren unter Führung von Leutnant P u s c h gegen *die Schiess-Schule für Handfeuerwaffen* angesetzt. Das Tor

war verschlossen. Die Fenster wurden daraufhin unter Pakfeuer genommen, das Tor wurde gesprengt. Stosstrupps drangen ein. Dann übergab der stellv. Leiter, ein Kapitän, die Schule. 2 Offiziere, 1 Offiziant und 31 Unteroffiziere und Mannschaften wurden entwaffnet und festgesetzt.

Gegen die *Kaserne der Heeres-Flieger-Schule* an der Prinsesse-Gade war die 3./Gren. A.Btl. 37 (ohne 1 Zug) angesetzt. Nach Sprengung des Kasernentores fielen von dänischer Seite mehrere Pistolenschüsse, die mit Handgranatenwurf erwidert wurden. Dabei wurde der dänische Kommandeur, Oberstleutnant L a s e n, schwer verwundet. In der Kaserne wurden 5 Offiziere, 5 Offizianten und etwa 50 Unteroffiziere und Mannschaften entwaffnet und festgesetzt.

Die Geschäftszimmer der *Artl.Schiess-Schule* wurden kampflös besetzt. Etwa 15 dänische Offiziere wurden in ihren Wohnungen festgenommen.

Das verstärkte Gren.A.Btl. 37 hat 10 Objekte entwaffnet, davon 5 nach Brechen mehr oder minder starken Widerstands. 6.30 Uhr hatte es alle Aufgaben gelöst.

An Verlusten hatten wir 6 Verwundete, die Dänen 3 Tote und 31 Verwundete. Die Gefangenen liessen sich nicht mehr genau feststellen, da sie z.T. sofort nach der Ryvang-Kaserne gebracht wurden.

5. Dem *Wehrmachtkommandanten Kopenhagen*, Oberstleutnant M a u f f, waren unterstellt: die Blindflugschule Kastrup der Luftwaffe (gegliedert in Stab und 2 Kompanien mit zusammen 450 Mann), alle Wachen und Posten ausserhalb geschlossener Verbände, die westlich des Hafens eingesetzten Teile der Marine und Luftwaffenflak (nur für den Kampf auf der Erde unterstellt), die Alarmeinheiten aller Dienststellen in Kopenhagen und die Notdienstverpflichteten. Die Gruppe Mauff hatte ausser der Sicherung der ständig bewachten Gebäude die Besetzung und Sicherung des Hauptbahnhofs, des Fernsprechamts 1, des Vestre Fængsel, des Rathauses, der Knippelsbro, der Langebro, der Christiansborg (Sitz der dänischen Regierung), der Amalienborg (derzeitige Residenz des dänischen Kronprinzen) und des Hotels d'Angleterre (wo die dänischen Generale festgesetzt werden sollten)¹⁾. Ferner hatte er das Stadtgebiet von Kopenhagen durch mot. Streifen zu überwachen und Sonderaufgaben zu lösen.

Da die Truppe, die das *Schloss Amalienborg* zu besetzen hatte, durch einen Irrtum um 4.00 Uhr noch nicht eingetroffen war, forderte Oberst A u g u s t, der einen Brief des Befehlshabers dem dänischen Kronprinzen zu übergeben hatte, kurzer Hand in Begleitung eines Unteroffiziers und 3 Mann die aus einem Oberleutnant und 40—50 Mann bestehende Schlosswache zur Übergabe auf. Die Dänen legten sofort die Waffen nieder. Oberst August begab sich dann in das Palais, wo er den Kronprinzen in einem Zivilanzug, an seinem Schreibtisch sitzend, antraf. Er war augenscheinlich auf die Ereignisse vorbereitet, nahm den Brief des Befehlshabers (Wortlaut siehe Anlage XXI) entgegen und verpflichtete sich, das Schloss nicht zu verlassen. Es wurde eine deutsche Ehrenwache gestellt.

Das *Stadtgebiet* einschliesslich der Aussenbezirke wurde ab 4.00 Uhr durch starke mot. Streifen unter Führung ortskundiger Feldgendarmen überwacht. Nennenswerte Beanstandungen ergaben sich bis zum Nachmittag nicht. Infolge des strömenden Regens waren die Strassen zunächst menschenleer.

Daneben hatte die Wehrmachtkommandantur noch folgende Sonderaufgaben durchzuführen:

- a) Festsetzung von 72 Offizieren in ihren Wohnungen.
Da der grösste Teil der Offiziere auf ihren Dienststellen war, wurden nur 35 in den Wohnungen angetroffen und festgesetzt. Die Aktion verlief reibungslos und war 6.30 Uhr beendet.
- b) Festnahme von 3 Geiseln.
- c) Gestellung von ortskundigen Führern und Dolmetschern für die Entwaffnungstruppen und deren Untereinheiten.

¹⁾ Her mangler formentlig ordene „zur Aufgabe“ ell. lign.

- d) Übernahme einer Anzahl Wachen (Unterkünfte der Norwegenurlauber usw.) vom Wachbataillon, da dieses für die Entwaffnungsaktion möglichst stark gemacht werden musste.
- e) Ankleben von etwa 500 Plakaten mit dem Befehl des Befehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark über den militärischen Ausnahmezustand (siehe Anlage XXII) durch 4 Klebekolonnen.

Diese Sonderaufgaben wurden im wesentlichen durch Notdienstpflichtige und unter Beteiligung von Volksdeutschen durchgeführt.

6.20 Uhr waren alle zu schützenden Objekte besetzt.

6. Der *Gruppe Amager* unter dem Kommandanten im Abschnitt der Kriegsmarine Dänische Inseln, Korvettenkapitän *Petersen*, bestehend aus Marineeinheiten auf Amager und Alarminheiten aller Dienststellen auf Amager, einschliesslich der Flugplätze, war ausser dem von Admiral Dänemark erteilten Auftrag zur Entwaffnung der dänischen Kriegsmarine die *Sicherung des Stadtgebiets von Amager* übertragen worden. Sie brauchte für den Standort nicht in Tätigkeit zu treten, da die auf Amager befindlichen dänischen Heeresdienststellen und Truppenteile, wie vorgesehen, durch das verstärkte Gren.A.Btl. 37, die dänische Kriegsmarine durch die deutsche Kriegsmarine entwaffnet wurden. Die Zivilbevölkerung in Amager blieb ruhig.

7. Der *Standortälteste Kopenhagen* hatte sich als *Gruppe der 25.Pz.Div.* die verfügbaren Teile dieser Division als Reserve zurückbehalten.

Um 7.00 Uhr hatte Generalmajor *Castorf* die Gewissheit, dass das Unternehmen in Kopenhagen geglückt und die Landeshauptstadt fest in deutscher Hand war. Nachdem auch der Kommandant im Abschnitt Kriegsmarine Dänische Inseln mitgeteilt hatte, dass die Entwaffnungsaktion der Kriegsmarine erfolgreich beendet sei, konnte er nunmehr in Kopenhagen freigewordene Kräfte dem Abschnitt Seeland zur Durchführung des 2. und 3. Zeitabschnitts zur Verfügung stellen.

7.45 Uhr erging an den Abschnittskommandeur Seeland durch Fernschreiben, an den Kommandeur des verstärkten Gren.A.Btl. 18 mündlich und schriftlich und an den Kommandeur des II./Pz.Gren.Rgt. 146 mündlich und schriftlich ein Divisionsbefehl, wonach dem Abschnitt Seeland zum Zeitabschnitt 2 für die Entwaffnung von Holbæk, Jægerspris und der Batterie Lynæs zur Verfügung gestellt und nach Roskilde zugeführt wurden:

Gruppe Hauptman *Kehl* (II./Pz.Gren.Rgt.146) mit Panzer-Grenadieren in Stärke von etwa 2/3 Bataillon, reichlich mit schweren Waffen ausgestattet, und 4 Panzern und

Gruppe Major *Albsmeier*, die aus dem Gren.A.Btl. 18, der III./Gren.A.Btl. 58 und der 1. und 2./Art.A.Abtl. 6 bestand.

Die Gruppe *Kehl* trat den motorisierten Marsch nach Roskilde etwa um 10.00 Uhr, die Gruppe *Albsmeier* um 11.15 Uhr an.

Später wurden in Kopenhagen von der Division laufend andere freiwerdende Kräfte aus den Entwaffnungsräumen herausgezogen und teils zur Besetzung der noch zusätzlich zu sichernden zahlreichen Objekte (Rüstungsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.) angesetzt, teils zur Verfügung der Division bereitgestellt. Auf sie wurde in den Nachmittagsstunden zurückgegriffen, als sich von etwa 16.00 Uhr ab auf dem Rathausplatz und den angrenzenden Hauptverkehrsstrassen Menschenansammlungen bildeten, die eine Räumung der Innenstadt erforderlich machten.

Im ganzen waren durch die unter dem Befehl des Standortältesten stehenden Truppenteile des Abschnitts Kopenhagen 18 dänische Kommandogebäude und Truppenunterkünfte entwaffnet worden, davon 11 nach Kämpfen. An zwei Stellen (Leibgarde-Kaserne am Kongens Have und Baracken- und Zeltlager auf Amager) hatte stärkerer Widerstand gebrochen werden müssen.

Ausser den ständig bewachten und den entwaffneten militärischen Gebäuden wurden im Laufe des 29.8.1943 noch weitere 30 Objekte besetzt. 121 Offiziere, 64 Offizianten und 1312 Unteroffiziere und Mannschaften, zusammen 1497 Soldaten des dänischen Heers, waren in Kopenhagen festgesetzt worden. Diese Zahl erhöhte sich noch in den nächsten Tagen.

Die Verluste in Kopenhagen betrugen: Deutsche 2 Tote, 9 Verwundete, Dänen 9 Tote, 38 Verwundete.

b) *Tätigkeit der Marine und der Luftwaffe*

Am 28.8.1943 nachmittags war beim Admiral Dänemark bekanntgeworden, dass die dänische Marine einviertelstündige Bereitschaft für ihre Schiffe angeordnet habe, so dass mit entsprechendem Widerstand gerechnet werden musste; das Überraschungsmoment zugunsten des Angreifers war dadurch entfallen.

Das Küstenpanzerschiff „Peder Skram“ und die in Kopenhagen liegenden Fahrzeuge hatten z.T. nur Wachkommandos an Bord. Dagegen waren die Kaserne und die Marineschule auf der Flottenstation voll belegt.

Planmässig um 4.00 Uhr lief die Aktion der Kriegsmarine gegen Orlogs-Werft und Flottenstation sowie Lynetten unter Mitwirkung des Seefliegerhorstes und eines mot.Zuges 8,8 cm Flak-Untergruppe Seeland, dieser aus Gegend Jagdklubpavillion, an. Es wurde wirkungsvolles Feuer gegen die Flottenstation, die Marineschule und das Panzerschiff „Peder Skram“ eröffnet. Gleich nach den ersten Schüssen sprengten die Dänen ihre im Hafenbecken der Flottenstation liegenden Fahrzeuge und versenkten sie oder setzten sie dadurch auf Grund. Der langsame Feuerwechsel auf beiden Seiten hielt bis 6.00 Uhr an, dann kapitulierten die Orlogs-Werft und Lynetten. Auch auf zwei in das Hafenbecken einlaufende Boote der Hafenschutzflottille wurde sowohl von Land als auch von einem Eisbrecher aus lebhaftes Feuer abgegeben, das erwidert wurde.

Um 6.00 Uhr starteten, wie befohlen, von der Schiess-Schule Verløse (Kommandeur Hauptmann L e u t z e) 2 Ju 88, 2 Ju 87, 1 He 111, 1 Do 217, sowie 2 Me 110, 1 Me 109 und 1 FW 190; ausser ihren Bordwaffen führten sie insgesamt 16 Sprengbomben zu 215 kg und 10 zu 50 kg mit sich. Bis etwa 7 Uhr flogen sie im Tiefflug von Süden nach Norden über der Marineschule, dem „Peder Skram“ und der Flottenstation, wobei ihre Bombenladung klar erkennbar war. Vor allem durch diese Demonstration wurde die Flottenstation zur Übergabe gezwungen, der der Kommandant unter Protest nachkam. Während der Besetzung wurde jedoch aus der Arrestanstalt geschossen; binnen kurzem war auch dieser Widerstand gebrochen.

Verluste: 1 Schwerverwundeter bei M.A. 508, 1 Toter, 2 Schwer- und 4 Leichtverwundete bei der Hafen-Sicherungs-Flottille und 1 Leichtverwundeter bei der 19. Vorposten-Flottille.

2. Seeland (ausser Kopenhagen) und Laaland

a) *Tätigkeit des Abschnittskommandeurs Seeland*

Oberst A y r e r, Kommandeur des Gren.Ers.Rgt. 6, hatte die dänischen Truppen im Abschnitt Seeland (ausser Kopenhagen) zu entwaffnen und im gleichen Raum den militärischen Ausnahmezustand durchzuführen.

Die Entwaffnung hatte in 3 Zeitabschnitten zu erfolgen, nämlich im

1. Zeitabschnitt diejenige der dänischen Garnisonen Roskilde, Ringsted, Vordingborg, Slagelse und Næstved, im
2. Zeitabschnitt diejenige der dänischen Garnisonen Holbæk, Aalholm und Berritsgaard (diese beiden auf Laaland), im
3. Zeitabschnitt diejenigen der dänischen Marinebatterie Lynæs und der dänischen Truppen auf dem Übungsplatz Jægerspris.

Nach Abschluss der Entwaffnung in Kopenhagen sollten ihm freiwerdende Truppen zur Durchführung des 2. Zeitabschnitts zur Verfügung gestellt werden.

Nach Durchführung der Entwaffnung waren die befohlenen Massnahmen für den militärischen Ausnahmezustand unverzüglich zu treffen und in den entwaffneten Garnisonen ausreichende Besatzungen zurückzulassen. Die Entwaffnung hatte dabei stets den Vorrang vor dem Objektschutz.

Zur Verfügung stehende Truppen siehe Anlage XII, dänische Truppen Anlage IX.

1. Zeitabschnitt

In *Roskilde* waren der Stab des dänischen Inf.Rgt. 4 und 3 Bataillonsstäbe zu entwaffnen, die dort wohnenden Offiziere festzunehmen, die öffentlichen Gebäude zu besetzen und das Stadtgebiet zu überwachen. Die 2./Gren.A.Bt. 58 drang unter Hauptmann *Peithmann* nach Überrumpelung der Wachen kampflos in die Unterkünfte ein, wo sich die im Schlaf überraschten Dänen ohne Widerstand entwaffnen liessen.

In *Ringsted*, wo die Stäbe der 4. und 11./2.Feldartillerie-Regiments lagen, übergaben die in ihren Wohnungen festgenommenen Kommandeure Major *Heber*, der über Stab/Art.A.Abtl. 6 und Nachr.A.Staffel 6 verfügte, nach Aufforderung ihre inzwischen von deutschen Soldaten umstellten Dienstgebäude.

Oberleutnant *Böckel* hatte mit der 1./Gren.A.Btl. 202 in *Vordingborg* einen Regiments- und drei Bataillonsstäbe auszuheben und die Brücken über den *Masned Sund* und *Storstrom* zu sichern. Beides gelang reibungslos.

Mit der Entwaffnung der in *Slagelse* anwesenden dänischen Soldaten des 14./5. Rgts. war Hauptmann *Kampmann* mit der A.Kp.f.Inf.Rt.Zg. 6 (ohne 1 Zug) beauftragt; ausserdem hatte er die von *Slagelse* und *Sorø* nach Norden und Nordwesten führenden Strassen gegen etwa von *Holbæk* nach Süden vordringenden Gegner zu sichern. Durch schnelles Zufassen konnte einem anscheinend beabsichtigten Widerstandsversuch vorgebeugt werden.

An Gefangenen wurden eingebracht:

Roskilde	7 Offiziere,	8 Offizianten,	72 Uffz.u.Mannsch.
Ringsted	7 — ,	11 — ,	22 — —
Vordingborg	5 — ,	15 — ,	10 — —
Slagelse	4 — ,	4 — ,	13 — —

Auf beiden Seiten traten keine Verluste ein.

Die Führung der Entwaffnungsaktion in *Næstved* hatte der Abschnittskommandeur, Oberst *Ayrer*, selbst übernommen und dazu 2 Gruppen gebildet.

Die 1. Gruppe unter Major *von Oertzen* (Gren.A.Bt. 202 [ohne 1.7], verstärkt durch 2 Pak 3,7 cm und 2 le.Inf.G.) hatte die dänische Besatzung der Gardehusaren-Kaserne zu entwaffnen und die im Entwaffnungsraum wohnenden Offiziere festzunehmen.

Die 2. Gruppe unter Major *Hartmann*, bestehend aus dem Gren.A.Btl. 58 (ohne 2. und 3.), verstärkt durch 1 Pak 5cm und 1 le. I.G., war beauftragt, die dänische Besatzung der Staatskaserne zu entwaffnen und die im Entwaffnungsraum wohnenden Offiziere festzunehmen.

Als Reserve hatte sich der Regimentskommandeur die 3./Art.A.Abtl. 6 und 1 Zug A.Kp. f.Inf.Rt.Zg. 6 zurückbehalten.

Die von *Vordingborg* herangefahrene Gruppe *Oertzen* war mit etwa der Hälfte — die andere Hälfte rollte als 2. Transportrate noch auf der Landstrasse und kam erst gegen 4.30 an — bis 3.45 Uhr in der Nähe des befohlenen Bereitstellungsraums eingetroffen. Das Einnehmen der Bereitstellung in dem hierfür vorgesehenen Wald ostw. der Husaren-Kaserne führte bei der völligen Dunkelheit zu vielen Reibungen. Es bestand Gefahr, dass die jungen Rekruten im Walde verlorengingen oder sich später selbst beschossen.

Von der Gruppe *Hartmann* waren infolge der vielen Kraftfahrzeug-Ausfälle und Stockungen während der Anfahrts bis 4.00 Uhr nur Teile eingetroffen.

Die Batterie hatte in der Dunkelheit Schwierigkeit, in Feuerstellung zu kommen.

Unter diesen Umständen entschloss sich der Abschnittskommandeur, die E-Zeit um 1 Stunde bis zur beginnenden Dämmerung zu verschieben.

5.00 Uhr trat die Gruppe *Oertzen* aus ihrem Bereitstellungsraum zur Entwaffnung der Husaren-Kaserne an. Sie erhielt Feuer von in Stellung gegangenen dänischen Schützen. Von deutscher Seite wurde der Feuerkampf aufgenommen. Der Bataillonskommandeur entschloss sich zum sofortigen Einsatz der schweren Waffen (Granatwerfer und Pak). Nach deren Feuereröffnung zeigte etwa 5.15 Uhr die Besatzung der Husarenkaserne die weisse Flagge. Die Kaserne wurde durch den dänischen Kommandeur, Oberstleutnant *Fog*, übergeben. Dieser teilte dann auf Aufforderung hin der Besatzung der Staatskaserne seine Kapitulation mit.

Die auf die Staatskaserne angesetzte Gruppe Hartmann war zu dieser Zeit bis an ihr Entwaffnungsobjekt herangekommen. Sie brauchte nicht mehr mit Waffengewalt einzugreifen. Die Staatskaserne kapitulierte auf die Nachricht von der Waffenstreckung der Husaren-Kaserne ebenfalls. Besetzung und Entwaffnung erfolgten dann auch hier reibungslos.

6.30 Uhr war die Entwaffnung von Næstved und damit auch der 1. Zeitabschnitt des Unternehmens in Seeland abgeschlossen.

Die Verluste beliefen sich auf 10 deutsche Verwundete, darunter 1 Offizier, 2 dänische Tote und 5 Verwundete.

An Gefangenen wurden eingebracht: 108 Offiziere, 70 Offizianten, 644 Unteroffiziere und Mannschaften.

Nach Durchführung der Entwaffnung wurden zu Lösung des 2. Zeitabschnitts vom Abschnittskommandeur in Marsch gesetzt: Gruppe Hartmann zunächst nach Roskilde, Gruppe Oertzen nach Vordingborg und die 3./Art.A.Abt. 6 über Ringsted in Richtung Holbæk nach Kvanløse. Die 1./Gren.A.Btl. 58 und der A.Kp.f.Inf.Rt.Zg. 6 wurden als Besatzung in Næstved belassen und mit der Bewachung der festgesetzten dänischen Soldaten, der Erfassung der Bestände und der Durchführung des militärischen Ausnahmezustands in dieser Stadt beauftragt.

Oberst Ayres verließ gegen 9.00 Uhr Næstved und begab sich über Ringsted nach Roskilde.

Über das Verhalten der Garnison Næstved teilt der dänische Bericht (dänisches Kriegsministerium an General Gørtz) mit:

Am 28.8.1943 nachmittags wurden die Truppen in der Garde-Husaren- und Grønnegade-Kaserne mit den erforderlichen Posten in Alarmzustand versetzt, und zwar so, dass einige Truppen vollkommen kampfbereit waren. Die Posten wurden wesentlich verstärkt, Streifwachen um die Kasernen herum eingesetzt.

Um 23.00 Uhr meldete ein Premierleutnant, der im Wagen von Vordingborg kam, die deutschen Truppen hätten Zivilwagen requiriert und anscheinend die Stadt verlassen. Auf dem Wege Vordingborg—Næstved seien keine deutschen Kräfte beobachtet worden.

Am 29.8.1943, 3.00 Uhr, stellte eine Patrouille keinen Gegner fest.

4.05 Uhr teilte der Chef der Seeländischen Division mit, die Deutschen seien zum Angriff auf einige Kasernen in Kopenhagen übergegangen.

4.45 Uhr eröffneten die Deutschen kräftiges Feuer aus schweren Geschützen, Maschinengewehren und Granatwerfern gegen die Kasernen. Der Kampf wurde fortgesetzt.

5.20 Uhr entschloss man sich, in Übereinstimmung mit den Befehlen den Kampf einzustellen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

2. und 3. Zeitabschnitt in Nord-Seeland

Oberst Ayres traf gegen 11.00 Uhr in Roskilde ein. Hier meldete sich der Führer der inzwischen dort angekommenen mot. Gruppe Hauptmann Kehl bei ihm. Die anderen für das Vorgehen in Nord-Seeland bestimmten Truppenteile, Gruppe Gren.A.Btl. 58 und Gruppe Gren.A.Btl. 18, trafen mit den Anfängen bis 13.30 Uhr in Roskilde ein. Es standen also jetzt ausreichend Kräfte für das Unternehmen gegen Holbæk bereit.

Nach den in Roskilde, Ringsted, Slagelse, Vordingborg und Næstved gemachten Erfahrungen und der Nachricht von dem Gelingen des Unternehmens in Kopenhagen hatte der Abschnittskommandeur jedoch die Überzeugung gewonnen, dass von der dänischen Führung der Befehl an ihre Truppen gegeben sei, keinen Widerstand zu leisten, und dass das kurze Gefecht an der Husaren-Kaserne in Næstved nur auf Missverständnisse oder Ungehorsam unterer dänischer Führung zurückzuführen sei. Er glaubte daher, das Ziel schneller und einfacher durch Verhandlungen zu erreichen, umso mehr als das Überraschungsmoment beim 2. Zeitabschnitt ohnehin ausfiel. Er rief die dänischen Kommandeure in Holbæk, Jægerspris und Lymøse fernmündlich an. Diese erklärten sich bis 13.30 Uhr grundsätzlich zur Übergabe bereit und erbaten in höflicher Form den Besuch des Abschnittskommandeurs. Der Kommandeur des dänischen Artillerie-Regiments und Garnisonältester in Holbæk, Oberst Raaby, teilte dabei noch mit, dass eine Batterie seines Regiments entgegen seinem Befehl abgerückt sei.

Danach setzte Oberst Ayser die sich gerade zur Hand befindenden mot. Verbände unverzüglich in Marsch, und zwar die verlastete 4./Gren.A.Btl. 58 nach Holbæk, die 3./Gren.A.Btl. 58 (ohne 1 Zug), verstärkt durch 1 Pakzug und 2 Panzer, nach Lynæs und 1 Zug 3./Gren.A.Btl. 58 nach Jægerspris zur Entwaffnung der dortigen dänischen Garnisonen.

Die Gruppe Hauptmann Kehl erhielt den Auftrag, zur Verfolgung der aus Holbæk entkommenen dänischen Batterie, die in westlicher Richtung abgefahren sein sollte, bis Knabstrup (12 km südwestl. Holbæk) vorzufahren, dort das Gut des dänischen Obersten Lunn nach der Batterie zu durchsuchen (Oberst Lunn war dem Abschnittskommandeur als Führer deutschfeindlicher Kreise bekannt) und dort zur Verfügung des Abschnittskommandeurs zu verbleiben. Die dänische Batterie wurde, auch von ausgesandten Spähtruppen, nicht gefunden. Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei der entwichenen dänischen Batterie nur um die Mannschaften; die Geschütze wurden in Holbæk vorgefunden.

Der Abschnittskommandeur fuhr seiner Truppe nach Holbæk voraus und vereinbarte dort mit dem dänischen Kommandeur die Übergabe. Anschliessend geschah das Gleiche in Lynæs. Jægerspris wurde an den dorthin vorausgefahrenen Kommandeur der Gruppe Gren.A.Btl. 18 übergeben.

Bald nach dem Eintreffen der Kommandeure erreichten auch die dorthin in Marsch gesetzten Truppenteile die ihnen zugewiesenen dänischen Garnisonen und führten die Entwaffnung reibungslos durch. Sie war in Holbæk um 17.15 Uhr, in Jægerspris um 17.30 Uhr und in Lynæs um 19.15 Uhr beendet.

Gefangene:

Holbæk	40 Offiziere, 63 Offizianten, 813 Uffz.u.Mannsch.
Jægerspris	3 — , 3 — , 38 — —
Lynæs	5 — , — — , 122 — —
Zusammen:	48 Offiziere, 66 Offizianten, 973 Uffz.u.Mannsch.

Die zur Besetzung der dänischen Garnisonen nicht benötigten Truppen wurden nach Abschluss der Entwaffnung in ihre Standorte entlassen.

Aus nachträglichen dänischen Berichten geht hervor, dass die Garnison *Holbæk* auf die Unternehmung vorbereitet war. Sie hatte bereits am 28.8.1943 nachmittags ihre Truppen bereitgestellt und das Kasernengelände zur Abwehr vorbereitet. Am 29.8.1943, 4.10 Uhr, wurde auf Nachricht hin, die Deutschen seien zum Angriff auf die Kasernen in Kopenhagen vorgegangen, alarmiert und die Kaserne zur Abwehr belegt. Um 5.30 Uhr wurde im Vorgelände eine Verteidigungsstellung eingenommen; ausserdem wurden an die Wehrpflichtigen in Holbæk und Umgebung besondere Einberufungen gesandt; etwa 20 Mann wurden noch eingekleidet. Der Amtmann rief um 7.20 Uhr beim Kommandanten von Holbæk an, die Bürger der Stadt könnten keinen Nutzen darin sehen, sich zur Wehr zu setzen, und sie bäten deshalb den Obersten, dies zu unterlassen. Dieser lehnte jedoch den Antrag ab. Erst als zwischen 8.10 Uhr und 8.30 Uhr dem Obersten schriftlich und durch Rundfunk der durch Justizminister Thune Jacobsen herausgegebene Aufruf des deutschen Oberkommandos bekannt wurde, entschloss er sich, von einem etwaigen Widerstand, der unberechtigte Opfer von den Dänen fordern würde, abzusehen.

2. Zeitabschnitt auf Laaland

Das verstärkte Gren.A.Btl. 202 erreichte, von Næstved kommend, 16.15 Uhr Vordingborg. Es trat am 30.8.1943, 4.00 Uhr, den Vormarsch an und zwar mit Gruppe Oertzen (3. und $\frac{1}{2}$ 4./Gren.A.Btl. 202) unter Führung des Bataillonskommandeurs auf *Berritsgaard*, (Eintreffen dort 7.11 Uhr) und mit Gruppe Bockhahn (Rest der Gruppe Oertzen) unter Führung des Bataillonsadjutanten auf *Aalholm* (Eintreffen dort 6.30 Uhr).

Die bei Berritsgaard und Aalholm sich befindenden dänischen Lager waren befestigt (Sperrn, Flandern-Zäune, Schützengraben und Schützenlöcher) und durch Posten gesichert. Dänische Kradspähtruppen hatten den deutschen Anmarsch gemeldet. Beim Eintreffen der deutschen Truppen schienen die Dänen, besonders die jüngeren Offiziere, zunächst Widerstand leisten zu wollen. Die Unmöglichkeit einer Fernsprechverbindung

mit Kopenhagen, Einwirkung von vom Grenadier-A.Btl. 202 aus Næstved mitgenommenen dänischen Offizieren und die Ankündigung des Majors von Oertzen, die dänischen Lager im Falle der Verweigerung der Übergabe mit Artillerie zusammenzuschossen, bewogen dann die dänischen Kommandeure zur Übergabe. 10.00 Uhr war die Entwaffnung abgeschlossen.

Gefangene: 10 Offiziere, 160 Unteroffiziere und Mannschaften.

Zusammenfassung

Die für den 1. Zeitabschnitt befohlene Entwaffnung von 6 Objekten in 5 dänischen Garnisonen war 6.30 Uhr beendet. Im 2. und 3. Zeitabschnitt waren in Nord-Seeland 4 weitere Objekte in 3 Garnisonen bis zum 29.8.1943, 19.15 Uhr, entwaffnet, auf Laaland 2 weitere Objekte bis zum 30.8.1943, 10.00 Uhr.

Im ganzen hat der Abschnitt Seeland 12 Objekte in 10 z.T. räumlich sehr weit auseinanderliegenden dänischen Garnisonen entwaffnet. Die grossen Entfernungen und die Improvisation der Motorisierung erschwerten das Unternehmen erheblich für Führung und Truppe. Der Abschnittskommandeur hat die ihm gestellten Aufgaben trotz aller Schwierigkeiten gelöst.

Gekämpft wurde im Abschnitt Seeland nur an einer Stelle: an der Husarenkaserne in Næstved. Im übrigen erreichten der Abschnittskommandeur und seine Unterführer das befohlene Ziel im wesentlichen durch erfolgreiche Verhandlungen mit den dänischen Kommandostellen. Die blutigen Verluste sind daher auf beiden Seiten auch nur gering. Sie betragen: Auf deutscher Seite 10 Verwundete, auf dänischer 2 Tote, 5 Verwundete.

Die Zahl der festgesetzten Dänen ist beträchtlich: 189 Offiziere, 174 Offizianten, 1894 Unteroffiziere und Mannschaften — 2257 dänische Soldaten. Durch weiteren Anfall erhöhte sich die Gefangenenzahl in den nächsten Tagen noch weiter. Zahlreiche Waffen und Kriegsmaterial wurden sichergestellt.

b) Tätigkeit der Marine und Luftwaffe (einschl. Fünen und Jütland)

Aufklärungskräfte der Blindflugschule Kastrup (Stellv. Kommandeur Hptm. T u s c h), die zur Feststellung des Standorts des Küstenpanzerschiffs „Niels Juel“ im Isefjord eingesetzt waren, beobachteten, dass das Schiff vor Holbæk vor Anker lag. Am 7.15 Uhr meldeten sie: „„Niels Juel“ hat Dampf aufgemacht, am Bug und Heck je eine Pinasse, anscheinend, um das Schiff vom Ankerplatz freizuholen. Fühlungshalter bleibt am Schiff.“ 8.10 Uhr ging beim General der Luftwaffe die Meldung ein: „Panzerschiff „Niels Juel“ in hoher Fahrt in Richtung Ausgang des Isefjords“, und 8.45 Uhr: „Schiff in hoher Fahrt in Höhe Nykøbing.“ Der Admiral Dänemark wurde darüber jeweils orientiert und ihm mitgeteilt, dass die von Kopenhagen zurückgekehrten Bomber der Schiess-Schule auf Abruf für Einsatz gegen „Niels Juel“ bereitstünden.

Nunmehr wurde der Befehl an die Schiess-Schule gegeben, den „Niels Juel“ mit allen verfügbaren Bomben anzugreifen. Um 9.00 Uhr starteten 2 Bomber nach dem Isefjord. Zu dieser Zeit meldete der Fühlungshalter: „Schiff hat den Ausgang des Isefjords passiert, will anscheinend nach Schweden ausbrechen.“ Bereits 10 Minuten später lief beim General der Luftwaffe von der Küstenwache Hundested die Meldung ein: „Schwere Bombeneinschläge dicht am den in voller Fahrt befindlichen Schiff. Schiff stoppt.“ 9.20 Uhr Meldung des Fühlungshalters: „Schiff geht in langsamer Fahrt auf Gegenkurs.“ Um 9.35 Uhr lief der „Niels Juel“ wieder in den Isefjord mit südwestlichem Kurs ein und ging in der Bucht von Nykøbing anscheinend vor Anker.

Der Chef der dänischen Marine, Admiral V e d e l, war 7.30 Uhr im Stabsquartier des Admirals Dänemark eingetroffen. Er wurde ersucht, an „Niels Juel“ den Befehl zu geben, jeden weiteren Widerstand einzustellen. Dieser Befehl kam jedoch mit F.T. nicht durch. Es wurde daher eine B.V. 138 mit einem deutschen und einem dänischen Marineoffizier zum „Niels Juel“ entsandt, um den schriftlichen Befehl des dänischen Admirals zu überbringen, das Schiff solle unter deutschem Geleit nach Kopenhagen einlaufen. Das

Flugzeug wasserte in der Nähe des Panzerschiffs; der Befehl wurde anscheinend mit grossem Widerstreben befolgt. Allein als das Schiff um 14.00 Uhr noch immer still lag, wurde erneut ein dänischer Offizier mit einem Admiralstabsoffizier des Admirals Dänemark im Flugzeug zu ihm entsandt. Dieser brachte die Meldung zurück, das Schiff habe infolge einer in seiner Nähe eingeschlagene Bombe Wassereinbruch gehabt, mehrere Leute der Besatzung seien durch Bordwaffenbeschuss verwundet worden, und das Schiff habe sich mit 16 sm Fahrt auf Grund gesetzt. Die Küstenergänzungsstaffel vom Seefliegerhorst (Hauptmann S c h ü t t) wurde auf Befehl des Generals der Luftwaffe von 8—17 Uhr zur ständigen Kontrolle der Schifffahrt im Øresund von Kopenhagen bis Helsingør eingesetzt, hat mehrfach durch Bordwaffenbeschuss dänische Schiffe und Boote, die anscheinend nach Schweden ausbrechen wollten, zurückgejagt. Trotzdem ist ein kleines dänisches Torpedoboot, das bis dahin die Schifffahrtskontrolle südlich Helsingør bis in die Gegend der schwedischen Insel Ven ausübte, in dem diesigen Wetter nach Landskrona in Schweden entkommen.

Die im Grossen Belt und in den Gewässern südlich Seeland und Fünen stehenden Fahrzeuge wurden im Verlauf des 29. durch die Seestreitkräfte des Befehlshabers der Sicherung der Ostsee aufgebracht oder übernommen. Der Eingang zum Isefjord, die in Kalundborg liegenden dänischen Kriegsfahrzeuge, die Gewässer südlich Fünen und Seeland wurden durch diese Kräfte, die den Sund bewachten, besetzt. Das Schulschiff „Hvid Bjørnen“ versenkte sich bei Vengeance-Grund selbst.

In den Häfen Kalundborg, Korsør, Nyborg (Fünen), Horsens und Mariager (Jütland) konnte die Besetzung der Schiffe so überraschend durchgeführt werden, dass eine Versenkung der Fahrzeuge verhindert wurde.

3. F ü n e n

Die Entwaffnung der dänischen Truppen im Abschnitt Fünen und die Durchführung des militärischen Ausnahmezustands hatten in 2 Zeitabschnitten zu erfolgen. Es waren zu entwaffnen im

1. Zeitabschnitt: Die Garnisonen Odense, Nyborg, Ringe, Svendborg, Hvidkilde und Faaborg, anschliessend an die drei letztgenannten Orte die dänischen Kriegsschiffseinheiten in den Häfen Svendborg und Faaborg, im
2. Zeitabschnitt: Die Garnisonen Kerteminde, Ulriksholm und Assens.

An Truppen standen dem Abschnittskommandeur, Oberstleutnant W e i s s, Kommandeur des Gren.Ers.Rgt. 86, zur Verfügung: Stab/Gren.Ers.Rgt. 86, Gren.A.Btl. 167, Gren.A.Btl. 184, Inf.Nachr.A.Kp. 86, und 1 Geschütz (2 cm) der 4./le.Flak-Abtl. 836.

In *Odense* waren angesetzt: Auf die Albani-Kaserne die 3./Gren.A.Btl. 167, verstärkt durch $\frac{1}{2}$ 4./Gren.Btl. 167 und 1 Geschütz der 4./le. Flak-Abtl. 836 unter Hauptmann T r a p p m a n n, auf das dänische Munitionslager Fruens-Bøge bei Odense 1 Zug Inf. Nachr.A.Kp. 86, zur Festnahme dänischer Offiziere und zum Objektschutz Inf.Nachr. A.Kp. 86 (ohne 1 Zug).

Die Albani-Kaserne wurde durch die verstärkte 3./Gren.A.Btl. 167 nach Flakbeschuss durch geballte Ladungen aufgebrochen. Unter Feuerschutz drangen Stosstrupps ein. Die dänische Kasernenbesatzung, die durch die schlagartige deutsche Feuereröffnung überrascht und sichtlich beeindruckt war, schoss nur wenig. Kurz nach Angriffsbeginn wurde der inzwischen in der Stadt festgenommene Kommandeur des dänischen Infanterie-Regiments 6 dem Führer der Kampfgruppe vorgeführt. Er sicherte bedingungslose Übergabe der Kaserne zu. Darauf wurde deutscherseits durch vereinbarte Leuchtzeichen Einstellung des Feuers und Anhalten der Stosstrupps befohlen. Der dänische Oberst gab seinen Truppen den Befehl, die Waffen zu strecken. Die Entwaffnung vollzog sich dann reibungslos und war 5.00 Uhr beendet.

Der auf das dänische Munitionslager Fruens-Bøge angesetzte Zug der Inf.Nachr. A.Kp. 86 wurde von der dänischen Lagerwache mit Feuer empfangen. Nach Sprengung des Drahthindernisses und geschlossenem Handgranatenwurf kapitulierte die dänische Wache. Ihr Führer, ein Offizier, übergab das Lager.

An eigenen Verlusten hatten wir in Odense 1 Toten, 1 Verwundeten, die Dänen 1 Toten, 2 Verwundete.

Gefangen wurden: 29 Offiziere, 25 Offizianten, 204 Unteroffiziere und Mannschaften (darunter 1 General).

Die Festnahme der in ihren Wohnungen angetroffenen dänischen Offiziere durch hierzu eingeteilte Kommandos der Inf.Nachr.A.Kp. 86 erfolgte im wesentlichen ohne Zwischenfälle. Der Kommandeur der Jütländischen Division, Generalleutnant Knudtzon, befand sich nicht in seiner Wohnung. Er wurde auf seiner Dienststelle festgenommen und zusammen mit den wichtigsten Offizieren seines Stabes 4.45 Uhr dem Abschnittskommandeur zugeführt.

Generalleutnant Knudtzon war über die Ereignisse bestürzt und protestierte gegen das deutsche Vorgehen. Durch den inzwischen vorgeführten Kommandeur des dänischen Inf.Rgt. 6 und den ebenfalls herangeholten Polizeibevollmächtigten erfuhr er von der Waffenstreckung der Albani-Kaserne und der Anordnung der Polizeileitung in Kopenhagen zur Unterstellung der dänischen Polizei unter die deutsche Wehrmacht und wurde schwankend. Nachdem er durch den Abschnittskommandeur auch noch die Besetzung des dänischen Munitionslagers Fruens-Bøge und die Kapitulation der dänischen Garnison Nyborg erfahren hatte, verlangte er eine Fernsprechverbindung zu seinem Kommandierenden General. Dies wurde abgelehnt. Generalleutnant Knudtzon erklärte sich darauf nach Beratung mit den Offizieren seines Stabes zögernd grundsätzlich zur Übergabe bereit, versuchte aber, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Der Abschnittskommandeur bestand auf sofortiger bedingungsloser Unterwerfung durch einen klaren Befehl an die dänischen Einheiten. Der dänische Divisionskommandeur erhob viele Einwendungen und war zunächst nicht zu dem von ihm verlangten eindeutigen Befehl zu bewegen. Der Abschnittskommandeur legte hierauf aber besonderen Wert, da ihm gemeldet worden war, dass der dänische Regimentskommandeur in Kerteminde, das erst im 2. Abschnitt des Unternehmens entwaffnet werden konnte, seine Waffen beiseitebringen und der Kommandeur des dänischen Kavallerie-Regiments in Svendborg, Oberstleutnant Gundelach, sich überhaupt einer Entwaffnung widersetzen wollte, und dass das Gren.A.Btl. 184 infolge Verzögerung des Antransports die ihm zugewiesenen Entwaffnungsorte noch gar nicht oder nur mit unzureichenden Teilen erreicht hatte. Endlich gelang es, den dänischen General dazu zu bringen, den von ihm verlangten Befehl zu erteilen. Um 7.00 Uhr befahl er seinen Truppen, sich beim Erscheinen organisierter deutscher Truppen ohne Widerstand von diesen entwaffnen zu lassen.

Major Mohr hatte mit dem Gren.A.Btl. 167 (ohne 3., 4., $\frac{1}{3}$ 2.) die Garnison *Nyborg* zu entwaffnen.

Es waren angesetzt:

1./Gren.A.Btl. 167 auf das Strandhotel, das dem Stab des dänischen Inf.Rgt. 3 und der Masse der dänischen Garnison als Unterkunft diente.

2./Gren.A.Btl. 167 (ohne 1 Zug) auf das Wanderheim, der Unterkunft des kleineren Teils der dänischen Garnison.

4.30 Uhr waren die beiden Angriffsobjekte umstellt. Gleichzeitig begann der Angriff. Die Dänen setzten sich in beiden durch Drahthindernisse gesicherten Unterkünften zur Wehr. Ihr Widerstand musste im Kampf gebrochen werden, in die Hindernisse mussten Gassen gesprengt werden.

Das Wanderheim wurde 4.45 Uhr genommen.

Das Strandhotel, in dem sich der dänische Regimentskommandeur, 2 Bataillonskommandeure und die Masse der Offiziere befanden, leistete länger Widerstand. Einem von der Ostseite her angesetzten Stosstrupp gelang es zuerst, in die dänische Truppenunterkunft einzudringen. Ein gleichzeitig von der Nordseite her angreifender Stosstrupp vermochte erst nach längerem Kampf einzubrechen. Auch nach Gefangennahme des dänischen Regimentskommandeurs und der Masse der Offiziere wehrten sich die Dänen unter Führung von Offizieren und Offizianten noch hartnäckig. Ihr Widerstand musste im Kampf gebrochen werden. 5.45 Uhr war das Strandhotel in deutscher Hand.

Die Entwaffnung der 5 Fahrzeuge der dänischen Kriegsmarine durch die Hafenschutzflottille *Slipshavn* wurde durch einen Stosstrupp der 1./Gren.A.Btl. 167 und 1 Zug le.Flak 3./z.b.V. Vordingborg unterstützt. Dadurch gelang es, die dänischen Fahrzeuge unbeschädigt in die Hand zu bekommen.

Während des Angriffs auf die dänischen Truppenunterkünfte übernahmen die Alarmeinheiten die Sicherung des Standorts.

An Gefangenen wurden in Nyborg eingebracht:

Dän. Heer:	20 Offz.,	29 Offizianten,	248 Uffz. u. Mannsch.,
— Marine:	5 — ,	— — ,	33 — —
zusammen: 25 Offz., 29 Offizianten, 281 Uffz. u. Mannsch.			

Die Verluste betrugen:

eigene:	1 Toter,	33 Verwundete,
dänische:	4 Tote,	9 Verwundete.

Nach Abschluss der Entwaffnung in Nyborg wurde die 2./Gren.A.Btl. 167 als Besatzung des Standorts mit der Durchführung der Massnahmen des militärischen Ausnahmezustandes beauftragt.

Die 1./Gren.A.Btl. 167 wurde 9.45 Uhr nach Kerteminde in Marsch gesetzt, um dort die Entwaffnung im 2. Zeitabschnitt durchzuführen.

Die auf *Ringe* angesetzte Kampfgruppe ($\frac{1}{2}$ 4. und $\frac{1}{3}$ 2./Gren.A.Btl. 167) unter dem Chef der 4., Oberleutnant *Wolters*, erreichte zeitgerecht nur mit etwa der Hälfte der Kräfte ihren Bestimmungsort, da der von Nyborg aus in Marsch gesetzte Zug der 2./Gren.A.Btl. 167 infolge Kraftwagenunfall in der dunklen Nacht erst verspätet eintraf. Oberleutnant *Wolters* entschloss sich, nicht auf die ungewisse Ankunft des Schützenzuges aus Nyborg zu warten, sondern mit den Teilen seiner 4.(M.G.) Kp. allein zur befohlenen E-Zeit den Auftrag durchzuführen. Unter Feuerschutz durch schwere M.G. und Abriegelung durch eine Gruppe im Rücken des Lagers drangen 2 Stossgruppen überraschend in das dänische Zeltlager ein. Die dänische Wache schoss, das Lager wurde alarmiert. In dem nun einsetzenden Feuerkampf wurde der Führer der Kampfgruppe, Oberleutnant *Wolters*, schwer verwundet. Leutnant *Fliescher* übernahm die Führung. Während einer Feuerpause erschien dann ein dänischer Offizier und bot die Übergabe an. Unter Einsatz des inzwischen eingetroffenen Schützenzuges aus Nyborg wurde das Lager von allen Seiten umstellt und bis 9.00 Uhr entwaffnet.

6 Offiziere, 9 Offizianten, 153 Unteroffiziere und Mannschaften wurden festgesetzt.

Die Verluste betrugen 6 deutsche Verwundete (darunter 1 Offizier), während die Dänen keine Verluste hatten.

Der dänische Bericht enthält über den Kampf bei *Ringe*:

Um 4.10 Uhr griffen die Deutschen das Lager an. Es wurde 10—15 Minuten lang gekämpft. Hiernach wurde die Gruppe umzingelt. Sie erhielt schriftlichen Befehl von der Jütländischen Division, keinen Widerstand zu leisten, und ergab sich hierauf.

Auf *Svendborg*, *Hvidkilde* und *Faaborg* war das Gren.A.Btl. 184 unter seinem Kommandeur Major *Otto* angesetzt. Schwerpunkt des Unternehmens war *Svendborg*—*Hvidkilde*, wo 2 dänische Regimenter in 3 verschiedenen Truppenunterkünften in Garnison lagen. Demgemäss hatte sich der Bataillonskommandeur entschlossen, auf *Svendborg*, wo seine 3. Kompanie bereits standortnässig untergebracht war, mit der Masse des Bataillons unter seiner Führung vorzugehen und der 2. Kompanie die Entwaffnung von *Faaborg* zu übertragen. Im Anschluss an *Svendborg* sollte *Hvidkilde*, im Anschluss an *Faaborg* Assens entwaffnet werden. Die Entfernungen von *Middelfart* betrugen nach *Svendborg* 87 km, nach *Faaborg* 65 km.

Am 28.8.1943 23.00 Uhr, stand das Bataillon (ohne 3.) verladebereit in *Middelfart* und *Strib*. Infolge der oben geschilderten Transportschwierigkeiten musste sich der Bataillonskommandeur entschliessen, am 29.8.1943, 0.30 Uhr, mit der Masse der 1. Kompanie, verstärkt durch einige s.M.G., den Vormarsch allein anzutreten. Auch diese aus 10 Fahrzeugen bestehende Teilkolonnie hatte auf der Anfahrt nach *Svendborg* beträchtliche Fahr-schwierigkeiten. Schliesslich kam der Bataillonskommandeur 5.30 Uhr allein in *Svendborg* an. Nach fernmündlicher Meldung der Lage an den Abschnittskommandeur und Unter-richtung durch diesen über die Vorgänge in *Odense* entschloss sich der Bataillonskomman-deur, das Eintreffen der Masse seiner Truppen nicht abzuwarten, sondern zunächst sofort

zu versuchen, die dänischen Kommandeure im Verhandlungswege zur Übergabe zu bewegen. Der die dänische Garnison Svendborg vertretende dänische Oberst *Schmidt* liess sich schliesslich dazu bringen, die Übergabe anzuordnen. Im Beisein des dänischen Standortältesten wurde zunächst die inzwischen von der 3. Kompanie umstellte Artillerie-Kaserne zur Übergabe aufgefordert und kampfflos besetzt. Gegen 6.30 Uhr traf die 1. Kraftfahrkolonne mit Teilen der 1. Kompanie auf etwa 7 Fahrzeugen ein. Mit deren Besatzung sollte die Dragoner-Kaserne entwaffnet werden. Diese war jedoch leer. Die Dragoner waren unter ihrem Kommandeur, Oberstleutnant *Gundelach*, mit Waffen und Gerät ausgerückt. Der dänische Garnisonälteste vermutete sie in der Gegend Hvidkilde, also 4 km westlich Svendborg. Die 1. Kompanie wurde dorthin in Marsch gesetzt und traf auch einen Teil der Dragoner in Hvidkilde an. Ihr Kommandeur lehnte die Aufforderung zur Übergabe zunächst ab, liess sich dann aber durch den dänischen Garnisonältesten von Svendborg, der mitgenommen worden war, bereden, seine Truppe zu übergeben. Dies erfolgte in Hvidkilde und später auch auf dem Gut Nielstrup, 2 km westlich Hvidkilde, wo sich der Rest der Dragoner aufhielt. Dort weigerten sich die Männer zunächst, ihre Waffen niederzulegen, wurden dann aber durch Vermittlung der dänischen Offiziere dazu gebracht.

9.00 Uhr war die Entwaffnung in Svendborg, bald danach auch in Hvidkilde beendet.

In Faaborg war die 2. Kompanie gegen 7.00 Uhr eingetroffen und hatte die dortige dänische Kaserne bis 7.10 Uhr umstellt. Unter dem Eindruck einiger geworfener Handgranaten wurde die dänische Garnison 7.15 Uhr übergeben.

Auf deutscher Seite entstanden keine Verluste, die Dänen hatten 3 Verwundete in Faaborg.

An Gefangenen wurden 75 Offiziere, 62 Offizianten, 717 Unteroffiziere und Mannschaften eingebracht.

Die Entwaffnung der Garnisonen *Ulriksholm*, *Kerteminde* und *Assens*, gegen die die 1., $\frac{2}{3}$ 2. und die 3./Gren.A.Btl. 167 eingesetzt waren, erfolgte ohne weitere Kämpfe bis 11.45 Uhr. In Ulriksholm und Kerteminde wurden 20 Offiziere, 24 Offizianten und 187 Unteroffiziere und Mannschaften festgesetzt. Die Zahl der Gefangenen in Assens ist in der in Svendborg, Hvidkilde, Faaborg Festgesetzten enthalten.

Zusammenfassend wird bemerkt, dass der Abschnittskommandeur Fünen vor keine einfache Aufgabe gestellt war. Mit $2\frac{1}{4}$, auf 5 Standorten verteilten Bataillonen waren zu entwaffnen: 13 vom dänischen Heer besetzte Truppenunterkünfte, Lager usw. in 9 verschiedenen Orten mit einer Gesamtbelegung von

150 Offizieren,
149 Offizianten,
1509 Unteroffizieren und Mannschaften
1808 dänischen Soldaten.

Auf rechtzeitige Zuführung von Verstärkungen durch die Division nach der Insel Fünen konnte er nicht rechnen.

Der Abschnittskommandeur konnte erst in den ersten Stunden des 28.8.1943 in Kopenhagen mündlich in seine Aufgabe eingewiesen werden. Den schriftlichen Befehl erhielt er um 6.00 Uhr. Auf Fünen konnte er erst um 10.40 Uhr eintreffen. Zu Vorbereitungen blieb ihm, seinen Unterführern und der Truppe nur äusserst kurze Zeit.

Die von etwa der Hälfte der Truppen zu überwindenden beträchtlichen Entfernungen und die in aller Eile improvisierte Motorisierung mit den dabei unvermeidlich auftretenden Reibungen und Verzögerungen erschwerten das Unternehmen wesentlich.

Trotz aller Schwierigkeiten wurde die gestellte Aufgabe glatt gelöst. Durch das entschlossene Draufgehen der Truppe in Odense, Nyborg und Ringe und das schnelle Brechen des dänischen Widerstands in diesen Orten wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, den sich sträubenden dänischen Divisionskommandeur in Odense zum Erlass des Befehls zur Übergabe an seine Truppen zu bringen. Dieser vom dänischen General

Knudtzon gegebene und von seinen Truppen befolgte Befehl erleichterte dann ganz wesentlich die Durchführung der Entwaffnung in Ulriksholm, Kerteminde, Svendborg—Hvidkilde, Faaborg und Assens und vermied weitere Verluste.

Am 29.8.1943, 11.45 Uhr, war die Aufgabe restlos gelöst, alle dänischen Truppen, Standorte und Lager auf Fünen waren entwaffnet, Waffen, Munition und Geräte sichergestellt.

Die Verluste im Abschnitt Fünen betrugen:

eigene:	2 Tote	40 Verwundete (dabei 2 Offiziere)
dänische:	5 Tote	14 Verwundete

4. Die Lage in Jütland

Da sich in Jütland keine dänischen Truppen mehr befanden, handelte es sich hier nur um die Durchführung des Ausnahmezustandes.

In Nordjütland, dem Bereich der 416. Inf.Div., verlief der Tag rubig. Mit Ausnahme des Bürgermeisters von *Saltum*, der verhaftet wurde, haben Behörden und Verwaltungen loyale Mitarbeit zugesagt. Von den leitenden dänischen Beamten in *Viborg* zuerst verlangte Vorbehalte wurden zurückgenommen. In *Aalborg* wurde im Laufe des Nachmittags durch Lautsprecher eine Bekanntmachung der dänischen Gewerkschaften verkündet, wonach die Arbeiter ab Montag die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Die Bevölkerung verhielt sich ruhig und gelassen. 17 Dänen wurden verhaftet. Auch in Südjütland, dem Bereich der Div. Nr. 160, herrschte überall Ruhe. Die befohlenen Aufgaben der Standortältesten wurden durchgeführt. In den Vormittagsstunden waren viele Neugierige auf den Strassen; gegen Mittag verlief sich die Menge ohne besondere Zwischenfälle. Streiks und Sabotageakte fanden nach 16.00 Uhr nicht mehr statt. Um die Bewachung der zahlreichen wichtigen Objekte in *Kolding* sicherzustellen, wurde eine Kompanie des Füs.A.Btl. 26 in Stärke von 2 Offizieren, 23 Unteroffizieren und 135 Mann vorübergehend dorthin verlegt. Oberleutnant *Tettling* der 233. Res.Pz.Div. verunglückte tödlich.

5. Sonstige Massnahmen

Am 28.8. hatte der WPrO vom Befehlshaber den Auftrag erhalten, den Druck der Bekanntmachung über die Verhängung des Ausnahmezustands so vorzubereiten, dass die Massnahme nicht vor dem 29.8., 4.00 Uhr, bekannt wurde, ebenso die Veröffentlichung der Bekanntmachung in Presse und Rundfunk unter den gleichen Bedingungen. Da keine deutsche Druckerei in Kopenhagen zur Verfügung stand, hatte die Druckerei von „Fædrelandet“ gewählt werden müssen. Trotz erheblicher Schwierigkeiten technischer Art (Sicherung des Betriebs gegen vorzeitigen Verrat und Sabotage) konnten am 29.8., 5.00 Uhr dem Befehlshaber die ersten Exemplare vorgelegt werden. (Wortlaut der Bekanntmachung s. Anlage XXII).

Um 4.00 Uhr wurde dem Leiter des Pressebüros des dänischen Aussenministeriums, Kontorchef *Eske Lund*, ein Exemplar der Bekanntmachung zur Veröffentlichung in der Presse ausgehändigt. Er war am Abend vorher darüber unterrichtet worden, dass noch eine wichtige deutsche Meldung zu erwarten sei und es sich empfehlen würde, die Zeitungen auf die Möglichkeit von Extraausgaben hinzuweisen. Die Kopenhagener Morgenblätter haben dann auch alle neben ihren normalen Abonnementsausgaben Extraausgaben mit der Bekanntmachung des Befehlshabers gebracht und in den ersten Morgenstunden auf den Strassen verkaufen lassen.

In einer Reihe von Besprechungen, die der WPrO mit den verschiedenen politischen und militärischen Dienststellen sowie mit dem Vertreter des dänischen Aussenministeriums abhielt, musste festgestellt werden, dass wegen der fehlenden Nachrichtenverbindungen das Erscheinen der Montagsblätter nicht möglich sei. Es wurde daher beschlossen, die Montagsblätter ausfallen zu lassen und das Erscheinen der Zeitungen erst ab Dienstag morgens wieder zu gestatten.

6. Tagesmeldung an OKW

Um 20.15 Uhr meldete der Befehlshaber Dänemark an das OKW/WFSt:

„Die Massnahmen zur Entwaffnung der dänischen Armee und zur Durchführung des militärischen Ausnahmezustandes sind abgeschlossen.

Als am 29.8. um 4.00 Uhr die Truppe aus ihren kurz vorher eingenommenen Bereitstellungen gegen die militärischen Objekte des dänischen Heeres und der Marine antrat, flammte an einigen Stellen Widerstand auf. Derselbe wurde im schnellen Zufassen mit der Waffe gebrochen.

Die hier freigewordenen Truppen wurden am Nachmittag des 29.8. zur Entwaffnung der weiter abgelegenen dänischen Standorte angesetzt.

Auf den Inseln Seeland und Fünen sind, bis auf noch ausstehende Meldungen über die abgeschlossene Entwaffnung der dänischen Garnison Holbæk, Jægerspris und Lynæs, die dänischen Truppe des Heeres und der Marine in deutschem Gewahrsam.

Eine Mot.Batterie aus Holbæk ist vor Eintreffen deutscher Truppen nach Westen ausgewichen. Verfolgung im Gange.

Auf Jütland ist der Tag ruhig verlaufen.

Küstenpanzer „Niels Juel“ erhielt durch dänischen Admiral Wedel, welcher sich im Wasserflugzeug von Kopenhagen nach dem Isefjord begeben hat, die Aufforderung zur Übergabe an die deutsche Marine. Das Schiff fährt z.Zt. in Begleitung eines deutschen Torpedobootes nach Kopenhagen zur Durchführung der Entwaffnung.

Eigene Verluste: 2 Offz., 4 Mann tot; 13 Offz., 44 Mann verwundet.

Von der 25. Pz.Div. wurden bisher nur die in Kopenhagen ausgeladenen Teile bis auf Div. Stab benötigt. Entscheid über Weitertransport wird am 1.9. gegeben werden. Die in Aarhus angekommenen Teile sind planmässig weitergeleitet worden.

Die dänische Regierung ist noch nicht zurückgetreten, übt aber keinerlei Funktionen mehr aus. Regierung erwägt, ob der König oder sie selbst als letzte Amtshandlung einen Aufruf zur Ruhe und Ordnung an das dänische Volk und einen Appell an die gesamte Beamtenschaft zur weiteren loyalen Mitarbeit richten soll.

Der Befehlshaber richtete einen Appell an höchste Beamten und Wirtschaftsführer zur weiteren loyalen Mitarbeit. Bereitwilligkeit hierzu konnte festgestellt werden. Die Polizei hat ihre Mitarbeit zugesagt und nimmt den Dienst wieder auf.

Streikmeldungen liegen heute nicht vor (Sonntag). Stillegung von Eisenbahn, Gas, Wasser und Elektrizität ist nirgends erfolgt.

Erst in den nächsten Tagen der kommenden Woche wird die Auswirkung des militärischen Ausnahmezustandes auf die Haltung der dänischen Bevölkerung zu erkennen sein. —

Befehlshaber Dänemark

Abt. Ia — Br. B. Nr. 2314/43 geh.

Kopenhagen, den 29.8.43.“

IV. Vorgänge nach der Durchführung

(29.8. — 5.10.1943)

Das Ministerium Scaavenius reichte am 29.8.1943 dem König sein Demissionsgesuch unter sofortiger Einstellung seiner Amtstätigkeit ein. Bis auf weiteres fungieren die betr. Departementschefs, Generaldirektoren oder Direktoren. In einer Verlautbarung forderte das Ministerium die Bevölkerung auf, Ruhe und Besonnenheit zu zeigen. Die Beamten sollten in der hoffentlich kurzen Zeit, die der Ausnahmezustand dauern werde, auf ihren Posten verbleiben, um Reibungen zwischen den Staatsorganen und den deutschen Autoritäten zu vermeiden, die kraft der Kriegsgesetze und des Ausnahmezustands vorübergehend ein besonderes Amt auszuüben hätten.

In der Nacht zum 30.8.1943 wurde in Kopenhagen in einem für die Wehrmacht verbotenen Stadtteil eine leichte Strassensperre beseitigt; die Feldgendarmarie wurde mit

Bierflaschen beworfen, worauf sie mit scharfen Schüssen antwortete, wobei anscheinend mehrere Dänen verletzt worden sind. Im übrigen wurde in der Nacht bis 2 Uhr ziemlich nervös geschossen. Ein Kirchturm wurde mit M.G. und Flak beschossen, weil man annahm, es würden von ihm aus Blinkzeichen gegeben werden. Da sich herausstellte, dass sich Scheinwerferlicht in den Fenstern des Turmes brach, befahl der Kommandant, das Feuer einzustellen.

Auf Jütland ist die Nacht im allgemeinen ruhig verlaufen, zwei deutsche Posten wurden angeschossen. Zur Bewachung wichtiger Objekte wurde eine verstärkte Kompanie des A.Btl. 220 von Oksbøl vorübergehend nach Varde verlegt.

Um 5.30 Uhr legten 2 Schnellboote mit Stosstrupps an Bord unter Führung des Hafenkapitäns von Kopenhagen am Panzerschiff „Niels Juel“ an, das sich immer noch dem Befehl des dänischen Admirals, zu kapitulieren, widersetzte. Um diese Forderung moralisch zu unterstützen, wurden eine Ju 88 und eine Ju 87 der Schiess-Schule nach dem Isefjord gesandt. Trotz hundert Meter Wolkenuntergrenze und starker Regenschauer demonstrierten sie 20 Minuten über dem Schiff, ohne Bomben abzuwerfen. Um 7.00 Uhr holte „Niels Juel“ die Flagge nieder, die Besatzung wurde ausgeschifft. Ein deutsches Kommando von 50 Mann übernahm das Schiff; die Bergung wurde in die Wege geleitet.

In einer Besprechung des Befehlshabers mit General G ø r t z um 10.00 Uhr wurde zum Ausdruck gebracht, er beabsichtige, das ehemalige dänische Heer selbst mit seiner Auflösung zu beauftragen und hierfür eine zentrale Stelle zu schaffen. Als Leiter einer solchen Stelle wurde von General Gørtz General v o n S t e m a n n vorgeschlagen. Der Befehlshaber war damit einverstanden und bestimmte, dass General von Stemann von sich aus einige dazu erforderliche Offiziere und Mannschaften heranziehen solle.

Um 17.00 Uhr nahm das neu eingerichtete *Zensurbüro* zunächst in einem Raum des dänischen Aussenministeriums seine Tätigkeit auf. Mit diesem war vereinbart, dass in diesem Büro eine Zensur der Veröffentlichungen sowohl von dänischer als auch von deutscher Seite durchgeführt wird. Auf Veranlassung des WPrO bekamen alle Zeitungen über Ritzau Büro eine Mitteilung über die Einrichtung des Zensurbüros und eine Anweisung, dass auf Grund des Ausnahmezustands in Zukunft jeder Schriftleiter für jede veröffentlichte Zeile persönlich verantwortlich gemacht wurde. Das Bestreben der deutschen Zensurstelle war, den Zeitungen nach Möglichkeit einen grossen Spielraum in Form und Gestaltung des Inhalts zu belassen. Daher wurden auch die verschiedenen Nachrichtenbüros weiter aufrechterhalten entgegen dem ursprünglichen Plan, nur ein Nachrichtenbüro zu belassen. Es zeigte sich bereits in den ersten Tagen, dass sich die Einrichtung des Zensurbüros durchaus bewährt hat, denn sowohl in der Hauptstadt-Presse als auch in der Provinz-Presse traten keine Meldungen auf, die beanstandet hätten werden müssen.

Die grossen Schwierigkeiten, die zunächst für die Nachrichtenübermittlung von den Korrespondenz-Büros zu den Zeitungen bestanden, wurden nach der allmählichen Aufhebung der Postsperre und durch die Wiederinbetriebnahme des am 29.8.1943 unterbrochenen Pressesenders Odense behoben, über den nun wieder die verschiedenen Büros ihre Meldungen direkte an die Zeitungen durchgeben, allerdings von der Zensurstelle aus und unter Kontrolle, damit keine unerlaubten Nachrichten durchgegeben werden können.

Die Ziff. 4 der Bekanntmachung über die Verhängung des Ausnahmezustands wurde aufgehoben, der gesamte innerdänische Nachrichtenverkehr (Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr) in vollem Umfang wieder zugelassen. Der Nachrichtenverkehr nach dem Ausland unterlag weiterhin bestimmten Einschränkungen. Für den zivilen Reise- und Kraftfahrverkehr wurden einige Erleichterungen gestattet.

Wie schnell kommunistische Kreise über die Ereignisse der letzten Tage orientiert waren, und wie sie sie propagandistisch ausschachteten, ergibt sich aus einem Flugblatt, „Frit Danmark“, das während des Ausnahmezustands hergestellt und am 30.8.1943 verteilt werden konnte. Nachdem die der dänischen Regierung gestellten Bedingungen angeführt sind, werden die Begebnisse folgendermassen geschildert:

„Bis 16.00 Uhr sollte die Antwort der Regierung vorliegen. Es war ein einiges und festes „Nein“ — nicht wie die Deutschen erklären, — ein Eingeständnis, die dänische Regierung sähe sich ausserstande, das Notwendige vorzunehmen.“

Nach diesem Zeitpunkt begannen die deutschen Truppen, in Panzerkampfwagen und auf Lastautos durch die Strassen zu fahren.

Im Laufe des Abends und der Nacht wurden die meisten Fabriken und Betriebe in Kopenhagen besetzt.

Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer sind in grosser Zahl verhaftet worden.

Schloss Sorgenfri, Amalienborg, Christiansborg, der Bahnhof, das Fernsprechamt, das Rundfunkhaus, das Rathaus wurden ausser anderen Gebäuden von den Deutschen besetzt.

Die dänische Polizei ist entwaffnet worden. Die dänische Polizei steht jetzt mit ihren Landsleuten zusammen.

Als die Deutschen die Rosenberg- und Gardehusaren-Kaserne besetzen wollten, kam es zum Kampf. Sichere Nachrichten fehlen, man weiss aber, dass die Kämpfe mehrere Stunden dauerten, und dass die Deutschen Flugzeuge im Kampf eingesetzt haben. Man kann es als Tatsache betrachten, dass die dänischen Soldaten überall Widerstand geleistet haben und wohl noch an mehreren Stellen kämpfen.

Am Sonntag Morgen war die Verbindung zwischen Amager und Kopenhagen unterbrochen. Milch und Zeitung konnten in der ganzen Stadt erst ausgetragen werden, als es hell wurde.

Über schwedischem Gebiet ist es zu verschiedenen Luftkämpfen zwischen deutschen und schwedischen Maschinen gekommen.“

Zum Schluss wird bemerkt: „Das dänische Volk braucht nicht zum Streik aufgefordert zu werden — es wird aus sich selbst heraus zu streiken wissen.“

Im Gegensatz zu dieser kommunistischen Einstellung geht die Auffassung der *Sozialdemokratie* aus einem von Alsing Andersen unterzeichneten Schreiben vom 2. September 1943 an die oberste Parteileitung der Sozialdemokratie hervor, in dem es u.a. heisst:

„Allein dieser Weg (Dänemark aus dem Krieg herauszuhalten) ist durch die Agitation von Christmas Møller im Rundfunk im Zusammenhang mit der Koalition von Chauvinisten und Kommunisten unterminiert worden, die unverantwortlicher Weise und im Geheimen versucht hatten, Ziele und Mittel des politischen Zusammenarbeitens zu verdächtigen und einem Teil der Bevölkerung eine andere Mentalität beizubringen. Sie beabsichtigten, Sabotagehandlungen und eine Unruhe in die Bevölkerung und auf den Arbeitsplätzen hervorzurufen, und sie taten dies gerade deshalb, da sie wussten, dass die Verhältnisse während der Besetzung diese Belastung nicht ertragen konnten. Sie haben jenen, die ihren Redereien Gehör schenkten, Luftschlösser und Traumgebilde vorgegaukelt, denen nicht zu trauen war. Daher tragen sie für die entstandene Lage alle Verantwortung, und sie sollen dafür verantwortlich gemacht werden, dass wir, noch ehe der Krieg beendet ist, dorthin gekommen sind, wo wir uns im Augenblick befinden.“

Die dänische Polizei übernahm am 30.8.1943, 19.00 Uhr, befehlsgemäss von der Wehrmacht den Streifendienst in Kopenhagen.

Die am 31.8.1943 früh wiedererschienenen Zeitungen veröffentlichten eine Reihe von Vorschriften, die die Polizeidirektion Kopenhagen nach Verhandlung mit den deutschen Behörden herausgegeben hatte. Die Polizeistunde für Wirtschaften, Theater und Kinos wurde auf 20.00 Uhr festgesetzt; Ladenschluss: 18 Uhr. Der Strassenbahn- und Omnibusverkehr hatte 20.45 Uhr, der normale S-Zugverkehr 21.00 Uhr aufzuhören. Die Benutzung von Personenkraftwagen war mit Ausnahmen Tag und Nacht verboten, ebenso alle Eisenbahnreisen für Zivilpersonen, die keine kriegs- oder lebenswichtige Tätigkeit ausführen.

Um 12.00 Uhr wurden die deutschen Militärposten beim Polizeipräsidium und den Polizei-Dienststellen sowie bei öffentlichen Gebäuden mit Ausnahme der Bahnhöfe in Kopenhagen zurückgezogen.

Das Auslaufverbot für dänische Schiffe einschl. Fischereifahrzeuge wurde aufgehoben mit Ausnahme der Fischereifahrzeuge im Raum Skagen. Der Fährverkehr Helsingør—Hälsingborg, Kopenhagen—Malmö blieb auf den Nachschubverkehr für die deutsche Wehrmacht beschränkt; auf diesen Strecken wurde aber der gesamte Güterverkehr bereits am nächsten Tage (1.9.) wiederzugelassen.

Um 17.00 Uhr traf der Führerentscheid ein, dass die Behandlung der Angehörigen der bisherigen dänischen Wehrmacht von der Weiterentwicklung der innerpolitischen Lage Dänemarks abhängt.

Der Polizeidirektor von Kopenhagen verfügte am 1.9.1943 einige Erleichterungen für Kopenhagen hinsichtlich der Polizeistunde und des Ausgehverbots.

Der Nachrichtenverkehr des dänischen Aussenministeriums sowie der ausländischen Missionen und Konsulate nach dem Ausland wurde freigegeben und dadurch der Zustand wie vor Verkündung des Ausnahmezustands wiederhergestellt.

Am 2.9.1943 fand die Beisetzung der vier Gefallenen auf dem Bispebjerg-Friedhof in Kopenhagen statt. Es waren: Oberleutnant Erich D e t t m a n n, Gefreiter P a l u s z c z a k, Matrosengefreiter Hubert K o n k e l und Obergefreiter der Luftwaffe Hans W ü n n e m a n n. Zur eindrucksvollen Totenfeier hatten sich der Befehlshaber General v o n H a n n e k e n, Reichsbevollmächtigter Dr. B e s t, Vizeadmiral W u r m b a c h, General der Flieger R i t t e r v o r S c h l e i c h, General C a s t o r f, Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP. D a l l d o r f, und eine grosse Zahl Offiziere der drei Wehrmachtteile neben Angehörigen der deutschen Volksgruppe eingefunden. Der Befehlshaber wies in seiner Gedenkrede einleitend auf die Gründe hin, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes geführt hatten; die Soldaten, die bei dieser Aktion ihr Leben hätten lassen müssen, seien für das Reich in treuer Erfüllung ihrer soldatischen Pflicht gefallen, sie seien uns allen mahnende Vorbilder zu gleicher Tatbereitschaft, ihr Andenken werde in hohen Ehren gehalten werden.

Der Admiral Dänemark forderte einen Stosstrupp zur Abwehr eines dänischen Bandenangriffs auf das dänische Waffendepot Stավdal auf *Bornholm* bei der Division Nr. 166 an. Das Kommando, ein Führer, 15 Mann des Bataillons 37, flog um 6.25 Uhr von Kastrup ab. Der Bandenangriff wurde im Laufe des Tages abgewehrt; die Banden in Stärke von 40—50 Mann flüchteten ins Gelände. Die Verstärkung verblieb zunächst auf *Bornholm*. Munition und Ausrüstungsgegenstände, die im Depot lagerten, wurden mit Marineprämen weggeführt.

Auf Anregung der Abtl. I a des Befehlshabers gab der Chef der Zivilverwaltung, Vizepräsident SS-Brigadeführer K a n s t e i n, eine Anweisung an die dänische Polizei, bei Beschädigungen von Gleisanlagen durch Sabotage umgehend deutsche Stellen zu benachrichtigen; zur Beschleunigung der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs wurde der Einsatz eigener Sprengkommandos befohlen.

Ein kommunistisches Flugblatt, das am 3.9.1943 in Betrieben von Kopenhagen verteilt wurde, forderte „als Antwort auf den deutschen Gewaltstreich“ zum Generalstreik auf. Dieser Aufforderung ist nirgends Folge geleistet worden; auch örtliche Streiks sind nicht mehr ausgebrochen. Das tatkräftige Auftreten der deutschen Wehrmacht hatte auf die Bevölkerung einen starken Eindruck gemacht. Sie hat sich, abgesehen von kleineren Übertretungen des Ausgehverbots, in die neue Lage geschickt.

Wegen Beschiessung deutscher Posten wurden in Amager und Umgebung und in Stege am 2. und 3.9. die Bestimmungen über die Sperrzeit verschärft.

Im Reiseverkehr nach Deutschland traten einige Erleichterungen ein.

Da in der Nacht zum 3.9.1943 einige Sabotagehandlungen vorgekommen waren, wurden die genannten Erleichterungen in Kopenhagen durch den Befehlshaber wieder aufgehoben. Auch in den Polizeikreisen Silkeborg und Odder wurden die Polizeistunde und das Ausgehverbot verschärft, weil dort Eisenbahnattentate vorgekommen waren.

Am 4.9.1943 wurde dem OKW auf Anfrage gemeldet, es bestände die Absicht, inhaftierte dänische Wehrmachtangehörige zunächst auf die Dauer von 14 Tagen bis 1 Monat im jetzigen Gewahrsam zu belassen. Nach Bewährungsfrist und weiterer Befriedung des Landes würden sämtliche Inhaftierten mit der Verpflichtung entlassen werden, jederzeit in Haft zurückzukehren, wenn die Umstände dies verlangten.

Nach erneuter vorübergehender Erleichterung der Ausnahmebestimmungen in Kopenhagen wurden wegen Ermordung eines Wachtmeisters des Polizeiverfügungsbataillons durch einen Saboteur in der Nacht vom 7. auf 8.9.1943 der Radfahrverkehr in Grosskopenhagen von 20.00—5.00 Uhr verboten, ein Strassenviertel ab 21.00 Uhr abgesperrt und der Stadt Kopenhagen eine Geldbusse in Höhe von 1 000 000 Kr. auferlegt. — Ein Saboteur

in Aalborg wurde wegen Begünstigung des Feindes durch ein deutsches Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde durch Erschiessung vollstreckt.

Vom 12.—14.9.1943 schwoll die Sabotagewelle wieder etwas an. Es wurden im ganzen 8 Anschläge gegen Maschinenfabriken und eine Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstatt in Kopenhagen verübt, die hauptsächlich für die deutsche Wehrmacht arbeiteten, wodurch grösserer Schaden entstand. In und bei Aalborg wurden Schienen an den Bahngleisen gesprengt.

Zwischen dem 1. und 15.9.1943 wurden verschiedene Verfügungen über Aufforderung an dänische Wehrmachtangehörige, sich bei deutschen Kommandobehörden zu melden, Ablieferung von Schusswaffen und Munition, Belohnung für Angabe von Saboteuren, Androhung der Todesstrafe wegen Beherbergung von Saboteuren, Beschlagnahme von Gebäuden und Grundstücken für die deutsche Wehrmacht herausgegeben.

Gegen Angehörige der deutschen Wehrmacht wurden noch einige Überfälle verübt: 2 Grenadiere wurden in Kopenhagen am 18. und 29.9. leicht verletzt, 1 Unteroffizier der Luftwaffe in Odense am 20.9. erschossen.

In der Nacht zum 26.9. wurden Bahrlinien in Jütland an 23 Stellen gesprengt; die Sprengpatronen waren englischen Ursprungs; die Hauptbahnlinsen waren am 26.9. abends wieder befahrbar.

In der Nacht zum 2.10. wurde durch die deutsche Polizei eine Judenaktion ohne Zwischenfälle durchgeführt.

In der Nacht vom 5. auf 6.10. wurde der militärische Ausnahmezustand wieder aufgehoben (Wortlaut siehe Anlage XXIII). Die Entlassung der internierten dänischen Soldaten begann.

V. Gesamtübersicht

Die deutschen Truppen

Die Truppen der drei Wehrmachtteile haben sich überall, besonders da, wo Widerstand gewaltsam gebrochen werden musste, gut gehalten. Die jungen Rekruten des Heeres waren mit Begeisterung bei der Sache; viele meldeten sich freiwillig zu den Stosstrupps. Der Einsatz und sein schneller, sichtbarer Erfolg haben ihnen seelischer Auftrieb und das Gefühl der Überlegenheit über die Dänen gegeben.

Die durch die kurzfristige Improvisation der Beweglichmachung entstehenden Schwierigkeiten und Reibungen wurden von Führung und Truppe ohne Rückwirkung auf das Gesamtergebnis überwunden. Die nicht verlasteten Truppen hatten z. T. erhebliche Marschleistungen aufzuweisen. Das radfahrende Gren.A.Btl.18 hat am 29.8.1943 rd. 80 km zurückgelegt, davon die ersten 20 km (vor dem Einsatz) in stockfinsterer Nacht und bei strömendem Regen.

Das Pi. Landgs. Lehr- u. Ers. Btl. aus Fredericia musste seine Aufgabe am Vortage des Einsatzes vom Pol.-Verf.-Bataillon übernehmen. Es hatte nur wenige Stunden Zeit, sich mit seinen Angriffsobjekten in Kopenhagen und den bei Dunkelheit dorthin zurückzulegenenden Anmarschwegen vertraut zu machen. Tatkräftig und sicher geführt, löste es alle ihm gestellten Aufgaben in entschlossenem Draufgehen.

Die am 28.8.1943 zufällig in Kopenhagen eingetroffenen und für den Einsatz zur Verfügung gestellten Teile der 25. Pz.Div. waren für die Entwaffnungaktion in Kopenhagen eine wertvolle Hilfe. Die Panzerbesatzungen und Panzergrenadiere führten ihre Aufträge mit Einsatzfreudigkeit und Schwung durch.

Mit den Truppen des Heeres wetteiferten an Angriffsgeist die Angehörigen der Marine und Luftwaffe.

Zu beachten war die bemerkenswert gute Haltung der Flugschüler der Blindflugschule Kastrup, die mit Besetzungsaufgaben betraut wurden.

Anerkennung verdienen auch die Leistungen der in vorgeschrittenem Lebensalter stehenden Notdienstpflichtigen, die, vom Wehrmachtkommandanten ihrer Eigenart entsprechend angesetzt, vielfältige Verwendung fanden und aktive Soldaten für den Kampf freimachten.

Dank der sicheren Führung aller Dienststellen und der Leistungen der Truppen konnte das Gesamtunternehmen mit Erfolg durchgeführt werden.

Die dänischen Truppen

Das Unternehmen kam der dänischen Führung anscheinend nicht überraschend. Nach dem Schritt des Reichsbevollmächtigten am 28.8.1943 musste sie damit rechnen, dass sich irgend etwas ereignen werde. Die Tatsache, dass die dänischen Generale und Generalstabsoffiziere am 29.8.1943, 4.00 Uhr, im Gebäude des dänischen Generalkommandos in Kopenhagen versammelt und auch die Truppenkommandeure in Kopenhagen und in der Provinz grösstenteils auf ihren Dienststellen anwesend waren und teilweise Verteidigungsmassnahmen getroffen hatten, spricht dafür, dass sie die deutschen Truppen erwarteten. Ob der Wille zur Unterwerfung von vorneherein feststand, mag dahingestellt bleiben. Zur Vorbereitung einer wirksamen Abwehr hat es den Dänen an der erforderlichen Zeit gefehlt. Sollte bei der dänischen Führung die Absicht bestanden haben, die Waffen ohne Gegenwehr niederzulegen, so ist ihr Wille jedenfalls nicht zu allen Stellen durchgedrungen, oder die Truppe hat den Weisungen ihrer Führung nicht überall entsprochen. An 18 Stellen wehrten sich Truppenteile des dänischen Heeres; an 4 Stellen (Leibgardekaserne in Kopenhagen, Baracken- und Zeltlager auf Amager, Strandhotel in Nyborg und Zeltlager in Ringe) musste stärkerer Widerstand niedergekämpft werden. Die soldatische Einstellung war bei der Marine zweifellos stärker als beim Heer; das Küstenpanzerschiff „Niels Juel“ musste erst durch Bombenwurf daran verhindert werden, nach Schweden auszubrechen, und weigerte sich auch dann, dem Befehl des dänischen Admirals zur Übergabe Folge zu leisten; das Küstenpanzerschiff „Peder Skram“ und andere Marineeinheiten versenkten sich selbst.

Im ganzen betrachtet, war die Haltung der Dänen wenig kämpferisch. An den meisten Stellen, an denen sie Widerstand leisteten, brach ihr Abwehrwille zusammen, sobald die deutschen Truppen mit Stosstrupps eingebrochen waren. Bei einer Anzahl dänischer Kommandeure schien der Wille zum Widerstand überhaupt zu fehlen.

Nach erfolgter Übergabe war die Haltung der dänischen Offiziere gegenüber der deutschen Entwaffnungstruppe an allen Stellen korrekt. An vielen Orten waren sie sogar den deutschen Truppen bei der Erfassung der Waffen und sonstigen Bestände behilflich.

Hass oder Deutschfeindlichkeit traten kaum zu Tage. Die dänischen Soldaten gehorchten ihren Offizieren.

Die höfliche Haltung der Offiziere bei oder nach der Entwaffnung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre überwiegende Mehrzahl englandfreundlich war und ist, und dass im Falle einer angelsächsischen Landung auf dänischem Boden das dänische Heer mit grosser Wahrscheinlichkeit im Rücken der deutschen Truppen als Feind aufgetreten wäre.

Die dänische Wehrmacht im Lande ist zerschlagen. Allein über einem aus Dänen bestehenden Truppenteil weht noch der Dannebrog; über dem an der Ostfront kämpfenden, vor einem Jahr so schwer beschimpften Freikorps „Danmark“.

Ergebnis der Entwaffnung

Das Gesamtergebnis der Entwaffnung durch die Division Nr. 166 und die Marine unter Mitwirkung der Luftwaffe stellte sich bis zum 3.9.1943 folgendermassen:

Div. Nr. 166:

Es wurden 43 dänische Dienststellen, Truppenunterkünfte und Lager in oder bei 20 Garnisonen entwaffnet.

Festgesetzt wurden:

686 Offiziere,
463 Offizianten,
5 297 Unteroffiziere und Mannschaften

zusammen: 6 446 dänische Soldaten.

Sichergestellt wurden:

74 000 Gewehre
 3 050 M.G.
 253 M.P.
 34 Gr.W.
 392 Geschütze aller Art
 32 000 Spaten
 36 670 000 Schuss Inf.-Munition
 380 000 Schuss Artl., Pak- und Flak-Munition
 113 000 Schuss Wurfgranaten
 87 000 Handgranaten
 10 000 Fliegerbomben
 997 Pferde
 1 009 Kraftfahrzeuge aller Art
 95 000 Feldblusen
 93 500 Tuchhosen
 83 600 Mäntel
 75 600 Paar Stiefel
 und sonstiges Kriegsmaterial.

Die Verluste betragen:

	<i>Tote</i>	<i>Verwundete</i>
eigene:	5*)	59**)
dänische:	14	57

Marine und Luftwaffe:

In Besitz genommen: In Kopenhagen durch M.A.A.508 2 Inspektionsschiffe, 3 alte U-Boote, 1 Minenleger; in Korsør durch 19.Vp. Flottille 2 Minensuchboote, 1 Torpedoboot; in Kalundborg durch Minenräumschiff 11 2 Minenräumboote; in Køge durch 25.M.S.Fl. 1 Minenräumbboot; ferner an kleinen Hilfsfahrzeugen (Patrouillen-, Minensuch-, Sicherungs- und Bojenboote) 59 Fahrzeuge von geringer Tonnagezahl.

Beschädigt fielen in deutsche Hand: In Nyborg 2 Minenräumboote; in Korsør 1 Inspektionsschiff.

Selbst versenkt haben sich: In Kopenhagen auf flachem Wasser 1 Küstenpanzerschiff, 6 Minenschiffe, 4 Torpedoboot, 6 Minenräumboote, 9 U-Boote; bei Feuerschiff Vengeancegrund 1 Inspektionsschiff; im Isefjord 1 Küstenpanzerschiff (aufgesetzt); nördlich Bogø 1 Torpedoboot.

Nach Schweden entkommen: 1 Torpedoboot, 1 Minenräumbboot.

Festgesetzt wurden: 218 Offiziere und 3310 Unteroffiziere und Mannschaften.

Auswirkungen

In militärischer Hinsicht ist die Gefahr, dass die dänische Wehrmacht bei einem Landungsversuch der Alliierten an der jütländischen Küste auf die Seite unserer Gegner getreten wäre, beseitigt worden. Dass diese Gefahr auch nach der Entfernung der dänischen Truppen aus Jütland weiterhin bestand, ergibt sich u.a. aus dem Verhalten des Kommandeurs der Jütländischen Division und dem Widerstand vieler seiner Truppenteile auf Fünen bei der Entwaffnung; dies lässt darauf schliessen, dass ihm vom dänischen Generalkommando Weisungen gegeben waren, an die er sich auch trotz des Befehls am 29.8.1943 morgens, die Waffen niederzulegen, gebunden zu fühlen glaubte. Im Falle einer angelsächsischen Landung an der jütländischen West- oder Nord- und Nordostküste wäre die auf Fünen massierte Jütländische Division im Zusammenwirken mit dänischen und angelsächsischen Marineeinheiten sehr wohl in der Lage gewesen, die Verbindung von

*) Darunter 2 Offiziere.

**) Darunter 3 Offiziere und ausserdem 10 bei der Truppe verbliebene Leichtverwundete.

Seeland nach Jütland zu stören, wenn nicht zu unterbrechen; jedenfalls hätten genügend starke Kräfte eingesetzt werden müssen, um sie in Schach zu halten und niederzukämpfen.

Eine Gefahr für die an sich schwache deutsche Garnison in Kopenhagen hatte die Seeländische Division gebildet; vor allem die schnellen Truppen in Næstved hätten durch raschen Vorstoss in nördlicher Richtung und nach Vereinigung mit den Kräften in Holbæk die Verbindung Kopenhagen—Korsør unterbrechen können. Auch diese Gefahr besteht nicht mehr.

Aus den Zahlen, die sich bei der Entwaffnung ergeben haben — die Endsummen liegen noch nicht fest — geht einwandfrei hervor, dass die dänische Wehrmacht mindestens hinsichtlich der Bewaffnung weit über jene Zahlen hinausgegangen ist, die sie den deutschen Befehlsstellen mitgeteilt hatte. Nach einer Feststellung vom 13.9.1943 waren im dänischen Heer über den Bestand einer am 20.5.1943 hierher mitgeteilten Aufstellung hinaus rd.

20 000 Gewehre,

2 300 Pistolen und

97 Geschütze verschiedener Kaliber

mehr vorhanden.

Die Einstellung der überwiegenden Mehrheit des dänischen Offizierkorps war, wie bereits erwähnt, nicht deutsch-, sondern englandfreundlich gewesen. Die englische Propaganda hatte auch auf die Offiziere und die Mannschaft stark eingewirkt.

Die innerpolitischen Verhältnisse haben durch die Einführung des militärischen Ausnahmezustands eine merkbliche Wandlung erfahren. Die Bevölkerung, die an den ersten Tagen über die Änderung unseres Verhaltens ihr gegenüber bestürzt war, hat sich nach und nach in die neue Lage geschickt, wenn auch die Furcht vor den deutschen Waffen dabei mitspricht. Die Ansicht, dass Dänemark infolge Verhetzung weiter Kreise durch die englische Propaganda seine Selbständigkeit aufs Spiel gesetzt und jetzt verloren habe, und dass durch die Sabotageakte in erster Linie dänische Werte zerstört worden seien, gewinnt in den vernünftig denkenden Schichten der Bevölkerung immer mehr an Boden, wenn auch nicht zu verkennen ist, dass man die Hoffnung auf einen angelsächsischen Endsieg, von dem man die Wiederherstellung der Souveränität des Landes erwartet, im Innern nicht aufgegeben hat. Zu Streiks und zu Gewalttätigkeiten grösserer Kreise der Bevölkerung der deutschen Wehrmacht gegenüber, wie sie vor dem 29.8.1943 üblich waren, ist es nicht mehr gekommen. Die Zahl der Sabotagefälle ist zurückgegangen; einzelne allerdings besonders schwerwiegende Fälle (Erschiessungen und Verletzungen deutscher Wehrmachtangehöriger aus dem Hinterhalt) sind wohl auf das Konto der noch im Lande befindlichen englischen Fallschirmagenten und Extremisten zu setzen. Von Verhängung scharfer Strafen wie von besonders lästig empfundenen Ausgehbeschränkungen und hohen Geldbussen und von der Ausschreibung von Belohnungen ist eine weitere Mitarbeit der Bevölkerung bei Aufklärung von Sabotagefällen zu erwarten.

In rechtlicher Beziehung sind klarere Verhältnisse geschaffen worden. Es wurden gegen Saboteure den Delikten entsprechende schärfere Strafen verhängt. Die Urteile wurden in der Presse veröffentlicht, so dass dadurch einerseits böswilligen Gerüchten der Boden entzogen, andererseits auf die Bevölkerung abschreckend eingewirkt werden konnte. Bei den Standortältesten und Wehrmachtkommandanten wurden Standgerichte eingerichtet, die territorial den Divisionen unterstehen (mit Ausnahme des Standgerichts in Frederikshavn unter dem Admiral Dänemark). Der Befehlshaber übertrug das ihm zustehende Bestätigungsrecht bezüglich Strafverfahren gegen dänische Staatsangehörige auf die ordentlichen Gerichtsherren mit dem Recht der Weiterübertragung auf die Standgerichtsherren (siehe Anlage XXIV).

In psychologischer Hinsicht ist das stark geschwundene Ansehen der deutschen Wehrmacht in jeder Beziehung wiederhergestellt worden. Beschimpfungen und Belästigungen, wie sie vor dem 29.8.1943 in bedrohlich zunehmendem Masse vorkamen, sind jetzt ausgeschlossen. Der deutsche Soldat wird wieder gefürchtet und deshalb geachtet.

Goes,

Heeresoberarchivrat.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Die Gründe	
9.4.1940—28.9.1942.....	841
29.9.1942—28.8.1943.....	845
II. Die Vorbereitungen zur Durchführung.....	854
III. Die Durchführung	
28. August 1943.....	858
Die Entwaffnung der dänischen Wehrmacht am 29. August 1943.....	859
1. Kopenhagen.....	859
a. Tätigkeit des Abschnittskommandeurs Kopenhagen.....	859
b. Tätigkeit der Marine und Luftwaffe.....	865
2. Seeland (ausser Kopenhagen) und Laaland.....	865
a. Tätigkeit des Abschnittskommandeurs Seeland.....	865
b. Tätigkeit der Marine und Luftwaffe (einschl. Fünen und Jütland).....	869
3. Fünen.....	870
4. Die Lage in Jütland.....	874
5. Sonstige Massnahmen.....	874
6. Tagesmeldung an das OKW.....	875
IV. Vorgänge nach der Durchführung (29.8.—5.10.1943).....	875
V. Gesamtübersicht	
Die deutschen Truppen.....	879
Die dänischen Truppen.....	880
Ergebnis der Entwaffnung.....	880
Auswirkungen.....	881
Quellennachweis.....	884
Verzeichnis der Anlagen.....	887

QUELLEN—NACHWEIS

Akten des Befehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark.

Akten des Beauftragten des Chefs der Heeresarchive.

Bericht der Division Nr. 166.

Bericht des Marine-Befehlshabers Dänemark.

Bericht des Generals der Flieger Dänemark.

Bericht des WPrO beim Befehlshaber Dänemark.

Krigsministeriet til General Gørtz: „Oplysninger (meget ufuldstændige) om Begivenhederne den 29/8.1943“.

„Hvem? Hvad? Hvor? Politikens Aarbog 1943“, København 1942.

Krenchel, Ejnar, „Danmarks militære Fremtid. Hørup taler til os“, København 1941.

Zeitungsausschnitte 1940/43.

Mündliche und schriftliche Berichte von Augenzeugen.

ANLAGEN

VERZEICHNIS DER ANLAGEN

	Seite
I. Regierungserklärung vom 21.8.1943.....	889
II. Verfügung des Befehlshabers vom 23.8.1943 (mit 2 Ergänzungen vom 27.8.1943).....	889
III. OKW. vom 28.1.1943 (zweiter Erlass über die Ausübung der Wehrmachtgerichtsbarkeit in Dänemark gegen Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit).....	897
IV. Ausländisches Wehrmachtgefolge.....	898
V. Festnahmerecht der dänischen Polizei gegenüber deutschen Wehrmachtangehörigen.....	899
VI. Offizierstellenbesetzungsliste der Division Nr. 166.....	901
VII. Standorte der Division Nr. 166 auf Seeland und Fünen (Skizze) ¹⁾	
VIII. Übersicht über die Standorte der dänischen Truppen.....	902
IX. Standorte des dänischen Heeres (Skizze) ¹⁾	
X. Skizze der dänischen Truppenteile im Standortbereich Kopenhagen ¹⁾ ...	
XI. Truppengliederung der Division Nr. 166 bis zum 28.8.1943.....	903
XII. Truppengliederung der Division Nr. 166 für den 1. Zeitabschnitt am 29.8.1943.....	904
XIII. Dislokation und Armierung der dänischen Flotte.....	905
XIV. Stellenbesetzungsliste des Admirals Dänemark und des Befehlshabers der Sicherung der Ostsee.....	905
XV. Der Marine zur Verfügung stehende Kräfte.....	906
XVI. Stellenbesetzungsliste des Generals der Luftwaffe Dänemark.....	907
XVII. Stellenbesetzungsliste des Stabes des Befehlshabers Dänemark.....	908
XVIII. Schreiben des Befehlshabers an Minister Scavenius.....	909
XIX. Schreiben des Befehlshabers an den König von Dänemark.....	909
XX. Schreiben des Befehlshabers an Generalleutnant Gørtz.....	910
XXI. Schreiben des Befehlshabers an den dänischen Kronprinzen.....	910
XXII. Bekanntmachung über die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes	911
XXIII. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.....	912
XXIV. Bericht über die Tätigkeit der Standgerichte während der ersten 4 Wochen des Ausnahmezustandes (bis 28.9.1943).....	912

¹⁾ I originalmanuskriptet findes ingen bilag med numrene VII, IX og X.

Aufruf der dänischen Regierung vom 21.8.1943

Während der deutschen Besetzung, die nun im vierten Jahr andauert, ist es nicht zu umgehen gewesen, dass ab und zu gewisse Reibungen entstanden sind. Gerade die lange Dauer der Besetzung ruft eine grössere Geneigtheit, vermutete Kränkungen anzunehmen, und steigende Ungeduld und Gereiztheit in der Bevölkerung hervor.

In letzter Zeit sind Ereignisse gefahrdrohenden Charakters eingetreten. Sabotage ist in steigendem Umfang verübt worden, Demonstrationen sind an verschiedenen Stellen vorgekommen, und es ist der Versuch gemacht worden, Eisenbahnen und öffentliche Werke zum Stillstand zu bringen. Eine Fortsetzung solcher Zustände wird von vernichtender Wirkung für den dänischen Staat sein. Zuführungen von Lebensmitteln und Heizungsmaterial werden gehemmt werden, und es werden ernste Störungen der geordneten Produktion zum Schaden der ganzen Bevölkerung entstehen.

Es ist stets Aufgabe der dänischen Regierung gewesen, entstandene Schwierigkeiten zu beseitigen und aufs beste die Interessen der dänischen Bevölkerung gegenüber den deutschen Behörden wahrzunehmen. Dies wird auch gegenüber den jüngst eingetretenen Ereignissen der Fall sein.

Soll es glücken, die dänische Volksregierung und das dänische Staatsleben heil durch die Unglücksfälle und Gefahren des Kriegs zu führen, ist hierzu das Mitwirken der Bevölkerung notwendig.

Mit dieser tief ernsten Lage vor Augen richten die Regierung und der Zusammenarbeitsausschuss unter Zustimmung der Reichstagsgruppen der zusammenarbeitenden Parteien eine eindringliche Aufforderung an die dänische Bevölkerung, auf keine Weise zu unüberlegten Handlungen herauszufordern oder sich dazu herausfordern zu lassen, sondern Ruhe, Besonnenheit und Zusammenhalt zu bewahren. Jeder, der wünscht, dass eine dänische Regierung im Land erhalten bleiben soll, muss es als seine Pflicht fühlen, in allen Verhältnissen dazu beizutragen, dass gesetzliche Zustände weiterhin aufrechterhalten werden können. Keiner darf sich selbst sein Recht nehmen. Es sind die gesetzlichen Behörden und die verantwortlichen Führer, die jene Schritte unternehmen müssen, die zum Schutz dänischer Interessen notwendig sind.

Anlage II

DER BEFEHLSHABER
DER DEUTSCHEN TRUPPEN IN DÄNEMARK

H.Qu., 23. August 1943.

Abt. Ia — Br.B.Nr.722/43 g.Kdos.

Die Ereignisse in Italien, die schweren Luftangriffe auf Hamburg, die Kündigung des Abkommens mit Schweden betreffend den Durchgangsverkehr, sowie die Ausstrahlungen des englischen Rundfunks haben bei der dänischen Bevölkerung eine Stimmung hervorgeufen, die durch vermehrte Sabotageakte, Anpöbelungen von Wehrmachtangehörigen und Nachrichtenhelferinnen, Zusammenrottungen und Streiks Ausdruck gefunden hat. Die gespannte Stimmung wurde noch geschürt durch Verbreitung unsinniger Gerüchte, die u.a. behaupten, dass der Führer abgedankt habe und in Deutschland chaotische Zustände herrschten. —

Es wurde eine örtliche Beseitigung der Unruhen durch die dänischen Behörden und die dänische Polizei versucht. Die dänischen Zivilbehörden und auch die Polizei haben an vielen Stellen versagt und sind nicht mehr Herr der Lage gewesen. Auch die dänische Regierung stand den Ereignissen ohnmächtig gegenüber. —

Die angespannteste Lage entstand in Jütland bisher in Aalborg, Esbjerg und Kolding, auf Fünen in Odense, Nyborg, Svendborg und Bogen, auf Seeland bisher nur in Roskilde. —

Seitens der Streikenden werden fadenscheinige Gründe für den Streik vorgebracht. Auch in Zukunft werden Vorwände von den Streikenden gefunden werden, um ihre Haltung zu begründen. Das deutsche Militär wurde bisher zurückgehalten. An einigen Orten ist Ausgangsbeschränkung für Wehrmachtangehörige angeordnet worden, um der dänischen Polizei ihre Aufgabe zu erleichtern. Ein weiteres Zurückhalten der deutschen Wehrmacht kann von der Bevölkerung leicht als Schwäche ausgelegt werden. Mit der Ehre der Wehrmacht ist es auf die Dauer nicht vereinbar, sich so zurückhaltend wie bisher zu verhalten, zumal bereits schwere Schädigungen deutscher Wehrmachtinteressen durch das Verhalten der dänischen Bevölkerung entstanden sind. —

Auf Grund der Lage hat die Regierung mit Billigung des Königs einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, der zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auffordert. Ausserdem hat der Bevollmächtigte des Reiches in Dänemark am 23.8.43 ein Schreiben an den dänischen Staatsminister gerichtet, in dem er auf den Ernst der Lage hinweist und von der dänischen Regierung eine Erklärung fordert, dass sie entschlossen ist, alle zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Durchführung der geltenden Gesetze erforderlichen Massnahmen zu treffen, und zwar mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Staates, erforderlichenfalls auch mit Einsatz von Waffengewalt. —

Sollte die dänische Regierung nicht in der Lage sein, in den nächsten Tagen die Ruhe und Ordnung im Lande wiederherzustellen, so müssen entscheidende Massnahmen ergriffen werden, die unter Umständen zum Einsatz der deutschen Truppen führen. —

Es kommen folgende zwei grundlegende Massnahmen in Frage:

I.) *Der zivile Ausnahmezustand:*

Er wird vom Bevollmächtigten des Reiches erklärt und berührt nicht die militärischen Dienststellen. Der Befehlshaber wird jedoch auf Anforderung dem Bevollmächtigten des Reiches Truppen zur Durchführung der von diesem angeordneten Massnahmen zur Verfügung stellen. Wegen des Einsatzes dieser Truppen, die während der ganzen Dauer der Sonderverwendung dem Befehlshaber unterstellt bleiben, ergeht jeweils Einzelanordnung durch den Befehlshaber. —

II.) *Der militärische Ausnahmezustand:*

Er wird vom Befehlshaber der deutschen Truppen verhängt. Alsdann geht die vollziehende Gewalt auf den Befehlshaber über. Das bedeutet, dass er allein über jede Art staatlicher Tätigkeit (in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtssprechung) bestimmt. Die dänische Regierung und der Bevollmächtigte des Reiches sind während der Dauer dieses Ausnahmezustandes in ihrer Tätigkeit ausgeschaltet. Der Befehlshaber wird sich jedoch gewisser Organe des Bevollmächtigten des Reiches und — soweit möglich — auch der örtlichen dänischen Behörden zur Durchführung seiner Aufgaben bedienen. —

Der militärische Ausnahmezustand kann für das ganze Land Dänemark oder für bestimmte Landesteile erklärt werden. —

Anordnungen und Massnahmen bei Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes:

A.) *Regelung der Befehlsgewalt:*

Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark befiehlt

- a) den militärischen Ausnahmezustand für Teile des Landes oder für das Gesamtgebiet,
- b) die Bekämpfung des Aufstandes mit den ihm unterstellten Truppen,
- c) alle sonst der gegebenen Lage entsprechenden Massnahmen.

Die Befehlerteilung erfolgt über die Divisionen, welche für ihren Divisionsbereich verantwortlich sind. Die Divisionen ihrerseits geben ihre Befehle und Anordnungen an die entsprechenden Abschnittskommandeure, welche ihrerseits den in ihrem Bereich befindlichen Standortältesten die entsprechende Weisung zukommen lassen. —

Die Befehlerteilung von Seiten der Divisionen hat auch an die in ihren Bereichen befindlichen Standortältesten der Marine und der Luftwaffe zu erfolgen. Befehlsweg wie oben angeführt über die zuständigen Abschnittskommandeure. —

B.) Sofort zu ergreifende Massnahmen:

1.) Veröffentlichung des Ausnahmezustandes durch öffentlichen Anschlag, in der Presse, durch Lautsprecher usw. Entwurf siehe Anlage.

2.) *Anordnungen gegenüber der dänischen Verwaltung:*

- a) Verpflichtung der Beamten und öffentlichen Angestellten zur Fortsetzung ihrer Arbeit.
- b) Verpflichtung der dänischen Behörden zum Gehorsam gegenüber eingesetzten deutschen Aufsichtspersonen.

Es ist hierbei zum Ausdruck zu bringen, dass die Verweigerung des Gehorsams oder passiver Widerstand standrechtlich geahndet werden.

3.) *Anordnungen gegenüber der Zivilbevölkerung:*

- a) Zeitliche Ausgangsbeschränkung für die Bevölkerung (mit Ausnahme der Angehörigen bestimmter kriegs- und lebenswichtiger Betriebe),
- b) Schliessung oder Festsetzung besonderer Polizeistunden für Gaststätten und Vergnügungsstätten,
- c) Sperrung jedes zivilen Nachrichtenverkehrs (im Benehmen mit dem Nachrichtenführer beim Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark),
- d) allgemeines Reiseverbot (mit Ausnahme der Angehörigen kriegs- und lebenswichtiger Betriebe).

4.) *Sicherungsmassnahmen* je nach örtlichen Verhältnissen und der augenblicklichen Lage:

- a) Besetzung aller wichtigen Fernmeldeanlagen (Fernsprech- und Telegrafämter, Rundfunksender).
- b) Sicherung der folgenden Gebäudegruppen:
Der deutschen Dienstgebäude,
bestimmter Schlösser der dänischen Königsfamilie,
des Schlosses Christiansborg in Kopenhagen (Sitz des Reichstages und mehrerer Ministerien),
des Rathauses in Kopenhagen, der dänischen Nationalbank,
der Dienstgebäude der Polizeibehörden und der Amtsmänner,
aller Strafanstalten, des Kommunistenlagers in Horserød, des Interniertenlagers in Storegrund,
der Bahnhöfe, Fähren, Hafenanlagen, Brücken, der wichtigsten Unter- und Überführungen usw.,
bestimmter lebenswichtiger Betriebe (z. B. Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke),
- c) Sperrung der für Truppenbewegung oder Nachschub benötigten Landstrassen für den Zivilverkehr.

C.) Besondere Massnahmen

Als solche Massnahmen kommen in Frage:

- a) Sicherstellung bestimmter Personengruppen z.B.
bestimmter Angehöriger der Königsfamilie,
Parteiführer, Reichstagsabgeordneter und anderer Politiker nach einer aufzustellenden Liste,
bekannter deutschfeindlicher Elemente nach einer aufzustellenden Liste mit Billigung des Befehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark,

- b) Erforderlichenfalls Auferlegung von Geldstrafen zu Zwecken der Sicherung, des Schadenersatzes und der Busse. Ermächtigung durch Div. Kommandeure bzw. Befehlshaber d. dt. Truppen in Dänemark.
- c) Erforderlichenfalls Anwendung sonstiger Zwangsmittel wie *völlige* Ausgangssperre, Bewachung bestimmter Einrichtungen durch Landeseinwohner usw., Befehle erteilen Div. Kdeure. an Standortälteste.

Alle territorialen Befehlsstellen (416. Inf. Div., Div. Nr. 160, Div. Nr. 166) Abschnittskommandeure, Standortälteste) legen sofort Kalender über die voraussichtlich erforderlichen Massnahmen gemäss obiger Ausführungen an. —

Der Befehlshaber der deutschen
Truppen in Dänemark.

gez. v. **Hanneken**,
General der Infanterie.

1 Anlage

Verteiler:

416. Inf. Div. mit 49 N.A. an Abschnittskdr. u. Standortältesten (auch Marine und Luftwaff)	1. — 50. Ausf.
Div. Nr. 160 - 44 N.A. an desgleichen	51. — 95. —
Div. Nr. 166 - 22 N.A. an —	96. — 118. —
Standortältester Bornholm	119. —

Nachrichtlich:

233. Res. Pz. Div.	120. —
Admiral Dänemark mit 3 N.A.	121. — 124. —
B.S.O.	125. —
General der Luftwaffe in Dänemark mit 10 N.A.	126. — 136. —
Bevollmächtigter des Reiches in Dänemark	137. —
Ic zugl. für Abwehrstelle Dänemark	138. — 139. —
Qu.	140. —
Nafü	141. —
III.	142. —
Reserve	143. — 159. —
Ia (Entwurf)	160. —

Anlage zu Bef. Dänemark

Ia Br. B. Nr. 722/43 g. Kdos.
v. 23.8.43

Kopenhagen, den

Bekanntmachung

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass die dänische Regierung nicht mehr in der Lage ist, Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Die von feindlichen Agenten angezettelten Unruhen richten sich unmittelbar gegen die deutsche Wehrmacht. Ich sehe mich daher gezwungen, im Sinne der Artikel 42—56 der Haager Landkriegsordnung den

militärischen Ausnahmezustand

zu erklären.

Mit sofortiger Wirkung ordne ich an:

- 1.) Die Beamten und Angestellten der öffentlichen Behörden haben ihre Dienstgeschäfte loyal weiterzuführen. Sie haben den Weisungen der eingesetzten deutschen Aufsichtspersonen Folge zu leisten.

- 2.) Zusammenrottungen — Ansammlungen von mehr als 5 Personen — in der Öffentlichkeit sind verboten.
- 3.) Die Polizeistunde wird auf Eintritt der Dunkelheit festgesetzt.
- 4.) Mit Eintritt der Dunkelheit ist ebenfalls jeder Verkehr auf der Strasse untersagt.
- 5.) Jeder zivile Nachrichtenverkehr ist vorläufig verboten.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden standrechtlich geahndet.

Gegen Gewaltanwendung, Zusammenrottungen usw. wird rücksichtslos von der Waffe Gebrauch gemacht.

Der Befehlshaber der deutschen
Truppen in Dänemark

gez. v. Hanneken,
General der Infanterie.

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN TRUPPEN IN DÄNEMARK

H.Qu., 24. August 1943.

Abt. Ia — Br.B.Nr.722/43 g.Kdos. II. Ang.

Bezug: Hiesiges Schreiben Ia Br.B.Nr. 722/43 g.Kdos. v. 23.8.43.

- I.) In der Anlage wird dänische Übersetzung der dem Bezugsschreiben angehefteten Bekanntmachung übersandt.
Übersetzung ist dem Bezugsschreiben anzulegen. —
- II.) Weiterhin ist Bezugsschreiben wie folgt zu berichtigen:
Seite 3, Ziffer B 2 b ändere: „gerichtlich“
in: „standrechtlich“

Für den Befehlshaber der deutschen
Truppen in Dänemark

Der Chef des Generalstabes
gez. v. Collani.

1 Anlage

Verteiler:

wie Bezugsverfügung.

*Anlage zu Bef. Dänemark
— Ia — Br.B.Nr.722/43 g.Kdos. II. Ang. —
vom 24. August 1943*

Übersetzung.

Bekendtgørelse

De sidste Begivenheder har vist, at den danske Regering ikke mere er i Stand til at opretholde Ro og Orden her i Landet. De af fjendtlige Agenter fremkaldte Uroligheder retter sig umiddelbart mod den tyske Værnemagt. Jeg ser mig derfor nød til i Henhold til Artiklerne 42—56 i Haager Landkriksordningen at proklamere den

militære Undtagelsestilstand.

Med øjeblikkelig Varsel anordner jeg følgende:

- 1.) Embedsmænd og Funktionærer ved de offentlige Myndigheder og Institutioner skal loyalt fortsætte med at opfylde deres Embedsforpligtelser. De skal efterkomme de Anvisninger, som bliver givet af de indsatte tyske Opsynsmænd.

- 2.) Sammenstimlinger og Ansamlinger af flere end 5 Personer paa Gaden og paa offentlige Steder er forbudt.
- 3.) Lukketiden fastsættes til Mørkets Frembrud.
- 4.) Efter Mørkets Frembrud er enhver Trafik paa Gaden forbudt.
- 5.) Enhver Afbenyttelse af Post, Telegraf og Telefon er indtil videre forbudt.

Overtrædelse af ovenstaaende Bestemmelser vil blive straffet ved Standret.

Mod Voldshandlinger, Sammenstimlinger o.s.v. vil der hensynsløst blive gjort Brug af Vaaben.

Den Øverstkommanderende for de tyske Tropper
i Danmark

sign. **von Hanneken**,
general af infanteriet.

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK

H.Qu., den 27. August 43.

Abt. Ia — Br.B.Nr.742/43 g.Kdos.

Bezug: Bef. Dänemark 1.) Ia — 722/43 g.Kdos. vom 23.8.43
2.) Ia — 722/43 g.Kdos. II. Ang. vom 24.8.43.

Betr.: Militärischer Ausnahmezustand.

In der Anlage wird ein „*Merkblatt für den militärischen Ausnahmezustand*“ zur Benutzung durch die Standortältesten übersandt. Das Merkblatt ist eine *Anleitung*, in welcher Form die Massnahmen in den Standorten während des Ausnahmezustandes durchzuführen sind.

Es wird ferner eine „*Bekanntmachung*“ beigefügt, welche nach Erklärung des militärischen Ausnahmezustandes in deutscher und dänischer Sprache sofort zu veröffentlichen ist. Gültigkeitsbereich für militärischen Ausnahmezustand ist bei Drucklegung einzutragen.

Es ist Vorsorge zu treffen, dass diese Bekanntmachung nach Erklärung des militärischen Ausnahmezustandes zwecks öffentlichen Anschlages in der nächstgelegenen Druckerei vervielfältigt wird. Eine dänische Übersetzung ist der Bekanntmachung beigefügt. Die vorliegende Bekanntmachung ist jetzt massgebend.

Die Bekanntmachungen, die mit Bezugsverfügungen übersandt wurden, sind hiermit hinfällig und zu vernichten.

Für den Befehlshaber der deutschen
Truppen in Dänemark

Der Chef des Generalstabes

I. A.

gez. v. Aweyden.

2 Anlagen

Verteiler:

wie Bezugsverfügung.

416. Inf. Div. zusätzlich 10 Exempl.		
Div. Nr. 160	—	10 —
Div. Nr. 166	—	5 —

Anlage 1 zu Bef. Dänemark
— Ia Br. B. Nr. 742/43 g.Kdos. —
v. 27.8.43

Merkblatt für den militärischen Ausnahmezustand

Das Merkblatt dient dem Standortältesten als Anleitung, welche Massnahmen er für den Ausnahmezustand vorzubereiten, und in welcher Form er sie während des Ausnahmezustandes durchzuführen hat. Besondere Massnahmen, die die jeweilige Lage oder nur die Verhältnisse des betreffenden Standortbereiches nötig machen, sind gegebenenfalls selbständig anzuordnen, wenn Rückfragen bei vorgesetzter Dienststelle infolge Versagens der Nachrichtenmittel nicht möglich sind.

1.) *Inkrafttreten des militärischen Ausnahmezustandes.*

Sobald *Ausnahmezustand* befohlen, ist *Bereitschaftsstufe I* anzuordnen, *Belehrung über militärischen Ausnahmezustand* hat bei der Truppe stattzufinden, *Einrichtung von Standgerichten* ist gemäss Merkblatt Bef. Dänemark — Ia/III — Br.B. Nr. 878/43 geh. — vom 2. 4. 1943 vorzunehmen, *Absperrung des Gebietes*, in welchem der Ausnahmezustand erklärt wurde, durch Abriegeln der Hauptstrassen, damit kein Zuzug in dieses Gebiet von aussen her erfolgen kann. Es muss verhindert werden, dass aufsässige Elemente von auswärts Zuzug erhalten, *ein allgemeines Reiseverbot* (mit Ausnahme für Angehörige kriegs- und lebenswichtiger Betriebe) ist zu erlassen. Bahnwache auf Bahnhöfen stellt sicher, dass nur Zivilpersonen mit Ausweis des Standortältesten die Eisenbahn benutzen, *ein Verbot des zivilen Kraftfahrverkehrs* ist ebenfalls zu erlassen (Ausnahmen nur für Personen mit besonderem Ausweis des Standortältesten für lebensnotwendige Fahrten), *Streifendienst einrichten*; für plötzlichen Einsatz Alarmgruppen bereit halten, *Vorbereitung treffen für die erste Unterbringung von Festgenommenen* (am besten Kasernen), dabei an Bewachungspersonal denken, *Bekanntgabe der Arrestlokale* für Festsetzung von Gefangenen und Bekanntgabe der Standgerichtsorte für Wachen und Streifen.

2.) *Bürgermeister und Polizeimeister bestellen.* In einer Ansprache bekanntgeben, dass nunmehr die *vollziehende Gewalt* auf die Wehrmacht übergegangen ist. Erklärung des Ausnahmezustandes und Hinweis auf standrechtliche Folgen einer Gehorsamsverweigerung. Befragen, ob gewillt, loyal unter der deutschen Aufsichtsperson und nach deutschen Weisungen zu arbeiten, bei Ablehnung festnehmen und dienstältesten Untergebenen zur Erklärung auffordern usw. Bei Bereitwilligkeit Verpflichtung durch Handschlag. *Veröffentlichung der Bekanntmachung des Befehlshabers Dänemark* über den militärischen Ausnahmezustand durch Litfassäulen — und Maueranschläge, *Erscheinen der Tagespresse* ist bis auf weiteres verboten.

3.) *Sicherungsmassnahmen.*

Besetzung aller Fernsprech- und Telegrafämter, Rundfunksender, Sicherung vorher bestimmter wichtiger Gebäudegruppen (Dienstgebäude, Strafanstalten, Bahnhöfe usw., lebenswichtige Betriebe wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke). *Vorsorge treffen*, dass in den zu sichernden Gebäuden Sabotagemöglichkeiten nicht vorhanden sind und ausreichender Schutz gegen Angriffe besteht.

4.) *Aufsichtspersonen* bei Behörden, wesentlichen Wirtschaftsbetrieben (Banken, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke) einsetzen.

5.) *Polizeiliche Massnahmen.*

Schliessung oder Festsetzung besonderer Polizeistunden für Gaststätten und Vergnügungsstätten, *sofortige polizeiliche Meldepflicht* aller nicht ortsansässiger Personen durch dänische Polizei, *wo erforderlich, Sperrung des zivilen Grenzverkehrs* aus und nach Dänemark.

6.) *Besondere Massnahmen.*

Sicherstellung bestimmter deutschfeindlicher Personengruppen z.B. Politiker, Parteiführer usw. nach einer aufzustellenden Liste, Auferlegung von Geldstrafen zu Zwecken der Sicherung des Schadensersatzes und der Busse,

Anwendung sonstiger Zwangsmittel wie völlige Ausgangssperre, Bewachung bestimmter Einrichtungen (z.B. Eisenbahnstrecken durch Landeseinwohner).

Die vorerwähnten besonderen Massnahmen sind im allgemeinen nur nach entsprechender Weisung des Bef. Dänemark zu treffen.

In Zwangslagen, wenn Nachrichtenmittel für Einholung entsprechender Befehle versagen, muss selbständig unter eigener Verantwortung gehandelt werden.

Anlage 2 zu Bef. Dänemark

— Ia Br. B. Nr. 742/43 g.Kdos. —

v. 27.8.43

Kopenhagen, den.....

Bekanntmachung

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass die dänischen Behörden nicht mehr in der Lage sind, Ruhe und Ordnung in aufrechtzuerhalten. Die von feindlichen Agenten angezettelten Unruhen richten sich unmittelbar gegen die deutsche Wehrmacht. Ich erkläre daher im Sinne der Artikel 42—56 der Haager Landkriegsordnung

den
militärischen Ausnahmezustand
für

Mit sofortiger Wirkung ordne ich an:

- 1.) Die Beamten und Angestellten der öffentlichen Behörden haben ihre Dienstgeschäfte loyal weiterzuführen. Sie haben den Weisungen der eingesetzten deutschen Aufsichtspersonen Folge zu leisten.
- 2.) Zusammenrottungen — Ansammlungen von mehr als 5 Personen — in der Öffentlichkeit sind verboten, desgleichen alle Versammlungen, auch die nicht öffentlichen.
- 3.) Die Polizeistunde wird auf Eintritt der Dunkelheit festgesetzt. Mit diesem Zeitpunkt ist auch jeder Verkehr auf der Strasse untersagt.
- 4.) Jeder zivile Nachrichtenverkehr ist vorläufig verboten.
- 5.) Jeder Streik ist verboten. Aufhetzung zum Streik zum Nachteil der deutschen Wehrmacht ist Feindbegünstigung und wird in der Regel mit dem Tode bestraft.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden von den deutschen Standgerichten abgeurteilt.

Gegen Gewaltanwendung, Zusammenrottungen usw. wird rücksichtslos von der Waffe Gebrauch gemacht.

Jedem Einwohner Dänemarks, der sich den auf völkerrechtlicher Grundlage beruhenden Kriegsangeordnungen fügt, wird Unversehrtheit der Person und des Eigentums im Rahmen der Gesetze zugesichert.

Der Befehlshaber der deutschen
Truppen in Dänemark.

København,

Bekendtgørelse

De sidste Begivenheder har vist, at den danske Regering ikke mere er i Stand til at opretholde Ro og Orden i De af fjendtlige Agenter fremkaldte Uroligheder retter sig umiddelbart mod den tyske Værnemagt. Jeg proklamerer derfor i Henhold til Artiklerne 42—56 i Haager Landkrigsordning den

militære Undtagelsestilstand

i

Med øjeblikkelig Varsel anordner jeg følgende:

- 1.) Embedsmænd og Funktionærer ved de offentlige Myndigheder og Institutioner skal loyalt fortsætte med at opfylde deres Embedsforpligtelser. De skal efterkomme de Anvisninger, som bliver givet af de indsatte tyske Opsynsmænd.
- 2.) Sammenstimlinger og Ansamlinger af flere end 5 Personer paa Gaden og paa offentlige Steder er forbudt, ligesom er alle Forsamlinger, ogsaa de ikke offentlige, forbudt.
- 3.) Lukketiden fastsættes til Mørkets Frembrud. Fra dette Tidspunkt er ogsaa enhver Trafik paa Gaden forbudt.
- 4.) Enhver Afbenyttelse af Post, Telegraf og Telefon er indtil videre forbudt.
- 5.) Enhver Strejke er forbudt. Opfordring til Strejke til Skade for den tyske Værnemagt fremmer Fjenden og straffes i Reglen med Døden.

Overtrædelser af forestaaende Bestemmelser vil blive straffet ved de tyske Standretter.

Mod Voldshandlinger, Sammenstimlinger o.s.v. vil der hensynsløst blive gjort Brug af Vaaben.

Enhver Borger i Danmark, som efterkommer denne paa folkeretligt Grundlag hvilende Krigslov, tilsikres Personens og Ejendomens Urørthed i Henhold til Lovene.

Den Øverstbefalende for de tyske Tropper
i Danmark.

Anlage III

Abschrift

OBERKOMMANDO DER WEHRMACHT

Führerhauptquartier, den 28.1.1943

14 n 23 WR (I ¾)
2940/42

**Zweiter Erlass über die Ausübung der Wehrmachtgerichtsbarkeit in Dänemark
gegen Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit**

Vom 28. Januar 1943

Im Einvernehmen mit dem Bevollmächtigten des Reiches in Dänemark bestimme ich auf Grund von § 118 der Kriegsstrafverfahrensordnung für die Ausübung der Wehrmachtgerichtsbarkeit in Dänemark gegen Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, soweit sie nicht zum Gefolge der Wehrmacht gehören:

§ 1.

Die Entscheidung über die Verfolgung von Straftaten, die deutsche Interessen berühren, trifft der Bevollmächtigte des Reiches, soweit nicht nach § 2 die Wehrmachtgerichte für die Strafverfolgung zuständig sind.

§ 2.

(1) Die Wehrmachtgerichte sind zuständig für die Untersuchung und Aburteilung solcher Straftaten, die

- 1.) sich unmittelbar gegen die deutsche Wehrmacht, ihre Angehörigen oder ihr Gefolge richten
oder
- 2.) in Gebäuden, Räumen, Anlagen oder Schiffen begangen werden, die den Zwecken der deutschen Wehrmacht dienen.

(2) Dänemark gilt als Operationsgebiet im Sinne des § 14 Abs. 4 Nr. 2 der Kriegsstrafverfahrensordnung.

(3) Der Befehlshaber der deutschen Truppen entscheidet, ob eine Straftat kriegsgerichtlich abgeurteilt werden soll. Er kann das Verfahren an den Bevollmächtigten des Reiches zur Entscheidung über die weitere Strafverfolgung abgeben; damit erlischt die Zuständigkeit der Wehrmachtgerichte.

§ 3.

(1) Politische Bedenken gegen die Vollstreckung von Strafen, auf die ein Wehrmachtgericht erkannt hat, wird der Bevollmächtigte des Reiches beim Befehlshaber der deutschen Truppen im Gnadenverfahren vorbringen.

(2) Glaubt der Befehlshaber den Bedenken nicht entsprechen zu können, so legt er die Akten dem Oberkommando der Wehrmacht vor; diese beteiligt das Oberkommando des Wehrmachtteils dessen Gericht in der Sache erkannt hat.

§ 4.

§§ 1 und 2 des ersten Erlasses über die Ausübung der Wehrmachtgerichtsbarkeit in Dänemark gegen Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit vom 1. August 1940 werden aufgehoben.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. **Keitel**.

Anlage IV

Abschrift

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK

Hauptquartier, den 15. Mai 1943

III/Qu. Az. 14 g

Betrifft: Ausländisches Wehrmachtgefolge.

Nach § 115 MStGB sind während eines gegen das deutsche Reich ausgebrochenen Krieges alle diejenigen Personen zum Wehrmachtgefolge zu rechnen, die

- a) in irgendeinem Dienst- oder Vertragsverhältnis zur Wehrmacht stehen *und* sich bei der Wehrmacht befinden (*rechtliches* Folgeverhältnis) oder
- b) sich bei der Wehrmacht aufhalten oder ihr folgen (*tatsächliches* Folgeverhältnis).

Zu den Gefolgspersonen in diesem Sinne gehören die Angestellten der militärischen Dienststellen, die Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen der militärischen Lazarette, die Pächter und das Personal von Truppenkasinos und Truppenkantinen, diejenigen Arbeiter, die unter der unmittelbaren Aufsicht von Wehrmachtdienststellen Wehrmachtaufträge ausführen, u.a.m. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um Personen deutscher oder ausländischer (selbst feindlicher) Staatsangehörigkeit handelt.

Die Personen des Heeres gefolges — wenigstens die männlichen — sind in vollem Umfange den Kriegsgesetzen sowie der Wehrmachtdisziplinarstrafordnung unterworfen (vergl. Erlass des Oberbefehlshabers des Heeres vom 12. 3. 1940 — HVBl. B, S. 117 und vom 1. 8. 1940 — HVBl. B, S. 299).

Über die Frage der Unterwerfung unter die Kriegsgesetze und die Disziplinarstrafordnung entscheiden bei der *Kriegsmarine* und der *Luftwaffe* insbesondere die Erlasse des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vom 9. 3. 1940 (MVBl. S. 176 Nr. 159) und des Oberbefehlshabers der Luftwaffe vom 1. 12. 1942 (LVBl. B, S. 1735).

Die nichtdeutschen Gefolgspersonen werden in den meisten Fällen über ihre Unterstellung und deren rechtliche Tragweite nicht in Kenntnis sein. Es ist daher eine selbstverständliche Pflicht, soweit es die Umstände irgendwie gestatten, sie entsprechend zu belehren. Dies gilt in besonderem Grad für diejenigen Gefolgspersonen, die die Staatsangehörigkeit eines befreundeten Landes, z. B. Dänemarks, besitzen.

Ich ordne deshalb an, dass vorerst alle dänischen Gefolgspersonen, die sich in einem voraussichtlich länger als einen Monat dauernden Dienst- oder Vertragsverhältnis bei der deutschen Wehrmacht in Dänemark befinden — also in einem *rechtlichen* Folgeverhältnis stehen — vor der Eingehung des Gefolgschaftsverhältnisses über ihre strafrechtliche und disziplinare Unterstellung belehrt werden und dass sie eine Erklärung — in deutscher und dänischer Sprache — zu unterschreiben haben, aus der die erfolgte Belehrung hervorgeht. Bei den Gefolgspersonen, die bisher ohne eine solche Belehrung und Unterschriftsleistung eingestellt worden sind, ist das Erforderliche umgehend nachzuholen.

Befinden sich Personen nur in einem *tatsächlichen* Folgeverhältnis bei der Wehrmacht (wie die Bauarbeiter, die im Auftrage einer von der Wehrmacht verpflichteten Firma, aber unter der unmittelbaren Aufsicht der zuständigen Wehrmachtdienststelle, auf Festungsgelände oder auf Flugplätzen beschäftigt werden), so genügt es, wenn die Unternehmer, in deren Auftrag sie tätig sind, belehrt und zudem verpflichtet werden, die in Frage kommenden Arbeitsnehmer von sich aus aufzuklären. Belehrung und Verpflichtung sind ebenfalls schriftlich festzulegen.

Etwasige Zweifel über die Zugehörigkeit zum Wehrmachtgefolge oder über die gerichtliche und disziplinare Unterstellung können bei den zuständigen Wehrmachtgerichten geklärt werden.

gez. von Hanneken.

Anlage V

Abschrift

Festnahmerecht der dänischen Polizei gegenüber deutschen Wehrmachtangehörigen

I.

1.) Die dänische Polizei darf einen Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihres Gefolges nur dann

vorläufig festnehmen,

wenn er

- a) bei einem Verbrechen auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird;
- b) bei einem Vergehen auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird und sich nicht durch Soldbuch oder auf andere Weise ausweist.

2.) Ein Recht zur Festnahme besteht nicht, wenn ein deutscher Wehrmachtangehöriger im Offiziersrang, ein Beamter der Feldgendarmarie oder eine militärische Wache sogleich erreichbar ist.

3.) Im Sinne dieser Vereinbarung gelten:

- a) Als Verbrechen:
Mord, Totschlag,
Einbruchsdiebstahl,
Raub,
Brandstiftung,

vorsätzliche Gefährdung des Transportverkehrs,
Gewaltunzucht, Unzucht an Kindern unter 14 Jahren, Spionage,
Wehrmittelbeschädigung.

- b) *Als Vergehen:*
Fahrlässige Tötung,
einfacher Diebstahl,
Hehlerei,
schwere Fälle der tätlichen Beleidigung,
schwere Fälle des Hausfriedensbruchs,
schwere Fälle der Körperverletzung.

II.

1.) Die dänische Polizei darf einen Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihres Gefolges einer deutschen oder, wenn diese nicht sofort erreichbar ist, einer dänischen

Dienststelle zuführen,

wenn er

durch sinnlose Trunkenheit

die öffentliche Sicherheit gefährdet oder öffentliches Ärgernis erregt.

2.) Abschnitt I Nummer 2 gilt entsprechend.

III.

1.) Die dänische Polizei darf die Personalien eines Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihres Gefolges feststellen,

- a) wenn dieser sich eines gesetzwidrigen Verhaltens schuldig gemacht hat,
- b) wenn sein Zeugnis zur Aufklärung einer Straftat unerlässlich ist.

2.) Ist ein deutscher Wehrmachtangehöriger im Offiziersrang, ein Beamter der Feldgendarmarie oder eine militärische Wache erreichbar, so hat die dänische Polizei ihre Vermittlung in Anspruch zu nehmen.

IV.

1.) Bei jedem Einschreiten gegen einen Angehörigen der deutschen Wehrmacht oder des Wehrmachtgefolges im Sinne der Abschnitte I—III hat die Polizei in taktvoller, dem Ansehen der Wehrmacht nicht abträglicher Weise zu verfahren, insbesondere nach Möglichkeit jedes Aufsehen zu vermeiden.

2.) Auf Verlangen des Wehrmacht- oder Gefolgsangehörigen, gegen welche die Polizei einschreitet, hat der amtierende Polizeibeamte seine Marke mit Dienstnummer vorzuzeigen; diese Pflicht gilt auch für Polizeibeamte in Uniform.

3.) Die vorläufige Festnahme gemäss Abschnitt I erfolgt *notfalls* durch Anwendung körperlicher Gewalt. Die Benutzung des Gummiknüppels ist jedoch unter allen Umständen untersagt. Von der Waffe darf die Polizei nur im Falle äusserster Not und Gefahr Gebrauch machen, und zwar nur dann, wenn sie selbst oder dritte Personen rechtswidrig angegriffen werden und keinerlei zur Abwehr des gegenwärtigen Angriffs ausreichenden Zwangsmittel zur Verfügung stehen.

4.) Der Festgenommene ist unverzüglich der nächsten deutschen Dienststelle zuzuführen. Eine öffentliche Zuführung des Festgenommenen durch die dänische Polizei hat indes zu unterbleiben. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Wehrmacht- und Gefolgsangehörigen während der Dauer des Aufenthalts in dem Polizeigewahrsam von anderen Häftlingen gesondert gehalten werden.

5.) Entsprechendes (wie zu Nummer 4) gilt für sinnlos Trunkene, die gemäss Abschnitt II einer dänischen Wache zugeführt worden sind. Sie sind jedoch zu entlassen, sobald eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht mehr besteht. Vor der Entlassung sind die Personalien festzustellen.

6.) Die Feststellung der Personalien eines deutschen Wehrmacht- und Gefolgsangehörigen gemäss Abschnitt III erstreckt sich nur auf Vor- und Nachnamen sowie Feldpostnummer; als Ausweis eines deutschen Wehrmachtangehörigen gilt für Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe das erste Blatt (Seite 1 und 2) seines Soldbuches. Als Ausweis eines Gefolgsangehörigen gilt nur der von einer militärischen Dienststelle (einschl. Organisation Todt) ausgestellte Lichtbildausweis. Die Wehrmacht- und Gefolgsangehörigen sind verpflichtet, im Falle des Vorliegens der Voraussetzung von Abschnitt I—III auf Verlangen der Polizei die Personalien anzugeben und das Soldbuch (Seite 1 und 2) bzw. den Lichtbildausweis zur Einsicht vorzuzeigen. Eine Aushändigung des Soldbuches oder Lichtbildausweises an die dänische Polizei erfolgt nicht.

7.) Die Polizei hat jedes Einschreiten im Sinne der Abschnitte I—III *sofort* dem deutschen Standortältesten bzw. Wehrmachtkommandanten oder (falls ein solcher am Ort nicht vorhanden) der nächsten deutschen Dienststelle zu melden. Ausserdem hat sie innerhalb 24 Stunden dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark zu berichten. Der Bericht ist *unverzüglich* in schriftlicher Form — unter fernmündlicher Vorausmeldung — an den Staatsadvokaten für besondere Angelegenheiten in Kopenhagen, Politigaarden, zu leiten, der ihn an den Befehlshaber weitergibt.

V.

1.) Vorstehende Richtlinien gelten auch gegenüber Wehrmacht- und Gefolgsangehörigen in bürgerlicher Kleidung (z.B. gegenüber Besatzungsmitgliedern von Schiffen, die unter deutscher Reichskriegsflagge fahren), falls diese sich als solche ausreichend (Abschnitt IV Nummer 6) ausweisen.

2.) Zu anderen Massnahmen, als sie in diesen Richtlinien festgelegt sind, ist die dänische Polizei gegenüber Wehrmacht- und Gefolgsangehörigen nicht befugt. Ausgenommen sind nur Hinweise auf ordnungswidriges Verhalten.

3.) Die der dänischen Polizei eingeräumten Rechte gegenüber deutschen Wehrmacht- und Gefolgsangehörigen stehen nur der ordentlichen Polizei zu, nicht der sogenannten Hilfspolizei. Diese hat sich jeder Massnahme gegenüber Wehrmacht- oder Gefolgsangehörigen zu enthalten.

4.) Die dänische Polizei ist verpflichtet, deutschen Wehrmacht- oder Gefolgsangehörigen bei Zusammenstössen Hilfe zu leisten. Andererseits sind auch die deutschen Wehrmachtangehörigen gehalten, der dänischen Polizei auf deren Verlangen Unterstützung zu gewähren, dies gilt jedoch *nur* bei Massnahmen gegenüber deutschen Wehrmacht- und Gefolgsangehörigen.

Anlage VI

Offizierstellenbesetzungsliste des Div. Kdos. der Div. Nr. 166 während der Entwaffnung des dänischen Heeres am 29.8.1943

Im Auszug

Castorf	Generalmajor	Div. Kdr.
Herzog	Major d. R.	Ia
Homann	Obltn.	Ordonnanz-Offz.
Stremke	Hptm.	Ic
Multermann	Rittm. d. R.	Ia N und Kdt. d. Stabsqu.
Frielingshaus	Hptm. d. R.	Ib
Dr. Schröter	Oberstabsintendant d. R.	IVa
Dr. Brinkmann	Oberstabsarzt d. R.	IVb
Dr. Birkhäuser	Oberstabsveterinär	IVc
Hey	Hptm. d. R.	IIa

Übersicht über die Standorte der dänischen Truppen

I. Seeländische Division		Kopenhagen
Leibgarde mit 1., 2., 3. Btl. Stabskp. u. J.G.-Kp.		Kopenhagen
1. Regiment mit 1., 15., 21. u. 24. Verst. Btl., Stabskp. u. J.G.-Kp.		Kopenhagen
4. Regiment mit 11., 17. u. 28. Verst. Btl., Stabskp.		Roskilde
5. Regiment mit 7., 19., 25. Verst. Btl. u. Stabskp.		Vordingborg
Gardehusarenregiment mit 2 Reiter-, 2 Rdf. Eskadr., 1 Schützen-Zug u. Pz. Spähwagen-Kp.		Næstved
1. Feldartillerieregiment 1., 2. u. 6. Art. Abt.		Kopenhagen
2. Feldartillerieregiment mit 5. u. 12. Art. Abt. sowie 8. Btl. vom 4. Regiment, J.G.-Kp.		Holbæk
4. u. 11. Art. Abt. vom 2. Feldartillerieregiment		Ringsted
10. u. 13. Art. Abt. Flugabwehr-Rgt.		Kopenhagen
Ing. Rgt. mit 1., 2. Pionier- u. 1. Telegraf-Btl.		Kopenhagen
14. Art. vom 5. Rgt. u. J.G.-Kp.		Slagelse
II. Jütländische Division		Odense
2. Regiment mit 3., 13., 18., 22. Verst. Btl., Stabskp. u. J.G.-Kp.		Faaborg
3. Regiment mit 6., 9., 2., 23. Verst. Btl., Stabskp. u. J.G.-Kp.		Nyborg
Stab Jütl. Div., 6. Rgt. mit 16., 26. Verst. Btl., Stabskp. u. 2. Radf. Eskdr.		Odense
7. Regiment mit 2., 12., 27. Verst. Btl., Stabskp. u. J.G.-Kp.		Kerteminde
Inf. Pi. Kdo. u. 1., 2. Pi. Btl.		Assens
Jütländisches Dragonerregiment, 3 Radf. Eskadr., 2 Reiter-Kp., 1 Pz. Spähwagen-Kp. u. 1. Schtz.-Zug.		Hvidkilde
3. Feldartillerieregiment mit 3., 4., 7., 8., 9. u. 14. Art. Abt.		Svendborg
Teile der 14. Art. Abt.		Ringe
Teile der 14. Art. Abt.		Aalholm
10. Btl. vom 7. Regiment		Berritsgaard
		Ulriksholm
III. Schulen		
Heeresfliegerschule		Kopenhagen
Heeresgymnastikschule		Kopenhagen
Heeresoffizierschule		Kopenhagen—
Schiess-Schule für Handwaffen		Frederiksberg
Artillerieschiess-Schule		Kopenhagen
Pionier- u. Telegrafenschule		Kopenhagen
Fähnrich- u. Leutnantschule		Kopenhagen
Unteroffizierschule		Næstved
Reit- und Portepeeträgerschule der Kav.		Næstved
Artillerie-Unterführerschule		Næstved
		Holbæk.

¹⁾ I originalmanuskriptet findes intet Anlage VII og IX — X.

Truppengliederung bis zum 28.8.1943

Anlage VI

Division Nr. 166
Generalmajor Castorf

Abschnitt Kopenhagen	Abschnitt Seeland	Abschnitt Tünen
Abschnittskommandeur: Standortältester Kopenhagen (Kdr. Div. Nr. 166) Generalmajor Castorf Stab Div. Nr. 166 Wehrmachthauptmann Kopenhagen d. 905 37 Pz. 39 Wg.	Abschnittskommandeur: Kommandeur Gren. Ers. Rgt. 6 Oberst Ruyter Stab Gren. Ers. Rgt. 6 18 58 202 6 720 15. Div. 1. Inf. 39. J.-G. 3. Inf. 39. Wehrm. Kdr.	Abschnittskommandeur: Kommandeur Gren. Ers. Rgt. 86 Oberstleutnant Weiß Stab Gren. Ers. Rgt. 86 167 184 Gr. 878 Inf. Nachr. Kp. 86

Einsatzmäßig für den Kampfauftrag

am 29.8.1943 unterstellt:

- Pl. Sdgs.-Lehr.- u. Ers. Btl.
- II. Pz. Gren. Regl. 146
- Teile Panzer-Regiment 9
- Notdienstverpflichtete
- Blindflugschule Kastrop

2981047

Mr. 166

Generalmajor Castor

Anlage XII

904

Dislokation der dänischen Flotte

- 1) *Kopenhagen:*
Küstenpanzerschiff „Peder Skram“, 3 Torpedo-Boote, 2 Minenschiffe, 2 Minenfahrzeuge, 3 Minenräumboote, 12 U-Boote und 1 Vermessungsschiff.
- 2) *Iseffjord:*
Küstenpanzerschiff „Niels Juel“ und 1—2 kleine Fahrzeuge.
- 3) *Kalundborg:*
1 Minenräumboot.
- 4) *Korsør:*
2 Minensuchboote, 1 Torpedo-Boot, 1 Minenräumboot.
- 5) *Nyborg:*
1 Minensuchboot.
- 6) *Svendborg:*
2 Minensuchboote, 2 Patrouillen-Boote.
- 7) *Faaborg:*
1 Minensuchboot.
- 8) *Gewässer südl. Fünen:*
2 Schulschiffe, 2 Torpedo-Boote.
- 9) *Karrebaksmünde:*
1 Minensuchboot.
- 10) *Vejle, Horsens, Randers, Mariager, Odense, Bandholm, Nakskov, Masnedsund, Køge:*
je 1—2 kleine Minensuch- bzw. Patrouillen-Boote.

Das Hauptkontingent der dänischen Flotte und des Marinepersonals befand sich in Kopenhagen. Auf der Marinestation und den im Hafenbecken liegenden Schiffen wurde mit insgesamt etwa 1600 Mann gerechnet. Weitere 300 Mann befanden sich auf Middelgrund.

Armierung:

- 1) Küstenpanzerschiff „Niels Juel“:
10 — 14,9 cm, 2 — 5,7 cm, 10 — 2 cm.
- 2) Küstenpanzerschiff „Peder Skram“:
2 — 24 cm, 4 — 15 cm, 8 — 7,5 cm, 2 — 3,7 cm.
- 3) Grosse Torpedo-Boote:
1 bis 2 — 7,5 cm.
- 4) Kleine Torpedo-Boote:
2 — 5,7 cm.
- 5) Minensuchboote:
3 Maschinenkanonen.

Stellenbesetzungsliste des Admirals Dänemark und des Befehlshabers der Sicherung der Ostsee während der Entwaffnung des dänischen Heeres am 29.8.1943

*Im Auszug.***I. Admiral Dänemark**

Wurmbach	Vizeadmiral	Kommandierender Admiral Dänemark
Ihssen	Kpt. z. S.	Chef des Stabes
Lechler	Korv. Kpt.	A I
Jungbecker	Freg. Kpt.	A II
Petersen	Korv. Kpt. M. A.	Kdt. i. Abschn. Dän. Inseln

II. *Befehlshaber der Sicherung der Ostsee*

Stohwasser	Vizeadmiral	B.S.O.
von Killinger	Kpt. z. S.	Chef des Stabes B.S.O.
Piper	Korv. Kpt.	1. Admiralstabsoffz. B.S.O.
Osterloh	Korv. Kpt.	3. Admiralstabsoffz. B.S.O.
Schütte	Korv. Kpt.	Kdt. Minenräumschiff 11
Leonhardt	Korv. Kpt.	Chef 25. Minensuchflottille
Remmers	Korv. Kpt.	Chef 19. Vorpostenflottille
Kohlauf	Korv. Kpt.	Chef 3. Torpedobootflottille
Opdenhoff	Korv. Kpt.	Chef Schnellbootsschulflottille
Zaage	Kptlt.n.	Chef der Flottille Zaage
Dehnert	Kptlt.n.	Chef der Torpedobootflottille Dehnert
Heinz	Kptlt.n.	Führer der Torpedoschulflottille.

Anlage XV

Der Marine zur Verfügung stehende Kräfte

1.) *Admiral Dänemark:*

- a) *Kopenhagen:* *Leitung:* K.i.A. dän. Inseln, Korv.Kpt.(MA)Petersen, Mar.Artl. Abt. 508,
Rekruten-Ausbildungs-Battr. Dragør,
Hafenschutzflottille Kopenhagen,
Stosstrupp Seefliegerhorst Kopenhagen,
insgesamt: 13 Offz., 468 Mann.

Artillerie:

- 1) Auf Führerschiff B.S.O. „Reiher“:
3,7 Doppelflak und 2—2 cm Flak.
- 2) Auf Sperrbrecher 22:
4—3,7 cm, 2—2 cm.
- 3) 8,8 cm Flak Batterie Mellemfort (Lw.)
- 4) 2 motorisierte 8,8 cm Flak (Lw) bei der Zitadelle.
- 5) 3—2 cm Flak (Lw) bei Toldboden.

Unterstützung durch Luftwaffe vorgesehen mit:

- 2 Ju 87 mit je 4—250 kg Bomben,
2 Ju 88 - - 2—250 kg — ,
1 Do 217 - - 4—250 kg — ,
1 He 111 - - 4—250 kg — ,
4 Zerstörer mit 2 cm und MG.
2 Jäger mit Bordwaffen,
5 BV 138 mit je 6—250 kg Bomben,
- 1—1,5 cm und
- 1—3,6 cm Kanone.

- b) *Korsør:* *Leitung:* Chef 19. Vp.Flottille, Korv.Kpt. Remmer, Stosstrupps der 19.Vp., ferner des Wachschiffes „1923“ und der Schiffe „AT 413“, „AT 436“, „MT 1“, „Schapenstehl“, „Kattrepel“ und „Seemöve“, die Kommandos in Stärke von 3—15 Mann. Ferner 1 Stosstrupp von Flak Halskov.
Gesamtstärke: 115 Offz., U.O. und Mannschaften.
- c) *Nyborg:* *Leitung:* Chef der HSFl. Nyborg, Korv.Kpt. Pfeiffer, Stosstrupp der HSFl. Nyborg.

d) *Horsens und Mariager:**Leitung:* Hakmdt. Aarhus, Korv.Kpt. Magnus.

Stosstrupps von Einheiten des B.S.Ö., die im Hafen liegen, und von ausgeschifften Stäben.

e) *Übrige Häfen an der jütländischen Ostküste:*

Einheiten des Heeres.

2.) *Befehlshaber der Sicherung der Ostsee:*

Dem B.S.Ö. standen ausser eigenen Vorposten- und Minensuchbooten 1 Torpedoboots- und 1 Schnellbootsflottille zur Verfügung.

Anlage XVI

**Stellenbesetzungsliste des Generals der Luftwaffe Dänemark während
der Entwaffnung des dänischen Heeres am 29.8.1943**

*Im Auszug.**General der Luftwaffe in Dänemark*

Ritter von Schleich	Generalmajor (ab 1.9.43 Gen.Ltn.)	Kommandeur
Bruhn	Major	Adjutant
Heuschkel	Major	Ia
Eggebrecht	Oberstlttn.	Ib
Dr. Jansen	Hptm.	IIb
Pohle	Ltn.	Flugzeugführer

Fliegerhorstkommandantur L Kastrup

Dauselt	Oberst	Kommandant
---------	--------	------------

Flugplatzkommando A 54/XI Værløse

Simon	Major	Kommandant
-------	-------	------------

Flugplatzkommando B 107/XI (See) Kopenhagen

Galle	Major	Kommandant
-------	-------	------------

Flugplatzkommando B 6/XI Aunø

Grau	Hptm.	Kommandant
------	-------	------------

Blindflugschule 4 Kopenhagen—Kastrup

Schlenstedt	Oberstleutnant	Kommandeur
-------------	----------------	------------

**Stellenbesetzungsliste des Stabs des Befehlshabers Dänemark während
der Entwaffnung des dänischen Heeres am 29.8.1943**

Im Auszug.

von Hanneken	Gen.d.Inf.	Befehlshaber
von Collani	Oberst i.G.	Chef d.Gen.St.
Polifka	1.tn.d.R.	Offz.z.b.V.
<i>Gruppe Ia</i>		
von Aweyden	Oberstlt.n.z.V.i.G.	Ia
Frhr.v.Oldershausen	Obltn.d.R.	O 1
Pöhlmann	Major d.R.	Gasabwehroffz.
Schwenzner	Major z.V.	Leiter Mil.Geo.
<i>Gruppe Ib (Qu)</i>		
Meyer	Oberst	Ib
Dr. Esche	Obltn.d.R.	O 2
Däbel	Oberstlt.n. (W)	WuG
Lapp	Oberstlt.n.	H. mot. Offz.u. Kdr. d. Kraftf.P.Truppen XXIV
Balnus	Oberfeldintendant	Intendant beim Bef.
Dr. Eckl	Generalarzt	Korpsarzt
Dr. Miller	Stabsarzt	Adjutant
Dr. Langer	Generalvet.	Korpsvet.
Dr. Beckebans	Stabsvet.d.R.	Adjutant
<i>Gruppe Ic</i>		
von Heydebreck	Oberstlt.n.d.R.	Ic
von Stern	Rittm.d.R.	
Prinz von Schoenaich-Carolath	Major d.R.	O 3
Hartmann	Obltn.	O 4
Daub	Hptm.d.R.	WPrO
Goes	Heeresoberarchivrat	Mil. Geschichtsschreibung
<i>Gruppe II</i>		
von Münchow	Major d.R.	IIa u. Adjutant
Aickelin	Hptm.d.R.	IIb
Micksch	Hptm.z.V.	Kdt.H.Qu.
<i>Gruppe III</i>		
Dr. Kanter	Reichskriegsger.Rat	Oberstkriegsgerichtsrat
<i>Gruppe Nafü</i>		
von der Osten	Oberst	Nafü
Dr. Zipfel	Hptm.d.R.	Adjutant
Bischoff	Obltn.d.R.	
<i>Kommandeur des Streifendienstes</i>		
Dr. Wimmer	Major d.R.	Kdr.d.Streifendienstes
Regulski	Hptm.d.R.	Heeres-Str.-Fhr.
<i>Abwehrstelle</i>		
von Engelmann	Oberst	Leiter.

Anlage XVIII

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK

H.Qu., den 29. August 1943

An

S.Exz. d. Herrn Min.Präs. Scavenius.

Euer Exzellenz

teile ich mit, dass ich, da die Dänische Regierung nicht in der Lage ist, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, im Sinne der Artikel 42—56 der Haager Landkriegsordnung den militärischen Ausnahmezustand über Dänemark mit sofortiger Wirkung verhängt habe.

Die vollziehende Gewalt ist damit auf die deutsche Wehrmacht übergegangen.

In Verfolg des militärischen Ausnahmezustandes habe ich die Entwaffnung und Auflösung der dänischen Armee befohlen.

Ich habe Seiner Majestät dem König und Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen Mitteilung von der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes gemacht.

Ich bitte, der Regierung mitzuteilen, dass ihre Befugnisse durch die Übernahme der vollziehenden Gewalt auf die deutsche Wehrmacht beendet sind.

Ich erwarte, dass die Regierungsmitglieder sich jeder gegen das Deutsche Reich gerichteten Handlung enthalten.

Ich bin Euer Exzellenz sehr ergebener

gez. v. Hanneken.

Anlage XIX

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK

Hauptquartier, den 29. August 1943

Euer Majestät

teile ich mit, dass ich, da die Dänische Regierung nicht in der Lage ist, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, im Sinne der Artikel 42—56 der Haager Landkriegsordnung den militärischen Ausnahmezustand über Dänemark mit sofortiger Wirkung verhängt habe.

Die vollziehende Gewalt ist damit auf die deutsche Wehrmacht übergegangen.

In Verfolg des militärischen Ausnahmezustandes habe ich die Entwaffnung und Auflösung der dänischen Armee befohlen.

Die Wache für Euer Majestät wird durch die deutsche Truppe gestellt.

Ich bitte Euer Majestät, in Sorgenfri zu verbleiben und sich jeder gegen das Deutsche Reich gerichteten Handlung zu enthalten.

Eine gleiche Benachrichtigung ist Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen zugestellt.

Ich habe Oberleutnant v. Zimmermann als Ordonnanzoffizier für Euer Majestät befohlen.

Ich habe die Ehre zu sein Euer Majestät sehr ergebener

gez. v. Hanneken.

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK

August 1943.

An
Generalleutnant Görtz

Sehr geehrter Herr General!

Da die Dänische Regierung nicht in der Lage ist, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, habe ich im Sinne der Artikel 42—56 der Haager Landkriegsordnung den militärischen Ausnahmezustand über Dänemark verhängt.

In Verfolg dieser Massnahme habe ich die Auflösung und Entwaffnung der dänische Armee angeordnet. Zu dieser Stunde wird die Entwaffnung durch deutsche Truppen durchgeführt.

Ich bitte, sich jeder Handlung gegen die deutschen Vollzugsorgane zu enthalten.

Ich verfüge über Sie die Schutzhaft und bitte Sie, sich in Begleitung des Überbringers vorläufig in das Hotel d'Angleterre zu begeben und sich dort zu meiner Verfügung zu halten.

Mit Empfehlung bin ich

Ihr

gez. v. Hanneken.

Gleichlautend an:

v. Stemann
Rolsted
Leschly
Ramm
Hansen
Jacobsen
Baron Bille-Brahe
Falking
Oberst C. H. Friis
Oberstlt. K. D. Friis

Abschrift

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCHEN
TRUPPEN IN DÄNEMARK

Hauptquartier, den 29. August 1943

Euer Königlichen Hoheit

teile ich mit, dass ich, da die Dänische Regierung nicht in der Lage ist, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, im Sinne der Artikel 42—56 der Haager Landkriegsordnung den militärischen Ausnahmezustand über Dänemark mit sofortiger Wirkung verhängt habe.

Die vollziehende Gewalt ist damit auf die deutsche Wehrmacht übergegangen.

In Verfolg des militärischen Ausnahmezustandes habe ich die Entwaffnung und Auflösung der dänischen Armee befohlen.

Die Wache für Euer Königliche Hoheit wird durch die deutsche Truppe gestellt.

Ich bitte Euer Königliche Hoheit, in Amalienborg zu verbleiben und sich jeder gegen das Deutsche Reich gerichteten Handlung zu enthalten.

Eine gleiche Benachrichtigung ist Seiner Majestät dem König zugestellt.

Ich habe die Ehre zu sein Euer Königlichen Hoheit

sehr ergebener

gez. v. Hanneken.

Anlage XXII

Bekanntmachung

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass die dänischen Behörden nicht mehr in der Lage sind, Ruhe und Ordnung in Dänemark aufrechtzuerhalten. Die von feindlichen Agenten angezettelten Unruhen richten sich unmittelbar gegen die deutsche Wehrmacht. Ich erkläre daher im Sinne der Artikel 42—56 der Haager Landkriegsordnung den

m i l i t ä r i s c h e n A u s n a h m e z u s t a n d

für ganz Dänemark.

Mit sofortiger Wirkung ordne ich an:

- 1.) Die Beamten und Angestellten der öffentlichen Behörden haben ihre Dienstgeschäfte loyal weiterzuführen. Sie haben den Weisungen der eingesetzten deutschen Aufsichtspersonen Folge zu leisten.
- 2.) Zusammenrottungen — Ansammlungen von mehr als 5 Personen — in der Öffentlichkeit sind verboten, desgleichen alle Versammlungen, auch die nicht öffentlichen.
- 3.) Die Polizeistunde wird auf Eintritt der Dunkelheit festgesetzt. Mit diesem Zeitpunkt ist auch jeder Verkehr auf der Strasse untersagt.
- 4.) Jede Benützung von Post, Telegraph und Telephon ist bis auf weiteres verboten.
- 5.) Jeder Streik ist verboten. Aufhetzung zum Streik zum Nachteil der deutschen Wehrmacht ist Feindbegünstigung und wird in der Regel mit dem Tode bestraft.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden von den deutschen Standgerichten abgeurteilt.

Gegen Gewaltanwendung, Zusammenrottungen usw. wird rücksichtslos von der Waffe Gebrauch gemacht.

Jedem Einwohner Dänemarks, der sich den auf völkerrechtlicher Grundlage beruhenden Kriegsanordnungen fügt, wird Unversehrtheit der Person und des Eigentums im Rahmen der Gesetze zugesichert.

Der Befehlshaber der deutschen
Truppen in Dänemark.

Aufhebung des Ausnahmezustandes

Von kompetenter deutscher militärischer Seite wird mitgeteilt:

Der militärische Ausnahmezustand wird mit Beginn des 6. Oktober (Mittwoch) aufgehoben.

Der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches, Dr. Best, teilt mit, dass folgende vom Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark während des militärischen Ausnahmezustands getroffenen Anordnungen nach Aufhebung des Ausnahmezustands in Kraft bleiben, bis die Mitteilung von ihrer Aufhebung gegeben wird:

1. Die in der Bekanntmachung zur Verhängung des Ausnahmezustands vom 29. August 1943 enthaltenen Bestimmungen betr. Verbot von Streiks und betr. Versammlungsverbot — dies Letzte in dem Umfang, in dem das Verbot bisher gehandhabt worden ist.
2. Die Verordnung über Beschlagnahme von Gebäuden und Liegenschaften vom 4. September 1943.
3. Verordnung über Lieferung und Arbeitsleistung für die deutsche Wehrmacht in Dänemark durch dänische Firmen vom 4. September 1943.
4. Bekanntmachung vom 3. September 1943 über das Verbot, öffentlich dänische Militäruniform zu tragen.
5. Verordnung vom 16. September 1943 über Ablieferung von dänischem militärischen Material.

Die übrigen während des Ausnahmezustands erlassenen Verordnungen treten durch Aufhebung des Ausnahmezustands ausser Kraft.

Anlage XXIV

DER BEFEHLSHABER DER DEUTSCH.
TRUPPEN I DÄNEMARK
Abt. III

Bericht über die Tätigkeit der Standgerichte während der ersten 4 Wochen des Ausnahmezustandes (bis 28.9.1943)

I.

Vorbereitung und Zweck der Standgerichte:

Auf Grund der vom Befehlshaber Dänemark erlassenen Richtlinien über den Ausnahmezustand haben alle Wehrmachtkommandanten und die Standortältesten der grösseren Orte vor Beginn des Ausnahmezustandes die Einrichtung von Standgerichten vorbereitet.

Aufgabe der Standgerichte ist die Aburteilung aller klar liegenden Fälle, wenn die Aburteilung aus militärischen Gründen keinen Aufschub duldet, also mit grösster Beschleunigung durchgeführt werden muss, und die benötigten Beweismittel zur Stelle sind. Bei Ausnahmezustand ist die Beschleunigung militärisch *immer* erforderlich. Denn die Schnelligkeit harten Zugreifens ist ein wichtiges Mittel der Abschreckung, auf das bei den Bemühungen um Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung einer zerstörten oder ernstlich gefährdeten öffentlichen Ordnung nicht verzichtet werden kann.

Bestätigungsrecht:

Um die Beschleunigung der Aburteilung möglichst zu fördern, hat der Befehlshaber das ihm durch Erlass vom 28.1. 1943 verliehene Bestätigungsrecht in Verfahren gegen dänische Staatsangehörige an die ordentlichen Gerichtsherren, d. h. die Divisionskommandeure, den Admiral Dänemark, den General der Luftwaffe Dänemark usw., übertragen, und zwar mit dem Recht der Weiterübertragung an die Gerichtsherren der Standgerichte. Daraufhin haben, soweit hier gemeldet wurde, alle ordentlichen Gerichtsherren das ihnen neuverliehene Bestätigungsrecht weiter übertragen, jedoch nur bzgl. solcher Urteile, welche auf Geldstrafe oder auf Freiheitsstrafe bis zu 3 Monaten lauten. Die Gerichtsherren haben also die Bagatellsachen völlig den Standgerichten überlassen, aber die unmittelbare Kontrolle über die Erledigung aller sonstigen Strafsachen fest in der Hand behalten.

Gnadenrecht:

Der Befehlshaber hat weiter angeordnet, dass ihm bei der Verhängung von Todesstrafen Gelegenheit gegeben werden muss, von seinem Gnadenrecht Gebrauch zu machen. Dies erschien erforderlich, um unabänderlichen Folgen grösster Tragweite vorzubeugen.

II.

Tätigkeit und Unterstellung:

Seit Beginn des Ausnahmezustandes sind nunmehr überall im Lande Standgerichte tätig geworden. Soweit sie bei den Wehrmachtkommandanten oder Standortältesten eingerichtet sind, unterstehen sie durchweg den Gerichtsherren der Heeres divisionen, in deren territorialem Bereich sie sich befinden. Eine einzige Ausnahme bildet das Standgericht in Frederikshavn, das der Befehlshaber dem Admiral Dänemark unterstellt hat.

Eigentliche Standgerichte:

Die genannten Standgerichte sind nur z.T. *eigentliche* Standgerichte i.S. des § 13 a KStVO., nämlich nur insoweit, als sie an Orten bestehen, an denen ein Gerichtsherr nicht sofort erreicht werden kann (wie z.B. in Odense, Esbjerg und Frederikshavn). Bei diesen Standgerichten ist, soweit sich dies ermöglichen liess, besondere Vorsorge getroffen, dass die Rechtsgarantien weitgehend gewahrt bleiben. In diesem Sinne ist angeordnet worden, dass bei der Hauptverhandlung nach Möglichkeit mindestens ein Mitglied mitwirkt, welches die Befähigung zum Richteramt besitzt, und dass eine enge Verbindung zum nächsten Feldkriegsgericht unterhalten wird, von dem das Standgericht über Zweifelsfragen fachmännisch beraten werden kann.

Schnellgerichte:

Die übrigen Standgerichte, die dort errichtet sind, wo ein Gerichtsherr sofort erreicht werden kann (beispielsweise in Kopenhagen, Kolding und Aarhus), sind in Wirklichkeit blosse „Schnellgerichte“. Sie treten ebenso wie die eigentlichen Standgerichte beschleunigt zusammen, tagen aber in der ordentlichen richterlichen Besetzung.

Übersicht über Rechtsprechung:

Entsprechend den getroffenen Vorsichtsmassregeln sind in den weitaus meisten Fällen Standgerichtsurteile ergangen, die der Sachlage angemessen sind. Bisher hat der Befehlshaber nur 4 Urteile als unklar oder unrichtig aufheben müssen.

Die Zahl der bis zum 28. 9. 1943, also in den ersten 4 Wochen des Ausnahmezustandes, erlassenen Stand- oder Schnellgerichtsurteile beträgt 115. Dazu treten noch über 30 Strafverfügungen.

Die damit erledigten Verfahren, die hauptsächlich gegen dänische Staatsangehörige gerichtet sind, betreffen Fälle von (siehe Anlage).

In diesen Verfahren sind gegen 132 Personen *Verurteilungen* ergangen, und zwar gegen 36 Personen zu Geldstrafe von 50—6000 Kr., gegen 15 Personen zu Haftstrafe von 7 Tagen bis 4 Wochen, gegen 77 Personen zu Gefängnisstrafe von 2 Wochen bis 5 Jahren, gegen 2 Personen zu Zuchthausstrafe von 2—6 Jahren, gegen 2 Personen zu Todesstrafe (die Todesstrafen sind aufgehoben worden wegen unzureichender Begründung der Urteile).

In 19 Fällen ist *Freispruch oder Einstellung* des Verfahrens erfolgt.

III.

Strafvollstreckung:

Im Einverständnis mit dem Reichsminister der Justiz hat der Befehlshaber bestimmt, dass alle Freiheitsstrafen von über 1 Monat Dauer in Deutschland vollstreckt werden. Die Gründe dieser Massnahmen sind:

- 1.) die Unzuverlässigkeit der dänischen Vollstreckungsbehörden oder unteren Vollzugsorgane, die für die Vollstreckung deutscher Urteile z.Zt. ungeeignet sind,
- 2.) die Überfüllung der in Dänemark befindlichen deutschen Wehrmachthaftanstalten,
- 3.) die grössere Abschreckungswirkung der Verbringung der Verurteilten nach Deutschland.

Dass die Überführung dänischer Häftlinge nach Deutschland zur Strafverbüßung auf die dänische Bevölkerung besonders eindrucksvoll wirkt, ist in vielen Fällen — insbesondere in zahlreichen Gnadengesuchen — deutlich zum Ausdruck gekommen.

Gnadenverfahren:

Die eingegangenen Gnadengesuche sind bisher fast ausnahmslos abgelehnt worden, damit die abschreckende Wirkung der Standgerichtsurteile nicht abgeschwächt wird. Es ist jedoch in Aussicht genommen, nach dem Ausnahmezustand die Urteile allgemein zu überprüfen und alsdann unnötige und unangebrachte Härten wieder auszugleichen.

Anlage:

1.) Abreißen des Plakates über den Ausnahmezustand:	4
2.) Verstoss gegen die besonderen Anordnungen des Befehlshabers, insbesondere Überschreiten der Sperrstunde:	45
3.) Beleidigung und üble Nachrede:	30
4.) Beschimpfung der Wehrmacht:	15
5.) Bedrohung:	3
6.) Körperverletzung:	4
7.) Diebstahl:	14
8.) Hehlerei:	1
9.) Betrug:	1
10.) Unterschlagung:	1
11.) Sachbeschädigung:	2
12.) Versuchte Brandstiftung:	1
13.) Wehrmittelbeschädigung:	5
14.) Feindbegünstigung:	4
15.) Zersetzung der Wehrkraft:	2
16.) Verbotener Waffenbesitz:	2

417.

Telegram fra dr. Best ang. gennemførelsen af undtagelsestilstanden.

29. august 1943.

*Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(G.Schreiber)

Kopenhagen, den 29. August 1943 8,30 Uhr
 Ankunft: den 29. August 1943 8,50 Uhr

Nr. 988 vom 29.8. CITISSIME!

Für Herrn Reichsaussenminister persönlich.

Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark hat mir soeben mitgeteilt, dass er über die Vorgänge der Nacht vom 28. auf 29. August 1943 die folgende Morgenmeldung erstattet habe:

„Insel Seeland: Um 6 liegt Meldung vor, dass der grösste Teil der dänischen Heeres- und Marinegarnisonen Kopenhagen zum Teil nach Brechen von Widerstand entwaffnet und gefangen ist. Nur noch schwache Widerstandszentren. Auf beiden Seiten Verluste. Garnisonen in Roskilde, Slagelse, Ringsted, Korsøer in eigener Hand. Insel Fuenen: Garnison Odense in eigener Hand. Weitere Meldungen liegen nicht vor.

Auf Juetland bisher keine besonderen Ereignisse. König und Kronprinz haben in ihren Wohnungen deutsche Wachen erhalten. Hauptteil der dänischen Generäle in Schutzhaft genommen. Mit den leitenden Beamten der Ministerien und führenden Politikern finden heute früh Verhandlungen statt. Entlassene Regierung scheint Anweisung gegeben zu haben, dass Beamtschaft ihrer Pflicht weiter nachkommt. Transportlage bisher normal.“

Auf meine Frage, ob versucht worden sei, die dänischen Truppen zu dem festgesetzten Zeitpunkt durch einen Befehl ihres bisherigen Generalkommandos zur widerstandslosen Übergabe zu veranlassen, erwiderte der General von Hanneken, dass dies nicht geschehen sei, die dänischen Generäle seien vielmehr zur gleichen Zeit festgenommen worden und hätten für ihre Personen ihre Loyalität versichert.

Ich habe im übrigen den General von Hanneken darauf aufmerksam gemacht, dass von einer „entlassenen Regierung“ in diesem Augenblick (7 Uhr) noch nicht gesprochen werden könne und dass seine Verhandlungen mit den „leitenden Beamten der Ministerien und führenden Politikern“ sich auf die Durchführung des Ausnahmezustandes zu erstrecken habe, während ich von dem Herrn Reichsaussenminister mit der Regelung der Regierungsfrage beauftragt sei. Der General von Hanneken stimmte mir zu und erklärte, dass er in diesem Sinne verfahren werde. Unmittelbar nach diesem Gespräch erhielt ich die Mitteilung, dass um 10 Uhr eine Kabinettsitzung stattfinden wird, in der die Regierung ihren Rücktritt beschliessen wird. Ich berichte hierüber alsbald weiter. Mit eigenen Polizeikräften in Kopenhagen und mit Hilfe militärischer Kräfte in der Provinz habe ich in dieser Nacht eine grössere Zahl von Personen, die als mögliche Träger von Widerstandsbestrebungen in Betracht kamen (ohne bisher etwas getan zu haben, denn sonst wären sie schon früher festgenommen worden), festnehmen lassen. Die Festnahme deutschfeindlicher Personen mit dem Zwecke der Einschüchterung werden fortgesetzt.

Ich habe weiter den dänischen Staatsrundfunk besetzt und meiner Leitung unterstellt. Das normale Sendeprogramm wird fortgesetzt. Amtliche Bekanntmachungen und Nachrichtendienst werden in meiner Behörde bearbeitet.

Dr. Best.

Verteilungsvorschlag für RAM

St.S. Keppler

U.St.S. Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.-Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L. R. Melchers

Dr. Megerle

L. R. v. Grote.

418.**Telegram fra dr. Best ang. situationen i Danmark.****29. august 1943.***Nur als Verschlussache zu behandeln.***Telegramm**

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 29. August 1943 — 15,20 Uhr

Ankunft: den 29. August 1943 — 16,25 Uhr

Nr. 989 vom 29.8. CITISSIME!

Soeben habe ich auf fernmündliche Anfrage von Wolfsschanze die folgenden Mitteilungen an Fernsprecher diktiert:

1.) Ich habe vor der für 10 Uhr festgesetzten letzten Kabinettsitzung der bisherigen dänischen Regierung an diese die Forderung gerichtet, dass sie als einzige und letzte Amtshandlung die Beamten und sonstigen Staatsdiener anzuweisen habe, ihre Arbeit fortzusetzen und den deutschen Anordnungen Folge zu leisten, alsdann habe sie zu demissionieren. Die Kabinettsitzung hat verspätet angefangen, weil die Minister wegen militärischer Absperrungen nicht in das Staatsministerium gelangen konnten. Sie wird in Kürze beendet sein und zweifellos die Annahme der Forderungen als Ergebnis zeitigen. Es ist zu erwarten, dass der dänische Staatsapparat in vollem Umfang weiter arbeitet und alle deutschen Anordnungen befolgt. Die Ministerien werden vorläufig von den dienstältesten Departementschefs geleitet werden. Ueber die zu treffende Neuregelung lege ich eingehenden Vorschlag besonders vor.

2.) Aus dem ganzen Lande wird von meinen Aussenstellen und von den militärischen Dienststellen völlige Ruhe und reibungslose Durchführung der ergangenen Anordnungen gemeldet.

3.) Der König hat infolge der Vorgänge dieser Nacht einen Herzanfall bekommen und hat seine Aerzte angefordert.

4.) Der General von Hanneken hat mir soeben mitgeteilt, dass er auf eine vom Wehrmachtsführungsstab an ihn gerichtete Anfrage zugleich in meinem Namen erwidert habe, dass nach unser beider Auffassung die dänischen Offiziere nicht in das Reich verbracht, sondern in Dänemark belassen werden sollen. Ich habe ihm erwidert, dass ich, wenn ich unmittelbar gefragt worden wäre, spontan die entgegengesetzte Meinung geäußert hätte. Ich wolle ihn aber nachträglich nicht desavouieren, zumal bei der von ihm vorgeschlagenen Lösung bis auf weiteres die Drohung, dass die Offiziere nach Deutschland verbracht werden könnten, als ein politisches Druckmittel auf die interessierten Kreise verwendet werden kann.

5.) Die Entwaffnungsaktion ist in den Morgenstunden allenthalben abgeschlossen worden. Einzelheiten habe ich noch nicht vom Befehlshaber der deutschen Truppen erhalten, da offenbar auch bei ihm noch nicht alle Einzelmeldungen eingegangen sind.

Dr. Best.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.-Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L. R. Melchers

Dr. Megerle

L. R. v. Grote

419.

**Telegram fra dr. Best ang. regeringens demission og
kong Christian Xs bekendtgørelse.**

29. august 1943.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G. Schreiber)

Kopenhagen, den 29. August 1943 — 15.45 Uhr

Ankunft: — 29. — 1943 — 16.25 Uhr

Nr. 990 v. 29.8. CITISSIME!

Für Herrn Reichsaussenminister persönlich.

Die dänische Regierung hat mir soeben mitgeteilt, dass sie bereit ist, gemäss der von mir gestellten Forderung sofort zu demissionieren. Zu der Forderung, eine Anordnung an die Beamten und Staatsdiener auf Fortsetzung ihrer Tätigkeit zu erlassen, macht die Regierung den Gegenvorschlag, dass um der grösseren Wirksamkeit willen, statt der abgehenden Regierung der König die folgende Bekanntmachung erlassen soll:

„In dieser für unser Land so ernsten Stunde wünsche ich, erneut die Bevölkerung aufzufordern, Ruhe u. Besonnenheit zu beweisen. Besonders ist mir daran gelegen, zu äussern, dass ich erwarte, dass sämtliche Beamte des Staates in der hoffentlich kurzen Zeit, die der Ausnahmezustand dauert, auf ihren Posten verbleiben und unter ihrer Verantwortung als Beamte des Staates ihre Tätigkeit fortsetzen zum Besten des Landes und des Volkes in der Weise, dass man bestrebt ist, zu vermeiden, dass Reibungen entstehen zwischen den Organen des Staates und den deutschen Behörden, die kraft der Gesetze des Krieges und des erklärten Ausnahmezustandes vorübergehend besondere Befugnisse auszuüben haben.“

Es besteht kein Zweifel, dass eine Anordnung des Königs auf die Beamten und ebenso auf die Bevölkerung viel stärker wirken würde als eine Anordnung der abgehenden Regierung. Andererseits würde dies bedeuten, dass in diesem Augenblick der König besonders herausgestellt würde.

Ich bitte deshalb um Entscheidung, welche Antwort auf den Gegenvorschlag der Regierung erteilt werden soll.

Dr. Best.

Verteilungsvorschlag für RAM

St.S.Keppler

U.St.S.Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.-Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L. R. Melchers

Dr. Megerle

420.

Telegram fra dr. Best ang. general v. Hannekens dispositioner.**29. august 1943.***Nur als Verschlussache zu behandeln.***Telegramm**

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 29. August 1943 — 19,00 Uhr

Ankunft: den 29. August 1943 — 19,45 Uhr

*Nr. 991 vom 29.8. CITISSIME!**Für Reichsaussenminister persönlich.*

Ueber die Lage in Dänemark um 18 Uhr berichte ich:

1.) Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark hat mir die folgende von ihm erstattete Mittagsmeldung zugestellt: „Die Entwaffnung des dänischen Heeres geht auf den Inseln Seeland und Fuenen seinen Abschluss entgegen. —

Aktion gegen dänische Kriegsmarine planmässig durchgeführt. Widerstand bei Besetzung Kopenhagener Marinearsenal und bei Bekämpfung Küstenpanzer „Niels Juel“. Grösste Zahl dänischer Kriegsfahrzeuge ist sichergestellt. Küstenpanzer „Peter Skram“ und einige kleinere Einheiten versenkten sich im Kopenhagener Hafen. Soweit bisher feststellbar, ein kleines Torpedoboot nach schwedischen Hoheitsgewässern entkommen. Noch in See befindliche dänische Kriegsfahrzeuge haben Befehl, in Begleitung von deutschen Seestreitkräften zur Durchführung der Entwaffnung bestimmte dänische Häfen anzulaufen.“

2.) Nach den bei mir und bei den militärischen Dienststellen vorliegenden Meldungen herrscht im ganzen Lande völlige Ruhe. —

3.) Der Zustand des Königs hat sich gebessert, der Herzanfall ist überwunden. —

4.) Der Befehlshaber der deutschen Truppen hat dem OKW den folgenden Text zugeteilt, mit dem Vorschlag, ihn zur Information der deutschen Presse zu verwenden:

„In Dänemark ist am 29.8.1943 von dem Befehlshaber der deutschen Truppen der militärische Ausnahmezustand erklärt worden, um dem Treiben feindlicher Agenten Einhalt zu gebieten, die in der letzten Zeit in verstärktem Masse bemüht waren, Unruhen und Störungen zu verursachen. Obwohl der dänische König, die dänische Regierung und der dänische Reichstag in der letzten Zeit wiederholt ernst auf die Folgen solcher Störungen hingewiesen hatten, war die dänische Regierung nicht in der Lage, die von der Reichsregierung geforderten scharfen Massnahmen zur Unterdrückung des schädlichen Treibens durchzuführen. Die Sicherheit des Landes und der deutschen Truppen machten deshalb die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes notwendig. Da ferner nach eingegangenen Meldungen gewisse Elemente der dänischen Wehrmacht versucht haben, für den Fall eines feindlichen Angriffs einen Widerstand gegen die deutschen Truppen zu organisieren, war es erforderlich, gleichzeitig den Rest der dänischen Wehrmacht zu entwaffnen und aufzulösen. —

Die militärischen Massnahmen erfolgten im grossen und ganzen ohne Schwierigkeiten. Örtlicher Widerstand, den einzelne Teile der dänischen Wehrmacht leisteten, ist alsbald allenthalben aufgegeben worden. —

Die grosse Mehrheit der dänischen Bevölkerung hat die Verkündung des militärischen Ausnahmezustandes und die damit in Zusammenhang stehenden Massnahmen des Befehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark im ganzen Lande mit ruhigem Ernst aufge-

nommen. Sie hat für diese Massnahmen Verständnis aufgebracht, zumal der grösste Teil der Bevölkerung schon vorher den verbrecherischen Anschlägen auf die öffentliche Ruhe und Ordnung ablehnend gegenüberstand.

Dr. Best.

Verteilungsvorschlag für RAM

St.S.Keppler
 U.St.S.Pol
 Botschafter Ritter
 Botschafter Gaus
 Leiter Abt. Pers
 — — Ha Pol
 — — Recht
 — — Kult Pol
 — — Presse
 — — Rundfunk
 Chef Prot
 Dg. Pol
 Gr. Leiter Inl. I
 Gr. Leiter Inl. II
 Arb.-Expl. bei Pol VI
 Ges. Schnurre
 Ges. v. Grundherr
 L. R. Melchers
 Dr. Megerle
 L. R. v. Grote

421.

Telegram fra dr. Best ang. kong Christian Xs og kronprins Frederiks internering.

29. august 1943.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm (G-Schreiber)

Kopenhagen, den 29. August 1943 19,45 Uhr
 Ankunft: — 29. — — 20,50 —

Nr. 992 vom 29.8. CITISSIME!

Auf das dortige Telegramm Nr. 1142*) vom 29.8.1943 berichte ich, dass der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark als Inhaber der vollziehenden Gewalt die Sicherstellung des Königs und Kronprinzen durchgeführt hat. In beiden Fällen musste je eine militärische Wache entwaффnet werden. In beiden Fällen ist eine deutsche Wache mit der Sicherung der Wohnräume beauftragt worden. Dem König ist ausserdem ein deutscher Offizier (Oberleutnant von Zimmermann) zugeteilt worden. Der Befehlshaber hat mir

*) Pol. VI 1704 gRs.

mitgeteilt, dass sowohl der König wie der Kronprinz versichert hätten, dass sie nichts gegen die Anordnungen des Befehlshabers und ohne sein Wissen tun würden. Sie hätten auch bisher wegen jeder Kleinigkeit um seine Genehmigung nachgesucht. Der Befehlshaber erklärte mir, er sei von der Aufrichtigkeit der ihm abgegebenen Erklärungen überzeugt und glaube nicht an eine Fluchtabsicht.

Da in den Fällen des Königs und des Kronprinzen der Befehlshaber und Inhaber der vollziehenden Gewalt tätig geworden ist und weiter tätig wird, bin ich nicht in der Lage, eigene Massnahmen zu treffen.

Dr. Best.

St. S. Keppler
 U.St.S.Pol
 Botschafter Ritter
 Botschafter Gaus
 Leiter Abt. Pers
 — — Ha Pol
 — — Recht
 — — Kult Pol
 — — Presse
 — — Rundfunk
 Chef Prot
 Dg. Pol
 Gr. Leiter Inl. I
 Gr. Leiter Inl. II
 Arb.-Expl. bei Pol VI
 Ges. Schnurre
 Ges. v. Grundherr
 L. R. Melchers
 Dr. Megerle

422.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang.
 general v. Hannekens opråb.**

29. august 1943.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm
 (G-Schreiber)

Wolfschanze, den 29. August 1943 22,25 Uhr
 Ankunft: — 29. — — 23,25 —

Ohne Nummer vom 29.8. CITISSIME!

Diplogerma *Kopenhagen*

Tel. i. Ziff.
 (Geh. Ch. V.)

Für Ministerialdirektor Best.

Der Herr Reichsaussenminister hat den Aufruf des deutschen Oberbefehlshabers in Dänemark gelesen und fragt sich, ob es geschickt ist, so sehr auf die Sabotagetätigkeit Moellers und seiner Leute hinzuweisen, da es doch sicherlich genug Dänen geben wird, die

in ihm einen Patrioten sehen. Der Herr Reichsaussenminister hielte es für besser, in allen derartigen Veröffentlichungen eher darauf hinzuweisen, dass landfremde englische und kommunistische Elemente die Sabotageakte begangen hätten.

Sonnleithner.

Vermerk:

Unter Nr. 1143 an
Diplogerma Kopenhagen
weitergeleitet.
Berlin, 30.8.1943.
Pers. Ch. Tel.

St. S. Keppler
U. St. S. Pol
Botschafter Ritter
Botschafter Gaus
Leiter Abt. Pers.
— — Ha Pol
— — Recht
— — Kult Pol
— — Presse
— — Rundfunk

Chef Prot
Dg. Pol
Gr. Leiter Inl. I
Gr. Leiter Inl. II
Arb.-Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre
Ges. v. Grundherr
L. R. Melchers
Dr. Megerle
L. R. v. Grote

423.

Telegram fra dr. Best med forslag om formen for regeringen Scavenius' demission.

30. august 1943.

Telegramm
(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 30. August 1943 14.00 Uhr
Ankunft: — 30. — — 16.00 —

*Nr. 995 vom 30.8. CITISSIME MIT VORRANG.
SOFORT VORLEGEN.*

Für Herrn Reichsaussenminister persönlich.

1.) Mit Bezug auf Telegramm Nr. 990*) vom 29. August schlage ich vor, dass unverzüglich die förmliche Demission der bisherigen dänischen Regierung, deren Minister seit der Verkündung des Ausnahmezustandes keine Funktionen mehr ausüben, angenommen

*) bei Pol VI (VS)

wird, ohne dass von ihr oder vom König noch ein Aufruf zur Fortsetzung der Arbeit und zur Fügsamkeit erlassen wird. Denn, wie ich in meinem Telegramm Nr. 994 von heute berichtet habe, ist die Lage im ganzen Lande absolut ruhig und sowohl der Staatsapparat, wie auch die wirtschaftlichen Betriebe arbeiten. Ein Aufruf zur Fortsetzung der Arbeit ist also nicht mehr erforderlich und nicht mehr zweckmässig. Vor allem wäre es politisch unerwünscht, wenn in diesem Augenblick der König besonders herausgestellt würde. Ich bitte deshalb mich möglichst sofort zu ermächtigen, der Demission der Regierung zuzustimmen. Wie ich schon berichtet habe, werden die Geschäfte der Minister zunächst von den dienstältesten Departementschefs weitergeführt werden.

2.) Für die Neuordnung gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wird in den Formen der dänischen Verfassung ein unpolitisches Kabinett gebildet, das vom dänischen Reichstag mit umfassenden Ermächtigungen ausgestattet werden müsste, um auf deutsche Anordnungen alle notwendigen Massnahmen (auch gesetzgeberischer Art) treffen zu können, oder aber es wird ohne Beteiligung des dänischen Königs und des dänischen Reichstags ein Verwaltungsausschuss eingesetzt, der nicht mehr aus dänischem Recht, sondern aus deutschem Besatzungsrecht alle ihm aufgetragenen Massnahmen durchzuführen hätte; in diesem Falle wäre die Scheinsouveränität Dänemarks ausgelöscht, sodass auch die dänischen Missionen im Ausland und die fremden Missionen in Kopenhagen aufzuheben wären.

In beiden Fällen halte ich es für erforderlich, in Dänemark eine ausreichende deutsche Exekutive zur wirksamen Bekämpfung aller Widerstandsbestrebungen aufzubauen. Die dänische Polizei und Gerichtsbarkeit ist auf die normalen Ordnungs- und Kriminalaufgaben zu beschränken, während alle Angriffe auf deutsche Interessen durch deutsche Polizei zu verfolgen und von einem deutschen Gericht (SS- und Polizeigericht) abzuurteilen sind. Ein Plan für den Aufbau einer solchen deutschen Exekutive wird bei mir zur Zeit ausgearbeitet. Es ist beabsichtigt, dabei vorgesehene zuverlässige dänische Kräfte (entlassene Freiwillige usw.) zur Ergänzung und Unterstützung des deutschen Personals heranzuziehen.

Ich bitte um Weisung, ob die Neuordnung in Dänemark in der ersten oder zweiten Form der oben aufgezeigten Alternative vorbereitet werden soll.

Dr. Best.

Verteilungsvorschlag für RAM

St. S. Keppler

U. St. S. Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb. Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L. R. Melchers

Dr. Megerle

424.

**Telegram fra dr. Best ang. general v. Hannekens opfordring til
regeringen Scavenius om at demissionere.**

30. august 1943.

Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 30. August 1943

Ankunft: den 30. August 1943 20,30 Uhr

Nr. 996 vom 30.8. CITISSIME!

Citissime für Herrn Reichsaussenminister persönlich.

Der General von Hanneken hat mir soeben (16 Uhr) fernmündlich mitgeteilt, dass er als Inhaber der vollziehenden Gewalt an die dänische Regierung die Aufforderung richten werde, unverzüglich die gestern früh von mir geforderte Anordnung an die Beamten zu erlassen und alsdann zu demissionieren. Ich machte den General darauf aufmerksam, dass ich eine Entscheidung des Herrn Reichsaussenministers über diese Frage erbeten habe, worauf er mir erwiderte, dass er als Inhaber der vollziehenden Gewalt auf eine solche Entscheidung nicht zu warten brauche und an sie nicht gebunden sei.

Best.

Verteilungsvorschlag für RAM:

St. S. Keppler

U. St. S. Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.-Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L. R. Melchers

Dr. Megerle

425.

Telegram fra dr. Best ang. regeringens Scavenius' demission.**30. august 1943.****Telegramm**

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 30. August 1943 22,50 Uhr
 Ankunft: den 31. August 1943 0,25 Uhr

Nr. 997 vom 30. 8. *CITISSIME*
NACHTS!

Für Herrn Reichsaussenminister persönlich.

Im Anschluss an Telegramm Nr. 996*) von heute berichte ich, dass die dänische Regierung auf Aufforderung des Generals von Hanneken die geforderten Beschlüsse gefasst hat, wobei auf Wunsch des Generals die Demission auf den 29. August zurück datiert wurde.

Die Beschlüsse der Regierung werden in der folgenden Form veröffentlicht:

„Das Ministerium Scavenius hat am 29. August dem König seinen Demissionsantrag eingereicht und hat sofort aufgehört zu fungieren.

Die Verwaltung der Ministerien und der Generaldirektorate wird bis auf weiteres von den betreffenden Departementschefs, Generaldirektoren oder Direktoren geleitet.

Bevor das Ministerium zurücktrat, hat es folgende Äusserung veröffentlicht.

In der für unser Land so ernsten Stunde wünschen wir erneut, die Bevölkerung aufzufordern, Ruhe und Besonnenheit zu beweisen. Besonders ist uns daran gelegen, zu äussern dass wir erwarten, dass sämtliche Beamte des Staates in der hoffentlich kurzen Zeit, die der Ausnahmezustand dauert, auf ihren Posten verbleiben und unter ihrer Verantwortung als Beamte des Staates ihre Tätigkeit fortsetzen zum Besten des Landes und des Volkes in der Weise, dass man bestrebt ist, zu vermeiden, dass Reibungen entstehen, zwischen den Organen des Staates und den deutschen Behörden, die kraft der Gesetze des Kriegs und des erklärten Ausnahmezustandes vorübergehend besondere Befugnisse auszuüben haben.“

Best.*Verteilungsvorschlag für RAM*

St. S. Keppler

U. St. S. Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.-Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L. R. Melchers

Dr. Megerle

*) Pol VI (V.S.)

426.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. nyordning af
regeringsforholdene i Danmark.**

1. september 1943.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Sonderzug, den 1. September 1943 1.20 Uhr
Ankunft: den 1. September 1943 2.50 Uhr

Wolfschanze, den 31.8.1943.

Nr. 1294 vom 31.8. CITISSIME!
Diplogerma Kopenhagen

Tel. i. Ziff.
(Geh.Ch.V.)

Für M[inisterial/ D[irektor] Best.

Ich bitte Sie, von den beiden in Ihrem Telegramm Nr. 995*) vom 30. 8. erwähnten Möglichkeiten der Neuordnung in Dänemark die erste vorzubereiten, nämlich die Bildung eines unpolitischen Kabinetts, das vom dänischen Reichstag mit umfassenden Ermächtigungen ausgestattet wird, um auf unseren Wunsch alle erforderlichen Massnahmen treffen zu können.

Ribbentrop.

Vermerk:

Unter Nr. 1164 an
Diplogerma Kopenhagen
weitergeleitet.
Berlin, 1. 9. 1943
Pers. Ch. Tel.

St. S. Keppler
U. St. S. Pol
Botschafter Ritter
Botschafter Gaus
Leiter Abt. Pers
— — Ha Pol
— — Recht
— — Kult Pol
— — Presse
— — Rundfunk

Chef Prot
Dg. Pol
Gr. Leiter Inl. I
Gr. Leiter Inl. II
Arb.-Expl. bei Pol VI
Ges. Schnurre
Ges. v. Grundherr
L. R. Melchers
Dr. Megerle

*) bei Pol VI

427.

Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. den rigsbefuldmægtigedes stilling under undtagelsestilstanden.

31. august 1943.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Sonderzug, den 1. September 1943 3.15 Uhr
Ankunft: den 1. September 1943 3.55 Uhr

Wolfschanze, den 31. August 1943.

Nr. 1296 vom 31.8.

- 1.) G-Schreiben Berlin
- 2.) Diplogerma Kopenhagen

Tel. i. Ziff.
(Geh.Ch.V.)

Für den Reichsbevollmächtigten.

Auf Grund einer Entscheidung des Führers tragen Sie als Bevollmächtigter des Reiches auch während des Bestehens des militärischen Ausnahmezustandes die politische Verantwortung in Dänemark.

Daraus ergibt sich insbesondere, dass es allein Ihre Sache ist, eine an die Stelle der bisherigen dänischen Regierung tretende neue Zentralinstanz zu bilden und ihr die politischen Weisungen zu geben, die Beziehungen zum Königshaus zu regeln, Presse und Rundfunk zu leiten und die Wirtschaft Dänemarks zu regeln. Sie haben zur gegebenen Zeit Vorschläge darüber zu machen, wie die politische Entwicklung in Dänemark gestaltet werden soll und ob und wann Änderungen an dem jetzigen Ausnahmezustand eintreten sollen.

In allen Fragen, in denen die von Ihnen auf Grund Ihrer politischen Verantwortung beabsichtigten Massnahmen die militärischen Belange oder die sich aus dem militärischen Ausnahmezustand ergebenden besonderen Exekutivmassnahmen des deutschen Militärbefehlshabers und sein diesbezügliches Verordnungsrecht zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung berühren, haben Sie sich mit dem Militärbefehlshaber ins Benehmen zu setzen. Wird ein Einvernehmen nicht erzielt, ist die Entscheidung über das Auswärtige Amt herbeizuführen.

Das Oberkommando der Wehrmacht wird dem deutschen Militärbefehlshaber eine entsprechende Weisung zugehen lassen.

Ribbentrop.

Vermerk:

Unter Nr. 1165 an
Diplogerma Kopenhagen
weitergeleitet.
Berlin, 1.9.1943
Pers. Ch. Tel.

St. S. Keppler
 U. St. S. Pol
 Botschafter Ritter
 Botschafter Gaus
 Leiter Abt. Pers
 — — Ha Pol
 — — Recht
 — — Kult Pol
 — — Presse
 — — Rundfunk

Chef Prot
 Dg. Pol
 Gr. Leiter Inl. I
 Gr. Leiter Inl. II
 Arb.-Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre
 Ges. v. Grundherr
 L. R. Melchers
 Dr. Megerle
 L. R. v. Grote

428.

Telegram fra dr. Best ang. dispositioner m. h. t. undtagelsestilstandens ophævelse.

1. september 1943.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 1. September 1943 10,10 Uhr
 Ankunft: — 1. — — 12,15 —

Nr. 1001 vom 1. 9. CITISSIME!

Für Herrn Reichsaussenminister persönlich.

Die Weisung, die Neuordnung in Dänemark im Sinne der ersten, in meinem Telegramm Nr. 995*) vom 30.8.43 dargelegten Möglichkeit vorzubereiten, habe ich erhalten und das Erforderliche eingeleitet. Über den Fortgang werde ich laufend berichten.

Bis zur Regierungsneubildung und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes muss nun unbedingt eine ausreichende deutsche Polizeimacht in Dänemark etabliert sein. Denn wie bisher die im November 1942 begonnene Politik, Dänemark mit Hilfe der politischen Faktoren des Landes zu lenken, konsequent durchgeführt wurde, so muss nunmehr die am 29.8.43 begonnene Politik der harten Hand und des fühlbaren Einsatzes deutscher Macht ebenfalls mit eiserner Konsequenz durchgeführt werden. Mit dänischen Organen kann von jetzt an die Widerstandsbewegung nicht mehr bekämpft werden. Die dänische Polizei würde zwar nicht (wie Teile der norwegischen Polizei) die Annahme von Befehlen verweigern, aber sie würde keinerlei Erfolge zeitigen. Auch die beteiligten dänischen Departementschefs haben

*) bei Pol. VI.

bereits der Auffassung Ausdruck gegeben, dass künftig Angriffe auf deutsche Interessen von deutscher Polizei verfolgt und von deutschen Gerichten abgeurteilt werden sollen, weil sie für die Wirksamkeit ihrer eigenen Massnahmen nicht voll einstehen könnten. (Damit ist also der 3 $\frac{1}{2}$ jährige Kampf der Dänen um die ausschliessliche Gerichtshoheit über ihre Staatsbürger mit einem Verzicht beendet). —

Ich halte es für unbedingt erforderlich, dass bis zur Aufhebung des Ausnahmezustandes die folgenden Massnahmen durchgeführt werden:

1.) Einrichtung von etwa 25 deutschen Polizeistationen, die zu einem Drittel mit Beamten der deutschen Sicherheitspolizei und zu zwei Drittel mit Beamten der deutschen Ordnungspolizei (nebst dänischem Hilfspersonal) zu besetzen sind; hierfür werden zwei weitere Polizeibataillone und 300 Beamte der deutschen Sicherheitspolizei benötigt. —

2.) Errichtung eines deutschen Sondergerichts mit dem Reichsbevollmächtigten als Gerichtsherrn, eine deutsche Rechtsgrundlage hierfür bieten die Bestimmungen über die SS- und Polizeiengerichte. —

3.) Vereinbarung mit dem OKW, dass (wie z.B. in Frankreich) zur Vermeidung einer Konkurrenz zwischen deutscher Polizei und geheimer Feldpolizei die geheime Feldpolizei in den zivilen Polizeiapparat übernommen wird, der alsdann auch die Exekutivaufgaben für die militärische Abwehr erfüllt. —

4.) Aufhebung der neuen Gehaltsregelung für die abgeordneten Beamten (Erlass Nr. Pers. B. 10203 vom 11.8.43), auf Grund deren die deutschen Polizeibeamten, von deren Tätigkeit in Zukunft die Wahrung der deutschen Interessen in Dänemark abhängt, ihr Leben nicht fristen können. —

5.) Bereitstellung ausreichender Geldmittel für die Wahrnehmung aller Sicherheitsaufgaben, insbesondere für den Aufbau eines umfassenden Geheimdienstes. (Sofort erforderlich 2 Mill. Kronen). —

Vor der Erfüllung dieser Notwendigkeiten ist nach meiner Auffassung die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Dänemark nicht zu verantworten.

Best.

Verteilungsvorschlag für RAM

St. S. Keppler

U. St. S. Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— - Ha Pol

— - Recht

— - Kult Pol

— - Presse

— - Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb. Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L. R. Melchers

Dr. Megerle

429.

**Notits af legationsråd van Scherpenberg ang. beslutning af statssekretær
Backe om de økonomiske krav til Danmark.**

2. september 1943.

LR. v. SCHERPENBERG

e.o.Ha Pol 5511/43 g

Aufzeichnung

Ministerialdirektor Walter teilt mit, Statssekretær Backe habe nach Vortrag durch ihn entschieden, dass die gegenwärtige Situation in Dänemark seitens des Reichsernährungsministeriums keinesfalls dazu benützt werden würde irgendwelche zusätzlichen Wünsche auf dem Ernährungsgebiet in Dänemark durchzusetzen. Im Gegenteil sei das Reichsernährungsministerium sogar bereit vorübergehende kleinere Stockungen, die sich aus der politischen Situation ergeben könnten, vorläufig hinzunehmen.

Herr Backe ist bei dieser Entscheidung davon ausgegangen, dass die Erhaltung der Produktionsfreudigkeit und Fähigkeit der dänischen Landwirtschaft für Deutschland von so lebenswichtiger Bedeutung sei, dass alles vermieden werden müsste, was auf diesem Gebiet zu Dauerschädigungen führen und die Bemühungen des Reichsbevollmächtigten um Wiederherstellung geordneter Verhältnisse erschweren könnte.

Hiermit

über Direktor Ha Pol

Herrn Staatssekretär

vorzulegen.

Berlin, den 2. September 1943.

Durchdruck erhalten:

Büro RAM

Büro St. S.

Dir. Ha Pol

U.St.S.

Ges. v. Grundherr

430.

**Telegram fra dr. Best ang. samtale med direktør Svenningsen
om dannelse af en ny regering.**

6. september 1943.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G.Schreiber)

Kopenhagen, den 6. Sept. 1943 12.30 Uhr

Ankunft: den 6. Sept. 1943 13.10 Uhr

Nr. 1023 vom 6.9. CITISSIME!

Ich bitte, die folgenden Meldungen unverzüglich dem Herrn Reichsaussenminister zuzuleiten:

1.) Vom 5.9.43 und aus der Nacht vom 5. zum 6.9.1943 sind zwei Sabotageakte gemeldet worden. An der Bahnstrecke Aarhus—Skanderborg sind zwei Sprengkörper zur Explosion

gebracht worden. In das Haus des Fabrikanten Thybring in Kopenhagen-Soeborg ist durch ein Fenster eine Bombe geworfen worden, durch die das Haus fast völlig zerstört wurde. (Vor etwa 5 Monaten wurde auch die Fabrik des Thybring durch Sabotage zerstört, obwohl Thybring nicht für deutsche Aufträge arbeitet).

Sonst herrscht im ganzen Lande völlige Ruhe.

2.) Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark hat für den 5.9.1943 die folgende Tagesmeldung erstattet: „An einigen Orten kleinere Sabotagefälle, mit Verschärfung des Ausnahmezustandes geahndet. — Gesamtlage ruhig.“

3.) Unter Bezugnahme auf das dortige Telegramm Nr. 1164*) vom 1.9.1943 berichte ich, dass mir der kommissarische Leiter des dänischen Aussenministeriums Direktor Svenningsen einen ersten Bericht über seine Sondierungen hinsichtlich der Neubildung einer dänischen Regierung erstattet hat. Hiernach besteht auf dänischer Seite wenig Neigung, noch einmal eine verfassungsmässige Regierung zu bilden. Der König stellt sich auf den Standpunkt, dass er verfassungsrechtlich nicht ohne Zustimmung des Reichstages handeln kann. Der Reichstag bzw. die bisherigen Regierungsparteien sehen voraus, dass sie durch die Erteilung von Vollmachten an eine neue Regierung nur eine Mitverantwortung für die von deutscher Seite befohlenen Massnahmen übernehmen sollen, ohne ein Recht oder eine Möglichkeit der Mitbestimmung zu erhalten. Sie neigen deshalb dazu, die Verantwortung für alles Kommende allein der Besatzungsmacht zu überlassen.

Direktor Svenningsen gab zu verstehen, dass die Ministerien und die Verwaltungszweige bereit seien, unter meiner unmittelbaren Leitung die Verwaltung fortzuführen, Rechtsetzung müsse allerdings dann durch Verordnungen des Reichsbevollmächtigten erfolgen.

Ich habe unter diesen Umständen bisher davon abgesehen, erkennen zu lassen, welcher Lösung der Regierungsfrage von deutscher Seite vorgezogen würde, denn ich halte es nicht für tragbar, dass auf eine deutsche Meinungsäusserung, dass eine verfassungsmässige Regierung gebildet werden solle, eine Ablehnung der hierfür zuständigen Faktoren ausgesprochen wird. Ich habe deshalb dem Direktor Svenningsen erklärt, dass man vorläufig von deutscher Seite abwarte, welche Initiative von dänischer Seite zur Lösung der Regierungsfrage entwickelt werde.

Da eine Normalisierung der Verhältnisse und die Aufhebung des Ausnahmezustandes erst nach Schaffung einer ausreichenden deutschen Polizeimacht erfolgen kann, bleibt noch eine gewisse Zeitspanne offen, in der dänische Vorschläge abgewartet werden können.

Dr. Best.

St. S. Keppler

U. St. S. Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— - Ha Pol

— - Recht

— - Kult Pol

— - Presse

— - Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.-Expl. bei . . .

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

L. R. Melchers

Dr. Megerle

*) Pol VI (Sonderzug 1294)

431.

**Telegram fra dr. Best ang. samtale med direktør Svenningsen
om dannelse af en ny regering.**

11. september 1943.

Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 11. September 1943 16.30 Uhr

Ankunft: — 11. — — 18.40 —

Nr. 1047 vom 11. 9. CITISSIME!

Ich bitte, die folgenden Meldungen unverzüglich dem Herrn Reichsaussenminister zuzuleiten:

1.) In der Nacht vom 10. zum 11.9.1943 sind ein Krahn in einem Güterbahnhof und ein Personenkraftwagen der Firma Citroen durch Sprengkörper beschädigt worden. Die dänische Polizei hat in Gross-Kopenhagen 71 Personen wegen Übertretung des Nachtverkehrs festgenommen. Aus dem Lande sind keinerlei Vorfälle gemeldet. Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark hat für den 10.9.1943 die Tagesmeldung erstattet: „Keine besonderen Ereignisse“.

2.) Der kommissarische Leiter des dänischen Aussenministeriums Direktor Svenningsen hat mir erneut über die dänischen Erwägungen wegen der Neubildung einer Regierung Bericht erstattet. Der Wunsch, wieder eine verfassungsmässige Regierung zu bilden, scheint zu wachsen. Der Reichstag ist nicht zur Mitwirkung geneigt, solange sich noch Reichstagsabgeordnete in deutscher Haft befinden. Konkrete Vorschläge sind nicht vor Ablauf von 8—10 Tagen zu erwarten. Ich bleibe bei der Taktik, keine deutsche Meinung über die Regierungsfrage erkennen zu lassen und stereotyp zu antworten, dass ich auf dänische Vorschläge warte. Von den 31 verhafteten Reichstagsabgeordneten der konservativen Partei sind bis jetzt 10 nach eingehender Vernehmung entlassen worden, die übrigen Haftfälle werden normal weiter bearbeitet.

Dr. Best.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol.

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers.

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg.Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.-Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre

Ges. v. Grundherr

LR. Melchers

Dr. Megerle

Ges. v. Grote

432.

Notits af Renthe-Fink ang. samtale med gesandt Mohr.

18. september 1943.

Aufzeichnung

Bei meinem gestrigen Zusammentreffen mit Gesandten Mohr fand ich diesen durch die Entwicklung in Dänemark sehr niedergeschlagen. Wie sich im Gespräch ergab stand er unter dem Eindruck, dass der 29. August 1943 für Dänemarks Schicksal von sehr viel schwerwiegenderer Bedeutung sei als der 9. April 1940 und sprach als seine Überzeugung aus, dass der durch die Ereignisse am 29. August aufgerissene Gegensatz zwischen Deutschen und Dänen sich schwer wieder überbrücken lassen würde. Er hielt unter diesen Umständen die Bildung einer neuen Regierung in Dänemark für ein fast unlösbares Problem. Seinen Pessimismus charakterisiert am besten der Zweifel, wie lange überhaupt noch ein dänischer Gesandter in Berlin sein würde.

Ich habe Mohr daran erinnert, dass ich seit dem Beginn der Besetzung der dänischen Regierung ständig vorgehalten hätte, dass es nicht genüge, praktisch mit uns zusammenzuarbeiten, sondern dass die dänische Regierung und alle politisch massgebenden Faktoren in Dänemark auf die innere Einstellung der dänischen Bevölkerung Einfluss nehmen müssten. Das sei leider unzureichend geschehen. Vor allem hätten sich die Presse und die politischen Parteien hartnäckig versagt. Mohr wisse, dass ich immer ein energischeres Eingreifen der dänischen Polizei und der dänischen Justiz gegen Gerüchtemacher, Hetzer und Deutschfeinde im allgemeinen gefordert und keinen Hehl daraus gemacht hätte, dass ich mit der Haltung des Justizministers Thune Jakobsen, dessen Deutschfreundlichkeit ich nicht bezweifelte, den ich aber für zu schwach hielt, unzufrieden gewesen sei. Ich erinnerte auch Mohr daran, dass ich es schon im Sommer 1942 für notwendig gehalten hätte, mit der dänischen Regierung über die Einführung der Todesstrafe zu sprechen. Man könnte sich in Dänemark nicht wundern, dass wir, nachdem alle Ermahnungen nicht gefruchtet hätten und die Sabotageakte sich erschreckend mehrten, selbst zu energischen Massnahmen geschritten wären.

Mohr, der den Stimmungsumschwung in Dänemark vom April dieses Jahres her datierte, gab mir bis zu einem gewissen Grade Recht. Er sagte, dass er selbst im Herbst vorigen Jahres in Kopenhagen ausgesprochen hätte, dass energischer zugepackt werden müsste. Sein Eindruck wäre gewesen, dass die Zwischenfälle zum grossen Teil von kommunistischen Elementen ins Werk gesetzt worden seien, mit dem Ziel, die deutsch-dänische Zusammenarbeit zu stören. Er sei auch überzeugt, dass sich ein grösserer Teil kommunistischer Elemente in die Reihen der dänischen Nationalsozialisten eingeschlichen hat. Seiner Ansicht nach müsste mehr geschehen, um den von der feindlichen Seite verbreiteten tendenziösen Meldungen und Greuelmärchen entgegenzutreten. Im übrigen meinte Mohr, dass die dänische Polizei immerhin doch erhebliche Erfolge aufzuweisen hätte, und dass es ihr gelungen sei, etwa zwei Drittel der Saboteure dingfest zu machen.

Als ich im Gespräch — wie mit Gesandten v. Grundherr vereinbart — darauf hinwies, dass Dänemark sein Schicksal in seinen eigenen Händen hätte und die Wahl habe, entweder die Dinge treiben zu lassen u. uns dadurch zu zwingen, die Lücke selbst auszufüllen oder im wohlverstandenen eigenen Interesse mutig die Verantwortung auf sich zu nehmen und das zu tun, was die Lage erfordere, bemerkte Mohr, dass er wahrscheinlich in der nächsten Woche mit seiner Frau nach Dänemark reisen und dabei Gelegenheit nehmen würde, die Lage mit den massgebenden dänischen Persönlichkeiten zu besprechen.

*Berlin, den 18. September 1943.*gez. v. **Renthe-Fink.**

433.

Telegram fra dr. Best ang. danske forhandlinger om regeringsdannelse.**20. september 1943.***Nur als Verschlussache zu behandeln.***Telegramm**
(G-Schreiber)Kopenhagen, den 20. Sept. 1943 19.50 Uhr
Ankunft: den 20. Sept. 1943 20.30 Uhr

Nr. 1102 vom 20.9. CITISSIME!

Ich bitte, den folgenden Bericht unverzüglich dem Herrn Reichsaussenminister zuzuleiten:

Wie mir vertraulich mitgeteilt worden ist, haben vorgestern beim dänischen König Besprechungen mit den Führern der bisherigen Regierungsparteien über die Frage einer Regierungsbildung stattgefunden. Dabei soll der bisherige Staatsminister von Scavenius eindringlich zur sofortigen Bildung einer Regierung geraten haben. Der König soll jedoch erklärt haben, dass er sich in der Ausübung seiner Funktionen behindert fühle und deshalb nicht in der Lage sei, eine Regierung zu ernennen. Die Parteiführer sollen zum Ausdruck gebracht haben, dass ihre Parteien jede Mitverantwortung an der weiteren Verwaltung Dänemarks ablehnen und dass deshalb eine Zustimmung des Reichstags zur Einsetzung einer neuen Regierung sowie die Erteilung von Vollmachten an eine solche nicht zu erwarten sei.

Amtlich ist mir eine Stellungnahme des Königs und des Reichstags zur Frage der Regierungsbildung noch immer nicht mitgeteilt worden. Der kommissarische Leiter des dänischen Aussenministeriums stellt immer wieder nur fest, dass Vorschläge für eine Regierungsbildung noch nicht vorliegen.

Da die Feindpropaganda in den letzten Tagen in ständig wachsendem Masse mit der Behauptung operiert dass ich dem König ein Ultimatum zur Bildung einer Regierung gestellt und dass ich bestimmte Personen für die Bildung einer Regierung vorgeschlagen hätte, ist anzunehmen, dass man von dänischer wie von feindlicher Seite die Regierungsfrage als eine Nervenprobe betrachtet, in der man uns zu ungeduldigen Vorstößen verlocken möchte, um dann entweder Bedingungen auszuhandeln oder aber aus einer dänischen Ablehnung eine deutsche politische Niederlage zu konstruieren. Es war deshalb zweifellos richtig, dass ich bis heute keine deutsche Meinung zu der Regierungsfrage habe erkennen lassen und dass ich immer wieder erklärt habe, die Initiative liege bei den Dänen und man möge mir Vorschläge unterbreiten.

Es muss aber nunmehr Vorsorge für den Fall getroffen werden, dass tatsächlich keine verfassungsmässige dänische Regierung mehr gebildet wird, was ich für sicher halte, wenn die rigorosen militärischen Massnahmen, über die ich in meinem Telegramm Nr.1092 vom 18.9.43 berichtet habe, durchgeführt werden und wenn der Abtransport der Juden aus Dänemark erfolgt, da für die so gestaltete Lage niemand in Dänemark eine politische Mitverantwortung übernehmen wird.

Der dänische Staatsapparat und die übrigen öffentlichen Einrichtungen werden auch nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes weiter arbeiten wie während desselben, wenn sie auch weiterhin durch deutsche Anordnung dazu gezwungen und hierdurch zugleich von persönlicher Verantwortung entlastet werden. Diese Anordnungen müssten von mir erlassen werden, wie sie während des militärischen Ausnahmezustandes vom Befehlshaber der deutschen Truppen erlassen wurden. Ebenso müssten einzelne Sanktionsmassnahmen (wie die in meinem heutigen Telegramm Nr.1097 gemeldeten Massnahmen des Befehlshabers) sowie andere Massnahmen (wie z.B. die örtliche Verhängung eines „zivile Ausnahmezustandes“) künftig von mir angeordnet werden. Schliesslich müsste ich durch Verordnungen allgemeines Recht setzen, soweit dies entweder im deutschen Interesse erforderlich ist oder im Rahmen der Befugnisse der dänischen Verwaltungsbehörden nicht erfol-

kann. Die Ankündigung, dass ich von der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes an in dieser Weise namens des Reiches in Dänemark öffentliche Gewalt ausüben werde, wäre an die kommissarischen Leiter der dänischen Ministerien zu richten und gleichzeitig zu veröffentlichen. Zur Durchführung meiner Massnahmen würde ich mich der dänischen Verwaltung, der mir unterstellten deutschen Vollzugskräfte, sowie erforderlichenfalls angeforderten Kräfte der deutschen Wehrmacht bedienen.

Nach meiner Auffassung sollte bei dieser neuen Lenkung der hiesigen Verwaltung jede formale Klärung und Festlegung des neuen Systems vermieden werden. Ich würde weiter als Reichsbevollmächtigter handeln (welcher Begriff ja von vornherein den Umfang der Vollmachten offen liess) und hinsichtlich des politischen Status und der verfassungsrechtlichen Struktur Dänemarks keinerlei Erklärungen abgeben. Der König und der Reichstag würden durch ihre Untätigkeit weiter ausgeschaltet bleiben, wie sie schon seit der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes ausgeschaltet sind.

Ich bitte um grundsätzliche Entscheidung, ob gegebenenfalls nach den hier vorgetragenen Gesichtspunkten verfahren werden soll, wenn der militärische Ausnahmezustand in Dänemark aufgehoben wird. Diese Aufhebung, die (wie ich in meinem Telegramm Nr.1089 vom 17.9.43 berichtete) vom Befehlshaber der deutschen Truppen und mir für den 27.9.43 oder 28.9.43 ins Auge gefasst war, wird noch um die Zeit hinausgeschoben werden müssen, die für die Durchführung der Judenaktion (siehe mein Telegramm Nr.1094 vom 18.9.43) erforderlich ist.

Dr. Best.

St. S. Keppler
 U. St. S. Pol
 Botschafter Ritter
 Botschafter Gaus
 Leiter Abt. Pers
 — - Ha Pol
 — - Recht
 — - Kult Pol
 — - Presse
 — - Rundfunk
 Chef Prot
 Dg. Pol
 Gr. Leiter Inl. I
 Gr. Leiter Inl. II
 Arb.-Expl. bei Pol VI
 Ges. Schnurre
 Ges. v. Grundherr
 L. R. Melchers
 Dr. Megerle

434.

Notits af gesandt v. Grundherr ang. samtale med legationsråd Frants Hvass om regeringsdannelse.

25. september 1943.

Pol VI Ges. v. Grundherr

Aufzeichnung

1. Heute suchte Herr Legationsrat *Hvass*, Leiter der politisch-juristischen Abteilung im dänischen Aussenministerium in Kopenhagen in Begleitung des Gesandten *Mohr* Herrn Unterstaatssekretär Hencke auf, wobei Gesandter v. Grundherr zugegen war. Er verlas

ein Schreiben, das Direktor *Svenningsen*, Generalsekretär im dänischen Aussenministerium, vor zwei Tagen dem Reichsbevollmächtigten übersandt hatte. Die wesentlichsten Punkte waren die folgenden:

Regierungsbildung und Ausnahmezustand sind unvereinbar. Auch Regierungsbildung und wichtige Einschränkungen, die auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes wohl aufrecht erhalten bleiben müssen, wie Auflösung des Heeres und Übernahme der Flotte, Radio- und Pressezensur, Aufhebung der Versammlungsfreiheit, sind unvereinbar, da sich der Reichstag und die politischen Parteiführer hierzu nicht bereitfinden würden.

Dagegen hat das dänische Aussenministerium in Verhandlungen mit den Parteien und den Justizbehörden erreicht, dass die politisch führenden Kreise in Dänemark und das Justizwesen folgende Lösung guthessen würden: Es können „Gesetzanordnungen“ erlassen und befolgt werden, wenn die Gesetze normaler Art sind, d. h. dazu dienen, Ruhe und Ordnung und das Gemeinschaftsleben im Lande aufrecht zu erhalten und wenn die Anordnungen nicht gegen das dänische Rechtsgefühl verstossen. Auch können auf diese Weise Beamte ernannt und entlassen werden, so dass ein geregeltes laufendes Arbeiten dieses Verwaltungsapparates, auch mit den deutschen Behörden, gewährleistet sei.

Nach Ansicht von Herrn Hvass ist dies angesichts der derzeitigen Lage das Maximum des Erreichbaren. Er war offensichtlich befriedigt, dass es dem dänischen Aussenministerium gelungen war, diese Regelung bei den dänischen Stellen durchzusetzen.

Unterstaatssekretär Hencke und Gesandter v. Grundherr verhielten sich bei diesen Ausführungen rezeptiv, da es sich ganz vorwiegend um dänische Interessen hierbei handelte.

2. Die dänischen Herren wurden von Unterstaatssekretär Hencke und Gesandten v. Grundherr darauf hingewiesen, dass in den vergangenen Jahren die dänische Regierung nicht genügend Aktivität gezeigt hat, um die Volksmeinung in Dänemark zu einer schärferen als einer nur platonischen und lauen Verurteilung der Sabotageakte und zu grösserem Verständnis einer deutsch-dänischen Politik positiver Zusammenarbeit zu bringen. Das Volk sei nicht genügend „immun“ gegen die Propagandaeinflüsse aus England gemacht worden.

3. Herr Hvass meinte, dass die von der Zivilverwaltung vorgenommenen Verhaftungen besonders böses Blut gemacht hätten, da unter den Verhafteten viele Persönlichkeiten gewesen wären, die als notorisch ungefährlich und harmlos zu betrachten wären. Es wurde ihm erwidert, dass etwa 50% der Verhafteten schon wieder entlassen seien, dass nach allem Vorgefallenen aber ein energisches Durchgreifen nötig gewesen wäre. Herr Hvass bat um Beschleunigung der Vernehmungen und bedauerte, dass an einzelnen Orten von deutscher militärischer Seite von der Festnahme von „Geiseln“, fälschlicherweise, wie er wisse, gesprochen worden sei.

4. Herr Hvass wurde darauf hingewiesen, dass nach unserer Ansicht das dänische Aussenministerium nicht genügend scharf und nicht schnell genug durch geeignete Runderlasse das eigenmächtige und disziplinwidrige Vorgehen der dänischen Gesandten in Stockholm, Bern usw. verurteilt habe. Herr Hvass versuchte das Verhalten der Gesandten mit entstandener Nervosität zu entschuldigen.

5. Herr Hvass führte weiter aus, er habe gerüchtweise erfahren, dass angeblich deutsche Verwundete in den von der Wehrmacht beschlagnahmten, von der dänischen Bevölkerung geräumten Gebäuden untergebracht werden sollen. Er wies darauf hin, dass eine gütliche Zusammenarbeit mit deutschen militärischen Stellen bei der Erledigung dieser Frage mehr praktischen Erfolg versprechen würde.

6. Gesandter Mohr führte an, dass ein Rittmeister Lunding, tätig in der Nachrichtenabteilung des dänischen Kriegsministeriums verhaftet und dieser Tage nach Deutschland geführt worden sei. Herr Lunding habe nur auftragsgemäss seine Tätigkeit ausgeübt, und es werde dänischerseits grosser Wert darauf gelegt, dass der Fall bald geklärt wird. Gesandter Mohr wird uns noch eine entsprechende Notiz zusenden.

7. Zu dem Drahtbericht Nr. 5485 vom 24.9. aus Madrid machte Herr Unterstaatssekretär Hencke Herrn Hvass darauf aufmerksam, dass der dänische Gesandte in Madrid am 24.9. Gesandten v. Bibra erklärt habe, dass er seit 25.8. vom dänischen Aussen-

ministerium vollkommen abgeschnitten sei und keinerlei Weisung mehr empfangen. Herr Hvass erklärte, dass die allgemeinen Runderlasse auch an Madrid gerichtet worden seien.

Herr Hvass wurde gebeten, möglichst umgehend nach seiner heute erfolgenden Rückkehr nach Kopenhagen für eine telegrafische Weisung nach Madrid betreffend die drei dänischen Schiffe in Las Palmas zu sorgen. Er sagte dies zu.

Unterstaatssekretär Hencke knüpfte hieran die Anregung, das dänische Aussenministerium möge im allgemeinen die dänischen Missionen im Auslande gut auf dem laufenden halten.

8. Herr Hvass wurde auf die Veröffentlichung der Berichte des Gesandten Zahle von Anfang April 1940 in der schwedischen Zeitschrift „NU“ hingewiesen. Er bezeichnete sie als im wesentlichen richtig wiedergegeben.

Berlin, den 25. September 1943.

Grundherr.

Verteiler:

St. S.
U. St. S. Pol
Dg. Pol
Pol I M

435.

Telegram fra dr. Best ang. højesteretspræsident Troels G. Jørgensens initiativ m. h. t. regeringsdannelse.

28. september 1943.

Nur als Verschlussache zu behandeln.

Telegramm

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 28. September 1943 13,25 Uhr
Ankunft: — 28. — — 14,35 —

Nr. 1145 vom 28.9. CITISSIME!

Ich bitte, den folgenden Bericht unverzüglich dem Herrn Reichsaussenminister zuzuleiten:

Unter Bezugnahme auf mein Telegramm Nr.1102*) vom 20.9.43 berichte ich, dass nach den mir in den letzten Tagen zugegangenen Informationen mit der Bildung einer verfassungsmässigen dänischen Regierung nicht zu rechnen ist. Der Höchstgerichtspräsident Troels Joergensen hat in einem Schreiben an den König den Standpunkt vertreten, dass der König nach der Verfassung verpflichtet sei, eine Regierung zu ernennen. Der König hat sich hingegen auf den Standpunkt gestellt, dass er ohne die Zustimmung des Reichstages keine Regierung ernennen könne. Der Reichstag bzw. die Mehrheitsparteien beharren auf ihrem Standpunkt, dass sie jede Verantwortung für die weitere Verwaltung des Landes ablehnen. — Der Kommissarische Leiter des dänischen Aussenministeriums, Direktor Svenningsen, hat mir mitgeteilt, dass die dänischen Ministerien und die übrigen Verwaltungs-

*) bei Pol. VI (V.S.) (Regierungsbildung in Dänemark).

behörden nach Erörterungen mit den politischen Faktoren und mit den Gerichten bereit und in der Lage seien, die Staatsverwaltung „in einer sowohl für die Bevölkerung als auch für die Besatzungsmacht befriedigenden Weise“ fortzuführen. Die bisher offene Frage der Rechtsetzung soll in der Weise gelöst werden, dass die Verwaltungschefs für ihre Bereiche kraft Notstandsrechtes sogenannte „Gesetzanordnungen“ erlassen. Die Gerichte sind bereit, diese „Gesetzanordnungen“ insoweit als gültig anzuerkennen, als sie „mit Rücksicht auf die ungestörte Fortführung des Lebens des Gemeinwesens und auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eine Notwendigkeit sind“ und als sie „nicht gegen das dänische Rechtsbewusstsein verstossen“. Beamte sollen, solange keine Ernennungen durch den König erfolgen, durch „kommissarische Bestellung“ eingesetzt und durch „Rücktrittbewilligung“ entlassen werden. Direktor Svenningsen erklärte mir auf Vorhalt, dass man sich auf der dänischen Seite darüber im Klaren sei, dass neben der in der dargestellten Weise arbeitenden dänischen Staatsverwaltung das Reich durch seine hiesige Vertretung die zur Wahrung der deutschen Interessen erforderlichen Massnahmen treffen und Anordnungen erlassen werde. — Ich bitte nunmehr um die Genehmigung, dass ich nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes (über die nach Durchführung der Juden-Aktion besonders berichtet wird) nach den Vorschlägen meines Telegramms Nr.1102**) vom 20.9.43 verfare.

Dr. Best.

St. S. Keppler
 U. St. S. Pol
 Botschafter Ritter
 Botschafter Gaus
 Leiter Abt. Pers
 — - Ha Pol
 — - Recht
 Leiter Abt. Kult Pol
 — - Presse
 — - Rundfunk
 Chef Prot
 Dg. Pol
 Gr. Leiter Inl. I
 Gr. Leiter Inl. II
 Arb.-Expl. bei Pol VI
 Ges. Schnurre
 Ges. v. Grundherr
 L. R. Melchers
 Dr. Megerle

**) bei Pol. VI (V.S.)

436.

**Instruks fra rigsudenrigsminister v. Ribbentrop ang. internering af
kong Christian X og kronprins Frederik.**

6. oktober 1943.

BÜRO RAM

Über
St. S.
U. St. S. Pol.
vorgelegt.

Der Herr RAM ist damit einverstanden, dass der Dänische König und Kronprinz nicht interniert aber sicherheitsdienstlich beobachtet werden, so wie es im Telegramm Kopenhagen 1192 vom 4.10. vorgeschlagen ist.

„Westfalen“, den 6. Oktober 1943.

gez. Sonnleithner.

*Telefonische Durchgabe
von Westfalen.*

Original folgt mit
nächstem Kurier.
Büro St.S.
6.10.

Durchdruck an
Büro RAM
z[ur] K[enntnisnahme]

437.

Fortrolig beretning ang. den danske regerings forhandler 28. august.

16. november 1943.

**Vertraulicher dänischer Bericht über die Regierungsverhandlungen
vom 28. August 1943¹⁾**

Am Sonnabend, dem 28. August vormittags 10 Uhr, wurde der Vorsitzende des Neun-Männer-Ausschusses von der Regierung aufgefordert, den Ausschuss auf 10,30 Uhr zu einer Sitzung einzuberufen. An dieser Sitzung nahm die gesamte Regierung sowie alle Mitglieder des Neun-Männer-Ausschusses mit Ausnahme von Oluf Petersen von der Rechtsstaatspartei teil.

Staatsminister Scavenius eröffnete die Sitzung und machte die Versammelten mit den Forderungen der deutschen Regierung bekannt. Nachdem er die Forderungen im einzelnen vorgelegt hatte, wies er auf die entscheidenden Fragen hin, die diese Forderungen enthielten. Hinsichtlich der Geldbusse, die von der Stadt Odense gefordert worden war, äusserte er, dass die dänische Regierung bereits einen Scheck in Höhe von 10.000 Kr. dem Deutschen Roten Kreuz übermittelt hätte, da Dr. Best gesagt hätte, dass dieses einen guten Eindruck machen würde. Dieser Scheck sei jedoch nunmehr zurückgekommen.

Die Frage, die uns vorliegt, äusserte der Staatsminister, ist die, ob es uns möglich sein wird, den von deutscher Seite aufgestellten Forderungen zu entsprechen. Er, der Staatsminister, hätte morgens um 9 Uhr eine Unterredung mit Dr. Best gehabt, wobei er versucht hätte, von Dr. Best eine Äusserung zu erhalten, was man deutscherseits beabsichtige, wenn die Forderungen von der dänischen Regierung nicht angenommen würden. Dr. Best sei jedoch nicht in der Lage gewesen, hierüber etwas zu sagen. Er hätte geäussert, dass seine Politik Schiffbruch erlitten habe, dass er ein toter Mann sei, und dass er in Berlin sehr hart behandelt worden sei. Es seien nun die Militärpersonen, die das Wort hätten.

Scavenius sagte weiter, dass er die Forderungen als einen letzten Versuch, mit der dänischen Regierung zusammenzuarbeiten, ansähe. Man müsse sich darüber klar sein, welche Folgen eine Absage haben würde: Deportationen, Zwangsarbeit, Geiseln — alles, was man vom Schicksal anderer besetzter Länder bereits erfahren hätte.

Handelsminister *Halldan Hendriksen*: Darf ich fragen, welche Vorschläge der Staatsminister hat?

Scavenius: Wenn ich die Dinge ganz objektiv sehe, und wenn es möglich wäre, dass wir einen einheitlichen Beschluss fassen könnten, so würde ich raten, die Forderungen zu akzeptieren, um die dänische Bevölkerung zu schonen. Aber ich muss gestehen, dass eine Annahme der Forderungen vielleicht so kompromittierend für die Regierung sein wird, dass es ohnehin nichts nützen würde, sodass es daher als unmöglich erscheinen kann, eine Annahme der Forderungen zu beschliessen.

Buhl: Soweit ich verstehe, hat also die Regierung noch nicht Stellung genommen?

Scavenius: Nein, wir haben gewünscht, die Stellungnahme hier mit dem Neun-Männer-Ausschuss zu beraten. Ich habe auch dafür gesorgt, dass Seiner Majestät dem König die Bitte vorgelegt worden ist, dass er uns nach dem Frühstück in Amalienborg empfängt.

Buhl: Die deutschen Forderungen sind wohl ein Ultimatum, das nicht angenommen werden kann? Jedenfalls besteht wohl kein Grund zu glauben, dass jemand in dieser Mitte den Wunsch hat, die erwähnten Forderungen anzunehmen.

Justizminister *Thune Jacobsen*: machte einige Bemerkungen über Einzelheiten, die einer näheren Erläuterung bedürften und hob hervor, dass z.B. die Polizei keineswegs in der Lage sein würde, die Arbeiter zur Arbeit zu zwingen. Es sei auch sehr schwierig, die Schuldigen in Odense zu finden. Der Offizier, der verwundet worden sei, sei nach Deutschland gereist, ohne vernommen worden zu sein. *Buhl* unterbrach den Justizminister und äusserte, dass diese Details wohl kaum Interesse hätten. Das Bild sei ganz klar. „Wir sollen unter die deutsche Herrschaft. Die dänische Regierung soll eine Schattenregierung werden, daher halte ich es für völlig ausgeschlossen, Forderungen der genannten Art durchzuführen.“

Ole Björn Kraft schloss sich den Äusserungen von *Buhl* an und fügte hinzu, dass die Forderungen eines derartigen Charakters seien, dass keine dänische Regierung oder irgendein Däne daran denken könnte, sie anzunehmen. Er ginge davon aus, dass die Regierung, wenn man eine Antwort auf das Ultimatum gegeben hätte, nicht demissionieren würde, sondern dass sie auf ihrem Posten bliebe, bis sie entfernt würde oder bis die Deutschen solche Handlungen begehen würden, dass es der Regierung unmöglich sein würde, diese mit ihrem Namen zu decken. Er schlug vor, dass man in der Regierung Wege suchte, um dem dänischen Volk eine Mitteilung über die Haltung der dänischen Regierung und des Reichstags zufließen zu lassen, sodass man sich allgemein darüber im klaren sei, dass die deutschen Forderungen abgeschlagen worden seien.

Jörgen Jörgensen fragte, in welcher Form dieses geschehen könnte.

Ole Björn Kraft antwortete, dass es viele Wege gäbe.

Jörgen Jörgensen meinte, dass die Antwort eine derartige Formulierung erhalten müsste, dass daraus hervorginge, dass man dänischerseits seinen Teil der Abmachung hinsichtlich der Ruhe und Ordnung im Lande zu halten in der Lage sei. „Wenn wir heute Nein sagen und Massnahmen getroffen werden und der König dann auf seinem Platz bleibt und die Regierung ebenfalls zum Bleiben auffordert — was dann?“

Brorsom erklärte sein Einverständnis damit, dass man Nein sagen müsste. Es sei seine grösste Hoffnung, dass man zusammenstehen würde, wie man es bisher getan hätte. Er ginge davon aus, dass die Regierung mit dem König eine Unterredung haben würde.

Andererseits sei es seine Auffassung, dass man, wenn die Königsmacht bewahrt bleiben würde, den Versuch machen müsste, ein Ministerium von Departementschefs zu bilden.

Hierauf antwortete *Buhl*, dass, wenn man den Standpunkt wählte, nein zu sagen, man nicht von seiten der Parteien an einer anderen Regierung mitwirken könnte. Er möchte überhaupt davor warnen, auf den vorher geäußerten Gedankengang einzugehen. *Ole Björn Kraft* schloss sich dieser Meinung von *Buhl* an, da der Zustand, den die Deutschen schaffen wollten, ein Mitwirken des „Folkestyret“ ausschliesse. Man könne sich nicht andere auferlegen, Handlungen zu vollziehen, „die unser Gewissen uns selbst auszuüben verbietet“.

Brorsom: Ich habe mir selbstverständlich nicht gedacht, dass der Reichstag oder der Neun-Männer-Ausschuss mitwirken sollen.

Knud Kristensen empfahl auch den Abschlag, wollte aber gern Zeit haben, die Sache zu überlegen.

Bording erklärte, dass die übrigen politischen Minister die Auffassung *Brorsoms* hinsichtlich der Regierung von Departementschefs nicht teilten.

Buhl: In unserer Antwort müssen wir sagen, dass wir nicht sehen könnten, dass irgendeine Begründung für so radikale Schritte besteht. Die Veranstaltungen, die unsererseits bereits in die Wege geleitet worden seien, eröffneten die Aussicht für eine Aufrechterhaltung der Ordnung. Wenn die deutschen Forderungen durchgeführt würden, so würde die Stellung erneut radikal geändert werden und zudem erheblich verschlimmert, und sie würde somit zu neuen noch stärkeren Forderungen führen. Daher könnten wir die Verantwortung für Veranstaltungen, wie sie gefordert worden sind, nicht übernehmen.²⁾

Nach der erwähnten Sitzung wurden Besprechungen der einzelnen Parteien abgehalten. Um 13,30 Uhr versammelte man sich erneut. Alle Mitglieder der Regierung sowie der gesamte Neun-Männer-Ausschuss waren anwesend.

Buhl teilte auf dem Wege der sozialdemokratischen Partei mit, dass man eine Vertretung der politischen und fachlichen Organisation von 150—200 Menschen versammelt gehabt hätte. Diesen hätte man die Forderungen genannt, sie hätten einstimmigen Beschluss gefasst, dass die dänische Regierung die Forderungen abweisen müsste.

Ole Björn Kraft teilte mit, dass man so viele Mitglieder der konservativen Partei wie möglich versammelt gehabt hätte, und dass auch in dieser Gruppe völlige Einstimmigkeit darüber geherrscht hätte, dass die deutschen Forderungen als unannehmbar für die Dänen zurückgewiesen werden müssten.

Knud Kristensen äusserte, dass in der Venstre auch völlige Einigkeit bestehe, ein notwendiges Nein zu sagen.

A. M. Hansen sagte, dass auch die radikale Partei nicht auf die Forderungen eingehen könnte.

Oluf Petersen betonte, dass man auf seiten der Rechtsstaatspartei nicht Ja sagen könnte. Aber einzelne Dinge der Forderungen seien ja bereits erfüllt worden.

Buhl erklärte hierzu, dass es nutzlos sei, Einzelheiten zu besprechen, da ja die Forderungen ein Gesamtes darstellten.

Scavenius äusserte, dass ja die Möglichkeit bestünde, eine Antwort in zweierlei Form zu erteilen. Einerseits könnte man die drastischen Forderungen abweisen, z.B. wegen Geiseln und wegen der Todesstrafe, und es den Deutschen überlassen, diese Dinge selbst auszuführen. Aber nach der Stimmung, die zum Ausdruck gekommen sei, gebe es wohl keinen Ausweg.

Es ergab sich eine kurze Diskussion, weil man nach der letzten Äusserung den Staatsminister so verstanden hatte, als seien die deutschen Forderungen kein direktes Ultimatum.

Scavenius antwortete, dass dieses ja eine Frage der Taktik sei — über das Endresultat könnte jedoch kein Zweifel herrschen. Von mehreren Seiten wurde die Bemerkung gemacht, dass man bei einem taktischen Verhalten eine Reihe deutscher Veranstaltungen bejahen müsste, sodass man letzten Endes doch moralisch dafür mitverantwortlich gemacht würde.

Dr. Munch: Sollen wir nicht wenigstens den Inhalt eines solchen Vorschlages hören?

Scavenius las einen entsprechenden Vorschlag vor.

Buhl äusserte danach, dass er davon überzeugt sei, dass keine Partei einem solchen Entgegenkommen zustimmen würde, und dass er im übrigen nicht glaubte, dass man irgendetwas damit erreichen würde, sondern dass man sich höchstensfalls kompromitierte.

Danach liess *Scavenius* diese Frage fallen und las den Entwurf der Antwort vor, in welcher man darauf hinwies, dass die dänische Regierung die ganze Zeit hindurch versucht habe, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Was auch die Erklärung, die sie seinerzeit abgab, erweise. Man rechnete damit, dass eine Abschwächung der Unruhen bereits eingetreten sei, und dass die Streiks bald abgeschlossen sein würden, aber dass die dänische Regierung die neuen deutschen Forderungen abweisen müssten.

Für 14,15 Uhr war der Staatsrat einberufen. *Buhl* versuchte gleichzeitig auf dem Wege des Neun-Männer-Ausschusses Verbindung mit dem Kabinettssekretär, um zu hören, ob der König eine Unterredung mit Vertretern des Reichstages wünschte, und um, wenn dieser Wunsch bestünde, dem König gegenüber auszudrücken, dass man die Zustimmung des Reichstages für einen Administrationsrat oder ähnliches nicht zu erwarten hätte. Der Kabinettssekretär äusserte *Buhl* gegenüber, dass der König bereits den Wunsch ausgesprochen hätte, mit Vertretern des Reichstages zu sprechen. Kurze Zeit darauf erhielt der Neun-Männer-Ausschuss den Bescheid, eine Repräsentation zum König zu senden, worauf die Vorsitzenden der Partei³⁾ sowie *Buhl* sich nach Amalienborg begaben. Die Repräsentation bestand aus *Buhl*, Ole Björn Kraft, Knud Kristensen, A. M. Hansen und Oluf Petersen. Sie wurden vom König im Gartensaal in Anwesenheit des Kronprinzen empfangen. Der König war ausserordentlich bewegt, er drückte jedem die Hand und sagte dann mit tiefer Bewegung: „Der Staatsminister hat mir eben den Entschluss, den Sie gefasst haben, mitgeteilt. Ich danke Ihnen, dass Sie in dieser ernsten Stunde zusammengestanden haben. Wir müssen allem, was nun kommt, gegenüber einheitlich zusammenstehen. Ich glaube, dass es von grösster Bedeutung ist — sowohl nach aussen wie nach innen, dass wir einig sind. Vielleicht dürfen wir hoffen, dass die kürzeste Zeit für uns zurück ist.“ Der König dankte den Versammelten für ihren Einsatz, den sie geleistet hatten und bat darum, seinen Dank dem Reichstag zu überbringen. Abschliessend unterstrich er noch einmal die Bedeutung eines einheitlichen Zusammenwirkens.

Buhl drückte die Dankbarkeit aus, die alle dem König gegenüber für die Worte, die er geäussert hatte, fühlten. Ebenso dankte er dafür, dass der König sich mit dem Reichstag einig fühlte. Dieses würde in allen Teilen des Landes in seiner Bedeutung verstanden werden.

Nach dieser Zusammenkunft wurde wieder ein Staatsrat abgehalten, in welchem der König den getroffenen Beschluss beitrug. Die Minister gaben zu erkennen, dass sie völlig einheitlich zusammenstünden. Der König nahm einige Äusserungen des Verteidigungsministers Brorsom beifällig auf, dass sich Heer und Flotte in der vorliegenden Situation nicht zur Wehr setzen sollten.

Nach dem Staatsrat wurde die Antwort der Regierung und des Reichstages dem deutschen Bevollmächtigten mit Boten übersandt.

¹⁾ Dokumentet har foroven følgende påtegning med Renthe-Finks håndskrift:

„Herrn Gesandten v. Grundherr mit der Bitte um Rückgabe. Das Papier kommt von einem Freund Meissner's.

RF 16/11/43.“

Endvidere har det i marginen følgende påtegning:

„U. St. S. Pol

Dg. Pol unter Rückerbittung.

Diese Aufzeichnung ist sehr interessant: *Buhl* Haupthetzer, *Scavenius* hat guten Willen, ebenso Munch. Grdhr. 16/11.“

²⁾ I marginen er med håndskrift anført: „So etwa lautete dann später die dänische Antwort! Grdhr.“

³⁾ Formentlig fejlskrift for „Parteien“.

438.

**Skrivelse fra statssekretær Backe, rigsernæringsministeriet, ang.
besættelsesomkostningerne.**

10. februar 1944.

Abschrift.

DER REICHSMINISTER FÜR
ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

*Berlin, den 10. Februar 1944
Wilhelmstr. 72*

M.d.F.d.G.b. V B 4 — 110 M-19g/44

Betr.: Besatzungskosten Dänemark

*An den
Herrn Reichsminister der Finanzen
Berlin.*

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Die in Ihrem Schreiben vom 24. Januar 1944 an den Herrn Reichsaussenminister behandelte Frage der Besatzungskosten in Dänemark berührt meinen Geschäftsbereich insoweit, als es sich darum handelt, ob die von Ihnen angestrebte endgültige Übernahme eines Teiles der Besatzungskosten durch Dänemark geeignet sein würde, die Erzeugungs- und Lieferwilligkeit der dänischen Landwirtschaft zu erhalten oder zu beeinträchtigen. Dazu möchte ich folgendes bemerken:

1.) Die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Dänemark nach Deutschland hat sich trotz der auch für Dänemark nicht leichten Futtermittellage erstaunlich gut entwickelt, wie folgende beispielsweise angeführten Zahlen beweisen:

a) <i>Fleisch:</i> Lieferung in der Zeit vom 1.10.42—30.9.43 =	80 000 t.
Geschätzte Lieferung in der gleichen Zeit 1943/44 mindestens	150 000 t.
b) <i>Butter:</i> Wirtschaftsjahr 1941/42 =	37 600 t.
1942/43 =	51 100 t.
1943/44 geschätzt auf ebenfalls	51 100 t.

c) <i>Sämereien:</i> Gesamtwert der zum grössten Teil bereits getätigten	
Einfuhren 1943/44 bei Feldsämereien etwa	20 Millionen RM
bei Gemüsesämereien etwa	6,5 — —

Damit ist Dänemark der wichtigste Sämereilieferant Deutschlands geworden.

d) <i>Fische:</i> Wirtschaftsjahr 1939 =	54 000 t.
1942 =	92 000 t.
1943 =	102 000 t.

Dänemark deckt damit $\frac{2}{3}$ des deutschen Gesamtbedarfs an frischen Seefischen.

e) <i>Pferde:</i> 1943 Einfuhr	38 000 St
--------------------------------	-----------

Damit ist Dänemark bei weitem der grösste Pferdelerant Deutschlands geworden.

Die Entwicklung hat gezeigt, dass die Währungsverhältnisse in Dänemark keinerlei Beeinträchtigung der dänischen Lieferwilligkeit gebracht haben. Sie wäre nach meiner Auffassung auch nur zu befürchten, wenn die Ruhe in Dänemark beeinträchtigt würde oder wenn Deutschland, wie es leider jetzt der Fall ist, Produktions- und Bedarfsgüter nach Dänemark in immer weniger ausreichendem Masse liefern würde. Sollte diese Entwicklung sich fortsetzen, dann muss damit gerechnet werden, dass die dänische Landwirtschaft das bisherige Interesse an möglichst starker Erzeugung verliert, weil sie für die von ihr erlösten Kronen nicht mehr ausreichend kaufen kann.

2.) Ich möchte ferner darauf aufmerksam machen, dass es infolge Fehlens einer dänischen Regierung wohl kaum möglich sein würde, durch ein dänisches Steuergesetz die notwendigen Massnahmen durchzuführen, so dass es wahrscheinlich nötig werden würde, die erforderlichen Anordnungen durch den Reichsbevollmächtigten in Kopenhagen zu erlassen. In diesem Falle müsste aber mit einer passiven Resistenz der dänischen Verwaltung und vor allem der dänischen Steuerzahler gerechnet werden. Eine weitere steuerliche Belastung der dänischen Landwirtschaft würde meiner Ansicht nach auch deren Bereitwilligkeit, ihre Erzeugung in dem bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten oder womöglich noch zu steigern, stark beeinträchtigen, zumal die engl. Propaganda sich dieses Mittel zur Beeinflussung der Stimmung der dänischen Bauern nicht entgehen lassen würde. Einerseits würde also das erwünschte Ziel nur unvollständig erreicht, andererseits aber eine höchst unerwünschte Beunruhigung in die dänische Bevölkerung, insbesondere aber in die Landwirtschaft hineingetragen werden.

3.) Die dänischen Preise und Löhne sind fast 2 Jahre hindurch stabil geblieben. Das beweist, dass bisher nachteilige Wirkungen in der dänischen Finanz- und Währungsgebarung nicht zu verzeichnen gewesen sind. Dass bei den schnell ansteigenden Besatzungskosten in Zukunft erhebliche Gefahren entstehen können, ist nicht zu bestreiten; immerhin besteht meiner Ansicht nach keine Veranlassung, die Frage der Besatzungskosten gerade im jetzigen Zeitpunkte aufzunehmen.

Abschrift dieses Schreibens haben der Herr Reichsaussenminister und der Herr Reichswirtschaftsminister erhalten.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener

gez. **Backe.**

Verteiler:

St.S.
U.St.S.Pol.
Dir. Ha Pol.

439.**Telegram fra dr. Best ang. udsendelse af en gesandt til Danmark.****15. februar 1944.***Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 15. Februar 1944 14,45 Uhr
 Ankunft: — 15. — — 17,50 —

Nr. 202 vom 14.2.

Auf Telegramm vom 10. Nr. 131*) erwidere ich, dass ich die Entsendung eines Geschäftsträgers empfehle, weil einerseits zweifelhaft ist, ob der König einen Gesandten empfangen würde, und weil es andererseits den Wünschen unserer Führung entsprechen dürfte, dass dem König ein Anstoss zur Wiederausübung von Regierungsfunktionen gegeben wird.

Dr. Best.

St.S.Keppler
 U.St.S.Pol
 Botschafter Ritter
 Botschafter Gaus
 Leiter Abt. Pers
 — — Ha Pol
 — — Recht
 — — Kult Pol
 — — Presse
 — — Rundfunk
 Chef Prot
 Dg. Pol
 Gr. Leiter Inl. I
 Gr. Leiter Inl. II
 Arb.-Expl. bei Pol VI

Ges. Schnurre
 — Benzler
 — Frohwein
 — v. Grundherr
 VLR Melchers
 Dr. Megerle.

*) Pol.VI 7697 g.

440.

Telegram fra dr. Best ang. Frits Clausen.**26. februar 1944.***Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 26. Februar 1944

Ankunft, den 26. Februar 1944 16.00 Uhr

Nr. 251 vom 24.II.44.

Der Parteiführer der DNSAP Dr. Clausen, der seit 1. November 1943 als Oberstabsarzt, SS-Sturmabführer — zur Waffen-SS. eingezogen war, ist nach einer mir vom SS. Hauptamt zugegangenen Mitteilung auf Anordnung des Reichsführers SS mit einem Alkoholverbot belegt und zu einer Entziehungskur in der Nerven-Heilanstalt (SS-Lazarett) Würzburg eingewiesen worden, weil er während seiner Tätigkeit in Minsk übermässig getrunken und in diesem Zustand das weibliche Personal seines Lazarets belästigt hat.

Diese Tatsache ist durch Urlauber in Dänemark bekannt worden und bereits von der illegalen Propaganda aufgegriffen worden. Die DNSAP, deren*) in den letzten Monaten sich auf die Erhaltung ihres Anhänger-Bestandes beschränkt hat, kommt hierdurch in eine sehr schwierige Lage. Von einem Teil der Mitglieder wird gefordert, dass Dr. Clausen nunmehr die Führung der Partei niederlegt. Ich absehe vorläufig von einem Eingreifen, damit nicht im Hinblick darauf, dass die beschriebenen Vorgänge mit Dr. Clausen sich ausserhalb Dänemarks abgespielt haben, behauptet werden kann, dass diese Vorgänge von deutscher Seite herbeigeführt worden seien, um Dr. Clausen unmöglich zu machen. Für die nationalsozialistische Bewegung in Dänemark wäre es jedoch eine Entlastung, wenn Dr. Clausen mit einer einleuchtenden Begründung den Parteivorsitz niederlegt.

Best.

St.S.Keppler

U.St.S.Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

— — Ha Pol

— — Recht

— — Kult Pol

— — Presse

— — Rundfunk

Chef Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Inl. I

Gr. Leiter Inl. II

Arb.-Expl. bei Inl I

Ges. Schnurre

— Benzler

— Frohwein

— v. Grundherr

VLR Melchers

Dr. Megerle

*) 1 Gr[uppe] verst[ümmelt].

441.

**Skrivelse fra Høheres Kommando i København til general v. Hanneken
ang. afholdelse af krigsspil i København 31. marts.**

1. april 1944.

Geheim!

HØHERES KOMMANDO
Kopenhagen

St.Qu., den 1.4.1944.

Ia 995/44 geh.

Bez.: Höh. SS u. Pol. Führer Dän. Ia 184/44 g. v. 9.3.44

Betr.: Planspiel der Polizei am 31.3.44 in Kopenhagen.

An

*Wehrmachtbefehlshaber Dänemark
Silkeborg*

A. Am 31.3. nachmittags fand im Deutschen Eck Kopenhagen das mit der Bezugsverfügung gemeldete Planspiel unter Leitung des Generalmajors v. Heimbürg statt. Ausser dem Höh.SS u. Pol. Führer und den Einheitsführern der verschiedenen Verbände der Polizei nahmen der Kommandeur des Höh.Kdos.Kph. mit Ia und Qu, der Wehrmachtortskommandant mit verschiedenen Offizieren seines Stabes, sämtliche Kommandeure der in Kopenhagen liegenden Truppen des Heeres, Vertreter sämtlicher Truppenteile und Dienststellen der Marine und Luftwaffe in Kopenhagen sowie Vertreter des Reichsbevollmächtigten und der Partei teil.

B. Verlauf des Planspiels.

- 1.) Nach einem kurzen einführenden Vortrag des BdO über die dem Planspiel zugrundegelegte Lage hatten zunächst der Stab des BdO sowie das II.Pol.Wach. Batl. über die von ihnen zu veranlassenden *Massnahmen bei Bereitschaftsstufe I* zu berichten.

Es folgte dann die Besprechung der dem Höh.SS u. Pol.Führer zur Verfügung stehenden Einsatzeinheiten I—V und des SD, ihrer Gliederung, Stärke und Aufgaben, sowie der Übergang von Ber. Stufe I zu *Ber.Stufe II* veranlasst durch die infolge der Entwicklung der Lage zu erwartenden Unruhen.

- 2.) Im Zusammenhang hiermit wurde die *Festnahme der Führer der Widerstandsbewegung* (300 Kopenhagen/100 Jütland) durch den SD mit allen Einzelheiten über notwendige Polizeizuteilung, Motorisierung der einzelnen Kommandos und Abtransport der Festgenommenen besprochen. Zeitbedarf von SD auf etwa 3—4 Std.veranschlagt. Gegen Absicht der einstweiligen Unterbringung der Verhafteten in der Zitadelle wurde vom Höh.Kdo.Kph. aus militärischen Gründen (Sendeanlagen im Bunker) Einspruch erhoben. Neue Unterbringungsmöglichkeiten werden vom SD erkundet.
- 3.) Ferner wurde vom Höh.Kdo.Kph. in Verbindung hiermit die Frage der Behandlung der im *K.Z.Lager Horserød* Internierten aufgeworfen und mit Rücksicht auf die exponierte Lage an der Küste und die Nähe Schwedens eine Verlegung des Lagers vorgeschlagen. BdS teilte mit, dass Verlegung des Lagers nach Padborg in Aussicht genommen und in Vorbereitung sei. Sollte sich das Lager bei einem überraschenden Angriff nicht halten können, sei durch den Lagerführer die Entlassung des grösseren Teil (der Ungefährlichen) und die Liquidierung der gefährlichen Elemente vorgesehen.
- 4.) Es folgte sodann die Besprechung der bei Stufe II durchzuführenden *Wachablösungen* der Polizei durch Angehörige der Einsatzeinheit III sowie der *Beschlagnahme der für die Motorisierung vorgesehenen 86 Kfz.* Es ergaben sich dabei die-

selben Schwierigkeiten wie beim Heer infolge Mangels an ausgebildeten Generatorkraftfahrern. Ausbildung von Generatorkraftfahrern wird von der Polizei bereits betrieben. Die volle Motorisierung erscheint hierdurch jedoch in Frage gestellt, für die Heranschaffung der Kfz wurde eine Zeit bis zu 6 Stunden in Rechnung gestellt.

- 5.) Im weiteren Verlauf des Planspiels wurde die Einrichtung von *Gefangenen-sammelstellen* zur Aufbewahrung von Festgenommenen in der Polizeikaserne Alsgade, in der Jernbanegade und im Vestre-Fängsel und über die *Ausübung der Gerichtsbarkeit* gegenüber dän. Saboteuren gesprochen. Hierüber erscheint noch eine grundsätzliche Regelung seitens des W.B.D. erforderlich. Die Frage des Abschiebs der Gefangenen mit Rücksicht auf bevorstehende Unruhen und die Gefahr der Gefangenenbefreiung wurde erörtert. Vom Gruppenführer Pancke wurde vorgeschlagen, sie an Bord eines grösseren Schiffs zu bringen und das Schiff ins offene Wasser zu legen.
- 6.) Auf Grund der Entwicklung der Lage wurde dann die Erklärung des *mil. Ausnahmestands* und die Übernahme der vollziehenden Gewalt durch die deutsche Wehrmacht angenommen. Bekanntgabe des Wehrm. Orts-Kommandanten von Kopenhagen über die darauf von ihm zu veranlassenden Massnahmen wie Anschläge des Aufrufs an die dänische Bevölkerung, Versammlungsverbot, Verbot des Zusammenrottens auf der Strasse, Festsetzung der Polizeistunde, Verbot des Tragens und Besitzens von Waffen, Munition, Sprengkörper pp, Einholung einer Loyalitätserklärung der dän. Verwaltungsstellen, Verstärkung des Streifendienstes usw.

Seitens des Höh.SS u. Pol.Führers Unterstellung der dän. Polizei unter seinen Befehl und Verlegung seines Gefechtsstandes nach Silkeborg. Stärke der dän. Polizei in Kopenhagen 3.100 Mann, davon nach Abzug der Revierbesatzungen: 1650 Mann zum geschlossenen Einsatz für Kampfaufgaben mit etwa 12 mot. Zügen à 35 Mann, ausgestattet mit 450 Karabinern, 26 M.Pi, Rest Pistolen.

BdO teilt mit, dass dän. Polizeipräsident auf die absolute Notwendigkeit der Unterstützung und Zusammenarbeit mit deutscher Polizei nachdrücklich hingewiesen worden ist, um bei Zusammenstössen mit Bevölkerung dän. Blut zu sparen, dass seitens des Polizei-Präsidenten diese Zusage gegeben worden ist, man aber auf deutscher Seite diese Zusage im Hinblick auf die allgemeine dän. Haltung mit Vorbehalt in Rechnung stellt.

- 7.) Seitens der Leitung wurde nun eine Reihe von Einlagen gegeben, die sowohl den BdO, als auch die Führer der verschiedenen Polizei- und Wehrmachteinheiten zu Lagebeurteilungen und Entschlüssen zwangen.
 - a) Schwierigkeiten mit dem dän. Betriebspersonal des Telefonhauses Nørregade und der Telegrafenzentrale Köbmagergade, das die Fortführung des Betriebes verweigert. Lt. Meldung des anwesenden Lt. Stamer Eilers von der N.B.K.D. steht kein deutsches Personal zur Verfügung, um ohne das dän. Personal den technischen Betrieb auf den beiden Ämtern aufrechterhalten zu können. Unter diesen Umständen soll das dän. Personal am Verlassen der Ämter verhindert und zur Fortführung des Betriebes gezwungen werden.
 - b) Meuterei im Vestre Fängsel. Die dän. Polizeiwachen werden überwältigt, die deutsche Wache kann sich zunächst halten. Einsatz eines deutschen mot. Pol.-Stosstrupps mit M.G. und 2 Pak-Geschützen 5 cm, die Meuterei kann niedergeschlagen werden.
 - c) Arbeitsniederlegung im Motorenwerk von Burmeister u. Wain, Besetzung der Montagehallen durch die Arbeiter. Einsatz von 2 Zügen des K.i.A. auf Veranlassung der W.O.K. Kopenhagen, die von Land- und Wasserseite angreifen.
 - d) Zusammenrottungen gegen das Ørsted E.-Werk. Auf Anforderung des BdO durch W.O.K. Einsatz einer Komp D III, die die Menge zerstreut und die Hetzer festnimmt.

- e) Sprengung der beiden Bahnüberführungen bei Enghave-Station. Einsatz von Teilen des C.B. (15.000 Mann in Kopenhagen) auf Anordnung des BdO durch dän. Polizeipräsident zu Aufräumarbeiten.
- f) Zusammenrottungen im Fäledpark mit drohender Haltung gegen Schalburg Haus.
Einsatz eines Zuges D X wie bei d).
- g) Zusammenrottungen auf dem Vor Frue Platz vor der Universität. Einsatz von 2 Zügen des II.Pol.Wach-Btl.
- h) Zusammenrottungen einer grösseren Menschenmenge auf dem Radhus-Platz. Einsatz einer Komp. des II.Pol.Wach. Btl., Abdrängen und Auflösen der Menge nach Norden.
- i) Strassenkämpfe in der Saxo- und Öhlenschläggade. Einsatz von ca. 120 Mann der inzwischen durch Einberufungen verstärkten Einsatzeinheit III und eines Zuges des II.Pol.Wach-Btl. mit M.G. und 2 Pak-Geschützen. Abriegeln der Strassen nach Westen und Süden und Freikämpfen nach Norden unter rücksichtslosem Einsatz der schweren Waffen.
- k) Angriff auf Wasserschutzpolizei-Station-Toldboden.
Abwehr mit eigenen Kräften aus gut geschützter Position hinter hohen Eisenzäunen unter Einsatz von 3 M.G. auf überhöhten ehemaligen Flakkanzeln.
- l) Aufstand der Arbeiter im Dansk Industri Syndikat. Auf Anforderung des BdO durch W.O.Kdtr. Einsatz einer Komp. D X nach Zuführung und Unterstellung von 2 mot. Flakgeschützen 8,8 cm der Flakuntergruppe Seeland.
- m) Zusammenrottungen in Amager und Anmarsch einer Menschenmenge gegen Knippelsbro und Langebro. Sperrung des Amagerdammes und der Brückenzugänge durch spanische Reiter durch Eingreifreserven des K.i.A. und rücksichtslose Feuereröffnung auf anmarschierende Menge.
- n) Bombenabwürfe auf Befehlsstelle BdO Dagmarhaus. Wegen Einsturzgefahr Verlegung der Befehlsstelle in vorbereitete Ausweichunterkunft im Vesterporthaus.
- o) Schutz der deutschen Familien Kopenhagens, die Terrorakten ausgesetzt sind. Es ist hierfür Beschlagnahme eines Hotels für Sammelunterkunft vorgesehen.
- p) Verwundeten-Versorgung und -Abtransport der Polizeieinheiten. Es werden von der Stadt 4 Sankra beschlagnahmt. Ausser den planmässigen Sanitäts-offizieren steht jeder grösseren Polizeieinheit ein Hilfsarzt zur Verfügung, der beim Einsatz grösserer Einheiten (z.B. einer Komp.) die Truppe begleitet. Ausserdem befinden sich San.-Dienstgrade für die erste Hilfe bei der Truppe.
Truppenverbandsplätze sind vorgesehen in den Polizeiunterkünften in der Alsgadekaserne, in der Jernbanegade und im Schalburg-Haus im Blegdamsvej.

C. Erfahrungen.

Das Planspiel ist als Lehrplanspiel durchgeführt worden, d.h. es wurden an jede Lage sofort Aussprachen angeschlossen, die Zweifel und Unklarheiten beseitigen sollten. Die Teilnahme war rege und auch für die Angehörigen der Wehrmacht interessant.

Wenn für den Eingeweihten auch schon vorher klar war, dass die in Kopenhagen stationierten deutschen Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einer Millionenstadt wie Kopenhagen bei der immerhin zweifelhaften Haltung der dänischen Polizei und der bestimmt feindlichen Haltung eines Grossteils der dänischen Bevölkerung im Falle einer Bedrohung des Landes von aussen viel zu gering sind, um allein Herr der Lage zu bleiben, so hat dieses Planspiel die Richtigkeit dieser Annahme einwandfrei erwiesen. Es haben aus diesem Grunde schon vor dem Planspiel Besprechungen zwischen Wehrmacht und BdO stattgefunden, die für

den Fall innerer Unruhen das Gebiet von Gross-Kopenhagen in 4 Unterabschnitte teilt, in denen die eingeteilten Kommandeure für die Aufrechterhaltung der Ruhe verantwortlich sind, und zwar:

- 1.) für Unterabschnitt Insel Amager und Hafen der K.i.A.
- 2.) - — Stadtkern bis zur Seenlinie der BdO mit seinen Polizeikräften.
- 3.) - — Kopenhagen-West nördl. Teil der Kdr. D X.
- 4.) - — — — südl. Teil der Kdr. D III.

Verantwortlich für das gesamte Gebiet Gross-Kopenhagen ist der BdO. Der Einsatz von Wehrmacht erfolgt auf Anforderung des BdO beim W.O.Kommandanten und geschieht, solange die Truppe nicht durch Kampfaufgaben gegen einen von aussen angreifenden Feind gebunden ist. In letzterem Falle stehen dem BdO nur seine eigenen Polizeikräfte zur Verfügung, die er dann nach der Wichtigkeit der Aufgaben nacheinander einsetzen muss.

Es war daher allgemeine Auffassung, dass in Anbetracht der geringen verfügbaren Kräfte jeder Einsatz von vornherein mit brutaler Härte und Rücksichtslosigkeit erfolgen muss, um eine abschreckende moralische Wirkung zu erzielen.

Richter,

Generalleutnant

Verteiler:

W.B.Dän.

Ia, K[orps] T[ages] B[efehl].

442.

Notits af Hoffmann ang. forhandler med direktør Svenningsen.

6. maj 1945.

Hauptquartier, 6.Mai 1945

Im Auftrage des Herrn Staatssekretärs von Steengracht habe ich Dr. Best in Kopenhagen um einen kurzen Bericht über die Lage in Kopenhagen gebeten. Herr Dr. Best hat fernmündlich das folgende mitgeteilt:

Dr. Best hatte am 5.5.45 eine Besprechung mit dem Direktor des dänischen Aussenministeriums Svenningsen über die folgenden Fragen:

1. Fortsetzung der Lieferungen an die Wehrmacht,
2. Versorgung der deutschen Flüchtlinge,
3. Behandlung der Reichsdeutschen.

Dr. Best bekam heute Bescheid der dänischen Regierung zu den Fragen 1 bis 3.

Zu 1: Lieferungen werden fortgesetzt. Aufforderung ist durch Rundfunk bekannt gegeben.

Zu 2: Der dänische Staat übernimmt die Versorgung der Flüchtlinge nach Abrücken der Wehrmacht.

Zu 3: Allgemeine Internierung der Reichsdeutschen ist nicht beabsichtigt. Wann und in welchem Umfang die Reichsdeutschen Dänemark verlassen sollen, ist noch nicht entschieden.

Dr. Best teilt weiter fernmündlich mit:

„Es war in den letzten zwei Tagen in Kopenhagen ziemlich unruhig. Von 10 000 Angehörigen der Widerstandsbewegung wurde Kopenhagen völlig beherrscht. Zahlreiche Versuche, deutsche Truppen zu entwaffnen bleiben ohne Erfolg. Eine Verhaftungswelle geht durch das ganze Land. Fast alle deutsch-freundlichen Elemente werden festgenommen, auch eine Anzahl Reichsdeutscher. Ich interveniere in den mir bekannt werdenden Fällen für Reichsdeutsche.

Das bisherige Dienstgebäude Dagmarhaus ist geräumt worden, um zu verhüten, dass durch gewaltsame Wegnahme ein Signal für weitere Gewaltaktionen gegeben wird. Räumung wurde mit dem dänischen Aussenministerium vereinbart. In meinem eigenen Hause ist die deutsche Polizeiwache entwaffnet und durch eine Gruppe der Widerstandsbewegung ersetzt. Deshalb gab es Zeitungsmeldungen, dass ich entweder interniert wäre oder mich unter den Schutz des Freiheitsrates gestellt hätte. Beides ist unrichtig. Ich bewege mich frei und führe meinen Verhandlungen mit dem dänischen Aussenministerium weiter.

Die dänische Regierung hat erfahren, dass auf Bornholm eine grössere Zahl Soldaten, Verwundete und Flüchtlinge gelandet werden sollen. Es ist eine Zahl von 20 000 genannt. Die dänische Regierung will dies nicht haben und ist auch in der Lage, dieses zu verhindern. Ich empfehle, diesen Transport an andere Stellen zu lenken.“

Hiermit Herrn Staatssekretär von Steengracht vorgelegt.

Hoffmann.

443.

Notits af understatssekretær Hencke ang. samtale med dr. Best.

13. maj 1945.

Aufzeichnung!

Dr. Best gab heute telefonisch einen kurzen Bericht ueber die Lage in Daenemark durch, in dem er folgendes ausfuehrte:

Die Versorgung der deutschen Fluechtlinge durch die daenischen Behoerden gehe reibungslos weiter. Eine allgemeine Internierung von Reichsdeutschen sei bisher nicht erfolgt. Dagegen wuerden zahlreiche Einzelverhaftungen mit wechselnden Begrueendungen vorgenommen. Dr. Best interveniere in solchen Faellen beim Daenischen Aussenministerium.

Zur Daenischen Regierung habe Dr. Best ein rein praktisches Verhaeltnis, er halte es nicht fuer zweckmaessig, eine Klaerung seines juristischen Status herbeizufuehren. Fuer die Praxis genuege die derzeitige Form der Zusammenarbeit mit dem Daenischen Aussenministerium. Fuer die Oeffentlichkeit gelte Dr. Best als interniert. Er kann jedoch nach seinem Belieben in die Stadt fahren, als Fahrer diene dabei die von der Widerstandsbewegung gestellte Wache.

Die Behoerde sei jetzt in dem alten Gesandtschaftsgebaeude (Kastelswey) zusammengefasst, wo sich auch Dr. Best vormittags aufhalte. In diesem Hause seien auch die Behoerdenmitglieder untergebracht worden, die aus den Hotels ausziehen mussten. Im alten Gesandtschaftsgebaeude wuerden die Arbeiten durchgefuehrt, die noch geleistet werden koennten. Das Gebaeude wird von einer Wache der Freiheitsbewegung bewacht, die jedoch den Zutritt nicht hindert.

Dr. Best habe die Moeglichkeit, telefonisch mit den uebrigen deutschen Dienststellen in Daenemark in Verbindung zu treten. Er hoffe auch, dass es ihm von Zeit zu Zeit gelinge, mit Muerwik telefonieren zu koennen.

Die Mitglieder der Behoerde von Dr. Best befaenden sich noch in Kopenhagen. Die Frage ihres Abtransports sei noch nicht geklaert. Das Daenische Aussenministerium habe geraten, sich in dieser Angelegenheit einstweilen noch abwartend zu verhalten. Dr. Best selbst habe sich der Daenischen Regierung zur Verfuegung gestellt und werde in Kopenhagen bleiben, solange es notwendig sei. Dies koenne laengere Zeit der Fall sein, da in den letzten Tagen etwa 2000 Daenen wegen ihrer angeblichen Zusammenarbeit mit uns verhaftet worden seien. Es sei wahrscheinlich, dass sich Dr. Best zu einer Anzahl dieser Faelle werde aeussern muessen.

Die Lage in der Stadt sei wieder ruhiger geworden, wenn auch noch immer das Strassenbild von der Freiheitsbewegung bestimmt wird. Die daenische Polizei soll morgen (14.5.) ihre Funktionen wieder aufnehmen.

Hiermit

ueber den Herrn Staatssekretaer
dem Herrn Reichsaussenminister
vorgelegt.

Muerwik, den 13. Mai 1945.

Hencke.

